# Fürst Bismarck und die diplomaten, 1852-1890

Heinrich Poschinger (Ritter von)


HARVARD COLLEGE LIBRARY
HOHENZOLLERN COLLECTION
IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR
PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY
No 8603

# Fürst Bismarck und die Diplomaten

1852—1890

Von

Heinrich von Poschinger



Hamburg 1900
Verlagsanstalt und Druckerei Actien-Gesellschaft
(vormals J. F. Richter)

Druck der Verlagsanstalt und Druckerei A.-G.
(vormals J. F. Richter) in Hamburg.

# Inhaltsverzeichniß.

# Vorwort.

Bismarcks politische Aktion ist den Meisten nur von den großen politischen Momenten her bekannt, die er geschaffen. Man verweist auf den Krieg mit Dänemark, das Jahr 1866, die Gründung des Norddeutschen Bundes, das Jahr 1870/71 mit der Gefolgschaft der deutschen Kaiserkrone, die darauffolgende zwanzigjährige Friedenspolitik mit den Bündnissen der Centralmächte, die Erwerbung der Kolonien; man sieht das Werk Bismarcks, man bewundert seine Riesenerfolge und preist deshalb den Meister.

Um Bismarck aber zu verstehen, müssen wir ihm in seine diplomatische Werkstatt folgen, wir wollen den Gesprächen lauschen, welche er mit den Diplomaten geführt hat, wir müssen sehen, mit welcher Meisterschaft er die Materien und die Personen zu behandeln wußte; nachdem wir den Teppich kennen, wollen wir so pedantisch sein, die ganze Weberei Stich für Stich zu verfolgen.

Bismarck zu hören, wie er die großen politischen Probleme mit den Diplomaten der verschiedenen Länder, theilweise auch mit seinen eigenen Leuten bespricht, gewährt einen unvergleichlichen Reiz. Es überrascht die seltsame Verbindung der lautersten Offenheit mit größter diplomatischer Berechnung, sein prophetischer Blick und die in seiner Art einzig dastehende taktische Behandlung der politischen Fragen. Wenn man mit seinen Aeußerungen die Aussprüche seiner Kollegen vergleicht, so sieht man erst den Abstand, der zwischen Bismarck und den zeitgenössischen Diplomaten bestand. Er spielte mit ihnen, wie die Katze mit der Maus, und steckte sie alle in die Tasche. Er war, wie kürzlich ein italienischer Staatsmann (Nigra) bemerkte, der Gigant der Politik. Im Verhältniß zu ihm, dem Riesen aus Eisen, war Talleyrand eine Figur aus Seidenpapier.

Der ganze gewaltige Gesprächsstoff ist versucht worden, nach einheitlichen Gesichtspunkten zu verarbeiten, ohne aber der Treue etwas zu vergeben. Dies gilt insbesondere von der Uebersetzung jener Unterhaltungen, welche Bismarck in fremden Sprachen geführt hat, oder welche wir nur aus Uebertragungen in die Muttersprache derjenigen Diplomaten kennen, die darüber ihren Regierungen berichteten.

Die Hauptquelle für unsere Darstellung bilden die sogen. Blau-, Roth- und Weißbücher, das sind die von den fremden Regierungen zuerst für parlamentarische Zwecke angefertigten Zusammenstellungen der Berichte ihrer diplomatischen Agenten in Berlin; daneben wurde natürlich auch die gesamte Memoiren-Litteratur der letzten dreißig Jahre zu Rathe gezogen.

Eine Garantie bezüglich der absoluten Richtigkeit aller mitgetheilten Diplomatengespräche Bismarcks zu übernehmen, ist natürlich unmöglich. Der Natur der Sache nach mußte man sich an die darüber vorhandenen Referate der betheiligten Personen halten. Ob dieselben nicht in einzelnen Fällen bemüht waren, sich selbst auf Kosten Bismarcks und der Wahrheit in ein günstiges Licht zu setzen, bleibt dahingestellt. Um sich ein Urtheil über den einzelnen Fall bilden zu können, ist es deshalb für erforderlich erachtet worden, bei jedem Gespräch die Quelle zu vermerken, der dasselbe entnommen ist.

Die Mittheilung der diplomatischen Korrespondenz des Fürsten Bismarck bleibt für ein späteres Werk vorbehalten.

# Einleitung.

## Wie Bismarck Diplomat wurde.

Aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" Bd. I. S. 3f. wissen wir, daß er nach Absolvirung der Universität an den Eintritt in die diplomatische Carriere dachte; er fand jedoch für die Wahl dieses Berufes, als er sich bei dem Minister Ancillon meldete, wenig Ermuthigung. Der Minister hatte den Eindruck, daß die Kategorie des hausbackenen preußischen Landadels für die preußische Diplomatie den ihm wünschenswerthen Ersatz nicht lieferte und die Mängel, welche er an der Gewandtheit des Personalbestandes dieses Dienstzweiges fand, zu decken nicht geeignet war. Ancillon rieth Bismarck, zunächst das Examen als Regierungsassessor zu machen und dann auf dem Umwege durch die Zollvereinsgeschäfte Eintritt in die deutsche Diplomatie Preußens zu suchen; einen Beruf für die europäische erwartete er also bei einem Sprößlinge des einheimischen Landadels nicht. Bismarck nahm seine Andeutung zu Herzen und beabsichtigte, zunächst das Examen als Regierungsassessor zu machen.

Zu diesem Behufe trat er in den Justizdienst ein, ging jedoch bald zur Verwaltung über, und wandte sich, um den Umweg zur Diplomatie abzukürzen, der Regierung in Aachen zu, deren Kursus sich um ein Jahr früher abmachen ließ als bei einer altländischen preußischen Regierung. Von da ließ sich Bismarck im Jahre 1837 an die Regierung in Potsdam versetzen, weil dort, abweichend von den anderen Provinzen, die indirekten Steuern zum Ressort der Regierung gehörten, und gerade diese wichtig waren, wenn er die Zollpolitik zur Basis seiner Zukunft nehmen bezw. mit Hülfe derselben sich in den diplomatischen Sattel schwingen wollte.

Der Geschäftsgang in beiden Kollegien, in Potsdam wie in Aachen, war aber für Bismarcks Strebsamkeit nicht ermuthigend gewesen. Er fand die ihm zugewiesene Beschäftigung kleinlich und langweilig, und, dem Ehrgeiz der Beamtenlaufbahn entsagend, erfüllte er gern den Wunsch seiner Eltern, in die festgefahrene Bewirthschaftung der pommerschen Familiengüter einzutreten. Auf dem Lande dachte er zu leben und zu sterben, nachdem er Erfolge in der Landwirthschaft erreicht haben würde, vielleicht auch im Kriege, wenn es einen gäbe.

Ein Zufall, die Einberufung in den ersten vereinigten Landtag für den erkrankten Abgeordneten von Brauchitsch, gab Bismarcks Werdegang eine unerwartet neue Wendung. Er wurde Parlamentarier und zog als royalistischer Heißsporn die Aufmerksamkeit auf sich.

Durch Kleist-Retzow erfuhr Bismarck zuerst, daß man beabsichtigte, ihn in der Diplomatie zu verwenden.[1] Er war damals in Schönhausen, und Kleist berief ihn nach Berlin, indem er ihm nur mittheilte, daß er etwas sehr Dringliches mit ihm zu besprechen habe.

Bismarck kam noch denselben Abend herüber in ihre gemeinschaftliche Wohnung und wollte natürlich gleich erfahren, um was es sich handelte. Kleist aber vertröstete ihn damit, daß man dazu volle Ruhe haben müsse: sie würden erst darüber sprechen, wenn sie zu Bett lägen.

Ihre Betten standen nebeneinander und sie pflegten jeden Abend vor dem Einschlafen einen Abschnitt aus der heiligen Schrift mit einander zu lesen. Trotz Bismarcks Ungeduld geschah dies auch an jenem Abend. Sie lasen einen Psalm und dann fuhr Kleist fort: „Ich habe Dir drei wichtige Dinge mitzutheilen und Deine Meinung darüber zu hören. 1. Ich habe um die Hand der Gräfin Charlotte von Stolberg-Wernigerode gebeten. 2. Man will mich zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz machen und 3. man beabsichtigt, Dich zum Bundestagsgesandten zu erneunen.

„Du armer Hans — sagte Bismarck —; was das erste anbetrifft, so wirst Du ja ganz damit hereinfallen. Wie kannst Du Dir einbilden, daß das alte Reichsgrafengeschlecht eine Tochter an den gewöhnlichen Adel verheirathet! Was das zweite anbetrifft, so führt Dich der König auf ein Dornenfeld, auf dem Du Dir Wunden genug holen wirst. Der strenge, steife Pommer paßt schlecht zu dem leichtlebigen Rheinländer. Was das dritte anbetrifft, so steht es mir vor wie ein ungeheures Wagniß. Ich will's beschlafen."

Am folgenden Abend war eine größere Gesellschaft beim Minister von Manteuffel. Beide Freunde waren geladen, und bald führte der Minister Bismarck in sein Arbeitszimmer, wo er ihm sagte: „Herr von Kleist hat Ihnen ja bereits mitgetheilt, daß Se. Majestät beabsichtigt, Sie zum Bundestagsgesandten zu ernennen. Würden Sie das annehmen?"

„Ja," antwortete Bismarck ohne Zögern.

Der Minister hatte wohl eine ausführlichere Antwort vermuthet. Als er eine Zeit lang vergeblich darauf gewartet, dann einige Gänge durchs Zimmer gemacht hatte und Bismarck immer schweigend auf derselben Stelle fand, führte er ihn etwas mißgestimmt mit den Worten: „Wenn's Ihnen recht ist, gehen wir zu der Gesellschaft" in die anderen Räume zurück.

---

[1] Den im „Daheim" von 1899 Nr. 9 von A. Andrae-Roman veröffentlichten „Erinnerungen eines alten Mannes an den Fürsten Bismarck" entnommen.

Am nächsten Tage war Bismarck zum Könige befohlen.

Fürst Bismarck selbst erzählt das jetzt folgende Gespräch mit dem Könige (Gedanken und Erinnerungen, Bd. I. 78 u. 79) wie folgt:

Der König: „Sie haben viel Muth, daß Sie so ohne weiteres ein Ihnen fremdes Amt übernehmen.“

Ich erwiderte: „Der Muth ist ganz auf seiten Ew. Majestät, wenn Sie mir eine solche Stellung anvertrauen, indessen sind Ew. Majestät ja nicht gebunden, die Ernennung aufrecht zu erhalten, sobald sie sich nicht bewährt. Ich selbst kann keine Gewißheit darüber haben, ob die Aufgabe meine Fähigkeit übersteigt, ehe ich ihr näher getreten bin. Wenn ich mich derselben nicht gewachsen finde, so werde ich der erste sein, meine Abberufung zu erbitten. Ich habe den Muth zu gehorchen, wenn Ew. Majestät den Muth haben zu befehlen.“

Worauf der König: „Dann wollen wir die Sache versuchen.“

Nach Andrae-Roman verlief das Gespräch Bismarcks mit dem König Friedrich Wilhelm IV. wie folgt: „Manteuffel hat Ihnen ja mitgetheilt, daß es meine Absicht ist, Sie zum Bundestagsgesandten zu ernennen, Sie haben sich auch bereit erklärt, das Amt zu übernehmen. Das ist aber in einer so eigenthümlichen Weise geschehen, daß ich doch noch mit Ihnen darüber sprechen muß. Hatten Sie sich denn wohl überlegt, von welch ungeheurer Wichtigkeit gerade in unserer Zeit dieser Posten ist?“

„Nein, Majestät — erwiderte Bismarck —, aber eines hatte ich doch überlegt: die Stellung des Ministers Manteuffel zur konservativen Partei kann unmöglich so bleiben, wie sie jetzt ist. Es kann nur Unheil daraus entstehen. Persönlich bespricht er zwar vieles mit uns, öffentlich aber desavouirt er uns bei jeder Gelegenheit. Wenn er meine Ernennung zum Bundestagsgesandten befürwortet, kompromittirt er sich so vor dem Liberalismus, daß er nicht wohl zurück kann, und das erachte ich für einen bedeutenden Fortschritt. Was mich anbetrifft, so werden Ew. Majestät bald erkannt haben, ob ich für das wichtige Amt passe oder nicht. Im schlimmsten Falle blamire ich mich und ziehe mich zurück, für Preußen aber ist Großes gewonnen.“

„Nun — rief der König lachend —, das nenne ich einen aufrichtigen Parteimann. Daraufhin will ich's mit Ihnen wagen.“

Bekanntlich wurde Bismarck zuerst zum Legationsrath bei der Bundestagsgesandtschaft ernannt. Gesandter war General von Rochow. Bismarck traf am 11. Mai 1851 in Frankfurt ein und arbeitete unter Rochow, am 11. Juli schrieb ihm der Minister von Manteuffel, daß der König seine Ernennung zum Bundestagsgesandten genehmigt habe.

## Erstes Kapitel.

### Aus der Gesandtenzeit.

(Mai 1851 bis 23. September 1862.)

Selten ist ein Diplomat sogleich bei seiner Ernennung so in medias res in den Brennpunkt der politischen Entwickelung hineingekommen, wie Bismarck. Den Attachés und den Sekretär überspringend, wurde er sogleich der erste Rath der Gesandtschaft cum spe succedendi. Er war damals in der Fülle seiner Kraft, gesund und kräftig wie ein Athlet, und er nahm sich in der Gesellschaft, die er am grünen Tisch an der Eschenheimerstraße vorfand, aus, wie ein wettergebräunter Seemann unter Perrückenköpfen.

Die zahlreichen Unterredungen, welche Bismarck in Frankfurt a. M. mit den dortigen und einigen fremden Diplomaten geführt hat, sind in meinem Werke: „Preußen im Bundestage" so leicht zu finden, daß hier von einem Abdruck füglich Abstand genommen werden kann.

Ergänzend kommen aus derselben Zeit noch nachfolgende Diplomatengespräche Bismarcks in Frage, welche erst nach der Veröffentlichung dieses Werkes bekannt geworden sind.

Berlin, den 9. Mai 1851. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten in Berlin Grafen von Prokesch-Osten, betr. Bismarcks Abschied von Berlin.[1]

Am Tage vor seiner Abreise nach Frankfurt a. M. verabschiedete sich der Geh. Legationsrath von Bismarck von dem österreichischen Gesandten in Berlin, dem Grafen von Prokesch-Osten. Bismarck sprach von der Rechtskontinuität des Bundes, die Prokesch für eine Professorenfrage, aber für keine praktische erklärte. Bismarck erzählte auch, der König sei ungehalten über die Anwesenheit der Bayern in Kurhessen, wo nur Oesterreicher, Preußen und Hessen zu stehen hätten. Prokesch erwiderte, daß Bundestruppen dort zu stehen haben und daß es wirklich schon an der Zeit sei, Bayern den Nichteintritt in die Union und seine Bundestreue zu verzeihen. Bismarck erwiderte, für den Nichteintritt müsse man ihm danken.

---

[1] Vergl. das Werk: Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten, k. und k. österreichischen Botschafters und Feldzeugmeisters (1849 bis 1855). Wien. Gerolds Sohn, 1896.

Frankfurt a. M., Anfang der fünfziger Jahre. Unterredung mit dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen Thun, betr. eine Zurückweisung österreichischen Hochmuths.[1]

Bismarck war mit dem Wunsche und der Hoffnung nach Frankfurt gegangen, daß es gelingen würde, in freundschaftlichem Einvernehmen mit Oesterreich für Preußen eine würdige Stellung im Deutschen Bunde zu schaffen. Diese Hoffnung war indes schon bald sehr herabgemindert. In einem Gespräche hatte der Gesandte Oesterreichs Graf Thun ihm liebevoll versichert, Oesterreich lege das höchste Gewicht auf die Freundschaft Preußens. Er könne versichern, der Wiener Hof habe den aufrichtigen Willen, demselben in jeder Weise entgegenzukommen, nur in einem Punkte könne er sich nichts vergeben: in Deutschland müsse Preußen sich ihm unterordnen.

Bismarck hatte hierauf nur die Antwort: „Eher als Preußen dies länger duldet, werden Sie für Tetschen (seine Herrschaft in Böhmen) im Herrenhause zu Berlin sitzen."

Wien, zwischen 8. Juni und 6. Juli 1852. Unterredung mit dem hannoverschen Gesandten Grafen Platen, betr. Bismarcks Ministerkandidatur und seine Wünsche.[2]

Der mit Bismarck von früher her befreundete hannoversche Gesandte Graf Adolf Platen fragte Bismarck während seines Wiener Aufenthalts, ob auch er glaube, daß er (Bismarck) zu Manteuffels Nachfolger bestimmt sei. Bismarck erwiderte, das läge einstweilen nicht in seinen Wünschen. Er glaube allerdings, daß der König ihn in späterer Zeit einmal zu seinem Minister zu machen gedenke und ihn dazu erziehen wolle, in dieser Absicht auch ihm die mission extraordinaire nach Oesterreich übertragen habe. Sein Wunsch aber wäre, noch etwa zehn Jahre lang in Frankfurt oder an verschiedenen Höfen als Gesandter die Welt zu sehen und dann gern etwa zehn Jahre lang, womöglich mit Ruhm, Minister zu sein, dann auf dem Lande über das Erlebte nachzudenken und wie sein alter Onkel in Templin bei Potsdam Obstbäume zu pfropfen.

Frankfurt a. M., Anfang Januar 1852. Unterredung mit dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen von Thun, betreffend Klagen Oesterreichs über Preußens Verhalten in verschiedenen Bundesangelegenheiten.[3]

Bismarck theilte dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen von Thun verschiedene unwillkommene Nachrichten mit in betreff der preußischen Auffassung der Central-Polizei, der kurhessischen und der Flottenangelegenheit, sowie des Verfahrens der Oesterreicher in der hamburgischen Verfassungssache.

Diese Mittheilung rief bei dem Grafen Thun eine allgemeine Klage über die Haltung der preußischen Regierung gegen Oesterreich hervor; er bemerkte, er begreife

---

[1] Nach A. Andree-Roman: Erinnerungen eines alten Mannes an den Fürsten Bismarck. „Daheim". 1899. Nr. 9.

[2] Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Bd. I. S. 86 f. Vergl. den Brief Bismarcks an Manteuffel vom 23. Juli 1852 in Preußen im Bundestage IV. S. 99 ff.

[3] Kohl: Bismarcks Briefe an Gerlach. S. 16.

nicht, wie Preußen lediglich wegen der Wiener Zollkonferenz so feindselig werden könne, da man ja doch bei der Ablehnung der Beschickung eine freundschaftliche Verständigung für die Zukunft in Aussicht gestellt habe.

Bismarck erwiderte, daß ihn einige der neuesten Artikel in der „Kreuzzeitung" und in anderen Blättern zweifelhaft darüber gemacht hätten, ob nicht eine weitergehende Verstimmung, als ihm bisher bekannt sei, durch die Beziehungen Oesterreichs zu dem Präsidenten Bonaparte hervorgerufen sein könne.

Graf Thun entgegnete, daß ihm diese, Oesterreich verdächtigenden Artikel auch aufgefallen seien, daß aber Oesterreich seiner ganzen Geschichte untreu werden würde, wenn es sich mit Frankreich gegen Deutschland verbinden wollte; natürlich scheine ihm nur, daß Oesterreich die jetzige Konstellation in Frankreich, für deren Dauer man keine Bürgschaft habe, dazu benutze, dem Unwesen der Flüchtlinge in Piemont und in die Schweiz ein für allemal ein Ende zu machen; weiter würden die Beziehungen zwischen Wien und Paris niemals gehen.

Frankfurt a. M., Anfangs Januar 1852. Unterredung mit dem englischen Geschäftsträger Mr. Edwards, betr. eine Verbindung zwischen Oesterreich und Frankreich.[1]

Bismarck besprach mit dem englischen Geschäftsträger Mr. Edwards die Eventualität einer bedenklichen Verbindung zwischen Oesterreich und Frankreich.

Mr. Edwards, der ein großer persönlicher Bewunderer des französischen Präsidenten Bonaparte schien, war der Meinung, es sei vollkommen natürlich und wahrscheinlich, daß Oesterreich das Bündniß mit dem Präsidenten suche; Letzterer aber sei zu klug, sich ohne zwingende Umstände ernstlich darauf einzulassen und werde höchstens so weit gehen, daß er etwaige Anerbietungen nicht schroff zurückweise, um sich ein pis-aller für unerwartete Verwickelungen zu bewahren. Ein Bündniß mit Oesterreich sei bei der französischen Armee doppelt unpopulär, einmal wegen der alten, durch die Reibungen in Italien gesteigerten Abneigung und dann, weil der Name Oesterreich bei den Franzosen gleichbedeutend mit feudalem Absolutismus sei, während der Präsident jedenfalls den Schein liberaler Institutionen zu retten suchen werde.

Mr. Edwards deutete ferner an, daß die Stellung des preußischen Gesandten in Paris Grafen Hatzfeldt, bedingt durch die Beziehungen der Gräfin zum Grafen Molé, von Anfang an dem Elysée gegenüber kälter und sogar feindseliger gewesen sei, als die Beziehungen der preußischen Regierung zu dem Präsidenten, soweit sie ostensibel, dies mit sich brächten.

Mr. Edwards behauptete ferner, daß die Depeschen des Grafen Hatzfeldt von seiner Gattin nicht allein inspirirt, sondern auch concipirt würden; wenigstens nehme man dies in Paris in diplomatischen Kreisen an und finde es bei der Neigung und bei dem Geschick der Gräfin vollkommen erklärlich.

[1] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 17.

Frankfurt a. M., den 6. November 1852. Unterredung mit dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen Thun, betr. dessen Ernennung zum Gesandten in Berlin.[1]

Graf Thun theilte Bismarck mit, daß er zu seiner großen Freude seine Ernennung zum Gesandten in Berlin erhalten habe. Seinen Nachfolger in Frankfurt wisse er noch nicht, doch sei ihm Graf Rechberg der wahrscheinlichste.

Er werde in den nächsten Tagen von hier nach Wien und von dort gleich nach Berlin abgehen.

Bis zum Eintreffen seines Nachfolgers wurde Bismarck substituirt.

Frankfurt a. M., Februar 1853. Unterredung mit dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen von Prokesch, betr. die Bundesfestung Rastatt.[2]

Bismarck äußerte zu dem Präsidialgesandten Grafen von Prokesch in betreff der Bundesfestung Rastatt, das 8. Armeekorps würde das befestigte Lager zu nichts anderem benutzen, als mit dem Feinde für die drei süddeutschen Regierungen zu kapituliren. Dies sei die entschiedene Ansicht des Königs.

Prokesch erwiderte, diese Ansicht erscheine ihm durch nichts gerechtfertigt; das sei keine militärische Erwägung und nur die militärische sei ins Auge zu fassen. Vom militärischen Standpunkte seien verschiedene Meinungen gar nicht möglich. Rastatt mit 6000 Mann sei ein Unsinn, Rastatt mit 30 bis 40000 Mann dagegen das einzige Schutzmittel gegen die Ueberrennung Deutschlands bis Ulm. Man müsse der Sache irgend einen Namen geben, also spreche man von Rastatt als Sammelpunkt für das 8. Armeekorps; das schließe aber gar nicht aus, daß man im Drange des Augenblicks einen genügenden Theil österreichischer Truppen hineinwerfe; dies um so mehr, als für den strategischen Zweck 30000 Mann ihm nicht genügend schienen.

Bismarck erwiderte, dies würde den König sehr beruhigen.

Frankfurt a. M., den 19. Dezember 1853. Unterredung mit dem hessischen Minister Freiherrn von Dalwigk, betr. Preußens Beziehungen zu Hessen.[3]

Bismarck traf mit dem hessischen Minister Frhrn. von Dalwigk bei dem hessischen Bundestagsgesandten von Münch auf einem Diner zusammen.

Dalwigk schilderte Bismarck mit heuchlerischer Herzlichkeit seinen Schmerz über den Abbruch der Beziehungen zwischen seiner Regierung und Preußen. Er äußerte, wenn Preußen ein wirklich konservatives Ministerium bekäme, von Männern, wie Bismarck, so würden ihm alle deutschen Regierungen zufallen. Er klagte, die preußische Politik sei nicht „deutsch" genug.

Dalwigk hielt Bismarck fast zwei Stunden fest und bewies ihm die Wichtigkeit Hessens für Preußen.

---

[1] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 42.

[2] Aus den Briefen von Prokesch. S. 296.

[3] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 117.

Berlin, 1853 oder 1854. Unterredung mit dem russischen Gesandten in Berlin Baron Budberg, betr. einen ungetreuen Beamten.[1]

Bismarck erwähnte in einem Gespräch mit dem russischen Gesandten Baron Budberg, daß er einen Beamten im Verdacht hätte, bei den ihm aufgetragenen Geschäften das Interesse eines andern Staates zu vertreten.

Budberg sagte: „Wenn der Mann Ihnen unbequem ist, so schicken Sie ihn nur einmal bis an das Aegäische Meer, dort haben wir Mittel, ihn verschwinden zu lassen" — und fuhr auf Bismarcks etwas ängstliche Frage: „Sie wollen ihn doch nicht ersäufen?" lachend fort: „Nein, er würde im Innern Rußlands verschwinden, und da er anstellig zu sein scheint, später als zufriedener russischer Beamter wieder zum Vorschein kommen."

Frankfurt a. M., den 23. Januar 1854. Unterredung mit dem französischen Gesandten beim Bundestage Marquis de Tallenay, betr. die Stellung des deutschen Bundes zur orientalischen Frage.[2]

Der französische Gesandte beim Bundestage Marquis de Tallenay theilte Bismarck mit, er wisse aus ganz sicherer Quelle, daß von Oesterreich ein neuer Versuch beabsichtigt werde, den Deutschen Bund zu einer ausdrücklichen Neutralitätserklärung in der Streitsache der Westmächte gegen Rußland zu bestimmen. Er wisse nicht, mit welcher der Bundesregierungen bereits eine Verständigung erfolgt sei, glaube aber als wahrscheinlich annehmen zu können, daß in kürzester Zeit von Wien aus der preußischen Regierung Eröffnungen über die angedeutete Absicht gemacht werden würden.

Bismarck glaubte, daß auch dieser Versuch eine richtige Würdigung finden werde.

Frankfurt a. M., den 25. Februar 1854. Unterredung mit dem Präsidialgesandten Grafen von Prokesch, betr. die orientalische Frage.[3]

Bismarck theilte dem Grafen von Prokesch mit, daß ihm aus Berlin die Nachricht telegraphisch zugekommen sei, „der Kaiserliche Hof habe unter Androhung des Krieges von Rußland die Räumung der Donaufürstenthümer verlangt", und er fügte hinzu, daß er leider eine Nachgiebigkeit Rußlands nicht als wahrscheinlich annehmen könne, und folglich Oesterreich in den Kriegszustand überzugehen im Begriffe sei. Von Preußen verlange man (von welcher Seite, wisse er nicht) die Aufstellung eines Armeekorps. Die Entschließungen seiner Regierung dieser neuen Phase gegenüber kenne er nicht, da er erst schriftliche Mittheilungen über Köln erwarte.

---

[1] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Bd. I. 231.

[2] Aus dem Briefe Bismarcks an Manteuffel vom 24. Januar 1854. — Horst Kohl: Bismarck-Jahrb. Bd. II. S. 48.

[3] Aus dem Briefe von Prokesch vom 26. Februar 1854. Prokesch, Briefe rc. S. 360.

Prokesch glaubte, daß Bismarck ihn der Wahrheit gemäß unterrichtet habe und meldete die Aeußerung seiner Regierung.

Frankfurt a. M., den 29. März 1854. Unterredung mit dem englischen Gesandten beim Bunde Sir A. Malet, betr. die Haltung Preußens in der orientalischen Angelegenheit.[1]

Der englische Gesandte Sir A. Malet besuchte Bismarck und griff ihn wegen Ablehnung der Konvention, betr. die orientalischen Angelegenheiten, an.

Bismarck erwiderte, der Inhalt der Konvention sei ihm zu bindend und zum Kriege treibend gewesen; aber nicht ohne Schuld an der Ablehnung sei die drohende englische Presse, verbunden mit dem Uebereifer der englischen Gesandtschaft in Berlin, besonders des Lord Aug. Loftus gewesen. Die Franzosen hätten sich viel ruhiger benommen. Auch über Aeußerungen des Prinzen Albert seien fatale Gerüchte nach Berlin gedrungen; einer Pression gegenüber müsse Preußen fest bleiben.

Malet meinte, Bloomfields (des englischen Gesandten in Berlin) Instruktionen seien gerade gewesen, alles zu vermeiden, was Drohen und Drängen ähnlich wäre; es sei ungeschickt gewesen, sich mit Bethmann ꝛc. in Verbindung zu setzen, das gebe er zu, aber gedroht sei von England gewiß nicht, sondern nur von preußisch-englischen Zwischenträgern. Nach Bloomfields Berichten sei Bismarck allein an Ablehnung der Konvention schuld.

„Zu viel Ehre", bemerkte Bismarck dazu.

Frankfurt a. M., den 30. März 1854. Unterredung mit dem bayerischen Bundestagsgesandten von Schrenk, betr. die Haltung des Bundes aus Anlaß der Verwickelungen im Orient.[2]

Bismarck hatte eine gründliche Aussprache mit dem bayerischen Bundestagsgesandten von Schrenk, welcher erklärte, seine Regierung werde sich freuen, von den deutschen Großmächten eine Vorlage an den Bund zu erhalten, dahingehend, daß sie beide einig und bereit wären, für die Unabhängigkeit und die Interessen Deutschlands einzustehen und, sobald sie hierfür das Schwert zögen, auf den Beistand aller Regierungen rechneten, deshalb erwarteten, daß letztere sich hierzu in der Verfassung befänden oder setzten. Dem würde Bayern sich anschließen in der Meinung, daß die Spitze der gemeinsamen deutschen Haltung gegen den Westen weniger und nur im Nothfall gegen Osten gerichtet sei. Von Frankreich allein fürchte man in München.

Frankfurt, Mitte April 1854. Unterredung mit dem englischen Gesandten in Frankfurt Sir A. Malet, betr. Preußens Haltung in der orientalischen Frage.[3]

Der englische Gesandte Sir A. Malet zeigte Bismarck Depeschen des englischen Staatssekretärs Earl Clarendon, nach welchen er ausdrücklich beauftragt war, Bis-

[1] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 135.
[2] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 135.
[3] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 144.

marck den Gedanken zu nehmen, als wolle England Preußen zum Kriege gegen Rußland drängen, man wünsche nur Sicherheit, daß Preußen sich nicht an Rußland anschlösse. Man sei aber unter allen Umständen davon entfernt, durch Drohungen auf Preußen wirken zu wollen und beklage es, wenn einzelne Diener der Königin, im entschiedensten Widerspruch mit den Befehlen der Regierung, einen Eifer entwickelt haben sollten, der etwas Verletzendes für preußische Gefühle gehabt haben sollte. Für die Presse sei man außer stande, eine Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Frankfurt a. M., den 28. April 1854. Unterredung mit dem kurhessischen Staatsminister Hassenpflug, betr. die hessische Verfassungsangelegenheit.[1]

Der kurhessische Minister Hassenpflug war nach Frankfurt a. M. gekommen, um seinen Ansichten über die Regulirung der kurhessischen Verfassungsangelegenheit bei den Mitgliedern der Bundesversammlung persönlich Eingang zu verschaffen.

Er hatte auch eine dreistündige Unterredung mit Bismarck, die er damit begann, daß er demselben ein zwölf Bogen langes Promemoria mit gigantisch und schwerfällig verklausulirter Satzbildung vorlas, nach dessen Anhörung Bismarck nicht klüger war.

Bismarck fand, daß dieser große Konservative sein Ideal lediglich in möglichster Ministerialwillkür mit einer centralisirten Schreiberherrschaft erblicke.

Berlin. Unterredung mit dem französischen Gesandten in Berlin Marquis de Moustier, betr. die Folge von Bismarcks Politik: Jena oder Leipzig.[2]

Bei einem Besuche, den Bismarck Moustier machte, riß diesen die Lebhaftigkeit seines Temperaments zu der bedrohlichen Aeußerung hin: „La politique que vous faites, va vous conduire à Jéna."

Worauf Bismarck antwortete: „Pourquoi pas à Leipzig ou à Rossbach?" Moustier war eine so unabhängige Sprache in Berlin nicht gewohnt und wurde stumm und bleich vor Zorn. Nach einigem Schweigen setzte Bismarck hinzu: „Enfin toute nation a perdu et gagné des batailles. Je ne suis pas venu pour faire avec vous un cours d'histoire." Die Unterhaltung kam nicht wieder in Fluß. Moustier beschwerte sich über Bismarck bei Manteuffel, der die Beschwerde an den König brachte. Dieser aber lobte Bismarck Manteuffel gegenüber, später auch direkt, wegen der richtigen Antwort, die derselbe dem Franzosen gegeben hatte.[3]

---

[1] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 147 u. ff.

[2] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Bd. I. S. 129. Bismarck hat mir dieses Gespräch bereits für mein Werk: „Preußen im Bundestag" zur Verfügung gestellt. Cf. Bd. II. S. 198.

[3] Nach Rothan: La France et sa politique exterieure en 1867, Bd. I. S. 30, beklagte sich Moustier bei Gelegenheit eines Besuches, den Bismarck dem französischen Gesandten abstattete, über die zweideutige Haltung der preußischen Politik gegenüber den Westmächten in

Berlin, Mitte Mai 1854. Unterredung mit dem französischen Gesandten in Berlin Marquis de Moustier, betr. die politischen Verhältnisse in Preußen.[1]

Bismarck, der zum Zweck der Berathung über die orientalische Krisis nach Berlin berufen worden war, besuchte den französischen Gesandten Marquis de Moustier, das Gespräch wandte sich den Tagesereignissen zu.

Bismarck sprach von der Abberufung des preußischen Gesandten in London von Bunsen, die nach seiner Ansicht nothwendig gewesen sei. „Wenn Sie wüßten", sagte er, „wie er seine Instruktion überschritten, wie er Eröffnungen gemacht und Verhandlungen gepflogen hat, zu denen er nicht ermächtigt war, so würden Sie nicht davon überrascht sein." — „Ich habe nicht die Aufgabe", erwiderte Moustier, „Herrn von Bunsen zu vertheidigen, aber ich finde, daß man gegen diejenigen ohne Erbarmen ist, welche der Politik der Westmächte, deren Verbündeter doch Preußen in diesem Augenblick ist, günstig gesinnt sind, während den ganz russisch Gesinnten alles gestattet ist; sie können die Landesgeheimnisse ausliefern, die geringsten Handlungen und Worte des Königs erzählen, Briefe über Briefe nach Petersburg schreiben und erhalten; sie steigen dadurch nur in Würden und Einfluß. Wenn man alle diejenigen, welche sich in Dinge mischen, die sie nicht angehen, mit gleicher Strenge anfaßte, würden wir uns nicht zu beklagen haben."

---

der orientalischen Krisis. Er machte eine Anspielung an die von Haugwitz 1806 begangenen Fehler. Bismarck verstand den Spaß schlecht und erinnerte an die Ereignisse von 1815, indem er sagte: „Waterloo hat Jena wieder gutgemacht." — Diese Worte wurden weiter verbreitet und gelangten auch zur Kenntniß der französischen Regierung.

[1] Rothan: La Prusse et son roi pendant la guerre de Crimée. S. 116.

Das Datum der Unterredung ist nicht angegeben; da aber von der Ende April 1854 erfolgten Abberufung Bunsens, des preußischen Gesandten in London, die Rede ist, so dürfte die Unterredung in der Zeit vom 12. bis 16. Mai 1854, wo Bismarck in Berlin war, stattgefunden haben. Ich brauche nicht zu bemerken, daß alle von Rothan wiedergegebenen Gespräche Bismarcks mit Vorsicht aufzunehmen sind. Rothan trat als Erzieher in das Haus des Marquis de Moustier. Der Marquis de Moustier wußte die Leistungen seines Hauslehrers zu schätzen. Er bediente sich seiner als Sekretär, und als der Marquis kurz vor dem Krimkriege zum Gesandten Napoleons am Berliner Hofe ernannt wurde, ging Herr Rothan mit nach Berlin, aber nicht als Erzieher, sondern als Attaché und politischer Vertrauensmann seines Chefs. Dazu war Rothan der Einzige bei der Mission, welcher der deutschen Sprache vollkommen mächtig war, und mußte überall verwendet werden, wo es sich darum handelte, mit Nichtdiplomaten, ja sogar mit den Kreisen der Bevölkerung, die nicht zu den französisch parlirenden oberen Zehntausend gehörten, in Berührung zu treten. Daß dies häufig geschehen mußte, ist bei der Propaganda der Napoleonischen Regierung in Deutschland leicht begreiflich. Nach der Versetzung Moustiers blieb Rothan in Deutschland. Er avancirte bis zum bevollmächtigten Minister und Generalkonsul Frankreichs für Hamburg und die anderen Hansestädte. Während die Berichte der französischen Vertreter in Deutschland meist beruhigend lauteten, bombardirte Rothan die Kanzlei am Quai d'Orsay mit stark pessimistisch angehauchten Darstellungen, welche den Thatsachen im großen und ganzen wohl entsprachen. Nach dem Sturze des Kaiserreichs publizirte Rothan eine Reihe von Werken, die alle, obwohl im Ausdrucke gedämpft, glühenden Haß gegen den Sieger von 1870 athmen.

Bismarck, der bei einer früheren Unterredung mit Moustier zugestanden hatte, daß der König von Preußen von Männern umgeben sei, deren Ergebenheit für den Kaiser Nikolaus von Rußland an Landesverrath streife, beschränkte sich darauf, für alle diese Punkte mildernde Umstände geltend zu machen; dann wendete Bismarck sich der hohen Politik zu und äußerte:

Da Preußen fast kein direktes Interesse an der Orientfrage hat, so darf es nur mit Vorsicht daran gehen und muß sich jeder aktiven Betheiligung enthalten; Frankreich muß das um so gerechtfertigter finden, als die Schwierigkeit der Situation theilweise dem Verhalten der verbündeten Regierungen zugeschrieben werden muß; alles würde sich arrangirt haben, wenn England nach der vom Grafen Nesselrode gegebenen Aufklärung zu der Wiener Note sich nicht beeilt hätte zu erklären, daß die Note nicht acceptabel sei, und in der Folge Frankreich nicht seine Flotte in das Schwarze Meer hätte einlaufen lassen, ohne Preußen und Oesterreich über diese beiden Punkte befragt zu haben. Inzwischen war doch die Wiener Konferenz zusammengetreten, um gemeinsam die Aktionsmittel der Mitglieder der Konferenz zu berathen.

Moustier widerlegte die Behauptungen und meinte, daß Bismarck sein Gedächtniß im Stiche gelassen habe.

Der französische Gesandte bemerkte dann, gewisse Leute in Preußen hegten noch immer Gefühle der Eifersucht und des Mißtrauens gegen Frankreich und wollten nicht erkennen, daß beide Länder gemeinsame Interessen hätten.

Bismarck äußerte hierauf lebhaft, er wisse wohl, daß Frankreich auf eine Vergrößerung Preußens nicht eifersüchtig sein würde, und was ihn beträfe, so würde er der Erste sein, seinem Lande eine Politik der Gebietserweiterung zu empfehlen, wenn es einen anderen Herrscher hätte; aber dieser würde es wie 1849 machen, er würde alles, was man ihm in die Hand lege, fallen lassen; „man darf auch nicht daran denken, und gerade, weil wir bei alledem nichts zu gewinnen haben, dürfen wir uns darein nicht mischen."

Moustier beeilte sich zu erwidern, lange Kriege führten manchmal durch die Macht der Dinge selbst Gebietsveränderungen herbei, aber eine vorbedachte auf Gebietszuwachs gerichtete Politik sei weder sehr ehrenwerth noch sehr klug; Frankreich hätte kein Verlangen, Preußen zur Beraubung seiner Nachbarn zu ermuthigen, aber auf die natürliche Entwickelung des Gedeihens und des Einflusses Preußens würde Frankreich nicht eifersüchtig sein.

Bismarck sprach dann von den hervorragenden Eigenschaften des Kaisers Napoleon und der hohen Weisheit, die alle seine Handlungen leite. „Wenn wir das früher gewußt hätten", sagte er, „so hätte man sich vielleicht viel früher verständigen können, um das Geschehene zu verhindern, und noch heut würden wir vielleicht anders handeln, wenn wir eine größere Sicherheit bezüglich der Zukunft Frankreichs hätten."

Moustier äußerte, der politische Geist bestehe nicht darin, die Arme unter dem

Vorgeben, daß man die Zukunft nicht kenne, zu kreuzen, sondern darin, sie zu errathen und danach zu handeln.

*

Nichts Gutes wußte Bismarck in Versailles seiner Tischgesellschaft über diesen französischen Diplomaten zu erzählen. Er scheint gerne auf der Börse etwas verdient zu haben.

„Auch Moustier trieb, wie es heißt, solche (unlautere Börsen-) Geschäfte — nicht für sich, sondern mit dem Vermögen seiner Maitresse, und als es herauskommen wollte, starb er unter verdächtigen Symptomen.“[1]

Frankfurt a. M., Ende August 1854. Unterredung mit dem Legationssekretär bei der französischen Gesandtschaft beim Bunde Grafen Gobineau, betr. die finanzielle Lage Oesterreichs.[2]

Bismarck hatte mit dem französischen Legationssekretär Grafen Gobineau bei einer Abendgesellschaft eine lange Unterredung und suchte demselben zu beweisen, daß Oesterreich spätestens in zwei Jahren Bankerott machen müsse, und daß die Nationalanleihe die darauf berechnete Einleitung dazu sei.

Gobineau bestritt die Richtigkeit dieser Ansicht.

Frankfurt a. M., November 1854. Unterredung mit dem russischen Gesandten am deutschen Bundestage Dimitry Glinka.[3]

Dimitry Glinka, der Vertreter Rußlands beim Deutschen Bunde, erhielt im November 1854 den Auftrag, Bismarck „für seine Handlungsweise und Aufrichtigkeit Rußland gegenüber“ den Dank des Kaisers Nikolaus I. zu überbringen. Bismarck war über den ihm übermittelten Dank Nikolaus I. sehr erfreut. „Ich bin glücklich — sagte er zu Glinka — meine Pflicht gegen meinen Monarchen erfüllend, auch Ihrer Sache dienen zu können, noch mehr aber, daß dies die Anerkennung des Zars gefunden hat.“

Glinka bemerkte darauf, daß die Interessen Rußlands und Preußens identisch seien und daß die Hoffnung gestattet sei, den Tag für nahe zu halten, an dem noch eine dritte Großmacht — Frankreich — zur Ueberzeugung gelangen dürfte, daß ihr Platz nicht neben England, sondern neben Rußland und Preußen wäre.

Bismarck entgegnete darauf mit Lebhaftigkeit: „Ein Bund zwischen Rußland, Preußen und Frankreich — das ist mein wahres politisches Ideal, von dem ich schon längst träume, und das allein im stande wäre, den politischen Bedürfnissen der drei Staaten zu entsprechen.“

---

[1] Vergl. M. Busch: Graf Bismarck und seine Leute. Volksausgabe, S. 379.

[2] Aus dem Briefe Prokesch vom 26. August 1854. Prokesch, Briefe. S. 390.

[3] Entnommen dem Werke des russischen Geheimraths Martens: Sammlung von Konventionen und Verträgen mit Deutschland. Vergl. auch Loftus: Diplom. reminiscenses. Vol I. first series. S. 209.

Später, als Oesterreich durch seine Haltung in dem Krimkriege Rußland verstimmte, sprach Glinka mit Bismarck nochmals über die Idee eines russisch-preußisch-französischen Bundes und befragte ihn dabei über die Ansicht des Königs von Preußen über diese Kombination. Bismarck antwortete: „Den König kann man bewegen, diese Kombination zu genehmigen, nur muß man die Sache mit großer Vorsicht behandeln. Uebrigens, wenn die Petersburger Regierung mir den Auftrag ertheilt, den König für diese Kombination zu gewinnen, so werde ich an die Arbeit gehen und stehe Ihnen gut dafür, aber die Petersburger Regierung muß in dieser Frage einen entscheidenden Entschluß fassen."

Auf die Bemerkung Glinkas, daß ein Bund mit Frankreich Rußland zwingen werde, die Grundsätze der bisherigen russischen Politik aufzugeben, antwortete Bismarck lakonisch: „Die Nothwendigkeit zwingt Euch dazu."

Auf die Depesche Glinkas über diese Unterredung mit Bismarck machte Kaiser Nikolaus I. folgende eigenhändige Randglosse: „Das ist ebenso traurig, wie möglich."

Diese Episode aus den ersten Beziehungen Bismarcks zu Rußland kann eigentlich als der Grundstein zu der russophilen Politik Bismarcks betrachtet werden. Die Idee von einer russisch-preußisch-französischen Allianz betrachtete Bismarck aber, wie Glinka später erfuhr, nur als Mittel, um Frankreichs Neutralität bei einer Abrechnung Preußens mit Oesterreich zu sichern, welche ihn schon damals lebhaft beschäftigte.

*

Graf von Prokesch vertrat Oesterreich beim Bunde bis zum 1. März 1855. Gegenüber den bekannten Aeußerungen Bismarcks über denselben[1] dürften Bemerkungen des Letzteren

---

[1] M. Busch berichtet in „Graf Bismarck und seine Leute" folgende Bemerkung desselben: „Prokesch war gar nicht mein Mann. Der hatte aus dem Orient die ärgsten Intriguen mitgebracht. Die Wahrheit war ihm ganz gleichgültig." In einer großen Gesellschaft wurde von irgend einer österreichischen Behauptung gesprochen, die nicht mit der Wahrheit stimmte. Da sagte Prokesch, daß Bismarck es hören sollte, mit erhobener Stimme: „Wenn das nicht wahr wäre, da hätte ich ja im Namen der Kaiserlichen Regierung (er betonte das Wort stark) gelogen!" Dabei sah er Bismarck an.

Bismarck sah ihn wieder an und sagte gelassen: „Allerdings, Excellenz."

Prokesch war offenbar erschrocken, und als er sich umblickte und lauter niedergeschlagenen Augen begegnete und einem tiefen Schweigen, das Bismarck Recht gab, wendete er sich still ab und ging ins Speisezimmer, wo gedeckt war. Nach Tische aber hatte er sich erholt. Da kam er auf Bismarck zu — mit einem gefüllten Glase — sonst hätte Bismarck gedacht, er wollte ihn fordern, und sagte: „Na, lassen Sie uns Frieden machen."

„Warum denn nicht?" sagte Bismarck. „Aber das Protokoll muß doch geändert werden."

„Sie sind unverbesserlich," erwiderte er lächelnd, und damit wars gut. Das Protokoll wurde geändert und damit anerkannt, daß es die Unwahrheit enthalten hatte. (Busch, a. a. O. Volksausgabe. S. 399.)

über Bismarck und sein Verhalten ihm gegenüber von Interesse, aber mit Vorsicht aufzunehmen sein.

Aus Anlaß der Sendung Bismarcks nach Wien im Juni 1852 zur Herstellung eines besseren Einvernehmens mit Oesterreich berichtet Prokesch, damals noch österreichischer Gesandter in Berlin:

„Herr von Bismarck ist der Typus des neupreußischen Konservativen. Er wird mit größter Geringschätzung vom konstitutionellen System reden, aber auch mit vieler Beredsamkeit darzuthun wissen, daß man es „heute noch“ in Preußen nicht fallen lassen könne, sondern „die hohle Form“ davon erhalten müsse. Preußen an die Spitze von Deutschland und aus dem Bundesverhältniß von heute heraus — das ist (wenn ich ihn recht beurtheile) sein leitender Gedanke. Seine Formen sind, wenn er sich zusammen nimmt, angenehm und lange nicht so anmaßend und trocken, wie die der meisten Herren, mit denen ich hier zu thun habe. Er wird in Wien gewiß sehr mild auftreten und so, wie die „Kreuzzeitung“, viel von der Mahnung der Zeit und von der Nothwendigkeit der Allianz zwischen Oesterreich und Preußen sprechen, daraus aber — so wenig wie jene — den Schluß ziehen, daß folglich Preußen nichts thun und wollen dürfe, was sich mit dieser Allianz nicht verträgt und nur eine Duperie aus ihr zu machen beabsichtigt ꝛc. Bismarck ist ein durchaus ehrlicher Mann, der sich der Mittel nicht bedienen wird, die Herrn von Manteuffel eben nicht geniren.“

(Aus dem Bericht von Prokesch vom 8. Juni 1852. Prokesch, Briefe. S. 257.)

*

„Ich kann die freundschaftliche Haltung des Herrn von Bismarck nicht genug rühmen. Ich hoffe wirklich, daß wir, in würdiger Unabhängigkeit neben und mit einander gehend, dem Bunde und Deutschland Nutzen bringen werden.“

(Aus dem Briefe vom 15. Februar 1853. Prokesch, Briefe. S. 298.)

*

„Ich bin mit Herrn von Bismarck, trotz mancher Schwierigkeiten, persönlich im besten Verhältniß. Das Ministerium Manteuffel hat außer ihm fünf oder sechs Korrespondenten hier. Nicht alles, was nach Berlin klingt, kommt von ihm.“

(Aus dem Briefe vom 27. Februar 1853. Prokesch, Briefe. S. 302.)

*

„Mein Verhältniß zu Bismarck ist erklecklich gut. Je susceptibeler er, desto weniger ich.“

(Aus dem Briefe vom 7. März 1853. Prokesch, Briefe. S. 304.)

*

„Mit allen meinen Kollegen stehe ich in gutem Verhältniß, persönlich auch mit Herrn von Bismarck.“

(Aus dem Briefe vom 1. Mai 1853. Prokesch, Briefe. S. 313.)

*

„Herr von Bismarck ist mir freundlicher als früher. Ich bin begierig, ob es anhält.“

(Aus dem Briefe vom 6. Juli 1853. Prokesch, Briefe. S. 321.)

*

„Die Persönlichkeit des Herrn von Bismarck ist gerade keine solche, die man sich aussuchen würde, aber seine Haltung ist bis ins kleinste Detail von Berlin aus geregelt ꝛc.

Mein persönliches Verhältniß zu Herrn von Bismarck ist gut, aber die täglich ihm von mir erwiesenen Rücksichten ändern in seiner schroffen Geschäftshaltung nichts. Er beruft sich stets auf Berlin und wagt auch wirklich keinen Schritt ohne Anfrage.“

(Aus dem Briefe vom 18. Juli 1853. Prokesch, Briefe. S. 324.)

*

„Ich lebe übrigens mit Herrn von Bismarck auf dem besten Fuße."
(Aus dem Briefe vom 5. Dezember 1853. Prokesch, Briefe. S. 348.)

*

„Um seiner üblen Laune Luft zu machen, hat mich Herr von Bismarck in der Sitzung vom 20. in Bezug des Beamten-Etats auf das Unanständigste angefallen, weil ich noch immer ein paar Beamte, beide Oesterreicher, der eine Vater von neun Kindern, der andere 70 Jahre alt, nicht weggejagt. Der Normaletat verpflichtet mich allerdings dazu, läßt aber die Zeit völlig meinem Ermessen anheimgestellt. Solche Sekkaturen werden sich jetzt wahrscheinlich wiederholen. Schliff von außen und innere Roheit sind das Charakteristische der preußischen Bildung."
(Aus dem Briefe vom 24. Juli 1854. Prokesch, Briefe. S. 381.)

*

„Ich fand keine Zeile von Bismarck, denn Rücksicht und Höflichkeit existiren im heutigen Preußen nicht."
(Aus dem Briefe vom 1. August 1854. Prokesch, Briefe. S. 382.)

*

„Persönlich suche ich mit ihm (Bismarck) ein erträgliches Verhältniß zu bewahren, was bei seiner ungnädigen Haltung gegen alles, was österreichisch, nicht ohne Mühe ist. Ich bringe einen beträchtlichen Theil meiner Zeit damit zu, Skandale zu verhüten oder ihnen auszuweichen."
(Aus dem Briefe vom 1. November 1854. Prokesch, Briefe. S. 404, Anmerk.)

*

„Er (der Gesandte von Usedom) ist für England eine ebenso gute Wahl (im preußischen Sinne) wie Herr von Bismarck hier. Hier ein Krakehler, Einschrecker, dort ein Gentleman von angenehmen Formen 2c."
(Aus dem Briefe vom 26. Januar 1855. Prokesch, Briefe. S. 422.)

*

„Es wäre ohne ein großes Kapital dieser Eigenschaft (Biegsamkeit und Geduld) nicht möglich gewesen, so viele Geschäfte von der Hand zu bringen und den Frieden in einer Versammlung zu erhalten, wo Leute, wie Herr von Bismarck 2c. sitzen."
(Aus dem Briefe vom 15. Februar 1855. Prokesch, Briefe. S. 428.)

*

„Die Anmaßungen des Herrn von Bismarck gehören zur Regel 2c.

Herr von Bismarck erklärt Preußen für das Centrum der Welt. ‚Seit zwei Jahren stehen alle Mächte Europas bittend an seiner Thüre.' Mit dieser Aeußerung wirbt Preußen seine Genossen, die es in einer Art von Ehrfurcht vor seiner Kraft umstehen. In Herrn von Schrenk (dem bayerischen Bundesgesandten) hat Herr von Bismarck einen Adjutanten, der ihm mit einer Art von Wollust dient."
(Aus einem Briefe vom 23. Februar 1855. Prokesch, Briefe. S. 432.)

*

„Als ich nach Frankfurt kam, besuchte ich zuerst Herrn von Bismarck, der mich nicht ohne Zurückhaltung aber freundlich empfing. Wir kannten uns schon von Berlin her und waren dort in der Gegnerschaft gegen Herrn von Radowitz eines Sinnes gewesen 2c."
(Aus Prokesch, Briefe. Anhang. S. 470.)

*

„Graf Rechberg wurde mein Nachfolger in Frankfurt, dem es eben so wenig wie früher dem Grafen Thun gelang, sich mit Herrn v. B. wenigstens gesellschaftlich auf erträglichem Fuße zu erhalten, was mir — nicht ohne Mühe und große Selbstverleugnung — doch einigermaßen gelungen war. Herrn v. B. fehlt eben gänzlich die Eigenschaft, die Person von der Sache zu trennen. Für ihn, der durch und durch nur Preuße, existirte kein anderer Standpunkt als der des preußischen Interesses. Was auf denselben keinen Bezug hatte, nahm er allenfalls freundlich und — in seiner Weise — höflich hin, aber er würde, wenn ein Engel vom Himmel herabgestiegen wäre, ihn ohne preußische Kokarde nicht eingelassen haben und würde dagegen dem Satan selbst zwar mit Verachtung aber doch die Hand gereicht haben, wenn dieser dem preußischen Staate ein deutsches Dorf zugeschanzt hätte. Aber wie Macchiavelli war er zu gewandt und zu glatt, um irgend ein Mittel zu verschmähen, und man muß ihm zugestehen, daß ihm Halbheit nach jeder Richtung fern lag, und daß er jedesmal die ganze und wohlgeordnete Phalanx seiner Mittel ins Feld zu führen verstand. So betrieb er mit unermüdlichem Eifer die Lahmlegung und Herabwürdigung des Bundes; mit großer Gewandtheit und ausgiebiger Benutzung der ihm zur Verfügung stehenden Presse wußte er die Schuld daran Oesterreich, das ihm im Wege stand, in die Schuhe zu schieben und Preußen als den Hort der zeitgemäßen Ideen hinzustellen. Der Beruf Preußens überwältigte ihn so, daß er selbst mit mir die Unerläßlichkeit der Einheit Deutschlands unter Preußen mehrmals besprach. — Mir ist überhaupt kaum ein Mann vorgekommen, so abgeschlossen in seinen Ueberzeugungen, so bewußt seines Wollens und Sollens."

(Prokesch, Briefe. Anhang. S. 471/2.)

Frankfurt a. M., Anfang März 1855. Unterredung mit dem stellvertretenden österreichischen Präsidialgesandten Grafen Rechberg, betr. Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen.[1]

Graf Rechberg, der stellvertretende österreichische Bundestagsgesandte, sprach sich gleich nach Uebernahme des Amtes eines Präsidialgesandten so günstig gegenüber Bismarck aus, daß Letzterer ihn nicht in Frankfurt, sondern an der maßgebenden Stelle in Wien zu sehen wünschte. Seine Ansichten waren: Friede mit Rußland, ehrliche Verständigung mit Preußen, Zusammenhalten gegen Westen, Verdammung des Vertrages mit Sardinien. Er äußerte: der Zwist Preußens und Oesterreichs müsse nothwendig mit der Hegemonie Frankreichs über die kleineren Bundesstaaten endigen; ein Krieg Oesterreichs gegen Rußland sei das größte Unglück für Deutschland; der Kaiser Franz Joseph sei ehrgeizigen Plänen ganz fern, er wolle nur den negativen Vortheil, die russische Umstrickung auf der Südgrenze los zu werden; ein österreichischer Minister, der für weiter liegende Zwecke Krieg gegen Rußland wolle, setze den Kaiserstaat leichtsinnig auf's Spiel.

Weiter sprach sich dann Graf Rechberg lobend über den österreichischen Minister Bach aus; er wende sich mehr und mehr wahrhaft konservativer Politik im Innern zu.

Preußen und Oesterreich würden sich, sagte er dann, schnell verständigen, wenn es ihnen nur gelänge, sich gegenseitig von ihren wahren Absichten zu überzeugen und alle unbegründeten Befürchtungen zu verbannen. Jeder traue jetzt dem Andern

[1] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 200.

Dinge zu, die der Andere gar nicht beabsichtige. Man müsse beiderseits außerordentliche Missionen vertrauenerweckender Personen von Monarch zu Monarch schicken und man werde sich bald näher kommen. Er (Rechberg) bedauere sehr, daß Graf Thun nicht Gesandter in Berlin bleibe und finde es erklärlich, daß Esterhazy kein Vertrauen finde. Vielleicht werde man ihn durch den Esterhazy ersetzen, der jetzt in Rom sei.

Bismarck fand die Aeußerungen Rechbergs wie Frühlingwerden nach dem Winter der preußisch-österreichischen Beziehungen.

**Paris**, August (?) 1855. Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, betr. die Herstellung einer preußisch-französischen Entente.[1]

Der Kaiser Napoleon, den Bismarck bei seinem Besuche der Weltausstellung in Paris zum ersten Male sah, gab Bismarck bei verschiedenen Besprechungen damals nur in allgemeinen Worten seinen Wunsch und seine Absicht im Sinne einer französisch-preußischen Intimität zu erkennen. Er sprach davon, daß diese beiden benachbarten Staaten, die vermöge ihrer Bildung und ihrer Einrichtungen an der Spitze der Civilisation ständen, aufeinander angewiesen seien. Eine Neigung, Beschwerden, die durch unsere Verweigerung des Anschlusses an die Westmächte hervorgerufen wären, Bismarck gegenüber zum Ausdruck zu bringen, stand nicht im Vordergrunde.

Bismarck hatte das Gefühl, daß der Druck, den England und Oesterreich in Berlin und Frankfurt ausübten, um Preußen zu Kriegsdiensten im westmächtlichen Lager zu nöthigen, sehr viel stärker, man könnte sagen leidenschaftlicher und gröber war, als die in wohlwollender Form ihm (Bismarck) kundgegebenen Wünsche und Versprechungen, mit denen der Kaiser Preußens Verständigung speziell mit Frankreich befürwortete. Er war für die Sünden Preußens gegen die westmächtliche Politik viel nachsichtiger als England und Oesterreich. Die Unterhaltung fand in französischer Sprache statt.

**Paris**, 25. August 1855. Unterredung mit dem französischen Legationssekretär bei der französischen Gesandtschaft in Berlin Rothan, betr. den Kaiser und die Kaiserin.[2]

Bei einem Essen in der preußischen Gesandtschaft in Paris hatte Bismarck eine Unterredung mit dem Legationssekretär Rothan, der bei der französischen Gesandtschaft in Berlin angestellt war.

Bismarck sprach sich bewundernd über die französische Armee aus und erklärte Napoleon III. für einen großen Herrscher; er vergaß auch die Kaiserin nicht, sie sei das Schönste, was er in Paris gesehen habe.

---

[1] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Bd. I, S. 154. Vgl. auch mein Werk: Preußen im Bundestag. Bd. IV, S. 237.

[2] **Rothan**: La Prusse et son roi. S. 215.

Bismarck war dabei wohl sicher, daß letzteres Kompliment an seine Adresse gelange und seine Früchte trage.

Frankfurt a. M., 1855 (?). Unterredung mit dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen Rechberg, betr. das persönliche Verhältniß Bismarcks zu demselben.[1]

Nach einer Sitzung, in der Bismarck Rechberg verstimmt hatte, blieb der österreichische Gesandte mit ihm allein im Saale und machte ihm leidenschaftliche Vorwürfe über seine Unverträglichkeit: Bismarck sei mauvais coucheur und Händelsucher; Graf Rechberg bezog sich dabei auf Fälle, in denen sich Bismarck gegen präsidiale Uebergriffe gewehrt hatte.

Bismarck erwiderte dem Grafen Rechberg, er wisse nicht, ob sein Zorn nur ein diplomatischer Schachzug oder Ernst sei, aber die Aeußerung desselben sei höchst persönlicher Art. „Wir können doch nicht — sagte Bismarck — im Bockenheimer Wäldchen mit der Pistole die Diplomatie unsrer Staaten erledigen."

Darauf erwiderte Rechberg mit großer Heftigkeit: „Wir wollen gleich hinausfahren; ich bin bereit, auf der Stelle."

Damit war für Bismarck der Boden der Diplomatie verlassen und er antwortete ohne Heftigkeit: „Warum sollen wir fahren; hier im Garten des Bundespalais ist Platz genug, gegenüber wohnen preußische Offiziere und österreichische sind auch in der Nähe. Die Sache kann in dieser Viertelstunde vor sich gehn, ich bitte Sie nur um Erlaubniß, in wenigen Zeilen die Entstehung des Streites zu Papier zu bringen, und erwarte von Ihnen, daß Sie diese Aufzeichnung mit mir unterschreiben werden, da ich meinem Könige gegenüber nicht als ein Raufbold erscheinen möchte, der die Diplomatie seines Herrn auf der Mensur führt." Damit begann Bismarck zu schreiben, und Graf Rechberg ging mit raschen Schritten hinter dem preußischen Kollegen auf und ab. Währenddessen verrauchte sein Zorn, und er kam zu einer ruhigen Betrachtung der Lage, die er herbeigeführt hatte. Bismarck verließ den Grafen Rechberg mit der Aeußerung, daß er Herrn von Oertzen, den mecklenburgischen Gesandten, als seinen Zeugen zu Rechberg schicken würde, um das Weitere zu verhandeln. Oertzen legte den Streit versöhnlich bei.[2]

Es ist auch von Interesse zu erwähnen, wie es kam, daß Bismarck späterhin das Vertrauen dieses zornigen, aber ehrliebenden Herrn und vielleicht, als Beide Minister geworden waren, seine Freundschaft erwarb. Bei einem geschäftlichen Be-

[1] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Bd. I. S. 331. Der Tag der Unterredung ist nicht festzustellen. Graf Rechberg übernahm am 5. März 1855 die Geschäfte der österreichischen Gesandtschaft in Frankfurt a. M.

[2] In der Darstellung des Vorfalls bei Sybel, Bd. III, S. 394, heißt es: Einmal in Rechbergs Zimmer wurde der Streit zwischen Bismarck und dem Grafen so heftig, daß der Graf ausrief: „Ich werde Ihnen meine Sekundanten schicken".

„Wozu die Umstände", erwiderte Bismarck; „Sie haben hier ja wohl Pistolen, dann machen wir die Sache sogleich in Ihrem Garten ab. Während Sie das Schießgeräth zurechtmachen,

suche, den Bismarck dem Grafen Rechberg machte, verließ derselbe das Zimmer, um seinen Anzug zu wechseln, und überreichte Bismarck eine Depesche, die er eben von seiner Regierung erhalten hatte, mit der Bitte, sie zu lesen. Bismarck überzeugte sich aus dem Inhalt, daß Rechberg sich vergriffen und ihm ein Schriftstück gegeben hatte, das zwar die fragliche Sache betraf, aber nur für den Grafen Rechberg bestimmt und offenbar von einem zweiten ostensiblen begleitet gewesen war. Als Rechberg wieder eingetreten war, gab Bismarck ihm die Depesche zurück mit der Aeußerung: er habe sich versehen; er würde vergessen, was er gelesen hätte. Bismarck beobachtete in der That vollkommenes Schweigen über Rechbergs Versehen, und in Berichten oder Gesprächen von dem Inhalt des geheimen Schriftstücks machte er von seinem Versehen keinen auch nur indirekten Gebrauch. Seitdem behielt Rechberg Vertrauen zu Bismarck.[1]

München, den 14./16. Dezember 1855. Unterredungen mit dem bayerischen Minister von der Pfordten, betr. Oesterreichs Politik ꝛc.[2]

Bismarck hatte während seines dreitägigen Aufenthalts in München mehrfache Unterredungen mit dem bayerischen Minister v. d. Pfordten, der ihm sehr gut gefiel, ihm aber etwas unaufrichtig schien.

---

schreibe ich einen Bericht über den Handel, den ich eintretenden Falls nach Berlin zu schicken bitte." So geschah es.

Als der Bericht geschrieben war, ersuchte Bismarck den Grafen, die Richtigkeit zu prüfen. Rechberg las und sagte, jetzt wieder kälteren Blutes: „Es ist alles richtig — aber uns deshalb die Hälse zu brechen, wäre doch über die Maßen thöricht".

„Ganz einverstanden", schloß Bismarck. — —

[1] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Bd. I, S. 331. Sybel schreibt Bd. III, S. 394, über denselben Vorgang:

Etwas später kam Rechberg zu Bismarck, um diesem in einer Wiener Depesche den ihm ertheilten Auftrag zu zeigen, in der nächsten Sitzung bei einer wichtigen Frage ebenso wie Preußen zu stimmen. Bismarck überflog das Schreiben und gab es mit den Worten zurück: „Hier ist wohl ein Irrthum vorgefallen."

Rechberg sah in das Blatt hinein, erschrak, wurde blaß: es war ein vertraulicher Begleitbrief mit der Weisung, zwar selbst für Preußen zu stimmen, aber alles zu thun, um das gemeinsame Votum durch die übrigen Gesandten verwerfen zu lassen. Er hatte die beiden Schreiben verwechselt.

„Beruhigen Sie sich", sagte Bismarck. „Sie haben mir den Brief nicht geben wollen, also haben Sie ihn mir nicht gegeben, folglich ist sein Inhalt mir völlig unbekannt." In der That hat er ihn nie nach Berlin berichtet, um so mehr aber Rechbergs Vertrauen für alle Zeit gewonnen. —

Von Rechberg sagt Bismarck (M. Busch, Graf Bismarck und seine Leute, Volksausgabe, S. 399): „Rechberg war im ganzen nicht übel, wenigstens persönlich ehrlich, wenn auch sehr heftig und aufbrausend — einer von den hitzigen Hochblonden", über die er sich dann weiter verbreitete. „Als österreichischer Diplomat damaliger Schule freilich durfte er's mit der Wahrheit nicht genau nehmen."

[2] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 264.

Pfordten stimmte in das allgemeine Urtheil ein, daß der österreichische Minister des Auswärtigen v. Buol durch seine Politik Oesterreich um das Vertrauen und sich um die Achtung aller gebracht habe. Er verglich Buol mit einer Lokomotive, die nicht weiß wohin sie rennt und auf jede Anrede nur Dampf und Geräusch von sich giebt.

Er klagte dann u. a. auch, daß die Unentschlossenheit und Arbeitsscheu des Königs ihm den Dienst erschwere; von jedem expensiven Ehrgeiz und Thatendurst sprach er seinen Herrn frei.

Dem König von Württemberg traute er alles Ueble zu und nannte ihn den ersten Demokraten.

Er las sodann Bismarck die Auslassung vor, die er nach Petersburg über die Eindrücke, welche er bei seiner neulichen Anwesenheit in Paris empfangen, habe gelangen lassen. Diese Auslassung sei übrigens in Berlin bekannt.

Er bemerkte dazu, Napoleon werde ihm nicht bloß zu seiner (Pfordtens) Belehrung gesagt haben, daß er auf Neutralisation des Schwarzen Meeres hin Frieden schließen und die Engländer ebenso dazu vermögen wolle; auch die Drohung, Polen zu revolutioniren wenn er zum Frühjahr nicht Frieden habe, weil er mit den bisherigen Mitteln den Krieg nicht fortführen könne, habe, an die bloße Adresse von Bayern gerichtet, gar keinen Sinn, darin liege eine Eröffnung Napoleons an Rußland.

Frankfurt a. M. Winter 1855. Unterredung mit dem dänischen Bundestagsgesandten von Bülow, betr. Dänemarks Konsolidirung.[1]

Im Winter 1855 hatte Bismarck dem dänischen Bundestagsgesandten von Bülow gesagt, Dänemarks Konsolidirung sei für Preußen das Beste.

Frankfurt, den 5. Februar 1856. Unterredung mit dem englischen Gesandten beim Bundestage Sir A. Malet, betr. die geplante Konferenz zum Abschluß des Krimkrieges.[2]

Der englische Gesandte beim Bundestage Sir A. Malet äußerte zu Bismarck: „Wenn Preußen der österreichischen Vorlage beim Bundestage wegen der Stellung des Bundes zu den Friedenskonferenzen in Paris nicht zustimmt, so wirft es ein großes Gewicht in die Wagschale Rußlands und hindert den Frieden."

Bismarck erwiderte hierauf, daß Preußen seiner persönlichen Ansicht nach gar keine Veranlassung habe, eine Meinung über jene Vorlage jetzt und beim Bundestage zu äußern, so lange die preußische Regierung nicht gewiß wäre, dieselbe auch bei der Konferenz praktisch geltend machen zu können, daß daher der Widerstand Englands gegen Preußens Zuziehung allein das Schicksal der österreichischen Vorlage in Frage stelle.

Malet sah die Richtigkeit dieser Bemerkung ein und wollte entsprechend nach London telegraphiren.

---

[1] Nach Thorsoe: Kong Frederik VII. Bd. II. S. 470.

[2] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 277.

Hannover, den 6. März 1857. Unterredung mit dem hannoverschen Minister Grafen von Platen, betr. die dänische Frage.[1]

Auf der Durchreise von Berlin nach Frankfurt hatte Bismarck in Hannover eine Unterredung mit dem Minister Grafen Platen, namentlich auch über die dänische Frage, mit welcher er vermöge des Besitzes seiner Familie in Holstein und seiner Verwandtschaft mit den Führern der dortigen Konservativen besonders vertraut war.

Platens Ansicht ging dahin, daß der Deutsche Bund nur für Holstein, nicht für Schleswig etwas werde thun können, und daß auch für ersteres der Sache ein rein deutscher Charakter schwerlich werde bewahrt werden können, weil die fremden Mächte als Garanten der dänischen Gesamtmonarchie auf Grund des Londoner Protokolls sich von der Einmischung nicht würden fernhalten lassen, namentlich da man Holstein nicht helfen könne, wenn man nicht den Bestand der dänischen Gesamtverfassung angreift.

Platen meinte ferner, daß die Danner (Gemahlin des Königs von Dänemark), wenn man es vorsichtig anfange, für Geld und gute Worte zu gewinnen sei für Aenderung der Verfassung oder auch für Abdankung des Königs.

Paris, Anfang April 1857. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten in Paris Baron Hübner, betr. die Einigkeit zwischen Oesterreich und Preußen im Bunde.[2]

Die erste Person von Bedeutung, welche Bismarck in Paris sprach, war der österreichische Gesandte Baron Hübner. Das Thema der Unterredung war die Einigkeit zwischen Preußen und Oesterreich. Hübner gab zu verstehen, daß er selbst billigere Gesinnungen in betreff Preußens habe als der österreichische Minister Graf Buol, daß eine Zufriedenstellung Preußens in betreff eines bestimmten Antheils an der Leitung Deutschlands zu den Bedürfnissen Oesterreichs gehöre, daß die bisherige gereizte Rivalität Beider Deutschland auflöse; das Werben um Stimmen gegeneinander bei den übrigen Höfen, der Kampf in der Presse müsse aufhören, ein Veto jeder der beiden Großmächte am Bunde gegenseitig eingeräumt und mehr zwischen Berlin und Wien als in Frankfurt verhandelt werden.

Bismarck fand, daß Hübner wie ein Buch sprach, hörte aber von anderen Gesandten später, es sei ganz gleichgültig was er sage, da er zu jedem nur das spreche, was er von ihm nach Hause berichtet zu sehen wünsche, ohne alle Rücksicht auf Wahrheit und Sachverhalt.

Paris, Anfang April 1857. Unterredungen mit dem Kaiser Napoleon, betr. die holsteinische und Neuenburger Frage.[3]

Bismarck äußerte in einer Audienz dem Kaiser Napoleon gegenüber hinsichtlich der dänischen Frage als seine persönliche Ansicht:

[1] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 304.

[2] Aus Bismarcks Bericht an Manteuffel vom 29. April 1857. Bismarck-Jahrb. Bd. II. S. 79.

[3] Kohl, Bismarcks Briefe. S. 311.

Wenn die holsteinischen Stände nicht berufen werden, so kommt die dänische Frage durch Preußen, sonst aber durch Beschwerde der Stände an den Deutschen Bund, denn eine vollständige Lösung ist von den Verhandlungen der dänischen Regierung mit dem holsteiner Landtage nicht wohl zu erwarten. Faßt der Bund lediglich Beschlüsse auf Grund seiner Rechtsansicht und insinuirt sie den Dänen, so verfährt man sich in eine Gasse, aus der muthmaßlich nur durch europäischen Krieg oder durch Blamirung des Bundes hinauszukommen ist. Dem kann man ausweichen, wenn der Bund einen Bevollmächtigten nach Kopenhagen schickt, der dort gegen die Dänen geltend macht, was der Bund, gestützt auf die Einmüthigkeit von Fürsten und Volk in Deutschland, ausrichten und anrichten könne. Die Großmächte schütteln vertraulich an dem Baume, und der Bund pflückt offiziell die Beeren derjenigen dänischen Konzessionen, welche sich überhaupt erreichen lassen.

Mit diesem System erklärten sich der Kaiser und auch der französische Minister Graf Walewski vollständig einverstanden, auch damit, daß der Bund, in Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland und auf seine Berechtigung zur Sache die ostensible Hauptrolle spiele. Nur von dem Augenblick an, wo die Gefahr bewaffneten Einschreitens vorliege, sei man entschlossen, der Sache einen europäischen Charakter zu vindiciren und sich als Garanten der dänischen Existenz und des europäischen Friedens offiziell daran zu betheiligen. Man wolle aber, um dieser Eventualität vorzubeugen, auf Dänemark drücken, daß es Konzessionen macht.

Ferner sprach Kaiser Napoleon zu Bismarck mit großer Wärme von seiner Verehrung für den König von Preußen, besonders anerkennend in betreff der Treue, mit welcher der König für das Schicksal Neuenburgs bemüht sei, und daß sein persönlicher Wunsch, dem Könige in dieser Richtung zu dienen, sehr viel weiter ginge, als seine Pflicht, französische Politik zu treiben, und sein Bedürfniß, das gute Vernehmen mit England, sich zu erhalten, ihm gestatteten.

Bismarck fand, daß der Kaiser ebenso wie der Graf Walewski kein rechtes Verständniß für die deutschen staatsrechtlichen Verhältnisse, für die Doppelstellung des Königs von Dänemark und des Herzogs von Holstein und die noch schwierigere Schleswigs, die Kompetenz des Deutschen Bundes bis zur Eider 2c. gewinnen konnte.

Sodann sprach der Kaiser wiederholt von der Kreuzzeitungs-Partei und äußerte, daß man über die siegreichen Kriege von 1813/14 dasjenige, was ihnen vorherging, endlich vergessen könne. „Wenn jedermann eine Politik der Erinnerungen führen wollte, so kämen zwei Nationen, welche sich einmal im Kriege gegeneinander befunden, niemals aus dem Kriege heraus; die politischen Männer müssen sich mit der Zukunft beschäftigen“, sagte der Kaiser mit Bezug darauf.

Mit großem Interesse befragte der Kaiser sodann Bismarck über die Armee und Landwehr und ließ den Wunsch, sie zu sehen, deutlich durchblicken.

**Paris, Anfang April 1857. Unterredung mit dem Kaiser Napoleon über dessen Aspirationen in Bezug auf eine Grenzregulirung und allgemeine Politik gegenüber Preußen.**[1]

Im März 1857 waren in Paris die Konferenzen zur Schlichtung des zwischen Preußen und der Schweiz ausgebrochenen Streites eröffnet worden. Der Kaiser, über die Vorgänge in Berliner Hof- und Regierungskreisen stets wohl unterrichtet, wußte offenbar, daß der König mit Bismarck auf vertrauterem Fuße stand, als mit anderen Gesandten und ihn wiederholt als Ministerkandidaten ins Auge gefaßt hatte. Nachdem er in den Händeln mit der Schweiz eine für Preußen äußerlich, und namentlich im Vergleich mit der Oesterreichs wohlwollende Haltung beobachtet hatte, schien er vorauszusetzen, daß er dafür auf ein Entgegenkommen Preußens in anderen Dingen zu rechnen habe; er setzte Bismarck auseinander, daß es ungerecht sei, ihn zu beschuldigen, daß er nach der Rheingrenze strebe. Das linksrheinische deutsche Ufer mit etwa drei Millionen Einwohnern würde für Frankreich Europa gegenüber eine unhaltbare Grenze sein; die Natur der Dinge würde Frankreich dann dahin treiben, auch Luxemburg, Belgien und Holland zu erwerben oder doch in eine sichere Abhängigkeit zu bringen. Das Unternehmen hinsichtlich der Rheingrenze würde daher Frankreich früher oder später zu einer Vermehrung von zehn bis elf Millionen thätiger, wohlhabender Einwohner führen. Eine solche Verstärkung der französischen Macht würde von Europa unerträglich befunden werden, — „devrait engendrer la coalition“, würde schwerer zu behalten, als zu nehmen sein, — „un dépôt que l'Europe coalisée un jour viendrait reprendre“; eine solche an Napoleon I. erinnernde Prätension sei für die gegenwärtigen Verhältnisse zu hoch; man würde sagen, Frankreichs Hand sei gegen Jedermann, und deshalb würde Jedermanns Hand gegen Frankreich sein. Vielleicht werde er unter Umständen zur Befriedigung des Nationalstolzes „une petite rectification des frontières“ verlangen, könne aber ohne solche leben. Wenn er wieder eines Krieges bedürfen sollte, würde er denselben eher in der Richtung nach Italien suchen. Einerseits habe dieses Land doch immer eine große Affinität mit Frankreich, andererseits sei das letztere an Landmacht und an Siegen zu Lande reich genug. Eine viel pikantere Befriedigung würden die Franzosen in einer Ausdehnung ihrer Seemacht finden. Er denke nicht daran, das Mittelmeer gerade zu einem französischen See zu machen, „mais à peu près“. Der Franzose sei kein Seemann von Natur, sondern ein guter Landsoldat, und eben deshalb seien Erfolge zur See ihm viel schmeichelhafter. Dies allein sei das Motiv, welches ihn hätte veranlassen können, zur Zerstörung der russischen Flotte im Schwarzen Meere zu helfen, da Rußland, wenn dereinst im Besitz eines so vortrefflichen Materials, wie die griechischen Matrosen, ein zu gefährlicher Rival im Mittelmeer werden würde. (Bismarck hatte den Eindruck, daß der Kaiser in diesem Punkte nicht ganz aufrichtig war, daß ihm die Zerstörung der russischen Flotte eher leid that, und daß er sich nachträglich eine Rechtfertigung für

[1] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Bd. I. S. 193.

das Ergebniß des Krieges zurecht machte, in den England unter seiner Mitwirkung nach dem Ausdruck seines Auswärtigen Ministers wie ein steuerloses Schiff hineingetrieben war — we are drifting into war.)

Als Ergebniß eines nächsten Krieges dachte Napoleon sich ein Verhältniß der Intimität und Abhängigkeit Italiens zu Frankreich, vielleicht die Erwerbung einiger Küstenpunkte. Zu diesem Programm gehöre, daß Preußen ihm nicht entgegen sei. Frankreich und Preußen seien aufeinander angewiesen; er halte es für einen Fehler, daß Preußen 1806 nicht wie andere deutsche Mächte zu Napoleon gehalten hätte. Es sei wünschenswerth, unser Gebiet durch die Erwerbung Hannovers und der Elbherzogthümer zu konsolidiren, um damit die Unterlage einer stärkeren preußischen Seemacht zu gewinnen. Es fehle an Seemächten zweiten Ranges, die durch Vereinigung ihrer Streitkräfte mit der französischen das jetzt erdrückende Uebergewicht Englands aufhöben. Eine Gefahr für sie selbst und für das übrige Europa könne darin nicht liegen, weil sie sich ja zu einseitig egoistisch-französischen Unternehmungen nicht einigen würden, nur für die Freiheit der Meere von der englischen Uebermacht. Zunächst wünsche er sich der Neutralität Preußens zu versichern für den Fall, daß er wegen Italien mit Oesterreich in Krieg geriethe. Bismarck möge den König über dieses alles sondiren.

Bismarck antwortete, er sei doppelt erfreut, daß der Kaiser diese Andeutungen gerade ihm gemacht habe, erstens, weil er (Bismarck) darin einen Beweis seines Vertrauens sehen dürfe, und zweitens, weil er vielleicht der einzige preußische Diplomat sei, der es auf sich nehmen würde, diese ganze Eröffnung zu Hause und auch seinem Souverän gegenüber zu verschweigen. Er bäte ihn (Napoleon) dringend, sich dieser Gedanken zu entschlagen; es läge außer aller Möglichkeit für den König Friedrich Wilhelm IV., auf dergleichen einzugehen; eine ablehnende Antwort sei unzweifelhaft, wenn ihm die Eröffnung gemacht würde. Dabei bleibe im letzteren Falle die große Gefahr einer Indiskretion im mündlichen Verkehr der Fürsten, einer Andeutung darüber, welchen Versuchungen der König widerstanden habe. Wenn eine andere deutsche Regierung in die Lage versetzt würde, über dergleichen Indiskretionen nach Paris zu berichten, so werde das für Preußen so werthvolle gute Benehmen mit Frankreich gestört werden. „Mais ce ne serait plus une indiscrétion, ce serait une trahison“, unterbrach Napoleon Bismarck etwas beunruhigt. „Vous vous embourberiez!“ fuhr Bismarck fort.

Der Kaiser fand diesen Ausdruck schlagend und anschaulich und wiederholte ihn. Die Unterredung schloß damit, daß er Bismarck für diese Offenheit seinen Dank aussprach und Bismarck ihm Schweigen über seine Eröffnung zusagte.[1]

*

[1] Thatsächlich finden sich in den Berichten an Manteuffel vom 11. und 24. April sowie vom 1. Mai 1857 (Preußen im Bundestage IV 257 f., III 91 ff., 94 ff.) keinerlei Mittheilungen über diese Unterredung, ebensowenig in dem Briefe an Gerlach vom 11. April 1857, Briefe Bismarcks ꝛc. S. 311 ff.; daß er dem letzteren davon erzählt hat, geht aus Gerlachs Denkwürdig-

Die Uebernahme des Gesandtschaftspostens in Petersburg lag nicht im Wunsche Bismarcks; er bezeichnete die Versetzung dorthin einmal als „kalt gestellt“ werden. Noch unliebsamer wäre ihm der Wiener Posten gewesen. Auf langen Eisenbahnfahrten erörterte Bismarck mit dem König die Eventualität der Uebernahme des Wiener Gesandtschaftspostens.[1] Er nahm dann hierzu Stellung indem er sagte: „Wenn Eure Majestät befehlen, so gehe ich dahin, aber freiwillig nicht, ich habe mir die Abneigung des österreichischen Hofes in Frankfurt im Dienste Eurer Majestät zugezogen, und ich werde das Gefühl haben, meinen Gegnern ausgeliefert zu sein, wenn ich Gesandter in Wien werden sollte. Jede Regierung kann jeden Gesandten, der bei ihr beglaubigt ist, mit Leichtigkeit schädigen und durch Mittel, wie sie die österreichische Politik in Deutschland anwendet, seine Stellung verderben.“ Die Erwiderung des Königs pflegte zu sein: „Befehlen will ich nicht, Sie sollen freiwillig hingehen und mich darum bitten; es ist das eine hohe Schule für Ihre diplomatische Ausbildung, und Sie sollten mir dankbar sein, wenn ich diese Ausbildung, weil es bei Ihnen der Mühe lohnt, übernehme.“

Ueber die Aufnahme Bismarcks in St. Petersburg giebt das Buch „Neue Bilder aus der Petersburger Gesellschaft“ Aufschluß. Von einem Russen. Leipzig 1879, woselbst der III. Abschnitt „Fürst Bismarck in Petersburg“ nachzulesen ist. Ohne Rücksicht darauf, daß der damalige Prinzregent die entschiedenste, mit Mißtrauen gepaarte Abneigung gegen Frankreich und dessen italienische Politik zeigte und daß er das revolutionäre Vorgehen Cavours öffentlich und nachdrücklich mißbilligte, bekannte Herr von Bismarck sich zu der Ueberzeugung, daß die Befreiung Italiens von österreichischem Einfluß eine europäische Nothwendigkeit sei, die nur den ersten Akt der Emancipation Deutschlands und Preußens von der k. k. Patronage bilde. Und Beust bestätigt in seinen Memoiren (Bd. I. S. 428), daß, wie es einer seiner Petersburger Kollegen ihm einmal versicherte, Bismarck damals, also kurz vor Eintritt in das preußische Ministerium, von dem Krieg mit Oesterreich als einem Theil seines Programmes gesprochen habe.

Die Zahl der Unterredungen, die wir aus der Zeit seines Aufenthalts an der Newa und der Seine kennen, ist verhältnißmäßig eine geringe.

Petersburg, den 12. November 1861. Unterredung mit dem Grafen Nesselrode, betr. die allgemeine Stimmung in Rußland.[2]

Graf Nesselrode besuchte abends Bismarck und sprach mit ihm über die allgemeine Stimmung in Rußland; er sah schwarz in die Zukunft. Er legte das Haupt-

keiten II 521 hervor. Horst Kohl hätte dieser Note zu Bismarcks Gedanken und Erinnerungen hinzufügen können, daß Bismarck das Geheimniß bis zum Ausbruche des Krieges von 1870/71 gewahrt hat. Am 29. Juli 1870 erzählte Bismarck das Gespräch dem englischen Botschafter Lord A. Loftus (cf. unten sub 29. Juli 1870) und später in Versailles in extenso dem Geh. Legationsrath Lothar Bucher, der es mir zur Aufnahme in mein Werk „Ein Achtundvierziger“. L. Buchers Leben und Werke. Bd. III. S. 152, mittheilte.

[1] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Bd. I. S. 87.

[2] Aus einem Briefe Bismarcks an Graf Bernstorff vom 13. Novbr. 1861. — Bismarck-Jahrb. Bd. VI. S. 108.

gewicht auf die Zuverlässigkeit des Militärs und äußerte in dieser Beziehung: „Vom General bis zum Hauptmann kann man auf die Armee zählen, aber vom Hauptmann bis zum Feldwebel ist sie „angesteckt“ und unsicher; es fragt sich nun, ob die Masse vom Feldwebel abwärts in kritischen Fällen von den Subalternoffizieren oder von den höheren beherrscht wird.“

Bismarck fand diese Ansichten in den höchsten amtlichen russischen Kreisen verbreitet.

*

Aus der Zeit der Bekleidung des Gesandtschaftspostens in Petersburg datirt Bismarcks gutes Verhältniß zu dem Fürsten Gortschakow, den Bismarck übrigens bereits von Frankfurt her kannte. Fürst Meschtscherskij schreibt in seinen „Erinnerungen“ über Gortschakows damaliges Verhältniß zu Bismarck: „In der Entwickelung des sozusagen historischen Charakters des Fürsten Gortschakow hat Bismarck, der am Anfang der sechziger Jahre in Petersburg preußischer Gesandter war, eine sehr entschiedene und wichtige Rolle gespielt. . . . Nicht eine Minute verlor Bismarck auf seinem diplomatischen Posten in Petersburg, der ihm als Vorstufe und sehr nützliche Schule für seine künftige Weltlaufbahn diente. Er wurde mit Gortschakow sehr befreundet, und dem listigen Bismarck war es eine Kleinigkeit, den durchaus nicht listigen Gortschakow vollkommen kennen zu lernen. . . . Er begriff, daß diejenige Saite im Wesen Gortschakows, auf der man jede beliebige Melodie spielen konnte, seine Selbstvergötterung war. Virtuosenhaft auf dieser Saite spielend, wußte er Gortschakow davon zu überzeugen, daß es in Europa keinen klügern und einflußreichern Diplomaten gebe als ihn, daß er, Gortschakow, es sei, der Europa lenke. . . . Diese Aeolsharfenmusik brachte Gortschakow ganz in die Gewalt Bismarcks, mit voller Gutmüthigkeit gab er sich der Freundschaft mit ihm hin, und, was das Bemerkenswertheste ist, als Bismarck mit den Keimen seiner großartigen Pläne im Kopfe Petersburg verließ, ließ er Gortschakow in der vollen Ueberzeugung zurück, daß er aus Bismarck machen könne, was er wolle; es war die ständige Sorge des listigen Bismarck, Gortschakow diese Ueberzeugung einzuflößen. Gleichzeitig ließ er nichts unbenutzt vorbeigehen, was Gortschakow Napoleon III. gegenüber abkühlen konnte, für den sich bei ihm eine Zeit lang eine Art Schwärmerei ziemlich bemerkbar machte.“

Berlin, Mitte Mai 1862. Unterredung mit dem englischen Gesandten Lord Augustus Loftus, betr. Bismarcks politische Erziehung.[1]

Lord A. Loftus fragte Bismarck, der einige Zeit für den Gesandtschaftsposten in England bestimmt war, ob er nicht jetzt Ministerpräsident werde. „Non — antwortete Bismarck — je vais à Londres pour achever mon éducation politique.“ Lord A. Loftus nahm diesen Spaß für ernstlich gemeint und erzählte die Sache weiter.

*

Am 22. Mai 1862 wurde Bismarck zum preußischen Gesandten in Paris ernannt. Mit welchen Vorurtheilen Bismarck damals noch zu kämpfen hatte, beweist nachstehende Aeußerung seines früheren österreichischen Kollegen in Frankfurt a. M.[2] „Wenn Herr v. Bismarck“, so äußerte sich Graf Rechberg zu dem französischen Botschafter in Wien, dem Herzog von Gramont, „eine vollständige diplomatische Erziehung hätte, so wäre er einer der ersten Staatsmänner

[1] Nach Bernhardi, Bd. IV, S. 294.

[2] Thouvenel: Le secret de l'empereur. Paris 1889.

Deutschlands, wenn nicht der erste; er ist muthig, fest, hochstrebend, voll Feuer, aber unfähig, eine vorgefaßte Idee, ein Vorurtheil, eine Parteianschauung irgend einem Grundsatz höherer Ordnung zu opfern; er besitzt keinen praktischen politischen Sinn (!!), er ist ein Parteimann im stärksten Sinne des Wortes, und da er gewinnendes Wesen besitzt und Einfluß in Geschäften, da er ferner Oesterreich feindlich gesinnt ist, sehen wir diese Wahl nicht ohne Mißfallen und Unruhe an.[1]

Fontainebleau, den 26. Juni 1862. Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, betr. eine Allianz zwischen Preußen und Frankreich.[2]

Der Kaiser Napoleon hatte Bismarck nach Fontainebleau eingeladen und machte nach dessen Ankunft einen längeren Spaziergang mit ihm. Im Laufe der Unterhaltung über politische Fragen des Tages und der letzten Jahre fragte der Kaiser plötzlich Bismarck: „Glauben Sie, daß der König geneigt wäre, ein Bündniß mit mir zu schließen?"

Bismarck erwiderte: „Der König ist von den freundschaftlichsten Gesinnungen für die Person Ew. Majestät erfüllt, und die Vorurtheile, die früher bei uns in Bezug auf Frankreich herrschten, sind allmählich geschwunden. Aber Allianzen sind nicht sehr fruchtbar an Ergebnissen, sofern sie nicht das natürliche Produkt von Umständen sind, die Bedürfniß und Nützlichkeit derselben bestimmen; für eine Allianz bedarf es eines Motivs oder eines Zweckes."

Der Kaiser fand diese Ansicht nicht immer zutreffend. „Es giebt Mächte", fuhr er fort, „welche miteinander befreundet und solche, die es weniger sind; im Hinblick auf eine unsichere Zukunft muß man irgendwohin sein Vertrauen setzen. Nicht in der Absicht eines abenteuerlichen Projekts spreche ich von einem Bündniß; aber ich finde, Preußen und Frankreich haben so viele gemeinsame Interessen, daß die Elemente eines intimen und dauerhaften Einvernehmens vorhanden sein müßten, sobald Vorurtheile und gefaßte Entschlüsse kein Hinderniß bilden. Es würde ein großer Fehler sein, Ereignisse „schaffen" zu wollen, aber sie treten ohne unser Zuthun ein und ohne daß wir die Richtung und die Stärke derselben berechnen können; man muß sich also dagegen wappnen, indem man die Mittel erwägt, um ihnen entgegenzutreten und daraus Nutzen zu ziehen."

Der Kaiser spann dann den Gedanken einer „diplomatischen" Allianz weiter aus, in welcher man die Gewohnheit gegenseitigen Vertrauens annähme und für schwierige Lagen aufeinander rechnen lernte; dann blieb der Kaiser nach einer Pause plötzlich stehen und wandte sich mit den Worten an Bismarck: „Sie können sich nicht denken, welche sonderbaren Eröffnungen mir Oesterreich vor einigen Tagen gemacht hat. Es scheint, daß Ihre Ernennung und die gleichzeitige Ankunft des Herrn von

[1] Kräftiger noch äußerte sich Rechberg, als Bismarck ins Ministerium trat: „Giebt es in Berlin einen Ministerwechsel, so kommt der schreckliche Bismarck an die Reihe, ein Mensch, der im stande ist, den Rock auszuziehen und selbst auf die Barrikade zu treten".

[2] Nach Bismarcks Brief an Graf Bernstorff v. 28. Juni 1862. Bismarck-Jahrb., Bd. VI. S. 152. Theilweise wörtlich übergegangen in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

Budberg[1] in Paris eine Art Panik in Wien hervorgerufen haben; Fürst Metternich ließ die Befürchtungen seiner Regierung durchblicken und fügte hinzu, er habe soeben Instruktionen von solcher Tragweite erhalten, daß er selbst darüber erschrocken gewesen sei und kaum die Ausdehnung derselben anzudeuten wage; ich müsse ihn als den „mächtigsten" Botschafter und als mit Vollmachten über alle Fragen in einer Ausdehnung versehen betrachten, wie sie jemals ein Souverän seinem Vertreter übertragen hätte. Diese Erklärung hat mich in Verlegenheit gesetzt, ich wußte nicht, welche Antwort ich ihm geben sollte; er bezeichnete sich als zu Abmachungen um jeden Preis und ohne Skrupel ermächtigt; ich empfinde aber, abgesehen von der Unvereinbarkeit der Interessen beider Länder, einen fast abergläubischen Widerwillen dagegen, mit dem Geschick Oesterreichs verbunden zu sein."

Bei der Trennung sagte der Kaiser zu Bismarck, daß er seiner Zeit die Besprechung in diesem Sinne fortzusetzen hoffe.

Paris 1862. Unterredung mit dem österreichischen Botschafter in Paris Fürsten Metternich, betr. die zukünftigen Beziehungen Preußens zu Oesterreich.[2]

Bismarck äußerte bei der einzigen eingehenden Besprechung, die er während seiner Thätigkeit als preußischer Gesandter in Paris mit dem österreichischen Botschafter Metternich in Paris über politische Fragen hatte, es gäbe Bedingungen, unter denen er (B.) Oesterreichs treuester Bundesgenosse sein würde; er lehne es aber ab, sich, in Erinnerung früherer übler Erfahrungen, über dieselben auszusprechen. Die Reihe, praktische Vorschläge zu machen, sei an Oesterreich, und geriethe Preußen ohne solche Vorschläge und Verständigungen in europäische Krisen, so sähe er keinen Grund, warum Preußen in Oesterreich etwas anderes als eine fremde Macht sehen sollte. Für die Phrasen von „Bruderkrieg" sei er stichfest und kenne keine andere als ungemüthliche Interessenpolitik, Zug um Zug und bar.

*

Der italienische Staatsmann Nigra, welcher kürzlich über seine Beziehungen zu Bismarck einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse" Rede stand, berichtete über die Zeit, da er Bismarck in Paris Kollegen nennen durfte: In Paris gab es manchen, der, wenn der Gesandte Herr von Bismarck mit großer Sicherheit von Preußens Mission und mit Selbstbewußtsein von Preußens Armee sprach, so thöricht war, ihn nicht ernst zu nehmen, ja, sich über ihn lustig zu machen. Doch die Klügeren ahnten schon, daß er zu großen Dingen berufen sei. Er arbeitete zielbewußt auf die Führung der preußischen Politik. In der Antichambre des Ministeriums des Aeußern am Quai d'Orsay traf der preußische Gesandte an einem Mittwoch — es war der gewöhnliche Empfangstag des Ministers — mit dem italienischen Gesandten zusammen. Die beiden mußten etwas lange warten. Ein Botschafter war gerade da, um bei dem Minister vorzusprechen. Da der Botschafter stets vor dem Gesandten den Vortritt hat, so war des Wartens kein Ende. Endlich sollte Herr von Bismarck empfangen werden.

---

[1] Des russischen Gesandten.

[2] Nach Bismarcks Brief an Bernstorff, d. d. Berlin, den 21. Nov. 1862. Bismarck-Jahrb. Bd. VI. S. 165.

Da aber erschien plötzlich der österreichische Botschafter Fürst Richard Metternich. Nun hieß es für den preußischen Gesandten von neuem — warten. Er nahm den Gesandten Italiens bei der Hand, trat mit ihm auf den Balkon, und ergrimmt rief er aus: „Wenn ich einmal in Preußen Minister des Aeußern bin, ist es meine erste That, daß ich statt eines Gesandten einen Botschafter nach Paris schicke. Es darf nicht sein, daß Preußen hier eine geringere Rolle als Oesterreich spielt."

Kaum war Herr v. Bismarck Minister des Aeußeren, so beeilte er sich, Unterhandlungen zur Umwandlung der Gesandtschaft in eine Botschaft einzuleiten, und Herr von der Goltz war der erste preußische Botschafter an der Seine.

*

Die Gesandtschaft in Petersburg und Paris bezeichnete Bismarck noch als seine diplomatischen Lehrjahre. Wie sehr er aber damals schon die Meisterschaft besaß, beweist eine Prophezeiung, die er Ende Juni 1862 in London dem damaligen Führer der Opposition Disraeli machte, und die buchstäblich eingetroffen ist. „Ich werde binnen kurzem genöthigt sein, die Leitung der preußischen Regierung zu übernehmen. Meine erste Sorge wird sein, mit oder ohne Hilfe des Landtags die Armee zu reorganisiren. Mit Recht hat sich der König diese Aufgabe gestellt, er kann sie jedoch mit seinen bisherigen Räthen nicht durchführen. Ist die Armee erst auf Achtung gebietenden Stand gebracht, dann werde ich den ersten besten Vorwand ergreifen, um Oesterreich den Krieg zu erklären, den Deutschen Bund zu sprengen, die Mittel- und Kleinstaaten zu unterwerfen und Deutschland unter Preußens Führung eine nationale Einheit zu geben. Ich bin hierher gekommen, um dies den Ministern der Königin zu sagen."

Disraelis Kommentar zu diesem seitdem Zug für Zug ausgeführten Programm lautete: „**Take care of that man! He means what he says**". (Nehmt Euch vor diesem Manne in Acht. Er meint was er sagt.)[1]

---

[1] Bismarck und Rußland, aus Vitzthum: St. Petersburg und London. Bd. II. S. 158.

## Zweites Kapitel.

### Von der Ernennung zum Ministerpräsidenten bis zum Akutwerden der schleswig-holsteinischen Frage.

(23. September 1862 bis 15. November 1863.)

Berlin, den 17. Oktober 1862. Unterredung mit dem englischen Gesandten Lord A. Loftus, betr. die allgemeine politische Lage.[1]

Bismarck besuchte den englischen Gesandten Loftus. Nach einigen Bemerkungen ohne Bedeutung kam das Gespräch auf politische Fragen, wozu die am Morgen aus Paris eingetroffene Nachricht von der Ernennung des Herrn Drouyn de l'Huys zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten an Stelle von de Thouvenel den nächsten Anlaß gab. Die Ursache dieses Wechsels war ein Geheimniß, man schrieb denselben aber der prononcirten Stellung, die Thouvenel zu der römischen Frage eingenommen hatte, zu.

Bismarck äußerte, in Bezug auf die italienische Frage habe Preußen dasselbe Interesse wie England daran, daß sich ein einiges und unabhängiges Italien bilde. Seiner Ansicht nach dürfe Italien, wenn es stark dastehen solle, weder auf der einen Seite von Frankreich noch auf der andern von Oesterreich abhängig sein. Bismarck sprach, wenngleich mit etwas Vorsicht und Reserve, Zweifel darüber aus, daß die Politik des Kaisers Napoleon für die Unabhängigkeit Italiens günstig sei, und schien der Ansicht, daß bei demselben nicht die Absicht bestehe, seine Truppen aus Rom zurückzuziehen.

Demnächst bemerkte Bismarck, er habe Grund zu glauben, daß Oesterreich eine Zeit lang an eine Allianz mit Frankreich gedacht habe, daß die Frage in Paris

---

[1] Lord A. Loftus: Diplomatic Reminiscenses. Bd. II. Erste Abth. S. 274. Die Loftussche Quelle ist mit größter Vorsicht zu betrachten.

angeschnitten worden wäre und daß Oesterreich sogar bereit gewesen sei, ein von dem Kaiser etwa vorgeschlagenes Arrangement bezüglich Italiens anzunehmen.

Darauf kam Bismarck auf den Ministerwechsel in Paris zurück, wobei er die Ansicht aussprach, daß der Eintritt von Drouyn de l'Huys in das Ministerium einen vollständigen Wechsel in der Richtung der französischen Politik und eine Verständigung zwischen Frankreich und Oesterreich in Bezug auf Italien bedeute.

Augenscheinlich beunruhigte Bismarck die Aussicht auf eine österreichisch-französische Allianz. Er bemerkte, man dürfe sich darüber indes nicht wundern, denn Oesterreich habe seit einiger Zeit „kniefällig“ um die französische Allianz gebeten, während Preußen fortwährend alle ihm von Frankreich gemachten Avancen zurückgewiesen habe.

Bei seiner ersten Unterredung mit dem Kaiser Napoleon habe Letzterer sich deutlich zu Gunsten einer konservativen preußischen Politik, für Aufrechterhaltung des Friedens und des status quo in Europa ausgesprochen. Kaiser Napoleon wünschte Allianzen mit Dynastien, welche ihm dafür Gegendienste leisten könnten.

Nachdem Preußen fortwährend das vom Kaiser Napoleon gezeigte Entgegenkommen unerwidert gelassen, habe er (B.) es für unmöglich gehalten, dem Kaiser darauf zu antworten, da er von seinem Souverän keine Ermächtigung dazu gehabt hätte. Ohne es deutlich auszusprechen, gab der Kaiser doch Bismarck zu verstehen, daß eine Allianz zwischen Frankreich und Preußen nicht möglich sei, wenn Preußen nicht eine Kompensation anbieten könne, und daß der Kaiser Napoleon schließlich nothwendigerweise zu einer Allianz mit Oesterreich geführt werden würde, welches seinen Absichten und Forderungen gegenüber weniger skrupulös sein würde.

Er (B.) habe keine Gelegenheit gehabt, sich in der letzten Zeit mit dem Kaiser Napoleon zu unterhalten und er sei von Biarritz am Tage der Ankunft des Kaisers daselbst abgereist. Damit wollte Bismarck zu verstehen geben, daß, wenn der Kaiser ihn hätte sprechen wollen, er ihm (B.) seinen Wunsch mitgetheilt haben würde.

Hierauf verließ Bismarck dies Thema und kam auf das Gerücht von einer Allianz zwischen Frankreich und Rußland und auf das Protokoll zu sprechen, das letzthin von ihnen in Paris unterzeichnet worden sein solle. Diesem Gerüchte sei unnöthige Wichtigkeit beigelegt worden, das sei lange das Ziel des Fürsten Gortschakow gewesen; letzterer habe seit dem russischen Kriege das lebhafte Verlangen, die Allianz zwischen England und Frankreich (welche er immer „Allianz des Westens“ nenne) durch Erregung von Eifersucht zwischen jenen Mächten zum Bruch zu bringen. Er glaube auch, daß es dem Fürsten Gortschakow beliebe, in dem schwachen und paralytischen russischen Staate einen Beweis russischer Thätigkeit auf dem politischen Theater Europas zu geben, den es im Innern zu leisten außer stande sei.

Bismarck gab zu, daß ein Protokoll existire, aber er war überzeugt, daß es lediglich auf die Angelegenheiten Serbiens und Montenegros und andere, die nördlichen Provinzen der Türkei betreffende Fragen Bezug habe. Er glaube nicht, daß es seiner Natur und seinen Zielen nach über jene Grenzen hinausgehe; das Protokoll

habe seine Bedeutung verloren, nachdem diese Fragen zur Zufriedenheit geregelt worden seien.

Bismarck sprach dann von den Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen. Er bemerkte, Oesterreich strebe nach dem ersten Platze in Deutschland, wolle Preußen auf den zweiten Rang versetzen und betrachte Preußen als ihm unterthänig. Dies dürfe niemals der Fall sein. Das wäre eine Position, die Preußen niemals annehmen könnte. Ein Einverständniß zwischen den beiden deutschen Großmächten (daß ein solches sowohl im deutschen wie im Interesse Europas erwünscht, gab B. durchaus zu) könne nur auf der Grundlage völliger Gleichheit zu stande kommen. In dieser Hinsicht habe Oesterreich bisher beständig seine Mitwirkung abgelehnt. Herr von Schmerling wolle Preußen in Bezug auf Liberalismus in Deutschland übertrumpfen, wenn er aber in diesem Kurse fortfahre, so werde er finden, daß dies ein verlorenes Spiel sei, das mit seiner völligen Niederlage enden werde.

Dann äußerte Bismarck, es läge ihm viel daran, daß der Vertreter Englands den falschen Eindruck korrigire, der durch die Presse bezüglich gewisser von ihm in einem Ausschusse des Abgeordnetenhauses gehaltenen Reden, wie er glaube, absichtlich falsch verbreitet worden sei. Diese Reden seien nicht in einer öffentlichen Versammlung, sondern in einer Kommission des Abgeordnetenhauses gehalten worden und hätten deshalb nimmer veröffentlicht werden dürfen. Er sei vier Stunden lang in dieser Kommission gewesen und habe die Interpellationen der Mitglieder derselben beantwortet. Bismarck kam speziell auf den soviel in der europäischen Presse kommentirten Ausdruck „Eisen und Blut" zu sprechen. Er habe damit nur sagen wollen, daß Preußen im Hinblick auf die Lage Europas und die Nothwendigkeit für Preußen, auf eintretende Ereignisse vorbereitet zu sein, ein derartig organisirtes Heer haben müsse, daß es, wenn nothwendig, die Politik der Regierung des Königs unterstützen könne. „Eisen und Blut" sei im bildlichen, nicht im wirklichen Sinne gebraucht. Der Ausdruck bezöge sich also nicht etwa auf natürliches Blut, sondern auf die Nothwendigkeit für Preußen, ein organisirtes, zum Abmarsch in den Krieg bereites Heer zu besitzen. Andere seiner Ausdrücke seien gleichfalls falsch wiedergegeben und unrichtig ausgelegt worden. Es sei in dem Kommissionszimmer ein Stenograph gewesen, dessen Anwesenheit er nicht bemerkt habe, und der entweder aus Unkunde in der Berichterstattung oder aus sonstigen Ursachen einen falschen Bericht über seine Reden erstattet habe.

Er (B.) sei besser als sein Ruf und vertraue, daß die englische Regierung ihn nach seinen Handlungen und nicht nach übelwollenden Berichten, die über ihn geschäftig verbreitet würden, beurtheilen werde.

Dann wandte sich Bismarck zu der Frage der dänischen Herzogthümer. Er versicherte dem Gesandten, daß er in der Frage kein Fanatiker sei, daß er von den letzten Vorschlägen Lord Russells sehr befriedigt gewesen sei und sie als eine annehmbare Grundlage für eine Vereinbarung betrachte. Er könne noch keine bestimmte Erklärung abgeben, bevor er die Befehle des Königs in der Sache eingeholt

habe. Die öffentliche Meinung sowohl in Preußen wie in Deutschland sei bezüglich dieser Frage sehr erregt und betrachte dieselbe vom nationalen Standpunkte aus; Preußen müsse dem bei einem Vorschlage zur Regelung der Frage Rechnung tragen; er persönlich würde gern jedes annehmbare und vernünftige Mittel zur freundschaftlichen Beilegung der Frage ergreifen.

Zum Schlusse bemerkte Bismarck noch, er werde in einigen Tagen nach Paris reisen, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen; da werde er Gelegenheit haben, mit dem Kaiser zu sprechen, und es sei seine Absicht, Näheres über den Ministerwechsel in Paris zu erfahren, „das Geheimniß des Ministeriums zu lösen."

**Berlin**, den 16. November 1862. Unterredung mit dem englischen Gesandten Lord A. Loftus, betr. preußisch-österreichische Schritte gegen eine verfassungswidrige Steuererhebung in Holstein.[1]

Der englische Gesandte Augustus Loftus erkundigte sich bei Bismarck, ob es wahr sei, daß von seiten des österreichischen und preußischen Kabinetts bei der dänischen Regierung Vorstellungen gemacht worden oder beabsichtigt seien in Bezug auf gewisse, angeblich von Dänemark beabsichtigte finanzielle Maßregeln für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

Bismarck antwortete, nachdem er in den Blättern gelesen habe, daß die dänische Regierung daran sei, ohne vorgängige Zustimmung der Stände von Holstein daselbst eine Steuer erheben zu lassen, habe er den preußischen Gesandten in Kopenhagen beauftragt, bei dem dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Erkundigungen darüber einzuziehen, ob dieses Gerücht begründet sei. Der Minister Hall habe ausweichend geantwortet, aber doch zugegeben, daß das Gerücht nicht allen Grundes entbehre, jedoch in der von der Presse gegebenen Version nicht ganz richtig sei. Da eine ähnliche Antwort dem österreichischen Gesandten in Kopenhagen ertheilt worden sei, so habe Graf Rechberg die preußische Regierung ersucht, einen Kollektivschritt zu machen in dem Sinne, der dänischen Regierung abzurathen, eine Bahn zu betreten, welche eine Verletzung der Gesetze des Deutschen Bundes in der von Dänemark den beiden Großmächten gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten in sich schlösse. Ein gleiches Ersuchen sei zur selben Zeit von Berlin aus an das österreichische Kabinett ergangen.

Nachdem zwischen den beiden Großmächten Preußen und Oesterreich eine Einigung erzielt worden sei, habe er (Bismarck) am 14. November eine telegraphische Instruktion an den Gesandten von Balan nach Kopenhagen gesandt, mit dem Ersuchen, dem Minister Hall die ernstlichen Schwierigkeiten vorzustellen, die erwachsen würden, wenn finanzielle Maßregeln der angedeuteten Art ohne vorgängige Zustimmung der holsteinischen Stände von der dänischen Regierung dekretirt würden. Eine derartige Maßregel würde unfehlbar eine Bundesexekution herbeiführen.

[1] Nach Loftus Bericht, d. d. Berlin. 17. November 1862. Staatsarchiv. Bd. V. S. 165.

Eine analoge, wenn nicht identische telegraphische Instruktion sei von Graf Rechberg an den österreichischen Gesandten in Kopenhagen ergangen.

Der englische Gesandte erwiderte Bismarck, er hoffe, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, und während die dänische Regierung die Vorschläge des englischen Ministers des Auswärtigen, Russell, noch in Erwägung ziehe, von den deutschen Großmächten kein Schritt geschehe, welcher den Charakter einer Drohung habe oder die Aufgabe des Ministers Hall noch mehr erschwere.

Lord A. Loftus empfahl Geduld und Verträglichkeit, indem er gleichzeitig auf die schwierige Stellung hinwies, in welcher sich die dänische Regierung im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Dänemark befand, und auf die sich dem gedachten Kabinett darbietenden Hindernisse, welch letztere nur durch die Zeit und durch eine geduldige und versöhnliche Haltung von seiten Deutschlands beseitigt werden könnten.

Bismarck versicherte dem Gesandten, daß die Vorstellung, von der er gesprochen, die allerversöhnlichste Art an sich getragen, und daß die Instruktion selbst mehr den Charakter eines freundlichen und rechtzeitigen Rathschlages als eines förmlichen Verlangens gehabt habe. Er zeigte sich besorgt für die Lösung dieser schwierigen Frage in einer friedlichen Weise, und erklärte daher, die Vorschläge des englischen Ministers Russell mit der größten Befriedigung aufgenommen zu haben. Er sei nicht für Gewaltmaßregeln; wenn aber die dänische Regierung in diesem Augenblick öffentlich dem Deutschen Bunde trotze, indem sie unter Verletzung der eingegangenen Verpflichtung Dekrete veröffentliche, so könne der Bund nicht gestatten, so zum Narren gehalten zu werden, derselbe werde vielmehr gezwungen werden, eine Exekution anzuordnen. Der Grund, warum die beiden deutschen Großmächte ihren Gesandten in Kopenhagen die oben erwähnten Instruktionen übersandt, sei lediglich der, die Veröffentlichung von Erlassen zu verhindern, welche, weit entfernt, die vorhandenen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark zu lösen, deren Beseitigung erschweren würden.

**Berlin**, den 4. Dezember 1862. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, betr. das Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich.[1]

Bismarck hatte zur Herbeiführung besseren Einverständnisses beider Höfe die Initiative in der Form von Unterredungen mit dem Grafen Karolyi ergriffen, in welchen er dem Kaiserlichen Gesandten nachstehendes zu erwägen gab.

Nach seiner (Bismarcks) Ueberzeugung müßten die Beziehungen Preußens zu Oesterreich unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Es sei der aufrichtige Wunsch der Königlichen Regierung, daß die erstere Alternative eintrete; wenn dieselbe aber das hierzu nöthige Entgegenkommen des Kaiserlichen Kabinetts

---

[1] Nach Bismarcks Cirkulardepesche vom 24. Januar 1863. „Vossische Ztg." Nr. 46 vom 24. Februar 1863.

nachhaltig vermisse, so sei es für Preußen nothwendig, die andere ins Auge zu fassen und sich auf dieselbe vorzubereiten. In den Jahrzehnten, die den Ereignissen von 1848 vorhergingen, habe ein stillschweigendes Abkommen zwischen den beiden Großmächten bestanden, kraft dessen Oesterreich die Unterstützung Preußens in europäischen Fragen sicher war und Preußen dagegen in Deutschland einen durch Oesterreichs Opposition unverkümmerten Einfluß überließ, wie er sich in der Bildung des Zollvereins manifestirte. Unter diesen Verhältnissen habe sich der Deutsche Bund eines Grades von Einigkeit im Innern und von Ansehen nach außen erfreut, wie er seitdem nicht wieder erreicht worden ist. Bismarck wollte unerörtert lassen, durch wessen Schuld analoge Beziehungen nach der Rekonstituirung des Bundestags nicht wieder zu stande gekommen seien, weil es ihm nicht auf Rekriminationen für die Vergangenheit, sondern auf eine praktische Gestaltung der Gegenwart ankomme. In letzterer finde Preußen gerade in den Staaten, mit welchen dasselbe der geographischen Lage nach auf Pflege freundschaftlicher Beziehungen besonderen Werth legen muß, einen zur Opposition gegen letzteres aufstachelnden Einfluß des Kaiserlichen Kabinetts mit Erfolg geltend gemacht. Schließlich gab Bismarck dem Grafen Karolyi zu erwägen, daß Oesterreich auf diese Weise zum Nachtheile für die Gesamtverhältnisse im Bunde die Sympathien der Regierungen jener Staaten vielleicht gewinne, sich aber diejenigen Preußens entfremde.

Der Kaiserliche Gesandte tröstete sich hierüber mit der Gewißheit, daß in einem für Oesterreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich dennoch unter allen Umständen als Bundesgenossen wiederfinden würden.

Bismarck erwiderte, in dieser Voraussetzung läge seines Erachtens ein gefährlicher Irrthum, über welchen vielleicht erst im entscheidenden Augenblicke für beide Kabinette verhängnißvolle Klarheit gewonnen werden würde, und er bat deshalb den Grafen Karolyi dringend, demselben nach Kräften in Wien entgegenzutreten. Bismarck hob hervor, daß schon im letzten italienischen Kriege das Bündniß für Oesterreich nicht in dem Maße wirksam gewesen sei, wie es hätte der Fall sein können, wenn beide Mächte sich nicht in den vorhergehenden acht Jahren auf dem Gebiete der deutschen Politik in einer schließlich nur für Dritte Vortheil bringenden Weise bekämpft und das gegenseitige Vertrauen untergraben hätten. Dennoch seien damals in dem Umstande, daß Preußen die Verlegenheiten Oesterreichs im Jahre 1859 nicht zum eigenen Vortheil ausgebeutet, vielmehr zum Beistande Oesterreichs gerüstet habe, die Nachwirkungen der früheren intimeren Verhältnisse unverkennbar gewesen. Sollten aber letztere sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündniß Preußens mit einem Gegner Oesterreichs eben so wenig ausgeschlossen sein, als, im entgegengesetzten Falle, eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. Er, Bismarck, wenigstens würde sich, wie er nicht verhehlen wolle, unter ähnlichen Umständen niemals dazu entschließen können, seinem allergnädigsten Herrn zur Neutralität zu rathen; Oesterreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik

mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen, oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Zu letzterer zu gelangen, sei Bismarcks aufrichtigster Wunsch. Dieselbe könne aber nur durch das Aufgeben der preußenfeindlichen Thätigkeit Oesterreichs an den deutschen Höfen gewonnen werden.

Graf Karolyi erwiderte Bismarck, daß es für das Kaiserhaus nicht thunlich sei, seinen traditionellen Einflüssen auf die deutschen Regierungen zu entsagen.

Bismarck stellte die Existenz einer solchen Tradition mit dem Hinweis in Abrede, daß Hannover und Hessen seit hundert Jahren vom Anbeginn des siebenjährigen Krieges vorwiegend den preußischen Einflüssen gefolgt seien, und daß in der Epoche des Fürsten Metternich die genannten Staaten auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden seien, daß also die vermeintliche Tradition des österreichischen Kaiserhauses erst seit dem Fürsten Schwarzenberg datire, und das System, welchem sie angehöre, sich bisher der Konsolidirung des deutschen Bündnisses nicht förderlich erwiesen habe. Bismarck hob hervor, daß er bei seiner Ankunft in Frankfurt a. M. im Jahre 1851 nach eingehenden Besprechungen mit dem damals auf dem Johannisberg wohnenden Fürsten Metternich gehofft habe, Oesterreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, Preußen im Deutschen Bunde eine Stellung zu verschaffen, welche es für dasselbe der Mühe werth mache, seine gesamte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen. Statt dessen habe Oesterreich mit Erfolg dahin gestrebt, Preußen seine Stellung im Deutschen Bunde zu verleiden und zu erschweren und dasselbe thatsächlich auf das Bestreben nach anderweiten Anlehnungen hinzuweisen. Die ganze Behandlungsweise Preußens von seiten des Wiener Kabinetts scheine auf der Voraussetzung zu beruhen, daß Preußen mehr als irgend ein anderer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt sei, gegen welche dasselbe fremder Hülfe bedürfe, und daß Preußen sich deshalb von seiten der Staaten, von welchen dasselbe solche Hülfe erwarten könne, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müsse. Die Aufgabe einer preußischen Regierung, welcher die Interessen des Königlichen Hauses und des eigenen Landes am Herzen liegen, werde es daher sein, das Irrthümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenke. Preußens Unzufriedenheit mit der Lage der Dinge im Deutschen Bunde erhalte in den letzten Monaten neue Nahrung durch die Entschlossenheit, mit welcher die mit Oesterreich näher verbundenen Regierungen in der Delegirtenfrage angriffsweise gegen Preußen vorgingen. Vor 1848 sei es unerhört gewesen, daß man am Bunde Fragen von irgend welcher Erheblichkeit eingebracht habe, ohne sich des Einverständnisses beider Großmächte vorher zu versichern. Selbst da, wo man auf den Widerspruch minder mächtiger Staaten gestoßen sei, wie in der Angelegenheit der süddeutschen Bundesfestungen, habe man es vorgezogen, Zwecke von dieser Wichtigkeit und Dringlichkeit viele Jahre hindurch unerfüllt zu lassen, anstatt den Widersprechen-

den mit dem Versuch der Majorisirung entgegenzutreten. Heutzutage werde dagegen der Widerspruch Preußens nicht nur gegen einen Antrag, sondern gegen die Verfassungsmäßigkeit desselben als ein der Beachtung unwerther Zwischenfall behandelt, durch welchen man sich im entschlossenen Vorgehen auf der gewählten Bahn nicht beirren lasse. Bismarck bat den Grafen Karolyi, den Inhalt der Unterredung mit möglichster Genauigkeit, wenn auch auf vertraulichem Wege zur Kenntniß des Grafen Rechberg zu bringen, indem er die Ueberzeugung aussprach, daß die Schäden der Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich nur durch rückhaltlose Offenheit zu heilen versucht werden könnten.

**Berlin, den 13. Dezember 1862. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, betr. das Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich.**[1]

Bismarck suchte den österreichischen Gesandten Grafen Karolyi auf, um den Ernst der Lage der Dinge am Bunde seiner Beachtung zu empfehlen, und verhehlte ihm nicht, daß das weitere Vorschreiten der Majorität auf einer von Preußen für verfassungswidrig erkannten Bahn Preußen in eine unannehmbare Stellung bringe, daß er in den Konsequenzen desselben den Bruch des Bundes voraussehe, daß Herr v. Usedom über diese Auffassung dem Freiherrn v. Kübeck und Freiherrn v. d. Pfordten keinen Zweifel gelassen, auf seine Andeutungen aber Antworten erhalten habe, die auf kein Verlangen nach Ausgleichung schließen ließen, indem Freiherr v. d. Pfordten auf beschleunigte Abgabe des preußischen Minoritätsvotums dränge. Bismarck bemerkte hiergegen, daß unter solchen Umständen das Gefühl der eigenen Würde Preußen nicht gestatte, dem an der anderen Seite herbeigeführten Konflikt ferner auszuweichen, und daß er deshalb den Königl. Bundestagsgesandten telegraphisch zur Abgabe seines Minoritätsvotums veranlaßt habe. Bismarck stellte in Aussicht, daß Preußen die Ueberschreitung der Kompetenz durch Majoritätsbeschlüsse als einen Bruch der Bundesverträge auffassen und dementsprechend verfahren würde, indem von ihm der Königl. Bundestagsgesandte ohne Substitution abberufen werden würde; Bismarck deutete die praktischen Konsequenzen an, welche sich aus einer solchen Situation in verhältnißmäßig kurzer Zeit ergeben müßten, indem Preußen natürlich die Wirksamkeit einer Versammlung, an welcher sich dasselbe aus rechtlichen Gründen nicht mehr betheilige, in Bezug auf den ganzen Geschäftskreis des Bundes nicht weiter für zulässig anerkennen könne. Preußen würde also auch die preußischen Garnisonen in den Bundesfestungen nicht mehr den Beschlüssen der Bundesversammlung unterstellen können. Schließlich machte Bismarck auf die Konflikte aufmerksam, welche das Verbleiben dieser Garnisonen nach sich ziehen könne, nachdem ihre Befehlshaber der Autorität der Bundesversammlung die Anerkennung zu versagen haben würden.

[1] Nach Bismarcks Cirkulardepesche vom 24. Januar 1863. „Vossische Zeitung“ Nr. 46 vom 24. Februar 1863.

Berlin, Mitte Dezember 1862. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten in Petersburg Grafen Thun, betr. die Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich in Bundesfragen.[1]

Wenige Tage nach der vorstehenden Unterredung vom 13. Dezember erhielt Bismarck die vertrauliche Mittheilung, daß der Kaiserlich österreichische Gesandte in Petersburg Graf Thun über Berlin auf seinen Posten zurückkehren und die schwebende Streitfrage mit ihm besprechen werde. Als derselbe in Berlin eintraf, ließ sich Bismarck durch die oben erwähnten bedauerlichen Erfahrungen nicht abhalten, seine ihm zum Zweck einer Verständigung gemachten Eröffnungen in der entgegenkommendsten Weise aufzunehmen. Infolge derselben erklärte Bismarck sich bereit, auf verschiedene, zwischen beiden Staatsmännern verabredete Auswege zur Beilegung der Frankfurter Schwierigkeiten einzugehen und insbesondere auf den Vorschlag: die Abstimmung über die Majoritätsanträge in der Delegirtenfrage zu theilen und nachdem sie über Punkt 1 erfolgt und der Mangel der zur Durchführung der Sache nöthigen Stimmeneinhelligkeit konstatirt wäre, die ganze Angelegenheit als eine zur weiteren Verhandlung im Bunde noch nicht reife an die einzelnen Bundesregierungen zur Verständigung untereinander zu verweisen.

Graf Thun schlug Bismarck darauf vor, eine Zusammenkunft zwischen dem Grafen Rechberg und Bismarck behufs weiterer Besprechung der Frage zu veranstalten.

Bismarck erklärte sich hierzu geneigt; die Zusammenkunft unterblieb aber, da Oesterreich auf weitere Verfolgung des Antrags in betreff der Delegirtenversammlung nicht ohne gesichertes Aequivalent verzichten zu können erklärte.

Berlin (1862 oder 1863). Unterredung mit dem russischen Gesandten v. Budberg, betr. den amtlichen Verkehr mit dem Berliner Auswärtigen Amte.[2]

Als Bismarck die Geschäfte des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, fand derselbe hinsichtlich des amtlichen Verkehrs den von dem Grafen Bernstorff eingeführten Modus vor, daß von dort aus an alle Diplomaten deutsch geschrieben wurde, und alle antworteten ihm — nach einem Komplott natürlich — in ihrer Muttersprache, russisch, spanisch, schwedisch, so daß er einen ganzen Schwarm von Uebersetzern im Ministerium sitzen hatte. Budberg schickte ihm eine russische Note. Das ging nach Bismarcks Ansicht doch nicht an. Wollten sie sich revanchiren, so mußte Gortschakow an den preußischen Gesandten in Petersburg russisch schreiben. Das war das richtige. Man kann vielleicht verlangen, daß die Vertreter des Auslandes die Sprache des Landes verstehen und gebrauchen, in dem sie accreditirt sind. Aber in Berlin auf ein deutsches Schreiben russisch antworten, das war unbillig. Bismarck bestimmte also, was nicht deutsch oder französisch,

[1] Nach Bismarcks Cirkulardepesche vom 24. Januar 1863. „Vossische Ztg." Nr. 46 vom 21. Februar 1863.

[2] Nach M. Busch: Graf Bismarck und seine Leute. Volksausgabe. S. 561.

englisch oder italienisch eingeht, bleibt liegen und geht zu den Akten. — Budberg schrieb nun Excitatorien über Excitatorien, immer russisch. Keine Antwort, die Sachen waren in den Aktenschrank gewandert. Endlich kam er selbst und fragte Bismarck, warum man ihm denn nicht antwortete.

„Antworten? — fragte Bismarck verwundert — auf was? Ich habe nichts gesehen von Ihnen."

Nun, er hätte vor vier Wochen geschrieben und mehrere Male erinnert.

„Richtig, da besinne ich mich — sagte Bismarck —, unten liegt ein Stoß Aktenstücke in russischer Schrift, da mag's wohl dabei sein. Unten aber versteht kein Mensch russisch, und was in einer unverständlichen Sprache ankommt, geht zu den Akten."

Bismarck kam dann mit Budberg, wenn ich recht unterrichtet bin, überein, daß Budberg französisch schreiben solle und das Auswärtige Amt gelegentlich auch.

Berlin, um die Jahreswende 1862/63. Unterredung mit dem italienischen Gesandten in Berlin Grafen Launay, betr. den diplomatischen Verkehr.[1]

Nach einem Berichte des preußischen Gesandten beim Vatikan hatte der Papst geäußert, durch die Anerkennung des Königreichs Italien von seiten Preußens sei die Lage sehr verschlimmert. Die Umtriebe, um in den Besitz von Rom zu kommen, seien seitdem sehr viel verwegener geworden. — Der König war sehr betroffen, und Bismarck erließ eine Note nach Turin, die mit Nachdruck daran erinnerte, daß man das Königreich Italien nur „sous toute réserve" anerkannt habe, und von allem weiteren Verlangen abmahnte.

Darauf stellte der italienische Gesandte in Berlin, Graf Launay, Bismarck zur Rede, daß dies gleichsam hinter seinem Rücken geschehen sei, ohne daß er etwas von dieser Note gewußt habe.

Bismarck erwiderte, er sei in seinem Recht, er sei nicht verpflichtet gewesen, ihn davon in Kenntniß zu setzen, er könne seine Mittheilungen an den Turiner Hof ebensogut durch den preußischen Gesandten dort als durch den italienischen hier machen.[2]

Den Charakter eines glücklichen Vorpostengefechts vor den kriegerischen Hauptaktionen hatte der wenige Monate nach Bismarcks Eintritt in das Ministerium eingetretene polnische Zwischenfall, der Bismarck für seine ganze spätere Politik außerordentlich zu gute kam und

[1] Nach Bernhardi, Bd. V, S. 10.

[2] Bald darauf erschien in der „Kölnischen Zeitung" ein Artikel, der dieser Depeschen und Transaktionen gedachte. — Bismarck glaubte, daß er von Launay herrühre, und ließ nun seinerseits einen fulminanten Artikel erscheinen, den das diplomatische Corps sehr übel nahm, und der andeutete, daß man indiskrete Diplomaten, die in den Zeitungen schrieben, auch wohl entfernen könne, indem man ihre Entfernung von ihrem Hofe verlange. — Später fand sich, daß jene Notiz in der „Kölnischen Zeitung" von einem gewissen Hacke herrührte, der Korrespondenznachrichten in den Zeitungen für das Ministerium zu besorgen hatte, und die Notizen, die ihm bekannt wurden, auch anderweitig zu verwerthen pflegte.

das gute Verhältniß zu dem Fürsten Gortschakow sehr befestigte. Fürst Meschtscherskij schreibt über diese Episode in seinen bereits oben citirten „Erinnerungen": „Napoleon hatte die Thorheit, den Einflüsterungen der englischen Politik Gehör zu geben und im Bunde mit dieser in seiner Note unberufenerweise zum Schutze der Polen aufzutreten, die angeblich von der russischen Regierung bedrückt würden. . . . Nichts ist den Interessen Bismarcks so förderlich gewesen, wie diese taktlose Note Napoleons III., sie gab Bismarck das Recht, Gortschakow triumphirend zu sagen: Sie sehen, verehrter Freund, wie sehr ich im Recht war, als ich Sie vor der Tücke Napoleons III. warnte. So ward Gortschakow im Jahre 1863 ein Feind Frankreichs und mehr als je ein Freund Bismarcks. . . . Im Jahre 1870 hat Napoleon III. für seine Note vom Jahre 1863 bezahlen müssen, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen. . . . Dafür war aber das Jahr 1863 ein ungeheurer Trumpf in den Händen Gortschakows. . . . Durch die prachtvollen Artikel Katkows begeistert, unter der Hand von Bismarck aus Berlin angestachelt und mit dem eigenen feinen Gefühl die Wichtigkeit der Minute und das Zeitgemäße eines kräftigen Auftretens errathend, schuf sich Gortschakow durch seine Antwort auf die polnische Note der Westmächte eine goldene Seite in der Geschichte seiner Laufbahn. . . . Diese Antwort hat er selbst verfaßt. Bevor er sie veröffentlichte, genoß er sie in mehreren Entwürfen allein mit seinen Sekretären, die seine begeisterten Worte niederzuschreiben hatten, und als sie erschien, diese majestätische und würdevolle Antwort Rußlands, als der englische Klub in Petersburg und der englische Klub in Moskau den Fürstkanzler mit lautem „Hurrah" begrüßten, als ihm Katkow donnerndes Lob spendete und ganz Rußland mit einmüthiger Begeisterung und Dankbarkeit antwortete — da hätte man sehen sollen, wie glücklich Gortschakow war, in welchem Freudentaumel er hoch über seine Zeitgenossen dahinschwebte und sich an den Empfindungen dieses Fluges ergötzte."

Berlin, den 11. Februar 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Andrew Buchanan und dem französischen Botschafter von Talleyrand, betr. die Militärkonvention zwischen Preußen und Rußland.[1]

Bismarck bereitete in dieser Unterredung den englischen Gesandten auf den Abschluß einer Konvention mit Rußland zu gemeinschaftlicher Unterdrückung des Aufstandes vor.[2]

Sir Andrew fragte, ob dabei auch Ueberschreitung der Grenze durch die beiderseitigen Truppen zugelassen sei.

Bismarck bejahte mit der bestimmten Erklärung, daß Preußen ein unabhängiges Polen an seiner Grenze nimmermehr dulden könnte.

„Wie aber", sagte Sir Andrew, „wenn der immerhin mögliche Fall einträte,

---

[1] Sybel. Bd. II. S. 493.

[2] Herr von Knesebeck, den Bismarck schon aus den Tagen der Kindheit kannte, will von Letzterem die Mittheilung erhalten haben, die vielbesprochene russische Konvention sei gar nicht sein Werk; er habe gar keinen Auftrag dazu gegeben; General Frhr. v. Manteuffel und Alvensleben hätten sie hinter seinem Rücken geschlossen. Zu Knesebecks Bemerkung, daß er darauf sein Amt augenblicklich hätte niederlegen müssen, soll Bismarck geschwiegen haben. (Bernhardi. Bd. V. S. 37.) Es ist möglich, daß Alvensleben bei der Vereinbarung des Textes über seine Instruktion hinausgegangen; daß die Konvention aber ohne Bismarcks Wissen und Willen abgeschlossen worden sei, ist ganz ausgeschlossen. Auf der andern Seite ist nicht unwahrscheinlich, daß sich Bismarck nicht gerne als den Vater der Konvention ausgab, und das Odium derselben gesprächsweise auf andere Schultern abzuladen suchte.

daß die Russen aus Polen hinausgeschlagen würden, was würdet Ihr dann thun?"

„Dann", erwiderte Bismarck, „müßten wir das Königreich selbst zu besetzen suchen, um dies Aufkommen einer uns feindlichen Macht zu hindern."

„Dies wird Europa niemals dulden", rief darauf Sir Andrew, und wiederholte es mehrmals.

Bismarck fragte kurz: „wer ist Europa?"

„Verschiedene große Nationen", sagte der Gesandte.

„Sind sie bereits darüber einig?" fragte Bismarck.

Sir Andrew vermied eine positive Antwort, erklärte aber, daß Frankreich sich in der Unmöglichkeit befände, eine neue Unterdrückung Polens zuzulassen.

„Für uns", wiederholte Bismarck, „ist die Unterdrückung des Aufstandes eine Frage über Leben und Tod;" schloß aber das Gespräch mit der Bemerkung, daß es unnütz sei, nicht vorliegende Möglichkeiten zu erörtern.

•

In ähnlichem Sinne sprach er gleich nachher mit dem französischen Botschafter von Talleyrand, der sich auf die Erklärung beschränkte, daß er die Ansichten seiner Regierung über Polen noch nicht kenne. Bismarck redete zu ihm um so unbefangener, als er schon als Gesandter in Paris auf eine Aeußerung Napoleons, man müsse etwas für Polen thun, seine eigene Auffassung in nachdrücklicher Form dem Kaiser ohne weiteren Widerspruch vorgetragen, und soeben erst, am 4. Februar, die französische Regierung im gesetzgebenden Körper einen polenfreundlichen Antrag Jules Favres bekämpft und Polen auf die Großherzigkeit und Humanität Kaiser Alexanders verwiesen hatte.

**Berlin**, den 20. Februar 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Andrew Buchanan über die Militärkonvention zwischen Preußen und Rußland.[1]

Der englische Botschafter in Berlin Sir Andrew Buchanan hatte von seiner Regierung den Auftrag erhalten, wenn möglich eine Abschrift der am 8. Februar zwischen Rußland und Preußen abgeschlossenen Militärkonvention zu erlangen. In Bezug hierauf bemerkte Bismarck dem englischen Diplomaten, daß er demselben die gedachte Konvention mittheilen wolle, sobald er von Rußland die Genehmigung zu deren Bekanntgabe erhalten habe. In einem Gespräche, das der englische Botschafter am 20. Februar 1863 mit Bismarck führte, bemerkte ersterer, daß im Interesse Preußens die Veröffentlichung der Konvention so bald als möglich erfolgen solle, vorausgesetzt, daß dieselbe nur den von Bismarck bezeichneten Inhalt habe. Denn jetzt herrsche allgemein der Glaube, daß Preußen mit Rußland ein Abkommen getroffen habe, um sich gegenseitig zu unterstützen in der Unterdrückung von Volks-

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 21. Februar 1863. „Nat.-Ztg." Nr. 206 von 1863 und „Staatsarchiv" Bd. IV. Nr. 682.

erhebungen auf ihren bezüglichen Territorien, und dieser Argwohn habe im ganzen Westen Europas eine sehr ungünstige Stimmung gegen Preußen wachgerufen.

Darauf erwiderte Bismarck: Ein Theil der preußenfeindlichen englischen und französischen Presse sowie die gesamte Presse Dänemarks und Oesterreichs habe sich der Konvention bemächtigt, um Preußen zu verleumden; wer jedoch die Verhältnisse unbefangen und unparteiisch ansehe, werde leicht selbst davon sich überzeugen, daß die preußische Regierung nicht mehr gethan habe, als nothwendig gewesen sei, um die Ruhe aufrecht zu erhalten und die Bevölkerung an einer ausgedehnten Grenze von 1500 Meilen Länge zu schützen.

Der Botschafter Buchanan bemerkte, die englische Presse in Schutz nehmend, Bismarck werde, wenn er in der „Times“ zurückblättern wolle, sich überzeugen, daß in England keine feindselige Stimmung gegen Preußen geherrscht habe, und daß, wenn die Sprache der englischen Presse in letzterer Zeit aufgehört habe, den früher beifälligen und sympathischen Charakter zu besitzen, der Ministerpräsident irgend eine andere Ursache für den Wechsel suchen müsse, als unfreundliche Gesinnungen in England gegen die preußische Nation.

Bismarck fuhr alsdann fort, dem Diplomaten zu erklären, der Aufstand in Russisch-Polen sei hauptsächlich von dem niederen Adel gefördert worden; letzterer habe sämtlich an seine Häuser und Besitzungen gefesselte Anhänger, welche er leicht zur Theilnahme an Unternehmungen gegen die Regierung verführe. Sei auf diese Weise nur erst eine kleine Bande Bewaffneter gebildet, dann werde das Landvolk gezwungen, sich der Bewegung anzuschließen. Nur um zu verhindern, daß das Vorgehen dieser Personen sich auf die polnischen Provinzen Preußens ausdehne oder ein ähnlicher Weg von den wenig begüterten Besitzern und Edelleuten dieser Provinzen eingeschlagen werde, sei die Konvention abgeschlossen, während man hoffte, daß durch eine energische Aktion seitens der Behörden der Verkehr Preußens mit dem Innern Polens von den Räubereien an der Grenze umherstreifender russisch-polnischer Insurgenten geschützt werden könnte.

Die Regierung habe in erster Linie die Konvention als eine nothwendige Vertheidigungsmaßregel abgeschlossen, sie sehe in derselben jedoch auch ein legitimes Mittel zum Schutze der Interessen derjenigen Preußen, welche mit Polen in Handelsbeziehungen stehen.

Der englische Botschafter Buchanan erwiderte hierauf, daß dies die gewöhnlichen Beweisgründe seien, wie sie von allen, in die Angelegenheiten anderer Staaten sich mischenden Regierungen gebraucht werden, und daß dieselben ebenso anwendbar gewesen wären, wenn die britische Regierung sich in den amerikanischen Bürgerkrieg unter dem Vorgeben gemischt hätte, daß es erforderlich sei, Canada gegen einen künftigen Angriff zu sichern und den britischen Handel und die britische Industrie vor den Uebeln zu bewahren, welchen sie durch den Krieg sicherlich ausgesetzt waren; jedoch werde es Bismarck schwer sein, zu beweisen, daß das, was in Galizien nicht erforderlich war, in Preußen unvermeidlich gewesen sei.

Bismarck erwiderte darauf, daß die Niedermetzelung von 1000 Angehörigen des niederen Adels durch das galizische Landvolk im Jahre 1848 die Wahrscheinlichkeit aufständischer Bewegungen daselbst bedeutend verringert habe, da die gefährliche Klasse der Bevölkerung nahezu ausgerottet worden sei und weder der hohe Adel noch das Landvolk geneigt seien, Gefahr zu laufen und für die Wiederherstellung der polnischen Nationalität Opfer zu bringen.

Die an der Grenze zusammengezogene Truppenzahl sei sehr übertrieben worden, denn wenn auch einige Reserven einberufen worden seien, so sei doch keines der Armeekorps auf Kriegsfuß gesetzt worden, weder bezüglich der Mannschaften noch hinsichtlich der Pferde und Geschütze; und nach Abgabe von Besatzungen für die Städte und Festungen würden die zur Verfügung des Generals Werder stehenden Truppen nur ausreichen, 12000 Mann an der nördlichen und 8000 Mann an der schlesischen Grenze ins Feld zu stellen, was in Ansehung des zu leistenden Dienstes eine sehr mäßige Truppenmacht sei. Auch hätten die preußischen Befehlshaber Anweisung, auf russischem Gebiet über einen Tagemarsch von der Grenze hinaus nicht in Aktion zu treten, während die russischen Truppen die Grenze nur während eines wirklichen Kampfes mit bewaffneten Aufständischen überschreiten würden. Der aus der Konvention für Preußen entspringende Hauptvortheil sei, daß sich an der Grenze nicht Banden zum Einfall in preußisches Gebiet bilden könnten oder Aufständische, welche in diesen Gebieten über die Grenze getrieben würden, im Königreich sich nicht zu einem neuen Angriff auf preußische Truppen würden sammeln oder verstärken können.

In Erwiderung auf eine Anfrage des englischen Diplomaten bemerkte Bismarck fernerhin, russische Insurgenten, welche in Preußen in Gefangenschaft gerathen, würden nach den alten Verträgen, welche im Jahre 1857 erneuert worden seien, den russischen Behörden übergeben werden. Diese Verträge seien im Jahre 1853 aufgehoben worden, jedoch bringe die Menge russischer Ueberläufer und anderer Personen, welche in widerrechtlicher Weise aus verbrecherischen oder sonstigen Anlässen die Grenze überschreiten, so große Unzuträglichkeiten mit sich, daß es als nothwendig erkannt worden sei, die Verträge im Interesse der öffentlichen Ordnung in den Grenzbezirken zu erneuern. Theile der Grenze von vielen Meilen Länge könnten den jetzigen Anordnungen gemäß nur durch ein einziges Bataillon überwacht werden, und eine Brigade würde nordöstlich von Gumbinnen zum Schutze eines Gestüts von 1000 Pferden stationirt werden, welches nahe der Grenze zur Verwendung in den verschiedenen Zuchtanstalten Ostpreußens gehalten werde.

Im Laufe der Unterredung gewann der englische Botschafter den Eindruck, daß Bismarck sehr verdrießlich war über die Verurtheilung, mit welcher die Konvention in Preußen und dem übrigen Europa aufgenommen worden war und über die Verdächtigung der preußischen Regierung, zu welcher dieselbe Veranlassung gegeben hatte. Und während Bismarck dem englischen Botschafter gegenüber früher stets es als wahrscheinlich bezeichnet hatte, daß die russische Macht in

Polen zu schwach sei, den Aufstand zu unterdrücken, hob er in der eben erwähnten Unterredung hervor, daß die Hauptmacht der Aufständischen bereits vernichtet und zersprengt sei, und die noch unter Waffen stehenden Truppen nur aus kleinen versprengten Scharen von Leuten bestehen, die sich fürchteten, in ihre Heimath zurückzukehren, die aber, wenn sie auch regulären Truppen keinen ernstlichen Widerstand bieten könnten, für einige Zeit ein Räuberunwesen in Polen aufrechterhalten würden, ähnlich demjenigen, welches in den neapolitanischen Provinzen des Königreichs Italien herrsche.

**Berlin**, den 27. Februar 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir A. Buchanan über die russisch-preußische Konvention.[1]

Am 26. Februar hatte Bismarck dem englischen Botschafter in Berlin Buchanan versprochen, demselben noch einige nähere Details über den Inhalt der russisch-preußischen Konvention zu geben, wenn derselbe ihn am darauffolgenden Tage in einer frühen Stunde besuchen wollte. Demgemäß suchte Buchanan den Ministerpräsidenten auf, denn Bismarck hatte Buchanan auch versprochen, den russischen Minister zu befragen, ob er etwas dagegen habe, daß der Text der Konvention dem englischen Botschafter mitgetheilt würde. Die Unterredung der beiden Diplomaten begann am 27. Februar damit, daß Buchanan Bismarck fragte, ob er bereit sei, die Konvention ihm mitzutheilen, worauf Bismarck antwortete, daß er das nicht vermöge ohne die Genehmigung des russischen Gesandten Herrn v. Oubril. Er wolle aber die einzelnen Stipulationen vorlesen, nachdem er die Umstände erklärt, welche den Abschluß der Konvention veranlaßt hätten. Bismarck sagte: Als die Insurrektion ausbrach, hatte die preußische Regierung Ursache zu glauben, daß die russischen Truppen in Polen höchstens 60000 Mann betragen, während behauptet wurde, dieselben bezifferten sich auf 100000 Mann. Deshalb sei es für räthlich angesehen worden, einen Offizier zu schicken, um sich zu vergewissern, wie weit die militärischen Autoritäten die Mittel besäßen, den Aufstand zu unterdrücken, und Vereinbarungen zu treffen, die geeignet wären, die Aufrechthaltung der Ruhe in den preußischen Grenzdistrikten zu sichern, woselbst vor der Ankunft der inzwischen zum Schutze der Einwohner gesandten preußischen Truppen große Furcht herrschte. Zu diesem Zwecke sei Herr von Rauch, ein dem Großfürsten Constantin bekannter Offizier nach Warschau geschickt worden. Es habe räthlich geschienen, einen zweiten Offizier über Petersburg nach Warschau zu schicken, welcher nach erfolgtem Benehmen mit der russischen Regierung mit mehr Nachdruck mit den Behörden in Warschau verhandeln könne. General Alvensleben sei zu diesem Behufe nach Petersburg entsandt worden; bei dessen Ankunft habe die russische Regierung vorgeschlagen, Preußen und Rußland möchten eine Konvention abschließen, welche demnächst von Alvensleben und dem Prinzen Gortschakow unterzeichnet wurde; diese Konvention könne

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 27. Febr. 1863. Staatsarchiv IV. Nr. 684. S. 343. „Nat.-Ztg." Nr. 206 von 1863.

aber, insolange die gegenseitige Ratifikation derselben nicht ausgetauscht sei, nur als Konventionsentwurf angesehen und als solcher dem Gesandten einer dritten Macht nicht mitgetheilt werden. Nach dieser Vorbemerkung las Bismarck dem englischen Gesandten von einem deutschen Texte, den er in das Französische übersetzte, den angeblich wesentlichen Inhalt der Konvention vor. Bismarck sagte, die Konvention habe keinen formellen Charakter, sie sei nicht in Artikel getheilt, und laute wie folgt:

„Da in dem Königreiche Polen Unruhen ausgebrochen seien, welche das Eigenthum und die Ruhe in den preußischen Grenzprovinzen bedrohten, hätten sich die preußische und russische Regierung geeinigt, daß die beiderseitigen Truppen ermächtigt werden sollten, auf die Requisition der militärischen Behörde von der anderen Seite die Grenze zu überschreiten und im Nothfall die Insurgenten in dem fremden Territorium weiter zu verfolgen. Weiterhin sei stipulirt worden, daß es den kontrahirenden Theilen zu jeder Zeit freistehen solle, dieser Vereinbarung wieder ein Ziel zu setzen. Andere Klauseln der Konvention — sagte Bismarck — bestimmten, daß Offiziere in den beiderseitigen Hauptquartieren sich aufhalten sollten, um die zwischen den beiden Regierungen erforderliche Korrespondenz zu erledigen.

Die Konvention sei daher nicht nur unvollständig, insolange die Ratifikation nicht ausgetauscht sei, dieselbe könne aber auch nicht als eine bindende Vereinbarung angesehen werden, da ihre Existenz auch von dem Willen der beiderseitigen kontrahirenden Parteien abhänge."

**Berlin, den 4. März 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan über die russisch-preußische Konvention.**[1]

In einem Erlasse vom 2. März 1863 hatte der englische Minister des Auswärtigen, Russell, dem englischen Botschafter Sir A. Buchanan in Berlin den angeblich wesentlichen Inhalt der preußisch-russischen Konvention mitgetheilt. Infolge derselben nehme jetzt Preußen an dem Kriege in Polen Antheil. Wenn England einem Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten von Amerika erlauben würde, ein Schiff der amerikanischen Konföderirten in britischen Gewässern anzugreifen, so würde England theilnehmen an dem Kriege zwischen der Föderal-Regierung der Vereinigten Staaten und den Konföderirten. Voraussichtlich werde die Konvention die polnischen Unterthanen in Preußen reizen, eine Mißvergnügtheit da hervorrufen, wo eine solche bisher noch nicht bestehe, und daher den Herd der Insurrektion nur ausdehnen. Die englische Regierung müsse daher glauben, daß hier von seiten Preußens ein Akt der Einmischung vorliege, der durch die Verhältnisse nicht nothwendig bedingt sei, ein Akt, welcher geeignet sei, die Sympathien

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 5. März 1863. Staatsarchiv IV. Nr. 689. S. 349.

der polnischen Unterthanen in Preußen dem König zu entfremden, und welche die willkürliche Aushebung in Warschau nur fördere. Buchanan erhielt den Auftrag, diese Depesche Bismarck vorzulesen und denselben um eine Abschrift der bewußten Konvention zu ersuchen. Es sei möglich, daß die Regierungen von Rußland und Preußen angesichts der Bedenken, welcher die Konvention ausgesetzt sei, und den üblen Folgen, die dieselbe nach sich ziehen könne, geneigt seien, die Konvention zu annulliren, oder die eingegangenen Operationen zu beenden. Für diesen Fall sollte Buchanan seinen Chef von den zu diesem Behufe gemachten Schritten verständigen.

Der englische Botschafter hatte vorstehende Depesche[1] am 4. März in der Frühe erhalten und sich beeilt, eine Unterredung mit Bismarck zu erlangen, um dieselbe dem Ministerpräsidenten vorzulesen. Nachdem das geschehen, fragte Bismarck den englischen Diplomaten, ob derselbe ihm eine Abschrift der Depesche geben wolle, und auf die Erwiderung Buchanans, daß er hierzu keine Instruktion besitze, suchte Bismarck einige Bemerkungen über deren Inhalt zu machen. Er sagte, Minister Russell spreche auf der einen Seite von den Ereignissen in Polen als von einem Streite zwischen der russischen Regierung und den polnischen Insurgenten, andererseits aber von einem Kriege gegen Polen, an dem vertragsmäßig theilzunehmen Preußen vorgeworfen wird. Seiner Ansicht nach könnten aber die von der russischen Regierung zur Unterdrückung des Aufstandes ergriffenen Maßregeln nicht wohl als ein Krieg angesehen werden, an dem zwei Nationen theilnehmen. Aus diesem Grunde könne von Preußen nicht behauptet werden, daß es Antheil genommen habe an einem Kriege zwischen Rußland und Polen, wenn die preußischen Truppen den Auftrag erhielten, an der Grenze gemeinsam mit den russischen in Aktion zu treten, im Falle ein Aufstand im eigenen (preußischen) Territorium ausgebrochen sei.

Buchanan erwiderte, er könne nicht einsehen, wie der Name, welchen man dem Konflikte gebe, in irgend einer Weise einen Einfluß auf die Verantwortung habe, welche Preußen in einem solchen auf sich genommen habe.

Bismarck kam alsdann auf jenen Abschnitt in der Russellschen Depesche zu sprechen, worin gesagt ist, der englische Minister habe Grund zu glauben, daß die von Preußen und Rußland unterzeichnete Konvention eine Vereinbarung enthalte, wonach russische Truppen, welche die preußische Grenze überschreiten, nicht entwaffnet werden sollen, wie es das Völkerrecht verlange, vielmehr es denselben erlaubt sein solle, ihre Waffen zu behalten, und als ein bewaffnetes Korps auf preußischem Territorium zu bleiben und in Aktion zu treten.

Bismarck erwiderte, eine derartige Bestimmung sei in der Konvention nicht enthalten. Dagegen gab er zu, daß es russischen Truppen erlaubt werden würde, polnische Insurgenten bis auf preußisches Gebiet zu verfolgen und gefangen zu nehmen.

---

[1] Dieselbe findet sich abgedruckt im Staatsarchiv Bd. IV. Nr. 686. S. 346.

Die Auslegung dieser Stipulation sei indessen noch Gegenstand der Unterhandlung gewesen, und sie hätte durch die den Militärbehörden an der Grenze zu ertheilende Instruktion beschränkt und näher bestimmt werden sollen; man habe sich aber dahin entschieden, daß es für die Truppen keiner der beiden Regierungen nothwendig sein würde, die Grenze überhaupt zu überschreiten, und daß gar keine Instruktionen über diesen Gegenstand entworfen werden sollten. Die Konvention könne daher, wie er bemerkte, als ein todter Buchstabe angesehen werden, da die für ihre Ausführung nothwendigen Instruktionen niemals aufgestellt worden seien.

Der Bemerkung des Ministers Russell, daß, wenn die russischen Truppen die Erlaubniß hätten, polnische Insurgenten in Preußen zu verfolgen und anzugreifen, die preußische Regierung sich an dem in Polen jetzt herrschenden Kriege betheiligen würde, widersprach Bismarck mit dem Hinweise, daß russische Truppen niemals die Erlaubniß erhalten hätten, so vorzugehen. Trotzdem, bemerkte Bismarck, könne er im Hinblick auf die Gründe, welche Preußen zu einer gewissen Zeit befürchten ließen, daß sein Territorium von Insurgenten verletzt werde und daß preußische Unterthanen veranlaßt würden zu revoltiren, nicht zugeben, daß der Fall, wenn russische Truppen der Konvention gemäß gegen die Insurgenten in den preußischen Grenzdistrikten vorgehen würden, in demselben Lichte betrachtet werden könne, wie wenn ein föderalistisches Kriegsschiff ein Kriegsschiff der Vereinigten Staaten in englischen Gewässern angreifen würde, denn die Erlaubniß, daß russische Truppen die preußische, oder preußische Truppen die russische Grenze überschreiten, sei lediglich ertheilt worden zum Schutze von preußischem Territorium und preußischem Eigenthum und lediglich zu defensiven Zwecken für den Fall, daß ein Aufstand an beiden Seiten der Grenze entstanden wäre und da preußische Truppen die bedrohten Grenzdistrikte nicht rechtzeitig und in hinlänglicher Zahl hätten erreichen können.

Buchanan konnte die Unterscheidung, welche Bismarck hiermit aufzustellen suchte, nicht zugeben, da die Beweggründe zur Gestattung eines Aktes den Charakter seiner Folgen nicht verändern könne; aber Bismarck behauptete, daß mit Rücksicht auf die Lage der preußischen Regierung man nicht mit Recht sagen könne, sie würde durch die Ausführung der Bestimmungen der Konvention, wie Russell anführte, mittelbar die willkürliche Konskription zu Warschau unterstützt und mit vertreten haben; Preußen habe ja nicht versäumen dürfen, alle Maßregeln zu treffen, welche es unter Umständen für die Sicherheit und den Schutz seines eigenen Gebiets für nöthig erachtet hätte.

Auf das Ersuchen Buchanans, ihm eine Abschrift der Konvention zu geben, antwortete Bismarck, er könne nicht verstehen, aus welchem Grunde sich die englische Regierung berechtigt glaube, von der preußischen Regierung die Mittheilung der Abschrift eines unvollkommenen Dokuments zu verlangen, welches, wie er bereits auseinandergesetzt, lediglich den ersten Schritt einer jetzt suspendirten Verhandlung bilde und welches ganz wirkungslos bleiben müsse, wenn es nicht wirksam gemacht werde durch Instruktionen, welche noch erweitert werden müßten und welche jetzt

nicht erlassen würden, da die Umstände dieselben unnöthig erscheinen ließen. Es sei daher eine Konvention, bezüglich welcher eine Ratifikation nicht ausgetauscht worden sei, und es bestehe nicht die Absicht, dieselbe zu ratifiziren.

Bismarck wiederholte alsdann, was er bereits früher dem englischen Gesandten gesagt hatte; die Konvention bestimme lediglich, daß, als die im Königreich Polen ausgebrochene Revolution öffentliches und privates Eigenthum und die Ruhe der benachbarten preußischen Provinzen bedrohte, zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden sei, daß die eine der anderen Hülfe leisten solle, und daß die Truppen ermächtigt werden sollen, auf Verlangen der beiderseitigen Regierungen und im Falle des Bedürfnisses die Grenze zu überschreiten und daß diese Vereinbarung nur so lange Kraft haben solle, als die beiden Regierungen das für zweckmäßig halten würden.

Bismarck fügte hinzu, daß der Vorschlag, die Konvention abzuschließen, von dem General Alvensleben telegraphisch aus Petersburg übermittelt worden sei, und daß derselbe auf demselben Wege die Ermächtigung erhalten habe, dieselbe zu unterzeichnen. Der König habe zuerst Bedenken getragen, die Unterzeichnung der Konvention zu gestatten, zumal demselben das Abkommen zu elastisch schien, bis demselben erklärt wurde, daß der Charakter der Vereinbarung vollständig von den Instruktionen abhänge, die den militärischen und Grenz-Autoritäten ertheilt würden, Instruktionen, welche hinwiederum mit der russischen Regierung vereinbart werden müßten, bevor die Konvention in Wirksamkeit treten könne. Die Instruktionen mußten sich auf die Umstände beziehen, unter welchen und bis zu welcher Entfernung die Grenze von den beiderseitigen Truppen überschritten werden könnte; deshalb unterliege der Fall, wenn die Russen überhaupt die Erlaubniß dazu erhielten, immer noch der Würdigung des Königs.

Bismarck sagte ferner, daß infolge dieses Umstandes Verhandlungen eröffnet worden seien, um derartige Instruktionen auszuarbeiten. Bei dieser Gelegenheit habe die russische Regierung vorgeschlagen, daß ihren Truppen erlaubt werden solle, die Grenze zu überschreiten bei einem thatsächlichen Konflikte und wenn der Feind in Sicht sei, und bis in eine Entfernung, von der aus dieselben noch am gleichen Tage zurückkehren könnten. Von welchen Behörden in solchen Fällen die Erlaubniß zur Grenzüberschreitung ertheilt werden solle, theilte Bismarck dem englischen Botschafter nicht mit, indessen bemerkte er, daß Vereinbarungen zu diesem Zwecke von der Gefahr abhingen, die in jedem Distrikte herrsche. Aber selbst diese eingeschränkte Ermächtigung sei niemals ertheilt worden, und seines Wissens habe niemals eine Aktion von russischen Truppen auf preußischem Territorium stattgefunden. Zwar möchten unvorhergesehene Fälle eingetreten sein, wenn das aber zutreffe, so gebe er zu erwägen, daß dies ebenso im österreichischen wie in Preußisch-Polen geschehen sei. Ebensowenig sei eine Occupation von russischem Territorium durch preußische Truppen jemals erfolgt. Freilich habe man versucht, als einen solchen Fall die Occupation der preußischen Brücke darzustellen, welche die preußische Stadt Gollub nächst Kulm

mit einer russischen Stadt auf dem entgegengesetzten Ufer des Flusses Drewenz verbinde, als man dachte, daß Insurgenten, welche sich im Besitze der russischen Stadt befanden, Miene machten, nach Preußen einzufallen. Auch seien allerdings mehrere Fälle vorgekommen, in denen russische Zollwächter, von den Insurgenten angegriffen, mit der Zollkasse nach Preußen geflüchtet seien; es sei denselben alsdann erlaubt worden, nach Rußland zurückzukehren ohne die Waffen ablegen zu müssen. Das sei aber geschehen nicht auf Grund der Konvention, sondern lediglich infolge eines Aktes der Courtoisie des Königs.

Berlin, den 11. März 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan, betr. die russisch-polnische Konvention.[1]

Der englische Botschafter Buchanan theilte Bismarck mit, er habe nachstehende Depesche von dem Grafen Russell erhalten:

„Ausw. Amt, 11. März 1863. Da es nach Ew. Excellenz Depesche vom 5. scheint, daß die sogenannte Konvention zwischen Preußen und Rußland in betreff der Unterdrückung der polnischen Insurrektion jetzt ein todter Buchstabe ist, und da keine Instruktionen auf Grund derselben erlassen sind, so können Sie ferner keine Abschrift derselben verlangen. Der desfallsige Auftrag war in der Voraussetzung gegeben worden, daß die Konvention ratifizirt werden würde, und daß Instruktionen für ihre Ausführung erlassen werden würden. Das Ueberschreiten der Grenze mit den Kassen schutzloser und vereinzelter Zollämter ohne eine formale Konvention erscheint zu unwichtig, um ernste Beachtung zu verdienen. Russell."

Bismarck erklärte von neuem, daß keine Ermächtigung für russische Truppen zum Handeln auf preußischem Gebiet oder für preußische Truppen zum Einrücken in Rußland ertheilt worden sei oder ertheilt werden würde.

Berlin, den 13. März 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan, betr. die preußisch-russische Konvention.[2]

Am 4. März 1863 hatte der englische Minister des Auswärtigen, Russell, dem englischen Botschafter in Berlin[3] mitgetheilt, die englische Regierung sei indignirt über die beklagenswerthen Gewaltmaßregeln, welche jetzt in Polen herrschten; sie habe über die Gründe dieser Kalamität nachgedacht, und habe sich infolgedessen veranlaßt gesehen, Vorstellungen in St. Petersburg zu machen.[4] Der englische Vertreter in Berlin erhielt den Auftrag, die betr. Depesche Herrn von Bismarck vorzu-

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 11. März 1863. Aus der englischen amtlichen Depeschensammlung übergegangen in die „Nat.-Ztg." vom 4. Mai 1863 Nr. 204. In Kohls Bismarck-Regesten ist die obenstehende Begegnung Bismarcks mit Buchanan übersehen.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 14. März 1863. Staatsarchiv Bd. IV. Nr. 690. S. 351.

[3] Gleichlautende Depeschen hatte Russell an die Kgl. Vertreter ergehen lassen, welche den Wiener Vertrag unterzeichnet hatten. Staatsarchiv Bd. IV. S. 347.

[4] Diese Depesche findet sich abgedruckt im Staatsarchiv Bd. IV. Nr. 685. S. 344.

lesen. Buchanan sollte bei dieser Gelegenheit vorstellen, daß nach der Ansicht der englischen Regierung eine Mittheilung ähnlicher Gesichtspunkte von den in Petersburg sich aufhaltenden Vertretern der Regierungen, welche den Wiener Vertrag unterzeichnet haben, darauf hinziele, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, und gleichzeitig das polnische Volk in den Genuß jener Rechte zu setzen, welche demselben in Wien versprochen, solange Zeit indessen vorenthalten worden seien. Nach Ansicht der englischen Regierung könne der Frieden Europas am besten dadurch gesichert werden, wenn den Polen die Privilegien eines öffentlichen Reichstags und einer nationalen Regierung eingeräumt würden. Die englische Regierung hoffe daher, daß die preußische Regierung sich anschließe, der russischen Regierung Vorstellungen zu machen, welche die Interessen der Humanität und die Sicherheit des europäischen Friedens bezweckten, und welche die russische Regierung in keiner Weise beleidigen könnten.

Am 13. März 1863 entledigte sich der englische Botschafter in Berlin vorstehenden Auftrags, indem er an Bismarck die Frage stellte, ob derselbe durch Vermittelung des Grafen Bernstorff dem englischen Minister Russell auf die Depesche vom 4. März geantwortet habe, welche Buchanan dem Ministerpräsidenten eine Woche vorher vorgelesen hatte, und ob die englische Regierung hoffen dürfe, daß das preußische Kabinett die englische Vorstellung in St. Petersburg unterstützen werde.

Bismarck erwiderte, er habe in Erwiderung der Russellschen Depesche keine Mittheilung an den Grafen Bernstorff ergehen lassen. Er bemerkte ferner, das, was er bereits früher in Bezug auf die Stellung Preußens zu Polen und die Gefahren, welche ein unabhängiger polnischer Staat Preußen verursachen müsse, gesagt, solle den englischen Botschafter überzeugen, daß die preußische Regierung Rußland nicht dahin drängen könne, Maßregeln zu ergreifen, welche unvermeidlich dahin führen würden, die polnische Nation wieder herzustellen, und welche Preußen zwingen würden, seine Armee um 100000 Mann zu verstärken. Er fügte bei, daß die Konzessionen, welche nach Ansicht der englischen Regierung der Kaiser von Rußland seinen polnischen Unterthanen ertheilen solle, dieselben nicht befriedigen würden. Und alles, was dieselben jetzt erlangen möchten, würde von denselben als ein Mittel benutzt werden, später unabhängig zu werden, und den Versuch zu machen, ihre polnischen Provinzen von Rußland, Oesterreich und Preußen an sich zu reißen. Die englische Regierung könne deshalb von Preußen nicht verlangen, daß es sich Schritten anschließe, welche seiner Ansicht nach ein derartiges Resultat herbeiführen müßten.

**Berlin**, ca. 17. März 1863. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

In einer Besprechung Bismarcks mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi sprach ersterer seine Uebereinstimmung mit der sachlichen Auffassung der

[1] Nach einer Depesche Bismarcks an den Frhrn. v. Werther in Wien, d. d. 17. März 1863. „Nat.-Ztg." Nr. 368 von 1869. „Kieler Korresp." vom 7. August 1869. Kohls Bismarck-Regesten Bd. I. S. 200.

Kaiserlichen Regierung in allen wesentlichen Punkten aus, namentlich auch darin, daß der Schwerpunkt der gegenwärtigen Lage und das Haupthinderniß einer Ausgleichung in dem Bestreben der Königlich dänischen Regierung liege, die Gesamtverfassung von 1855 jetzt für Dänemark und Schleswig allein aufrecht zu erhalten, und daß es für den Bund angemessen sein würde, dies Verhältniß in den Vordergrund treten zu lassen.

Was nun die formelle Behandlung der Sache, insbesondere den Wunsch der vereinigten Ausschüsse, daß Preußen und Oesterreich die Formulirung des in die Bundesversammlung einzubringenden Antrags übernehmen möchten, betrifft, so könne er (Bismarck) dem von dem Grafen Rechberg ausgesprochenen Zweifel, ob zu diesem Ersuchen hinreichende Veranlassung gegeben sei, nur vollkommen zustimmen, und er müsse aus diesem Grunde auch ablehnen, einen Entwurf zu diesem Behufe vorzulegen.

Bismarck glaubte den Grafen Karolyi in dieser Beziehung daran erinnern zu sollen, daß Preußen sowohl wie Oesterreich die ganze Frage niemals im eigenen Interesse, sondern als eine gemeinsame deutsche Angelegenheit behandelt hätten. Dieser Standpunkt sei auch von den übrigen deutschen Regierungen mit besonderem Eifer festgehalten worden, und es sei von mehreren derselben wiederholt durch Anträge am Bunde wie in den Ausschüssen, sowie in Mittheilungen, welche sie an die Kabinette von Wien und Berlin gerichtet, das Bestreben gezeigt worden, auf die Entwickelung der Angelegenheit einzuwirken. Dies sei meist in einem Sinne geschehen, welcher geeignet gewesen, diesen Regierungen die Gunst der öffentlichen Meinung in Deutschland und eine Popularität zuzuwenden, die denjenigen am leichtesten zu theil werde, welche für die Ausführung ihrer eigenen Rathschläge am wenigsten handelnd einzustehen haben.

Wenn nun in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo die Angelegenheit durch den Abbruch der von Preußen und Oesterreich mit großer Hingebung an die gemeinsame Sache allein, aber, wie es scheine, unter völliger Zustimmung des Bundes, geführten Verhandlungen in ein neues, ernstes Stadium trete, die übrigen Regierungen sich zurückzögen und die ganze Verantwortung auf die Kabinette von Wien und Berlin schieben wollten, so sei dies eine offenbare Unbilligkeit und erschwere nur die Stellung der beiden Mächte, welche in dieser deutschen Frage nur dann mit vollem Nachdruck auftreten könnten, wenn sie sich in wirklicher Uebereinstimmung mit dem bewußten Willen der deutschen Regierungen befänden.

Es habe bei den fremden Mächten nur zu oft die Ansicht vorgeherrscht, es gehe der Impuls zu dem ganzen Vorschreiten des Bundes in dieser Frage von Preußen allein aus, welches dabei selbstsüchtige Zwecke verfolge. Es komme ihm (Bismarck) daher darauf an, daß gerade in dem gegenwärtigen Stadium die Aktion des Bundes hervortrete. Ueber ihre eigene Auffassung der Angelegenheiten hätten sich die beiden Mächte hinreichend ausgesprochen, und Oesterreich habe es auch in der vorliegenden Depesche in einer Weise gethan, welcher er (Bismarck) gern seine Zustimmung gebe; bestimmte Vorschläge aber an den Bund zu bringen, könne füglich den vereinigten

Ausschüssen überlassen bleiben, in welchen eine Anzahl gerade derjenigen Regierungen vertreten sei, welche sich bisher am eifrigsten mit der Sache beschäftigt hätten, und deren ausgezeichneter Referent eine volle Kenntniß der Verhältnisse und namentlich der den Bund zunächst in Anspruch nehmenden rechtlichen Fragen besitze. Preußen und Oesterreich hätten sich durch ihre bisherige Behandlung der Sache wohl ein Recht darauf erworben, daß nun auch die übrigen deutschen Regierungen einmal sich offen aussprächen, welche Behandlung der Sache in ihren Absichten liege und wie weit sie zu gehen und zu handeln bereit seien.

Berlin, den 4. April 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan über die preußisch-russische Konvention.[1]

Buchanan drückte sein Erstaunen darüber aus, daß, während Oesterreich anscheinend glaube, es könne ohne Gefahr für jene polnischen Provinzen mit der englischen und französischen Regierung zusammen wirken, um einen Versuch zu machen, von der russischen Regierung diejenigen Rechte zu erlangen, welche Polen berechtigt sei, zu verlangen, Preußen sich davon ausschließe und sich Europa zeige als der Alliirte Rußlands bei Unterdrückung der polnischen Nation. Buchanan bemerkte ferner, seiner Ansicht nach würde es sich für Preußen lohnen, sich etwas von der europäischen Sympathie und dem Beifall zu erwerben, den Oesterreich voraussichtlich in dieser Frage erlangen werde. Bismarck erwiderte, es sei für Preußen unmöglich, eine Politik zu wechseln, welche es die letzten zwei Jahr verfolgt habe. Und nachdem Preußen diese Zeit hindurch den Kaiser von Rußland warnend auf die Folgen aufmerksam gemacht habe, welche eine Ermuthigung der polnischen nationalen Bestrebungen unausbleiblich mit sich führe, so könne es jetzt nicht vom Kaiser verlangen, den Polen die verlangte Autonomie zu verschaffen.

Nach der preußischen Auffassung habe Kaiser Alexander II. schon seit zwei Jahren zu viel für Polen gethan und dadurch nur den gegenwärtigen Aufstand herbeigeführt. Bismarck ließ durchblicken, daß der preußische Einfluß in dieser ganzen Zeit den Reformen in Polen entgegen gearbeitet habe, und daß er auch ferner nur für die Herstellung des unter dem Kaiser Nikolaus befolgten Systems aufgeboten werden würde. Bismarck bekannte sich also in dem Verhältniß zu Rußland ganz einfach zu dem feudalen Programm.

Berlin, den 11. April 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan, betr. die Auslieferung russischer Unterthanen durch Preußen und die schleswig-holsteinische Frage.[2]

Der englische Botschafter A. Buchanan besprach mit Bismarck das Schicksal von vier Personen, welche einige Wochen vorher in Thorn festgenommen und über

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 4. April 1863. Staatsarchiv Bd. IV. Nr. 694. S. 360.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 11. April 1863. Staatsarchiv Bd. IV. Nr. 699. S. 366 und Bd. VI. Nr. 1057. S. 195. „Vossische Ztg." Nr. 107 vom 9. Mai 1863.

die polnische Grenze geschickt worden waren, und berührte dabei die Frage, ob eine dieser, von Preußen ausgelieferten Personen von russischen Behörden hingerichtet worden war, und ob nach der Konvention von 1857 politische Flüchtige aus Russisch-Polen dem Wortlaut dieser Konvention gemäß auf Antrag Rußlands von Preußen ausgeliefert werden müssen.

Bezüglich des ersteren Punktes äußerte Bismarck, er halte sich für überzeugt, daß die betreffenden, in Thorn festgenommenen Personen nicht hingerichtet worden seien; indessen vermöge er eine genaue Auskunft über ihr Schicksal nicht zu geben. Ueber das Schicksal zweier Offiziere, welche an Rußland ausgeliefert worden waren, wisse er nichts bestimmtes, jedoch nehme er an, daß der eine, welcher des Mordes angeklagt war, hingerichtet und der andere, welcher nur der Fahnenflucht beschuldigt wurde, nach dem Kaukasus verschickt werden würde, um daselbst als gemeiner Soldat zu dienen, — die gewöhnliche Strafe für Offiziere des russischen Heeres wegen Vergehen.

Mit Bezug auf die Konvention von 1857 äußerte Bismarck, die Bestimmungen derselben seien seiner Ansicht nach so dehnbar, daß sie auch auf Personen Anwendung finden könnten, welche eines Verbrechens oder Vergehens angeklagt wären, und daß politische Vergehen, welche Staatsverbrechen wären, keinen Grund zu Ausnahmen abgeben könnten; da es ferner ein Zweck der Konvention gewesen sei, russische Unterthanen an dem Uebertritt nach Polen kurz vor der Aushebung zu verhindern, so sei dem Rechte Rußlands, die Auslieferung aller Personen zu fordern, welche militärdienstpflichtig seien, der weiteste Spielraum gelassen. Fast alle Personen, welche Rußland verlassen, könnten deshalb unter diese Kategorie gerechnet werden.

Uebrigens gebe es noch eine andere Konvention, welche zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen im Jahre 1834 abgeschlossen worden und, weil niemals aufgehoben, noch in Kraft sei, wenn Rußland es für angezeigt erachte, sich darauf zu berufen. Durch diese Konvention seien die drei Mächte gegenseitig gebunden, einander Flüchtlinge auszuliefern, welche des Hochverraths oder eines Verbrechens gegen den Staat angeklagt seien, einschließlich solcher Personen, welche Vereinigungen revolutionären Charakters angehörten. Er (Bismarck) glaube jedoch nicht, daß Rußland sich dieses Rechts bedienen werde, es habe weder an Oesterreich noch an Preußen Anträge auf Auslieferung von aus Polen entwichenen Flüchtlingen gestellt.

Auf die Frage des Botschafters, welche Bewandtniß es mit den nach den Tagesblättern an den General Werder, den Höchstkommandirenden in Posen, gesandten Weisungen in Bezug auf die Behandlung und den Verbleib aller von Polen nach Preußen übertretenden Personen habe, versicherte Bismarck, davon nicht unterrichtet zu sein, jedoch gab Bismarck zu, daß von den betheiligten Ressorts über die Art und Weise, in welcher mit den zahlreichen russischen Flüchtlingen und preußischen Unterthanen, welche sich den Insurgentenscharen nach Posen entziehen,

verfahren, und bezüglich der Oertlichkeiten, wo deren Fälle gehörig untersucht werden sollen, Vorkehrungen getroffen worden seien.

Als sich demnächst die Besprechung der dänischen Frage zuwandte, theilte Bismarck dem englischen Botschafter mit, er habe die von dänischer Seite gemachten Vorschläge aufmerksam untersucht; mehrere darunter, besonders die auf das Budget und die Domänen bezüglichen, involvirten unzweifelhaft Verletzungen der Rechte Holsteins, und es werde der Bundestag sicher gegen dieselben protestiren. Nichtsdestoweniger werde die preußische Regierung nicht die Initiative ergreifen, um eine Meinung darüber auszudrücken, was unter den neuen Umständen nöthig oder rathsam sei. Bismarck sagte, er müsse in dieser Frage sich leiten lassen durch die Ansichten Deutschlands und des Bundestags, in dessen Schoße, wie er glaubte, sehr entschiedene Mißbilligung über die Proklamation des Königs von Dänemark erfolgen würde.

Berlin, den 18. April 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan frug Bismarck, welche weitergehenden Schritte er zu thun beabsichtige außer der Depesche, welche er aus Anlaß des dänischen Dekrets vom 30. März 1863 nach Kopenhagen gesandt, und außer dem Proteste, welchen er in Gemeinschaft mit Oesterreich an die dänische Regierung gerichtet habe.

Bismarck antwortete, daß die zukünftige Aktion vollständig der Beschlußfassung des Bundestags überlassen bleibe; dieser letztere werde wahrscheinlich Deutschland befreit erklären von den Vereinbarungen, welche es im Jahre 1852 in betreff Holsteins getroffen habe, und schließlich seine Zustimmung geben zur Succession des Prinzen Christian in der Regierung des Herzogthums, so daß die ganze Frage auf diese Weise wieder in den status quo ante versetzt werde.

Buchanan erwiderte, daß auf eine derartige Erklärung des Bundestags bald Feindseligkeiten folgen würden, worauf Bismarck meinte, der Krieg brauche nicht nothwendig die unmittelbare Folge davon zu sein. Deutschland werde ganz nach seinem Ermessen entscheiden, inwieweit und wann es rathsam sei, sein Recht mit den Waffen zu unterstützen.

Berlin, den 16. bis 20. Mai 1863. Verhandlungen mit dem sächsischen Minister Frhrn. v. Beust über den Handelsvertrag mit Frankreich und die Annahme desselben durch die Zollvereinsstaaten.

Die Unterredungen verbreiteten sich aber über weitere Fragen und in befriedigender Weise. Die Aufnahme Beusts war eine verbindliche. Derselbe vergaß niemals einen Abend, an welchem die beiden Staatsmänner ihr Gespräch, spazierend am Wallnertheater, fortsetzten. Man vernahm schallendes Gelächter und Bismarck sagte: „Die machen grade schlechte Witze

[1] Nach Buchanans Bericht vom 18. April 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1060. S. 198. In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

über uns." Es wurden damals in Berlin Stücke gegeben, in denen Beust als komische Figur erschien, und Letzterer hatte den Wunsch geäußert, sich selbst durch Helmerding auf die Bühne gebracht zu sehen, welchem Wunsch aber nicht entsprochen wurde.

Einige Wochen später (18. Juli 1863) machte Bismarck Beust einen Gegenbesuch in Dresden, bevor er über Leipzig seinem Königlichen Herrn nach Gastein folgte. Die beiden Staatsmänner schieden in guten Beziehungen.

Berlin, den 23. Mai 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Bismarck erklärte es für nicht unwahrscheinlich, daß einer Occupation von Holstein, wenn eine derartige Maßregel in Frankfurt für nothwendig erachtet werden sollte, von Dänemark Widerstand entgegengesetzt werde; er erwähnte diese Befürchtung dem englischen Botschafter Buchanan gegenüber als einen von den Gründen, warum er wünschte, daß die zu diesem Behufe verwendeten Truppen weder Preußen noch Oesterreich angehörten.

Berlin, den 30. Mai 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan über die schleswig-holsteinische Frage.[2]

Buchanan leitete die Besprechung mit dem Bemerken ein, daß die englische Regierung die Aussicht einer Bundesexekution in Holstein mit Aengstlichkeit betrachte, er wolle Bismarck die Depesche vorlesen, welche er von Russell soeben über diese Frage erhalten habe; es sei dies der beste Weg, um Bismarck zu sagen, was die englische Regierung ihm beauftragt habe.

Nachdem Buchanan die Depesche Russells vom 27. Mai 1863 verlesen hatte, sagte Bismarck, er habe nie die Aufregung getheilt, mit welcher die schleswig-holsteinische Frage in Deutschland behandelt werde.

Auf die Frage Buchanans, ob Bismarck etwas dagegen hätte, daß Holstein als Pfand occupirt werde, und ob er glaube, daß Gründe beständen, daß eine derartige Maßregel als Bundesexekution ausgeführt werde, antwortete Bismarck, dies zu bestimmen sei nun eine Frage des Bundestags, da Oesterreich und Preußen die Frage in Frankfurt vorgelegt hätten. Nachdem Buchanans Frage zu einer flüchtigen Konversation über den Ursprung des Streitpunktes zwischen Dänemark und Deutschland geführt hatte, bemerkte der engliche Botschafter, das Prinzip der Repräsentation eines jeden Staates nach Maßgabe seiner Bevölkerung und seiner Hülfsquellen, welchem die preußische Regierung bei der Generalkonstitution für die dänische Monarchie entgegengetreten, sei der einzige Grundsatz, auf Grund dessen Preußen, wie Bismarck ihm selbst gesagt habe, der von den anderen deutschen Staaten gewünschten Ausdehnung der Machtbefugnisse des Frankfurter Bundestages zustimmen werde. Buchanan fügte indessen hinzu, Bismarck habe ja aus der Depesche Russells vernommen, daß er (Buchanan) nicht ermächtigt sei, solche Fragen mit dem Minister-

[1] Nach Buchanans Bericht vom 23. Mai 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1069. S. 208.

[2] Nach Buchanans Bericht vom 30. Mai 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1074. S. 213.

präsidenten zu erörtern. Er sei lediglich beauftragt, Bismarck die Ansichten der englischen Regierung über die europäische Lage der schleswig-holsteinischen Frage mitzutheilen und ihm zu sagen, daß, da es sehr wünschenswerth sei, die bereits bestehenden europäischen Komplikationen und Gefahren durch eine Bundesexekution in Holstein nicht zu vermehren, die auf Schleswig bezüglichen Fragen, nach Ansicht der englischen Regierung mit Ruhe und Ueberlegung von den europäischen Staaten besprochen werden möchten, und daß dieselben nicht von dem Bundestage in Frankfurt entschieden werden könnten.

Bismarck entgegnete, der beste Weg, die Frage zu lösen, sei vielleicht der, wenn man dieselbe einem Kongreß unterbreite; Russell möchte aber seine Ansicht über die Frage dem Bundestage nur bekannt geben. Außerdem fragte Bismarck, ob Buchanan Russells Depesche ihm nicht mittheilen könne. Ohne vollständig in die Ansichten der englischen Regierung in dieser Angelegenheit eingeweiht zu sein, hielt Buchanan es für nicht rathsam, einen genauen Ausdruck von Bismarcks Ansicht über die Angemessenheit eines Kongresses oder einer Konferenz über die schleswigsche Frage zu verlangen.

**Baden-Baden**, den 19. August 1863. Unterredung mit dem sächsischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frhrn. v. Beust, betr. den Frankfurter Fürstentag.[1]

Der sächsische Ministerpräsident Freiherr von Beust begleitete den König Johann von Sachsen nach Baden-Baden, um den König von Preußen zum Erscheinen auf dem Frankfurter Fürstentage zu bestimmen, und seine Aufgabe war es, sich mit Bismarck zu verständigen.

Beust suchte Bismarck, welcher in dem 1860 von Kaiser Napoleon bewohnten Stephanienbad abgestiegen war, vergeblich auf, fand ihn aber später. Es war schon spät am Tage und Bismarck bat Beust, an seinem Abendessen theilzunehmen, welcher Einladung der sächsische Minister gerne folgte.

Bismarcks erste Worte waren: „Sie kommen, um uns ins Verderben zu reißen — wird Ihnen nicht gelingen."

„Ich begreife Sie nicht," entgegnete Beust, „wenn Ihr König morgen nach Frankfurt geht, sich in der Versammlung einfindet, die Fürsten mit herzlichen Worten begrüßt mit der Erklärung, er sei bereit, sich an ihren Berathungen zu betheiligen, da er aber eben zwei ernste Kuren gebraucht habe, müsse er um Aufschub bitten und werde einige Wochen später sich gerne wieder einfinden; wenn der König das thut, so verläßt der Kongreß Frankfurt am nächsten Tage," worauf Bismarck erwiderte: „Was Sie da sagen, ist möglich, sehr möglich, aber nicht gewiß." Als Beust darauf seine weiteren Bemühungen mit den Worten einleitete: „Sie haben mir ja bisher Vertrauen geschenkt," unterbrach Bismarck denselben: „Vertrauen habe ich gar nicht mehr, seitdem Sie die Leipziger Rede gehalten haben. Sie machen auf

[1] Nach Beusts Memoiren Bd. I. S. 332, einer Quelle, die mit Vorsicht zu benutzen ist. Vergl. die lichtvolle Darstellung in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" Bd. I. S. 340.

solche Weise nur Ihre Freunde irre. — Sehen Sie, in Preußen hatten sie keinen besseren Freund, als den General Manteuffel. Wie der Ihre Rede gelesen hatte, wurde er krank, mußte sich vierundzwanzig Stunden ins Bett legen und rief einmal über das andere: Wie kann man sich so in einem Menschen irren!" Von seinem Königlichen Herrn sagte Bismarck nur folgendes: „Wissen Sie, der König ist über den Besuch Ihres Herrn sehr verdrießlich. Er sagt: Hätte man mir wenigstens meinen Schwiegersohn geschickt, dem würde ich den Kopf gewaschen haben; aber nun schickt man mir noch den ehrwürdigen König von Sachsen!"

Die Abfassung der abschlägigen Antwort des Königs auf die von sämtlichen Fürsten unterzeichnete Einladung mußte viel Mühe gemacht haben, denn Bismarck brachte sie Beust erst in ziemlich vorgerückter Nachtzeit.[1]

Berlin, den 7. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Bismarck erklärte, vor allem die Befehle des Königs (damals in Baden) einholen zu müssen. Nach seiner persönlichen Auffassung sei die Sache sehr schwierig und eigentlich nur beim Bunde zu behandeln; bei den Gegenständen des inneren Bundesrechts könne von fremder Einwirkung keine Rede sein, was jedoch die internationalen Fragen (Schleswig) betreffe, so würde er beim Bunde für Annahme der englischen Vermittelung stimmen, wenn vorher Dänemark dieselbe acceptirt und der Exekution keinen Widerstand entgegengesetzt habe.

Berlin, den 10. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die Bundesexekution wegen Schleswig-Holsteins.[3]

Bismarck sagte dem englischen Botschafter Buchanan, Preußen könne unmöglich die Initiative dazu ergreifen, dem Bundestag die Suspendirung der Exekution anzuempfehlen. Herr von Sydow habe aber den Auftrag erhalten, die Appellation des englischen Ministers Russell an den Bundestag als eine freundliche Eröffnung anzunehmen, und den Ansichten gewisser Staaten entgegenzuwirken, welche geneigt seien, dieselbe als einen Versuch anzusehen, die legitime Aktion des Bundestags in Kontrolle zu nehmen.

Berlin, den 14. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter A. Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[4]

Bei einer Besprechung Bismarcks mit dem englischen Botschafter Buchanan erklärte ersterer, er halte zwar den Bund berechtigt, Dänemark den Krieg zu erklären,

---

[1] In Baden oder bereits zu einer früheren Zeit, aber doch wohl im Jahre 1863, äußerte sich Bismarck Beust gegenüber dahin, daß Preußen ein zweites Mal nicht allein, sondern nur mit Oesterreich sich in den Herzogthümern einlassen werde.

[2] Sybel. Bd. III. S. 133.

[3] Nach Buchanans Bericht vom 10. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1109. S. 247.

[4] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 17. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1123. S. 259.

um es zu zwingen, die Verbindlichkeiten zu erfüllen, welche es Deutschland gegenüber in Bezug auf die Stellung der Herzogthümer in der dänischen Monarchie eingegangen sei; er glaube aber mit dem englischen Minister des Auswärtigen Russell, daß der Bundestag kein Recht habe, für die Herzogthümer bezüglich dieses Theils ihrer Beschwerde Abhülfe durch eine Bundesexekution zu suchen.

Bismarck meinte, der Bundestag wünsche lebhaft, daß sofort ein Beschluß wegen Beantwortung der Depesche Russells vom 29. September gefaßt werde, und Herr von Sydow dränge ihn um Instruktionen, er habe aber abgelehnt, solche zu geben, bis die Sache ruhig von der Regierung erwogen sei. Er könne die Absendung der Instruktion an den preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt nicht wohl über eine Woche verschieben, er wolle aber auf alle Fälle versuchen, den Bericht des Herrn von der Pfordten milder zu gestalten, und in denselben die Andeutung der Annahme einer Vermittelung in Bezug auf die internationale Frage hineinzubringen, falls eine derartige Vermittelung, nach vorgängiger Annahme seitens Dänemarks, dem Bundestag angeboten werden sollte. Er hoffe, daß die dänische Regierung das Edikt vom 30. März zurückziehen werde als ein einleitender Schritt zu neuen Verhandlungen mit dem Bunde in betreff Holsteins und Lauenburgs, und daß dieselbe dem Bunde eine Genugthuung in Bezug auf beide Herzogthümer geben werde, welche Preußen in die Lage setzten, das Aufgeben der Exekution zu befürworten. Inzwischen müsse indes Dänemark in seiner Antwort an den Bundestag klar und deutlich die Forderungen Holsteins als ein deutsches Herzogthum von denjenigen Forderungen trennen, die Holstein auf Grund der Abmachungen von 1851—52 in Bezug auf eine Art von Kontrolle über die allgemeinen Angelegenheiten der dänischen Monarchie besitzen möge.

In Bezug auf den ersten Punkt, fuhr Bismarck fort, sei es von Wichtigkeit, daß Dänemark die oberste Autorität des Bundes anerkenne, und daß es die Absicht des Herzogs von Holstein andeute, sich der Exekution zu unterwerfen, wenn der Bund es für nothwendig erachten sollte, dieselbe durchzusetzen, um der Bevölkerung des Herzogthums den vollen Genuß ihrer Rechte zu sichern.

Buchanan fragte Bismarck, ob er erlaube, daß er eine kleine Aufzeichnung mache von dem, was Bismarck zu thun beabsichtige, um ein Arrangement in der Sache zu befördern, und nachdem Bismarck einige Veränderungen in Buchanans Aufzeichnung vorgenommen hatte, ermächtigte er den englischen Gesandten, die Notiz Russell mitzutheilen; indessen behielt sich Bismarck das Recht vor, die Aufzeichnung[1] zu revidiren.

---

[1] Die Aufzeichnung, welche das Gespräch zwischen Bismarck und Buchanan umfaßte, lautete: Wenn Dänemark dem Bunde erklären würde, daß es bereit sei, demselben eine Satisfaktion zu geben in betreff der Forderung von Holstein und Lauenburg, ihre eigene Gesetzgebung und die Ausgabe aller in den Herzogthümern eingegangenen Gelder zu kontrolliren und die Vermittelung Englands in Bezug auf das Arrangement der internationalen Frage zu acceptiren, so würde Preußen versuchen, die Exekution zu verhindern.

In der Zwischenzeit sagte Bismarck zu Buchanan, er habe die Worte „is ready“ (bereit sei) so verstanden, daß Dänemark sofort Holstein und Lauenburg eine so unabhängige Stellung einräumen wird, wie das Großherzogthum Luxemburg sie besitze, so daß kein Vorwand zu einer Exekution des Bundes vorhanden sei.

Als Buchanan bemerkte, Dänemark möchte etwa einwenden, daß, nachdem dasselbe sich bezüglich aller Ansprüche Deutschlands in Bezug auf Holstein willfährig gezeigt habe, es noch den Ansprüchen des Bundes in Bezug auf Schleswig zu widerstehen hätte, antwortete Bismarck, daß diese letzteren Ansprüche von allen Verbindungen mit Holstein losgelöst und auf internationalem Wege verhandelt werden könnten.

Berlin, den 17. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Der englische Botschafter las Bismarck die Depesche Russells an den englischen Gesandten in Frankfurt a. M., Sir Alexander Malet, vom 14. Oktober 1863 vor, und gab demselben eine Abschrift davon.[2]

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 17. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1124. S. 260.

[2] Diese Depesche lautet in Uebersetzung:

Sie wollen dem Präsidenten des Bundestages vorstellen, Ihre Majestät Regierung habe Anlaß zu glauben, daß die Antwort Dänemarks an den Bundestag die Bereitwilligkeit dazu aussprechen werde, das Patent vom 30. März im Sinne des Bundestagsbeschlusses vom März 1860 abzuändern, d. h. also das Patent zu einem provisorischen umzugestalten, bis die definitive Gestaltung Holsteins mit Deutschland vereinbart sei. Auf diese Weise werden die holsteinischen Stände ihre verfassungsmäßigen Vorrechte als durch das Königliche Patent anerkannt behalten. Sobald dies geschehen, hofft Dänemark den Aufschub der Bundesexekution zu erlangen. Legen Sie dem Präsidenten dar, daß eine Bundesexekution, auch wenn man annähme, daß sie strikte sich auf Holstein beschränke, nicht erfolgen könne, ohne die vorhandenen Schwierigkeiten zu vergrößern. Die Verwendung der Einkünfte Holsteins zum Unterhalte der Bundestruppen in Holstein würde ein ernstlicher Verlust für die dänische Regierung sein. Sehr wahrscheinlich würde die dänische Regierung durch Repressalien und Blockade dem deutschen Handel viel Schaden zufügen. Aber diese Maßnahmen würden in Deutschland ebenso viel Erbitterung erregen wie die Bundesexekution in Dänemark, dadurch würde der Streit noch heftiger werden; auf beiden Seiten würden Entschädigungsansprüche erwachsen und neue Schwierigkeiten sich einer friedlichen Abmachung entgegenstellen. Sollte aber der Krieg auf Schleswig und Jütland sich ausdehnen, dann müsse daran erinnert werden, daß Oesterreich und Preußen sowohl wie Großbritannien und Frankreich durch den Vertrag von 1852 zur Respektirung der Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks verpflichtet seien. Diese Verpflichtungen würden natürlich beachtet werden, könnten aber neue Verwicklungen in Frankfurt veranlassen. Ihrer Majestät Regierung erkennt die Forderungen des Bundes in Holstein und Lauenburg vollkommen an, sie glaubt aber, daß, wenn die Ansprüche des Bundestags auf diese deutschen Herzogthümer beschränkt würden, diese Ansprüche erfüllt werden möchten ohne Bundesexekution und ohne die Gefahren, welche aus der Anwendung einer so extremen Maßregel erwachsen könnten. Sie wollen dem Präsidenten des Bundestags eine Abschrift dieser Depesche übergeben. Ich bin ꝛc.

Russell.

Bismarck bemerkte, er bedaure lebhaft, daß eine derartige Mittheilung an den Bundestag in Frankfurt ergangen sei, da er sicher glaube, daß der darin enthaltene Vorschlag als genügend nicht erachtet werden würde; denn im Falle der Annahme desselben würde Dänemark im stande sein, das von ihm während der letzten zwölf Jahre mit den verbündeten deutschen Regierungen getriebene Spiel fortzusetzen.

Buchanan erwiderte, nach den letzten Vorgängen in Frankfurt könne man annehmen, daß die Exekution nur stattfinden würde, wenn das Edikt vom 30. März nicht zurückgenommen würde, und daß der Bundestag sicherlich zufrieden gestellt sein müßte, wenn das erwähnte Edikt nur vorläufig aufrecht erhalten würde, bis ein definitives Arrangement der Verhältnisse Holsteins bewirkt sei; es werde dadurch verhindert, daß das Herzogthum in der Zwischenzeit der absoluten Macht des Herrschers unterworfen sei. Buchanan bemerkte ferner, daß auf alle Fälle die englische Regierung anscheinend alles durchgesetzt habe, was nach den Bemerkungen Bismarcks gegenüber Buchanan vor dem 14. Oktober geschehen mußte, um die Exekution zu verhindern.

Darauf erwiderte Bismarck, daß die angebotene Genugthuung nicht genüge, sie würde nur die Zahl derjenigen Mitglieder des Bundestages verstärken, welche annehmen, daß kein annehmbares Resultat von der Vermittelung der englischen Regierung zu erwarten sei.

In Bezug auf den letzten Theil der Depesche Russells bemerkte Bismarck, daß, wenn die Sache unglücklicherweise mit einem Kriege zwischen Deutschland und Dänemark enden würde, die von Preußen und Oesterreich im Jahre 1852 eingegangenen Verpflichtungen auf keinen Fall diese beiden Mächte verhindern könnten, an dem betreffenden Kriege theilzunehmen, um die formellen internationalen Verpflichtungen zu erzwingen, welche Dänemark in den Jahren 1851 und 1852 dem Deutschen Bunde gegenüber eingegangen sei. Wenn diese Grundlage von Dänemark angenommen würde, so würden die Hauptschwierigkeiten der Sache beseitigt sein, da es in diesem Falle möglich wäre, den Theil der Frage, welcher der Jurisdiktion des Bundes unterworfen sei, von dem anderen Theil, der sich auf die Abmachungen von 1851 und 1852 bezieht, vollständig zu trennen.

Berlin, den 19. Oktober 1863. Zwei Unterredungen mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

In einer vormittags stattgehabten Besprechung Bismarcks mit dem englischen Gesandten Buchanan machte Ersterer Einwendungen in betreff der vorläufigen Aufrechthaltung des Edikts, und er bemerkte, daß er die Worte „bereit sei dem Bunde Satisfaktion zu geben" („being prepared to give satisfaction to the Diet") so verstehe, daß die dänische Regierung ihre Aufrichtigkeit beweise, mittelst

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 20. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1128. S. 264.

irgend einer mittelbaren Aktion die Verpflichtung zu erfüllen, welche er von derselben verlangt habe. Die Widerrufung des Edikts sei unumgänglich.

Buchanan erwiderte, er bedaure lebhaft, daß Bismarck diese Bedingung jetzt mache, da er die Niederschrift der Besprechung vom 14. Oktober in buchstäblichem Sinne des Wortes verstanden habe, und zweifle nicht daran, daß Russell die Sache ebenso aufgefaßt habe, und daß die dänische Regierung, welcher dieselbe mitgetheilt worden war, sich dieselbe Meinung bilden werde.

Hierauf erwiderte Bismarck, der Bundestag werde jedoch die Rücknahme des Ediktes als ersten Schritt zur demnächstigen Erfüllung der dänischen Erklärung fordern und es würde deshalb würdevoller für den König von Dänemark sein, dasselbe sofort zu widerrufen. Bismarck sprach mit großer Schärfe über die Vergangenheit und über die Unmöglichkeit, daß der Bundestag sich lächerlich machen würde, wenn er die Exekution in dem reinen föderativen Theil der Frage so lange verzögern würde, bis Dänemark einige Zugeständnisse gemacht hätte, welche seine (Dänemarks) Anerkennung der Rechte Holsteins, die vollständige Unabhängigkeit in legislativen und finanziellen Fragen zu verlangen, beweisen werde. Wenn dies aber geschehen sei, so werde es für den Bundestag unmöglich sein, zu einer Exekution zu schreiten.

Buchanan besuchte Bismarck am selben Tage noch einmal, und da Bismarck noch jetzt an der Meinung in betreff der Nothwendigkeit des Widerrufes des Edikts festhielt, sagte Buchanan, daß, wenn er Bismarcks Ansichten wegen der Art und Weise, in welcher die internationale Frage erledigt werden solle, recht verstehe, die vorläufige Aufrechthaltung des Edikts, nach Modifizirung desselben in dem in Russells Depesche an Sir Alexander Malet vom 14. Oktober angedeutetem Sinne für eine solche Erledigung rathsamer sei, als eine einfache Widerrufung, da es in diesem Falle eine Grundlage für spätere Verhandlungen bieten würde.

Hierauf fragte Buchanan, ob er Russell eine Depesche schicken dürfe, worin er sage, daß, wenn die Modifikation des Edikts klar ausdrücken würde, daß kein Theil der Einkünfte von Holstein und Lauenburg zu den gemeinsamen Ausgaben der Monarchie verwendet werden dürfe, ohne die Zustimmung der Landtage dieser Herzogthümer, und wenn Dänemark in der internationalen Frage die Vermittelung der englischen Regierung vorschlagen würde, die englische Regierung dann der dänischen vertraulich mittheilen könnte, daß die preußische Regierung glaubte, die Exekution werde verhindert werden können; sie werde auch den Versuch dazu machen.[1]

---

[1] Im Laufe des Nachmittags besuchte Herr von Thile Buchanan im Auftrage Bismarcks und zeigte demselben eine Depesche, welche soeben von dem preußischen Gesandten in Kopenhagen eingegangen war. Dieselbe berichtete, daß die dänische Regierung sich entschlossen hätte, in ihrer Antwort an den Bundestag zu erklären, daß sie die Exekution als einen Anfang der Feindseligkeiten erachten würde. Bismarck habe ferner Herrn von Thile ersucht, Buchanan mitzutheilen,

Berlin, einige Tage vor dem 23. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Bismarck fragte den englischen Botschafter Buchanan, ob es nicht möglich sei, ein Arrangement in der holsteinischen Frage mittelst eines Schiedsgerichts herbeizuführen. Buchanan erwiderte, da Länder Fragen, welche ihre Unabhängigkeit betreffen, nicht dem Schiedsspruche der Regierungen anderer Staaten unterwürfen, so könne die englische Regierung voraussichtlich Dänemark nicht bitten, so zu verfahren.

Berlin, den 23. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Buchanan theilte Bismarck den Inhalt der Depesche mit, welche Russell unterm 21. Oktober an den englischen Gesandten in Frankfurt a. M. Alexander Malet gerichtet hatte, und welche derselbe dem Präsidium des Bundestages mittheilen sollte, und worin gesagt war, daß nach der Ansicht der englischen Regierung zwei Gesichtspunkte als Grundlage für eine Vereinbarung in der schleswig-holsteinischen Frage festzustellen seien. Der erste bestehe darin, daß alle Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein-Lauenburg, welche sich auf die Finanzen und die Gesetzgebung beziehen und dort entstehen, gemäß den Gesetzen des Deutschen Bundes zu entscheiden sind. Der zweite, daß alle Angelegenheiten, welche sich auf internationale Streitpunkte beziehen, der Vermittelung (nicht dem Schiedsspruche) freundlicher außerdeutscher Mächte behufs einer friedlichen und endgültigen Erledigung übertragen werden sollen.

Bismarck erwiderte dem englischen Gesandten auf diese Eröffnung, er sei mit der englischen Regierung darin ganz einverstanden, daß es rathsam sei, die gedachten Prinzipien als Grundlage für eine Abmachung anzunehmen.[3]

---

daß dieser Bericht einen höchst ungünstigen Eindruck in Frankfurt hervorrufen und Preußen verhindern würde, sich der Exekution zu widersetzen oder irgend eine Maßregel zu treffen, um die günstige Erwägung des Vorschlages zu befördern, welcher dem Bundestage in Russells Depesche an Alexander Malet vom 14. Oktober vorgelegt worden war. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1128. S. 264. Die vorstehende Unterredung Thiles mit Buchanan ist in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 23. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1133. S. 269.

[2] Nach Buchanans Depesche an Russell, d. d. 23. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1133. S. 269.

[3] Am Tage der oben mitgetheilten Unterredung (23. Oktober 1863) schrieb Quaade: „Was für mich von Wichtigkeit ist, das ist, sorgsam alles zu vermeiden, was einen Mangel an Vertrauen meinerseits zu den Worten oder der Macht Bismarcks offenbaren könnte. Er hat mir wiederholt die Versicherung gegeben, daß die Sache in der denkbar besten Lage wäre. Er ist aufrichtig bestrebt, einen friedlichen Ausgang zu finden."

**Berlin**, den 24. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Gesandte Buchanan theilte Bismarck mit, daß die dänische Regierung nach den letzten Nachrichten, welche der dänische Gesandte in Berlin von Quaade erhalten, beabsichtige, dem Bunde eine Antwort zu geben, welche in keiner Weise einen provokatorischen Charakter an sich trage. Die englische Regierung sei mit Bismarck darin ganz einverstanden, daß kein Theil des in Holstein und Lauenburg aufgebrachten Geldes verwandt werden könne für die allgemeinen Ausgaben der dänischen Monarchie ohne die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren in den Herzogthümern. Wiewohl die englische Regierung der Ansicht sei, daß Dänemark nicht ablehnen könne, diesen Punkt zuzugeben, so glaube sie doch, daß die von dem Bunde nach Kopenhagen geschickte Botschaft, mit welcher der dänischen Regierung dessen Beschluß vom 1. Oktober mitgetheilt wurde, die Exekution androht, wenn Dänemark nicht der Bundesversammlung in Bezug auf die allgemeine Verfassung der dänischen Monarchie Genugthuung gebe. Dies sei aber eine Frage, welche nach Ansicht der englischen Regierung nur den Gegenstand von Unterhandlungen zwischen dem Bundestag und dem König von Dänemark bilden könne; der Herzog von Holstein habe keine Macht, in dieser Beziehung Konzessionen zu machen. Nach Ansicht der englischen Regierung sei von Dänemark nicht zu erwarten, daß es dem Verlangen Deutschlands in dieser Beziehung nachgebe; vielmehr sollten beide Fragen von Deutschland getrennt werden, und da Preußen augenscheinlich die Ansicht der englischen Regierung theile, so solle es (Preußen) die Unterhandlungen unterstützen, welche die englische Regierung mit dem Bundestage in Frankfurt eröffnet habe.

Bismarck erwiderte: Das, was Herr Buchanan ihm von der Ansicht der englischen Regierung bezüglich der Nothwendigkeit der Trennung der beiden Fragen gesagt habe, sei ganz seine Ansicht; er könne jedoch nicht zugeben, daß Dänemark von dem Bundestage mit einer Exekution gedroht worden sei, um bezüglich der allgemeinen Verfassung der dänischen Monarchie Genugthuung zu erlangen. Die Beschlüsse des Bundestages hätten bisher alle zwischen Dänemark und Deutschland streitigen Punkte umfaßt, indes sei bezüglich der Mittel und Wege, die erforderlich sein möchten, um die Forderungen des Bundestages zu unterstützen, keine Bestimmung getroffen worden. Es habe niemals Gewißheit geherrscht, ob Unterhandlungen oder eine Exekution in Holstein genügen würden, oder ob es nicht angebracht sei, zu Feindseligkeiten gegen Dänemark überzugehen. Wenn daher am 1. Oktober beschlossen worden sei, eine Exekution eintreten zu lassen, um die Rechte der Holsteiner Bevölkerung gegen ihren Herzog zu schützen, so sei es eben nothwendig gewesen, gewisse, diese Rechte betreffende Beschlüsse des Bundestages anzuführen; niemals sei es jedoch beabsichtigt gewesen, alle Bestimmungen dieser Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, sondern nur diejenigen Theile derselben, welche die Be-

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 24. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1134. S. 270.

ziehungen des Herzogs von Holstein zu seinen Unterthanen betreffen. Alle Mißverständnisse, die etwa in Bezug auf diesen Gegenstand obgewaltet hätten, würden jetzt durch die Antwort beseitigt werden, welche der Bundestag auf die von Russell an Alexander Malet unterm 29. September gerichtete Note zu geben beschlossen habe. Wenn daher die dänische Regierung bereit wäre, dem Bundestage die Genugthuung zu geben, zu welcher die britische Regierung denselben für berechtigt halte, so würde kein Grund zu einer Exekution vorliegen.

Buchanan erwiderte, daß nach den aus Frankfurt vorliegenden Nachrichten der Bundestag Russells Note vom 29. September beantwortet habe und anscheinend jetzt im Begriff sei, diejenige vom 14. Oktober in Berathung zu nehmen, und er richtete gleichzeitig an Bismarck die Frage, ob derselbe den in derselben enthaltenen Vorschlag Dänemarks als einen solchen, welcher dem Bundestage in der Bundesfrage eine ausreichende Genugthuung gebe, unterstützen werde.

Bismarck bemerkte darauf: Er ziehe vor, über diesen Gegenstand sich nicht zu äußern, bis er vollständiger übersehen könne, wie weit der dänische Vorschlag der Holsteiner Bevölkerung den Genuß ihrer verfassungsmäßigen Rechte sichern würde.

Hierauf richtete Buchanan an Bismarck die Frage, ob Russells Note vor der am 27. Oktober erfolgenden Uebergabe der Antwort auf die Botschaft des Bundestages nach Kopenhagen beantwortet werden würde und ob, wenn dies der Fall wäre, der Bundestag möglicherweise Einwendungen dagegen erheben würde, in dieser Antwort zu konstatiren, daß, wenn es nach dem Vorschlage Dänemarks in der Absicht liege, der gesetzgebenden Gewalt von Holstein und Lauenburg völlige Kontrolle über die Einkünfte der Herzogthümer zu sichern, der Bundestag zu dessen Annahme bereit sein würde.

Bismarck antwortete: Für den Fall, daß der Vorschlag keine Annahme finde, könne man vielleicht sagen, daß, „wenn derselbe der gesetzgebenden Gewalt der Herzogthümer völlige Kontrolle über ihre Ausgaben und ihre Gesetzgebung zugesichert hätte, er hätte angenommen werden können," jedoch sei er, wie er wiederholt bemerke, noch nicht vorbereitet, über diesen Gegenstand zu sprechen, und er glaube, daß der Bundestag einen gewichtigen Einwand dagegen erheben würde, die Initiative zu ergreifen und die Art der Genugthuung festzustellen, welche er von Dänemark annehmen wolle, da es die Pflicht des Herzogs von Holstein sei, in der Antwort auf seine Botschaft dem Bundestage die Genugthuung zu geben, zu welcher Russell denselben für berechtigt halte.

**Berlin**, den 27. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Gelegentlich eines Besuches des englischen Botschafters Buchanan bei Bismarck bemerkte der Erstere, daß, wenn der Bundestag unter Ablehnung des dänischen

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 27. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1144. S. 278.

Anerbietens, seinen Wünschen in allen Punkten zu willfahren, in welchen die für die Herzogthümer geforderte Unabhängigkeit und Gleichheit der Rechte nicht etwa bereits hinlänglich gesichert seien, jetzt die Bundesexekution vollstrecken würde, unparteiische Personen guten Grund hätten, anzunehmen, daß die Exekution andere als die angekündigten Zwecke habe und nur in Anwendung kommen solle, um Dänemark zur Annahme der Bedingungen Deutschlands in der internationalen Frage zu genügen.

Bismarck erwiderte: diese Bemerkung möge unter gewöhnlichen Verhältnissen zutreffend sein, jedoch müsse man sich vergegenwärtigen, daß der Hauptgrund, weshalb der Bundestag zu einer Exekution seine Zuflucht nehme, der sei, daß nach seiner Ansicht Dänemark mit ihm zwölf Jahre lang sein Spiel getrieben habe, indem es Versprechen gemacht, die es nicht erfüllt habe, und es sei deshalb jetzt nöthig, in Rücksicht auf das Verlangen des Bundestages eine Maßregel zu treffen, die demselben die Gewißheit gebe, daß Dänemark seine Autorität anerkenne und bereit sei, sich derselben zu unterwerfen. Der Bundestag werde demnächst, bei Empfang der dänischen Deklaration, die Regierung auffordern, auf den von dem Bundesgebiet zu dem Normalbudget geleisteten Beitrag bis zur schließlichen Beilegung der ganzen Frage zu verzichten, und wenn die dänische Regierung sich weigere, so werde es unmöglich sein, die Exekution zu verhindern.

Auf den Einwand Buchanans, daß es eine Bedrückung wäre, wenn man Dänemark der Mittel beraubte, Holsteins Antheil an der Staatsschuld, für welche die Kopenhagener Regierung hafte, zu erhalten, gab Bismarck zu verstehen, daß ohne Rücksicht auf die Unbequemlichkeiten, die Dänemark daraus erwachsen möchten, es durchaus nothwendig sei, die Einkünfte aus dem Bundesgebiet unter völlige Kontrolle seiner eigenen gesetzgebenden Faktoren zu stellen, bevor etwa der Versuch gemacht würde, den Bundestag zu bewegen, daß er die internationale Frage einer Vermittelung unterbreite.

**Berlin**, den 28. Oktober 1863. Unterredung mit dem dänischen Gesandten v. Quaade in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der dänische Gesandte von Quaade hatte von Kopenhagen die Mittheilung erhalten, Dänemark könne kaum gedrängt werden, auf das Normalbudget zu verzichten, wenn der Bundestag dies nicht verlange und theilte dieselbe alsbald Bismarck mit. Letzterer bemerkte zu Quaade, er betrachte den Verzicht auf den Beitrag Holsteins zu dem allgemeinen Staatsbudget als conditio sine qua non der Annahme der dänischen Antwort.

Der englische Gesandte Buchanan besuchte alsbald darauf auch Herrn v. Bismarck und überzeugte sich, daß es vergebliche Mühe sei, denselben zu einem Wechsel

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 30. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1144. S. 278.

seiner Ansicht über die Nothwendigkeit irgend einer thatsächlichen Konzession seitens Dänemarks zu bestimmen.

Berlin, den 28. Oktober und 3. November 1863. Unterredungen mit dem dänischen Gesandten v. Quaade in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Die Besprechungen betrafen die Möglichkeit der Abwendung der Exekution durch dänische Zugeständnisse für Herstellung eines annehmbaren Provisoriums. Unter diesen Zugeständnissen nahm der thatsächliche Verzicht der dänischen Regierung auf alle Verwendung irgend welcher holsteinischen Einkünfte zu gemeinsamen Ausgaben der Monarchie, eingeschlossen das ganze Normalbudget, die erste Stelle ein. — Dieser Verzicht war, mit der Voraussetzung, daß Holstein verpflichtet bleibe, einen künftig zu bestimmenden Theil an der Staatsschuld zu tragen, durch die von Kopenhagen nach Berlin gelangten Aeußerungen in Aussicht gestellt. Die Verhältnisse Schleswigs in der neuen Verfassung wurden bei den Besprechungen Bismarcks mit Quaade nicht berührt; sie konnten um so weniger berührt werden, da nach den damaligen englischen Vorschlägen dieselben einer ferneren internationalen Verhandlung vorbehalten bleiben sollten.

Berlin, den 29. Oktober 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der englische Botschafter Buchanan begab sich zu Bismarck, um ihm die Mittheilung zu machen, daß, obwohl die dänische Regierung Holsteins Antheil an dem Normalbudget nicht aufgeben könne, wenn der deutsche Bundestag nicht ein bezügliches Verlangen an sie stelle, sie einem solchen Verlangen doch willfahren würde, sofern Holstein seinen Antheil an der Staatsschuld übernehme, und daß sie inzwischen ihren Gesandten in Frankfurt angewiesen habe, dem Bundestage zu erklären, daß Dänemark Russells Vorschlägen für die Erledigung der internationalen Frage im Wege der Vermittelung beigetreten sei.

Nachdem Buchanan dem Ministerpräsidenten hiervon Mittheilung gemacht und dargelegt hatte, daß Dänemark seinen Wünschen in betreff des Normalbudgets nachgekommen sei, und ihm die Bedingungen genannt hatte, unter welchen Dänemark darein willigen wolle, Holsteins Antheil an dem Normalbudget aufzugeben, sagte Bismarck, daß man sich zuvörderst vergewissern müsse, welche Theile der dänischen Schuld füglich Holstein aufgebürdet werden könnten, und daß dies nur zur Uebernahme eines Theils der bezüglichen Schulden herangezogen werden könnte.

Schließlich erklärte sich Bismarck bereit, den Bundestagsgesandten von Sydow zu benachrichtigen, er habe infolge einer Anfrage, welche er durch Buchanan nach

[1] „Nat.-Ztg.“ Nr. 580 vom 12. Dezember 1863. (Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“)

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 30. Oktober 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1144. S. 278.

Kopenhagen gerichtet, Grund zu glauben, daß Dänemark einem seitens des Bundestages an dasselbe gestellten Verlangen, es solle Holsteins Antheil an dem Normalbudget unter der Bedingung aufgeben, daß das Herzogthum seinen Antheil an der Staatsschuld übernehme, nachkommen werde, auch wolle er Herrn von Sydow anweisen, dem Ausschuß zu empfehlen, daß er diese Auskunft als einen Beweis der Aufrichtigkeit der in der dänischen Antwort enthaltenen Versprechungen, den Wünschen des Bundestages zu willfahren, ersehe.

Demnächst machte Buchanan Herrn von Bismarck mit dem Inhalt eines Telegrammes bekannt, welches er von Sir Augustus Paget[1] erhalten hatte, des Inhalts, daß der dänische Gesandte in Frankfurt angewiesen werden würde, auf etwaige Anfrage eine Erklärung bezüglich der Geneigtheit seiner Regierung, den Wünschen des Bundestages zu willfahren, abzugeben, daß er jedoch nicht angewiesen werden würde, über den Gegenstand eine bestimmte Erklärung abzugeben, bis ein förmliches Verlangen des Bundestages nach Kopenhagen gerichtet worden wäre.

Buchanan übergab demnächst dem Ministerpräsidenten ein den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen kurz erläuterndes Memorandum.[2] Bismarck erkannte die Richtigkeit desselben an, fügte jedoch hinzu, möglicherweise werde es Schwierigkeiten geben, denn wenn eine Majorität in dem Ausschusse des Bundestages in einem formellen Punkte sich weigere, Erklärungen von Herrn von Sydow oder eine Mittheilung entgegenzunehmen, welche ihm nicht vom Bundestage zugehe, so wäre derselbe dazu berechtigt.

---

[1] Der englische Gesandte in Kopenhagen.

[2] Dasselbe lautet:

Berlin, den 30. Oktober 1863.

Sir Andrew Buchanan theilte Sir Augustus Paget durch Telegramm vom 29. d. M. mit, daß Herr von Bismarck Schritte thun werde, den Ausschuß des Bundestages zu Frankfurt davon in Kenntniß zu setzen, daß, wenn der Bundestag die dänische Regierung aufforderte, zu den allgemeinen Ausgaben der dänischen Monarchie ohne Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren von Holstein und Lauenburg irgend einen Theil der Einkünfte der Herzogthümer, gleichviel, ob unter der Bezeichnung des Normalbudgets oder unter einem anderen Namen, zu verwenden, dieselbe dem Verlangen des Bundestages entsprechen werde, unter der Bedingung, daß die Herzogthümer Holstein und Lauenburg ihren Antheil an der Staatsschuld übernehmen; ferner benachrichtigte Sir Andrew Buchanan Sir Augustus Paget, daß Herr von Bismarck dem Ausschusse des Bundestages empfehlen werde, diese Auskunft als einen Beweis der Aufrichtigkeit des in der Antwort der dänischen Regierung enthaltenen Versprechens anzusehen, daß sie den Wünschen des Bundestages in jedem Punkte willfahren werde, in welchem die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Bundesgebietes als bereits hinlänglich gesichert nicht angesehen werden können. Als Antwort auf diese Mittheilung empfing Sir Andrew Buchanan von Sir Augustus Paget am 30. d. M. ein Telegramm des Inhalts, daß die dänische Regierung die geforderten Zugeständnisse machen werde und daß unverzüglich dem dänischen Gesandten zu Frankfurt die erhofften Weisungen zugehen werden, daß er auf etwaige Anfrage erkläre, seine Regierung sei geneigt, den Ansichten des Bundestages bezüglich des Normalbudgets zu willfahren, daß derselbe jedoch nicht angewiesen werden würde, eine bestimmte Erklärung über den Gegenstand abzugeben, bis ein förmliches Verlangen an dieselbe im Auftrage des Bundestages gestellt wird.

**Berlin**, den 2. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan theilte Bismarck bei Gelegenheit eines Besuches seine eigenen telegraphischen Nachrichten aus Kopenhagen über den Stand der dänischen Frage und auch jene des dänischen Gesandten Herrn v. Quaade mit. Nach seinen eigenen Nachrichten würde der dänische Minister in Berlin sowohl wie der dänische Minister in Frankfurt Auftrag erhalten, wenn sie zu Erklärungen über das Normalbudget aufgefordert würden, die Bereitwilligkeit der dänischen Regierung zur Einwilligung in jede Forderung auszudrücken, welche der Bundestag zwecks Abschaffung des Normalbudgets stellen würde.

Bismarck erwiderte, die Mitglieder des Ausschusses der Bundesversammlung schienen nicht willens zu sein, irgend eine Erklärung Dänemarks als befriedigend anzusehen, welche nicht auf klare Weise die von der Bundesversammlung durch den Beschluß vom 1. Oktober verlangten Konzessionen gewähre.

**Berlin**, den 3. November 1863. Unterredung mit dem dänischen Gesandten von Quaade in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der dänische Gesandte von Quaade besuchte Herrn von Bismarck und las demselben im Auftrage seines Ministers die Depesche des Letzteren vom 31. Oktober vor.

Bismarck, zuerst geneigt, darüber zu spötteln, daß Dänemark, wie er dies bezeichnete, mit einer Hand biete, was es mit der andern wieder wegzunehmen vorschlage, räumte später ein, daß Holstein natürlich die Kosten der Verwaltung und der militärischen Anlagen des Herzogthums zu tragen habe und daß, wenn die Entscheidung über den Betrag der für diese Zwecke erforderlichen Ausgaben den Ständen überlassen werde, keine Einwendung dagegen erhoben werden könnte. Indessen sei die Stimmung des Ausschusses der Bundesversammlung gegen jedes Kompromiß bezüglich der von Dänemark verlangten Genugthuung.

**Berlin**, anfangs November 1863. Unterredung mit dem Geh. Legationsrath Abeken, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[3]

Nach einer von Geffcken an Theodor von Bernhardi gemachten Mittheilung soll Bismarck die ganze Angelegenheit, betr. die Herzogthümer, dem Geh. Leg.-Rath Abeken, seinem ersten diplomatischen Hülfsarbeiter, übergeben und ihm dabei gesagt haben: „Machen Sie damit, was Sie wollen, nur sorgen Sie dafür, daß kein Krieg daraus wird!“

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 2. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1149. S. 286.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 7. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1149. S. 286.

[3] Theodor v. Bernhardi, Bd. V, S. 139.

Berlin, den 5. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Bismarck sagte zu Buchanan, es sei erwünscht, daß ein bestimmtes Anerbieten zur Vermittelung nach Frankfurt gelange, da der Ausschuß der Bundesversammlung nicht geneigt sein möchte, so deutlich oder so günstig über die Anregung einer Inanspruchnahme der guten Dienste der neutralen Mächte zu berichten, als wenn ein förmliches Vermittelungsanerbieten dem Ausschusse zur Aeußerung vorliege. Nach dem, was er (Bismarck) über die Ansichten der Bundesversammlung gehört habe, glaube er, daß die alleinige Vermittelung Englands schneller angenommen werden würde, als die Vermittelung der nichtdeutschen Mächte, welche den Vertrag von London unterzeichnet haben. Unter diesen Umständen richtete er an Buchanan die Anfrage, ob die englische Regierung nicht geneigt wäre, eine weitere Depesche an Sir Alexander Malet zu richten, in welcher sie darlege, daß die dänische Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt habe, die internationalen Streitigkeiten zwischen Dänemark und Deutschland der Vermittelung Englands zu unterbreiten. In der Ueberzeugung, die Bundesversammlung wünsche gleich Dänemark eine freundschaftliche Lösung dieser internationalen Streitigkeiten, biete jetzt die englische Regierung ihre Vermittelung der Bundesversammlung an; sie hoffe, die Bundesversammlung werde im Falle der Annahme der Vermittelung es für rathsam erachten, das von Bundes wegen gegen den Herzog von Holstein und Lauenburg auf Grund der Beschwerden der Bevölkerung der Herzogthümer eingeleitete Verfahren zu suspendiren, um den internationalen Verhandlungen freien Spielraum zu gewähren und um den Fortgang der Vermittelung in der internationalen Frage nicht durch gleichzeitiges Vorgehen von seiten der Bundesversammlung auf dem Bundeswege zu erschweren oder zu verhindern.

Bismarck erachtete ferner eine Konstatirung Russells dahin für nützlich, die englische Regierung wisse aus Kopenhagen, oder dürfe wenigstens annehmen, daß die dänische Regierung geneigt sei, auf Verlangen eventuell in Zukunft den Beitrag Holsteins zu den allgemeinen Kosten der Monarchie, bisher als Normalbudget bezeichnet, den Ständen des Herzogthums zur Genehmigung vorzulegen; Ihrer Majestät Regierung hoffe, dieses Zugeständniß werde von der Bundesversammlung als ein Beweis der Nachgiebigkeit des Herzogs von Holstein gegen die Autorität der Bundesversammlung in Bundesangelegenheiten und als ein Unterpfand dafür angesehen werden, daß Verhandlungen, welche zwischen der Bundesversammlung und dem Souverän von Holstein über diesen Theil der Frage eingeleitet werden sollten, zu einem befriedigenden Ergebniß führen würden.

Buchanan erwiderte Bismarck, daß er nicht verfehlen würde, seine Bemerkungen dem englischen Minister des Aeußern durch den wöchentlichen Kurier am nächsten Sonnabend mitzutheilen; da indessen Bismarck es als wichtig bezeichnete, daß, wenn

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 5. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1148. S. 284.

Lord Russell seine Anregung annehme, die Depesche des Letzteren an Sir Alexander Malet, wenn möglich, am nächsten Montag oder wenigstens am nächsten Dienstag nach Frankfurt befördert würde, so daß sie vor Erstattung des Berichts des Ausschusses am Donnerstag, dem 12. desselben Monats, in den Händen des Vorsitzenden der Bundesversammlung sein könne, so hielt es Buchanan für angemessen, seinen Bericht durch einen Spezialboten nach Calais zu befördern.

Berlin, den 8. November 1863. Unterredung mit dem französischen Gesandten Talleyrand, betr. den vom Kaiser Napoleon proponirten Kongreß aller Souveräne.[1]

Bismarck bemerkte dem französischen Gesandten bei Besprechung der Pariser Kongreßeinladung, er persönlich sei ganz einverstanden; wäre man noch im Januar dieses Jahres, so hätte er dies auch amtlich auf das Eingehendste zusichern können; seitdem aber habe Frankreichs Verhalten in der polnischen Sache dem Könige Anlaß zur Beunruhigung gegeben, doch hoffe er auf baldige Herstellung des Vertrauens; zunächst habe Preußen kein eigenes Interesse für den Kongreß, aber auch überall keinen Grund gegen dessen Zustandekommen.

Preußen lehnte indessen später (18. November) die Einladung zur Pariser Konferenz ab.

Berlin, den 14. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[2]

Der englische Botschafter Buchanan hatte von Lord Russell eine Depesche erhalten, worin der englische Minister des Auswärtigen Buchanan über die Gründe verständigte, aus welchen die englische Regierung zu der Entschließung gelangt war, daß es für sie nicht rathsam sei, der Bundesversammlung in Frankfurt irgend weitere Vorschläge zu machen, um von Deutschland die Folgen abzuwenden, welche ein Beharren bei der jetzigen Behandlung der holsteinischen Angelegenheit Deutschland zu bringen droht; die englische Regierung wollte sich allen Ereignissen gegenüber passiv verhalten, sofern nicht die Regierungen von Oesterreich und Preußen gemeinsam sie ersuchten, der Bundesversammlung einen neuen Vorschlag zu machen, und die Unterstützung dessen mit ihrem ganzen Einflusse in Frankfurt bewirken würden. Buchanan las die Depesche Bismarck vor.

Der Letztere bemerkte, die englische Regierung schiene über die Stellung der preußischen Regierung zu dieser Frage nicht genau unterrichtet worden zu sein. Die letztere habe sich nothwendigerweise den anderen Bundesregierungen bei der Anordnung der Exekution angeschlossen und würde auch verpflichtet sein, dieselbe durch preußische Truppen zu unterstützen, wenn die kleinen hannoverschen und sächsischen

---

[1] Sybel, Bd. III. S. 146.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. Berlin, den 14. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1158. S. 293. Kohl setzt in den Bismarck-Regesten das falsche Datum 13. November 1863.

Korps zur Ausführung des Bundestagsbeschlusses vom 1. Oktober in Holstein einrückten und auf Widerstand seitens der dänischen Regierung stießen. Preußen könnte daher, da es bereit wäre, seinen Bundespflichten nöthigenfalls nachzukommen, die Exekution lediglich abwenden, wenn es die Bundesversammlung veranlaßte, die Erklärung der dänischen Regierung hinsichtlich des Normalbudgets als einen Beweis für die Aufrichtigkeit der in der dänischen Antwort auf den Beschluß des Bundestags vom 1. Oktober enthaltenen Versicherungen in freundliche Erwägung zu ziehen. Selbst in diesem Punkte würde viel von der in der dänischen Mittheilung gebrauchten Sprache abhängen; wenn diese nicht so wäre, wie sie beide sie für genügend angesehen hatten, würde er (Bismarck) sich veranlaßt fühlen können, gegen die Antwort Einwendungen zu machen, ohne in irgend einer Weise seine Verpflichtungen gegen Buchanan zu verletzen, er wolle der Bundesversammlung gegenüber nicht erklären, daß Dänemark mit dem, was es zu thun verspreche, alles thue, was die Versammlung von ihm verlangen könne; das aber, was Dänemark, wie er hoffe, thun werde, könnte als ein Beweis seiner Aufrichtigkeit und als ein Unterpfand dafür betrachtet werden, daß, wenn die Bundesversammlung die Exekution suspendire und hernach mit Dänemark über die Rechte Holsteins in Unterhandlungen eintrete, Dänemark allen billigen Ansprüchen, welche die Bundesversammlung erheben würde, nachkommen werde.

Hierauf stellte Buchanan an Bismarck die Frage, welche Aussicht nun vorhanden sei, daß Oesterreich und Preußen die Bedingungen erfüllten, von denen Lord Russell eine neue Aktion der englischen Regierung in dieser Frage abhängig gemacht habe.

Bismarck erwiderte, daß er nur für Preußen sprechen könne. Alles was er sagen könne, sei, daß, wenn Lord Russell mit der in der Depesche vom 5. d. M. gegebenen Anregung einverstanden gewesen wäre und genau in dem Wortlaut der Depesche an Sir Alexander Malet geschrieben und auf diese Weise die Sache von neuem in einer Form vor die Bundesversammlung gebracht hätte, welche Bismarcks Meinung nach den Einwendungen gegen die frühere aus Kopenhagen durch Herrn von Sydow überbrachte Mittheilung zuvorgekommen wäre, die preußische Regierung bereit gewesen sei, ihre Stimme zu Gunsten des Vorschlages abzugeben und denselben mit ihrem ganzen Einflusse zu unterstützen; Bismarck bat den Botschafter, zu berichten, daß, wenn die englische Regierung ihre Entschließung in erneute Erwägung ziehen und auf seine Anregung eingehen wolle, das Anerbieten der Vermittelung von Preußen unterstützt werden würde. Er hoffe nicht, daß Preußen allein stehen werde, glaube vielmehr sicher, daß Preußen eine Majorität in der Bundesversammlung für sich haben werde.

Im Laufe des Gesprächs lenkte Bismarck noch die Aufmerksamkeit Buchanans auf den von dem Minister Hall im dänischen Reichstage kürzlich gestellten Antrag, nach welchem die neue schleswig-dänische Verfassung am nächsten 1. Januar in Kraft treten solle; Bismarck meinte, daß, wenn Dänemark einen solchen Beschluß

aufrecht erhalte, die Vermittelung eine Spielerei sei, denn jener Beschluß präjudizire die Schleswigfrage oder den Hauptpunkt, für welchen die Vermittelung verlangt würde. Er glaubte, daß die Aufrechterhaltung des status quo von Dänemark als eine unerläßliche Vorbedingung für jede Vermittelung zur Beilegung dieser lange schwebenden Frage verlangt werden müsse.

Buchanan erwiderte, er müsse zugestehen, daß Gründe für diese Ansicht sprächen, er hoffe aber, Bismarck würde nicht auf einem Punkte bestehen, auf welchen Dänemark wahrscheinlich nicht eingehen würde, und welcher nicht absolut von wesentlicher Bedeutung für die Erreichung billiger Garantien für Schleswig sei, die Deutschland mit Recht für letzteres verlangen könne.

## Drittes Kapitel.

### Vom Ausbruch der schleswig-holsteinischen Wirren bis zum Abschluß des Friedens mit Dänemark.

(15. November 1863 bis 1. August 1864.)

Berlin, den 16. (?) November 1863. Unterredung mit dem dänischen Gesandten von Quaade, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Als der dänische Gesandte von Quaade zu Bismarck kam, um denselben die Publikation des neuen dänischen Grundgesetzes, betreffend die Einverleibung der Herzogthümer Schleswig-Holstein in die dänische Monarchie, amtlich zu notifiziren, kam ihm Bismarck, sowie er den Mund öffnete, zuvor mit den Worten: „Schweigen Sie! ich will es nicht wissen, denn wenn ich es weiß, muß ich Balan abrufen aus Kopenhagen."

Berlin, den 17. November 1863.[2] Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[3]

Der englische Botschafter Buchanan las Bismarck bei Gelegenheit eines demselben gemachten Besuches im Auftrage Lord Russells die Depesche des Letzteren vom 13. November 1863 vor, worin der englische Minister erklärte, die englische Regierung könne sich nicht einer zweiten Zurückweisung ihres Vermittelungsvorschlages

---

[1] Bernhardi, Bd. V. S. 17. Mit Herrn von Quaade, welchem die undankbare Aufgabe zufiel, während der ganzen schleswig-holsteinischen Verwickelung die Sache Dänemarks in Berlin zu vertreten, hatte Bismarck niemals einen persönlichen Konflikt. Quaade war ein vorsichtiger, fast ängstlicher Herr, der sich Bismarck gegenüber sehr klein vorkam, und dem der Berliner Posten viel zu lieb war, als daß er denselben durch die kleinste Unvorsichtigkeit hätte auf das Spiel setzen wollen. Schade für ihn, daß er für die Fehler, welche die dänischen Staatsmänner in Kopenhagen begangen haben, zu leiden hatte.

[2] Der Bericht Buchanans ist vom 19. November datirt; nach dem Inhalt ist anzunehmen, daß die Unterredung etwa zwei Tage früher stattgefunden.

[3] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 19. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1174. S. 308.

aussetzen; es würde auch nicht genügen, daß Preußen den Vorschlag Großbritanniens unterstütze oder daß die Bundesversammlung Bedingungen zur Genehmigung vorschlage, welche Dänemark zurückweisen würde.

Berlin, den 19. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter besuchte vormittags Bismarck und theilte demselben ein Telegramm des Lord Russell mit, demzufolge England bereit sei, seine Vermittelung in der dänisch-deutschen Streitfrage anzubieten, wenn dasselbe versichert sein könnte, daß die Annahme derselben eine Aussicht habe.

Bismarck bemerkte bei diesem Anlasse, er habe kein Vertrauen darauf, daß eine Vermittelung angenommen werde, nicht allein, weil viele Mitglieder der Bundesversammlung zu Gunsten der Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg auf die Herzogskrone von Holstein sich ausgesprochen hätten, sondern auch, weil der König von Dänemark durch seine Zustimmung zu der neuen Konstitution für Schleswig-Holstein die Lage Oesterreichs und Preußens sowie der anderen Staaten, welche die Integrität der dänischen Monarchie aufrecht zu erhalten wünschen mochten, innerhalb der Bundesversammlung geschwächt habe; Bismarck bezeichnete den Akt des Königs als eine förmliche Erklärung an Deutschland, daß er mit dem Entschluß auf den Thron gestiegen sei, die von seiner Regierung mit dem Deutschen Bunde eingegangenen Abmachungen mit Verachtung zu behandeln.

Buchanan erwiderte darauf, er sähe nicht ein, inwiefern die Lage geändert sei, und welchen Unterschied es ausmachen könne, ob die gemeinsamen Angelegenheiten von Schleswig und Dänemark nach der alten oder nach der neuen Konstitution behandelt würden, da der Grundsatz, auf dem beide beruhten, soweit das Königreich und Schleswig davon betroffen würden, beinahe derselbe sei; wenn Bismarck aber meine, daß die Ansprüche des Prinzen von Augustenburg die Lage der Dinge geändert hätten und daß in der Folge eine Exekution stattfinden könne, so werde die Frage viel ernster, da der König von Dänemark dann wahrscheinlich der Exekution Widerstand leisten werde, um seine im Vertrage von 1852 anerkannten Rechte auf die Thronfolge in Holstein und als gesetzlicher Vertreter der Ansprüche des Kaisers von Rußland als Prinzen von Holstein-Gottorp zu vertheidigen. Da der Krieg deshalb unvermeidlich werden könne, so erscheine es Buchanan, daß, wenn eine Vermittelung vor dem Tode des zuletzt verstorbenen Königs von Dänemark angebracht gewesen sei, dies jetzt noch viel mehr der Fall wäre. Dem sei aber wie ihm wolle, Bismarck habe ihn aber kaum drei Tage vorher ersucht, die britische Regierung zu drängen, daß sie ihre Vermittelung in Frankfurt anbiete, und nachdem Lord Russell ihn in Erwiderung auf seine Vorstellungen unterrichtet habe, daß die englische Regierung bereit dazu sei, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß ihr Anerbieten ange-

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 19. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1174. S. 308.

nommen werden würde, so wünsche er zu wissen, was er seiner Regierung auf diese Mittheilung berichten solle.

Bismarck erwiderte, wenn die Vermittelung angeboten sei, werde Preußen für die Annahme derselben stimmen und plädiren, damit die Bundesversammlung dieselbe noch jetzt annehme. Er hoffe daher, die englische Regierung werde sich durch die Furcht vor einer Abweisung nicht davon zurückschrecken lassen, das Anerbieten zu stellen, obgleich er unter den gegenwärtigen Umständen nicht dasselbe Vertrauen wie wenige Tage früher dazu habe, daß das Anerbieten angenommen werden würde.

Berlin, den 20. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan las Bismarck die Russellsche Depesche vom 18. November vor, wonach die englische Regierung aus gewissen, daselbst angegebenen Gründen sich bereit erklärte, ihre Vermittelung in Frankfurt anzubieten, wenn Aussicht zu deren Annahme vorhanden sei. Russell hatte darin auch gesagt, daß er in dieser Hinsicht den englischen Gesandten in Frankfurt a. M. beauftragt habe, bei dem Präsidenten der Bundesversammlung und bei den Gesandten von Bayern und Preußen sich zu vergewissern, ob die Bundesversammlung geneigt sein würde, die bloße Vermittelung Großbritanniens in den internationalen, zwischen Dänemark und Deutschland jetzt schwebenden Streitfragen,

1. betreffend die Beziehungen des Herzogthums Schleswig zu dem Königreich Dänemark und dem Deutschen Bunde, und
2. betreffend die Lage Holsteins zur dänischen Verfassung,

anzunehmen.

Bismarck erwiderte, die Einbeziehung Preußens in die erste von Lord Russell gestellte Frage wäre ein Irrthum.

Hierauf bemerkte Buchanan, er könne natürlich nicht wagen, an dem Texte der Depesche des englischen Ministers etwas zu ändern, Preußen scheine aus Mißverständniß wegen seines Antheils an den Ereignissen von 1848 und der folgenden Jahre erwähnt worden zu sein. Wenn Bismarck keine anderweiten Einwendungen gegen die von Lord Russell aufgestellte Basis habe, so könnte der Irrthum berichtigt werden; er nähme an, Bismarck werde ohne Verzug Herrn von Sydow in Frankfurt a. M. beauftragen, daß er Sir Alexander Malets Erkundigungen günstig beantworte und seine österreichischen und bayerischen Kollegen zu veranlassen suche, das Gleiche zu thun.

Darauf entgegnete Bismarck: Ob Preußen weise gethan, den Vertrag zu unterzeichnen oder nicht, es werde an demselben festhalten, mehr aber könne es für eine Macht nicht thun, welche wie Dänemark gegen Deutschland gehandelt habe, und der König von Dänemark würde nun aufgefordert werden, die von ihm gegen Deutsch-

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 21. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1175. S. 309.

land eingegangenen Verbindlichkeiten strikte zu erfüllen. Der Gesandte von Sydow werde beauftragt werden, für die Zulassung des dänischen Gesandten zu den Sitzungen der Bundesversammlung zu stimmen. Wenn die Vermittelung nicht eintrete, werde die Exekution sogleich zur Ausführung gelangen; der preußische Militärkommissar werde noch denselben Abend nach Frankfurt abgehen, um mit seinen sächsischen und hannoverschen Kollegen Maßregeln zur Unterstützung der sächsischen und hannoverschen Truppen für den Fall zu verabreden, daß die mit der Ausführung des Bundestagsbeschlusses vom 1. Oktober betrauten Korps auf Widerstand stoßen sollten.

**Berlin, den 22. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.**[1]

Buchanan theilte Bismarck zunächst den Inhalt einer Depesche von Lord Russell mit, wonach der Letztere, nachdem er das Bedauern der englischen Regierung darüber ausgesprochen, daß die Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg vor die Bundesversammlung in Frankfurt gebracht und einem Ausschusse zur Prüfung überwiesen worden seien, den Gesandten davon in Kenntniß setzte, daß die strenge Beobachtung des Londoner Vertrages von 1852 der einzige Weg sei, den die englische Regierung diesem Vorfall gegenüber innehalten könne; dieselbe erwarte, daß die Mächte, welche ursprüngliche Theilnehmer des Vertrages gewesen sind, sowie die später beigetretenen, bezüglich dieses Vertrages die gleiche Treue beobachten werden, welche die englische Regierung zur Richtschnur für ihr Verhalten gemacht habe.

Bismarck erwiderte hierauf: „Der Vertrag, soweit er auf Preußen Bezug hat, bildet nur einen Theil der in den Jahren 1851 und 1852 zwischen Deutschland und Dänemark stattgehabten Verhandlungen, und wenn man von dem König von Preußen erwartet, daß er die von seinem Vorfahren durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen erfülle, so muß der König von Dänemark zuerst die von seinem Vorgänger eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllen, auf welchen der Vertrag sich gründet. Indessen betrachtet sich der König als zur weiteren Beobachtung des Vertrages verpflichtet, wofern nicht der König von Dänemark durch Ausführung der Vorschriften der neuen dänischen Verfassung seinen Verpflichtungen gegenüber Deutschland in aller Form verletzen sollte."

Bismarck setzte hinzu, er habe mit dem Grafen Karolyi Instruktionen für den österreichischen und den preußischen Minister in Frankfurt verabredet, um die vorläufige Zulassung des dänischen Gesandten als Vertreter des Herzogs von Holstein in der Bundesversammlung zu erreichen, in diesen Instruktionen sei aber der Grundsatz aufrecht erhalten, daß die dänischen Verpflichtungen von 1851 und 1852 und der Vertrag von London, soweit die deutschen Mächte dabei betheiligt seien, eine

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 23. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1190. S. 321. Kohl setzt das falsche Datum 23. November 1863.

einzige Abmachung bildeten. Oesterreich und Preußen würden versuchen, die Mehrheit in der Bundesversammlung zu erlangen, das könnte ihnen aber vielleicht nicht gelingen; die Mittheilung, welche Buchanan ihm soeben gemacht habe, würde deshalb mehr Nutzen geschaffen haben, wenn sie in einer Depesche an Sir Alexander Malet behufs Uebermittelung an die Bundesversammlung enthalten gewesen wäre. Der König werde seine Verpflichtungen erfüllen, die englische Regierung möge ihren Einfluß bei denjenigen Mitgliedern des Bundes geltend machen, welche geneigt seien, ihre Zustimmung zu den Bestimmungen des Vertrages zu versagen und Oesterreich und Preußen in der Bundesversammlung in die Minderheit zu bringen.[1]

**Berlin**, ca. 23. November 1863. Unterredung mit dem hamburgischen Gesandten Geffcken, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[2]

Geffcken, welcher um 12 Uhr ein Rendezvous mit Bismarck hatte, kehrte von demselben mit dem Eindrucke zurück, derselbe gebe sich nicht einmal die Mühe, seine wirklichen Pläne irgend zu verschleiern. Während er dem Könige den Krieg mit Dänemark, und durch den Krieg Befreiung von dem Londoner Protokoll versprach, gab er Geffcken zu erkennen, daß er von Dänemark nichts wolle, als die Erfüllung der Traktate von 1851 und die Aufrechterhaltung des Londoner Protokolls.

„Die ganze Agitation für Schleswig-Holstein," bemerkte er Geffcken gegenüber, „ist nichts weiter als eine Falle, die Oesterreich und die Fortschrittspartei uns — nämlich dem gegenwärtigen Ministerium — stellen." — Man wolle die Regierung in den Krieg hineintreiben und ihr dann die Mittel zur Führung desselben vorenthalten.

Oesterreich verlange, daß man mit dem Prinzen von Augustenburg „kurzen Prozeß mache", ein Herzog von Schleswig-Holstein, wenn man ihn einsetzen wollte, könne noch dazu ein neuer Feind Preußens werden.

**Berlin**, den 22. oder 23. November 1863 nachmittags. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[3]

Der englische Botschafter Buchanan besuchte Bismarck aufs neue; Letzterer theilte dem Botschafter mit, er habe Berichte über die letzten Verhandlungen im Rigsraad erhalten, aus welchen erhelle, daß Herr von Bluhme eine Rede gehalten habe, welche Bismarcks Darlegung vollständig bestätige, daß der Londoner Vertrag für Preußen nicht bindend sein könne, wenn Dänemark die von ihm vorher gegenüber Deutschland eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe.

[1] Der russische Gesandte v. Oubril bestrebte sich, Bismarck bei den Bedingungen des Londoner Protokolls festzuhalten und sagte zu ihm: „Prenez garde! ne touchez pas au protocole de Londres!" — Buchstäblich. Bernhardi, Bd. V. S. 160 (unter 22. November 1863).

[2] Nach Bernhardi, Bd. V. S. 167.

[3] Nach Buchanans Bericht vom 23. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1190. S. 321. Nachtrag.

Berlin, den 24. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan besuchte Bismarck und theilte demselben mit, er habe von Lord Russell eine Depesche mit dem Auftrage erhalten, ihm den Hauptinhalt derselben mitzutheilen. Er habe über den Inhalt ein Memorandum[2] entworfen, welches er ihm vorlesen wolle, das halte er für die zweckmäßigste Weise, Bismarck mit den Anschauungen der englischen Regierung über den darin behandelten wichtigen Gegenstand bekannt zu machen.

Bei dem Vorlesen unterbrach Bismarck den Botschafter bei dem ersten Absatz und sagte, die im Mai erörterte Frage sei eine Bundessache, bei welcher Deutschland die Intervention einer anderen Macht nicht gestatten könne.

Buchanan erwiderte, die englische Regierung habe eine solche nicht beabsichtigt, soweit die Frage den Charakter einer Angelegenheit des Bundes gehabt haben möge, wovon er Bismarck durch Vorlesen der Depesche Lord Russells vom 27. Mai überzeugen könne, auf welche letztere der englische Minister des Aeußern in seiner gegenwärtigen Depesche ohne Zweifel Bezug genommen habe.

Nachdem das Memorandum zu Ende gelesen war, fragte Bismarck Buchanan, ob er dasselbe erhalten könne, da er gerne Theile daraus dem Könige vorlesen wolle.

Der Botschafter erwiderte, er habe keinen Auftrag dazu, er sei aber bereit alles zu thun, was dazu beitragen könnte, die Ansichten der preußischen Regierung aufzuklären; und wenn Bismarck ihm eine Feder geben wollte, damit er auf dem Schriftstück vermerken könne, daß dasselbe nur vertraulich überlassen werde, so stehe es Bismarck frei, das Schriftstück zurückzubehalten.

Bismarck las darauf Buchanan einen Bericht des Bundestagsgesandten v. Sydow vor, aus welchem hervorging, daß alle Mitglieder des Ausschusses der Bundesversammlung, mit Ausnahme der Vertreter Oesterreichs und Preußens, gegen die Zulassung des Baron Dirckinck-Holmfeld als Vertreters des Souveräns von Holstein seien; Bismarck sagte, Baron Kübeck wäre nicht beauftragt worden, für die vorläufige Zulassung des Herrn Dirckinck zu stimmen; ein von ihm, Bismarck, herrührender Vorschlag, daß er auf alle Fälle als Vertreter des Herzogs von Lauenburg zu den Sitzungen der Bundesversammlung zugelassen werde, sei aus dem Grunde ungünstig aufgenommen worden, weil der Herzog von Lauenburg keine Stimme in der Bundesversammlung besitze. Oesterreich würde aber doch wie Preußen stimmen und er, Bismarck, habe Sydow dahin instruirt, daß, wenn der Souverän von Lauenburg auch nur eine Zehntelstimme in der Bundesversammlung habe, dies auf das Recht seines Vertreters, an der Abstimmung theilzunehmen, von

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 24. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1191. S. 322.

[2] Im wesentlichen gleichlautend mit der im Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1183. S. 316 abgedruckten Depesche.

Einfluß sei, denselben aber nicht von der Anwesenheit in der Versammlung ausschließen könne. — —

Ungefähr in dieselbe Zeit wird das Gespräch fallen, das Bismarck nach der Darstellung von Sybel, Bd. III. S. 165/66 mit Buchanan führte, als dieser sich aufs neue erkundigte, ob ein englischer Vermittelungsantrag Aussicht auf Erfolg in Berlin habe. Bismarck bedauerte, daß Lord John Russell sich vor vierzehn Tagen nicht dazu hätte entschließen können; damals sei der Bund dazu bereit gewesen, was heute durch Dänemarks Wortbrüchigkeit sehr zweifelhaft geworden sei. Diese lähme aber auch Preußens Stellung zum Londoner Protokoll von 1852. Nicht ohne Schein halte man uns entgegen, daß Dänemark seine damals übernommenen Pflichten nicht erfüllt habe, wir also auch nicht mehr an das Protokoll gebunden seien. Wir seien freilich weit entfernt davon, dies als unsere Ansicht auszusprechen, hätten aber keine Mittel mehr, auf Andere in diesem Sinne einzuwirken. Was uns selbst betreffe, seien wir jedoch sehr bereit, beim Bunde für die Annahme der englischen Vermittelung zu stimmen. Sir Andrew suchte vergeblich darzuthun, daß Dänemarks Vertragsbruch gegen Schleswig Preußen nicht berechtige, sich von dem Vertrage über die dänische Integrität und Erbfolge loszusagen, und daß Preußen durch den letzteren nicht bloß Dänemark, sondern auch den Großmächten gegenüber verpflichtet sei: die Widerlegung beider Sätze war aus der näheren Betrachtung der Vorgänge von 1852 sehr leicht zu führen. „Uebrigens, wozu eine solche Erörterung?" fragte Bismarck. „Ihr erkennt an, daß die neue dänische Verfassung einen Vertragsbruch enthält, gegen den wir uns erheben müssen; unsererseits haben wir uns vom Londoner Protokoll nicht losgesagt, und sind bereit, für die Annahme Eurer Vermittelung zu stimmen; so wären wir ja einig."

Berlin, den 28. November 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan und dem russischen Gesandten v. Oubril in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter besuchte Bismarck nach dessen Rückkehr von einem Ausfluge mit dem König und theilte demselben mit, Lord Russell hoffe — einer telegraphischen Benachrichtigung zufolge —, daß eine Exekution in Holstein nicht eher stattfinden werde, als bis der König von Dänemark Zeit gehabt habe, Rathschläge anzunehmen, welche demselben von den fünf Großmächten gemacht werden möchten.

Außerdem war Buchanan von seiner Regierung die Mittheilung zugegangen, Lord Russell hoffe, daß ein Vorschlag Fürst Gortschakows, welchem die englische Regierung vollkommen zustimme, von der preußischen Regierung angenommen werden würde, wonach die fünf Signatarmächte des Londoner Vertrages Gesandte nach Kopenhagen schicken sollten, um den König zur Thronbesteigung zu beglückwünschen

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 28. November 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1212. S. 346 u. Nr. 1213. S. 348.

und der dänischen Regierung die Vornahme solcher Aenderungen der neuen Verfassung zu empfehlen, welche es Oesterreich und Preußen möglich machten, in Gemeinschaft mit den anderen Mächten an der Aufrechterhaltung der Integrität der deutschen Monarchie mitzuwirken.

Da der russische Gesandte in Berlin von einem solchen Vorschlage des Fürsten Gortschakows nichts wußte, so hatte sich Buchanan zur Beseitigung der Zweifel am 26. November brieflich an Bismarck gewendet. Der Letztere theilte nun dem englischen Botschafter mit, er habe den Brief am Morgen vor seiner Abreise von Berlin erhalten und denselben im Laufe des Tages dem Könige mitgetheilt. Seine Majestät habe ihm indessen keine Antwort gegeben und die weitere Erwägung des Vorschlages sich vorbehalten. Er (Bismarck) sei überrascht gewesen, aus dem Briefe zu ersehen, daß sich die englische Regierung der Hoffnung hingebe, daß die Exekution in Holstein unterbleiben werde, da er durch Graf Bernstorff erfahren habe, Lord Russell sei mit ihm darüber einverstanden, daß, wenn eine Exekution auf Grund der Bundesverordnung vom 1. Oktober stattfinden sollte, dieselbe alle revolutionären Bewegungen im Herzogthum verhindere und gleichzeitig bis zu einem gewissen Grade eine indirekte Anerkennung des Königs Christian als Herzog von Holstein von seiten der Bundesversammlung bilden würde.

Buchanan erwiderte, wie auch Graf Bernstorff Lord Russell verstanden haben möge, das müsse gegen die ihm ertheilten Instruktionen zurücktreten; die englische Regierung würde natürlich erwarten, daß, wenn die fünf Mächte dem König Christian Rathschläge ertheilen sollten, Seiner Majestät Zeit zur Annahme derselben gelassen werden würde; und außerdem würde es, wenn Bundestruppen Holstein besetzten, für den König von Dänemark, so gern er persönlich auch wolle, unmöglich sein, Abänderungen der dänischen Verfassung herbeizuführen, oder, wenn seine gegenwärtigen Minister mit seinen bezüglichen Wünschen nicht einverstanden wären, eine andere Regierung zu bilden.

Bismarck erwiderte, die erregte Stimmung in Deutschland mache es aber nothwendig, daß die Exekution unmittelbar jetzt stattfinde, wenn die Bundesversammlung mit der Ausführung derselben auf der alten Grundlage einverstanden sei; aber er konnte oder wollte dem Botschafter nicht erklären, wie eine solche Exekution eine Anerkennung der Souveränität des Königs von Dänemark bilden und den Schein einer Occupation vermeiden könne. Bismarck bemerkte, daß die Exekution von 6000 sächsischen Truppen vollstreckt werden würde.

Buchanan erwiderte, er habe gute Gründe, zu glauben, daß eine revolutionäre Bewegung nicht im geringsten zu erwarten sei, wenn nicht die Bundestruppen in das Herzogthum einrückten. Darauf entgegnete Bismarck, wenn Freikorps sich einzumischen versuchen und mit Verlust von der dänischen Besatzung zurückgetrieben würden, so würde die Wirkung in Deutschland bei dem derzeitigen erregten Zustande des Landes zu gefährlich sein; bei der Komplizirtheit dieser Frage sei es unmöglich, auf alle Einwürfe vorbereitet zu sein. Was Preußen zu thun gedenke,

liege im Interesse des Friedens, sollte Krieg entstehen, so müsse das hingenommen werden.

Bezüglich der Zulassung des Herrn Dirckinck-Holmfeld zur Bundesversammlung bemerkte Bismarck, daß Oesterreich und Preußen auf alle Fälle für die Zulassung desselben als Vertreters des Herzogthums Lauenburg und eventuell für die Zulassung als Vertreter des Herzogs von Holstein stimmen würden, daß der Souverän desselben aber zur Erfüllung der Verpflichtungen verbunden sei, auf Grund deren Oesterreich und Preußen sich an dem Vertrage von 1852 betheiligt hätten.

Buchanan erwähnte die Aufklärungen, welche Sir Augustus Paget ihm hinsichtlich des provisorischen Charakters, welcher der neuen dänischen Verfassung beigelegt werden müsse, gegeben habe. Darauf erwiderte Bismarck, diese Erklärungen könne ein freundlich gesinnter Diplomat acceptiren, in Deutschland würde man dafür aber bei der gegenwärtigen Stimmung des Volkes kein Verständniß haben.

Im weiteren Verlaufe der Unterredung theilte Bismarck dem englischen Botschafter mit, daß Herr Irminger, welcher von Kopenhagen unterwegs sei, um die Thronbesteigung des Königs Christian IX. von Dänemark anzuzeigen, morgen oder in den nächsten Tagen in Berlin erwartet werden könne, und daß Graf Karolyi ihn gefragt habe, wie der Genannte daselbst aufgenommen werden würde. Er habe geantwortet, daß die Sache keine Schwierigkeiten haben könnte, da König Christian auf alle Fälle als Souverän von Dänemark und Lauenburg von seiten Preußens anerkannt wäre, und daß er hoffe, es würde keine schriftliche Mittheilung an die preußische Regierung gerichtet werden, welche die letztere in die Nothwendigkeit versetze, Bemerkungen über den Anspruch Seiner Majestät auf die Souveränität von Holstein zu machen.

An dem gleichen Tage (28. November) empfing auch der russische Gesandte von Oubril Instruktionen in Bezug auf den Vorschlag des Fürsten Gortschakow, und derselbe hatte darauf mit Bismarck eine Unterredung, in welcher er den Vorschlag der preußischen Regierung zur Annahme empfahl.[1]

**Berlin**, den 4. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan zur Ankündigung der Ankunft des Lord Wodehouse.[2]

Der englische Botschafter Buchanan theilte Bismarck mit, Lord Wodehouse sei von seiner Regierung beauftragt worden, in besonderer Mission sich nach Kopen-

[1] In seinen in diese Zeit (Ende November 1863) fallenden Unterredungen mit dem König, betr. den Konflikt mit Dänemark und den Wunsch des Königs, vom Londoner Protokoll loszukommen, bemerkte Bismarck, daß auch er vom Protokoll los sein wolle, und daß sein Verfahren dazu nur die Einleitung sei; man müsse Dänemark, um sich den übrigen Mächten gegenüber zu decken, ins flagrante Unrecht setzen, es also auffordern, seine Verbindlichkeiten von 1851 zu erfüllen. Das könne es nicht, weil dazu die Zurücknahme der neuen Verfassung gehöre, und dann habe man also das Recht, sich vom Londoner Protokoll loszusagen. (Nach Holtzendorff, vgl. Bernhardi, Bd. V. S. 194.)

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 4. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1241. S. 375.

hagen zu begeben, um den König von Dänemark zu seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen und mit der dänischen Regierung die gegenwärtigen Verhältnisse der letzteren zu Deutschland zu besprechen. Lord Wodehouse werde auf seinem Wege nach Dänemark durch Berlin kommen; Buchanan sprach die Hoffnung aus, der König von Preußen werde ihm Gelegenheit gewähren, ihn denselben vorzustellen.

**Berlin**, den 5. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Einer Instruktion des Lord Russell entsprechend bemerkte Buchanan Bismarck gegenüber, die englische Regierung habe nach den Berichten von Sir Augustus Paget und den Darstellungen des Barons Carl Plessen und des Grafen Blome Grund zu glauben, daß die Bevölkerung Holsteins vollkommen ruhig sei; sie befürchte, daß, wenn die Bundesexekution zur Ausführung gelange, die jetzt im Herzogthum herrschende Ruhe gestört werden würde.

Bismarck erwiderte, seine Berichte aus Holstein und Hamburg wären nicht so befriedigend, da sogar Geistliche im Herzogthum von der Kanzel herab die Souveränität des Königs von Dänemark in Zweifel gezogen zu haben schienen. Zweitausend zu ihren Regimentern einberufene Rekruten wären nach Hamburg entflohen, wo die Anwesenheit derselben den Behörden große Sorge bereite. Durch ganz Deutschland werde für den Prinzen von Augustenburg Geld gesammelt; und während in Hamburg und verschiedenen anderen Staaten Bureaux zur Anwerbung von Leuten für die Dienste Seiner Hoheit eröffnet worden seien, würden Waffen, Uniformen und andere Gegenstände zur Ausrüstung vorbereitet. Freikorps könnten daher sehr bald in Holstein einrücken und Seine Hoheit zum Herzog von Schleswig-Holstein ausrufen.

Bismarck zweifelte nicht, daß der König von Dänemark im stande sein würde, seine Autorität gegenüber einem etwaigen derartigen Widerstande aufrecht zu erhalten; wenn aber Seine Majestät zur Anwendung von Gewalt gezwungen wäre, so würden ja zwar viele von den bei dem Zusammentreffen mit den Truppen Seiner Majestät fallenden Mitkämpfern Schleswig-Holsteins gesetzlose Abenteurer, andere aber enthusiastische junge Leute sein, deren Tod die jetzt in Deutschland herrschende Erregung bis zu einem Grade steigern würde, daß es den Regierungen unmöglich sein würde, dagegen Widerstand zu leisten.

Buchanan antwortete, wenn die englische Regierung den Regierungen von Preußen, Oesterreich und anderen Mächten die Festhaltung des Vertrages anrathe, so würde sie auch Dänemark den Rath ertheilen, alle seine Verpflichtungen gegen Deutschland zu erfüllen; es schiene ihm aber, als ob die Anwesenheit der Bundestruppen in Holstein dem König von Dänemark die Gewährung von Zugeständnissen schwerer mache, als wenn ihm nach dem Vorschlage der englischen Regierung

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 5. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1233. S. 366.

die Zeit dazu gelassen werde, die ihm von den Signatarmächten des Londoner Vertrages eventuell ertheilten Rathschläge anzunehmen.

In Bezug auf eine ihm von Buchanan in der vorigen Woche gestellten Frage, ob die gebräuchliche Aufforderung an den König von Dänemark vor dem Einrücken der Bundestruppen in das Herzogthum Holstein gerichtet werden würde, theilte Bismarck dem Botschafter mit, es schiene ihm, daß eine Exekution nicht gut stattfinden könne, ohne daß der König aufgefordert worden wäre, seine Truppen zurückzuziehen und für diejenigen des Bundes Platz zu machen. Die Mehrheit der Bundesversammlung in Frankfurt sei wahrscheinlich aus dem Grunde gegen die Ausführung der Exekution gemäß des Bundesbeschlusses vom 1. Oktober, weil eine solche Aufforderung eine indirekte Anerkennung der Souveränität des Königs in dem Herzogthum einschließen würde.

Bei diesem Anlaß kam die Sprache auch auf den Admiral Irminger, welcher bereits vor acht Tagen nach Berlin gekommen war, um dem Könige Wilhelm die Thronbesteigung König Christians IX. zu notifiziren, und welcher am 5. Dezember Berlin auf dem Wege nach Wien verlassen hatte, da der König bis dahin keinen Tag für die Audienz hatte bestimmen wollen. Irminger hatte die Absicht, auf dem Wege von Wien nach Kopenhagen in Berlin noch einmal Aufenthalt zu nehmen.

Dem dänischen Gesandten, Herrn von Quaade, gegenüber hatte Bismarck — wie es hieß — dieserhalb geäußert, der König habe keinen besonderen Anlaß, gerade dem Admiral einen Empfang zu bewilligen. Als der Ministerpräsident Buchanan gegenüber auf diesen Vorgang zu sprechen kam,[1] sagte der Letztere, er fürchte, Graf Rechberg könne in diesem Arrangement den Wunsch auf preußischer Seite erblicken, eine unpopuläre Sache von der eigenen Schulter auf Oesterreichs Schultern abzuschieben, was kaum mit der neuen Politik vereinbar sei, welche beide Regierungen eingeschlagen hätten. Bismarck erwiderte, daß es aber für den Kaiser von Oesterreich viel leichter sein würde, Herrn Irminger zu empfangen, als für den König von Preußen.

Berlin, den 9. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der englische Botschafter Buchanan, welcher eine Depesche des Lord Russell in Bezug auf die beabsichtigte Bundesexekution in Holstein erhalten hatte, besuchte Bismarck und sprach demselben die Anschauung seiner Regierung dahin aus, daß die Exekution nur auf diejenigen Bundespflichten sich beziehen würde, welche verletzt worden seien. Lord Russell sei auch der Meinung, daß die Bundestruppen streitige oder gemischte Gebiete an der Grenze oder bei Rendsburg nicht besetzen

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell vom 5. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1242. S. 376.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 10. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1258. S. 396.

würden; Buchanan erinnerte dabei Bismarck daran, er habe selbst einmal ihm gegenüber sich dahin ausgesprochen, daß es nicht angezeigt sei, die Exekution auf Rendsburg auszudehnen.

Bismarck erwiderte, bei der Besetzung der Grenze würden voraussichtlich keine Schwierigkeiten erwachsen, so daß jede Gefahr eines Zusammenstoßes mit den dänischen Truppen vermieden werde. Er sei aber nicht darauf vorbereitet, die Frage zu beantworten, was bezüglich Rendsburgs nothwendig sein werde.

Buchanan bemerkte hierauf, es wäre sehr unwahrscheinlich, daß die dänische Besetzung aus einer Stadt zurückgezogen werden würde, welche von Dänemark als zum Herzogthum Schleswig gehörig betrachtet werde; und die englische Regierung habe das Recht, zu erwarten, daß, während sie in Kopenhagen wegen Abwendung des Krieges verhandle, seitens der deutschen Regierungen nichts zur Provozirung desselben unternommen werde.

Darauf erwiderte Bismarck, es liege keine Nothwendigkeit vor, den Marsch der Bundestruppen nach dem Norden zu beschleunigen; die Besetzung von Rendsburg werde von dem Fortschritt der Verhandlungen in Kopenhagen und der Aussicht auf zufriedenstellende Abmachungen abhängig gemacht werden.

Buchanan lenkte sodann Bismarcks Aufmerksamkeit noch auf einen anderen Punkt; die englische Regierung habe das Vertrauen, es werde nicht gestattet werden, daß insurrektionelle Aufrufe erlassen oder die Aufsichtsrechte des Königs von Dänemark, welcher als de facto Souverän im Besitze des Landes sei, abgeschüttelt würden.

Hierauf entgegnete Bismarck, er glaube, der König werde genehmigen, daß Vorsichtsmaßregeln gegen revolutionäre Bewegungen in dem Herzogthum ergriffen werden, und er hoffe, daß von Frankfurt aus Bundesverordnungen in dieser Hinsicht ergehen würden; die Natur einer Exekution aber schließe in sich, daß die Autorität des Souveräns des besetzten Gebiets aufhöre und gänzlich auf die Beamten des Bundes übergehe, welche die Verwaltung während der Dauer der Anwesenheit der Bundestruppen führen würden.

**Berlin**, den 10. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan besuchte Bismarck, um demselben den Wink des Grafen Rechberg mitzutheilen, es möge eine Verständigung mit den Regierungen von Oesterreich und Preußen bezüglich der Vorschläge herbeigeführt werden, welche von Großbritannien, Frankreich und Rußland behufs Regelung der schleswig-holsteinischen Frage in Kopenhagen gemacht werden sollen. Die englische Regierung hoffe, daß Bismarck in der Lage sein werde, Lord Wodehouse genau darzulegen, was von Dänemark zur Erreichung der Präliminarien für eine freundliche Bei-

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 10. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1258. S. 396.

legung verlangt werde. Gleichzeitig wollte sich Buchanan vergewissern, ob Bismarck etwas über die Sache aus Wien erfahren habe.

Letzterer sagte, er habe über den Wunsch der englischen Regierung mit dem österreichischen Botschafter gesprochen und dieser habe nach Wien wegen Instruktionen telegraphirt.

Als Buchanan sich über Bismarcks Ansichten in der Sache zu vergewissern suchte, bemerkte Letzterer, wenn Lord Wodehouse die dänische Regierung nicht dazu veranlassen könne, daß das Inkrafttreten der neuen dänischen Verfassung am 1. Januar k. J. verhindert werde, so würde seine Mission nach Kopenhagen fruchtlos sein.

Darauf stellte Buchanan vor, es sei vielleicht bei dem gegenwärtigen Stande der Volksstimmung in Dänemark zu viel erwartet, daß der König die Verfassung widerrufen solle, ohne daß ihm Zeit gelassen werde, mit den leitenden Mitgliedern des Rigsraads in Verbindung zu treten und dieselben von der Nothwendigkeit einer solchen Maßregel zu überzeugen.

Hierauf entgegnete Bismarck, der König von Dänemark müsse seine Minister wechseln und andere finden, welche alles, was zur Erhaltung der Integrität der Monarchie erforderlich sei, ohne Furcht vor der öffentlichen Meinung durchführten; hätte die preußische Regierung der öffentlichen Meinung in Preußen oder einem Beschlusse des Abgeordnetenhauses nachgegeben, so müßte sie Dänemark schon den Krieg zur Unterstützung der Ansprüche des Prinzen von Augustenburg erklärt haben.

Berlin, Anfang (vor dem 11.) Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Auf eine Frage des englischen Botschafters Buchanan, wie die dänische Frage gelöst werden könnte, bemerkte Bismarck, es seien zwei Wege dazu vorhanden:

1. Eine gemeinsame Verfassung nach dem Plane Christians VIII. oder
2. Die Vereinigung des deutschen Theiles von Schleswig und Holstein mit getrennter Gesetzgebung.

Berlin, den 12. Dezember 1863. Unterredung mit dem außerordentlichen englischen Abgesandten Lord Wodehouse in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der am 11. Dezember 1863 in Berlin eingetroffene außerordentliche Abgesandte Lord Wodehouse hatte am folgenden Tage im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine lange Besprechung mit Bismarck. Wodehouse begann das Gespräch mit den Worten, daß die Königin von England geruht habe, ihm eine Sendung anzuvertrauen, deren Zweck das Bestreben sei, Mittel zu finden, um die Zerwürfnisse zwischen Deutschland und Dänemark beizulegen. Bismarck könne sich

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell vom 14. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1272. S. 410. In Kohls Bismarck-Regesten ist diese Unterredung übersehen.

[2] Nach dem Bericht Wodehouses an Russell, d. d. 12. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1264. S. 400. „Vossische Ztg." Nr. 56 vom 4. März 1864.

daher versichert halten, daß er nicht den Anwalt des einen oder andern Theils spielen würde, aber er müsse ihm rundheraus sagen, wie die englische Regierung überzeugt sei, daß, wenn Deutschland einerseits und Dänemark andererseits entschlossen wären, von ihren Prätensionen nichts fahren zu lassen, es unnütz sein würde, den Kriegsausbruch verhindern zu wollen.

Bismarck erwiderte, er wünsche so lebhaft wie irgend Jemand den Frieden aufrecht zu erhalten, aber die Volksstimmung in ganz Deutschland sei so heftig gegen Dänemark erregt, daß es der preußischen Regierung unmöglich sei, von Dänemark weniger als die vollständige Erfüllung seiner Versprechungen zu fordern. Die österreichische Regierung sehe die Sache ebenso an, und die kleinen deutschen Regierungen seien noch weniger im stande, Zugeständnisse zu machen, da in den meisten kleineren Staaten eine so starke Gährung in Bezug auf Schleswig-Holstein herrsche, daß die Fürsten jener Staaten ihren Thron gefährden würden, wenn sie den Volkswunsch bekämpfen wollten.

Wodehouse fragte darauf Bismarck, ob es mit den Prinzipien, welche bisher die Beziehungen der europäischen Staaten zu einander regiert haben, übereinstimme, daß zwei der Großmächte, die einen Vertrag mit den drei anderen Großmächten eingegangen sind, sich ohne Scheu weigern, dem Vertrage treu zu bleiben, weil der Deutsche Bund demselben nicht beigetreten sei? Wenn Oesterreich und Preußen sich als Bundesmitglieder verpflichtet glaubten, ihre Vertragsannahme von der des Bundes abhängig zu machen, so hätten sie eine Erklärung in diesem Sinne abgeben sollen, als sie den Vertrag unterzeichneten. Aus welchen denkbaren Gründen könnten Oesterreich und Preußen sich weigern, Christian IX. als König von Dänemark anzuerkennen? Der Bundestag dehne seine Prätensionen nicht auf das Königreich aus; und wenn Christian IX. nicht König sei, so möchte er (Wodehouse) gerne wissen, wen man als den König ansehen solle. Er stelle diese Frage, weil die englische Regierung erfahren habe, daß der Gesandte, der abgeschickt worden, um die Thronbesteigung des Königs anzuzeigen, in Wien nicht empfangen wurde und, wie es scheine, auch in Berlin nicht empfangen werden solle.

Bismarck bemerkte hierauf, er bedauere sehr, daß der österreichische Hof den dänischen Gesandten nicht empfangen habe; er glaube, daß der König von Preußen ihn empfangen haben würde, wenn er in Oesterreich empfangen worden wäre; aber jetzt, fürchte er, werde dies unmöglich sein, da der König von Preußen, wenn er in dieser Sache anders als Oesterreich handele, sich großer Unpopularität in Deutschland aussetzen werde. Die österreichische Regierung gehe seines Wissens so weit, zu behaupten, daß, wenn der Vertrag von 1852 fallen sollte, auch die Verzichtleistungen, kraft deren Christian IX. den Thron bestieg, ihre Gültigkeit verlieren würden, da sie erfolgt waren, um die dänischen Lande als ein Ganzes zu bewahren, und daß der Prinz von Augustenburg auf das Königreich Dänemark Ansprüche besitze, die sodann gültig werden dürften.

Das Gespräch wandte sich sodann der drohenden Bundesexekution zu, und

Wodehouse fragte Bismarck, aus welchem Grunde die Exekution jetzt stattfinden solle, nachdem Dänemark das Patent vom 30. März zurückgenommen habe.

Bismarck erwiderte, die Exekutionsgründe seien in einem Dekret des Bundestages aus dem Jahre 1858 enthalten, worin Dänemark aufgefordert ward, seine Verbindlichkeiten in Bezug auf die Stellung Holsteins in der dänischen Verfassung zu erfüllen.

Lord Wodehouse bemerkte darauf, eine Exekution sei gewiß einer Occupation vorzuziehen, obwohl keine Exekution und Occupation besser gewesen wäre; aber jedenfalls hoffe er, daß beim Einmarsch der Bundestruppen eine Proklamation ergehen werde, um die Einwohner Holsteins zur Ruhe zu ermahnen. Laut den der englischen Regierung zugekommenen Berichten sei in Holstein die Ruhe nicht gestört und es würden wohl gewiß Schritte gethan werden, damit der Prinz von Augustenburg und seine Parteigänger nicht im stande seien, Freischaren zu bilden und unter dem Schutz der Bundestruppen eine aufständige Bewegung zu organisiren.

Bismarcks Sprache über diesen Punkt erschien dem englischen Abgesandten nichts weniger als beruhigend. Er sagte, eine Proklamation, wie Wodehouse sie wünsche, werde erlassen werden, aber der Prinz von Augustenburg werde sonder Zweifel im Gefolge der Bundestruppen einziehen und die Fahne des Aufstandes zu erheben suchen. Um der Bewegung Einhalt zu thun, würde es nöthig sein, den Prinzen zu verhaften und die von ihm gebildeten Scharen mit Gewalt auseinander zu sprengen. Dies würde nicht möglich sein, ohne einen unbezähmbaren Ausbruch der Volksleidenschaft in Deutschland hervorzurufen.

Hierauf stellte Wodehouse Bismarck dringend vor, wie groß die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Dänemark sein würde, wenn man keine entscheidenden Maßregeln ergreife, und wie ungerecht es wäre, unter dem Schein einer Erzwingung von Bundesrechten die Rebellion zu schüren.

Bismarck entgegnete nur, daß er die drohende Kriegsgefahr so gut wie Wodehouse bedaure.

Der englische Abgesandte erwähnte demnächst auch des Streites über Rendsburg und sprach die Hoffnung aus, daß man Sorge tragen werde, einen Zusammenstoß mit den Dänen auf jenem Punkte zu vermeiden.

Bismarck versicherte, die Bundestruppen würden keinen Theil des streitigen Rendsburger Gebiets im Norden der Eider besetzen.

Darauf wandte sich die Besprechung auf die Erörterung der schleswigschen Frage. Wodehouse bemerkte, es sei unmöglich zu einer Lösung zu gelangen, wofern die deutschen Mächte nicht genau angeben könnten, worin ihre an Dänemark gerichteten Forderungen beständen, und daß er hoffen wolle, Bismarck werde im stande sein, ihm über diesen Punkt eine deutliche Aufklärung zu geben.

Hierauf bemerkte Bismarck, die Forderungen Deutschlands seien dieselben, welche sie immer gewesen — nämlich, daß Dänemark sein Versprechen erfülle, Schleswig nicht ins Königreich einzuverleiben und eine gemeinsame Verfassung zu

geben, unter der Holstein, Schleswig und Lauenburg gleiche Rechte mit dem Königreich besitzen würden.

Wodehouse erwiderte, die englische Regierung sei überzeugt, daß es ein hoffnungsloses Unternehmen sei, über die gemeinsame Verfassung eine Erörterung anzuknüpfen. Elf Jahre seien in dem fruchtlosen Bemühen vergangen, die deutschen und die dänischen Ansichten über das, worin die gleichen Rechte bestehen, in Einklang zu bringen; sei es wahrscheinlich, daß die Dänen sich jemals herbeilassen würden, den Bewohnern der Herzogthümer, d. h. der Minorität, in einem gemeinsamen Parlament dieselbe Zahl Mitglieder wie der dänischen Majorität zu geben? Würde ein solches Arrangement der Billigkeit oder Gerechtigkeit entsprechen?

Darauf bemerkte Bismarck, daß die Dänen keine wirkliche Gleichzahl der Mitglieder mit den Deutschen haben würden, weil in Schleswig sehr viel Dänen seien und diese ohne Zweifel dänischen Mitgliedern ihre Stimmen geben würden. Dann entwickelte der Ministerpräsident des Längeren seine Ideen über die gemeinsame Verfassung. Da hierbei nichts zur Sprache kam, was im Laufe dieser endlosen Erörterungen nicht aber und abermals wiederholt worden wäre, so drängte Wodehouse Bismarck, irgend eine andere Alternative anzugeben, worauf der Letztere bemerkte, das sei Sache der Dänen und nicht der Deutschen.

Wodehouse fragte sodann Bismarck, was die deutschen Mächte in Bezug auf die vom König jüngst unterzeichnete Konstitution verlangten.

In diesem Punkte, erwiderte Bismarck, könne von einem Kompromiß keine Rede sein. Vor dem 1. Januar müsse erklärt werden, daß die Verfassung auf Schleswig unanwendbar sei, sonst würden die deutschen Mächte sich aller gegen Dänemark eingegangenen Verbindlichkeiten, einschließlich des Vertrages von 1852 enthoben halten. Damit, daß der Zusammentritt des neuen Rigsraads bloß verschoben worden, könnten sie sich nicht begnügen.

Wodehouse sagte, er werde wohl zufrieden sein, wenn der König die Erklärung erließe, daß die Verfassung nicht in Bezug auf Schleswig in Kraft gesetzt werden könne. Wenn die Frage nicht durch den gegenwärtigen Rigsraad, der mit dem Ende des Jahres aufhöre, erledigt würde, so könnte es nöthig werden, den neuen Rigsraad einzuberufen, der dann allein das Gesetz ändern könnte.

Bismarck erwiderte, vorausgesetzt, daß Schleswig durch irgend einen Königlichen Akt vor dem 1. Januar von der Wirksamkeit des Gesetzes ausgenommen würde — denn am 1. Januar solle die neue Verfassung in Kraft treten — so liege ihm wenig daran, welche Versammlung die schließliche Abschaffung des Gesetzes vornähme. Er sei indes überzeugt, der König werde seine jetzigen Minister entlassen müssen; ein coup d'état wäre die beste Lösung der Schwierigkeit. Die Sache sei die, daß Deutschland nie auf gutem Fuß zu Dänemark stehen werde, so lange in Dänemark die gegenwärtigen demokratischen Staatseinrichtungen beständen.

Wodehouse äußerte hierauf, daß er es bedauere, diese Sprache zu hören, die einer Erklärung gleichkomme, daß die deutschen Regierungen wirklich im Begriff

seien, die inneren Einrichtungen einer unabhängigen Monarchie abzuändern, und er hob eindringlich hervor, welche Gefahr die deutschen Regierungen liefen, Revolution im Innern zu erregen, indem sie den Plänen der schleswig-holsteinischen Partei die Hand böten. Nichts könne das Auftreten des Prinzen von Augustenburg rechtfertigen.

Wodehouse schloß das Gespräch, das von Bismarck mit größter Artigkeit geführt wurde, indem er ihn ersuchte, ihm ein Memorandum über die Forderungen der deutschen Mächte zu geben. Bismarck war dazu gern bereit, und es wurde demnach ein Memorandum[1] aufgesetzt, welches, wie die beiden Staatsmänner übereinkamen, falls der König und der österreichische Gesandte es billigen würden, von Bismarck, dem Grafen Karolyi und dem englischen Botschafter paraphirt werden sollte.

Ich lasse hier noch das Referat folgen, wie nach Sybel, Bd. III. S. 186/88, die Unterredung verlief.

Der Lord klagte, daß Oesterreich und Preußen die Erfüllung des Londoner Vertrags von Dänemarks Verhalten in der Verfassungsfrage abhängig machten; Bismarck erwiderte, daß Niemand sich wundern könnte, wenn wir zur Erzwingung der dänischen Zusagen von 1852 die Waffen ergriffen; mit dem Ausbruch des Krieges würde dann auch das Londoner Protokoll hinfällig; daß wir dies alles noch nicht gethan, beweise unsere friedfertige Gesinnung. Dann sprach der Lord sein Bedauern über die Bundesexekution aus, an die sich vielleicht in Holstein aufrührerische Schritte des Prinzen von Augustenburg und seiner Anhänger anknüpfen könnten; er hoffe, daß eine vorausgehende Proklamation des Bundes solchen Plänen wirksam steuern würde. Bismarck hatte gegen den Erlaß einer solchen Proklamation nichts einzuwenden, wollte sich aber für die Wirksamkeit derselben nicht verbürgen. Wenn der Prinz nach Holstein käme und die Fahne des Aufstandes erhöbe, so würde man, um der Bewegung Einhalt zu thun, ihn verhaften müssen, und es sei sehr zweifelhaft, ob dies geschehen könne, ohne einen unbezähmbaren Ausbruch der mächtig erregten Volksleidenschaft in ganz Deutschland herbeizuführen. „Aber bedenken Sie," rief Wodehouse, „die Kriegsgefahr, der sich Deutschland durch solch ein Verhalten, durch die Einschleppung des Aufruhrs im Gefolge der Bundesexekution aussetzen

[1] Das Memorandum hatte folgenden Wortlaut: Die österreichische und die preußische Regierung verlangen, daß die dänische Regierung die von Dänemark in den Jahren 1851—52 eingegangenen Versprechungen ausführe, wonach, abgesehen von dem Holstein allein betreffenden Verhältnisse zum Deutschen Bunde, Schleswig nicht enger mit Dänemark verbunden werden soll als Holstein. Dieselben sind deshalb der Ansicht, daß die Verfassung vom 18. November 1863 eine Verletzung der Versprechungen Dänemarks darstellt, und verlangen, daß die dänische Regierung vor dem 1. Januar Maßregeln ergreife, um das Inkrafttreten jener Verfassung in Schleswig zu verhindern. Nachdem derartige Maßregeln getroffen worden, erwarten die Mächte, von Dänemark Vorschläge zu erhalten, in welcher Weise die Versprechungen von 1851—52 erfüllt werden sollen.

würde." „Niemand," entgegnete Bismarck gelassenen Tones, „kann die Kriegsgefahr mehr als ich bedauern."

Der Gesandte ging dann auf eine Besprechung der Verfassungsfragen im einzelnen ein und erklärte die im Jahre 1852 versprochenen Einrichtungen für praktisch unausführbar; Bismarck wollte dies in solcher Unbedingtheit nicht zugeben, war aber bereit, wenn Dänemark an deren Stelle bessere Vorschläge mache, diese in möglichst wohlwollende Erwägung zu nehmen. „Und die am 18. November sanktionirte neue Verfassung?" fragte Wodehouse. Ueber diesen Punkt, erfolgte sofort die Antwort, kann von einem Kompromisse keine Rede sein; vor dem 1. Januar muß die Verfassung für Schleswig außer Kraft gesetzt werden, sonst würden die deutschen Mächte sich aller gegen Dänemark eingegangenen Verbindlichkeiten einschließlich des Londoner Protokolls enthoben erachten. Wenn jedoch bis zum neuen Jahre die Aufhebung der Verfassung erfolgt sei, würde man dänische Vorschläge über eine neue Gesamtstaatsverfassung erwarten. Wodehouse machte dagegen die Einwendung, daß es unmöglich sei, bis zum 1. Januar einen Beschluß des dänischen Reichsraths über Aufhebung der Novemberverfassung herbeizuführen, da der alte Reichsrath geschlossen und damit das Mandat desselben abgelaufen sei, der neue aber erst nach dem 1. Januar zusammentreten könne. Dies war unwiderleglich, machte aber auf den preußischen Minister nicht den mindesten Eindruck. „Das ist Sache der Dänen," sagte er, „auf welche Art sie ihr Unrecht gut machen wollen; wir müssen darauf bestehen, daß Schleswig am 1. Januar von der Wirksamkeit des Gesetzes ausgenommen ist. Der König — setzte er vertraulich hinzu — wird sich wohl zu einem Staatsstreich und jedenfalls zu einem Ministerwechsel entschließen müssen: mit einem friedliebenden und stabilen Regiment würden wir gute Nachbarschaft halten, eine revolutionäre und deutschfeindliche Regierung aber unter der Herrschaft der Straßendemokratie ist für uns ein gefährlicher und unerträglicher Nachbar, mit welchem der Krieg unvermeidlich würde."

Berlin, den 13. Dezember 1863. Zweite Unterredung mit Lord Wodehouse, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Bismarck theilte dem Lord Wodehouse mit, daß der österreichische Gesandte Graf Karolyi dem Memorandum über die deutschen Forderungen an Dänemark zugestimmt, und daß auch der König dasselbe genehmigt habe.[2]

---

[1] Nach Wodehouses Bericht an Russell, d. d. 12. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1265. S. 404. „Nat.-Ztg." Nr. 109 vom 5. März 1864.

[2] Die schwankende Haltung des Königs in der Herzogthümerfrage machte Bismarck viel Sorge. An dem einen Tage wünschte er den Krieg mit Dänemark, um vom Londoner Protokoll loszukommen, an dem andern hoffte er wieder, alles in Güte erledigen zu können. Mit Rücksicht hierauf äußerte Bismarck (nach Bernhardi, Bd. V, S. 224) am 13. Dezember 1863: er wisse mit dem König gar nicht mehr vorwärts zu kommen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.

Berlin, den 16. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Bismarck sagte dem englischen Botschafter, es scheine ihm, daß die dänische Frage nicht wohl ohne eine Konferenz der Großmächte erledigt werden könne, und daß es deshalb im Interesse des Friedens rathsam sei, die Zusammenberufung einer solchen Konferenz zur Regelung der dänischen Frage nach Paris zu acceptiren.

Berlin, den 20. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Bismarck, welcher vernommen hatte, daß der englische Gesandte Buchanan eine Mittheilung in der dänischen Frage erhalten habe, besuchte denselben auf der englischen Gesandtschaft.

Bismarck hörte demnächst der Verlesung der betr. Instruktion zu. Die einzige Stelle der Depesche, hinsichtlich deren Bismarck eine Bemerkung machte, war der Absatz, in welchem Lord Russell von den Mächten, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet hatten oder demselben später beigetreten waren, sagte, dieselben hätten sich durch jenen Vertrag nicht allein Dänemark, sondern auch den andern betheiligten Mächten, Großbritannien, Frankreich und Schweden, gegenüber gebunden. Bismarck bemerkte, die preußische Regierung theile diese Auffassung nicht, sie sei der Ansicht, die von ihr durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen seien lediglich Dänemark gegenüber eingegangen worden, da mit den andern Vertragsmächten keine Ratifikationen ausgetauscht worden wären.

Buchanan entgegnete, die englische Regierung habe aber die Mächte, welche den Vertrag unterzeichnet hätten oder demselben später beigetreten wären, immer als verantwortlich für gänzliche und gehörige Ausführung des Vertrages angesehen, und der Wortlaut des letzteren zeige klar, daß diese Anschauung wohlbegründet sei.

Bismarck erwiderte, er habe schon Lord Wodehouse dargelegt, es sei unnöthig, bei diesem Anlaß über diese Frage in Erörterungen einzutreten, da Oesterreich und Preußen augenscheinlich das Recht haben würden, Dänemark den Krieg zu erklären, wenn letzteres die Deutschland gegenüber eingegangenen internationalen Verpflichtungen nicht erfülle, und da der Krieg alle Verträge zwischen Deutschland und Dänemark aufheben würde, so würde der Londoner Vertrag, soweit er Oesterreich und Preußen betreffe, aufgehoben sein, wenn die gegenwärtigen Verhandlungen zu dieser Eventualität führen sollten.

Buchanan sagte darauf, es scheine ihm, die englische Regierung werde nicht geneigt sein, auf eine solche Betrachtung des Falles einzugehen, da nach ihrem Dafürhalten die Absicht und der Zweck des Vertrages nicht die Regelung der wechsel-

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell vom 16. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1273. S. 412.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 21. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1285. S. 422.

seitigen Beziehungen Dänemarks mit Deutschland, sondern die Herbeiführung einer für die allgemeinen Interessen Europas wesentlichen Abmachung sei.

Bismarck erschien, nachdem der Botschafter die Depesche zu Ende gelesen hatte, enttäuscht darüber, daß der Letztere nicht ermächtigt war, ihm eine Abschrift der Depesche zu übergeben; er traue seinem Gedächtniß nicht zu, daß er Lord Russells Ausdrucksweise genau wiedergeben könne, und selbst wenn dies der Fall sei, so würde seine Wiedergabe nicht denselben Eindruck machen, wie die Einsicht der Depesche selbst. Indessen nicht in Berlin, sondern in Frankfurt sollte eine solche Darstellung gemacht oder vielmehr der Bundesversammlung mitgetheilt werden, damit dieselbe öffentlich bekannt werde; denn die in Lord Russells Depesche ernst dargelegten Ansichten Englands würden nicht verfehlen, sowohl bei den Regierungen wie bei dem deutschen Volke reifliche Erwägung zu finden, und dieselben könnten einen wichtigen Einfluß auf das Verhalten des Bundes ausüben.

Berlin, den 21. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Bismarck sprach dem englischen Botschafter Buchanan sein Bedauern darüber aus, daß die dänische Regierung augenscheinlich die Suspendirung der diplomatischen Beziehungen zwischen Dänemark und Preußen wünsche; die kürzlich an die Minister Oesterreichs und Preußens in Kopenhagen bezüglich des Leichenbegängnisses des verstorbenen Königs gerichteten Noten würden dieselben wahrscheinlich zu einer sofortigen Abreise aus Dänemark veranlassen. Er habe aber einen Legationssekretär nach Kopenhagen in der Hoffnung gesandt, daß ein Abkommen getroffen werden möchte, die Beziehungen zwischen beiden Ländern durch einen Geschäftsträger aufrecht zu erhalten; Bismarck erwähnte als ein Präcedenz für ein solches Arrangement, daß die preußische Regierung nach der Vertreibung des Königs Otto ihren Geschäftsträger nicht aus Athen zurückgezogen habe, obgleich sie die Rechtmäßigkeit der eingesetzten Regierung nicht anerkannte.

Berlin, den 22. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

In einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan bemerkte Bismarck, der Botschafter könne überzeugt sein, daß Se. Majestät noch die feste Absicht hege, den Londoner Vertrag treu zu beobachten, wenn Dänemark seine Absichten erfülle; sollte aber die bisher gehegte Hoffnung, daß die dänische Regierung die Verfassung vom 18. November für Schleswig vor dem 1. Januar k. J. zurückziehen werde, nicht in Erfüllung gehen, so wolle er nicht dafür einstehen, welche Entscheidung Se. Majestät dann treffen werde.

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell. d. d. 21. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1286. S. 423.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell. d. d. 22. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1302. S. 438.

Buchanan erwiderte, Bismarck habe bereits aus der Depesche Lord Russells vom 17. d. M., welche er ihm am Sonntag vorgelesen habe, ersehen, daß die englische Regierung diese Anschauung des Falles nicht acceptiren könne; Lord Russell habe ihn inzwischen unterrichtet, daß jeder Versuch, die Dynastie des Königs Christian IX. umzustürzen, sehr ernste Folgen haben könne; und er frage, warum der König sich zur Erfüllung seiner vertragsmäßigen Obliegenheiten unter der gegenwärtigen gemeinsamen Verfassung von Schleswig und Holstein mehr als unter der Verfassung vom 18. November verpflichtet halten wolle, da die Bestimmungen beider doch im wesentlichen die nämlichen seien; der wichtigste Unterschied zwischen beiden sei der, daß die letztere im Sinne der Wünsche Sr. Majestät durch eine einfache Mehrheit des Rigsraads geändert werden könne, während doch zur Abänderung der in Kraft befindlichen Verfassung die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Rigsraads erforderlich gewesen sei.

Bismarck bemerkte, wie er schon einmal gesagt habe, diese feinen Unterscheidungen seien zwecklos; der König verlange, wozu er jetzt berechtigt sei, daß die Verfassung vom 18. November nicht in Kraft trete, und es sei Sache der dänischen Regierung, die Mittel zur Aufhebung derselben zu finden.

Berlin, den 26. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan benachrichtigte Bismarck, es sei sehr wichtig, das seitens der verbündeten Mächte in Holstein keine eiligen und überstürzten Schritte geschähen.

Bismarck antwortete, daß der Lauf der Dinge daselbst sich der Kontrolle der preußischen Regierung entziehe; er habe indessen nach Frankfurt und Wien geschrieben, um das Ersuchen des sächsischen kommandirenden Generals der Exekutionstruppen zu unterstützen, es möchten die Reserven seiner Verfügung unterstellt werden, nachdem er dargelegt habe, er sei nicht im stande, die Bevölkerung in den Herzogthümern unter Kontrolle zu halten.

Buchanan erwiderte, er sei erfreut zu hören, daß Maßregeln getroffen würden, um den konservativen Einfluß der Autoritäten des Bundes bestimmter zu gestalten; wenn indessen Offiziere ihren Regimentsmusikern erlaubten, revolutionäre Lieder des erregten Volkes zu spielen, während es doch ihre Aufgabe sei, aufrührische Demonstrationen zu verhindern, so könnte deren Bestreben, sich irgend einer Erhebung zu gunsten des Prinzen von Augustenburg zu widersetzen, nicht sehr bestimmt sein. Es sei wünschenswerth, daß der Marsch der verbündeten Truppen in der Richtung gegen Norden nicht beschleunigt werde, um auf diese Weise Zeit zu geben zu einem Systemwechsel in Kopenhagen, bevor eine Besetzung der Brückenköpfe in Rendsburg-Friedrichstadt zwischen der dänischen und der Verbündeten Armee in Frage komme.

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 26. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1318. S. 450. „Nat.-Ztg." Nr. 114 vom 8. März 1864.

Bismarck antwortete, die verbündeten Truppen würden wohl per Eisenbahn befördert, und die Entfernung, die sie marschiren müßten, biete eine hinlängliche Garantie gegen einen unmittelbaren Zusammenstoß an den gedachten Orten. Ueberdies müßte, bevor auf einen der Plätze ein Angriff gemacht würde, nach Frankfurt wegen weiterer Befehle geschrieben werden, auch sei vielleicht erst noch nöthig, sich Belagerungsgeschütz zu verschaffen.

Buchanan erwiderte, in einem solchen Falle dürfe man sich nicht auf zufällige Garantien gegen die Möglichkeit eines großen Unglücks verlassen, und die Abwesenheit von Belagerungsgeschütz und die Gewißheit eines erfolglosen Angriffes würden vielleicht einen Offizier, der eine Kriegsursache mitten in der Erregung der politischen Leidenschaften sehe, nicht abhalten, dieselbe bei Friedrichstadt oder Rendsburg zu finden. Es scheine ihm daher, daß die Frage die ernste Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten verdiene.

Der Letztere sprach darauf von den neulichen Demonstrationen in Hamburg zu gunsten der Ansprüche des Herzogs von Augustenburg, verursacht von Personen, die sich Mitglieder der holsteinischen Stände nannten. Und obgleich er glaube, daß bei der betreffenden Versammlung viele Personen anwesend gewesen seien, welche nicht Mitglieder der gedachten Stände seien, so bewiesen die angenommenen Resolutionen doch, daß die Landstände, wenn sie zusammen berufen würden, sich voraussichtlich zu gunsten des Herzogs von Augustenburg entscheiden würden. Nichtsdestoweniger hielt er es für rathsam, die Stände zusammenzurufen und das Land im Einverständnisse mit denselben zu regieren; dabei bemerkte Bismarck, daß, wenn dieselben aus eigener Initiative Resolutionen zu gunsten der Ansprüche des Prinzen von Augustenburg fassen würden, die Bundeskommission lediglich deren Resolutionen dem Bundestag in Frankfurt unterbreiten könnten, und daß für den Augenblick solche Resolutionen ohne alle Bedeutung sein würden.

Berlin, den 28. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Infolge eines telegraphischen Auftrages des englischen Ministers des Auswärtigen Russell besuchte der englische Botschafter Buchanan Bismarck, um demselben mitzutheilen, er habe den Auftrag, zur Information der englischen Regierung anzufragen, wo irgend ein Vertrag oder Dokument zu finden sei, welches dem Frankfurter Bundestag den Titel gebe zu entscheiden, wer der Souverän von Holstein sein solle.

Bismarck erwiderte, der Bundestag habe in dieser Beziehung keinen Rechtstitel außer jenem, welcher sich aus Art. VI. der Schlußakte des Wiener Vertrages ableite. Der letztere bestimme, daß eine Abtretung von Souveränitätsrechten, welche sich mit einem Gebietstheile des Bundes verknüpften, nicht erfolgen könne

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell. d. d. 31. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1354. S. 485.

ohne die Zustimmung aller Mitglieder des Bundes, ausgenommen, wenn es sich um eine Abtretung zu gunsten eines der Bundesstaaten handele. Wenn also die englische Regierung die von Buchanan gestellte Frage dem Bundestag vorlegen wollte, so könnte dies einige Verlegenheit bereiten und die Schwierigkeit, eine befriedigende Antwort zu geben. Der Bundestag glaube aber ein Recht zu besitzen, die Forderungen des Prinzen von Augustenburg gegen diejenigen des Königs von Dänemark zu unterstützen; er sei in dieser Ansicht unterstützt nahezu von allen Regierungen und von einer großen Majorität des deutschen Volkes. Es könne deshalb der Fall eintreten, daß Oesterreich und Preußen bald wählen müssen zwischen der Einwilligung zur Besetzung von Schleswig oder der Bekämpfung eines deutschen Aufstandes.

Berlin, den 30. Dezember 1863. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan hat eine Besprechung mit Bismarck in der dänischen Frage. Kurz vorher hatte ihn der dänische Gesandte von Quaade benachrichtigt, er habe Befehl erhalten, sofort nach Kopenhagen abzureisen, um mit dem Könige zu konferiren; er werde vor seiner Abreise versuchen, von Bismarck die Zusicherung zu erlangen, daß, wenn das Grundgesetz vom 18. November aufgehoben werde und die dänische Regierung einwillige, mit Deutschland auf Grundlage der Verpflichtungen von 1851—52 in einer Konferenz, welche, wie man hoffe, in Paris stattfinden werde, zu unterhandeln, Deutschland dann Schleswig nicht besetzen und neue Forderungen an Dänemark nicht stellen werde.

Quaade hatte Buchanan verlassen, damit derselbe hierüber mit dem Ministerpräsidenten spreche. Als der englische Botschafter bald darauf eine Besprechung mit Bismarck hatte, fragte er Letzteren, ob er Quaade die gewünschten Zusicherungen gegeben habe; er glaube, Quaades Anwesenheit in Kopenhagen werde, wenn er mit Vertrauen von der Mäßigung der preußischen Regierung sprechen könne, der Sache des Friedens sehr förderlich sein, in Wahrheit sei alles, was er verlangt hätte, daß der Ministerpräsident den Zweck des von ihm in Gemeinschaft mit Oesterreich bei der Bundesversammlung in Frankfurt gestellten Antrages klar darlege.

Bismarck erwiderte, er sei lediglich in der Lage gewesen, Herrn von Quaade allgemeine Zusicherungen in Bezug auf seine eigenen Ansichten zu geben, er könne ein festes Versprechen bezüglich der Zukunft ohne Genehmigung des Königs nicht geben.

Buchanan stellte anheim, doch diese Genehmigung einzuholen.

Bismarck erwiderte jedoch, da er Seiner Majestät über den weiteren Verlauf der Ereignisse in einer Frage, welche täglich von Zufällen, die außerhalb seiner

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 31. Dezember 1863. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1355. S. 486.

Kontrolle lägen, beeinflußt werde, keine bestimmte Meinung darlegen könne, halte er es nicht für angebracht, Seiner Majestät zu empfehlen, in dieser Sache neue Verpflichtungen einzugehen. Sein Hauptziel sei gegenwärtig, über die nächsten Tage und den 1. Januar weg zu kommen; der König sei nämlich der Meinung, daß er an diesem Tage das Recht haben werde, sich von den Verpflichtungen des Londoner Vertrages für entbunden zu erklären. Mittlerweile hätten Oesterreich und Preußen ihre Mäßigung durch den von ihnen bei der Bundesversammlung eingebrachten Antrag bewiesen, daß Dänemark zur Aufhebung der Verfassung vom 18. November aufgefordert werde, und daß im Weigerungsfalle Maßregeln zur Wahrung der Rechte des Bundes in Schleswig ergriffen würden. Dieser Antrag sei auf der Basis der Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie erfolgt, und einige Zeit würde auch vergehen, bevor die darin vorgesehenen militärischen Operationen ins Werk gesetzt werden könnten. Es sei aber ein Gegenantrag von Hessen-Darmstadt eingebracht worden, welcher die Mehrheit in der Bundesversammlung finden könnte; mit demselben werde, wenn dies auch nicht ausdrücklich ausgesprochen sei, beabsichtigt, daß die Bundestruppen die Ansprüche des Prinzen von Augustenburg in beiden Herzogthümern unterstützen sollten; werde dieser Antrag angenommen, so würde die sehr ernste Frage entstehen, ob Oesterreich und Preußen demselben sich zu fügen oder den Gehorsam mit Rücksicht auf die Bestimmungen eines Vertrages zu verweigern hätten, dessen Verpflichtungen sie infolge der ihnen durch den Bundesvertrag auferlegten Pflichten übernommen haben.

Buchanan bemerkte, gerade weil der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen die Natur ihrer Pflichten gegen den Bund kannten, als sie den Vertrag von London unterzeichneten, könnten diese Bemerkungen zur Begründung der Lossagung von dem Vertrage nicht vorgebracht werden.

Bismarck antwortete, da der König glaube, der Vertrag habe dem Prinzen von Augustenburg Unrecht gethan, werde die Nothwendigkeit, seine Bundespflichten bei Aufrechterhaltung des Vertrages verletzen zu müssen, dem König sehr zuwider sein, und dies Gefühl werde noch stärker werden, wenn die Frage, wie es durchaus nicht unmöglich sei, einen Bürgerkrieg in Deutschland involvire. Als ein Zeichen dafür, daß ein Bürgerkrieg drohe, las Bismarck ein Telegramm des preußischen Gesandten in München vor, wonach Letzterer glaubte, es sei zwischen Bayern und Sachsen die Vereinbarung zu stande gekommen, die Bundesversammlung zu veranlassen, daß sie den Prinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkenne und seine Ansprüche an die Souveränität in dem Herzogthum durch die Bundestruppen unterstütze; ferner sei zwischen diesen beiden Mächten vereinbart worden, daß, wenn Oesterreich und Preußen sich weigern sollten, einen solchen Beschluß der Bundesversammlung auszuführen, ein bayerisches und sächsisches Truppenkorps zu diesem Zweck in die Herzogthümer einrücken würde.

Bismarck bemerkte dazu, er könne nicht sagen, was der König thun werde, wenn Sachsen und Bayern mit Unterstützung der kleineren Staaten eine solche

Haltung annehmen würden; er würde Seiner Majestät aber rathen, ihren Anordnungen sich nicht zu fügen, und ihnen nöthigenfalls Gewalt entgegenzusetzen. Er fühle aber, der König werde mit äußerstem Widerstreben eine solche Maßregel gutheißen, und wenn Seine Majestät nicht voraussähe, daß die Richtung, in welche die Südstaaten ihn hinein zu drängen versuchten, seine Beziehungen zu Großbritannien und Rußland beeinträchtigen würde, so würde er lieber dem Drucke nachgeben, als Preußens Schwert gegen seine Bundesgenossen ziehen, obgleich es klar vor Augen liege, daß sie auf dem Wege seien, Deutschland in ein Zerwürfniß mit ganz Europa durch Ausführung ihrer ehrgeizigen Pläne zu bringen.

Berlin, den 2. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan besuchte Bismarck und las demselben eine Depesche Lord Russells vom 31. Dezember,[2] betr. den Konferenzvorschlag, vor.

Bismarck bat um eine Abschrift derselben, welche ihm der Botschafter gemäß der Anweisung Lord Russells überließ. Die einzige Bemerkung, welche Bismarck über den Inhalt derselben machte, bezog sich auf die Beibehaltung des status quo während der vorgeschlagenen Verhandlungen. Er sagte, er könne einer solchen Bedingung nicht zustimmen, da das deutsche Nationalgefühl nicht befriedigt sein würde, ehe Dänemark nicht die Verfassung aufgehoben habe oder Schleswig seiner Jurisdiktion durch die Besetzung und Occupation des Herzogthums durch deutsche Truppen entzogen sei.

Berlin, den 4. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[3]

Der englische Gesandte hatte Bismarck vorgestellt, die gegenwärtige Lage Dänemarks müsse für die stolze und muthige Bevölkerung desselben schon so niederdrückend sein, daß seine schlimmsten Feinde damit zufrieden sein sollten, und daß es schon bereit sei, seinem Feinde vor seinen Thoren alles zu übergeben, was berechtigterweise von ihm verlangt werden könne.

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 4. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1367. S. 500. Vergl. auch Sybel, Bd. III. S. 206 f.

[2] In dieser Depesche erklärte Russell dem englischen Botschafter in Berlin: Die englische Regierung könne nicht zugeben, daß der Krieg Preußen von den Verpflichtungen gegen den Vertrag von 1852 befreie: sie könne nicht glauben, daß Preußen sich zu einem Eroberungskriege gegen Dänemark herbeilassen werde. Wenn die deutsche Nationalität in Holstein und zum Theil in Schleswig ein Grund zur Zertrümmerung Dänemarks wäre, so könnte dasselbe wegen der polnischen Nationalität im Großherzogthum Posen Preußen gegenüber der Fall sein. Nur durch Festhalten an den Verträgen könne Preußen die Sympathie und Zustimmung der übrigen Mächte erlangen, durch ein entgegengesetztes Verhalten würde es die allgemeine Verurtheilung aller Unbefangenen auf sich ziehen. Nur auf jenem Wege könne ein europäischer Krieg vermieden werden.

[3] Nach Buchanans Bericht vom 4. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1366. S. 499.

Darauf antwortete Bismarck, solange Deutschland nicht wirklich bewiesen habe, daß ihm nicht davor bange sei, in einer von ihm als gerecht angesehenen Sache das Schwert zu ziehen, und Dänemark durch Waffengewalt nicht zur Abstellung der fraglichen Beschwerden gezwungen habe, werde der König nicht glauben, daß der nationalen Ehre Genüge gethan sei. Eine Konferenz könne deshalb nur unter der Bedingung angenommen werden, daß dieselbe die militärischen Operationen nicht behindere, welche mittlerweile zur Entscheidung gelangt sein könnten.

Berlin, den 5. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Gesandte Buchanan theilte morgens dem Ministerpräsidenten die Telegramme Lord Russells vom 3. und 4. Januar dem Hauptinhalte nach mit.

Bismarck machte zu den in dem ersteren ausgesprochenen Ansichten über das Verhalten der Bundesbehörden in Holstein nur die Bemerkung, Lord Russell möge dieselben zur Kenntniß der Bundesversammlung in Frankfurt bringen. Zu der in dem zweiten Telegramm gegebenen Anregung, Oesterreich und Preußen möchten ihren bei der Bundesversammlung gestellten Antrag auf Invasion und Besetzung von Schleswig zurückziehen, erklärte er, die englische Regierung möge in Erwägung ziehen, daß die Exekution von sächsischen und hannoverschen Truppen auf unmittelbaren Befehl der Bundesversammlung zur Ausführung gebracht worden sei, und daß Preußen und Oesterreich nur geringe Kontrolle über die Haltung der Bundes-Civil- und Militärbehörden gegenüber der Bevölkerung des Herzogthums und der Thronfolgefrage ausüben könnten; würde aber in Schleswig eingerückt werden, so würde die Besetzung unter dem Oberbefehl eines preußischen Generals erfolgen; der Letztere werde die Uebertretung der gegenwärtig in der Provinz geltenden Gesetze, durch welche alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten seien, nicht zulassen.

Buchanan erwiderte, wenn das Besetzungsheer revolutionären Bewegungen in Schleswig entgegentrete, statt dieselben, wie es in Holstein der Fall gewesen, zu ermuthigen, so möchten die übeln Folgen einer Besetzung der Herzogthümer verringert werden; da die dänische Regierung aber nicht verhindert werden könnte, ihr Gebiet zu vertheidigen, so würde die Invasion des Herzogthums immer den Beginn eines Konflikts bilden, welcher den Frieden von ganz Europa in Gefahr bringen könnte.

Die beiden Staatsmänner besprachen sodann den status quo, welcher nach der von Lord Russell gegebenen Anregung einer Konferenz zur Regelung der Streitigkeiten zwischen Dänemark und Deutschland als Grundlage dienen sollte. Bismarck sagte, ein solcher Vorschlag sei gänzlich unannehmbar, und es sei nicht zu erwarten, daß Oesterreich und Preußen an einer Konferenz theilnehmen und ihre durch den

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 5. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1368. S. 500.

Londoner Vertrag übernommenen Verpflichtungen anerkennen würden, während Dänemark unter Aufrechterhaltung einer Verfassung sich betheilige, durch welche Schleswig dem Königreich Dänemark unter flagranter Verletzung der Deutschland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen einverleibt worden sei. Wenn die neue Verfassung nicht von Dänemark aufgehoben würde, könne Deutschland mit demselben auf der Grundlage jenes Vertrages nur verhandeln, wenn Schleswig im Besitze der Bundestruppen sei; letzteres würde de facto eine Aufhebung der Verfassung in dem Herzogthum bilden.

Bezüglich der von Buchanan vorgebrachten konstitutionellen Schwierigkeiten einer Aufhebung der Verfassung bemerkte Bismarck, Deutschland habe dieselben nicht veranlaßt, es sei Dänemarks Sache, auf Mittel zur Beseitigung derselben zu sinnen.

Buchanan erwiderte, wenn die dänische Regierung den Rigsraad zu einem Akte der Selbstopferung einberufen würde, so könnte man sagen, sie habe Deutschland von neuem beleidigt.

Bismarck unterbrach den Botschafter, indem er sagte, es sei unnöthig, über den Gegenstand sich in Argumentationen zu ergehen; er wisse, was möglich und was unmöglich sei, und wenn der Vertrag nicht umgestoßen werden solle, so sei nur die Wahl zwischen der Aufhebung der Verfassung und der Besetzung des Herzogthums.

Buchanan entgegnete: „Aber Sie sprechen immer von dem, was Sie verlangen, niemals aber von dem, was Sie thun wollen.“ Er fragte sodann, ob, wenn Aussicht sei, daß die dänische Regierung unter den obwaltenden Umständen einen Vorschlag der englischen Regierung, die Verfassung vor dem Zusammentritt der zu berufenden Konferenz aufzuheben, annehme, die englische Regierung der dänischen Regierung nicht zusichern könne, daß, wenn sie ihrerseits diese Bedingung erfülle, Deutschland sich verpflichten würde, während des Tagens der Konferenz nicht die Eider zu überschreiten und in Schleswig einzurücken.

Bismarck versetzte, das sei ein vernünftigerer Vorschlag.

Buchanan erwiderte, es sei kein Vorschlag, sondern mehr eine Bemerkung von ihm selbst, um von Bismarck zu erfahren, ob eine Basis vorhanden sei, auf Grund deren Deutschland unter Aufrechterhaltung des Londoner Vertrages von seiten Oesterreichs und Preußens und des gegenwärtigen militärischen status quo in Holstein an einer Konferenz sich betheiligen würde; und da Bismarck einen solchen Vorschlag als vernünftig bezeichnet habe, so frage er, ob Bismarck ihn ermächtige, seiner Regierung zu melden, daß ein solcher Vorschlag von der preußischen Regierung günstig aufgenommen werden würde.

Bismarck erwiderte, der Botschafter möge berichten, daß er den Vorschlag bei dem Könige befürworten werde, derselbe müsse eventuell aber formell in einer Depesche erfolgen und gleichzeitig auch der österreichischen Regierung unterbreitet werden.

Berlin, den 9. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan besuchte morgens Bismarck und übergab demselben ein Memorandum, welches dem Inhalte von Lord Russells Telegramm vom Tage vorher entsprach. In dem letzteren hatte der englische Minister angefragt, ob die preußische Regierung als Grundlage einer Konferenz zur Regelung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark folgendes acceptiren würde:

1. Aufrechterhaltung des Londoner Vertrages;
2. Gewährleistung voller Sicherheit für eine gute Regierung der deutschen Besitzungen des Königs von Dänemark.

Bismarck erklärte, er könne, bevor er nicht mit dem König gesprochen und die österreichische Regierung befragt habe, nur seine persönliche Ansicht aussprechen, welche den von Lord Russell dargelegten Grundsätzen nicht entgegen sein würde; die Natur der für die deutschen Unterthanen des Königs von Dänemark zu beschaffenden Sicherheit würde aber deutlicher ausgedrückt sein müssen.

Buchanan bat um Darlegung, was er verlangen würde, und setzte auf Bismarcks Wunsch nach „Besitzungen“: „oder der Unterthanen deutscher Abstammung“, und nach „Königs von Dänemark“ fügte er hinzu: „gemäß den von Dänemark Deutschland gegenüber in den Jahren 1851—52 eingegangenen Verpflichtungen“.

Es wurde sodann vereinbart, daß Bismarck das Memorandum dem Könige vorlegen, mit dem Grafen Rechberg sich in Verbindung setzen und in einigen Tagen eine Antwort ertheilen sollte.

Während Bismarck indessen persönlich zu gunsten der von Lord Russell vorgeschlagenen Grundlage für die Unterhandlung sich aussprach, wiederholte er seine früheren Einwendungen gegen eine Einstellung der Feindseligkeiten während der Konferenz — welche wahrscheinlich beschlossen werden würde — und brachte seine früheren Gründe dafür vor, daß die englische Regierung ihren Widerspruch gegen die Besetzung Schleswigs zurückziehe.

Der Botschafter erwiderte, wenn es der Konferenz nicht gelinge, eine friedliche Erledigung der Frage herbeizuführen, oder wenn Dänemark sich weigere, ein von der Konferenz als für beide Theile angemessen vorgeschlagenes Arrangement anzunehmen, so wisse er, daß die englische Regierung nicht versuchen würde, Preußen in seinem Rechte zu behindern, die von ihm zum Schutze der Interessen Deutschlands und seiner nationalen Ehre nothwendig erscheinenden militärischen Maßregeln zu ergreifen. Es sei aber nicht zu erwarten, daß die englische Regierung das Einrücken deutscher Truppen in Schleswig nach allem, was in Holstein vorgegangen, gutheißen könnte. Dabei las er dem Ministerpräsidenten die Depesche des Sir Augustus Paget vom 31. Dezember vor.

*

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 9. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1395. S. 531.

In Bezug auf die Korrespondenz des englischen Gesandten in Dresden mit dem Minister Beust, betr. die Art und Weise, wie die Bundesexekution in Holstein dazu benutzt werde, um eine Erhebung in diesem Herzogthum hervorzurufen, bemerkte Bismarck[1] nach erfolgter Lektüre des Schriftwechsels: die sächsische Regierung würde sich weniger unhöflich gegenüber England ausgesprochen haben, wenn letzteres eine benachbarte Macht mit einer großen Armee oder wenn Sachsen ein an der See gelegener Staat wäre.

Berlin, den 11. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der englische Gesandte Buchanan besuchte morgens Bismarck und las demselben eine Depesche des Lord Russell vom 9. desselben Monats vor, welche sich auf die Hinausschiebung der Feindseligkeiten gegen Dänemark bezog. Buchanan überließ dem Ministerpräsidenten eine Abschrift derselben, nachdem er zuvor, damit Bismarck besser verstände, dem Letzteren den Entwurf zu seiner Depesche vom 5. d. M., zu welcher jene Depesche Lord Russells die Antwort war, vorgelesen hatte.

Bismarck sagte, Lord Russells Vorschlag weiche ganz von dem ab, was er sich bereit erklärt hatte, dem König zur geneigten Erwägung zu empfehlen; er könne nicht einwilligen, daß die Invasion Schleswigs aufgeschoben werde, bis die dänische Regierung es für passend erachten möchte, auf verfassungsmäßigem Wege die gegenwärtige ungesetzliche Vereinigung Schleswigs mit dem Königreich für ungültig zu erklären; er könne nur wiederholen, was er schon früher gesagt habe, entweder müsse die dänische Regierung die neue Verfassung, soweit sie Schleswig betreffe, aufheben oder eine deutsche Armee werde in das Herzogthum einrücken.

Sodann bemerkte Bismarck, er habe dem Könige das von dem Botschafter übergebene Memorandum über die von der englischen Regierung vorgeschlagenen Grundlagen für die Verhandlungen auf der Konferenz vorgelegt, von welcher eine Beilegung der Streitigkeiten Dänemarks und Deutschlands erhofft werde; und wenngleich Se. Majestät dasselbe genehmigt habe, so habe derselbe doch anheimgestellt, die Revision des Vertrages unter die Gegenstände der Berathung der Konferenz mit aufzunehmen.

Buchanan erwiderte, der Vertrag sei, da er nur für einen einzelnen und bestimmten Zweck geschlossen worden, nicht revisionsfähig. Bismarck versetzte, derselbe könne jedoch vervollständigt werden und die Abmachungen wegen Ausführung der von Dänemark in den Jahren 1851 und 1852 übernommenen Verpflichtungen könnten die Sanktion Europas erhalten.

Buchanan antwortete, es scheine ihm, daß schon die Verhandlung auf einer

[1] Erwähnt wird diese höchst treffende Aeußerung Bismarcks in einem Berichte des englischen Botschafters Buchanan vom 14. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1414. S. 547.
[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 12. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1403. S. 537.

Konferenz der Mächte, welche den Vertrag unterzeichnet haben, den beschlossenen Abmachungen die Sicherheiten gewähre, welche der König wünsche.

Bezüglich des Widerrufs der Verfassung bemerkte Bismarck, er sei nach der Unterredung, welche er mit Herrn von Ewers während dessen Durchreise durch Berlin gehabt habe, überzeugt, daß Dänemark nichts in dieser Hinsicht thun werde, als bis es zur Einwilligung in die Forderungen Deutschlands gezwungen werde.

Das Gespräch endete, ohne daß Buchanan im stande war, den Ministerpräsidenten zu einem Zugeständniß bezüglich des Gegenstandes zu veranlassen.

**Berlin, den 12. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.**[1]

Der englische Botschafter Buchanan besuchte Bismarck und theilte demselben eine Depesche Russells vom 11. Januar abends[2] mit, wonach die englische Regierung den lebhaften Wunsch hegte, zu erfahren, ob die Regierungen von Oesterreich-Preußen ihre Zustimmung geben würden zu folgenden drei Punkten, welche als Basis einer Konferenz zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark dienen sollten:

1. Der Londoner Vertrag soll aufrecht erhalten werden.
2. Für die gute Regierung der deutschen Unterthanen oder der Unterthanen deutscher Abstammung des Königs von Dänemark in den Herzogthümern Holstein, Lauenburg und Schleswig soll in Gemäßheit der Abmachungen zwischen Dänemark und Deutschland in den Jahren 1851/52 volle Sicherheit geschaffen werden.
3. Der König von Dänemark soll als Unterpfand für die Erfüllung der gedachten Abmachungen Frankreich, Großbritannien, Rußland und Schweden das Versprechen geben, dem Rigsraad den Widerruf der Verfassung vom November 1863, soweit dieselbe das Herzogthum Schleswig betrifft, vorschlagen zu wollen.

Der englische Botschafter war nicht wenig überrascht, wahrzunehmen, daß weder der österreichische Botschafter Graf Karolyi noch Bismarck die Anregung günstig aufnahmen; Beide sagten, wenn die dänische Regierung willens und im stande sei, die Vereinigung Schleswigs und des Königreichs auf verfassungsmäßigem Wege aufzuheben, so habe dieselbe zwei bis drei Wochen dazu Zeit, bevor deutsche Truppen die Eider überschreiten könnten, denn der Einmarsch in Schleswig werde nicht eher erfolgen, als bis eine hinreichend starke, den Erfolg sichernde Truppenmacht zusammengezogen sei; in dem Augenblick indessen, wo eine solche Truppenmacht bereit sei, würden die Operationen ihren Anfang nehmen.

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 12. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1403. S. 539. Die obenstehende Unterredung ist in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Abgedruckt findet sich dieselbe im Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1398. S. 534.

**Berlin**, den 13. Januar 1864. Unterredung mit dem dänischen Geschäftsträger von Güldencrone in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der dänische Geschäftsträger von Güldencrone überreichte Bismarck die von Herrn Monrad an Letzteren unterm 6. Januar gerichtete Note, in welcher Preußen eingeladen wurde, an einer Konferenz zur Regelung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark theilzunehmen, welche die dänische Regierung den Signatarmächten des Londoner Vertrages vorgeschlagen hatte.

Bismarck machte in der Sache Herrn von Güldencrone gegenüber keine Bemerkungen von Bedeutung.

**Berlin**, den 14. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der englische Botschafter Buchanan fragte morgens den Ministerpräsidenten, welche Antwort er in Bezug auf den dänischen Konferenzvorschlag zu geben beabsichtige, worauf Bismarck erwiderte, er müsse sich erst über die Ansicht des Wiener Kabinetts vergewissern, bevor er sich entscheide. Er entschuldigte sich auch, daß er dem Botschafter noch keine offizielle Antwort bezüglich der von Lord Russell vorgeschlagenen Grundlage für die Verhandlungen auf der in Aussicht genommenen Konferenz ertheilt habe, und sagte, er stehe in der Sache noch mit der österreichischen Regierung in Unterhandlung.

Buchanan erwiderte, er hoffe, Bismarck werde in der Lage sein, ihm noch vor Abgang des wöchentlichen Kuriers am Sonnabend eine Antwort zu ertheilen, worauf Bismarck sagte, er könne es nicht versprechen, da es nöthig sein werde, eine Bemerkung für die Zukunft zu machen, für den Fall die Konferenz fehlschlage.

Buchanan erwiderte, sein Chef, Lord Russell, habe schon ausgesprochen, daß es jeder Regierung bei einem solchen Ausgange freistehen würde, so zu handeln, wie sie es für ihre nationale Ehre nöthig halte, und wenn er eine der Ansicht der britischen Regierung entsprechende Reservation zu machen habe, so müsse er sie gleichzeitig mittheilen.

**Berlin**, den 16. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[3]

In Sachen des nach Kopenhagen abgegangenen österreichisch-preußischen Ultimatums theilte Bismarck dem englischen Botschafter Buchanan mit, dasselbe sei peremtorisch gefaßt und verlange eine Antwort binnen vierundzwanzig Stunden. Fürst Gortschakow habe zum Grafen Redern gesagt, es sei für die dänische Regierung

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 14. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1415. S. 547.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 14. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1415. S. 548. Die obenstehende Unterredung ist in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[3] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 16. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1429. S. 564.

unmöglich, eine befriedigende Antwort in so kurzer Zeit zu ertheilen; er habe darauf den Grafen Redern angewiesen, dem Fürsten darzulegen, es sei nöthig gewesen, dem Ultimatum einen peremtorischen Charakter zu geben, um Deutschland zufrieden zu stellen oder vielmehr um — würde Gortschakow gesagt haben — den österreichischen und preußischen Truppen das unverzügliche Einrücken in Holstein zu ermöglichen; es würden jedoch noch vierzehn Tage vergehen, ehe die erforderliche Truppenmacht die Eider überschreiten könne.

Buchanan erwiderte, vierzehn Tage wären nicht genügend, um der dänischen Regierung den Widerruf der Verfassung auf gesetzlichem und konstitutionellem Wege zu ermöglichen; er (Bismarck) selbst sei für diesen Stand der Dinge verantwortlich, weil er sowohl Lord Wodehouse wie Herrn von Quaade mit dem aus der Sprache, die er denselben gegenüber geführt, entnommenen Eindruck habe nach Kopenhagen gehen lassen, daß, wenn auf Grund der Verfassung Wahlen zu einem neuen Rigsraad ausgeschrieben würden, der König den Vertrag von London nicht mehr anerkennen werde.

**Berlin**, den 21. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan benutzte eine Gelegenheit, um Herrn v. Bismarck darzulegen, die englische Regierung sei der Meinung, daß das Vorgehen Oesterreichs und Preußens in Frankfurt am 14. Januar den Stand der Dinge in der dänischen Frage vollständig verändert habe; die englische Regierung hoffe nun, daß Oesterreich und Preußen die Integrität der dänischen Regierung vertheidigen und ihre Forderungen an die dänische Regierung auf die Erfüllung der Verpflichtungen von 1851/52 beschränken würden.

Bismarck erwiderte, ob sie so verfahren würden, werde davon abhängen, ob Dänemark der beabsichtigten Besetzung des Herzogthums Schleswig Widerstand leiste.

**Berlin**, den 22. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der englische Botschafter Buchanan theilte Bismarck mit, er habe von Lord Russell in einer Depesche vom 18. Januar den Auftrag erhalten, dem Ministerpräsidenten darzulegen, welche Gefahr für den Frieden und die Unabhängigkeit der Staaten nach Ansicht der englischen Regierung aus dem Grundsatze und der Durchführung desselben erwachse, daß eine Regierung das Gebiet der anderen als materielle Sicherheit für die Erreichung internationaler Forderungen besetzen dürfe.

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 22. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1461. S. 591.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell vom 23. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1462. S. 591.

Indem Buchanan in diesem Sinne sich Bismarck gegenüber äußerte, las er demselben gleichzeitig den größten Theil der Depesche Lord Russells vor, um die Anschauungen seiner Regierung klarer darzulegen.

**Berlin**, den 23. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

In einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten theilte der englische Botschafter Buchanan Bismarck den Inhalt der Depesche Lord Russells vom 20. Januar, betreffend die Wirkungen eines Krieges mit Dänemark auf die Verpflichtungen Oesterreichs und Preußens wegen Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie, mit.

Bismarck bemerkte in Bezug auf die Folgen eines solchen Krieges, daß, wenn derselbe den geltenden Vertrag beseitige, ein anderweiter vollständigerer Vertrag auf der nämlichen Grundlage der Integrität der Monarchie geschlossen werden könne, wofern der Krieg nicht infolge Einmischung anderer Staaten Ausdehnungen annähme, welche Oesterreich und Preußen berechtigen würde, Zugeständnisse zu verlangen, die den von ihnen aufgewendeten Opfern an Gut und Blut entsprächen.

Darauf erwiderte Buchanan, die englische Regierung sei der Meinung, Oesterreich und Preußen könnten, nachdem sie selbst diese Frage in die Hand genommen, von Dänemark nichts weiter als die Erfüllung der Verpflichtungen des letzteren von 1851/52 verlangen, während sie doch jetzt, Bismarcks Bemerkungen nach, eine Entschädigung für die Opfer eines Krieges zu verlangen schienen, welchen die englische Regierung für unnöthig erachte.

Bismarck entgegnete, ein solcher Anspruch würde sicher gerechtfertigt sein, wenn fremde Hülfe Dänemark in den Stand setzen sollte, den Widerstand zu verlängern.

Buchanan sagte darauf, die englische Regierung gestehe nicht zu, daß ein Krieg mit Dänemark Oesterreich und Preußen von den Verpflichtungen frei mache, welche dieselben gegenüber England, Frankreich, Rußland, Schweden und anderen europäischen Mächten in dem Londoner Vertrage eingegangen seien.

Bismarck versetzte, er könne diese Ansicht der englischen Regierung nicht als zutreffend anerkennen, aber wenn fremde Mächte Dänemark nicht Beistand leisteten, wäre die Eventualität einer Verlängerung des Kampfes nicht wahrscheinlich.

**Berlin**, den 24. Januar 1864. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Talleyrand in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der französische Botschafter Graf Talleyrand theilte Bismarck morgens mit, er habe von seiner Regierung den Auftrag erhalten, darauf zu dringen, daß die

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 23. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1463. S. 592. „Nat.-Ztg." Nr. 114 vom 8. März 1864.

[2] Nach einem Berichte Buchanans an Russell, d. d. 24. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1474. S. 599.

preußische Regierung vor der Besetzung Schleswigs der dänischen Regierung eine sechswöchige Frist vom nächsten 1. Februar ab gewähre, damit der Rigsraad berufen und ein Antrag wegen Abschaffung der Verfassung vom 18. November 1863, soweit dieselbe Schleswig betreffe, eingebracht werden könne.

Bismarck erwiderte dem Grafen Talleyrand, er habe von dem englischen Botschafter eine ähnliche Mittheilung erhalten, es sei aber für die preußische Regierung ganz unmöglich, die mit Oesterreich vereinbarten militärischen Maßregeln zu hemmen. Das stehe außer Frage, die österreichisch-preußische Armee könne an den Ufern der Eider nicht sechs Wochen Halt machen, damit eine Versammlung, gegen deren Legalität sie protestirt hätten, darüber verhandele, ob es rathsam sei, die an die dänische Regierung gerichtete Forderung zu gewähren, der Rigsraad werde auch viel wahrscheinlicher die letztere verwerfen als genehmigen. Die Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preußen zu dem Zwecke, Dänemark zur Erfüllung seiner Verpflichtungen von 1851/52 gegen Deutschland zu zwingen, müsse seitens Großbritanniens und Frankreichs als Beweis dafür betrachtet werden, daß die beiden deutschen Großmächte die Absicht hegten, den Londoner Vertrag und die Integrität der dänischen Monarchie aufrecht zu erhalten.

Berlin, den 25. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter hatte Bismarck morgens um eine Besprechung gebeten. Der Ministerpräsident besuchte hierauf selbst Buchanan in der Zeit zwischen einer Sitzung des Herrenhauses und dem Schlusse der Landtagssession im Königl. Schlosse.

Buchanan begann das Gespräch damit, daß er erklärte, der französische Botschafter habe ihm den Inhalt seiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten am Tage vorher mitgetheilt. Er bedauere zu erfahren, daß die preußische Regierung nicht geneigt sei, der dänischen Regierung die von der englischen Regierung nachgesuchte Frist dazu zu gewähren, daß die dänische Verfassung vom 18. November 1863, soweit dieselbe Schleswig betreffe, auf gesetzlichem Wege aufgehoben werden könne.

Bismarck erwiderte, militärische und ganz besonders politische Gründe, welche mit der Stellung der Regierung gegenüber den anderen deutschen Staaten zusammenhingen, machten es der preußischen Regierung unmöglich, den vorgeschlagenen Aufschub zuzugestehen; bei Beantwortung der Note Buchanans vom 23. Januar[2]

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 24. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1476. S. 600.

[2] In dieser Note theilte Buchanan Bismarck mit, die dänische Regierung werde sogleich Wahlen zum Rigsraad ausschreiben, er habe bei der preußischen Regierung den Antrag auf Gewährung einer Frist von sechs Wochen vom 1. Februar 1864 ab zu stellen, bevor irgend ein Schritt wegen Besetzung des Herzogthums Schleswig unternommen werde, damit die nöthige Zeit zur Versammlung des Rigsraad und zur Berathung des ihm vorzulegenden Gegenstandes vorhanden sei.

durch den Grafen Bernstorff werde er genöthigt sein, die englische Regierung davon zu verständigen, daß, wenn die anderen Signatarmächte des Londoner Vertrages gegen die Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preußen wären, es für Oesterreich und Preußen unmöglich sein werde, die den Wünschen Deutschlands entgegenstehenden Festsetzungen des gedachten Vertrages ferner aufrecht zu erhalten.

Buchanan stellte dem Ministerpräsidenten vor, die preußische Regierung werde durch ihre Weigerung, dem von ihm seinem Auftrage gemäß gemachten Vorschlage beizutreten, sich gänzlich in das Unrecht versetzen. Es sei von Dänemark die Aufhebung der Verfassung verlangt worden; König Christian IX. habe deshalb die Minister, welche die Verfassung entworfen hätten, entlassen; Se. Majestät habe eine neue Regierung gebildet, deren erste Handlung gewesen sei, eine Vermittelung oder Konferenz zur Regelung der Frage vorzuschlagen, und welche jetzt willens sei, die von Preußen verlangte Genugthuung zu gewähren, wenn ihr Zeit dazu gelassen werde, dies ohne Verletzung der Gesetze zu thun. Der Botschafter wies gleichzeitig auf die Gefahren hin, welchen ein überstürztes Vorgehen von seiten Preußens den Thron des Königs von Dänemark aussetzen würde, auf den starken Widerwillen, welchen die englische Regierung gegen das Verfahren, Gebietstheile als materielles Unterpfand für die Erlangung internationaler Ansprüche zu besetzen, hege, sowie auf die Verantwortlichkeit, welche die preußische Regierung dafür trage, daß sie Europa unnöthigerweise den Gefahren eines Krieges aussetze, wenn sie ihre Zustimmung zu einer Maßregel versage, welche die dänische Regierung in Gemäßheit der ihr von Ihrer Majestät Regierung und anderen Mächten behufs Erhaltung des Friedens gegebenen Rathschläge anzunehmen bereit sei.

Bismarck erwiderte, er könne nicht leugnen, daß diese Erwägungen sehr gewichtiger Natur seien, aber die englische Regierung müsse auch die Schwierigkeiten der Lage der preußischen Regierung bedenken und damit befriedigt sein, wenn der König ihn ermächtige, die von England verlangte Versicherung bezüglich der Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie abzugeben; wenn die englische Regierung diese Zusicherung erhalten habe, müsse sie die dänische Regierung bewegen, die friedliche Besetzung des Herzogthums Schleswig zuzulassen.

Nachdem Buchanan erwidert hatte, er habe bereits gesagt, daß die englische Regierung dem König von Dänemark nicht den Rath ertheilen könne, die Besetzung seines Gebiets durch eine andere Macht ohne Vertheidigung zuzulassen, bemerkte Bismarck: die englische Regierung könne aber selbst sich der Gewährung einer Beihülfe an Dänemark enthalten und den anderen Mächten davon abrathen; in diesem Falle sei zu hoffen, daß die militärischen Operationen in einem Monat oder in sechs Wochen soweit gelangt wären, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten.

Bismarck bemerkte im Laufe des Gesprächs noch, die russische Regierung habe sich der englischen in Bezug auf die Befürwortung eines Aufschubs in den

militärischen Operationen Preußens nicht angeschlossen. Noch an demselben Tage erhielt indessen Herr v. Oubril derartige Instruktionen und erledigte dieselben sofort. Bismarck ertheilte ihm aber dieselbe Antwort, welche der französische und der englische Botschafter bereits erhalten hatten.

Berlin, den 29. Januar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter erhielt von Lord Russell den Auftrag, der preußischen Regierung die Unterzeichnung eines Protokolls seitens der Signatarmächte des Londoner Vertrages vorzuschlagen, in welchem Dänemark sich verpflichten solle, den Rigsraad behufs Aufhebung der Verfassung vom 18. November 1863 einzuberufen, Oesterreich und Preußen aber sich verbindlich machen sollten, nicht eher in Schleswig einzurücken, bis das Ergebniß der Berathungen des Rigsraads bekannt gemacht sein würde.

Buchanan beeilte sich, Bismarck hiervon sogleich schriftlich Kenntniß zu geben, und sprach alsdann noch des Morgens den Ministerpräsidenten über den englischen Vorschlag.

Bismarck bemerkte, er habe bereits nach England telegraphirt, daß der Vorschlag nicht angenommen werden könne; derselbe biete keine Sicherheit, daß die Verfassung wirklich widerrufen werde, und Oesterreich und Preußen könnten ihre Maßnahmen nicht von den Verhandlungen einer Versammlung abhängig machen, welche sie für ungesetzlich ansähen.

Buchanan erwiderte, sie hätten aber nicht das Recht zu verlangen, daß ein dänischer Minister die Gesetze seines Landes verletze; es scheine ihm, daß der König von Dänemark, welche Abmachungen auch in Zukunft mit den anderen Unterzeichnern des Londoner Vertrages wegen der Reorganisation der dänischen Monarchie vereinbart werden möchten, dieselben nicht eher werde genehmigen können, als bis das bestehende Grundgesetz in gesetzlicher Weise wieder aufgehoben worden sei, und da diese Formalität eventuell doch erforderlich werden würde, so ließe sich nichts dagegen einwenden, daß man jetzt zu derselben behufs Abwendung des Krieges seine Zuflucht nehme. Preußen würde seine Lage Dänemark gegenüber durch Lossagung von dem Londoner Vertrage und Annahme der Politik der kleineren deutschen Staaten nicht verbessern, da, wie er glaube, Rußland geneigt sei, Preußen gegenüber, wenn letzteres allein handele, größere Nachgiebigkeit zu zeigen, als wenn es mit Deutschland gemeinsame Sache bei einem Angriffskriege gegen Dänemark mache.

Nachdem Bismarck bemerkt, daß er dies wohl wisse, fuhr Buchanan fort: Unter anderen Fällen, welche nicht geeignet seien, das Vertrauen der englischen Regierung zu der Politik Preußens zu vermehren, bedauere er sehen zu müssen,

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell. d. d. 29. Januar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1498. S. 618.

daß die Lage des Prinzen von Augustenburg in Holstein durch die Anwesenheit der Truppen Oesterreichs und Preußens im Herzogthum nicht verändert worden sei.

Bismarck erwiderte, Seine Hoheit würde aus dem Herzogthum ausgewiesen worden sein, der preußischen Regierung sei aber gesagt worden, daß eine solche Maßregel nicht ohne Blutvergießen ausgeführt werden könne; außerdem seien die preußischen Truppen lediglich auf dem Durchmarsche durch das Herzogthum; die Offiziere derselben mischten sich in die Civilverwaltung der Bundeskommissare nicht ein.

Der Botschafter entgegnete darauf, der Prinz von Augustenburg sei aber Offizier in preußischen Diensten; ein Befehl des Marschalls Wrangel würde, wie ihm scheine, genügen, um seine Entfernung zu bewirken, denn er könne einem solchen Befehle nicht den Gehorsam verweigern, noch könne er denselben durch seine Entlassung umgehen, da der König das Recht haben würde, die nachgesuchte Entlassung nicht zu gewähren, so lange er den Befehlen Seiner Majestät oder denjenigen des preußischen Oberbefehlshabers in Holstein nicht Gehorsam geleistet habe.

Bismarck erklärte, er werde die Frage von neuem bei dem Könige zur Sprache bringen, da er glaube, daß, wenn der Prinz aus Holstein entfernt sei und der englischen Regierung befriedigende Versicherungen bezüglich der Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie ertheilt würden, diese Regierung gegen die Besetzung Schleswigs durch die Truppen Oesterreichs und Preußens weniger einzuwenden haben werde.

**Berlin**, den 2. Februar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. den Prinzen von Augustenburg.[1]

Der englische Botschafter Buchanan sprach abends mit Bismarck über die in Berlin eingetroffenen telegraphischen Berichte, wonach der Prinz von Augustenburg in den von den preußischen Truppen besetzten Dörfern und Städten Schleswigs als Herzog von Holstein proklamirt worden sei.

Bismarck erwiderte, man habe keine amtliche Bestätigung dieser Berichte erhalten, es seien aber bereits Befehle an den Feldmarschall Wrangel ergangen, worin der letztere an seine Pflicht, jede Demonstration dieser Art zu unterdrücken, erinnert werde.

**Berlin**, den 3. Februar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[2]

Bismarck theilte dem englischen Botschafter mit, in Eckernförde seien, nachdem der Platz von den Dänen geräumt worden sei, keine preußischen Truppen zurückgelassen worden. Baron Breuer, der bisherige österreichische Gesandte in Kopenhagen,

---

[1] Nach Buchanans Bericht vom 3. Febr. 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1505. S. 625.
[2] Nach Buchanans Bericht, d. d. 3. Februar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1506. S. 625.

habe zwischen Eckernförde und Kiel eine Abtheilung schleswig-holsteinischer revolutionärer Emissäre mit einem Wagen voll Kokarden, Bannern und bunten Lampen angetroffen, welche wahrscheinlich, sobald die Preußen die Stadt verlassen, in dieselbe eingerückt sei, und die Demonstration zu gunsten des Prinzen von Augustenburg aufgeführt hätte, welche die schleswig-holsteinische Presse in Holstein und Deutschland als die enthusiastische Proklamation Seiner Hoheit durch die Einwohner Eckernfördes beschrieben habe.

Bismarck fügte dieser Mittheilung die Bemerkung hinzu, er habe die Aufmerksamkeit des Königs auf die Nothwendigkeit, solche Vorkommnisse zu verhindern, gelenkt; Seine Majestät habe aber erwidert, es sei dem Heere unmöglich, in jedem Dorfe, welches die Truppen passirten, Detachements zurückzulassen.

Der Botschafter bemerkte, das sei zweifellos richtig, es sei aber genau so eingetroffen, wie Lord Russell vorausgesagt habe. Die Folge der Besetzung Schleswigs durch die Truppen Oesterreichs und Preußens würde sein, daß der Prinz von Augustenburg und seine Emissäre das Herzogthum in militärischen Besitz nehmen würden.

Bismarck erwiderte, er habe indessen vom Marschall Wrangel und dem Prinzen Friedrich Karl Telegramme erhalten, worin ihm versichert werde, ihnen sei nicht bekannt, daß bisher irgend eine schleswig-holsteinische Demonstration innerhalb der von ihren Truppen besetzten Bezirke vorgekommen sei.

Berlin, den 13. Februar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Bei Gelegenheit eines Besuches des englischen Botschafters Buchanan sprach Bismarck über den vorgeschlagenen Waffenstillstand zwischen den verbündeten Truppen Oesterreichs und Preußens und dem dänischen Heere und wiederholte seine Einwendungen dagegen, daß die Insel Alsen im Besitze des dänischen Heeres verbleibe, welches dadurch die Kräfte der Verbündeten auseinander schneiden könnte.

Buchanan versetzte, die gegenwärtige Truppenmacht auf Alsen könne für die verbündete Armee nicht gefährlich sein, und wenn der Waffenstillstand seitens Dänemarks angenommen werde, so könne eine Bestimmung getroffen werden, daß Verstärkungen auf die Insel nicht gebracht werden dürfen.

Bismarck erklärte, die Militärbehörden könnten diese Frage am besten beurtheilen, dieselben hätten sich bereits gegen den Vorschlag der englischen Regierung entschieden; er habe mit dem Könige über die Anregung des Botschafters, daß den Dänen Zeit und Gelegenheit zur Räumung der Insel gewährt werde, gesprochen und er glaube, Se. Majestät werde einem solchen Abkommen nicht entgegen sein, wenngleich es auch nothwendig sein würde, die Einzelheiten dabei den Befehlshabern der beiden Heere zu überlassen.

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 13. Februar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1534. S. 648.

Der Botschafter entgegnete, es müsse dem Ministerpräsidenten erinnerlich sein, daß er ihm keinen andern Vorschlag gemacht habe, als den, welchen er ihm als seinem Auftrage entsprechend bezeichnet habe; er habe lediglich angeregt, daß er vielleicht den Eindruck, welchen die Ablehnung des Vorschlages vermuthlich auf die Ansichten der englischen Regierung machen werde, mildern könnte, wenn damit das Anerbieten verbunden sei, dem dänischen Heere eine gewisse Zeit zur Räumung von Alsen zu gewähren, welches die preußischen Militärbehörden als nothwendig für die Sicherheit der verbündeten Armee ansähen.

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs bemerkte der englische Botschafter noch zu Bismarck, er glaube, es sei sehr unwahrscheinlich, daß die dänische Regierung in die Uebergabe Alsens an die Verbündeten willige, wenn sie, was er glaube, die Mittel zur Vertheidigung der Insel besäße.

**Berlin**, den 15. Februar 1864. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, betr. die Ueberschreitung der Grenze von Jütland.[1]

Graf Karolyi hob in einer Unterredung mit Bismarck hervor, daß eine Ueberschreitung der jütischen Grenze durch die verbündeten Truppen eine neue Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen erfordere, und sprach das Ersuchen aus, das Oberkommando anzuweisen, ohne solche Verständigung in Jütland nicht einzurücken.[2]

**Berlin**, den 19. Februar 1864. Unterredungen mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[3]

Bismarck sprach morgens dem englischen Botschafter gegenüber davon, daß die dänischen Kreuzer Befehl zur Wegnahme deutscher Schiffe auf See erhalten hätten und daß die dänische Regierung die Blockade der Küsten Deutschlands beabsichtige, und erklärte dabei, es würde für die Regierungen von Oesterreich und Preußen unter solchen Umständen ganz unmöglich sein, ihre Operationen auf das Herzogthum Schleswig zu beschränken, da das Land unzufrieden sein würde, wenn der Krieg nicht auf Jütland ausgedehnt werde. Nichts könne in der That die letztere Maßregel abwenden als ein sofortiger Waffenstillstand, welchen er anzunehmen bereit wäre, wenn die bereits gekaperten Schiffe zurückgegeben würden und die Dänen die Insel Alsen räumten, welche während einer etwaigen Konferenz neutral bleiben könnte. — Das war ein Zugeständniß gegen die von Bismarck in der vorigen Woche gestellten Bedingungen.

---

[1] Nach dem deutschen Generalstabswerke Bd. I. S. 230. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Preußen besetzte gleichwohl demnächst eine jütische Stadt. Ueber die politische Lage s. Generalstabswerk Bd. I. S. 230 f.

[3] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 20. Februar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1559. S. 666; Nr. 1560. S. 667 u. Nr. 1562. S. 669.

Der Botschafter erwiderte indes lediglich, die Dänen schienen nicht sehr wegen eines Waffenstillstandes besorgt zu sein, und theilte Bismarck mit, in welcher Weise Lord Russell dem Grafen Apponyi gegenüber sich bezüglich der Ansichten der englischen Regierung über die Maßregeln ausgesprochen habe, und welche Dänemark zur Abwehr der ungerechtfertigten Invasion seines Gebiets durch Oesterreich und Preußen ergriffen habe.

Der Botschafter fragte dann, welche militärischen Operationen vermuthlich inzwischen zur Vertreibung der Dänen aus Düppel vorgenommen werden würden, und nachdem Bismarck entgegnet hatte, die Position würde mittelst regulärer Laufgräben belagert werden, die Einnahme derselben sei lediglich eine Frage der Zeit, bemerkte Buchanan, es schiene ihm, daß, wenn die Stellung genommen und der Brückenkopf nach Alsen in den Händen der preußischen Truppen sei, es für die dänischen Truppen auf der Insel ganz unmöglich sein würde, nach dem Festlande herüberzukommen.

Bismarck antwortete, die Schwierigkeit, von der Insel herüberzukommen, sei aber nicht so groß, wie der Botschafter vermuthe, weil die Küste des Festlandes ganz von der Küste der Insel beherrscht werde.

Im Laufe einer an demselben Tage (19. Februar) nachmittags erfolgten Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan bemerkte Bismarck, es sei eine Deputation der schleswigschen Stände in Berlin angekommen, welche den König mit den Gesinnungen der Bevölkerung des Herzogthums bekannt machen und demnächst nach Wien gehen wolle, um dem Kaiser von Oesterreich eine ähnliche Mittheilung zu machen. Er habe mit einigen Mitgliedern der Deputation gesprochen und denselben vorgestellt, wie unangebracht ihre Unterstützung der Ansprüche des Prinzen von Augustenburg sei; denn wenn auch die Frage der Gültigkeit der Ansprüche Sr. Hoheit auf die Herzogliche Krone von Holstein vor der deutschen Bundesversammlung zur Verhandlung gelangen könne, so könne doch über seinen Anspruch auf die Souveränität in Schleswig nur durch ein europäisches Abkommen entschieden werden; auf die Weise würden sie ihre Sache vor zwei Richterstühle, welchen dieselbe wahrscheinlich nicht im gleichen Lichte erscheinen würde, bringen und könnten dadurch die Vereinigung von Schleswig und Holstein unmöglich machen. Dieser Gesichtspunkt schiene auf die Deputationsmitglieder Eindruck zu machen, und indem sie ihn baten, mit den übrigen Mitgliedern über die Sache zu sprechen, hätten sie ihm dargelegt, daß sie die Partei des Prinzen von Augustenburg als einzigen Weg, der einige Aussicht auf Befreiung von der dänischen Bedrückung zu bieten schiene, ergriffen hätten, daß ein zu diesem Ziele führendes Abkommen sie aber nicht zufriedenstellen würde, wenn es nicht auch die Vereinigung der beiden Herzogthümer sicherstelle.

Auf die Frage des Botschafters, ob Bismarck damit sagen wolle, daß die Herren, mit welchen er gesprochen, wahrscheinlich veranlaßt werden könnten, dem Könige gegenüber eine andere Sprache zu führen, als sie bei ihrer Ankunft die

Absicht hatten, entgegnete Bismarck, daß, da dieselben eine schriftliche Adresse an den König mit sich führten, sie eine Abänderung des Inhalts derselben nicht vornehmen könnten.

Der Botschafter bemerkte darauf, in der Stadt werde erzählt, Bismarck habe bei dem Empfange einer Deputation von Professoren der Kieler Universität gesagt, es wäre besser gewesen, den Herzog von Oldenburg als Kandidaten für die Souveränität des Herzogthums statt des Prinzen von Augustenburg aufzustellen.

Gewiß habe er das gesagt, erwiderte Bismarck; er habe aber den Herzog der Deputation gegenüber lediglich erwähnt, um zu zeigen, daß der Prinz von Augustenburg noch andere Mitbewerber neben dem Könige von Dänemark habe, wenn die Rechte des Letzteren beseitigt seien.

Dem Vernehmen nach bemerkte Bismarck einer anderen Persönlichkeit gegenüber, wenn der Vertrag beseitigt sei, würde der Kaiser von Rußland unzweifelhaft Anspruch auf einen großen Theil Holsteins haben, welchen Anspruch er wahrscheinlich geneigt sein werde, an den Herzog von Oldenburg abzutreten; deshalb könne der Prinz von Augustenburg nur einen sehr beschränkten Theil des Herzogthums beanspruchen, wofür er vielleicht einen Ersatz in dem Herzogthum Oldenburg erhalten könnte.

In Erwiderung auf einzelne Fragen, welche der englische Botschafter Buchanan an Bismarck in betreff der Mission des Generals Manteuffel nach Dresden, von wo der Letztere am Abend vorher zurückgekehrt war, gestellt hatte, bemerkte Bismarck, General Manteuffel habe gegen die Haltung, welche die sächsische Regierung gegenüber den preußischen Militärbehörden in Holstein eingenommen habe, remonstriren und darlegen sollen, daß die fortgesetzte Opposition der sächsischen Regierung gegen die Politik der beiden deutschen Großmächte in der Frage der dänischen Herzogthümer nicht ertragen werden könne. Man habe bisher keine genügende Antwort von der sächsischen Regierung erhalten. Mittlerweile sei General Manteuffel nach Hannover mit einer gleichen Mission gegangen; dieselbe trage aber einen freundschaftlicheren Charakter, weil Hannover sich der sächsischen Regierung und ihren Bundesgenossen bei ihrem feindlichen Vorgehen gegen Oesterreich und Preußen nicht angeschlossen habe.

Buchanan fragte, ob nicht die Frage vorliege, daß Sachsen und Hannover veranlaßt würden, ihre Truppen aus Holstein zurückzuziehen und die beiden Großmächte im Besitze der zwei Herzogthümer zu belassen.

Bismarck erwiderte, eine solche Abmachung sei die einzig vernünftige und mögliche, er beabsichtige, dieselbe bei der Bundesversammlung zu beantragen.

Der Botschafter fragte Bismarck ferner, was derselbe zu thun gedenke, wenn die Bundesversammlung ablehne, die Bundestruppen aus Holstein zurückzuziehen.

Nach der Antwort Bismarcks wollte es Buchanan scheinen, daß, wenn Oesterreich einwillige, den Rückzug jener Truppen mit Gewalt zu erzwingen, Bismarck ganz bereit sei, zu dieser äußersten Maßregel zu greifen.

Berlin, den 20. Februar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan besprach mit Bismarck die nach Berlin gelangte Nachricht, daß die preußische Armee die jütländische Grenze überschritten habe.

Bismarck sagte, diese Nachricht habe die höchste Unzufriedenheit bei dem Könige erregt, weil Se. Majestät am 15. Februar Befehle an den Marschall Wrangel übersandt habe, welche ausdrücklich bestimmt hätten, daß keine Truppen die Grenze ohne Befehl Sr. Majestät überschreiten sollten; da nun eine vom 18. Februar datirte Depesche aus dem Hauptquartier eingetroffen sei, welche angebe, daß dieser Befehl nicht die Vorposten der Armee so zeitig erreicht habe, um den Einmarsch derselben nach Jütland zu verhindern, so sei Marschall Wrangel zur Aeußerung darüber aufgefordert worden, warum die Befehle, welche er am 16. empfangen haben müsse, die Avantgarde der Armee nicht vor dem 18. erreicht haben.

Auf die Frage, ob die Truppen zurückgerufen werden würden, erwiderte Bismarck, obgleich diese Bewegung vorzeitig erfolgt sei, so glaube er doch, daß nicht nur Befehle, das jetzt besetzte Gebiet festzuhalten, ergehen würden, sondern daß die Truppen später angewiesen werden würden, von Zeit zu Zeit vorzurücken, je nachdem preußische Fahrzeuge von dänischen Kreuzern in der Folge aufgebracht würden. Es könne nicht erwartet werden, daß Preußen die Wegnahme seiner Schiffe und die Blockade seiner Häfen ruhig hinnehmen solle, wenn es Entschädigung für solche Verluste durch Erhebung von Kontributionen in Jütland erlangen könne, eine Schadloshaltung, zu welcher Preußen in Schleswig nicht schreiten dürfe, da seine Truppen zum Schutze der Bevölkerung dieses Herzogthums gegen dänische Bedrückungen eingerückt seien.

Berlin, den 21. Februar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der englische Botschafter Buchanan besprach morgens mit dem Ministerpräsidenten das Einrücken der preußischen Truppen in Jütland.

Letzterer bemerkte, General Moltke, welcher gerade von der Armee zurückgekehrt sei, habe dargelegt, daß die Grenze jener Provinz zuerst bei einem Scharmützel der Kavallerie überschritten worden sei und daß, da die am weitesten vorgeschobene Abtheilung der Armee beständig den Angriffen der Dänen ausgesetzt wäre, die Besetzung von Kolding zur Sicherheit und zum Schutze der Truppen nothwendig gewesen sei, welche bei dem gegenwärtigen rauhen Wetter nicht auf freiem Felde verweilen könnten.

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 20. Februar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1561. S. 668 und „Nat.-Ztg." Nr. 167 vom 10. April 1864.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 21. Februar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1572. S. 677 und „Nat.-Ztg." Nr. 167 vom 10. April 1864.

Der Botschafter entgegnete, daß aus gleichen Gründen die preußische Armee bis zum nördlichsten Punkte Jütlands würde vorrücken können; Lord Russell würde vielleicht denken, die Aufklärungen, welche der Botschafter am Tage vorher bezüglich der an Marschall Wrangel unterm 15. Februar abgegangenen Befehle erhalten, bedürften ihrerseits noch der Erklärung, da, wenn der Marschall nicht vorher die Ermächtigung zum Einrücken in Jütland erhalten habe, es eines gegentheiligen Befehles am 15. nicht bedurft haben würde.

Bismarck sagte, der Marschall habe ursprünglich den Befehl gehabt, Schleswig zu besetzen und, wenn er auf Widerstand treffe, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche er als nothwendig im Interesse der Sicherheit der Armee ansehen würde.

Ein Offizier, der in einem Lande Krieg führe, erwiderte der Botschafter, könne aber doch das Gebiet eines anderen und neutralen Staates nicht besetzen, um für die Sicherheit seiner Armee zu sorgen, und Jütland befinde sich nach den vorangegangenen Erklärungen Oesterreichs und Preußens in der Lage eines neutralen Staates in der gegenwärtigen Streitigkeit.

Bismarck versetzte, das würde der Fall gewesen sein, wenn die dänische Regierung die Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preußen acceptirt und nicht die Wegnahme deutscher Schiffe und die Blockade deutscher Häfen angeordnet habe; da aber Dänemark sich thatsächlich im Kriege mit Preußen befinde, könne Preußen die Feindseligkeiten nicht auf die Besetzung von Schleswig beschränken. Es würde daher der Befehl, ganz Jütland zu besetzen, ergehen, und Deutschland werde letzteres als Pfandobjekt zur Erlangung einer Entschädigung für die von dänischen Kreuzern weggenommenen deutschen Schiffe festhalten; würde indessen die provisorische Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preußen seitens Dänemark anerkannt und würden die weggenommenen Fahrzeuge zurückgegeben werden, so würden die preußischen Truppen die gedachte Provinz räumen.

Auf die Frage Buchanans, welche Aussicht eine Konferenz und Verhandlungen wegen Wiederherstellung des Friedens hätten, antwortete Bismarck, Preußen sei bereit, sofort in eine Konferenz mit den Mächten, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, einzutreten, der Einmarsch der preußischen Truppen in Jütland würde auf die in dieser Hinsicht abgegebene Erklärung Preußens aber nicht von Einfluß sein; seien aber erst viele Menschenleben bei der Eroberung der Düppeler Schanzen und der Insel Alsen geopfert worden, so würde eine der Eventualitäten vorliegen, welche Preußen zur Erhöhung seiner Ansprüche an Dänemark berechtigen werde.

Buchanan bemerkte, die englische Regierung werde, wie er glaube, eine solche Auslegung der Erklärung Preußens vom 31. Januar nicht acceptiren; und was die Opfer anbetreffe, welche behufs gänzlicher Besetzung Schleswigs nothwendig werden könnten, so würden dieselben, da die englische Regierung die letztere Maßregel als ungerechtfertigt betrachte, vermuthlich — wie sich in der That aus der Rede

Lord Russells im Oberhause ergebe — nicht bewirken, daß Preußen daraus ein Recht herleite, von seinen Großbritannien gegenüber gemachten Versprechungen abzugehen.

**Berlin**, den 27. Februar 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter hatte mit Bismarck über den von der englischen Regierung geäußerten Wunsch gesprochen, der dänischen Regierung eine Frist von vierzehn Tagen zur Entschließung darüber zu gewähren, ob sie die Einladung der englischen Regierung zu einer in London abzuhaltenden Konferenz behufs Berathung von Maßregeln zur Wiederherstellung des Friedens annehmen könne.

Einige Zeit später, da Buchanan glauben konnte, Bismarck habe inzwischen den König in der Angelegenheit gesprochen, fragte er den Ministerpräsidenten, ob er Lord Russell mittheilen könne, daß die preußische Regierung gegen die Gewährung der vorgeschlagenen Frist in Dänemark keinen Einwand zu erheben habe.

Bismarck erwiderte, die preußische Regierung sei jetzt zu einer Konferenz bereit, und es könne sein, daß sie auch vierzehn Tage später dazu bereit sei, er sei aber nicht in der Lage, bezüglich dieses Zeitraums eine bestimmte Verpflichtung einzugehen.

**Berlin**, zwischen dem 7. und 10. März 1864. Unterredung mit dem russischen Gesandten von Oubril in der schleswig-holsteinischen und der polnischen Frage.[2]

Der russische Gesandte von Oubril beglückwünschte Bismarck im Auftrage des Fürsten Gortschakow wegen der Erklärungen, welche Preußen in Uebereinstimmung mit dem Wiener Kabinett in der an die Mächte gerichteten offiziellen Note rücksichtlich der Occupation Jütlands durch die alliirte Armee und der Konferenzvorschläge abgegeben hatte.

Bismarck bemerkte dem russischen Gesandten, daß Dänemark sich augenscheinlich nicht dazu verstehen werde, auf der Basis des Minimums *seiner* Forderungen zu unterhandeln; Preußen glaube hinreichende Beweise seiner Mäßigung abgelegt zu haben, um jetzt einfach seine eigenen Interessen in Rücksicht zu ziehen.

Oubril sprach nachher noch von der polnischen Angelegenheit und von den befriedigenden Resultaten, welche die von den österreichischen Behörden seit der Proklamirung des Belagerungszustandes in Galizien getroffenen Maßnahmen gehabt hatten. Er theilte Bismarck mit, daß die letzten Berichte, die der russischen Regierung aus dem Königreiche zugegangen, es noch fürchten ließen, daß die Rebellion neuerdings aufflackere, und er fragte Bismarck, ob die preußische Regierung

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 27. Februar 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1594. S. 694. *Kohl* setzt das Datum der erstgedachten Unterredung auf den 26. Februar.

[2] „Köln. Ztg." Nr. 187 vom 7. Juli 1864. In *Kohls* Bismarck-Regesten übersehen.

es nicht für nothwendig erachten würde, um desto früher dieses Ziel zu erreichen, die ganze Provinz Posen in Belagerungszustand zu erklären.

Bismarck bat Oubril, dem Fürsten Gortschakow mitzutheilen, daß Preußen die Ansichten der russischen Regierung über die Wichtigkeit der sofortigen Unterdrückung der Rebellion im Königreiche vollkommen theile. Dasselbe habe all' seinen Einfluß in Wien aufgeboten, das Ersuchen der russischen Regierung betreffs der Verhängung des Belagerungszustandes in Galizien zu unterstützen, weil vor allem von letzterer Provinz aus der Aufstand im Königreiche immerfort unterhalten worden sei.[1]

**Berlin**, den 11. März 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Der englische Botschafter besuchte Bismarck; der Letztere las ihm die an den Grafen Bernstorff am 7. März gerichtete Depesche vor, welche die Gründe dafür darlegte, daß die Regierungen von Oesterreich und Preußen sich für die Ausdehnung des Krieges auf Jütland entschlossen hätten, und die Bedingungen mittheilte, unter welchen sie zur Annahme eines Waffenstillstandes und zum Eintritt in eine Konferenz behufs Wiederherstellung des Friedens bereit sein würden.

Buchanan benutzte die Gelegenheit, sich nach der Natur der Abmachungen, welche der vor einigen Tagen aus Wien zurückgekehrte General Manteuffel mit der österreichischen Regierung getroffen haben sollte, zu erkundigen.

Bismarck erwiderte ihm, die Abmachungen bezögen sich lediglich auf den Krieg mit Dänemark, natürlich könne Preußen aber Oesterreich nicht im Stich lassen, wenn letzterem infolge des Zusammenwirkens mit Preußen bei den gegen Dänemark ergriffenen Maßregeln Feindseligkeiten von seiten anderer Mächte drohten.

Darauf meinte Buchanan, Oesterreich könne aber vor Beginn des Sommers ohne Dazwischenkunft einer dritten Macht in Unruhen gerathen; er fragte daher Bismarck, ob Oesterreich bei dem Eintreten gleichzeitiger Bewegungen gegen seine Oberherrschaft in Venetien und Ungarn von Preußen Unterstützung erhalten würde.

Bismarck erwiderte, in dieser Hinsicht seien zwischen beiden Mächten keine Abmachungen getroffen worden, nichtsdestoweniger würde Preußen Oesterreich seine Beihülfe nicht entziehen, wenn dies zur Sicherung seiner Stellung als europäische Macht erforderlich werde. Er glaube indes nicht, daß Oesterreich irgend etwas von Ungarn zu fürchten habe, da der Kaiser die Unzufriedenheit seiner ungarischen Unterthanen, welche für die polnischen und italienischen Revolutionäre keine Sympathien hegten, durch Gewährung dessen, was sie vernünftigerweise verlangen könnten, zu

[1] Mit Oubril stand Bismarck nicht auf gutem Fuße.

[2] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 12. März 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1609. S. 705, und „Nat.-Ztg." Nr. 169 vom 19. April 1864.

beseitigen vermöge; er hege keinen Zweifel, daß dies geschehen werde, wenn eine aufständische Bewegung im Lande irgendwie wahrscheinlich sei.

Buchanan versetzte, wenn der Kaiser auf diese Weise seine Stellung im Innern stärken könnte, so sollte er doch nicht warten, bis die Gefahr vor der Thür stehe; sodann erkundigte sich der Botschafter nach dem Gang der Verhandlungen Oesterreichs und Preußens in Frankfurt.

Bismarck erwiderte, dieselben schritten im ganzen günstig vor; am 3. März sollte, wie Beust in den sächsischen Kammern angekündigt habe, von der Pfordten die Würzburger Vorschläge einbringen, die bayerische Regierung habe denselben aber auf die Vorstellungen Oesterreichs und Preußens hin telegraphisch angewiesen, die Anträge zurückzuziehen; dies habe indes indignirte Vorstellungen von seiten der anderen Theilnehmer an der Würzburger Konferenz hervorgerufen, und nachdem an von der Pfordten erneute Befehle wegen Einbringung der Vorschläge ergangen seien, müsse man jetzt sehen, ob die Politik des verstorbenen Königs von Bayern von seinem Nachfolger gutgeheißen werden würde.

**Berlin**, den 17. März 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter besprach mit Bismarck den von der englischen Regierung ausgegangenen Vorschlag, zur Beilegung des deutsch-dänischen Krieges eine Konferenz zu berufen. Buchanan theilte dem Ministerpräsidenten die Bedingung mit, unter welcher die dänische Regierung eine Konferenz acceptirt hatte; die englische Regierung habe ferner befürwortet, daß die von ihr vorgeschlagene Konferenz die Verhandlungen und Verpflichtungen von 1851 und 1852 zum Ausgangspunkt nehme, und daß die Erreichung eines Waffenstillstandes den ersten Berathungsgegenstand bilden sollte.

Bismarck bemerkte, Preußen habe schon seine Bereitwilligkeit, auf einer freien Konferenz mit Dänemark zusammenzutreffen, ausgesprochen, aber die jetzt von Dänemark vorgeschlagene Grundlage, welche als ein Gegenvorschlag betrachtet werden könne, sei ganz unzulässig. Der Vorschlag der englischen Regierung könnte indes so erläutert werden, daß er weniger Anlaß zu Ausstellungen biete, wiewohl jede Bezugnahme auf die Verpflichtungen von 1851—52 in Deutschland ungünstig aufgenommen werden würde.

Buchanan sagte, er glaube nicht, daß seine Regierung die Absicht hege, die endgültige Abmachung, über welche man sich verständigen möchte, infolge der Verpflichtungen von 1851—52 auf einen bestimmten Kreis zu beschränken; er glaube sich versichert halten zu dürfen, daß Bismarck dem von ihm gemachten Vorschlage zustimmen werde.

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 17. März 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1627. S. 718.

Bismarck erwiderte, es würde zuerst nothwendig sein, daß er den genauen Wortlaut, dem er nach dem Wunsche der englischen Regierung zustimmen solle, vor sich habe, und daß er den Befehl des Königs in der Sache einhole.

**Berlin**, den 19. März 1864, morgens. Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der englische Botschafter Buchanan hatte morgens eine Unterredung mit Bismarck über den von der englischen Regierung befürworteten Vorschlag, daß die Verhandlungen von 1851—52 bei der Konferenz, welche die englische Regierung behufs Wiederherstellung des Friedens in Nord-Europa einberufen habe, als Ausgangspunkt dienen sollten.

Bismarck begann das Gespräch, indem er bemerkte, daß er die Befehle des Königs in der Sache eingeholt habe, daß Seine Majestät und die Regierung indes der Meinung wären, es sei für Preußen unmöglich, an einer Konferenz auf der Grundlage von 1851—52 theil zu nehmen; die österreichische Regierung, welcher ein bezüglicher Vorschlag gemacht worden sei, habe sogleich nach Berlin telegraphirt, sie betrachte denselben für unannehmbar. Dänemark habe zwölf Jahre lang sich geweigert, die Versprechungen von 1851—52 zu erfüllen, unter dem Vorgeben, daß die Ausführung derselben unmöglich sei, jetzt nun, wo die englische Regierung eine freie Konferenz zur Wiederherstellung des Friedens vorgeschlagen habe und Oesterreich und Preußen zur Betheiligung an derselben bereit wären, beanspruche die dänische Regierung, die Bedingungen für den Zusammentritt der Konferenz zu diktiren, und schlage als Grundlage für die Verhandlungen Verpflichtungen vor, auf Grund deren es zwölf Jahre lang unmöglich gewesen sei, eine Beilegung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark zu erreichen.

Buchanan erwiderte, der Vorschlag der dänischen Regierung sei eine logische Folge der Erklärung, welche Oesterreich und Preußen über ihre Absichten bei dem Einmarsch in Schleswig am 31. Januar 1864 abgegeben hätten. Dieselben hätten damals gesagt, sie wären im Begriff, in das Herzogthum einzurücken, um die Ausführung der Versprechungen von 1851—52 zu erzwingen; und Dänemark, welches finde, daß es dem zu dem Behufe ausgeübten Druck nicht länger widerstehen könne, erkläre sich nunmehr bereit, mit jenen Mächten in eine Konferenz behufs Ermittelung eines Arrangements auf Grundlage jener Versprechungen einzutreten.

Bismarck bemerkte dazu, die dänische Regierung müsse aber begreifen, daß die Ereignisse des Krieges die Verpflichtungen von 1851—52 aufgehoben hätten, und daß sie im Jahre 1864 nicht hoffen dürfe, die gleichen Friedensbedingungen zu erreichen, welche ihr bei Beendigung des Krieges von 1848 gewährt worden seien.

Buchanan erwiderte, daß es ihm nicht um bestimmte Friedensbedingungen zu thun sei.

---

[1] Nach Buchanans Bericht an Russell, d. d. 19. März 1864. Staatsarchiv Bd. VI. Nr. 1628 (Kohl schreibt irrthümlich 1629). S. 719.

**Berlin**, den 31. März 1864. Unterredung mit dem französischen Botschafter Talleyrand in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Der französische Botschafter unterbreitet Bismarck den von Napoleon lancirten Gedanken, betr. die Ermittelung des Willens des schleswig-holsteinischen Volkes durch ein Plebiscit.

Bismarck bemerkte hierauf, ganz gewiß dächte auch Preußen, daß die Wünsche der Herzogthümer, namentlich soweit sie auf bestimmten Rechten und Bedürfnissen beruhten, in der Konferenz Rücksicht finden müßten. Zugleich aber machte er den Botschafter auf den Plan des großen Nord-Ostsee-Kanals aufmerksam, dessen Bedeutung auch für die französischen Handelsinteressen der Kaiser Napoleon, der sich so lebhaft für den Suez-Kanal interessire, am wenigsten verkennen würde.

**Berlin**, den 10. Mai 1864. Unterredung mit dem Kaiser Alexander II., betr. die schleswig-holsteinische Frage.[2]

Am 10. Juni 1864 abends hatte Bismarck eine längere Audienz bei dem Kaiser Alexander von Rußland; er sah hierbei den Kaiser von dem dringenden Wunsche auf Erhaltung des Friedens erfüllt. Wenn die Verlängerung der Waffenruhe mißlänge, sagte er, möge Preußen die Blockade ertragen, nicht nach Fünen übergehen, nicht durch einen solchen Schritt den Zorn Englands bis zu offenem Bruche steigern.

Bismarck räumte die schweren Gefahren einer solchen Wendung ein; „aber — sagte er —, es giebt Uebel, welche schlimmer sind, als der Krieg, und zu diesen müßte ich einen solchen Abschluß des dänischen Streites rechnen, welcher die Deutschen in Schleswig ungedeckt ließe, dadurch für Sr. Majestät den König, für sein tapferes Heer und für das preußische Volk eine schwere Demüthigung herbeiführte, und hiermit eine gefährliche Waffe in die Hände der Revolution liefern würde, gegen welche zu kämpfen die Hauptaufgabe der Regierung bleibt."

Der Kaiser stimmte hier lebhaft ein: „Möge Preußen stets an diesem Prinzip festhalten."

„Dazu aber — bemerkte Bismarck — wird es nöthig sein, die Umwandlung unserer äußeren Schwierigkeiten in innere zu verhüten; es kann uns nicht zugemuthet werden, die inneren Verlegenheiten, die sich das englische Kabinett durch seine dänische Politik künstlich geschaffen hat, auf Deutschland zu übertragen, und englische Kabinettsfragen auf Kosten unserer inneren Sicherheit zu schlichten."

Das Gespräch wandte sich dann auf die künftige Verfügung über die Herzogthümer. Der Kaiser drückte seine große Befriedigung über die freundliche Aufnahme der oldenburger Kandidatur in Berlin aus. Sehr eingenommen zeigte er sich dagegen in diesem Zusammenhang gegen die etwaige Möglichkeit einer preußischen Annexion.

---

[1] v. Sybel, Bd. III, S. 296.

[2] Nach Sybel, Bd. III. S. 340 f.

Bismarck entgegnete: „Wir würden deshalb keinen europäischen Krieg heraufbeschwören, aber wenn die Annexion uns angeboten würde, schwerlich in der Lage sein, sie abzulehnen."

„Nun — sagte der Kaiser —, dahin wird es schwerlich kommen; ich wüßte nicht, wer euch ein solches Anerbieten stellen sollte."

Von diesem Punkte lag der Uebergang nahe zu einer dringenden Aufforderung zu festem Zusammenhalten mit Oesterreich, zur Vermeidung eines Sonderabkommens mit Frankreich.

Bismarck erklärte: „Zu dem letzteren würde Preußen sich nur entschließen, wenn Oesterreich oder Rußland der Dritte im Bunde wäre."

Nochmals warnte der Kaiser, England nicht zu sehr zu reizen und es damit auf Frankreichs Seite hinüber zu treiben, da Napoleon höchst gefährliche Pläne spinne.

Bismarck blieb darauf fest bei der Erklärung, daß England allein sich schwerlich zum Kriege entschließen würde, Napoleon aber sich nicht verhehlen könne, daß ein Kampf am Rhein um eine deutsche Nationalsache nicht nur Deutschland einig und entschlossen finden, sondern auch eine Koalition der drei Ostmächte unvermeidlich in das Leben rufen würde. Denn keine von ihnen könne die Niederwerfung der anderen ertragen, und wenn französische Heere siegreich in Deutschland ständen, würde Rußland durch die Rücksicht auf Polen zur Theilnahme gezwungen sein, möge es seiner Neigung entsprechen oder nicht.

Der Kaiser schloß das Gespräch mit einer wiederholten Ermahnung, den Frieden Europas nicht in Gefahr zu setzen, meinte, man solle Schleswig durch eine Linie zwischen der Schlei und Flensburg theilen, bezeichnete übrigens selbst den Londoner Traktat von 1852 als einen überwundenen Standpunkt.[1]

Karlsbad, Juni 1864. Unterredung mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Rechberg, betr. die Zolleinigung mit Oesterreich und den Handelsvertrag mit Frankreich.[2]

Bei den Unterredungen Bismarcks mit dem Grafen Rechberg bildete auch die handelspolitische Frage den Gegenstand eingehender Besprechung. Bismarck benahm bei dieser Gelegenheit dem Grafen Rechberg jeden Zweifel darüber, daß Preußen zwar zu den intimsten kommerziellen Beziehungen mit Oesterreich unter gegenseitiger Gewährung aller zulässigen Erleichterungen bereit sei, aber in keinem Falle den französischen Handelsvertrag oder einen Theil desselben aufgeben werde, und daß Preußen nur auf dieser Grundlage auf weitere Verhandlungen eingehen

---

[1] Prinz Emil Sayn-Wittgenstein, in Begleitung des Kaisers von Rußland, hatte auch eine Besprechung mit Bismarck, von der Ersterer behauptet, sie sei „drôle" gewesen, den Inhalt hat Wittgenstein leider seinen Memoiren nicht einverleibt. (Souvenirs et correspondance. Bd. II. S. 313.)

[2] Nach Bismarcks Erlaß an den Botschafter Grafen von der Goltz in Paris, d. d. 28. Juni 1864, in meinen Aktenstücken zur Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. I. S. 25 f.

werde. Daß Graf Rechberg dieser Erklärung Bismarcks Glauben schenkte, bewies die von ihm ausgesprochene Absicht, direkte Unterhandlungen mit Frankreich versuchen zu wollen, um zu konstatiren, inwieweit es für Oesterreich möglich sei, mit Preußen und Frankreich in fernere Handelsbeziehungen zu treten.

*

Ich will hier eine Schilderung einschalten, welche der damalige französische Gesandte in Wien, Herzog von Gramont, über Bismarcks Auftreten in Karlsbad im Sommer 1864 entworfen hat,[1] bei deren Lektüre man sich nur immer daran erinnern muß, daß dieselbe einer Feder entstammt, der alles weniger am Herzen lag, als Bismarck in günstigem Lichte erscheinen zu lassen.

Der preußische Minister war noch nicht der ermüdete Staatsmann wie später. Er folgte keiner vorgeschriebenen Lebensweise, rauchte von morgens bis abends, manchmal auch vom Abend bis zum Morgen, und zur Cigarre fügte er gern andere Erregungsmittel, ohne Schonung für seine Gesundheit. Zuweilen stieg er von der Anhöhe, auf der er wohnte (Helenenhof bei Karlsbad), herab, mischte sich unter die Gruppen der Gäste im Goldenen Elephanten, ließ sich fremden Damen vorstellen und zeigte das Bestreben, liebenswürdig gegen sie zu sein. Seine äußere Erscheinung war von außerordentlicher Einfachheit, aber mehr von der Einfachheit eines Geschäftsmannes als eines Landmannes, mit Ausnahme eines weichen zerdrückten Filzhutes, an dem man erkennen konnte, daß Bismarck nicht von einem Besuche beim Könige zurückkam.

Es sind verschiedene Porträts von ihm erschienen, welche den Fehler haben, zu sehr gekünstelt zu sein. Es ist wahr, daß er damals noch nicht so viele Dinge geschaffen und vernichtet hatte. Man konnte indes leicht in seiner Gesellschaft bemerken, daß Scherzen nicht seine Sache war. Sein Lächeln beschränkte sich auf ein Kräuseln der Lippen (plissure de lèvres); er lachte nicht mit den Augen und schien beim Sprechen die Zähne zusammen zu halten, was seiner Sprache, besonders im Französischen, einen eigenthümlichen Accent gab. Mehr Preuße als Deutscher, hatte er nicht jenes gemüthliche Aeußere, welches man oft beim Verkehr mit Süddeutschen antrifft. Man hatte die Empfindung, daß er immer kampfbereit sei, wenngleich er ein gewisses Sichgehenlassen in der Unterhaltung affektirte und alle geheimen Angelegenheiten leicht zu nehmen schien. Mit einem Worte, er war immer Staatsbeamter und man bemerkte, daß er kaum mit anderen als mit Staatsbeamten verkehrte. Das ist der Eindruck, den er auf Diejenigen machte, die ihn außerhalb der Staatsgeschäfte sahen.

In seinen amtlichen Beziehungen hatte er noch nicht die, so zu sagen, despotische Autorität, die ihm die Gewohnheit des Erfolges gegeben zu haben scheint; aber er war schon ungeduldig bei jedem Widerspruch und machte sich durch die absolute Art seiner Doktrinen und die Kühnheit seiner Gedanken bemerkbar. Alles faßte sich für ihn in eine Frage der Gewalt zusammen. Und wenn er manchmal, aber selten genug, das öffentliche Recht oder die öffentliche Meinung in Erwägung zog, so geschah dies nicht wegen ihres moralischen Werths, um den er sich nicht kümmerte, sondern wegen des Widerstandes, den die Außerachtlassung desselben bei Männern oder Völkern, die damit mehr Umstände machten wie er, finden konnte. Von diesem Gesichtspunkte aus konnten das Recht und die öffentliche Meinung in einem gegebenen Augenblicke eine Kraft werden und er beschäftigte sich deswegen von Zeit zu Zeit damit.

Deshalb hat man ihn bei gewissen Anlässen sorgfältig ein System von Scheingründen anwenden sehen, um das Recht auf seiner Seite zu haben. So hat er z. B. an den Grafen von Bernstorff in London geschrieben, er solle versuchen darzulegen, daß Preußen und Oesterreich den Friedensvorschlag Lord Russells angenommen, daß aber die Dänen ihn verworfen hätten.

---

[1] Vergl. Memor (Gramont): l'Allemagne nouvelle. S. 116 ff.

Später sieht man auch, wie er sich einige Mühe giebt, Europa zu überzeugen, daß im Jahre 1866 Preußen den Frieden wollte, daß aber Oesterreich es provozirt und zum Krieg gezwungen habe. Man sieht ihn vier Jahre später auch den Versuch machen, die fremden Mächte von seiner friedlichen Langmuth gegen Frankreich zu überzeugen.

•

Wie Bismarck über den Herzog von Gramont dachte, erhellt aus einem seiner Tischgespräche in Versailles. Danach wunderte sich der Bundeskanzler, daß Gramont, dieser gesunde, kräftige Mann, nach dem Mißglücken seines 1870 gegen Deutschland gemachten Anschlages nicht in ein Regiment eingetreten sei, um seine Dummheit zu sühnen. Groß und stark genug dazu wäre er reichlich. „Ich hätte es anders gemacht 1866, wenn es nicht gut gegangen wäre," fügte er hinzu. „Ich wäre sofort in ein Regiment eingetreten; ich hätte mich ja lebendig nicht mehr sehen lassen können." Und an einer andern Stelle: „Der große, starke Gramont paßte ganz gut zum Kriegsgewerbe."

Wien, zwischen 22. und 30. Juli 1864. Unterredung mit dem englischen Botschafter in Wien Lord Bloomfield in der schleswig-holsteinischen Frage.[1]

Während der Anwesenheit Bismarcks in Wien drückte Lord Bloomfield, der englische Gesandte daselbst, ihm den Wunsch seiner Regierung aus, daß Preußen und Oesterreich der dänischen Krone nicht zu harte und unerträgliche Bedingungen auferlegen möchten.

Bismarck antwortete, daß nichts seiner Absicht ferner liege, als eine ungerechte Strenge, und daß Preußen nur jene Forderungen stellen würde, die das nothwendige Ergebniß der Lage seien.

Sommer 1864. Mehrere Unterredungen mit dem russischen Kanzler Fürsten Gortschakow, betr. die geplante Monarchenbegegnung und das englisch-französische Bündniß.[2]

Bismarck versuchte bei den Unterredungen mit dem Fürsten Gortschakow den Widerstand Rußlands gegen eine geplante Zusammenkunft des Königs von Preußen und des Kaisers von Oesterreich mit den Kaisern von Rußland und Frankreich zu überwinden.

Gortschakow klagte über die Undankbarkeit der französischen Regierung und machte ihr den Vorwurf, daß sie die Bemühungen nicht anerkenne, welche er gehabt habe, um von seinem Souverän die Anerkennung des Königreichs Italien zu erlangen. Es habe sich dabei in der That um einen Bruch mit alten Traditionen gehandelt und es wäre nicht leicht gewesen, dies Opfer von seiten des Kaisers zu erreichen. „Ich habe an die französische Allianz geglaubt und bin fast ein Opfer derselben gewesen; ich will nicht weiter der Dumme sein, ich überlasse diese Rolle denjenigen, welche sie versuchen wollen."

---

[1] Nach einer Depesche Bismarcks an den Botschafter in London, d. d. 9. August 1864. Staatsarchiv Bd. VII. Nr. 1696. S. 218.

[2] Memor: l'Allemagne nouvelle. S. 152 f. Die Unterredung ist wohl apokryph; siehe auch Kohl, Bismarck-Regesten Bd. I. S. 238 Anmerkung.

Bismarck erwiderte, nach seiner Meinung liege der Grund seines (Gortschakows) Irrthums darin, daß er die besondere Natur der Bande, die Frankreich und England aneinander fesselten, nicht gehörig in Betracht gezogen habe. Gortschakow habe geglaubt, das Band zerreißen zu können, was böte er aber als Ersatz? Die Anerkennung des Königreichs Italien müsse ohne Zweifel als ein der französischen Politik erwiesener Dienst angesehen werden; das sei aber ein indirekter Dienst gewesen, der nicht in Parallele treten könne mit den reellen Vortheilen oder fühlbaren Verlusten, welche die Fluktnationen der englisch-französischen Allianz in beiden Ländern herbeiführen würden. So intim übrigens auch diese Beziehungen Frankreichs zu Englands seien, so könnten sie doch niemals für das übrige Europa ein gewichtiger Grund zur Beunruhigung sein, und nach seiner (Bismarcks) Meinung sei es sehr unnütz, große Anstrengungen zu machen oder Opfer zu bringen in der Absicht, die anglo-französische Allianz zu brechen. Letztere sei ihrer ganzen Natur nach unvermeidlichen Wechselzuständen unterworfen, die deren Gefahren für die anderen Staaten erheblich abschwächten.

Man werde in Frankreich sehr wohl wissen, daß in einem gegebenen Augenblick England seinen Verbündeten, selbst inmitten einer gemeinsamen Aktion, im Stiche lassen werde, wenn die zu erreichenden Vortheile nicht mehr im Verhältniß zu den Opfern ständen oder wenn der Ruhmesantheil und die Vortheile seiner Erwartung nicht entsprächen.

Man hätte also sehr unrecht, aus der anglo-französischen Allianz ein Schreckbild zu machen, denn zwischen den Gliedern dieser Kette gäbe es oft Zwischenräume, wo auch andere Bande ihren Platz finden könnten, wenn die Umstände ihre Nützlichkeit bewiesen.

# Viertes Kapitel.

## Vom Abschluß des Friedens mit Dänemark bis zum Ende der Allianz Preußens mit Oesterreich.

(Vom 1. August 1864 bis 9. Februar 1866.)

Kürzlich brachte die „Neue Freie Presse“ (Nr. 12403 vom 3. März 1899) einen Bericht über Aeußerungen des jüngst verstorbenen Grafen Rechberg, betreffend die letzte Periode seines ministeriellen Wirkens. Der Gewährsmann der „Neuen Freien Presse“ hatte, wie er erzählt, in Schloß Kettenhof am 6. Juni 1892 vorgesprochen; infolge eines Erinnerungsfehlers, der bei der Länge der seither verstrichenen Zeit begreiflich wäre, zieht er zwei Thatsachen zusammen, die in Wirklichkeit weit auseinander liegen. In dem Berichte heißt es:

Als dann Bismarck mit dem König von Preußen nach dem Kriege nach Wien kam, schlug ich spät nachts in Schönbrunn Bismarck, mit dem ich konferirte, ein inniges Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen vor; beide zusammen, sagte ich, seien so stark, daß ohne unsere Erlaubniß in Europa kein Kanonenschuß gelöst werden könnte. Bismarck sagte hierauf, er könne sich ohne Krieg nicht mehr halten. Ich wies ihn darauf auf Napoleon hin, der sich auch ohne Krieg nicht mehr halten könne, und schlug Bismarck vor, daß wir vereint über Napoleon herfallen sollten. Bismarck sagte dann nach einigen Einwürfen, daß sich darüber reden ließe, und forderte mich auf, diesfällige Vorschläge zu entwerfen. Noch spät in der Nacht fuhr ich in mein Ministerium, ließ mir den Referenten für deutsche Angelegenheiten (Biegeleben) rufen und beauftragte denselben, mir sofort einen Bündnißvertrag mit Preußen zu entwerfen. Biegeleben sagte mir aber trocken ins Gesicht: „Zu solchen Dingen gebe ich mich nicht her,“ worauf ich demselben sagte: „So werde ich es mir selber machen,“ was ich auch that. Den nächsten Tag sollten beide Monarchen konferiren. Zu diesem Behufe war vorher Ministerrath angesagt. Ich begab mich zu demselben mit meinem Entwurfe. Zu meinem größten Befremden sah ich am Konferenztische Biegeleben. Ich protestirte gegen dessen Anwesenheit, da derselbe als mein Untergebener weder Sitz noch Stimme im Ministerrathe habe; meine Protestation nützte jedoch nichts, da mir mitgetheilt wurde, Biegelebens Anwesenheit wäre höchstenorts befohlen worden. Ich beantragte sohin ein inniges Zusammengehen mit Preußen, drang aber damit nicht durch, da über Nacht die Stimmung umgeschlagen hatte. Ich wurde überstimmt und ein kategorisches Vorgehen gegen Preußen beschlossen, worauf ich sofort nach der Sitzung meine Demission gab.“

Diese Darstellung steht, wie von anderer Seite hervorgehoben wurde,[1] mit den Thatsachen in Widerspruch, da der Aufenthalt des Königs Wilhelm und seines Ministers in Wien vom 20. bis 25. August 1864 währte, Rechberg dagegen sein Demissionsgesuch erst zwei Monate später, nämlich am 21. Oktober, einreichte und am 27. Oktober seine Entlassung erhielt. Schon darum muß man eine größere Zuverlässigkeit der bei Friedjung („Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland", Bd. II, Anhang S. 529) enthaltenen Darstellung beimessen, die gleichfalls aus dem Munde Rechbergs stammt — den der Verfasser am 13. Juni 1890 besuchte — und die, entgegen dem Berichte des Gewährsmannes der „Neuen Freien Presse", auch ausdrücklich erklärt, daß beide Monarchen die Punktationen billigten. Der Unterschied ist sehr bedeutungsvoll. Die betreffende Stelle lautet: „Bismarck willigte auf mein (Rechbergs) Drängen ein, Abmachungen für den Fall eines Angriffs seitens Frankreichs zu treffen. Es war Mitternacht und ich eilte sofort zu Biegeleben, ihm das Besprochene mittheilend, und forderte ihn auf, einen Vertragsentwurf in diesem Sinne abzufassen. Biegeleben aber, der Preußen mißtraute und keine nähere Verbindung mit ihm wünschte, erklärte, er gebe sich nicht dazu her und weigerte sich, den Vertrag zu entwerfen. Ich stellte darauf die wichtigsten Punkte fest und legte sie am nächsten Tage bei der Zusammenkunft beider Monarchen vor. Sie billigten die Punktationen und damit trennten sich die Herrschaften. Aber unterdessen wurde meine Position im Ministerium schwächer und eines Tages kam Esterhazy zu mir und sagte: „Der Kaiser wünscht, daß Sie ihm den Dienst erweisen, Ihre Demission zu geben." Uebrigens hatte ich mir am Hofe auch deshalb Feinde gemacht, weil ich auf das Entschiedenste der Annahme der mexikanischen Kaiserkrone durch Erzherzog Max widerstrebt hatte. Mein Rücktritt vollzog sich in folgender Weise. Ich erhielt eine Einladung zu einer Ministerrathssitzung, der letzten, der ich beiwohnte. Ich war erstaunt, meinen Hofrath Biegeleben dort zu sehen, der nicht hingehörte. Biegeleben legte den Entwurf einer Note gegen Preußen vor, der ich opponirte, aber ich wurde überstimmt und ich erklärte, infolgedessen meine Entlassung geben zu müssen. Ich gab eine Erklärung zu Protokoll, daß die Hervorkehrung des Gegensatzes zu Preußen zum Kriege führen müsse, und vor einem solchen Wagnisse müßte ich warnen."

Der Stimmungswechsel an entscheidender Stelle hat sich also nicht etwa plötzlich und räthselhaft innerhalb weniger Stunden, sondern allmählich im Laufe zweier Monate vollzogen, und zwar infolge von Ereignissen, die seither wohl zum größten Theile bekannt geworden sind, und als deren letztes Bismarck selbst die Haltung des preußischen Ministeriums in den Zollvertragsverhandlungen bezeichnet.

Wäre das von Rechberg geplante Bündniß zu stande gekommen, so hätte die Weltgeschichte leicht einen anderen Verlauf nehmen können.

Bismarck soll selbst nachträglich den Ausspruch gethan haben: „Wenn Rechberg im Amte geblieben wäre, so hätten nicht die Waffen zwischen Preußen und Oesterreich entscheiden müssen."[2]

---

[1] Nach den in der „Deutschen Revue", Januarheft 1899, S. 93, veröffentlichten Tagebüchern des Professor Dr. von Schulte erklärte Graf Rechberg Bismarck: er lebe der festen Ueberzeugung, daß nur ein unbedingtes Zusammengehen von Oesterreich und Preußen Deutschland zum Heil gereichen könne; er begreife, daß Preußen den Krieg gegen Dänemark nicht geführt habe, um einen neuen kleinen Fürsten zum Nachbarn zu bekommen. Rechberg schlug Bismarck ein unbedingtes Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen und Oesterreich vor. Bismarck verhielt sich längere Zeit rückhaltend; schließlich kam es zwischen den beiden Staatsmännern zu einem förmlichen, von ihnen schriftlich fixirten Uebereinkommen. Rechberg hielt dem Kaiser darüber Vortrag, welcher nicht sofort zustimmte, sondern seine Entscheidung aussetzte.

[2] Es mag hier noch erwähnt werden, wie Graf Rechberg sich vor vier Jahren einem Interviewer gegenüber über Bismarck geäußert hat: „Große Wichtigkeit hatte man — so bemerkte

Schönbrunn, den 22. August 1864. Konferenz mit dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Preußen und dem Minister Grafen Rechberg, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Bismarck machte bei dieser diplomatischen Konferenz dem Kaiser von Oesterreich gegenüber geltend: Zu einer politischen Gemeinschaft geschichtlich berufen, machten Oesterreich und Preußen dynastisch und politisch beiderseits bessere Geschäfte, wenn dieselben zusammenhielten und diejenige Führung Deutschlands übernähmen, welche denselben nicht entgehen werde, sobald sie einig seien. Wenn Preußen und Oesterreich sich die Aufgabe stellten, nicht bloß ihre gemeinsamen Interessen, sondern auch beiderseits jedes die Interessen des andern zu fördern, so könne das Bündniß der beiden deutschen Großstaaten von einer weittragenden deutschen und europäischen Wirksamkeit werden. Der Staat Oesterreich habe kein Interesse an der Gestaltung der dänischen Herzogthümer, dagegen ein erhebliches an seinen Beziehungen zu Preußen. Sollte aus dieser zweifellosen Thatsache nicht die Zweckmäßigkeit einer für Preußen wohlwollenden Politik hervorgehen, die das bestehende Bündniß der beiden deutschen Großmächte konsolidirt und in Preußen Dankbarkeit für Oesterreich erweckt? Wenn die gemeinsame Erwerbung statt in Holstein in Italien läge, wenn der Krieg, den Oesterreich und Preußen geführt, statt Schleswig-Holstein die Lombardei zur Verfügung der beiden Mächte gestellt hätte, so würde es ihm (Bismarck) nicht eingefallen sein, bei seinem Könige dahin zu wirken, daß Wünschen seines Verbündeten ein Widerstand entgegengesetzt oder die Forderung eines Aequivalents erhoben würde, wenn ein solches nicht zu gleicher Zeit disponibel wäre. Oesterreich aber für Schleswig-Holstein altpreußisches Land abzutreten, das würde kaum möglich sein, selbst wenn die Einwohner es wünschten; in Glatz protestirten

---

Rechberg — in Wien Bismarcks Person immer beigemessen. Nur hat man nicht ahnen können, daß Glücksumstände ihn in so seltenem Maße begünstigen würden. In Bismarcks Verhältniß zu unserer Monarchie sind zwei ganz verschiedene Phasen zu verzeichnen. So lange wir ihm im Wege standen, war er unser erbitterter Feind und scheute vor keinem Mittel zurück, um uns zu schaden. Mit dem Augenblicke, da wir seinen Bestrebungen nicht mehr hinderlich waren, verwandelte er sich in unseren aufrichtigen Freund, und jetzt ist er das wirklich. Uebrigens waren, so lange die Verhältnisse sich nicht geklärt hatten, ihm gegenüber in den offiziellen Wiener Kreisen zweierlei Strömungen geltend. Eine Partei wollte ihn von König Wilhelm und dem Kronprinzen Friedrich, die als Gegner jeder kriegerischen Unternehmung galten, abtrennen, ihn isoliren und stürzen; eine andere meinte, ein Krieg sei unvermeidlich, denn es werde Bismarck früher oder später gelingen, einen über die Suprematie in Deutschland entscheidenden Kampf zwischen Preußen und Oesterreich herbeizuführen."

Graf Rechberg betonte, er habe sich nie darüber getäuscht, daß in Bismarcks Programm der Krieg mit Oesterreich einen Hauptpunkt bildete. — Rechberg ist am 26. Februar 1899 in Schloß Kettenhof bei Wien im Alter von fast 93 Jahren gestorben. Nekrologe in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" Nr. 59 vom 28. Februar 1899, der „Magdeburgischen Ztg." Nr. 109 vom 28. Februar 1899, Wiener „Neuen Freien Presse" Nr. 12400 vom 28. Februar 1899, „Münchener Allgem. Ztg." Nr. 60 vom 1. März 1899.

[1] Nach Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Bd. I. S. 344.

aber sogar die dort angesessenen Oesterreicher dagegen. Er (Bismarck) habe das Gefühl, daß die vortheilhaften Ergebnisse der Freundschaft der deutschen Großmächte mit der holsteinischen Frage nicht abgeschlossen wären, und daß sie, wenn jetzt in der äußersten Entfernung von dem österreichischen Interessengebiet gelegen, doch ein andermal sehr viel näher liegen könnten, und daß es für Oesterreich nützlich sein werde, jetzt Preußen gegenüber freigebig und gefällig zu sein.

Es schien Bismarck, daß die von ihm aufgestellte Perspektive auf den Kaiser Franz Joseph nicht ohne Eindruck blieb. Er sprach zwar von der Schwierigkeit, der öffentlichen Meinung in Oesterreich gegenüber ganz ohne Aequivalent aus der gegenwärtigen Situation hinauszugehen, wenn Preußen einen so großen Gewinn wie Schleswig-Holstein mache, schloß aber mit der Frage, ob Preußen wirklich fest entschlossen sei, diesen Besitz zu fordern und einzuverleiben.

Bismarck hatte den Eindruck, daß der Kaiser Franz Joseph doch nicht für unmöglich hielte, Preußen seine Ansprüche auf das von Dänemark abgetretene Land zu cediren, wenn ihm die Aussicht auf ein ferneres festes Zusammenhalten mit Preußen und auf Unterstützung analoger Wünsche Oesterreichs durch Preußen gesichert würde. Er stellte zur weiteren Diskussion zunächst die Frage, ob Preußen wirklich fest entschlossen sei, die Herzogthümer zu preußischen Provinzen zu machen, oder ob Preußen mit gewissen Rechten in ihnen, wie sie in den sogenannten Februarbedingungen später formulirt worden sind, zufrieden sein würde. Der König schwieg und Bismarck brach dieses Schweigen, indem er dem Kaiser antwortete: „Es ist mir sehr erwünscht, daß Eure Majestät mir die Frage in Gegenwart meines allergnädigsten Herrn vorlegen; ich hoffe bei dieser Gelegenheit seine Ansicht zu erfahren.“ Bismarck hatte nämlich bis dahin keine unumwundene Erklärung des Königs weder schriftlich noch mündlich über Sr. Majestät definitive Willensmeinung bezüglich der Herzogthümer erhalten.

Die mise en demeure durch den Kaiser hatte die Folge, daß der König zögernd und in einer gewissen Verlegenheit sagte: er habe ja gar kein Recht auf die Herzogthümer und könne deshalb keinen Anspruch darauf machen. Durch diese Aeußerung, aus welcher Bismarck die Einwirkung der Königlichen Verwandten und der hofliberalen Einflüsse heraushörte, war er natürlich dem Kaiser gegenüber außer Gefecht gesetzt. Bismarck trat demnächst noch für das Festhalten der Einigkeit beider deutschen Großmächte ein, und es wurde die oben gedachte, dieser Richtung entsprechende kurze Redaktion, in der die Zukunft Schleswig-Holsteins unentschieden blieb, von Rechberg und Bismarck entworfen und von den beiden hohen Herren genehmigt.[1]

[1] Eine Variante bezüglich dieser Konferenz findet sich in dem Werk von Dr. Heinrich Friedjung: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland. Nach Friedjung hätte die Besprechung im Oktober 1864 stattgefunden; dies ist aber nicht möglich. Bismarck traf am 20. August 1864 in Schönbrunn ein, verweilte daselbst bis 26. August, begab sich alsdann nach Deutschland zurück und am 5. Oktober nach Frankreich; 29. Oktober Rückkehr nach Berlin.

**Kettenhof bei Wien, den 25. August 1864. Unterredung mit verschiedenen Diplomaten und Staatsmännern, betr. die Verhältnisse Preußens zu Oesterreich.**[1]

Der österreichische Minister des Aeußern Graf Rechberg gab zu Ehren Bismarcks ein großes Diner in seinem Landhause Kettenhof bei Schwechat, an welchem die Botschafter der Mächte in Wien und hohe österreichische Beamte theilnahmen.

Nach dem Diner führte Bismarck, in einer Fensternische stehend, mit mehreren Gästen ein längeres animirtes Gespräch, in dessen Verlauf er sich folgendermaßen äußerte:

Er sprach von dem letzten gemeinsamen Kampfe Preußens und Oesterreichs gegen Dänemark. Er that es in sehr maßvollen Ausdrücken, machte davon weiter kein Rühmens; er gab zu, daß die Düppeler Lorbeeren zu leicht errungen worden seien, als daß man darauf besonders stolz sein könne. Er sprach von dem Kriege, mehr um Aufklärung darüber zu geben, fast um ihn zu entschuldigen. Er fand ihn bedauerlich, beglückwünschte sich aber zu dem Ausgange, der ganz Europa die enge Verbindung der beiden deutschen Großmächte vor Augen geführt habe; er legte dar, wie eine wirklich freundschaftliche und unparteiische Intervention sehr wahrscheinlich eine friedliche Lösung der Sache herbeigeführt haben würde.

Insbesondere sagte er, die Beschwerden des deutschen Bundes gegen Dänemark waren, wiewohl sehr alten Datums, doch derartig, daß eine Beilegung auf friedlichem Wege möglich war, und es ist sehr wahrscheinlich, daß darum niemals ein Krieg entstanden wäre, wenn es sich um Beziehungen eines Einzelstaates zu einem anderen Staate gehandelt hätte. Zum Unglück für Dänemark gehörte das fragliche Gebiet zum Deutschen Bunde, d. h. zu einer Vereinigung, bei der die Verantwortlichkeit getheilt und verwischt war, wo Jeder lauter reden wollte als sein Nachbar. Die Kriegslust der kleinen deutschen Staaten war um so mehr entflammt, als sie durchaus fühlten, daß im gegebenen Augenblick die Last des Krieges fast ausschließlich den beiden großen Bundesgenossen zufallen würde. Hinsichtlich des Ruhms, des nationalen Aufschwungs, der deutschen Beschlüsse träumten und sprachen sie von der Gleichheit der Verhältnisse im Bunde; hinsichtlich des Kampfes und der Lasten ließen sie Unterschiede zu. Daher die Aufwallung in Kleindeutschland und die verhältnißmäßig reservirte Haltung der beiden Großmächte bei Beginn des Konflikts, und wenn in diesem Augenblick eine intelligente und beharrliche Intervention erfolgt wäre, so wäre es vielleicht möglich gewesen, den Krieg zu vermeiden.

Nun erfolgte diese Intervention nicht in wirksamer Weise, und die Lage hatte sich durch die Rivalität der beiden großen Bundesmächte komplizirt. Die eine, Preußen, die auf den damals sogenannten nationalen Elan verzichtete, hatte den Gedanken gehabt, sich zum Arm und Degen des gemeinsamen Vaterlandes zu

[1] Nach Memor (Gramont): l'Allemagne nouvelle. S. 143 u. folg.

machen. Sogleich war Oesterreich in die Linie eingerückt und die beiden deutschen Großmächte hatten, da eine der andern nicht das ausschließliche Vorrecht, allein für den Bund gegen Dänemark zu kämpfen, überlassen wollte, sich zum gemeinsamen Kampfe verbunden.

Im Laufe der Unterhaltung bemerkte einer der Theilnehmer, daß Rußland besser als jede andere Macht mit Erfolg hätte interveniren können, denn die russische Regierung sei durch ihre Beziehungen zu Dänemark und Preußen vollkommen in der Lage gewesen, auf beide einen heilsamen Einfluß auszuüben.

Ohne Zweifel, versetzte ein anderer der Zuhörer, und dieser Einfluß wäre sicher ausgeübt worden, wenn es sich nur um Preußen und Dänemark gehandelt hätte, aber es handelte sich um Deutschland, und das russische Kanzleramt halte sich gern von allem, was Deutschland betreffe, fern. Der Kanzler sei, wie man sage, antideutsch aus Prinzip, aus Politik und sogar etwas aus Erfahrung. Man erzähle, daß nach einem Aufenthalte als Minister oder Geschäftsträger in Wien in seiner Jugend er diese Residenz, sehr wenig befriedigt über den ihm daselbst zu theil gewordenen Empfang, verlassen habe, und daß diese schlechte Erinnerung ihn seitdem gegen die Deutschen beeinflusse.

Bei diesen Worten wurde Bismarck erregt, wie wenn er persönlich interpellirt worden wäre.

„Aber ich sehe nicht ein — sagte er — inwiefern der Empfang, der einem russischen Minister in Wien zu theil geworden, auf seine Gesinnungen hinsichtlich Deutschlands von Einfluß sein kann. Wir in Berlin betrachten Wien in diesem Augenblick als nicht-deutsche Stadt, und was in Wien vorgeht, nicht als in Beziehung zu Deutschland stehend. Ich weiß sehr wohl, daß die Stadt Wien thatsächlich auf deutschem Gebiet liegt, aber sie ist die Hauptstadt eines nicht-deutschen Reiches, und ich protestire gegen die Ideenverwirrung, welche uns Deutschen für das, was in Wien passirt, haftbar macht."

Indem er sich mit etwas ironischem Lächeln umwandte, fuhr er fort: „Ich fürchte, ich habe den Ort schlecht gewählt, um Ihnen dies Glaubensbekenntniß abzulegen; aber, sehen Sie, man gewinnt nichts, wenn man die Augen vor der Wirklichkeit verschließt; es ist augenscheinlich, daß die österreichische Monarchie sehr wenig deutsch ist, wenn man die Zahl ihrer deutschen Provinzen mit derjenigen der nichtdeutschen vergleicht. Sie thäte also viel besser, sich auf ihre wirkliche Macht, die in dem Bündel der zahlreichen Völkerstämme besteht, zu stützen, als dem Traum einer deutschen Suprematie nachzulaufen, welche wir ihr streitig machen und auf welche sie keinerlei Rechtsanspruch hat."

Diese Worte machten auf Alle bedeutenden Eindruck, es trat für einen Augenblick Stillschweigen ein, das Bismarck benutzte, um die Fensternische zu verlassen und sich zu den anderen Gruppen von Gästen zu begeben.

Wenige Augenblicke später verabschiedete er sich in bester Stimmung von seinem Gastgeber und begab sich nach Wien zurück.

Wien, den 26. August 1864. Unterredung mit dem österreichischen Minister Grafen Rechberg, betr. die Verhandlungen mit Oesterreich wegen der Handels- und Zollfrage.[1]

Graf Rechberg betonte, Oesterreich müsse das Ziel einer künftigen Zolleinigung mit Deutschland auch über die nächste Zollvereinsperiode hinaus vertragsmäßig festhalten, und Oesterreich müsse darauf bestehen, daß ihm eine bündige Zusage in dieser Beziehung von vornherein gegeben werde.

Daraufhin machte Bismarck dem Grafen Rechberg bemerklich, Preußen sei von der Unausführbarkeit einer künftigen Zolleinigung mit Oesterreich zu sehr durchdrungen, um jede Beziehung darauf für etwas anderes als eine bloße Phrase halten zu können. Er (Bismarck) halte es nicht für ehrlich und für beide Theile nur für nachtheilig, Phrasen auszusprechen, welchen Jeder von uns eine abweichende Bedeutung beilege und die deshalb leicht zu Irrungen führen würden.

Graf Rechberg gestand Bismarck ein, daß er selbst die wirkliche Ausführung der Zolleinigung kaum für möglich und nicht einmal für Oesterreich vortheilhaft erachten könne, indem letzteres dadurch in seiner eigenen Gesetzgebung gehemmt und beschränkt werden würde, während es der vollen Freiheit der Bewegung bedürfe, um zu besseren Systemen und Zuständen zu gelangen. Die öffentliche Meinung aber lege in Oesterreich einen sehr großen Werth auf diese Aussicht, wie sie bei dem Abkommen von 1853 festgestellt worden sei. Man würde der Regierung den Vorwurf eines Rückschrittes und des Aufgebens einer schon gewonnenen Position machen, und das Ministerium könne sich dem nicht aussetzen, ohne die ganze jetzige Politik des Kabinetts und seine Stellung zu Preußen zu gefährden; seine eigene Stellung im Ministerium seinen Kollegen gegenüber würde dadurch eine unhaltbare werden. Es komme nur darauf an, keine schlechtere Position als die vom Jahre 1853 einzunehmen.

Bismarck entgegnete darauf, daß er gegen die bloße Aussicht auf Verhandlungen über eine Zolleinigung keine Bedenken von entscheidendem Gewicht habe, wenn durch die Wiederholung einer ähnlichen Formel, wie die 1853 gewählte war, dem Kaiserlichen Kabinett und besonders dem Grafen Rechberg ein wesentlicher Dienst geleistet werde; nur möge er sich nicht der Täuschung hingeben, die dadurch bei Andern unterhalten werden möchte. Die Zolleinigung sei und bleibe eine Utopie, auf welche Preußen sich praktisch nicht einlassen würde. Es könne sich nur darum handeln, die Sache in der Schwebe zu erhalten.

Auf vorstehende Verhandlungen mit Rechberg kommt Bismarck auch in seinen „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I. S. 346, zu sprechen, woselbst er schreibt: „Graf Rechberg sagte mir bei meiner Abreise von Wien (26. August 1864), daß seine Stellung angefochten sei; durch die Erörterungen des Ministeriums und die Haltung des Kaisers zu demselben sei er in die Lage gerathen, fürchten zu müssen, daß seine Kollegen, namentlich Schmerling, ihn über Bord schieben

[1] Nach Bismarcks Erlassen an den Gesandten Frhrn. v. Werther in Wien, d. d. Schönbrunn, 25. August 1864, und Berlin, 9. November 1864, in meinen Aktenstücken zur Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. I. S. 33 u. 50.

würden, wenn er nicht für die Zollvereinsbestrebungen Oesterreichs, die den Kaiser vorzugsweise beschäftigten, wenigstens die Zusicherung beibringen könne, daß wir auf Verhandlungen in bestimmter Frist eingehen wollten. Ich hatte gegen ein solches pactum de contrahendo keine Bedenken, weil ich überzeugt war, daß es mir keine über die Grenzen des mir möglich Scheinenden hinausgehenden Zugeständnisse würde abdingen können, und weil die politische Seite der Frage im Vordergrunde stand. Die Zolleinigung hielt ich für eine unausführbare Utopie wegen der Verschiedenheit der wirthschaftlichen und administrativen Zustände beider Theile. Die Gegenstände, die im Norden des Zollvereins die finanzielle Unterlage bildeten, gelangen in dem größern Theile des österreichisch-ungarischen Gebietes gar nicht zum Verbrauch. Die Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheiten der Lebensgewohnheiten und der Konsumtion zwischen Nord- und Süddeutschland schon innerhalb des Zollvereins bedingten, müßten unüberwindlich werden, wenn beide Regionen mit den östlichen Ländern Oesterreich-Ungarns von derselben Zollgrenze umschlossen werden sollten. Ein gerechter, der bestehenden Konsumtion zollpflichtiger Waren entsprechender Maßstab der Vertheilung würde sich nicht vereinbaren lassen; jeder Maßstab würde entweder ungerecht für den Zollverein oder unannehmbar für die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn sein. Der bedürfnißlose Slowake und Galizier einerseits, der Rheinländer und der Niedersachse andrerseits seien für die Besteuerung nicht kommensurabel. Außerdem fehlte mir der Glaube an die Zuverlässigkeit des Dienstes auf einem großen Theile der österreichischen Grenzen.

Von der Unmöglichkeit der Zolleinigung überzeugt, hatte ich kein Bedenken, dem Grafen Rechberg den gewünschten Dienst zu erweisen, um ihn im Amte zu erhalten."

Daß Bismarck nichts that, um Schmerlings Stellung zu befestigen, braucht nicht erwähnt zu werden. So ieß er keinen Anlaß vorübergehen, ohne seiner Verwunderung darüber naiven Ausdruck zu geben, wie man in Wien nur dem Reichsrathe in alles dreinzureden gestatte. „Da sehen Sie, wie gut sichs ohne Kammer regiert!" rief er lachend, indem er Rechberg eine Depesche zeigte, die ihm einen Ueberschuß der Steuereingänge über das Präliminare meldete.

München, den 28. August 1864. Unterredung mit dem bayerischen Minister Freiherrn v. Schrenk über die Haltung des sächsischen Bundeskommissars in den Elbherzogthümern und die Chancen des Herzogs von Augustenburg.[1]

Bismarck beschuldigte in einem Gespräche mit dem bayerischen Minister Freiherrn v. Schrenk die Königl. sächsische Regierung und speziell den Vertreter derselben in Holstein, Bundeskommissar von Könneritz, ganz direkt, die Demokratie zu unterstützen, alle demokratischen Bewegungen dort zu begünstigen und die Bevölkerung gegen Oesterreich und Preußen aufzuhetzen und im Interesse des Augustenburgers zu bearbeiten.

Frankfurt a. M., ca. 10. September 1864. Unterredung mit dem Freiherrn von der Pfordten, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[2]

In ähnlichem Sinne wie Freiherrn v. Schrenk gegenüber sprach sich Bismarck bei Gelegenheit seines Besuches in Frankfurt a. M. auch dem Freiherrn von der Pfordten gegenüber aus. Es bestehe allerdings in Preußen eine Partei, von der die Annexion verlangt werde; er halte ihr aber entgegen, eine solche Maßregel gehe,

[1] v. Friesen: Erinnerungen, II. S. 103 (mit falschem Datum 18. August 1864).
[2] Mohl an Samwer, d. d. 23. September 1864. Samwer a. a. O. S. 388.

wider den Willen Europas unternommen, über die Kräfte Preußens. Es wäre nicht klug, auch nur zu weitgehende Einräumungen von dem Herzog zu erpressen. Solche harte Bedingungen würden einerseits ihn zum Feinde machen und den beständigen Reiz hinterlassen, die Unterwürfigkeit bei erster Gelegenheit abzuschütteln, andererseits die übrigen deutschen Mittelstaaten sehr mißtrauisch machen und sie gegen Preußen verbünden. Er — Bismarck — verlange nichts als einen Bundeshafen, ferner Rendsburg als Bundesfestung und auf dem Kanale, der auch nach Eckernförde zu ziehen sei, eine Art von Polizei, so daß die beliebige Benutzung Preußen nicht verschlossen werden könne.

Ueber die oldenburgischen Ansprüche äußerte er sich sehr geringschätzig, meinte aber, er müsse auf Rußland Rücksicht nehmen und suchen, die Verantwortlichkeit für die Anerkennung des Herzogs Friedrich von sich möglichst abzuwenden; es sei deshalb vielleicht von der Bundesversammlung ein Kollegium berühmter Rechtsgelehrter einzuberufen, die ein Gutachten über die Rechtsfrage zu geben hätten.

Paris, zwischen 25. und 27. Oktober 1864. Unterredung mit dem preußischen Gesandten Grafen von der Goltz, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Um den Annexionsgedanken noch in Paris zu befestigen, erzählte Bismarck dem Gesandten Grafen Goltz, daß Scheel-Plessen, welcher lange Zeit an dem dänischen Gesamtstaat festgehalten hatte, gegen die Mediatisirung der Herzogthümer sei und gesagt habe: er und seine Freunde stimmten unbedingt für die Annexion an Preußen, dagegen wollten sie kein Zwitterding, keinen Gebieter, der ein Vasall einer andern Macht sei; denn das erniedrige und würde sie zu „Preußen zweiter Klasse“ machen. Er sei geneigt, die Stände der Herzogthümer zu hören; das Staatsgrundgesetz sei besser als die preußische Verfassung, und namentlich ziehe er das dazu gehörende Wahlgesetz dem preußischen vor.

Während des Aufenthaltes in Paris wurde Bismarck Hoffnung auf die französische Unterstützung der preußischen Ansprüche auf die Elbherzogthümer gemacht, wenn Preußen andererseits sich zu einer kleinen Grenzberichtigung zu gunsten Frankreichs bereit erklären würde. Alle Verhandlungen schnitt Bismarck durch die Bemerkung ab, daß von König Wilhelm die Abtretung auch nur eines deutschen Dorfes nicht zu erlangen sein werde.[2]

Berlin, ca. 30. Oktober 1864. Unterredung mit dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal, betr. Sachsens Haltung in der Herzogthümerfrage.[3]

Bismarck bemerkte, es habe ihm ganz fern gelegen, die sächsischen Truppen, deren vortreffliche Disziplin in den Elbherzogthümern er anerkenne, beleidigen zu wollen; er habe geglaubt, daß in Rendsburg nur Hannoveraner gestanden hätten

[1] Nach Samwer a. a. O. S. 430. Zu Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

[2] Vitzthum von Eckstädt: London, Gastein &c., S. 55, Bericht vom 26. Januar 1865 nach Mittheilungen des bayerischen Gesandten von Wendland.

[3] v. Friesen: Erinnerungen, Bd. II S. 103 f.

und von der Anwesenheit sächsicher Truppen gar nichts gewußt. Von den Anschuldigungen gegen die politische Haltung der sächsischen Regierung und des Geheimen Raths von Könneritz nahm Bismarck aber nichts zurück.

Berlin, den 3. (?) November 1864. Unterredung mit dem russischen Kaiser, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Von Biarritz resp. Paris nach Berlin zurückgekehrt, hatte Bismarck Besprechungen mit dem russischen Kaiser und seinem Kanzler. Der Zar, den die dänische Königin damals als notre protecteur et notre réparateur bezeichnete, verlangte wegen der bevorstehenden Vermählung des Thronfolgers mit der Prinzessin Dagmar von Bismarck, daß er Schleswig an Dänemark wieder herausgebe; wolle Preußen dann Holstein und Lauenburg für sich behalten, so werde der Zar es hierbei thatkräftig unterstützen.

Berlin, vor dem 4. November 1864. Aeußerung, betr. die Zurückziehung der Exekutionstruppen aus Holstein.[2]

In den diplomatischen Kreisen Bismarcks wurde bekannt, Bismarck habe sich gegen mehrere Personen ausgesprochen, die Bundestruppen müßten aus Holstein heraus;[3] er wolle mit Oesterreich, und wenn dies nicht mitgehe, allein, in Frankfurt ihre Entfernung beantragen und, wenn der Bund nicht zustimme, die Truppen mit Gewalt herauswerfen.

Berlin, vor dem 18. November 1864. Unterredung mit dem sächsischen Gesandten in Berlin Grafen Hohenthal, betr. die Zurückziehung der sächsischen Truppen aus Holstein.[4]

Bismarck wiederholte dem sächsischen Gesandten die Nothwendigkeit einer Zurückziehung der Bundestruppen aus Holstein und fügte hinzu, die Exekution sei gegenstandslos geworden; Sachsen und Hannover hätten die Pflicht, ihre Truppen ohne weiteres zurückzuziehen; thäten sie dies nicht, so werde er, „ohne weitere Rücksicht auf

---

[1] Sammer an Mohl, d. d. 15. November 1864. Sammer S. 409 f.

[2] Nach v. Friesen: Erinnerungen, Bd. II. S. 109 f.

[3] Bereits unmittelbar nach Abschluß des Friedens verlangte Preußen ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Oesterreich gegen die Bundestruppen in Holstein und die sofortige Entfernung derselben, während Oesterreich, wohl fühlend, wie gefährlich dies auch für seine dortigen Interessen werden könne, damit nicht einverstanden war, vielmehr die Ansicht vertrat, daß der Wiener Frieden an der von dem Bunde beschlossenen Exekution nichts ändere und die Bundestruppen so lange in Holstein bleiben müßten, bis der Bund über die Erbfolge entschieden habe. Preußen sah diese letztere Ansicht als einen Eingriff in seine Rechte an; durch den Wiener Frieden sei die Sachlage gänzlich geändert, jetzt seien Oesterreich und Preußen die vollberechtigten Eigenthümer der Herzogthümer, sie allein hätten sich darüber zu verständigen, ob und unter welchen Bedingungen sie dieselben an einen anderen abtreten wollten; der Bund habe damit gar nichts mehr zu thun und nur die Pflicht, seine Truppen sofort aus Holstein herauszuziehen.

[4] Nach einem Berichte Hohenthals, d. d. 18. November 1864. v. Friesen: Erinnerungen, a. a. O. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

Oesterreich", die Bundestruppen mit Gewalt herauswerfen lassen, bevor er aber „zur Selbsthülfe vorschreite", wolle er noch einmal an den Bund rekurriren; die Erbfolgefrage sei verwickelt, auch der König von Preußen habe agnatische Rechte, diese werde er geltend machen, wenn der künftige Besitzer von Holstein die berechtigten maritimen Ansprüche Preußens verkümmern wolle.

Berlin, ca. 21. November 1864. Unterredung mit dem sächsischen Gesandten in Berlin Grafen Hohenthal, betr. die Haltung gegenüber Oesterreich.[1]

Bismarck sprach sich dem sächsischen Gesandten gegenüber vertraulich dahin aus, er werde der Alliirte Oesterreichs bleiben, so lange dort der Geist Rechbergs herrsche, käme aber die Richtung Schmerlings auf, so werde er der Gegner Oesterreichs werden und dann werde es sich nicht mehr um eine passive Haltung, sondern um ein aktives Vorgehen handeln.

Graf Hohenthal gewann die Ueberzeugung, daß, falls Oesterreich sich nicht freiwillig in eine Machtvergrößerung Preußens füge, der Krieg ganz unvermeidlich sei.

Berlin, den 26. November 1864. Unterredung mit dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal, betr. die Räumung Holsteins durch die Bundestruppen.[2]

Am 26. November 1864 sagte Bismarck zu Hohenthal: der König habe den festen Willen, die Räumung Holsteins von den Bundestruppen zu erzwingen, wenn dieselben nicht freiwillig gingen.

Berlin, den 30. November 1864. Unterredung mit dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[3]

Der Bundestag hatte am 29. November 1864 einen sächsischen Antrag auf Beschlußfassung wegen Aufhebung der Exekution an den Ausschuß verwiesen. Am folgenden Tage erklärte Bismarck dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal: Er werde keine Verschleppung der Sache vom Bundestage dulden, auch keinen ablehnenden Beschluß, in beiden Fällen werde Preußen sofort zur Selbsthülfe schreiten. Für diesen Fall liege der Befehl an den preußischen, in Holstein kommandirenden General, Prinz Friedrich Karl, bereits ausgefertigt vor, nämlich: „so zu handeln, als ob Bundeskommissare und Bundestruppen in Holstein überhaupt gar nicht existirten."

Berlin, anfangs Januar 1865. Aeußerung Bismarcks, betr. das Schicksal der Herzogthümer.[4]

Anfangs Januar 1865 schien Bismarck der Zeitpunkt gekommen, um seine eigentlichen Absichten in Bezug auf das Schicksal der Herzogthümer mehr zu ent-

[1] Nach Hohenthals Bericht vom 21. November 1864, bei Friesen a. a. O. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Nach Hohenthals Bericht, bei v. Friesen a. a. O. II. S. 109.

[3] v. Friesen: Erinnerungen, Bd. II. S. 111. Kohl, Bismarck-Regesten, Bd. I. S. 245.

[4] Nach einem Bericht des sächsischen Gesandten in Berlin Grafen Hohenthal. Cfr. v. Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 113. Ob Bismarck die Aeußerung dem Grafen Hohenthal gegenüber machte, ist nicht gesagt. In Kohls Bismarck-Regesten ist diese Unterredung übersehen.

hüllen. In den ersten Tagen des Januar 1865 sprach sich Bismarck, der mit der Haltung des österreichischen Zivilkommissars in Holstein sehr unzufrieden war, dahin aus, die gemeinschaftliche Verwaltung der Herzogthümer sei unhaltbar, es müsse zur Annexion derselben an Preußen kommen, und die Mitinteressenten, insbesondere Oesterreich, müßten durch Geld entschädigt werden.[1]

Berlin, den 8. Februar 1865. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi in der schleswig-holsteinischen Frage.[2]

Graf Karolyi war zu gründlicher Berathung nach Wien berufen, und meldete sich dann unmittelbar nach seiner Rückkehr am 8. Februar bei Bismarck zu einer umfassenden Besprechung des ganzen Problems. Der Minister war sehr bereit, ihm seine Herzensmeinung auf das Gründlichste vorzulegen.

Graf Karolyi begann mit einer Verlesung seiner Instruktion, wo der Ausdruck vorkam, Preußens Absicht scheine auf Verschleppung der Angelegenheit zu gehen. Bismarck unterbrach ihn sofort. Es zeige dies, wie falsch man in Wien die Lage auffasse. Oesterreich mache uns Vorwürfe, während wir Konzessionen machten.

„Konzessionen?“ fragte Karolyi. „Wie so?“

Es sei ja schon eine Konzession, erläuterte Bismarck, daß wir überhaupt über eine Veränderung des status quo unterhandelten, der für uns besser sei, als alles, was uns Oesterreich bisher angeboten habe. Wir könnten erwarten, daß Oesterreich uns annehmbare Vorschläge mache über das, was an die Stelle dieses status quo zu setzen sei. Die Annexion sei etwas Annehmbares, aber Oesterreich schließe sie ja aus.

„Aber — warf Karolyi ein — dies Provisorium kann doch nicht ewig dauern; endlich muß doch einmal ein Definitivum eintreten.“

„Warum? — fragte Bismarck zurück. — Weshalb könnte unser gemeinsamer Besitz nicht selbst dies Definitivum sein? Uebrigens beruhigen Sie sich — setzte er hinzu, als Karolyi bei diesen Worten auffuhr — wir halten unser Wort; wir werden unsere Bedingungen vorlegen. Aber wir bleiben dabei: es ist das eine Konzession, und wir lassen uns keine Vorwürfe machen, wenn wir es nicht augenblicklich thun.

[1] Die „National-Ztg.“ Nr. 44 vom 26. Januar 1865 wußte zu berichten: „Es war zuerst in einer amtlichen Unterredung mit dem Grafen Karolyi, daß Herr von Bismarck nicht die förmliche Einverleibung als die entsprechendste Lösung ausdrücklich vorschlug, wohl aber diese Einverleibung als eine Lösung bezeichnete, welche jedenfalls in Betracht zu ziehen sein würde. Graf Karolyi ermangelte nicht, über den Inhalt dieser Unterredung sofort nach Wien zu berichten, und dort hielt man die Anregung des Gegenstandes für deutlich und zugleich für bedeutsam genug, um in einer an den Gesandten gerichteten Verbaldepesche Herrn von Bismarck eröffnen zu lassen: daß eine Erwerbung der Herzogthümer durch Preußen sofort eine Entschädigung Oesterreichs in Schlesien bedingen würde.“

[2] Nach Bismarcks sofort niedergeschriebener Aufzeichnung. Sie wurde Werther zugeschickt, und dieser meldete, daß Karolyis Bericht, den er gelesen, damit übereinstimme. v. Sybel, Bd. IV. S. 57—61.

Sehen Sie — fuhr er guter Laune fort — wir stehen da vor der Frage der Herzogthümer wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht vor sich haben; der Eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem Anderen, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen. So warten wir denn, bis der Augenblick kommt; einstweilen befinden wir uns leidlich wohl in unserer Lage und werden sie erst ändern, wenn man uns befriedigende Bedingungen bietet."

Karolyi unterbrach hier diese Auslassung mit der Bemerkung, daß Oesterreich und Preußen nicht allein in Deutschland ständen. Bayern würde höchstens bis Ende Februar mit seinen Anträgen warten, und Oesterreich käme dann unabweislich in die Lage, sich auszusprechen und sogar seine Korrespondenz mit Berlin vorzulegen, um darzuthun, daß nicht der Wiener Hof an der Verzögerung schuld sei.

„Wir werden — sagte Bismarck lächelnd — Euch gerne das Zeugniß geben, fleißige Mahner gewesen zu sein. Die Vorlage der Korrespondenz fürchten wir nicht, sie wird dem preußischen Volke zeigen, wer uns an der Wahrung der preußischen Interessen zu hindern sucht; auch sonst in Deutschland stehen wir nicht vereinzelt, und es ist sehr die Frage, ob ein bayerischer Antrag, selbst wenn Oesterreich ihn unterstützt, die Mehrheit erlangen wird." Mit gesteigertem Nachdruck fuhr er dann fort: „Wenn Ihr Bayern nicht zurückhaltet, so wird daraus folgendes entstehen:

in jedem Fall eine wirkliche Verschleppung der Lösung, denn abgesehen davon, daß am Bunde nichts schleunig erledigt werden kann, würden auch wir dann mit unseren Brandenburger Erbansprüchen hervortreten, was neue Verwickelungen hervorrufen müßte —

falls aber Bayern in der That die Mehrheit gewänne, so würde ein Konflikt zwischen Preußen und dem Bunde gegeben sein, den wir nicht scheuen, den Ihr selbst aber so dringend zu vermeiden wünscht. Wir würden dabei unser ganzes Volk in Waffen hinter uns haben; möge man sich hüten, die Sache auf diese Spitze zu treiben."

„Aber mein Gott — rief Karolyi — der König von Bayern ist ein souveräner Herr, wir haben keine Mittel, Bayern zurückzuhalten."

„Nun — sagte Bismarck — so laßt es gehen, aber bedenkt wohl, welche Stellung Ihr selbst bei der Sache einnehmen wollt. Uns erweckt Bayerns Vorgehen keine Besorgnisse; es könnte höchstens unsere Forderungen steigern. Wir legen in Deutschland nur auf das Bündniß mit Oesterreich Werth, mit dem starken, wohlbewährten und konservativen Oesterreich; nur müssen wir wissen, ob wir ein Oesterreich Mensdorffs oder ein Oesterreich Schmerlings vor uns haben." In längerer Verhandlung führte er dann aus, daß ein Obsiegen der Schmerlingschen Tendenzen den Bruch zwischen den beiden Mächten nothwendig herbeiführen würde.

„Glaubt Ihr — fragte endlich Karolyi — Eure Bedingungen bis Mitte Februar vorlegen zu können?"

„Vielleicht — erwiderte Bismarck —, aber einen Termin lassen wir uns nicht setzen. Es ist keine leichte Arbeit, um die es sich handelt. Das Wichtigste für uns ist die Militärfrage. Die Erfolge des letzten Krieges haben die Sicherheit unserer Nordgrenze nicht verbessert, sondern unsere dortigen Aufgaben vermehrt. In früheren Zeiten gab uns unsere Freundschaft mit dem bei europäischen Kriegen stets neutralen Dänemark eine wesentliche Deckung. Jetzt sind wir es, welche die durch ihre Lage nach allen Seiten ausgesetzten Herzogthümer zu decken haben. Bei jedem Angriff von Norden her würden wir zuerst kämpfen müssen. Allerdings wird während eines allgemeinen Friedensstandes in Europa Dänemark trotz aller Erbitterung für sich allein nicht leicht einen solchen Angriff wagen. Er würde aber bei irgend einer europäischen Krisis nicht lange auf sich warten lassen, und bei einer solchen wäre Oesterreich anderwärts beschäftigt und nicht in der Lage, uns so wirksam wie im vorigen Jahre zu unterstützen. Da wäre es denn für uns von der höchsten Wichtigkeit, daß namentlich Schleswig nicht im ersten Anlauf genommen würde und wir es, wie dieses Mal, mit schweren Opfern wieder erobern müßten. Unter einem selbständigen und deshalb ohnmächtigen Augustenburger Herzog würde dies aber ganz sicher geschehen: wir können dagegen nur durch starke territoriale Befestigungen und militärische Einrichtungen gesichert werden, welche, in unserer Hand befindlich und organisch mit den unsrigen verbunden, es möglich machten, dem ersten Anprall zu widerstehen und ein rasches Ueberlaufen des Landes durch den Feind, wie solches 1849 gegen eine verhältnißmäßig zahlreiche und gute holsteinische Armee geschah, zu verhindern. Solche starke militärische Bürgschaften mit den verwickelten und wenig praktischen Vorschriften der Bundeskriegsverfassung in Einklang zu setzen, ist keine leichte Aufgabe. Wenn Oesterreich so eilig ist, möge es selbst doch uns Vorschläge machen, welche annehmbar genug sind, um eine Aenderung des status quo für uns zulässig zu machen."

„Wir drängen — sagte Karolyi — aus dem einfachen Grunde, weil der europäische Friede bedroht ist, so lange die Frage offen bleibt."

„Ein großer Irrthum! — rief Bismarck. — So lange wir einig bleiben, rührt sich keine der Großmächte gegen den status quo. Nur die Mittelstaaten sind unzufrieden und möchten sich einmischen, so lange sie auf Oesterreichs Beistand hoffen."

„Nein, nein — wiederholte Karolyi —, die offene Frage bringt Gefahr, und Oesterreich bedarf des gesicherten Friedens."

„Die übereilte Entscheidung — entgegnete Bismarck — birgt größere Gefahr. Erfreut Euch doch der Vortheile, welche der gemeinsame Besitz auch für Oesterreich hat."

„Wir können das nicht — schloß Karolyi. — Unsere Position zu der Lösung der Frage ist genommen, die Fortdauer aber des status quo wäre gleichbedeutend mit der Annexion. Hoffentlich erscheinen Preußens Bedingungen bis Mitte Februar; sonst würde Bayern vorgehen, und Oesterreich müßte sich aussprechen. Wir

würden es in möglichst freundlicher Form gegen Preußen thun, aber die Divergenz wäre nicht mehr zu verdecken. Also bringt Eure Bedingungen so bald wie irgend möglich, damit solch ein Fall nicht eintrete."

**Berlin**, vor 17. Februar 1865. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti über die preußischen Ansprüche an die Herzogthümer Schleswig-Holstein.[1]

Benedetti erkundigte sich bei Bismarck über die preußischen Ansprüche an die Herzogthümer. Nachdem Bismarck diesem Ersuchen bereitwillig entsprochen hatte, schien Benedetti über die Größe der preußischen Forderungen überrascht, nämlich, wie er weiter erläuterte, nicht, daß Preußen so viel begehrte, sondern, daß es in Wien so viel zu erlangen hoffte; er fürchtete, daß es, um dies erwarten zu können, bereits eine Gegenkonzession gemacht hätte oder doch zu übernehmen bereit sei.

Bismarck erklärte ihm, daß sich die Sache gerade entgegengesetzt verhalte. Preußen fordere so wenig, um keine Verpflichtung gegen Oesterreich übernehmen zu müssen. Diese Forderungen blieben hinter dem zurück, was das eigene Land wünsche und erwarte, was auch im übrigen Deutschland Viele als richtig anerkennten; sie seien der Ausdruck von dem Mindesten, was Preußen zu verlangen berechtigt wäre und was Oesterreich demselben ohne Unbilligkeit nicht versagen könne. Wenn Oesterreich Preußen nur diese Forderungen gewähre, so sei dasselbe ihm dafür keinen Dank schuldig; im Gegentheil, es würde im Lande eine Verstimmung gegen Oesterreich zurückbleiben, dem man die Schuld beimessen würde, daß Preußen nicht mehr erreicht hätte; jedenfalls würde Preußen damit die Angelegenheit zu einem Ergebniß führen, dessen bescheidene Vortheile dasselbe frei von jeder staatlichen Verpflichtung gegen Oesterreich ließen und dem Einverständniß des liberalen Theiles der deutschen Regierungen und der öffentlichen Meinung begegnen würden.

Diese Bemerkungen hatten, wie es schien, den Botschafter beruhigt, dessen Besorgniß hauptsächlich darauf gerichtet war, daß Preußen Verpflichtungen für den Fall eines Krieges über Oesterreichs außerdeutsche Besitzungen übernommen hätte. Mit Bezug hierauf verhehlte Bismarck nicht, daß Preußen sein Verhalten im Falle eines solchen Krieges zwar von den Umständen abhängig machen und dabei nur seine eigenen Interessen zu Rathe ziehen müßte, daß Preußen es aber für eine thörichte Politik halten würde, durch ein Engagement im voraus dem Wiener Kabinett eine Sicherheit zu gewähren, welche dieses in den Stand setzte, im Vertrauen auf Preußens Hülfe eine kriegerische und aggressive Haltung anzunehmen, und welche Preußen an eine solche, von ihm nicht gebilligte Politik binden könnte. „Eine entschiedenere Annäherung an Oesterreich könnte uns nur durch Frankreich selbst zur Nothwendigkeit gemacht werden. Wenn Frankreich in der Frage der Elbherzogthümer und in seiner Haltung zu den Mittelstaaten eine uns feindseligere, ja dro-

[1] Nach Bismarcks Mittheilung an den Gesandten Grafen von der Goltz in Paris, d. d. 17. Februar 1865. von Sybel Bd. IV. S. 70/72.

hende Haltung annehmen sollte, dann würde allerdings die Rücksicht auf unsere eigene Sicherheit und der Wunsch einer festen Stellung bei uns überwiegen, und wir würden alsdann, um uns Oesterreichs zu versichern und nach dieser Seite hin in keine Schwierigkeit zu kommen, auch in den Herzogthümern lieber mit Wenigerem uns begnügen, wodurch wir den guten Willen Oesterreichs gewinnen und auch zu den Mittelstaaten unsere Verhältnisse leicht wiederherstellen könnten. Dann würde die Empfindlichkeit über das Minus, was wir erlangten, gegen Frankreich sich kehren, dessen Haltung uns genöthigt hätte, uns mit so Wenigem zu begnügen, und das in Preußen nicht populäre Bündniß mit Oesterreich zu suchen." Eine solche Eventualität läge zu unserer Befriedigung bei Lebzeiten der jetzigen Souveräne Preußens und Frankreichs außerhalb aller Wahrscheinlichkeit. Im Gegentheil gebe gerade das freundschaftliche Verhalten des Kaisers Napoleon uns die Möglichkeit, unsere Forderungen an Oesterreich unseren Bedürfnissen entsprechend zu bemessen, und sichere so dem Kaiser die Dankbarkeit Preußens.

Berlin, den 13. März 1865. Unterredung mit dem russischen Gesandten in Berlin von Oubril, betr. die protestantische Kirche in den russischen Ostseeprovinzen.[1]

Bismarck kam dem russischen Gesandten in Berlin von Oubril gegenüber auf die Klagen zurück, deren er demselben gegenüber kürzlich bezüglich der protestantischen Kirche in den russischen Ostseeprovinzen erwähnt hatte. Er sprach von zahlreichen Petitionen evangelischer Geistlicher, die sich ihrem Seelenheil und Gewissen nach für verpflichtet hielten, ihre Stimme zu gunsten ihrer Glaubensgenossen zu erheben. Sie gehören der „International Society" an, wollen sich an die Oeffentlichkeit wenden, wie auch an die Parlamente von Preußen und England, um die Aufmerksamkeit Europas auf die Verfolgungen zu lenken, welche der Protestantismus dort erfährt. Indem Bismarck dem russischen Gesandten diese Thatsache mittheilte, betonte derselbe von neuem, wie erschütternd die Nachrichten seien, welche er über jene Zustände in den russischen Ostseeprovinzen erhalte. Als Oubril dem Ministerpräsidenten von der offenbaren Uebertreibung der ihm gewordenen Mittheilungen sprach, hielt Letzterer mit Lebhaftigkeit deren unbedingte Zuverlässigkeit aufrecht.

Bismarck ging selbst noch weiter und äußerte: „Man eifert gegen den Papst und den kleinen Mortara; aber bei Ihnen ist von sechzigtausend Mortaras die Rede. Es ist unmöglich, in unserem Zeitalter Gesetze und Verfügungen aufrecht zu erhalten, welche eben nicht mehr zeitgemäß sind. Man wird über Barbarei schreien, und was kann ich auf Interpellationen dieser Art erwarten?"

Der russische Gesandte erwiderte Bismarck, daß er unrecht habe, den Erzählungen von Geistlichen Glauben beizumessen, welche in allen Ländern dieselben seien, nämlich Fanatiker; daß die Regierungen sich nicht durch so trübe Betrach-

[1] Nach einem Berichte Oubrils an Gortschakow, d. d. Berlin, 1./13. März 1865, in „Bismarck und Rußland" S. 71 ff.; vergl. Bismarck-Jahrbuch Bd. I. S. 56.

tungen beeinflussen lassen dürften, und endlich, wie die Oeffentlichkeit in dieser Beziehung das Allerschlimmste sei, indem sie bei Rußland die öffentliche Meinung aufrege. Was aber den Tadel der Barbarei betreffe, so wisse man Rußland gegen dieses Epitheton ziemlich abgebrüht, um so mehr, als dieses Rußland nicht verhindere, oft zivilisirter zu sein als Andere.

„Ich weiß das — erwiderte Bismarck —, aber was soll ich immerhin auf Interpellationen antworten, welche sicherlich aus Feindschaft gegen Sie erfolgen werden, sei es auch nur um eine pathetische Rede zu halten?“

„Sie werden ihnen antworten — entgegnete Oubril —, daß sie falsch unterrichtet seien, und daß es nicht ihre Sache sei, wie Sie auch selbst bereits bemerkt haben, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes zu mischen.“ Zu gleicher Zeit hob der russische Gesandte die Ernennung des Grafen Schuwalow hervor, desselben glückliches Beginnen in seiner neuen Stellung, seine duldsamen Grundsätze und die Hoffnung, welche man von jetzt ab auf dessen Thätigkeit in seinem neuen Amte setzen könne.

Bismarck entgegnete, daß solche Verhältnisse nicht von den Lokalbehörden abhingen, sondern von den Maßregeln der Zentralregierung und von deren Verfügungen, welche man in Einklang bringen müsse mit dem Fortschritt der Geister, den Anforderungen des Jahrhunderts, der Stellung, welche Rußland heute in Europa einnehme, mit den aufgeklärten und liberalen Ansichten der russischen Regierung. Er schloß mit den Worten: „Sicherlich werde ich in dem von Ihnen angedeuteten Sinne antworten, aber Niemand wird mir glauben. Man wird Thatsachen und Beweise des Gegentheils anführen, und es werden öffentlich höchst peinliche Vorgänge beleuchtet werden, erschütternder Natur und dazu geeignet, alle ehrlichen Herzen in Harnisch zu bringen (de nature à soulever tous les coeurs honnêtes).

Oubril erhob sich, um nicht unnütz diese Diskussionen zu verlängern, und sagte zum Schluß: „Bringen Sie Ihre Geistlichen zur Ordnung und ziehen Sie in Erwägung, daß die Oeffentlichkeit die von Ihnen mitgetheilten Thatsachen nur verschlimmern könnte.“

Bismarck schien, als er obige Sprache führte, augenscheinlich befangen (gêne), indem er sich zum Organ jener Beschuldigungen machte, aber durch und durch überzeugt und sogar bewegt. Der russische Gesandte bewahrte seinerseits vollkommen seine Ruhe, aber die Unterhaltung der beiden Staatsmänner war, obwohl sie sich durchaus in den Grenzen der Höflichkeit bewegte, weniger freundschaftlich als gewöhnlich. Auch fand Oubril, daß die Anspielungen auf den kleinen Mortara und das Wort Barbarei überflüssig waren.[1]

[1] Im Jahre 1865 ging das Gerücht, Bismarck habe dem Großfürsten Konstantin bei Gelegenheit eines Berliner Hofballes den Rath gegeben, den konfessionellen Händeln durch Aufhebung der Vorschriften über die gemischten Ehen ein Ende zu machen. „Neue Bilder aus der Petersburger Gesellschaft“ S. 98.

Berlin, den 14. März 1865. Unterredung mit dem russischen Gesandten von Oubril in derselben Angelegenheit.[1]

Als Oubril von neuem auf die Unterhaltung über die Geistlichkeit der „International Society" zurückkam, äußerte Bismarck plötzlich: „Ich werde hierüber an Redern schreiben, aber nur, daß er den Fürsten Gortschakow benachrichtige von der schwierigen Lage, in welcher ich mich befinde, wie auch von der bevorstehenden Interpellation, welche ich nicht verhindern kann."

Der russische Gesandte wies Bismarck darauf hin, daß er hierin unrecht habe und besser thäte, allen seinen Einfluß anzuwenden, um die beabsichtigte Interpellation zu hintertreiben.

„Das ist mir nicht möglich — antwortete Bismarck —, das hängt nicht von mir ab."

Als Oubril somit Bismarcks Entschluß unabänderlich sah, ging derselbe weiter und lüftete etwas den Schleier über die Mittheilungen, welche ihm von dem Fürsten Gortschakow zugegangen waren. „Sie würden besser thun — sagte der russische Gesandte zu dem Ministerpräsidenten —, sich auf die etwaigen Entschlüsse meines erhabenen Souveräns zu verlassen, dessen edles Herz Ihnen bekannt ist. Ich weiß, daß diese Fragen augenblicklich der Gegenstand von Verhandlungen sind, warten Sie doch deren Ausgang ab."

Aber Bismarck wollte davon nichts hören und äußerte: „Das sind ad calendas graecas vertagte Verhandlungen, ich kann nicht warten und bin verpflichtet, so zu handeln. In derartigen Fragen bin ich Fatalist und sage mir: „Thue, was Du sollst, möge daraus werden, was will" (fais ce que dois — advienne que pourra).[2]

Berlin, Ende März 1865. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten in Berlin Grafen Karolyi über die Zustände in Schleswig-Holstein.[3]

Graf Karolyi meldete Bismarck, daß Oesterreich seine Absicht, für sofortige Beschlußfassung im Bundestage über den Antrag auf Einsetzung des Augusten-

[1] Aus Oubrils Bericht an Gortschakow, d. d. 2./14. März 1865. S. „Bismarck und Rußland", S. 76. Kohl giebt in seinen Bismarck-Regesten an dieser Stelle Oubril ohne Grund den Titel Graf.

[2] Nicht ohne Interesse ist die Antwort, welche Fürst Gortschakow auf jene Briefe des Herrn von Oubril ertheilt, namentlich das vernichtende Urtheil des russischen Reichskanzlers über die Proselytenmacherei in den Ostseeprovinzen. Der Fürst schreibt:

„Die Aeußerungen Herrn von Bismarcks über die konfessionelle Frage in den Ostseeprovinzen bedürfen einer Antwort. Diese Frage hat zwei Seiten, was Herrn von Bismarck entgangen ist, weshalb er auch jene übertriebene Sprache (excès de langage) gebraucht, in welcher wir ihn zurückweisen müssen. Die erste Seite der Frage besteht in der Haltung unseres Gouvernements gegenüber der orthodoxen Bevölkerung. Sie ist eine rein innere, behandelt nur die Beziehungen der russischen Regierung zu ihren widerwilligen griechisch-orthodoxen Unterthanen, und duldet weder noch rechtfertigt irgend eine Einmischung, sei es von der lutherischen Geistlichkeit oder von den westlichen Regierungen. Die zweite Seite bezieht sich auf die gemischten Ehen und könnte äußersten Falles die Aufmerksamkeit der Geistlichkeit wie der evangelischen Parlamente Europas erregen."

[3] von Sybel Bd. IV. S. 100.

burgers als Herzog von Schleswig-Holstein zu stimmen, bereits am 19. März den Mittelstaaten mitgetheilt habe, also nicht füglich davon zurücktreten könnte. Bismarck sprach sein Bedauern aus, daß Oesterreich schon Verpflichtungen auf der andern Seite übernommen habe. „Wir gelangen damit — sagte er — an einen Scheideweg, von dem ich wünsche, daß er uns nicht zu weit auseinanderführen möge; aber so wie die Sachen stehen, lauten unsere Fahrbillets auf divergirende Linien, und wir können für diese Linien nicht in das Coupee steigen, welches Sie bereits mit Andern theilen".

**Berlin**, in den Monaten April und Mai 1865. Aeußerung, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Bismarck hatte in Wien die Einberufung einer Versammlung von Repräsentanten der Herzogthümer vorgeschlagen, aber nicht der alten verfassungsmäßigen Stände, sondern einer nach einem neuen, noch zu oktroirenden Wahlgesetze zu wählenden Versammlung. Ueber den Zweck dieser Maßregel sprach er sich außeramtlich dahin aus: Er werde der zu wählenden Nationalvertretung einfach die Frage vorlegen, was sie vorziehe, ob die Uebernahme von siebzig Millionen Thalern Schulden und einen erblichen Oberpräsidenten mit dem Titel „Herzog" unter preußischer Oberhoheit, oder einfache Annexion an Preußen ohne Uebernahme von Schulden?

**Berlin**, den 6. Mai 1865. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Italien und dem Zollverein.[2]

Bismarck ergriff bei Gelegenheit einer Unterhaltung mit dem italienischen Gesandten von Barral die Initiative zur Anregung neuer Unterhandlungen wegen des Abschlusses eines Handelsvertrags zwischen Italien und dem Zollverein.

Bismarck erinnerte, daß die Suspension der von dem Vorgänger Barrals im verflossenen Jahre geführten Unterhandlungen durch Umstände veranlaßt worden sei, welche jetzt nicht mehr zuträfen.

Graf Barral antwortete, die Regierung des Königs von Italien sei bereit, auf neue Unterhandlungen über Herstellung regelmäßiger Handelsbeziehungen zwischen Italien und dem Zollverein einzugehen, sie wünsche jedoch nicht, daß die neuen Unterhandlungen an die des verflossenen Jahres angeknüpft würden. „Damals — bemerkte der italienische Gesandte — war der Zollverein noch nicht rekonstruirt: Preußen, das augenblicklich gebunden war, aber in wenigen Monaten freie Hand haben sollte, konnte es opportun finden, mit uns nicht über einen Vertrag, sondern nur über ein Protokoll zu verhandeln, welches bei Ablauf des Termins des deutschen Zollverbandes ein förmlicher Vertrag mit dem Zollverein und Preußen werden sollte, je nachdem sich der Verein mehr oder weniger auf der Basis des Ver-

[1] Nach v. Friesen: Erinnerungen, Bd. II. S. 119. Genaue Daten nicht festzustellen.
[2] Nach Barrals Bericht vom 7. Mai 1865. Staatsarchiv Bd. X. Nr. 2208. S. 287.

trags mit Frankreich nicht allein, sondern auch auf der der Protokolle, welche mit Belgien oder Italien abgeschlossen würden, rekonstituiren könnte. Jetzt dagegen ist kein Grund vorhanden, weshalb man nicht in den gewohnten Formen einen förmlichen Vertrag zwischen Italien und Preußen abschließen sollte, da das letztere, kraft des Einflusses, welchen ihm das Herkommen und der Organismus des Zollvereins verschafft haben, denselben repräsentirt. Es ist deshalb nicht möglich, die neuen Verhandlungen als eine bloße Fortsetzung derer zu betrachten, welche im verflossenen Jahre einzig und allein die Stipulation eines einfachen Protokolles bezweckten."

Bismarck schien die Richtigkeit dieser Bemerkung anzuerkennen und einzuräumen, daß es nicht mehr wie billig sei, daß die herzustellende Einigung die Form eines feierlichen Vertrages haben müsse, angenommen und ratifizirt in den Formen, welche allen zum Zollverein gehörenden Staaten ohne Unterschied geläufig seien; er erklärte, daß es der preußischen Regierung ihrerseits ein Leichtes sein werde, den Verhandlungen, welche zwischen den Kabinetten von Turin und Berlin angeknüpft werden sollten, die gewünschte Richtung zu geben. Bismarck fügte beim Abschied hinzu, daß der Graf von Usedom beauftragt sei, dem italienischen Minister des Auswärtigen La Marmora den eben erwähnten analoge Eröffnungen zu machen.

**Berlin**, den 20. Mai 1865. **Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien.**[1]

Am 20. Mai 1865 besprach Bismarck mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral die Form der Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Italien und dem Zollverein. Indem die beiden Staatsmänner von jeder Art von Protokoll oder modus vivendi, als von Grund aus unzulässig, absahen, da solches nur zur Folge haben würde, daß ein sowohl diplomatisch wie ökonomisch anormales Verhältniß zwischen Italien und den deutschen Staaten fortdauern würde, kamen dieselben von jetzt an ausdrücklich überein, daß nur noch von einem förmlichen Vertrage die Rede sein solle, welcher die Anerkennung des Königreichs Italien von seiten aller den Zollverein bildenden Staaten nothwendig mache.

Bismarck, welcher die günstigsten Gesinnungen gegen Italien hegte, zeigte dem italienischen Gesandten an, daß er bereits in München, Stuttgart, Dresden und Hannover Eröffnungen habe machen lassen, auf die er jedoch noch keine förmliche Antwort erhalten, und es würde die preußische Regierung bald kategorischere Vorschläge an diese Kabinette gelangen lassen. Zum Schluß gab er dem Grafen Barral den Wunsch zu erkennen, man möchte mittelst eines Notenaustausches offiziell die von beiden Regierungen gegenseitig übernommenen Verpflichtungen konstatiren.

---

[1] Nach Barrals Bericht, d. d. 20. Mai 1865. Staatsarchiv Bd. X. Nr. 2210. S. 290.

Berlin, den 5. (?) Juni 1865. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. das handelspolitische Verhältniß Italiens zu Oesterreich.[1]

Bismarck fragte den italienischen Gesandten, welches die gegenwärtige Lage Italiens in seinen Handelsbeziehungen zu Oesterreich sei.

Graf Barral antwortete, daß der Vertrag vom 18. Oktober 1851 zwischen Sardinien und Oesterreich noch zu Recht bestehe und daher kein Zweifel sei, daß Oesterreich auf Grund des Artikels 15 des Vertrages selbst wenigstens vertragsmäßig die Rechte der meistbegünstigten Nation habe.

Berlin, den 6. Juni 1865. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. den Handelsvertrag zwischen Italien und dem Zollverein.[2]

Bismarck theilte dem italienischen Gesandten mit, nach seinem Dafürhalten würde es in mehr als einer Hinsicht angemessen sein, für den bevorstehenden Abschluß eines Vertrages zwischen Italien und dem Zollverein die Grundzüge des jüngst zwischen dem Zollverein und England abgeschlossenen Vertrages gelten zu lassen. Dieser Vorschlag würde unter anderem den Vortheil haben, daß eine größere Wahrscheinlichkeit vorhanden wäre, daß man von seiten der anderen Staaten des Zollvereins einen Vertrag mit Italien nicht zurückweisen könne, während man soeben einen mit England ganz identisch stipulirten annehme.

Graf Barral erwiderte, er sehe im Prinzip keine Schwierigkeiten in der Annahme des Vertrags auf der Basis des englisch-deutschen, dessen Stipulationen mit denen des Vertrages zwischen dem Zollverein und Belgien ganz identisch seien, da Italien den letzteren bereits für annehmbar erklärt habe; doch könne er eine definitive Antwort erst dann geben, wenn er die Instruktionen erhalten hätte.

Berlin, (vor 21.) Juni 1865. Aeußerungen in der schleswig-holsteinischen Frage.[3]

Bismarck äußerte sich nach verschiedenen Seiten über die Zugeständnisse Oesterreichs hinsichtlich der bevorzugten Stellung, die Preußen nach Anerkennung der Herzogthümer als Bundesstaat dort einnehmen sollte. Er acceptire zwar die österreichischen Konzessionen, aber immer nur als eine Abschlagszahlung, mit der Preußen auch nicht im Entferntesten zufrieden sein könne. Freilich werde Oesterreich nicht mehr bewilligen wollen, aber es werde es wohl müssen, da es bei seinen trostlosen Finanzen nicht daran denken könne, ernstlich mit Preußen zu brechen.

Karlsbad, den 15. (?) Juli 1865. Unterredung mit dem französischen Botschafter in Wien Herzog von Gramont, betr. Preußens Politik gegenüber Oesterreich.[4]

Bismarck sprach den in Karlsbad verweilenden französischen Botschafter in Wien Herzog von Gramont und bat ihn, nach seiner Rückkehr den Grafen Mens-

[1] Nach Barrals Bericht, d. d. 5. Juni 1865. Staatsarchiv Bd. X. Nr. 2212. S. 292.

[2] Nach Barrals Bericht vom 6. Juni 1865. Staatsarchiv Bd. X. Nr. 2213. S. 293.

[3] Nach einem Berichte des sächsischen Geschäftsträgers, d. d. 21. Juni 1865. v. Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 122. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[4] v. Sybel Bd. IV. S. 148. Durch die Zeitungen ging damals eine Erzählung, Bismarck habe dem Herzog gesagt, er wünsche den Krieg. Preußen werde Oesterreich ohne Mühe

dorff von dem Ernste der beiden Sätze zu überzeugen, daß Preußen gute Freundschaft mit Oesterreich von Grund des Herzens wünsche, daß es aber ganz sicher zum Schwerte greifen müsse, wenn Oesterreich seine Politik in Schleswig-Holstein nicht ändere.

Salzburg, den 23. Juli 1865. Unterredung mit dem bayerischen Minister von der Pfordten, betr. den muthmaßlichen Krieg zwischen Preußen und Oesterreich.

Hierüber äußerte sich Bismarck am 20. Dezember 1866 im Abgeordnetenhause: „Noch im vorigen Jahre, kurz vor den Gasteiner Verhandlungen, habe ich den Kgl. bayerischen Minister Frhrn. von der Pfordten gebeten, ob er nicht seine Vermittelung dahin eintreten lassen wolle, daß zur Verhütung eines Konflikts, der ganz Deutschland ergreifen könnte, Unterhandlungen geführt würden, durch welche der Prinz von Augustenburg bewogen werde, einen für Preußen annehmbaren Frieden mit Sr. Majestät zu machen, wobei ich erklärte, daß ich dem Prinzen zu diesem Behufe an dem Königlichen Hofe eine günstige Aufnahme vermitteln würde, wenn der Prinz sich dorthin begeben wolle. Herr Freiherr von der Pfordten übernahm sehr bereitwillig diese Vermittelung; er hat sich demgemäß an den Prinzen, ob an dessen Räthe ebenfalls, weiß ich nicht, gewendet; er hat jedoch darauf zuerst mehrere Wochen lang gar keine Antwort bekommen und später eine kühle und vornehme Ablehnung. Hierfür habe ich Zeugen."

Gastein, den 27. Juli 1865. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten in München Grafen Blome, betr. die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Graf Blome begann bei Bismarck mit dem Antrage auf die Anerkennung Augustenburgs, erhielt aber sogleich die Antwort, daß darüber keine Verhandlung vor der Befriedigung der legitimen preußischen Forderungen möglich sei.

Blome klopfte an, ob nicht der Ausweg ergriffen werden könne, daß beide Mächte im Geheimen den Erbprinzen als Souverän bezeichneten.

Bismarck erklärte auch dies erst dann für möglich, wenn die preußischen Februar-Bedingungen vorher gesichert seien.

Hoffentlich aber, meinte Blome, würde die Sache leichter thunlich erscheinen, wenn der Prinz dem Könige eine Entschuldigung ausspräche, was Bismarck dann nicht geradezu in Abrede stellte, immer aber betonte, daß bloße Worte jetzt nicht mehr ausreichten; es seien thatsächliche Beweise nöthig, daß der Prinz seine

---

schlagen und die Suprematie in Deutschland erringen. Vergl. das Werk: Le general la Marmora et l'alliance Prussienne. Paris 1868, S. 53 Note. Ohne eine Anregung von preußischer Seite ließ Gramont sogleich in Wiener Blättern diese Angaben für grundlose Erfindung erklären. Charakteristisch war es, daß das Kaiserliche Preßbureau die Aufnahme dieser Erklärung in eine officiöse Zeitung verweigerte. Vergl. die „Nat.-Ztg." Nr. 346 vom 27. Juli 1865, auch Kohl, Bismarck-Regesten, unter ca. 9. Juli 1865. Hesekiel S. 282. A. Schmidt: Preußens deutsche Politik. S. 273.

[1] v. Sybel Bd. IV. S. 167/168.

usurpirte Stellung aufgebe. „Wir sind — bemerkte er — nicht gesonnen, mit Umgehung der Rechte Oesterreichs einfach zu annektiren; im Gegentheil, wir sind bereit, über die Einsetzung Oldenburgs sofort zu unterhandeln. Wir können Niemand einsetzen vor der Sicherstellung unserer Februar-Forderungen: dies würde mit dem Oldenburger, welcher zuverlässiger und politisch unabhängiger ist als der Erbprinz, leichter gelingen."

Blome wandte dagegen die Anhänglichkeit der Bevölkerung an den Letzteren ein; um Oldenburg auf dem Throne der Herzogthümer zu erhalten, würden fort und fort die preußischen Bajonette erforderlich sein, was weder für Wien noch für Berlin einen annehmbaren Zustand bilden würde.

Auch diese Sorge erachtete Bismarck für unbegründet. „Den dortigen Tonangebern — sagte er — kommt es wesentlich auf die Bequemlichkeiten und die Ausbeutung der Kleinstaaterei an, die ihnen unter preußischer Herrschaft verloren ginge, unter Oldenburg aber erhalten bliebe. Sie würden sich bald beruhigen."

Gastein, den 31. Juli 1865. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Blome, betr. die Theilung der Verwaltung Schleswig-Holsteins.[1]

Der österreichische Gesandte Graf Blome brachte nunmehr in Vorschlag, die Verwaltung von Schleswig-Holstein so zu theilen, daß Oesterreich die eine, Preußen die andere Landeshälfte unter seine alleinige Administration nehme.

Bismarck erklärte ihm, daß sich darüber reden lasse, und stellte nur, wenn Preußen in dieser Weise Schleswig erhalte, gewisse Vorbehalte preußischer Interessen hinsichtlich Holsteins in Aussicht. Eine bestimmte Erklärung über seinen Plan glaubte Blome jedoch der Zusammenkunft der beiden Souveräne selbst vorbehalten zu müssen, und auch Bismarck hatte gegen einen solchen Aufschub um so weniger etwas einzuwenden, als ein schärferes Vorgehen preußischerseits offenbar unthunlich war, so lange der König auf österreichischem Boden verweilte. Er ließ sich nur für diese Zwischenzeit von Blome strenge Verschwiegenheit zusagen.

Gastein, den 14. August 1865. Aeußerung gegenüber dem Grafen Blome, betr. die Gasteiner Konvention.[2]

„Nun, das hätte ich doch nicht geglaubt, daß ich einen österreichischen Diplomaten finden würde, der mir das unterzeichnete."

---

[1] v. Sybel Bd. IV. S. 170.

[2] Nach Vitzthum v. Eckstädt: London, Gastein und Sadowa. Durch den Gasteiner Vertrag vom 14. August 1865 wurde, bei unverändert fortbestehendem Miteigenthum, die Verwaltung von Schleswig-Holstein unter die beiden Miteigenthümer in der Weise vertheilt, daß Oesterreich die Verwaltung in Holstein, Preußen die in Schleswig übernahm. Daneben wurde festgesetzt, daß Kiel Bundeshafen unter preußischer Verwaltung und Rendsburg Bundesfestung mit gemeinschaftlicher preußischer und österreichischer Besatzung, unter abwechselndem Kommando, werden solle; ferner ward für Preußen eine Militärstraße durch Holstein festgestellt; endlich erklärte sich Oesterreich mit dem Beitritt der Herzogthümer zum Zollverein sowie mit dem Bau eines Kanals

München, den 23. August 1865. Aeußerungen über die schleswig-holsteinische Frage.[1]

Auf der Rückreise von Gastein äußerte Bismarck in München in Bezug auf den Gasteiner Vertrag vom 14. August 1865:

Er halte die Annexion der Herzogthümer an Preußen für unbedingt nothwendig und werde sie auch erreichen, aber ohne Territorialkompensation für Oesterreich; eher könne von einer Geldentschädigung die Rede sein, noch aber schwebten darüber die Verhandlungen, Oesterreich verlange zu viel, er wolle lieber weniger gewähren. Jedenfalls sei er jetzt für eine Fortdauer des Provisoriums, denn die Verhältnisse würden sich bald so gestalten, daß Oesterreich der Annexion ohne irgend welche Kompensation werde zustimmen und überhaupt froh sein müssen, ohne weitere Nachtheile aus dem condominium herauszukommen.

Durch den Verkauf von Lauenburg um eine so geringfügige Summe, bemerkte Bismarck weiter, habe Oesterreich viel in der allgemeinen Achtung verloren; wer kaufe, sei ein vornehmer Mann, wer um ein Spottgeld verkaufe, gelte für das Gegentheil. Doch habe er die preußische Presse angewiesen, Oesterreich zu schonen und dessen Verfahren zu loben. Das Wort „Garantie für Venetien" habe er nicht ausgesprochen; er wisse aber, daß, wenn er es thue, er von Oesterreich alles verlangen könne, was er wolle.

Ueber sein Verhältniß zu den politischen Parteien äußerte Bismarck in München:

Die demokratische Partei fürchte er nicht, er kenne sie genau, sie sei ungeschickt und unfähig zu großen Kombinationen; keine deutsche Regierung, selbst nicht Männer wie Herr von Beust, dem es doch weder an Geist noch an Energie fehle, könne es wagen, mit der Revolution zu gehen. Damit wolle er aber nicht sagen, daß er nicht in einem gegebenen Falle sich auch der Bewegungspartei bedienen könne, wenn es in seine Pläne passe. „Ich kenne meine Preußen genau, es steckt etwas von den Franzosen in ihnen, wenn man ihnen etwas Ruhm und etwas Einfluß nach außen verschafft, so ist alles mit ihnen zu machen."

Berlin, September 1865. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger Lefebvre über die französische Verurtheilung des Gasteiner Vertrages.[2]

In einem Erlaß des französischen Ministers Drouyn de l'Huys vom 29. August 1865 war über den Gasteiner Vertrag mit vernichtenden Worten der Stab gebrochen worden. Die alten Verträge seien dadurch über den Haufen geworfen, der Londoner Vertrag sei zerrissen, dem Bestberechtigten werde sein Erbe genommen, um aufgetheilt zu werden. Weder das Interesse Deutschlands noch das der Herzogthümer sei geachtet. Auch habe die Theilung nicht einmal den Zweck, zwei rivalisirende Nationen auseinanderzuhalten und dem inneren Hader ein Ende zu machen, indem jeder derselben ein gesondertes Feld der Existenz angewiesen würde. Die Bevölkerung sei nicht befragt. Die nackte Gewalt sei die Grundlage des Gasteiner

---

zwischen der Ost- und der Nordsee einverstanden, und verkaufte zuletzt seinen Mitbesitz an dem Fürstenthum Lauenburg für die Summe von 2½ Millionen dänische Thaler (etwa 1900000 preußische Thaler) an Preußen.

[1] v. Friesen: Erinnerungen, Bd. II. S. 129.

[2] Nach der „Denkschrift zur nordschleswigschen Frage".

Abkommens und die gegenseitige Konvenienz der beiden Theilungsmächte seine einzige Rechtfertigung. Solcher Praxis sei das heutige Europa entwöhnt gewesen. Gewaltthat und Eroberung verdürben den Rechtssinn und das Gewissen der Völker.

Als Bismarck durch die Zeitung von dieser starken Sprache Kenntniß erhielt, glaubte er zunächst an eine Fälschung. Aber bald bekam er die Nachricht, das Rundschreiben sei auch in Dresden und Hannover vorgelesen. Er war so gereizt, daß er dem französischen Geschäftsträger Lefebvre gegenüber heftig tadelte, daß man sich so beeilt habe, ein lautes Verdammungsurtheil über einen rein provisorischen Akt in die Welt zu schleudern, während er doch Frankreich stets versprochen habe, die Wünsche der Bevölkerung und die Nationalitätsfrage zu berücksichtigen. Preußen werde die Bevölkerung für sich gewinnen, wenn sie erst Zeit gehabt, ihre wahren Interessen zu erkennen, und wenn das Parteitreiben aufhöre.

Auf die Frage Lefebvres, ob es bei seiner Reise nach Biarritz bleibe, erwiderte Bismarck nicht ohne Verlegenheit, der König wolle ihm die Reise nicht erlauben, weil es gegen die Würde eines preußischen Ministerpräsidenten sei, nach dem Cirkular eine Begegnung mit Napoleon zu suchen.[1]

**Berlin**, Ende September 1865. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger Lefebvre, betr. Manteuffels Ansprache an die Flensburger Beamten.[2]

Als Frankreich wegen einer exzentrischen Rede des Gouverneurs von Schleswig, General Frhr. von Manteuffel[3] Vorstellungen in Berlin erhob, äußerte Bismarck

[1] Dies wurde nach Paris gemeldet, worauf Drouyn am 23. September in einer kurzen Depesche seine Verwunderung über die Aufregung äußerte, die das Cirkular in Berlin verursacht habe: es wiederhole doch nur die bekannten, stets kundgegebenen Ansichten Frankreichs; er sei übrigens befriedigt, zu sehen, daß Bismarck aufs neue die Berücksichtigung der Nationalität und der Wünsche der Bevölkerung versprochen habe, und er hoffe, daß Frankreich einer auf diese Grundsätze gegründeten endgültigen Lösung der Herzogthümerfrage werde beistimmen können. Bismarck fand sich durch diese Depesche „**soulagé d'un grand poids**“.

[2] Nach der „Denkschrift zur nordschleswigschen Frage“.

[3] Am 25. September 1865 sagte **Manteuffel** in einer Ansprache an die Flensburger Beamten: „Zwei Punkte berühren den Norden Schleswigs speziell. Vor kurzem hat eine Massendemonstration nach Dänemark stattgefunden, und es ist da gesprochen worden, von wieder dänisch werden wollen, von Landesabtretungen. Ich habe Ihnen vorher gesagt, daß ich Treue respektire; aber nachdem des Königs von Dänemark Majestät Schleswig-Holstein an meinen König und an den Kaiser von Oesterreich durch Friedensschluß abgetreten hat, besteht keine Verpflichtung gegen den König von Dänemark mehr in diesem Lande. Wer den Gedanken an Landesabtretungen hat, versündigt sich an Schleswig-Holstein, er begeht gewissermaßen Landesverrath gegen dieses. Mit ihrem Blut haben meines Königs Soldaten Düppel und Alsen erobert, mit ihren Armen erbauen sie jetzt dort Festungswerke, von denen aus sie das Land bis zur Königsau behaupten werden, und je sieben Fuß lang Erde decke ich, bevor sie abgetreten werden, mit meinem Leib. Der zweite Punkt über den ich noch mit Ihnen reden möchte, betrifft die gemischte Bevölkerung Nordschleswigs... Ein wirklicher Gegensatz besteht nicht, denn ihre Vereinigung finden sie in dem gemeinsamen (!) Vaterland Schleswig-Holstein. In dem Gedanken liegt ihre Versöhnung!“

sich sehr stark über ihn, seine Ansprache sei verrückt, Manteuffel sei ein Fanatiker, ein Tempelritter des Mittelalters, der in seiner reaktionären Vorstellung vor nichts zurückschrecke, der König sei sehr unzufrieden über den Vorfall und habe ihm eine Nase geschickt.[1]

Als Lefebvre meinte, mit dem Manteuffel ertheilten Verweise könne man den Eindruck doch nicht verwischen; er halte übrigens den General speziell für Frankreich wenig freundlich gesinnt, stellte Bismarck das in Abrede: Manteuffel kenne nichts Höheres, als das Interesse Preußens, und wenn es gelte, eine Provinz zu gewinnen, so lasse er die Königin-Wittwe, die Erzherzogin Sophie und Jedermann fallen. Freilich fasse er die preußischen Interessen nach seinem Parteistandpunkte auf und wirke dadurch oft sehr schädlich; doch müsse er — Bismarck — ihn schonen, denn er habe ihm bei den Schwankungen (tergiversations), denen der König oft unterliege, ehe er zu einem Entschlusse komme, große Dienste geleistet.

**Paris, den 2. Oktober 1865. Unterredungen mit dem französischen Staatsminister Rouher und dem Minister Drouyn de l'Huys, betr. das französische Rundschreiben aus Anlaß des Gasteiner Vertrags.[2]**

Auf der Reise nach Biarritz besuchte Bismarck am 2. Oktober 1865 in Paris den Staatsminister Rouher, den besonderen Vertrauten des Kaisers, und erfuhr hier, daß Napoleon das grobe Rundschreiben des Ministers Drouyn de l'Huys vom 29. August vor der Absendung gesehen und gebilligt habe. Daraufhin machte Bismarck, scheinbar Rouher zu Liebe, im Grunde aus eigener Berechnung, auch dem Minister Drouyn de l'Huys seine Aufwartung, der sich in Bemühungen überbot, den üblen Eindruck seines Schreibens zu verwischen.

Der französische Minister erklärte den Ursprung dieser feindseligen Kundgebung aus der Befürchtung, daß Preußen sich, ohne Frankreich Dank dafür zu schulden, der Herzogthümer Schleswig-Holstein bemächtigen und, verstärkt durch die Mittel dieser neuen Erwerbung, sich demnächst einer antifranzösischen Politik wieder zuwenden werde. Preußen ziehe aus der wohlwollenden Haltung Frankreichs baren Gewinn, während die Vortheile, die Frankreich aus guten Beziehungen zu Preußen erwachsen könnten, von einer ungewissen Zukunft abhingen. Auf Bismarcks Wunsch deutete er die Vortheile, die Frankreich erhoffen könne, in demselben Sinne näher an, wie dies kurz vor Bismarcks Abreise von Berlin in den Aeußerungen des französischen Geschäftsträgers Lefebvre geschehen war.[3] Jede Begehrlichkeit nach preußischen und deutschen Landestheilen stellte der französische Minister auf das bestimmteste in Abrede.

---

[1] „C'est un discours fou, Manteuffel est un fanatique, un templier du moyen âge, qui dans sa fougue réactionnaire ne s'arrête devant rien. Le roi est très mécontent de cette harangue et lui a envoyé un savon."

[2] Cowley an Napier, 3. Oktober 1865.

[3] Lefebvre hatte auf verschiedene Territorien französischer Zunge hingedeutet.

Bismarck erwiderte, man könnte der Geschichte der Zukunft ihren Lauf nicht vorzeichnen und sie nicht nach Willkür erfinden, sondern nur ihre Entwickelung abwarten und benutzen; von seiten Preußens hoffe und wünsche man, daß dies in einer Weise geschehen würde, vermöge derer die natürlichen guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich erhalten und gefördert werden könnten.

Trotz der geflissentlichen Freundlichkeit, mit welcher Drouyn de l'Huys den üblen Eindruck seiner Depesche zu verwischen suchte, hatte Bismarck doch keine volle Ueberzeugung von der Aufrichtigkeit seines Wohlwollens für Preußen gewonnen, sondern hielt die Kundgebungen nur für den Ausfluß bestimmter Befehle des Kaisers Napoleon.[1]

**Biarritz**, den 4. Oktober 1865. Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, betr. das französische Cirkular vom 29. August 1864; keine Garantie Preußens für Venetien; die schleswig-holsteinische Frage.[2]

Am 4. Oktober wurde Bismarck von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Bismarcks Unterredungen mit dem Kaiser fanden am 4. und 8. Oktober statt. An letzterem Tage war Bismarck in der Villa Eugenie zum Frühstück geladen und ging dann lange mit dem Kaiser allein auf der Terrasse vor dem Speisesaal auf und nieder.

Es war ersichtlich, daß der Kaiser selbst lebhaft gewünscht hätte, das Cirkular vom 29. August ungeschehen machen zu können. Er schien nicht zu wissen, daß Bismarck von seiner vorgängigen Billigung desselben Kenntniß hatte, denn er hob bei seiner ersten Unterredung mit Bismarck hervor, daß er die auswärtigen Geschäfte zwar in Situationen von Bedeutung unmittelbar in die Hand nehme, sich aber um die Einzelheiten des gewöhnlichen Geschäftsganges, so lange die Wichtigkeit derselben sich ihm nicht erkennbar gemacht habe, wenig kümmern könne. Er tadelte wiederholt die Veröffentlichung des Aktenstücks und die Uebereilung, mit welcher es, ohne vorgängigen Gedankenaustausch mit dem Grafen von der Goltz, abgefaßt worden sei. Auf diese Weise habe man in Paris die Tragweite des Gasteiner Abkommens für die Gesamtpolitik Preußens überschätzt, zumal man nicht hätte glauben können, daß ein für Preußen so günstiges Resultat durch keine geheimen Zugeständnisse an Oesterreich erkauft worden sei.

Der Kaiser ließ durchblicken, was Drouyn de l'Huys Bismarck mit voller Bestimmtheit angedeutet hatte, daß die österreichischen Mittheilungen, welche durch

---

[1] Goltz berichtet am 23. Oktober aus Paris, Drouyn de l'Huys lasse durch vertraute Personen verbreiten, daß Bismarck ihm die Nothwendigkeit großer Gebietserweiterung für Preußen vorgestellt und ihm Kompensationen angeboten, er aber, Drouyn, alles abgelehnt habe. Goltz meinte, daß Drouyn de l'Huys diese falsche Darstellung zu Nutz und Frommen der österreichischen Botschaft erfunden habe, um diese gegen Preußen aufzuhetzen. Bei den Diplomaten in Paris rede er viel korrekter, rühme Bismarcks Liebenswürdigkeit und klage nur, daß derselbe so zugeknöpft gewesen.

[2] Nach v. Sybel Bd. IV. S. 213, 215 ff.

ganz vertrauliche Kanäle (anscheinend die Kaiserin Eugenie) an ihn gelangt seien, der Voraussetzung einer geheimen, gegen Frankreich gerichteten koalitionistischen Verständigung der deutschen Mächte Vorschub geleistet hätten. Napoleon legte daraufhin Bismarck nochmals mit einiger Feierlichkeit die Gewissensfrage vor, ob Preußen Oesterreich keine Garantie wegen Venetien geleistet hätte.

Bismarck verneinte es mit der Versicherung, daß der Kaiser seiner Aufrichtigkeit um so gewisser sein könne, als solche Verabredungen, wenn sie getroffen würden, doch nicht lange geheim blieben und er (Bismarck) das Bedürfniß hätte, bei ihm den Gedanken an seine Zuverlässigkeit zu erhalten; außerdem hielt Bismarck auch für die Zukunft ein Abkommen für unmöglich, vermöge dessen Preußen Oesterreich in die Lage setzte, nach Belieben einen Krieg herbeizuführen, welchen Preußen ohne eigenen Vortheil zu dem seinigen zu machen gezwungen sein würde.

Der Kaiser versicherte demnächst, daß er keine Pläne anzuregen beabsichtige, durch welche der europäische Friede gestört werden könne, und daß Herr Lefebvre, dessen Briefe über seine Unterredungen mit Bismarck er erhalten habe, in seinen Eröffnungen weiter als in seinen Instruktionen gegangen sei. (Napoleon verwahrte sich insbesondere gegen die Annahme, daß er eigennützige Pläne gegen Belgien hege.) Fast in denselben Worten, mit welchen Bismarck einige Tage zuvor den Gedanken gegen den Minister Drouyn de l'Huys ausgesprochen, und welche dieser inzwischen ohne Zweifel dem Kaiser gemeldet hatte, sagte er, man müsse die Ereignisse nicht machen wollen, sondern reifen lassen; dieselben würden nicht ausbleiben und alsdann den Beweis liefern, daß Preußen und Frankreich diejenigen Staaten in Europa seien, deren Interessen sie am meisten auf einander anwiesen, und daß er dann jederzeit bereit sein würde, die Freundschaft und die Sympathie zu bethätigen, von der er für Preußen erfüllt sei.

Der Kaiser knüpfte hieran die Frage, auf welchem Wege Preußen glaube, sich mit Oesterreich über Holstein auseinanderzusetzen.

Bismarck erwiderte offen, daß Preußen hoffe, Holstein durch Geldentschädigung zu erwerben und zu behalten. Napoleon machte hierzu keine Einwendung und erklärte ausdrücklich sein Einverständniß zu den Motiven, mit welchen Bismarck die Besorgniß des Ministers Drouyn de l'Huys wegen des Wachsens der preußischen Macht ohne Aequivalent für Frankreich widerlegt hatte. Der Erwerb der Elbherzogthümer, so führte Bismarck aus, sei an sich noch keine Machtverstärkung Preußens, lege im Gegentheil die Kräfte desselben nach mehr als einer Richtung, behufs Entwickelung seiner Marine und seiner Defensivstellung gegen Norden hin, in einem Maße fest, welches durch den Zuwachs von einer Million Einwohner nicht aufgewogen würde. Der Erwerb der Herzogthümer sei nur ein Angeld (arrhes) für die Erfüllung der Aufgabe, welche die Geschichte dem preußischen Staat gestellt habe, und bei deren weiterer Verfolgung Preußen freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürfe. Es scheine ihm im Interesse der französischen Politik zu liegen, den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben zu ermuthigen; denn ein

strebsames Preußen werde stets hohen Werth auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmuthigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen würde. Diese Argumentation bezeichnete der Kaiser als eine ihm vollständig einleuchtende und sympathische.

Biarritz, den 8. Oktober 1865. Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, betr. die Donaufürstenthümerfrage; Maßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Mekkapilger.[1]

Bei Gelegenheit der bereits oben erwähnten Frühstückseinladung bei Napoleon erkundigte sich dieser lebhaft nach der Richtung, welche Preußen angesichts der Wirren in den Donaufürstenthümern einhalten würde. Die Aussicht, daß diese Länder dermaleinst dazu dienen könnten, Oesterreich für Venetien zu entschädigen, ließ sich besonders im Hinblick auf bestimmte Andeutungen, welche der Geschäftsträger Lefebvre Bismarck früher gegeben hatte, im Hintergrunde erkennen.

Bismarck entgegnete, daß Preußens direktes Interesse an dem Schicksal der Donaufürstenthümer bisher nicht über die Sicherstellung des deutschen Verkehrs in denselben hinausgehe, und daß Preußens Mitwirkung zu etwaiger Neugestaltung der Zukunft jener Länder durch die Nothwendigkeit bedingt sei, mit Rußland über eine für Preußen verhältnißmäßig weniger wichtige Frage nicht in Verwickelungen zu gerathen. Die Zuverlässigkeit der freundschaftlichen Verhältnisse Preußens zu Rußland und die Bedeutsamkeit seiner nachbarlichen Beziehungen machten es Preußen zur Pflicht, das seit lange zwischen den beiden Höfen bestehende Vertrauen nicht zu untergraben.

Der Kaiser schien der Wahrheit dieser Bemerkung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Napoleon entwickelte sodann das Interesse, welches Europa daran habe, die Quelle ansteckender Krankheiten zu verstopfen, welche, wie damals die Cholera, ihren Ursprung aus den Wallfahrten nach Mekka entnähmen und sich durch die heimkehrenden Pilger dem Westen mittheilten. Er glaubte, daß durch gemeinsame Schritte der europäischen Mächte Gefahren dieser Art erheblich vermindert werden könnten, und sprach die Hoffnung aus, daß Preußen geneigt sein würde, hierzu mitzuwirken.

Obschon Bismarck die Gefahr nicht verkannte, daß durch die Eingriffe in die Wallfahrtsangelegenheiten der Fanatismus der Mohamedaner erregt und der Orient, absichtlich oder unabsichtlich, in Aufruhr versetzt werden könnte, so glaubte derselbe doch in allgemeinen Worten die Ueberzeugung aussprechen zu sollen, daß Preußen sich bei jedem Werke der Civilisation in jener Richtung bereitwillig betheiligen würde, soweit es in der Lage sei, einen Einfluß in diesen entfernteren Gegenden zu üben.

[1] Nach v. Sybel Bd. IV. S. 219.

Paris, zwischen dem 2. u. 4. November 1865. Unterredung mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Drouyn de l'Huys, betr. die Nothwendigkeit eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich; die Herbeiführung eines gleichmäßigen Münzsystems in den wichtigeren Staaten Europas.[1]

In einer Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Drouyn de l'Huys setzte Bismarck diesem die Nothwendigkeit für Preußen auseinander, die Herrschaft über Norddeutschland zu übernehmen und zu dem Zweck mit Oesterreich Krieg zu führen. Darauf sagte Bismarck: „Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung zu diesem unglücklicherweise nothwendigen Kriege und gleichzeitig um Mittheilung der Bedingungen Ihres Einverständnisses."

Drouyn de l'Huys bemerkte später einem deutschen Staatsmann gegenüber, daß er sich die größte Mühe gegeben habe, um vom Kaiser Napoleon das einzige Wort zu erlangen: „Ich will den Krieg in Deutschland nicht"; aber daß er denselben niemals habe dazu bestimmen können, dies Wort auszusprechen.

Im Laufe der Unterhaltung mit dem Minister Drouyn de l'Huys kam das Gespräch auch auf die Frage wegen Herbeiführung eines einheitlichen oder gleichmäßigen Münzsystems in den wichtigeren Staaten Europas. Bismarck erkannte die Bedeutung einer solchen Reform und die davon zu erwartenden wohlthätigen Folgen an und bemerkte, daß die Prägung einer dem französischen Fünffrankenstück gleichkommenden Silbermünze in Preußen geeignet sein dürfte, dem Ziele näher zu kommen. Der französische Minister hob hervor, daß seiner Ansicht nach vor allem Preußen und Frankreich in Betracht kommen würden, indem eine Einigung zwischen diesen Mächten die Verständigung mit den übrigen allmählich nach sich ziehen würde.

Paris, den 3. November 1865. Unterredung mit dem italienischen Gesandten in Paris Nigra, betr. den bevorstehenden Krieg mit Oesterreich und den deutsch-italienischen Handelsvertrag; Allianz Preußens mit Italien.[2]

Bismarck gab Nigra zu verstehen, daß der Krieg mit Oesterreich unvermeidlich sei. Er vertraue zuverlässig, daß Frankreich ihm nicht feindlich sein würde; und um

---

[1] Nach Oskar Meding: Memoiren, Bd. II. S. 56, und einem Schreiben Bismarcks an den Finanzminister von Bodelschwingh, d. d. 16. November 1865, in meinen Aktenstücken zur Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. I. S. 66.

[2] La Marmora: Etwas mehr Licht. S. 56 f. Diese Broschüre ist, wie wir aus der später folgenden Rede des Fürsten Bismarck vom 16. Januar 1874 ersehen werden, sehr unzuverlässig. Graf Usedom ließ eine Charakteristik von La Marmora entwerfen, die nicht sehr schmeichelhaft ist, wohl auch die Schatten etwas zu sehr vertieft, aber im Kern das Richtige trifft. Danach war La Marmora „als Militär und Diplomat ohne jede Initiative, ohne schöpferischen Gedanken, groß im Kleinen und klein im Großen; hölzern und tugendhaft, fest und peinlich in seinen Geleisen, aber unfähig, über die nächste Mauer hinwegzusehen; von außerordentlich reizbarem Selbstgefühl, aber unwillig zur That und mißtrauisch gegen sich und andere; schwerfällig im Kombiniren, aber bis zum Starrsinn hartnäckig in der einmal gewonnenen Meinung". La Marmora entwickelte während des Krieges auch deshalb nicht immer die nothwendige Energie, weil er nach dem zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossenen

zu zeigen, wie er sich auf Italiens Beihülfe verlasse, erklärte er ohne weiteres: „Wenn Italien nicht da wäre, so müßte man es erfinden."

Darauf lenkte Bismarck das Gespräch auf den Handelsvertrag zwischen Italien und dem Zollverein, welchen das preußische und nicht das italienische Kabinett ein Jahr vorher verschleppt hatte und ersuchte Nigra eindringlich, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Bismarck legte Nigra ans Herz, seinem Chef General La Marmora zu schreiben und anzurathen, jede andere Erwägung bei Seite zu stellen und dem Zollverein die Behandlung der meist begünstigten Nation zuzugestehen. Dieses Faktum würde zur Folge haben, die deutschen Bevölkerungen günstiger gegen Italien zu stimmen und die Anerkennung Italiens von seiten Sachsens und der übrigen deutschen Staaten zu beschleunigen, sowie auch Preußen in Deutschland zu verstärken. „Glauben Sie mir — fügte er hinzu —, wenn Sie dem deutschen Zollverein die Behandlung der meist begünstigten Nation und umgekehrt zugestehen, so werden sie ein hoch politisches Werk thun, das Ihnen für die Zukunft von außerordentlichem Vortheile sein wird."

Im weiteren Verlaufe streifte Bismarck noch einmal die allgemeine politische Lage[1] und machte kein Hehl daraus, daß die Gasteiner Konvention den Bruch zwischen Preußen und Oesterreich nicht verkleistern, nicht heilen könne.

Dem italienischen Gesandten schien es, als ob Preußens und Italiens Politik parallel miteinander gehen sollten.

Bismarck rief angeblich aus: „Eh bien, nous serons ensemble."

St. Cloud, den 3. November 1865. Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, betr. die schleswig-holsteinische Frage; Anbahnung eines Einverständnisses Frankreichs mit Preußen.[2]

Auf der Rückfahrt von Biarritz hatte Bismarck eine Audienz bei Napoleon in St. Cloud. Letzterer sprach wiederholt sein Einverständniß mit der Erwerbung der Herzogthümer für Preußen durch Geldabfindung Oesterreichs aus. Nur sei es zweckmäßig, die Annexion durch irgend welches Organ des Landes nachher sanktionirt zu sehen; die Frage der Abtretungen an Dänemark könne der Zukunft je nach den Ereignissen vorbehalten bleiben. Uebrigens ersuchte der Kaiser Bismarck, seinem Könige zu sagen, er (Napoleon) sei mit Bismarck ganz einverstanden, daß, um sich über die Zukunft ihrer politischen Beziehungen zu verständigen, es nicht nöthig sei, die Ent-

---

Vertrage sicher war, daß Venetien in jedem Falle in den Besitz Italiens gelangen werde. Daß er einen Sieg auf dem Schlachtfelde heiß ersehnte, war selbstverständlich; aber für Italien war der Kampf, da der Preis auf jeden Fall vergeben war, nur mehr eine Frage der militärischen Ehre; er trug, wie der Ministerkollege La Marmoras, Jacini, später schrieb, den Charakter eines Duells, aber nicht den eines gründlichen Krieges. Dies wurde auch Usedom bald klar und erregte sein tiefes Unbehagen.

[1] Nach Mittheilungen Nigras an den Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse" Dr. Siegmund Münz.

[2] Nach v. Sybel Bd. IV. S. 221.

wickelung der Lage zu überstürzen, sondern daß man dieselbe abwarten müsse, um die Entschließungen ihr anzupassen.

Diese Zurückhaltung des Kaisers entsprach nicht nur Bismarcks Wünschen, sondern war von ihm selbst durch die Art seines Auftretens angezeigt und veranlaßt, nach dem Willen des Königs zur Zeit keine Verpflichtungen gegen Frankreich einzugehen.

Napoleon fügte dann die Aufforderung hinzu, der König möge ihm vertraulich schreiben, sobald ihm die Umstände ein engeres und spezielleres Einvernehmen der beiden Regierungen zu erfordern schienen; es werde dann leicht sein, zu einem Einverständniß zu gelangen. Dagegen erklärte der Kaiser ohne eine Anregung von seiten Bismarcks, daß ein Bündniß mit Oesterreich im Falle eines Konflikts in Deutschland für ihn eine Unmöglichkeit sei. Einen Versuch in dieser Richtung, welchen Fürst Metternich bei ihm vorgestern gemacht, habe er abgelehnt.

Berlin, anfangs Dezember 1865. Unterredungen mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. den König Wilhelm.[1]

Bismarck äußerte sich mehrfach zu dem französischen Botschafter Grafen Benedetti über die Schwierigkeiten, den König für seine Politik zu gewinnen. Der König sei so gestimmt, daß man ihm beweisen müsse, daß Andere ihm seine Rechte bestreiten, um ihn zur Behauptung derselben zu bestimmen. Sei er aber einmal davon überzeugt, daß man seine Autorität nicht anerkenne, oder ihn an der Ausübung seiner Rechte verhindern wolle, dann könne man denselben ohne Gefahr zu den entschiedensten Maßregeln veranlassen.

Berlin, den 31. Dezember 1865. Unterredung mit dem österreichischen Kommissar in Holstein v. Hoffmann, betr. Oesterreichs Haltung gegenüber der Augustenburger Partei.[2]

Der österreichische Kommissar v. Hoffmann ließ sich durch den österreichischen Geschäftsträger in Berlin dem Ministerpräsidenten vorstellen und äußerte sich hinsichtlich der Klagen Preußens, daß Oesterreich die Ansprüche des Prinzen von Augustenburg unterstütze: Die Gesetze von 1854 hätten keine Geltung mehr, der Erbprinz führe rechtmäßig den Titel Herzog; wenn Preußen über die Augustenburger Zeitungen klage, dürfe Oesterreich sich über die annexionistischen Blätter in Schleswig beschweren.

Bismarck wies diese Sätze zurück und bemerkte hinsichtlich der Annexionsartikel der schleswigschen Zeitungen, daß bei jedem preußischen Streben nach Annexion die Zustimmung Oesterreichs die feste Voraussetzung bleibe, während die Augustenburger Blätter Preußens Verdrängung gegen dessen Willen durchsetzen wollten.

[1] Nach einem Schreiben Benedettis an den französischen Botschafter in Wien Herzog von Gramont, d. d. 8. Dezember 1865. S. Benedetti: Ma mission en Allemagne. S. 39.

[2] Nach v. Sybel Bd. IV. S. 258 f., und Wydenbrugk an Samwer, 9. Januar 1866. Samwer a. a. O. S. 552.

Hoffmann gestand, Oesterreich könne die preußischen Interessen nicht noch mehr fördern, als es bisher gethan; es könne auf den sittlichen Halt, den es in Schleswig-Holstein gewonnen, nicht verzichten; auf dem Gebiete der allgemeinen Politik müsse die Verständigung gesucht werden.

Berlin, den 14. (?) Januar 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Beziehungen zu Oesterreich; König Wilhelm und die Annexion der Herzogthümer.[1]

Bei einer vertraulichen Besprechung mit dem Grafen Benedetti über die Beziehungen zu Oesterreich theilte Bismarck dem französischen Botschafter mit, er warte ab, daß ihm das Wiener Kabinett einen Vorwand liefere, um aus der Enthaltsamkeit herauszutreten, zu welcher ihn die politische Lage verdamme. Er suche auch dem Könige die Sache plausibel zu machen. Nach den Nachrichten aus Pest schließe er, daß der Versuch des österreichischen Hofes, einen Ausgleich mit Ungarn zu stande zu bringen, wohl schwerlich das erhoffte Resultat bringen werde. Herr Deak werde binnen kurzem nur mehr der Führer der äußersten Rechten sein und bei den ersten Besprechungen werde man sich überzeugen, daß kein Weg zu finden sei, um jene Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, deren Ende man erstrebe. Man hätte ihm (Bismarck) vorgestellt, Preußen möchte sich unverzüglich, um die einem Ausgleich sich entgegenstellenden Hindernisse zu erweitern, zu einer in Oesterreich verletzenden Demonstration verstehen. Dieser Anregung gegenüber habe er aber erwidert, er könne für den Augenblick keine Schritte thun, in Bälde aber würde es ihm jedoch gestattet sein, dem ihm geäußerten Wunsche zu willfahren. In dem gegenwärtigen Moment halte er es nicht für nützlich, dem Könige Maßregeln anzuempfehlen, die geeignet wären, Oesterreich einzuschüchtern und dasselbe zu bestimmen, den Ungarn Konzessionen zu machen, die eine Annäherung zwischen dem Kaiser von Oesterreich und den Magyaren zur Folge haben würden.

Bismarck weihte gleichzeitig den Grafen Benedetti in sein Verhältniß zum Könige von Preußen ein. Der Wortlaut des darüber geführten Gespräches ist uns nicht bekannt. Auf den Gang desselben läßt aber die demnächstige Berichterstattung Benedettis schließen, welche ersehen läßt, welch tiefen Eindruck die Konfidenzen Bismarcks auf ihn gemacht hatten. Benedetti erfuhr, Bismarck gebe sich die erdenklichste Mühe, seinen Ansichten bei dem Könige Eingang zu verschaffen; er rechne fest darauf, in kurzem wieder die Hebel in Bewegung zu setzen, deren Erfolg er bereits zu genießen hoffe; ja er sei so zu sagen gezwungen, demnächst eine neue Campagne mit Oesterreich zu beginnen, um die Hindernisse zu überwältigen, die ihm das Wiener Kabinett in den Weg lege. Vor weiteren Schritten müsse er sich aber der

[1] Nach Benedettis Bericht, d. d. 14. Januar 1866. Benedetti: Ma mission, S. 24 f., und Staatsarchiv Bd. XXI, Nr. 4511 und 4512, S. 107. Kohl setzt das Datum auf den 14. Januar 1865; in den im Staatsarchiv abgedruckten Depeschen ist ein bestimmter Tag nicht angegeben.

vollsten Zustimmung des Königs versichern, und das sei keine leichte Sache, denn der König stehe den ihm von Bismarck anempfohlenen Maßnahmen von Hause aus feindlich gegenüber. Um seine Ansichten dem König geläufig zu machen, sei Bismarck gezwungen, denselben zu überreden, daß die Ehre seiner Krone und das Interesse Preußens die vorgeschlagenen Schritte erheische; dies sei wiederum nur dadurch möglich, daß Bismarck die Sache so zu wenden wisse, daß der Letztere glaube, es gehe die Initiative aller Maßregeln in der Politik von ihm selbst aus. Das sei naturgemäß ein langsamer Prozeß. Bismarck erhoffe aber davon die besten Früchte; im Falle des Gelingens sei der Erfolg ein so vollständiger, wie er ihn nur wünschen könne, ja er müsse zu Zeiten sogar seinen Königlichen Herrn zurückhalten, nachdem er denselben vermocht habe, einen energischen Entschluß gefaßt zu haben.

Berlin, den 21. Januar 1866. Unterredung mit dem hannoverschen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Platen-Hallermund. betr. das Heirathsprojekt des Prinzen Albrecht Sohn mit der Prinzessin Friederike von Hannover.[1]

Zu Anfang des Jahres 1866 verhandelte Bismarck mit dem Grafen Platen, welcher auf erfolgte Einladung nach Berlin gereist war, um wegen der Haltung Hannovers in dem zu gewärtigenden Kriege mit Oesterreich Aufschlüsse zu geben. Eines Tages fuhr Bismarck bei demselben vor und erklärte, daß er vom Könige beauftragt sei, den Wunsch einer Verbindung des Prinzen Albrecht Sohn von Preußen mit der Prinzessin Friederike von Hannover auszusprechen.

Graf Platen, der die Eigenthümlichkeiten des hannoverschen Hofes und insbesondere die unberechenbaren Anschauungen der Königin in solchen Fragen kannte, erschrak über diese so plötzlich in offizieller Form an ihn herantretende Frage. Er erwiderte, daß er in der angeregten Verbindung ein Glück für beide Königlichen Häuser erblicke, und daß die in Frage stehenden hohen Fürstlichen Personen auch nach seiner Ueberzeugung besonders für einander passend seien. Er bäte jedoch, da er über einen so delikaten Punkt sich zu äußern keine Vollmacht habe, den Grafen Bismarck, dessen Frage nicht als eine offizielle Aeußerung betrachten zu dürfen, sondern die Sache so aufzufassen, daß sie beide über diese vortreffliche Idee einig seien und so jeder an seinem Theile zur Ausführung derselben wirken wolle. Trotzdem war es nun aber unvermeidlich, daß das Fürstliche Heirathsprojekt an die hannoversche Königsfamilie, wenn auch nicht in absolut offizieller Form, so doch als ein Gegenstand politischer Natur herantrat.

Dasselbe fand, von dieser Seite betrachtet, den allerhärtesten Widerstand, und der König ließ durch den Grafen Platen erwidern, daß er in der projektirten Verbindung eine freudige und ehrenvolle Befestigung der alten Verwandtschaftsbande der königlichen Häuser von Preußen und Hannover erblicke, daß er aber niemals

[1] Nach Osk. Meding: Memoiren, Bd. II S. 77 f. In Kohls Bismarck-Regesten ist diese Quelle übersehen.

einen zwingenden Einfluß auf die Wahl seiner Tochter auszuüben entschlossen sei, und daß er daher wünsche, den beiden jungen Fürstlichen Personen Zeit zu näherer Bekanntschaft miteinander und zur Prüfung ihrer Gefühle zu lassen.[1]

Berlin, den 9. Februar 1866. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, betr. das Verhältniß Preußens zu Oesterreich wegen der Haltung des letzteren in der Augustenburger Frage.[2]

Graf Karolyi theilte Bismarck die österreichische Depesche vom 7. Februar 1866 mit, wonach Oesterreich die von Preußen geforderten Maßregeln zur Unterdrückung der augustenburgischen Agitation in Holstein ablehnte.

Bismarck begnügte sich mit der gelassenen Bemerkung, daß also Preußens Beziehungen zu Oesterreich nunmehr anstatt des intimen Charakters, den sie während der letzten Jahre angenommen, auf denselben Standpunkt zurückgeführt seien, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen, nicht besser, aber auch nicht schlimmer als zu jeder andern Macht.

[1] Bismarck erwähnt diese Episode in seinen Gedanken und Erinnerungen, Bd. II. S. 23.
[2] Nach v. Sybel Bd. IV S. 272.

## Fünftes Kapitel.

### Von der Vorbereitung des Krieges mit Oesterreich bis zur Rückkehr vom böhmischen Kriegsschauplatz.

(11. Februar bis 4. August 1866.)

Während in drei vorhergehenden Kapiteln Buchanan der Diplomat ist, der uns die meisten Gespräche mit Bismarck überliefert hat, giebt fortan Benedetti den Löwenantheil.

Buchanan war der englische Diplomat, der mit Bismarck die ganze polnische und schleswig-holsteinische Phase durchzusprechen hatte; Buchanan that alles, was er konnte, um Bismarcks Aktion gegen die aufständischen Polen und gegen Dänemark einzudämmen, und er hat mit seinen ewigen Anfragen und wohlgemeinten englischen Rathschlägen Bismarcks Geduld oft erschöpft. Er kämpfte aber für eine verlorene Sache, ohne auf Bismarcks Entschließungen auch nur den mindesten Einfluß auszuüben. Solange es sich nur um die Bundesexekution in Holstein handelte, gefiel es Bismarck, der englischen Regierung gegenüber sich hinter die Autorität des Bundestags zu verschanzen und sich auf die Macht der öffentlichen Meinung in Deutschland zu berufen. Als aber Bismarck später — nach dem Tode des Königs Friedrich VII. von Dänemark — entgegen dieser öffentlichen Meinung die schleswig-holsteinische Frage vom Standpunkte der preußisch-dynastischen Interessen zu lösen beschloß, verwirrte er den Knoten, die Ansprüche heute dieses, morgen jenes Kandidaten in den Vordergrund stellend, bis schließlich die reife Frucht Preußen in den Schoß fallen konnte. In der Art, wie Bismarck sich in den verschiedenen Stadien die Einmischung Englands vom Halse schaffte, springt seine diplomatische Gewandtheit ungemein scharf in die Augen. Seine Sprache gegenüber Buchanan ließ einigemale an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Trotz allen Uebelwollens, mit welchem die englische Regierung jeden Fortschritt Bismarcks in der schleswig-holsteinischen Frage begleitete, kam aber Bismarck mit Buchanan geschäftlich gut aus. Am 30. November 1870 sagte er von ihm in Versailles: „Buchanan war gut, zwar trocken, aber zuverlässig", und dann setzte er hinzu: „Die Stellung eines englischen Gesandten in Berlin hat ihre besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten, schon wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse. Sie verlangt viel Takt und Aufmerksamkeit." (Wohl eine stillschweigende Andeutung, daß Loftus [der Nachfolger Buchanans] dieses Verlangen nicht erfülle.)

Seitdem auch der vertrauliche Briefwechsel Bismarcks mit dem englischen Kabinett im englischen Blaubuch veröffentlicht worden war, verbat sich übrigens Bismarck alle vertraulichen Mittheilungen von seiten Sir Andrew Buchanans.

Unwohl und verhindert, selbst zu kommen, hatte Buchanan eines Tages Lowther zu Bismarck geschickt, und dieser weise Thebaner hatte sich da in echt englischer Weise benehmen,

brutal und grob auftreten wollen, gedroht; da hat ihm Bismarck ganz einfach gesagt, er solle gehen — und dann an Buchanan geschrieben, er solle ihm künftig in ähnlichen Fällen jemand anders schicken, nicht Mr. Lowther. Das wurde alsbald in Berlin bekannt; Droysen bestätigte es Theod. von Bernhardi.[1]

Obwohl ich die Schilderung, die Lord A. Loftus, Buchanans Amtsvorgänger und Amtsnachfolger, in seinem Werke „Diplomatic reminiscenses", Bd. I, first series, S. 206, von Bismarck entwirft, als eine sehr einseitige und von Mißgunst diktirte erklären muß, will ich dieselbe dem Leser doch nicht vorenthalten, weil doch auch mancher treffende Gesichtspunkt darin enthalten ist.

Loftus schreibt: Bismarck besaß einen starken Willen, außerordentliche Vorsicht und Wagemuth. Er hatte den eisernen Willen, seine ehrgeizigen Pläne durchzuführen, und war bei ihrer Ausführung niemals durch Prinzipien oder Skrupel irgend welcher Art gehemmt. Er war der erste preußische Minister, der den Muth hatte, die seit dem Frieden von 1815 in beständiger Vorbereitung begriffene militärische Macht zu benutzen. Er wurde in seiner Politik durch das Vertrauen des Königs und durch die militärischen Rathschläge des Feldmarschalls Moltke, des ersten Strategen in Europa, unterstützt. Sein eiserner Wille stand in einem für seine Pläne günstigen Kontrast zu dem bemerkenswerthen Mangel an gleichbegabten großen Staatsmännern in Europa und zu der allgemeinen Apathie und Schwäche der fremden Regierungen, welche Fürst Gortschakow bei Gelegenheit des dänischen Krieges so treffend bezeichnet hat, als er die denkwürdige Phrase aussprach: „Es giebt kein Europa mehr!" Jedoch war Bismarck, wenn auch unternehmend, so doch immer vorsichtig und wartete geduldig den günstigen Zeitpunkt für die Ausführung seiner lange vorher entworfenen Pläne ab.

Im Privatleben war er genial, glänzend in der Unterhaltung und in historischen Thatsachen und Anekdoten wohlbewandert. Es war schwierig, an ihn heranzukommen; war man aber mit ihm zusammen, so war es ebenso schwer, wegzukommen. Bei der geschäftlichen Verhandlung mit ihm fand ich ihn außerordentlich klar; mit großem Verständniß faßte er jeden Punkt auf und wählte immer das treffende Wort, wenn er sich englisch ausdrückte. Er war ein guter Freund, aber ein bitterer Feind. Er war stolz und hochfahrend (arrogant) in seiner Art und unversöhnlich gegen diejenigen, welche ihm entgegentraten; aber bei allen diesen Fehlern erwies er sich als der bemerkenswertheste Mann seiner Zeit, und in der zukünftigen Geschichte wird er als der Wiederhersteller Deutschlands angesehen werden.

Wir kommen nunmehr zu dem **Grafen Benedetti**, dem man die Schuld für den Krieg von 1870/71 in die Schuhe geschoben hat, gegen welchen Vorwurf er sich in dem Buche „Ma mission à Berlin" zu rechtfertigen suchte, indem er nachwies, seine Regierung nie im Unklaren über die Entwürfe der Bismarckschen Politik gelassen zu haben. Und in gewissem Sinne gelang ihm auch die Rechtfertigung, wie in dem Buche „Bismarck unter drei Kaisern" treffend ausgeführt wird. „Er ist in Berlin stets auf dem Laufenden erhalten worden, und er hat von dem, was er erfahren, stets am folgenden Tage getreulich Bericht erstattet. Die Schuld trifft den Kaiser und seine Rathgeber, die wohlunterrichtet waren und mit sehenden Augen ins Verderben rannten. Was aber Benedetti schwerlich beabsichtigte, ist der Eindruck, den man aus seinem Buche von der ungeheuren Ueberlegenheit des Mannes erhält, mit dem er es zu thun hatte. Er bemerkt nicht, daß, so oft er wieder von einer bedeutenden Unterredung mit Bismarck berichtet, er selbst zur gänzlichen Nullität zusammenschrumpft. Mit weit geöffneten Augen empfängt er die vertraulichen Mittheilungen, denen er nicht auszuweichen vermag,

[1] Bernhardi Bd. VI. S. 112.

die erstaunliche Kunde raubt ihm die Sprache: er sagt nichts, denn er hat nichts zu sagen, und zu Hause setzt er sich hin und schüttet dem Minister sein Herz aus über die Bedrängniß, in die ihn die unerwünschte Vertraulichkeit des deutschen Kanzlers versetzt.

Indem Bismarck von Anfang an über seine Entwürfe in Deutschland das Tuilerienkabinett nicht im Zweifel ließ, machte er es allerdings gewissermaßen zum Bundesgenossen. Der Vertraute wurde von selbst zum Mitschuldigen. Indem die Kaiserliche Regierung fast von Tag zu Tag in Mitwissenschaft gezogen wurde, wußte sie den Moment nicht zu finden, wo sie ihren Protest rechtzeitig hätte einlegen können. Sie besann sich von Stunde zu Stunde und verpaßte die rechte ...

Es gehört eine gewaltige Sicherheit dazu, dieses offene Spiel zu spielen. Nur ein überlegener Geist durfte es wagen, den gefährlichsten Feind dadurch lahm zu legen, daß man ihn mit Vertrauen überhäufte."

*

Als geschickte Politiker erwiesen sich in dieser Periode die Italiener: der Gesandte Graf Barral und der General Govone, welche vor 1866 das Bündniß zwischen Italien und Preußen einzufädeln hatten. Bismarck verhandelte mit diesen Staatsmännern mit einem in der Geschichte wohl noch nicht dagewesenen Freimuth und riß dieselben auch zu offener Bewunderung hin: „Er ist unser Cavour, ganz Cavour, wie er leibt und lebt," soll General Govone bei der Rückkehr von seiner Berliner Mission im April und Mai 1866 gesagt haben, als man ihn in Florenz nach dem Wesen des preußischen Ministerpräsidenten fragte.

Govone sowohl wie Graf Barral zeigten übrigens eine anerkennenswerthe Geschicklichkeit in der Aufzeichnung der Gespräche, welche Bismarck in dieser kritischen Zeit mit denselben geführt hat.

Kehren wir nach dieser Abschweifung wieder zu den Gesprächen Bismarcks zurück, die uns jetzt ein wechselndes Bild seiner Größe und den Schlüssel zu seinen diplomatischen Erfolgen liefern.

*

Berlin, den 11. (?) Februar 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Verstimmung Preußens gegen Oesterreich wegen dessen Haltung in Holstein.[1]

Bismarck besprach mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti die Beschwerden Preußens gegenüber dem Verhalten Oesterreichs in den Herzogthümern. Der Ministerpräsident weihte den Grafen Benedetti vollständig in den Inhalt der neuerdings an den Freiherrn von Werther in Wien gerichteten Depesche ein, welche die preußischen Beschwerdepunkte formulirte und in der Form äußerst scharf abgefaßt war. Der Kern der letzteren war, Oesterreich mißachte den Vertrag von Gastein und unterstütze die Ansprüche eines Prätendenten, die Preußen niemals anerkennen werde. Bismarck theilte bei diesem Anlasse dem französischen Botschafter mit, daß die Annexion der Herzogthümer an Preußen von Oesterreich in den Konferenzen zu Gastein im Prinzip anerkannt worden sei; jetzt auf einmal werde diese Anerkennung von dem Grafen Mensdorff in Abrede gestellt, und behaupte derselbe, übervortheilt worden zu sein.

---

[1] Nach Benedettis Bericht vom 11. Februar 1866. Benedetti: Ma mission, S. 27 und 30, sowie Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4513 und 4514. S. 109.

Im Hinblick auf den fast drohenden Ton der nach Wien gerichteten Depesche fragte Benedetti Bismarck, was er vorhabe, falls Oesterreich darauf eine ausweichende Antwort geben würde.

„Wir werden schnell gehen — antwortete Bismarck — und vielleicht weit. Wir werden zuerst Goltz nach Berlin rufen, um über die Dispositionen des Kaisers Napoleon im Falle des Eintrittes von Verwickelungen mit Oesterreich definitiv im Klaren zu sein."

Benenetti zog vor, nicht weiter in Bismarck mit Fragen zu dringen, um nicht genöthigt zu sein, Vertraulichkeiten oder Eröffnungen hervorzurufen, in die einzugehen er sich nicht in der Lage befand.

Bismarck machte übrigens von der Ansicht kein Hehl, daß der Vertrag von Gastein für Preußen nachtheilig werde, und daß es dringlich sei, eine Lösung herbeizuführen.

**Berlin, den 13. (?) Februar 1866. Unterredung mit dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal, betr. Oesterreichs Politik in Holstein und Sachsens Popularitätshascherei.**[1]

Bismarck bemerkte dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal gegenüber, der österreichische Statthalter von Holstein, von Halbhuber, arbeite im Schmerlingschen Sinne für die Demokratie. Oesterreich zeige überall Mangel an Muth und Verläßlichkeit und Haß gegen Preußen. So gehe es nicht fort; es müsse ein neues Provisorium geschaffen und der Augustenburger aus Holstein weggewiesen werden. Wolle Oesterreich das nicht, so möge es zusehen, „ob es sich mehr vor der preußischen Armee oder vor dem Geschrei der liberalen Blätter zu fürchten habe."

Bei dieser Gelegenheit sprach sich Bismarck auch sehr heftig gegen die „Popularitätssucht" und den Liberalismus der sächsischen Regierung aus, die, wie er behauptete, nur auf Haß gegen Preußen beruhten.

**Berlin, den 14. (?) Februar 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti über das Verhältniß zu Oesterreich und die venetianische Frage.**[2]

Bismarck sprach mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti über das Verhältniß der deutschen Großstaaten zueinander. Er gab zu verstehen, das Berliner Kabinett sei selbst der Ansicht, daß die augenblickliche Haltung Oesterreichs nicht von der Art sei, um von seiten Preußens energischere Maßregeln zu rechtfertigen. Preußen müsse sich im gegenwärtigen Momente darauf beschränken, überall seine Interessen zu vertheidigen, ohne sich nach denen Oesterreichs zu erkundigen.

---

[1] Nach Hohenthals Bericht, bei v. Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 132. Der Tag der Unterredung ist in Hohenthals Bericht nicht angegeben. Kohl nimmt in seinen Bismarck-Regesten den 13. Februar an.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 14. Februar 1866. Cfr. Benedetti: Ma mission, S. 69, und Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4524. S. 123. Der Tag der Unterredung ist aus Benedettis Aufzeichnung nicht festzustellen. Kohl nimmt den Tag der Berichterstattung an.

Preußen müsse suchen, mit anderen Staaten sich Beziehungen zu schaffen und eine Gemeinsamkeit der Anschauungen zu pflegen, denen es sich willig hingeben könne von dem Augenblicke an, wo es durch die Bande, die dasselbe an Oesterreich knüpften, nicht mehr gebunden sei. Als die Rede zufällig auf Italien kam, bemerkte er zu Benedetti, nach den Berichten Usedoms trachte das Kabinett in Florenz augenscheinlich dahin, mittelst einer Annäherung an Wien eine Lösung der venetianischen Frage herbeizuführen.

Benedetti meinte, man dürfe Italien deshalb nicht tadeln, möge das Opfer für Venedig auch noch so groß sein, ja die Summe von einer halben Milliarde Franken erreichen.

Bismarck erwiderte hierauf, ein Krieg würde Italien nur 200 Millionen kosten und auch die Schwierigkeit der Grenzbestimmung aus der Welt schaffen. Auf friedlichem Wege könne dies letztere Resultat zwischen diesen beiden Staaten nicht erreicht werden.

**Berlin**, den 16. Februar 1866. Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. das Verhältniß Preußens zu Oesterreich.[1]

Bismarck empfing den Botschafter Loftus in sehr freundlicher Weise bei Uebergabe seines Beglaubigungsschreibens und erwiderte die Wünsche der englischen Regierung wegen Aufrechterhaltung der intimen und freundlichen Beziehungen zu Preußen aufrichtig, indem er dem Botschafter seine herzliche Mitwirkung und Hülfe dabei zusicherte.

Der Botschafter[2] fragte Bismarck nach der Lage der Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich.

Bismarck erwiderte mit Ruhe, er betrachte die Unterhandlungen als zu Ende, ebenso wie die Allianz, welche bis jetzt zwischen den beiden Staaten bestanden habe.

**Berlin**, den 24. (?) Februar 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. Bismarcks Haltung gegenüber der preußischen Volksvertretung.[3]

Bismarck gestand dem französischen Botschafter Grafen Benedetti gegenüber ein, er habe dem Könige dringend den Schluß der Kammern empfohlen, um sich einer ihm feindseligen Kontrolle zu entziehen und um zu verhindern, daß dieselben die angesichts der Herzogthümer-Frage von ihm für erforderlich erachteten Maßregeln kontrekarrirten.

---

[1] Loftus: Diplomatic reminiscenses. Bd. I. Second series S. 36. In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

[2] Loftus: Diplomatic reminiscenses. Bd. I. First series S. 39. Ob das bereits bei dem Antrittsbesuch geschah, ist nicht genau ersichtlich.

[3] Nach Benedettis Bericht, d. d. 24. Februar 1866, s. Benedetti: Ma mission. S. 33. Der Tag der Unterredung steht nicht fest. Kohl hat dieselbe in seinen Bismarck-Regesten übersehen.

Berlin, den 27. Februar 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. Winke hinsichtlich der nächsten Ziele der preußischen Politik.[1]

Bismarck theilte dem französischen Botschafter mit, er habe dem auf den folgenden Tag berufenen Minister-Konseil keine entscheidenden Propositionen von unmittelbarem Effekt vorzulegen; er denke noch die Frage der Rekonstitution Deutschlands zu stellen, aber der König sei noch immer weit davon entfernt, ihm auf dies Gebiet zu folgen.

Berlin, den 1. März 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Pariser Konferenz zur Lösung der Donaufürstenthümerfrage und die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen.[2]

Graf Benedetti besuchte Bismarck am Tage nach dem Konseil, welcher bei dem König unter Hinzuziehung des Grafen v. d. Goltz abgehalten worden war, und theilte demselben mit, daß wohl Paris sich als Sitz der Konferenz zur Lösung der Donaufürstenthümerfrage empfehlen möchte. Ohne auf die Einzelheiten über die Verhandlungen im Minister-Konseil vom 28. Februar 1866 einzugehen, theilte Bismarck dem französischen Botschafter mit, es sei im Staatsministerium keine Maßregel, welche einen direkten Schritt involvire, beschlossen worden, dafür sei dasselbe aber mit seiner Politik im allgemeinen durchgedrungen, und es habe dieselbe in dem General Manteuffel einen lebhaften Vertheidiger gefunden. Was Goltz vorgebracht, habe ihn befriedigt, und es habe derselbe alle Anwesenden in betreff der Aufrichtigkeit der Dispositionen des Kaisers Napoleon überzeugt. Bismarck theilte ferner Benedetti mit, daß der General Manteuffel, ehedem die feste Stütze des Bündnisses zwischen den beiden deutschen Großmächten, es laut ausspreche, daß die Ehre und die Interessen Preußens es gebieterisch verlangen, von Oesterreich die Ueberlassung der Herzogthümer zu verlangen. Der Ministerpräsident fügte die Bemerkung bei, er beabsichtige nicht, an das Wiener Kabinett irgend eine Mittheilung gelangen zu lassen, wobei er augenscheinlich zunächst den Gang der Ereignisse in den Herzogthümern abwarten wollte. Benedetti gelangte auf Grund der Besprechung mit Bismarck zu der Ueberzeugung, daß derselbe die Berufung des Konseils nicht bereute, da mit Ausnahme des Kronprinzen alle Theilnehmer seine Ansichten unterstützt hätten.

Berlin, den 10. März 1866. Unterredung mit der Gemahlin des sächsischen Gesandten Grafen von Hohenthal über die nächsten kriegerischen Eventualitäten in Oesterreich und Sachsen.[3]

Bismarck speiste in der sächsischen Gesandtschaft zu Mittag. Im Laufe der Unterhaltung frug die Gräfin Hohenthal den neben ihr sitzenden preußischen Minister-

[1] Nach Benedettis Bericht, d. d. 28. Februar 1866, s. Benedetti: Ma mission. S. 36. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Nach Benedettis Berichten, d. d. 1. und 3. März 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4517 und 4518. S. 113 u. 115. Benedetti: Ma mission. S. 37 und 42. Hahn I S. 370.

[3] Rothan: La politique française en 1866, S. 112, nach einer Mittheilung des Grafen Hohenthal selbst. In Kohls Bismarck-Regesten zwischen dem 15. und 16. März 1866 eingereiht.

präsidenten: „Sagen Sie mir doch, Excellenz, ist es wirklich wahr, daß Sie Oesterreich bekriegen und Sachsen erobern wollen?"

„Ganz gewiß ist es wahr, theuerste Gräfin; vom ersten Tage meines Ministeriums an habe ich keinen anderen Gedanken gehabt; unsere Kanonen sind heute gegossen, und Sie sollen bald sehen, wie sie der österreichischen Artillerie überlegen sind."

„Entsetzlich — rief die Gräfin —, dann geben Sie mir einen Freundesrath, da Sie einmal in offenherziger Laune sind: ich habe zwei Besitzungen, auf welche soll ich mich flüchten, auf mein Gut in Böhmen oder auf mein Schloß bei Leipzig?"

„Wenn Sie mir glauben wollen — antwortete Bismarck —, reisen Sie nicht nach Böhmen; eben dort, und wenn ich nicht irre, gerade in der Nähe Ihres Gutes, werden wir die Oesterreicher schlagen; Sie könnten dort also schreckliche Abenteuer erleben. Gehen Sie ruhig nach Sachsen; in Leipzig wird nichts vorfallen und Sie werden nicht einmal durch Einquartirung belästigt werden, denn Ihr Schloß Knauthayn liegt an keiner Etappenstraße."

Als bald nachher Bismarck von anderen Diplomaten über diese Aeußerung besorglich interpellirt wurde, lachte er, daß man von der Verspottung einer unpassenden Frage Notiz nähme. Beust aber nahm, in Erinnerung an seine langjährige Feindseligkeit gegen Preußens Politik, die Sache äußerst ernsthaft, sandte die wichtige Enthüllung nach Wien, rief Oesterreichs mächtigen Schutz an und erklärte, daß, wenn Oesterreich jetzt rüste, sämtliche Mittelstaaten fest zu ihm stehen, anderenfalls aber der Freundschaft Oesterreichs für immer den Rücken kehren würden.

Berlin, den 10. oder 11. März 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Bundesreformfrage.[1]

Bismarck besprach mit dem Grafen Benedetti die politische Lage und die von Preußen auf die Tagesordnung gebrachte Bundesreformfrage.

„Dieser Schritt — bemerkte Benedetti — sichert uns den Frieden."

„Ja — erwiderte Bismarck —, auf die Zeit von drei Monaten."

Benedetti erfuhr von Bismarck, er habe sich in dieser Reformfrage bereits mit dem Münchener Kabinett in eine Unterhaltung eingelassen, und hoffe den Frhrn. von der Pfordten durch Erweckung ehrgeiziger Ideen seinen Plänen geneigt zu machen. Der Reformplan sei noch nicht ausgearbeitet, auch von dem Könige noch nicht gebilligt. Bismarck habe das Bundesreformprojekt aus dem Jahr 1849 im Auge, während der König keine Vorschläge gelten lassen wolle, als solche, die mit den Arrangements von 1815 und 1820 in Einklang zu bringen seien. Bismarck und der König seien aber darüber einig, auf alle Fälle eine direkt durch das Volk erwählte Nationalvertretung zu schaffen, welche an der Bundesregierung Antheil haben sollte.

---

[1] Nach Benedettis Bericht, d.d. 11. März 1866. Benedetti: **Ma mission.** S. 51. Das Gespräch kann auch bereits am 10. März stattgefunden haben. Benedetti erwähnt in der Fußnote S. 51 eine Depesche vom 10. März. Das Staatsarchiv enthält diese Depesche nicht.

**Berlin**, den 11. März 1866. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. freundliche Abmahnungen der englischen Regierung von einem Kriege gegen Oesterreich.[1]

Der englische Botschafter Loftus theilte Bismarck den Inhalt einer Depesche des englischen Auswärtigen Amts mit, worin auf die gefährlichen Folgen eines Krieges mit Oesterreich hingewiesen und die freundliche Beilegung des Konflikts angerathen wurde.

Bismarck bat den Botschafter, dem englischen Minister Lord Clarendon für seine freundliche Mittheilung und sein Interesse für Preußen zu danken. Er denke an keinen Gewaltakt: die Lage wäre einfach so, daß die Allianz zwischen Oesterreich und Preußen zu Ende sei. „Ich möchte — sagte Bismarck — die Worte Richelieus an eine verabschiedete Maitresse gebrauchen: ‚Wir sind keine Feinde, aber wir lieben uns nicht mehr.'"

Sodann brachte Bismarck eine ganze Reihe Klagen gegen Oesterreich vor — seine Treulosigkeit, seine Doppelzüngigkeit, seine Selbstsüchtigkeit — und bemerkte, daß, wenn Preußen gemeinsam mit Oesterreich den Besitz einer an Oesterreich grenzenden, für Preußen unwichtigen Provinz erworben hätte, es (Preußen) in anderer Weise gehandelt und die Interessen seines Verbündeten in Betracht gezogen haben würde.

Bismarck leugnete jede Neigung oder ein Verlangen nach Krieg. Er wünsche Frieden und vor allem Frieden zwischen Preußen und Oesterreich; aber seiner Ansicht nach gäbe es kein Mittel, die Differenzen mit Oesterreich zu entscheiden, als das Schwert, und jetzt sei die günstigste Gelegenheit, es zu thun — eine Gelegenheit, welche in einem Jahrhundert nicht wiederkehren könnte.

**Berlin**, den 11. März 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Einweihung desselben in seine politische Korrespondenz über auswärtige Gegenströmungen gegen seine Politik.[2]

Bismarck weiht den französischen Botschafter in den neuesten Stand seiner Gesandtschaftskorrespondenz ein. Er giebt demselben zunächst Kenntniß von einem Immediatbericht des Grafen Bernstorff, worin derselbe versicherte, England würde mit dem größten Bedauern einen Bruch zwischen den beiden deutschen Großmächten sehen, und gleichzeitig lebhaft empfahl, einen Krieg zu vermeiden, bei dem Preußen dem bösen Willen aller Großmächte ausgesetzt sei — Frankreich nicht ausgenommen —, beifügend, das sei die Ansicht aller politischen Männer in London. Ganz in demselben Sinne sei — bemerkte Bismarck — die Berichterstattung des preußischen Gesandten in St. Petersburg, des Grafen Redern, gehalten. Herr von

---

[1] **Loftus**: Diplomatic reminiscenses. Bd. I. Second series S. 45. Zu **Kohls** Bismarck-Regesten nachzutragen.

[2] Nach einem Berichte Benedettis vom 11. März 1866. **Benedetti**: Ma mission. S. 70. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4525. S. 123.

Usedom berichte seinerseits aus Florenz, neuere Erkundigungen berechtigten ihn zu dem Schlusse, Frankreich sei auf Preußen nicht gut zu sprechen; der Gesandte stütze sich insbesondere auf die Bemühungen, die Frankreich augenblicklich mache, Italien von den beabsichtigten eventuellen Verabredungen mit Preußen abzuhalten.

**Berlin**, den 14. März 1866. Unterredung mit dem italienischen General Govone, betr. die Verhandlung über den Abschluß eines Bündnisses zwischen Preußen und Italien.[1]

Bismarck begab sich nachmittags 3 Uhr, um der Ueberwachung der Agenten zu entgehen, die ihn ausspionirten, in die italienische Gesandtschaft, um daselbst seine erste Begegnung mit dem General Govone zu haben, welcher von La Marmora nach Berlin geschickt worden war, um ein Offensiv- und Defensivbündniß zwischen Preußen und Italien abzuschließen.

Nach einigen Fragen von keiner Bedeutung überließ Bismarck es dem General Govone — derselbe war während der ganzen Unterredung von dem Gesandten Grafen Barral unterstützt —, auf die Frage einzugehen, welche ihn nach Berlin geführt hatte. Govone sagte, daß der König von Italien und sein Chef La Marmora Ursache hätten, anzunehmen, daß Preußen, nach den wiederholten und dringenden Mittheilungen des Grafen von Usedom, welche derselbe neuestens gemacht, entschlossen sei, die Lösung der Fragen, welche in diesem Augenblicke seine Interessen in Deutschland berühren, selbst in einem Kriege gegen Oesterreich zu suchen. Der König und das Kabinett von Florenz seien geneigt, sich Preußen anzuschließen, um in derselben Zeit, wo dieses die Erfüllung seines eigenen Programmes suchen würde, die Lösung der venetianischen Frage zu suchen. Italien könne aber warten, und darum wolle es keinen entscheidenden Schritt thun, ohne daß demselben formelle Verpflichtungen vorangingen, durch welche die beiden Programme, das italienische und das preußische, sich solidarisch machen würden; wenn diese Basis angenommen sei, so sei ihm (Govone) eine so zu sagen technische Mission zugedacht, nämlich eine Militärkonvention zu vereinbaren, welche eine Folge der erwähnten politischen Abmachungen wäre.

Bismarck hörte mit großer Aufmerksamkeit und mit einem durchdringenden Blick auf Govones Worte, dann entwickelte er seine Ansichten. Er ging bis auf die Epoche der Olmützer Konvention zurück und sagte, es wäre ihm wünschenswerth, wenn es in diesem Augenblicke in Deutschland eine ebenso verwickelte Situation gäbe, wie die von 1850, weil der Charakter des gegenwärtigen Königs ihm eine sichere Bürgschaft dafür sei, daß der Krieg die Lösung derselben besorgen werde, während sie damals in der oben erwähnten Konvention von Olmütz im Sande ver-

[1] Nach Govones Bericht, d. d. 14. März 1866, in dem Werk „Etwas mehr Licht. Enthüllungen über die politischen und militärischen Ereignisse des Jahres 1866". Von General Alphons La Marmora. Aus dem Italienischen. Mainz 1873. S. 76. Diese Quelle ist, wie bereits oben S. 152 Note 2 bemerkt, mit äußerster Vorsicht zu benutzen, was für alle daraus entnommenen Gespräche Bismarcks mit Barral und Govone gilt.

lief. Es sei jetzt seine Absicht, Deutschland in den Zustand einer ähnlichen Verwickelung zu führen, wie jene, um den Zweck zu erreichen, den er sich vornehme. Es wäre ihm sehr leicht, den Krieg aus der Frage der Elbherzogthümer allein hervorgehen zu lassen, aber ein solcher und so großer Krieg wegen einer so kleinen Frage würde bei der öffentlichen Meinung Europas Anstoß erregen, dagegen würde Europa einen Krieg, welcher eine umfassendere und nationale Lösung der deutschen Frage zum Zwecke hätte, berechtigt finden.

Hier ging Bismarck in viele Auseinandersetzungen ein. Er sagte, seine persönliche Meinung sei gegenwärtig die, daß Oesterreich sich als der natürliche Feind Preußens betrachten müsse. Er sehe daher seit langem schon mit Vergnügen die Haltung und die glücklichen Resultate, welche das Haus Savoyen erreicht habe, aber diese seine Meinung stehe in Preußen vereinzelt da. Sonst, fügte er bei, würde hier der Krieg gegen Oesterreich und die französische Allianz als sakrilegisch betrachtet; Italien personifizirte sich in Garibaldi oder gar in Mazzini, in der allgemeinen Meinung. Es sei ihm gelungen, diese Meinung zu modifiziren; er habe noch zuletzt dem König Wilhelm ein Experiment vorgeschlagen, Oesterreich zur Theilnahme am dänischen Krieg zu berufen und zu sehen, ob sich auf diese Weise die österreichisch-preußische Allianz befestigen lasse. Dieses Experiment sei vollständig gescheitert, oder besser gesagt, vollständig gelungen, wie er es vorausgesehen. Die natürliche Rivalität Oesterreichs und seine Animosität habe sich lebhafter als je kundgegeben, und das Experiment habe den König und viele Personen von der österreichischen Allianz geheilt. Der König Wilhelm habe jetzt die allzu ängstlich legitimistischen Skrupel aufgegeben, und so könne er ihn jetzt nach seinen Absichten leiten.

Bismarck formulirte alsdann seine Ansichten wie folgt: In kurzer Zeit, in drei bis vier Monaten z. B., wolle er die Frage der deutschen Reform verziert mit einem deutschen Parlament aufs Tapet bringen und mit einem solchen Vorschlag und mit dem Parlament Wirren hervorrufen, welche Preußen bald in Gegnerschaft mit Oesterreich bringen würden. Preußen sei entschlossen, es dann zum Kriege kommen zu lassen, zu einem Kriege, welchem Europa keine Opposition machen könnte, da es sich um eine große und nationale Frage handelt.

Bismarck fügte hinzu, zur Ausführung dieses Planes und um den König, seinen Herrn, leicht bei demselben erhalten zu können, bedürfe er schon jetzt eines Vertrages mit Italien. Er wünsche, daß dieser Vertrag eine schon jetzt von italienischer Seite übernommene Verpflichtung enthielte, sich diesem Plane Preußens anzuschließen, wohlverstanden, daß Preußen aus Reciprocität die Verpflichtung übernehmen würde, daß der daraus erfolgende Krieg gleichzeitig die venetianische Frage lösen müßte.

Die auf solche Weise gestellte Frage schien dem General Govone keineswegs den Absichten La Marmoras zu entsprechen, weshalb Govone, als Bismarck innehielt, unverzüglich erklärte, daß der König von Italien und seine Regierung wohl geneigt seien, Verpflichtungen für eine unmittelbare und gleichzeitige Lösung der

venetianischen und der deutschen Frage zu übernehmen, da ihnen der Augenblick günstig scheine, daß sie aber nicht schon jetzt ihre Aktion für entfernte Eventualitäten verpflichten wollten, bei deren Eintritt die Verhältnisse Italiens andere sein könnten, als die gegenwärtigen; Govone fügte bei, daß er trotzdem an La Marmora berichten werde.

Darauf sagte Bismarck: „Ich begreife; vielleicht mag Italien von einigem Mißtrauen gegen uns erfüllt sein und an unserer Treue zweifeln; in diesem Falle könnte Preußen zu ihrer Sicherheit schon jetzt die verschiedenen Phasen anzeigen, welche die Entwickelung der deutschen Frage nach meinen Plänen zu durchlaufen haben wird, um jenen bestimmten Punkt, jene bestimmte Phase zu suchen, bei deren Eintritt Preußen unwiderruflich gebunden sein soll, ohne mehr zurück zu können; und dann, aber erst dann würde Italien, welches nicht mehr zu fürchten hätte, von uns im Stiche gelassen zu werden, auch selbst verpflichtet bleiben. Wenn wir z. B. diesen Punkt, diese Phase bei der Berufung des deutschen Parlaments annehmen, ist es dann nicht wahr, daß dann Preußen seine Schiffe verbrannt hätte und unwiderruflich gezwungen wäre, zu marschiren? Welche Inkonvenienz könnte es für Italien haben, schon jetzt zu erklären, daß beim Eintritt dieser Phase seine Politik mit der preußischen solidarisch sei, und daß die beiden Fragen, die venetianische und die deutsche, miteinander gelöst werden müßten; kurz, ist es nicht wahr, daß man auf dieser Basis einen Vertrag feststellen könnte?"

Dem General Govone schien es, daß die Frage, auch so gestellt, sich nicht sehr geändert habe und daß die praktischen Konsequenzen eines solchen Vertrages in keiner Weise den Absichten des Generals La Marmora entsprächen, als derselbe Govone die Mission anvertraute, sich nach Berlin zu begeben. Um den Grafen Bismarck unbedingt aus seinen Verschanzungen herauszulocken und möglicherweise zu entdecken, ob das alles in seinen geheimsten Gedanken nicht ein bloßes Auskunftsmittel sei, um ein neues Pressionsmittel in der speziellen Frage der Elbherzogthümer zu erlangen, antwortete Govone, daß er für eine solche Kombination ohne Instruktionen sei und daß er an La Marmora berichten werde. Aber wenn es ihm erlaubt sei, schon jetzt seine Gedanken und seine persönliche Ansicht auszusprechen, müsse er glauben, daß die Regierung des Königs von Italien dermalen auch unter solchen Bedingungen keine Verpflichtungen übernehmen werde, wenigstens vielleicht nicht, ohne daß man dahin übereinkäme und festsetzte, daß inzwischen von Preußen Oesterreich gegenüber keine Frage, nicht einmal die der Elbherzogthümer, gelöst werde, ohne daß gleichzeitig die venetianische Frage gelöst würde. Ohne die Präliminarbedingung glaube er, daß La Marmora keine andere Verpflichtung übernehmen würde.

Govone hatte den Eindruck, daß die Antwort, welche Graf Bismarck auf diesen Vorschlag gab, seine intimsten Absichten bloßlegte.

Bismarck sagte: „Aber wir können die Frage der Herzogthümer in keinen Vertrag hineinbringen. Es ist eine zu kleine Frage, um ein Wort darüber zu ver-

lieren; wir verlangen die Mitwirkung Italiens für höhere Resultate und für verschiedene Zwecke. An erster Stelle, weil wir dadurch die gegenseitige Aktionskraft vermehren würden, sodann, weil wir, mit Italien vereinigt, leichter das Wohlwollen Frankreichs erlangen werden. Heute weigert sich Frankreich, Verpflichtungen gegen uns zu übernehmen. Der Kaiser sagt, er lasse uns in der Frage der Herzogthümer machen und bewahre eine wohlwollende Neutralität. Später habe er andere Bedingungen zu stellen, die er für jetzt nicht andeuten will. Nun wohlan, wenn wir mit Italien vereinigt sind, werden wir uns auch mit Frankreich leichter verständigen können.“ Bismarck schloß, indem er sagte, daß er, wenn Italien auch in diesem Ideengang nicht geneigt wäre, ein Uebereinkommen zu stipuliren, dann wenigstens als Minimum dessen, was er wünsche, einen einfachen, allgemeinen, beständigen Freundschafts- und Allianzvertrag verlangen würde. Dieser Vertrag, obwohl einer reellen, praktischen Wichtigkeit entkleidet und ohne einen bestimmten Zweck, sei ihm (Bismarck) immerhin nützlich, um den König Wilhelm auf dem Wege seiner eigenen Kombinationen festzuhalten.

Govone behielt sich vor, an La Marmora darüber zu berichten.

Nach verschiedenen anderen Besprechungen über seine gegenwärtigen Bemühungen in München, um Bayern für sich zu gewinnen, und über den Krieg gegen Oesterreich, welchem er den Zweck gab, sich Böhmens zu bemächtigen, nicht um es zu behalten, sondern um es zu einem Tauschobjekt zu machen und Oesterreich aus dem Bunde hinauszubringen, ging Bismarck, wie im Vorbeigehen, auf den Verkauf Venetiens über, welchen Oesterreich anbieten könnte. Er sagte, das wäre ein Trug und Italien würde gut thun, sich davor zu hüten. Das hieße Oesterreich geradezu das Geld liefern, womit es dann Venedig und die Lombardei wiederzunehmen versuchen würde. Es sei daher weitaus vorzuziehen, das Geld, welches für den Loskauf bestimmt wäre, im Verein mit Preußen für den Krieg zu verwenden.

Govone beschränkte sich auf die Bemerkung, daß die Lösung mit den Waffen der durch den Loskauf von Italien gewiß vorgezogen würde.

**Berlin**, den 16. März 1866. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten in Berlin Grafen Karolyi, betreffend den Konflikt mit Oesterreich.[1]

Graf Mensdorff ließ durch den Gesandten in Berlin Grafen Karolyi Bismarck die Frage stellen, ob Preußen beabsichtige, die Gasteiner Konvention gewaltsam zu brechen und den bundesgesetzlichen Bundesfrieden in Deutschland zu stören.

Bismarck entgegnete sehr ruhig: „Wenn Sie auf eine solche Frage eine eingehendere Antwort wünschen, so muß ich bitten, dieselbe schriftlich an mich zu richten; in mündlicher Antwort muß ich mich mit dem einfachen Worte Nein begnügen, das ich aussprechen kann, ohne vorher die Befehle Sr. Majestät einzuholen; wir wünschen im Gegentheil, daß Oesterreich seinerseits die Verträge von Wien und Gastein genauer beobachte.“

[1] Nach v. Sybel Bd. IV. S. 307.

Als dann Karolyi sich über Preußens Rüstungen erkundigte, erhielt er die völlig begründete Auskunft, daß von Rüstungen auch nicht die leiseste Spur in Preußen vorhanden sei.

Karolyi versicherte darauf, wenn, was er nicht wisse, in Oesterreich wirklich Rüstungen stattfänden, so hätten sie nur die Vertheidigung zum Zweck; Oesterreich denke nicht daran, Preußen anzugreifen.

„Solche defensive Vorbereitungen — sagte Bismarck — sind für Preußen stets eine Gefahr; hat Oesterreich einmal 150000 Mann an den Grenzen, so ist ein Grund zum Bruche leicht gefunden; das hat Preußen 1850 erlebt."

Berlin, den 16. (?) März 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti über Govones Sendung nach Berlin.[1]

Dem französischen Botschafter Grafen Benedetti gegenüber stellt Bismarck zu Anfang den eminent politischen Charakter der Sendung des italienischen Generals Govone in Abrede; die Mission sei eine militärische. Der ausschließliche Zweck seiner Reise sei, die Verbesserungen in den Waffen zu studiren.

Berlin, den 16. März 1866. Unterredung mit dem General Govone, betr. die Sendung des Generals Moltke nach Florenz.[2]

Bismarck theilte dem General Govone mit, die preußische Regierung habe aus speziellen und persönlichen Gründen beschlossen, den Chef des Generalstabs, General Moltke zum Grafen Usedom nach Florenz zu senden. Der König habe befürchtet, daß Govone erstaunt und sogar beleidigt sein möchte über diese Mission, während er nach Berlin gesendet sei, um mit dem preußischen Kabinett zu unterhandeln.

Govone antwortete, daß er seine Mission vom Kabinett von Florenz habe und daß alles, was das Kabinett von Berlin in seinem Interesse thun möge, ihm nicht mißfallen könne noch dürfe. Es habe vielleicht die neue Mission des Generals Moltke eine Unzukömmlichkeit, auf die er ihn aufmerksam zu machen erlauben möge, nämlich, daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit in höherem Grade auf die schwebenden Unterhandlungen lenken könnte, deren Geheimniß schon sehr kompromittirt sei.

Bismarck erwiderte, die Abreise des Generals Moltke sei schon vor seiner Ankunft bestimmt gewesen; er werde mit seiner Familie nach Nizza reisen, um seine Mission zu verheimlichen und sich dann von da nach Florenz begeben.

Berlin, den 17. März 1866. Unterredung mit dem General Govone, betr. die Inopportunität eines Krieges wegen der Elbherzogthümer. Entwurf eines Vertrags mit Italien. Die Initiative zum kriegerischen Vorgehen gegen Oesterreich.[3]

Bismarck wiederholte, daß der unmittelbare Krieg wegen der Elbherzogthümer sehr viele Unzukömmlichkeiten habe. England mißbillige ihn, während es keine ernsten

[1] Nach Benedettis Bericht, d. d. 16. März 1866. Benedetti: **Ma mission.** S. 71.

[2] Nach Govones Bericht vom 17. März 1866. La Marmora a. a. O. S. 87. 88 f.

[3] Nach Govones Bericht an La Marmora vom 17. März 1866. Staatsarchiv Bd. XXVI. Nr. 5068. S. 24. La Marmora a. a. O. S. 84. 85. 89.

Einwendungen gegen einen Krieg für die deutsche Nationalität erheben könne. Der Kaiser Napoleon erachte ihn ebenfalls als wenig zukömmlich, und nicht einmal unter dem Gesichtspunkte der Befreiung einer Provinz von der Fremdherrschaft gerechtfertigt, wie es bei dem Kriege um Venetien für Italien der Fall wäre. Man könne wohl glauben, daß der Kaiser Napoleon einen großen deutschen Krieg suche, weil man an der Spitze einer Armee wie die französische immer seinen Antheil am Profit finden könne, aber auch außerdem würde er (der Kaiser) als Prinzipienfrage den großen Krieg für die deutsche Nationalität viel mehr billigen, als den Krieg für die Elbherzogthümer. „Alle diese Gründe — schloß Bismarck — drängen uns, den Krieg hinauszuziehen und nach und nach vorzubereiten. Aber ehe wir den Weg der Vorbereitung betreten, wünschen wir uns die Unterstützung Italiens zu sichern."

Dabei legte Bismarck dem General Govone drei Artikel eines Traktatentwurfs vor, nachdem er die Verhältnisse Preußens gegenüber den anderen Mächten und gegenüber den deutschen Kleinstaaten bis ins einzelne geprüft hatte.

Bei Gelegenheit eines an demselben Tage (17. März) Bismarck zu Ehren in der italienischen Gesandtschaft gegebenen Diners unterhielt derselbe den General Govone aufs neue von der gegenseitigen Nützlichkeit eines Allianztraktats zwischen Italien und Preußen. Bismarck sagte zu Govone, die Nachrichten, die er im Laufe des Tages erhalten habe, zeigten, daß bis jetzt noch nichts den Wiener Hof so sehr erbittert habe, als der Verdacht von Unterhandlungen mit Italien; er fügte bei, daß auf diese Weise, wenn Preußen seine Schiffe noch nicht verbrannt habe, sie doch schon brennen, daß er (Govone) dem vorgeschlagenen Traktate volles Vertrauen entgegenbringen könne, denn Se. Majestät der König Wilhelm sei ohne Zweifel der letzte Souverän in Europa, welcher von einer übernommenen Verpflichtung zurücktrete. Auch sei es augenscheinlich, daß die italienische Frage viel reifer sei als die deutsche, und es wäre vielleicht auch passender, daß die erste Bewegung, um Feuer ans Pulverfaß zu legen, von Italien ausginge; und hier sprach er von Freikorps, die man nach Venedig werfen könnte u. s. w.

Govone antwortete, Italien sei in diesem Augenblicke hierzu nicht geneigt. Die im höchsten Grade verständige und richtige öffentliche Meinung sei ganz darauf gerichtet, die administrative und finanzielle Ordnung des Landes zu vollenden, da sie wohl wisse, daß, wenn diese beendigt sei, die anderen politischen Fragen sich von selbst lösen würden; die öffentliche Meinung würde aber ohne Zweifel eine günstige und unvorhergesehene Gelegenheit, die venetianische Frage früher zu lösen, gut aufnehmen, und unter diesem Gesichtspunkte habe der italienische Ministerpräsident La Marmora ihn, Govone, nach Berlin gesendet, da er geglaubt habe, Preußen sei zum Kriege geneigt; aber Italien fühle zu sehr, daß es nicht passend wäre, etwas zu überstürzen, als daß die Regierung es klug finden könnte, eine Initiative von der Natur, wie Bismarck sie vorgeschlagen, zu übernehmen.

Darauf sagte Bismarck: „Aber Sie können ja warten, die Finanzen zwingen Sie nicht, eine Lösung zu überstürzen, und Sie können sich mit uns vereinigen, um nach dem Programm, das ich Ihnen entwickelt habe, binnen sechs Monaten gemeinsam vorzugehen."

Govone erwiderte, daß man daran sei, den Stand der Finanzen zu verbessern. Die Annahme, daß Italien durch den Stand seiner Finanzen fortgerissen werden könnte, eine Lösung zu beschleunigen, sei unzutreffend. „Aber ich glaube — setzte der General Govone hinzu —, daß die Regierung von Florenz sich weigern würde, zu warten und inzwischen Verpflichtungen für entfernte Eventualitäten Preußen gegenüber zu übernehmen, denn es könnte der Fall eintreten, daß Italien später, um der Heiligkeit eines Vertrages treu zu bleiben, andere Interessen opfern müßte. Denken Ew. Excellenz z. B. an die Möglichkeit, daß binnen sechs Monaten die Verhältnisse uns der römischen Frage gegenüberstellen würden, und Sie werden die Berechtigung unserer Bedenken einsehen."

**Berlin**, den 17. März 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti über die Verhandlungen mit General Govone.[1]

Unbeirrt um die jüngste Mittheilung wegen des rein militärischen Charakters der Govoneschen Sendung eröffnete Bismarck dem Grafen Benedetti, der italienische General sei ermächtigt, gewisse Abmachungen mit Preußen zu treffen. Govone habe ihm folgende Mittheilungen gemacht: Italien habe es mit dem Abschluß eines Vertrages nicht eilig; es wolle sich die Freiheit des Handelns vorbehalten; gleichwohl sei es bereit, einen auf ein bestimmtes Ziel gerichteten Vertrag mit Preußen abzuschließen, dessen Ausführung in nicht allzuweiter Ferne stehe. Er (Bismarck) habe erwidert, Preußen sei noch nicht in der Lage, auf dieser Basis einen Vertrag zu schließen. Das Verhältniß mit Oesterreich sei noch nicht feindselig genug, und die Nothwendigkeit, zum Schwerte zu greifen, müsse sich für Preußen noch viel bestimmter ergeben, bevor dasselbe die Verbindlichkeit eingehe, den Krieg innerhalb einer bestimmten Frist zu erklären. Außerdem sei er gezwungen, sich vorher mit den kleineren Höfen von Deutschland zu verständigen, womit er gegenwärtig beschäftigt sei. Definitive Entschließungen könne er erst fassen und sein Wort erst dann verpfänden, wenn er in diesen Fragen Rath geschaffen habe. In einer zweiten Konferenz habe man sich über die beiden Theilen verfügbare Truppenstärke verständigt. Bismarck sei nach den Eröffnungen Govones zweifelhaft geworden, ob General Moltke die beabsichtigte Mission nach Italien ausführen solle, er wollte über diese Frage die Entscheidung des Königs einholen.

Graf Benedetti wußte nicht, was er von diesen vertraulichen Mittheilungen Bismarcks halten sollte; sie setzten ihn augenscheinlich in Verlegenheit, zumal die italienische Gesandtschaft in Berlin ihm gegenüber sich in die größte Reserve einhüllte.

[1] Nach Benedettis Bericht, d. d. 18. März 1866. Benedetti: **Ma mission.** S. 72. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4527. S. 124.

**Berlin**, den 19. März 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Offensive Italiens gegen Oesterreich.[1]

Bismarck theilte dem italienischen Gesandten Grafen Barral mit, die Vermittelung Englands sei Preußen angeboten worden, welches sie abgelehnt habe, indem es seinen Gesandten in London beauftragte, zu erklären, es müsse sich an Oesterreich richten, den wahren Angreifer und den Verletzer des Vertrages von Gastein.

Bei Mittheilung dieses Zwischenfalles fragte Bismarck ganz unerwartet den Grafen Barral, ob Italien geneigt wäre, unmittelbar den Krieg an Oesterreich zu erklären, indem er beifügte, daß in diesem Falle Preußen alsobald nachfolgen und ihn seinerseits erklären würde.

Barral antwortete: Er glaube nicht, daß die Regierung des Königs geneigt wäre, die Verantwortlichkeit für eine Initiative zu übernehmen, welche ihm unter den gegenwärtigen Umständen vor allem Preußen zuzukommen scheine, aber daß überdem Bismarck allein berufen sei, sich über eine so wichtige Frage auszusprechen.

Bismarck stellte dann Barral die Frage, ob Italien ihm die Unterstützung seiner Flotte in der Nordsee leihen könnte, da er vermuthe, daß die Rüstungen der österreichischen Flotte in Pola und in Triest den Zweck haben, sie dorthin zu dirigiren und die preußische Flotte, welcher sie augenscheinlich überlegen sei, zu vernichten. Barral antwortete von neuem, daß sei wieder eine Frage, auf die er nicht im stande sei zu antworten.

Darauf sagte Bismarck: „Schreiben Sie Ihrer Regierung, um eine Antwort auf diese Fragen zu erhalten"; und damit trennten sich die beiden Staatsmänner.

**Berlin**, den 20. März 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. den Abschluß eines Allianz- und Freundschaftsvertrages zwischen Italien und Preußen.[2]

Bismarck schlug dem Gesandten Grafen Barral eine neue Kombination vor.

Man solle sofort einen in allgemeinen Ausdrücken abgefaßten Allianz- und Freundschaftsvertrag unterzeichnen, welcher aber die Bestimmung enthielte, daß beim Eintritt gewisser kriegerischer Eventualitäten man unmittelbar zur Unterzeichnung eines Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrages schreiten würde, welcher gemeinsame Aktion und gegenseitige Verpflichtung stipuliren sollte, die Waffen nicht ohne wechselseitige Zustimmung und vor Erreichung des Zweckes auf der einen wie auf der andern Seite niederzulegen.

Der Entwurf dieses letzten Vertrages sollte schon jetzt vereinbart werden, so daß man ihn augenblicklich unterzeichnen könnte.

Der König, welcher darüber befragt wurde, welcher von Beiden die Initiative

---

[1] Nach Barrals Telegramm an La Marmora, d. d. 19. März 1866. Staatsarchiv Bd. XXVI. Nr. 5069. S. 25. La Marmora a. a. O. S. 92.

[2] Nach Barrals Bericht an La Marmora, d. d. 20. März 1866. Staatsarchiv Bd. XXVI. Nr. 5070. S. 26. La Marmora a. a. O. S. 93.

des Angriffs gegen Oesterreich ergreifen müßte, habe gesagt, das müßte Italien sein. Barral sagte zu Bismarck, nach seiner Ansicht müsse das Preußen sein.

**Berlin**, den 21. März 1866. Unterredung mit dem General Govone, betr. die Verhandlungen wegen Abschlusses eines Allianzvertrages zwischen Preußen und Italien.[1]

Abends 8½ Uhr begab sich General Govone zu Bismarck, welcher Nachrichten über die Audienz zu hören wünschte, welche der König nachmittags Govone ertheilt hatte. Bismarck sagte zu Govone, der König habe ihm gesagt, er, der General, sei sehr reservirt gewesen. Dann besprach er mit Govone dieselben beiden Kombinationen, von welchen er schon mit dem Grafen Barral gesprochen hatte, um einen Vertrag mit Italien abzuschließen.

Die erste Kombination war diejenige, zu welcher der Graf Barral die Initiative ergriffen hatte: die Unterzeichnung eines auf zwei Monate beschränkten Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrages, nach deren Ablauf er hinfällig würde.

Bismarck sagte zu Govone, er möchte eine dreimonatliche Dauer, aber wenn man von italienischer Seite darauf bestehe, wolle er der Beschränkung auf zwei Monate zustimmen.

Das zweite Projekt, von welchem Bismarck sprach, um es für den Fall zu diskutiren, daß der eventuelle Vertrag nicht angenommen würde, bestand darin:

1. In einem allgemeinen Freundschafts- und Allianzvertrag, welcher die Klausel enthielte, daß man beim Eintritte der in Rede stehenden Eventualität ohne Verzug einen Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrag zwischen Italien und Preußen abschließen müsse.

2. Dieser zweite Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrag sollte schon jetzt besprochen und vereinbart, und die Bevollmächtigten sollten mit regelmäßigen Vollmachten in der Art versehen werden, daß beim Eintritte der gegebenen Eventualitäten nichts mehr übrig bleibe, als nach telegraphischer Ordre aus Florenz zur Unterzeichnung zu schreiten.

Bismarck hatte die Skizzen dieser beiden Traktate redigirt. In beiden Traktaten sollte die auf das Auslaufen des Geschwaders, auch noch vor der Kriegserklärung, bezügliche Klausel noch aufgenommen werden.

**Berlin**, den 26. März 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Vorbereitung des Krieges mit Oesterreich und die Verhandlungen Preußens mit Italien.[2]

Mit Bezug auf die Erklärung, welche der österreichische Gesandte in Berlin abgegeben hatte, bemerkte Bismarck zu Benedetti, alle von ihm eingezogenen Erkundigungen dementirten die Behauptungen des Wiener Kabinetts. Seine offi-

[1] Nach Govones Bericht, d. d. 22. März 1866. La Marmora a. a. O. S. 98 f.

[2] Benedettis Berichte, d. d. 27. März 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4522 und 4528. S. 119 und 125. Benedetti: Ma mission. S. 61 f. und 75.

ziellen und privaten Nachrichten gäben ihm im Gegentheil die Gewißheit, daß Oesterreich eine mehr oder minder große Anzahl von Leuten unter die Fahnen gerufen habe, die bisher noch am häuslichen Herde sich befanden, und daß dasselbe Pferdekäufe abgeschlossen habe; wenn es sich das Recht, dieselben zu realisiren, auch noch vorbehalten habe, so träfen doch die Verkäufer überall die zur Ausführung derselben erforderlichen Vorbereitungen. Aber, wie dem auch sei, Preußen habe noch keine analoge Entschließung gefaßt, man halte aber alles bereit, nach der finanziellen, politischen und militärischen Seite hin.

„Sie sind also entschlossen und im stande, Ihre Armee zu mobilisiren, und den Bund mit Ihren Reformvorschlägen zu befassen?" frug Benedetti.

„Ganz gewiß!" war Bismarcks Antwort.

Benedetti: „Haben Sie schon einen Tag festgestellt, wo dies geschehen soll? Sie wollen doch nicht, daß meine Regierung erst davon Kenntniß erhalte, wenn die Schläge schon gefallen sind?"

In Bezug auf diese Frage wich Bismarck einer Antwort aus; er erklärte warten zu wollen, wie die kleineren deutschen Höfe seine neuesten Mittheilungen aufnehmen würden; außerdem habe er noch einige Details, mehr mit den preußischen Ministern als mit dem Könige, zu regeln, der sich von gewissen politischen Forderungen keine volle Rechenschaft ablege, und bereits die Ordre wegen Einberufung der Reserven und Ankaufs von Pferden hätte erlassen wollen.

Benedetti schloß aus dieser Bemerkung, daß dem Ministerpräsidenten die in Wien ergriffenen Maßregeln noch nicht genügten, und daß er diese Regierung noch weiter drängen wollte.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung hielt Bismarck den Grafen Benedetti in Bezug auf den Inhalt seiner Besprechungen mit dem General Govone auf dem Laufenden und machte demselben gegenüber aus seinem Mißvergnügen, daß sie zu keinem ernsten Ergebniß gelangten, kein Hehl. Bismarck sprach dem französischen Botschafter gegenüber sein Bedauern darüber aus, Moltke in Italien aufgehalten zu haben, wiewohl dessen Anwesenheit in Berlin überaus wichtig sei am Vorabende einer Mobilmachung der Armee, zumal derselbe in der Eigenschaft als Chef des Generalstabes an den vorbereitenden Maßregeln einen bedeutsamen Antheil genommen habe.

**Berlin, 28. März 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die preußischen und österreichischen Rüstungen.[1]**

Bismarck erklärte dem französischen Gesandten Grafen Benedetti die Gründe, welche die Regierung veranlaßt hätten, die Reserven des Gardekorps einzuziehen, und zu Pferdeankäufen zu schreiten. Nach seinen (Bismarcks) Informationen habe Oesterreich bereits 64 Bataillone Infanterie und eine entsprechende Anzahl von

[1] Benedettis Bericht, d. d. 28. März 1866. Benedetti: Ma mission. S. 60.

Kavallerie und Artillerie in Böhmen zusammengezogen. Diese Bataillone rekrutirten sich gewiß aus Böhmen-Mähren, infolgedessen sie sich jeden Augenblick ergänzen könnten, was vielleicht schon diesen Augenblick geschehe. Diese Truppen könnten in ein bis zwei Tagen einrücken, sich mit der sächsischen Armee vereinigen, so daß Berlin einer Ueberrumpelung ausgesetzt sei. Dieser Umstand lasse es nothwendig erscheinen, die Garde in den Stand zu setzen, daß sie jeden Augenblick marschiren könne, für den Fall des Bedürfnisses müsse sogar die ganze Armee schleunigst mobil gemacht werden können, was wiederum nur dann angehe, wenn man vorher die verschiedenen Armeekorps mit den erforderlichen Pferden versehe. Da jedes Armeekorps außer der Garde seine Reserven in der Provinz hat, wo es kantonnirt, so könne die ganze Armee in acht Tagen in Kriegsbereitschaft stehen. Preußen ergreife also zunächst nur Vorsichtsverfügungen oder höchstens Defensivmaßregeln.

Berlin, den 29. März 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Rüstungen Preußens. Kriegsbedenken des Königs Wilhelm.[1]

Bismarck theilte dem Grafen Barral den Stand der preußischen Kriegsrüstungen mit, erwähnte aber gleichzeitig die noch immer zu Tage tretenden Bedenken des Königs Wilhelm in betreff einer kriegerischen Aktion.

Berlin, den 1.(?) April 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. das Bundesreformprojekt. Vorbereitungen zur Lösung der deutschen Frage.[2]

Bismarck besprach mit dem französischen Botschafter sein Bundesreformprojekt. Bis jetzt besitze er nur die allgemeine Zustimmung des Königs zu diesem Plane, deshalb müsse er demselben noch die Detailbestimmungen unterbreiten und erklären, sowie die Instruktionen für den Königl. Gesandten in Frankfurt a. M. erwirken. Der König werde wohl noch Erinnerungen bezüglich des Details erheben, die Sache selbst aber, nachdem er dieselbe einmal gebilligt, nicht verwerfen wollen.

Den wesentlichen Inhalt der im Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Reformvorschläge hatte Graf Benedetti von dritter Seite kennen gelernt. Als derselbe darauf dem Ministerpräsidenten vorstellte, daß seine Pläne, falls sie von den Verbündeten Preußens angenommen würden, einen Rechtszustand schaffen möchten, welcher den Großmächten besorglich erscheine, und daß man seiner Ansicht zufolge an der Lage der deutschen Staaten nicht rütteln und zu gunsten der einen oder anderen der deutschen Großmächte die Bundesverträge nicht abändern könne, ohne das europäische Gleichgewicht zu stören, erkannte Bismarck die Richtigkeit dieser Bemerkungen an; gleichzeitig wies derselbe auf die Eröffnungen hin, die Graf von der Goltz beauftragt war, dem französischen Minister des Aeußern zu machen; jetzt sei der Moment gekommen, diese Eröffnungen zu erneuern, wogegen Frankreich sich über die Garantie zu äußern habe, welche Preußen zu geben habe.

[1] Nach Barrals Bericht an La Marmora, d. d. 29. März 1866. La Marmora a. a. O. S. 105.
[2] Nach Benedettis Bericht vom 3. April 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4531. S. 128. Benedetti: Ma mission. S. 89.

Benedetti erwiderte darauf, er stehe diesen Besprechungen fern, und da er davon nur so viel wisse, als Bismarck selbst ihm mitgetheilt habe, so sei er auch nicht in der Lage, dem Ministerpräsidenten irgend eine Aufklärung darüber zu geben. Benedetti gab dem Letzteren ferner zu verstehen, daß er sich von Bismarcks Reformvorschlägen in Frankfurt a. M. keine gute Aufnahme verspreche, ja daß dieselben voraussichtlich von dem Bundestage mit Einstimmigkeit zurückgewiesen werden würden. „Das ist ein Ergebniß — setzte Benedetti hinzu —, mit dem Sie gerechnet haben müssen, und ich gestatte mir, Sie zu fragen, welche Entschließung Sie für diesen Fall gefaßt haben."

„Unser Vorschlag — versetzte Bismarck — kann wohl verworfen werden, er wird aber immerhin zu Verhandlungen Anlaß geben; er wird sich des Beifalls der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland erfreuen, und man wird denselben nicht durch ein summarisches Verfahren aus der Welt schaffen können. Es wird uns gelingen, die öffentliche Meinung umzugestalten und die Ueberzeugung zu verschaffen, daß nur Preußen im stande sei, die nationalen Hoffnungen zu erfüllen. Wenn es sein muß, werden wir aus dem Bunde austreten."

Benedetti hielt diese Worte nicht für ernst gemeint; der Reformvorschlag werde die öffentliche Meinung nicht zu gunsten der Politik Bismarcks umgestalten. Benedetti glaubte, es komme diesem hierauf auch gar nicht an, sein Ziel sei, Preußen das Uebergewicht in Deutschland zu verschaffen, und er glaube, er könne dieses Resultat nur mittelst eines Krieges mit Oesterreich erreichen. Bismarcks Reformprojekt sei nur ein Mittel, um Oesterreich zu reizen und Deutschland in Verwirrung zu bringen.[1]

[1] Bei allem Vorbehalt — so heißt es in einer Note zu vorstehendem Benedettischen Bericht in Kortkampfs Archiv Bd. V. S. 599 — den wir in Bezug auf die Genauigkeit der Thatsachen machen müssen, wird man nicht umhin können, diesen Brief als sehr interessant anerkennen zu müssen. Unwillkürlich spiegelt sich in ihm die Schwierigkeit und die Größe der Bismarckschen Politik. Die scheinbare Schärfe der Sprache gegen Oesterreich darf nicht überraschen; sie bezieht sich natürlich nur auf das Oesterreich, welches in Frankfurt präsidirte. Wer Deutschland als Nation wiederherstellen wollte, der mußte unter allen Umständen zuerst den Dualismus tödten, der durch das Nebeneinanderstehen von Preußen und Oesterreich in Deutschland erzeugt wurde und jede Einigung unmöglich machte. Entweder Oesterreich oder Preußen mußte aus Deutschland entfernt werden; freiwillig ging keiner der beiden Staaten; also — der Krieg, der darüber entschied, welcher Staat auszuscheiden habe, war nothwendige Vorbedingung der Wiederherstellung Deutschlands, nachdem feststand, daß von Oesterreich bezüglich der deutschen Angelegenheiten auch nicht der Schatten einer Konzession auf friedlichem Wege zu erlangen war. In diesem Sinne kann allerdings gesagt werden, daß das Ziel der Politik der Krieg von 1866 gewesen sei, und der Prager Frieden ist ein Beweis dafür, daß der Krieg lediglich um Deutschlands Wiederherstellung geführt worden ist, denn dieser Frieden legt Oesterreich nur das eine wirkliche Opfer auf, aus Deutschland auszuscheiden; der Preis des Sieges stellt den Zweck des Krieges außer jedem Zweifel. Und derselbe Minister kann wenige Jahre später dem bekriegten Oesterreich sich auf das Innigste wieder nähern, denn mit dem Austritt Oesterreichs aus Deutschland ist dem preußisch-österreichischen Antagonismus der Vergangenheit jeder Boden entzogen. Es klingt paradox, aber ist gleichwohl wahr: Die Trennung Oesterreichs von Deutschland war die Voraussetzung des politischen Zusammengehens beider Staaten.

Berlin, den 2. April 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti über den Besuch des Prinzen Napoleon in Turin und die Allianzverhandlungen mit Italien.[1]

Bismarck ersuchte den französischen Botschafter Grafen Benedetti, ihn zu besuchen, und theilte demselben ein Telegramm des Herrn v. Usedom mit, inhaltlich dessen der Prinz Napoleon den König Viktor Emmanuel besucht und dann nach Florenz gereist sei. Von dort sei die Mehrzahl der Minister, nachdem dieselben von dem Prinzen empfangen worden waren, nach Turin zu einer Berathung unter dem Vorsitze des Königs gereist. Aus diesen Vorgängen schließe man, daß der Prinz mit der Mission betraut sei, die venetianische Frage mittelst einer direkten Vereinbarung zwischen Italien und Oesterreich zu lösen. Bismarck bemerkte hierzu, er würde diese Mittheilung nicht gemacht haben, wenn die Haltung der italienischen Regierung und ihrer Agenten ihm nicht ein gewisses Mißtrauen einflößen würde. Er erinnerte Benedetti daran, der General Govone sei nach Berlin gesendet worden, ohne daß preußischerseits ein bezüglicher Wunsch in Florenz geäußert worden sei. Er habe sich alsdann als ermächtigt erklärt, Abmachungen einzugehen, thatsächlich aber darauf beschränkt, die Eröffnungen entgegen zu nehmen, die man ihm machte; später habe er erklärt, nicht mit den erforderlichen Vollmachten ausgerüstet zu sein, um irgend einen Akt zu zeichnen. Bismarck erwähnte ferner, der italienische Gesandte in Berlin Graf Barral, der sich im Laufe der Verhandlungen gewissermaßen dem General Govone substituirte, habe einen Vertragsentwurf angenommen, dessen Text er seit einigen Tagen der italienischen Regierung eingereicht habe; diese letztere habe aber bisher nur so viel wissen lassen, daß sie im Prinzip die Vereinbarungen acceptire. In Erwägung all dieser Umstände glaube er (Bismarck), daß das Kabinett in Florenz auf einmal mehr als ein Ziel verfolge, und er frug Benedetti, was dieser von der Sache halte.

Der französische Botschafter erwiderte, er sei nicht genügend unterrichtet, um sich in der Sache zu äußern. Da die Kaiserl. Regierung beschlossen habe, die striktefte Neutralität zu beobachten, so wundere er sich, daß sie die italienische Regierung von einer Entschließung abzuhalten suche, für welche dieselbe nur die eigenen Interessen zu Rathe ziehen könne. Benedetti erklärte, er sei überrascht, daß bei dem Versuche, zwischen Italien und Oesterreich zu vermitteln, die Wahl auf den Prinzen Napoleon gefallen sei.

Berlin, anfangs April 1866. Unterredung mit einem fremden Gesandten, betr. die österreichischen Rüstungen.[2]

Bei Gelegenheit der Besprechung Bismarcks mit dem Gesandten von ..... wies derselbe auf die österreichischen Rüstungen hin. Die Erklärungen Oesterreichs

[1] Nach Benedettis Bericht, d. d. den 3. April 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4530. S. 127. Benedetti: Ma mission. S. 79.

[2] Nach Benedettis Bericht, d. d. 4. April 1866. Benedetti: Ma mission. S. 89. Der Tag der Unterredung steht nicht fest.

stimmten mit den Thatsachen nicht überein. Preußen sei gezwungen, mit aller Energie seine Vorkehrungen zu treffen, um für den Fall eines Handstreichs von seiten Oesterreichs gerüstet zu sein.

**Berlin, den 5. April 1866.** Unterredung mit dem General Govone, betr. die Vollmachten zur Unterzeichnung des Vertrags mit Preußen. Russische Intervention. Der muthmaßliche Gang der kriegerischen Entwickelung. Einfluß der Haltung Bayerns.[1]

Bismarck empfing mit Genugthuung die Nachricht von dem Eintreffen der Vollmachten und der Ermächtigung zur Unterzeichnung des Vertrags; er bemerkte, er werde sofort den König davon benachrichtigen.

Demnächst ließ Bismarck Govone eine Note Rußlands sehen, welches, von Oesterreich gebeten, sehr freundschaftlich bei dem König intervenirte, um ein Arrangement zu erleichtern. Alle deutschen Fürsten drückten unaufhörlich auf den König Wilhelm. Wenn auch der Krieg nicht auf die gegenwärtigen Verwickelungen folgen sollte, was er für sehr unwahrscheinlich halte, so würden doch die Beziehungen, die sich jetzt zwischen Preußen und Italien befestigten, einen wichtigen historischen Punkt in dem Leben der beiden Völker bezeichnen, aus welchem eine, beiden Ländern nützliche neue Zukunftspolitik hervorgehen werde.

Bismarck drückte Govone nicht den Wunsch aus, irgend eine Militärkonvention zu schließen.

Da Govone Bismarck interpellirte, ob er an die Existenz eines Allianzvertrags zwischen Bayern und Oesterreich glaube, sagte Bismarck, ein Vertrag existire nicht.

Govone fragte Bismarck, ob sich die von den Journalen gemeldeten Rüstungen Bayerns bestätigten.

Bismarck antwortete, er habe darüber die ersten Informationen erhalten, und erwarte die offizielle Bestätigung, daß Bayern rüste. Wenn sich das bestätigen würde, so werde Preußen unverzüglich die Maßregeln der Kriegsvorbereitung, welche schon für andere Korps angenommen und in voller Ausführung seien, auf die beiden Armeekorps der Rheinprovinzen ausdehnen. Er sehe voraus, daß man in einem solchen Falle oder auf solche Weise, da die Rüstungen auf der einen Seite Gegenrüstungen auf der anderen Seite fordern, unvermeidlich in einer viel näheren Zeit, welche er für Anfang Mai berechne, zum Kriege kommen werde. Auf alle Fälle werde der Krieg vor Ablauf der vertragsmäßigen Frist ausbrechen.

Hier warf Bismarck einen Blick auf eine militärische Denkschrift und setzte Govone einige Ansichten über die Richtung auseinander, welche Preußen dem Kriege geben würde, wenn Bayern im Lager des Gegners wäre.

Er berechnete, daß Preußen mehr als 100000 Mann aus den Rheinprovinzen ziehen könnte. . . . Diese über 100000 Mann würden durch Bayern marschiren, und nachdem sie dasselbe zu Paaren getrieben, eine Diversion gegen Linz in der Richtung nach Wien machen und der italienischen Armee die Hand

[1] Nach Govones Berichten vom 5. und 6. April 1866. La Marmora a. a. O. S. 129.

reichen. Wenn dagegen Bayern sich mit Preußen vereinigen würde, dann würde eine Masse von 150000 Mann für diese Diversion verfügbar werden, die er als viel vortheilhafter für die Operationen der großen Armee betrachte, welche gegen Böhmen oder in Schlesien operiren werde, als wenn man die beiden rheinischen Korps mit dieser Armee vereinigen würde.

**Berlin**, den 6. April 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Opposition verschiedener preußischer Gesandten gegen seine Politik.[1]

Bismarck bemerkte zu Barral, die ganze preußische Diplomatie arbeite gegen seine kriegerischen Projekte. In London habe sich der preußische Gesandte vollständig von der Partei des . . . beherrschen lassen. „Der Gesandte ist so weit gegangen, daß er in einer seiner letzten Depeschen geschrieben hat, wenn Italien sich mit Preußen alliiren würde, so würde es vom Kaiser Napoleon desavouirt werden. In Paris macht Graf Goltz solche Anstrengungen und dringt so auf den Frieden, daß . . . Aus Florenz schreibt Graf Usedom, die Regierung des Königs habe erst kürzlich noch geheime Schritte bei Oesterreich gethan, um die Abtretung Venetiens zu erlangen, welches Ansinnen zurückgewiesen wurde.

Ebenso hat er geschrieben, daß der Prinz Napoleon bei seiner letzten Reise nach Florenz sich im Namen des Kaisers ermächtigt erklärt habe, von einer Allianz mit Preußen abzurathen."

Bismarck war gegen den Grafen Usedom sehr aufgebracht und sprach von nichts Geringerem, als von seiner Abberufung.

**Berlin**, den 8. April 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral und dem General Govone bei Unterzeichnung des Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen Preußen und Italien.[2]

Am 8. April schritt Bismarck mit den italienischen Unterhändlern zur Unterzeichnung des endlich zu stande gekommenen Offensiv- und Defensivvertrages zwischen Preußen und Italien. Es ging bei der Prozedur nicht ohne Zwischenfälle ab.

Zunächst machte Bismarck auf Befehl seines Königs den Vorschlag, in den ersten Zeilen des Vertrages die Worte: Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrag zu streichen und Allianz- und Freundschaftsvertrag zu setzen.

Graf Barral bestand darauf, daß die ursprüngliche, nach Florenz übermittelte Redaktion beibehalten werde, und nach einigen Schwierigkeiten stimmte Bismarck bei.

Nachdem auf diese Weise der Text modifizirt war, mußte man bis $8^{1}/_{2}$ Uhr abends die Unterschrift verzögern, um ihn wieder ins Reine schreiben zu lassen.

Bismarck schlug noch die Unterzeichnung eines Protokolles vor, welches die beiden Theile verpflichtete, den Vertrag geheim zu halten. Er fügte hinzu: „Ich bestehe nicht darauf, aber das Protokoll kann das Kabinett von Florenz beruhigen,

[1] Nach Barrals Bericht, d. d. 7. April 1866. La Marmora a. a. O. S. 133.

[2] Nach Govones Bericht, d. d. 10. April 1866. La Marmora a. a. O. S. 141.

welches, wie man mir schreibt, befürchtet, wir könnten mit unserem Vertrage vor Oesterreich erscheinen, um Konzessionen und ein Arrangement zu erlangen. Da ich wünsche und hoffe, daß unsere gegenwärtigen Beziehungen von Dauer seien, muß Treue und Glauben herrschen."

Als sich die italienischen Unterhändler nach der Unterzeichnung von Bismarck verabschiedeten, sagte ihnen derselbe, Preußen werde am folgenden Tage beim Bundestag den Antrag auf Bundesreform und ein deutsches Parlament mit allgemeinem Wahlrecht einbringen; von diesem Vorschlag erwarte er die größte Verwirrung in Deutschland und dann den Krieg....

Barral wandte ein, daß alle deutschen Staaten den Antrag zurückweisen werden, was werde dann Preußen thun?

Bismarck antwortete, es bleiben ihm die beiden Wege, entweder aus dem Bunde auszutreten oder zu den Waffen zu greifen, um den Antrag durchzusetzen.

*

Am demselben Tage (8. April) versammelte der preußische Ministerpräsident Graf Bismarck die in Berlin residirenden Gesandten der deutschen Höfe, mit Ausnahme des österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, um sie von dem Antrage der preußischen Regierung auf Bundesreform in Kenntniß zu setzen. Die überraschten Diplomaten begaben sich nach vernommener Erklärung zu dem österreichischen Gesandten, um diesen von dem Vorhaben des preußischen Kabinetts zu unterrichten.

**Berlin**, den 9. April 1866. Unterredungen mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi und dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Rücknahme der Mobilisirungsordre durch Preußen.[1]

Bismarck theilte dem französischen Botschafter Grafen Benedetti unmittelbar nach einer Konferenz mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi das Ergebniß derselben mit. In dieser Konferenz habe Karolyi ihm (Bismarck) eine Depesche des Grafen Mensdorff verlesen, worin derselbe die Hoffnung ausdrückte, Preußen werde nach der neuesten Erklärung Oesterreichs es für angemessen erachten, den amtlich veröffentlichten und in Ausführung begriffenen Mobilisirungsordres keine weitere Folge zu geben, dieselben vielmehr rückgängig machen. Bismarck begleitete diese Mittheilung mit der Bemerkung, daß sich die Depesche des Grafen Mensdorff über die österreichischen Rüstungen ausschweige, es heiße darin nur, dieselben beruhten auf der Einbildung. Oesterreich brauche also keine friedfertigen Verfügungen zu treffen, und Preußen habe den alten Friedensstand wieder einzurichten. Bismarck bemerkte endlich, die Mittheilung sei ihm in einer impertinenten Form gemacht worden, sie athme den Charakter einer Forderung, die Preußen nicht bewilligen könne. In Bezug auf das Bundesreform-Projekt bemerkte

[1] Nach Benedettis Berichten vom 9. und 10. April 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4532 u. 4533. S. 132. **Benedetti**: Ma mission. S. 96 f. u. 99.

Bismarck, dasselbe müsse dem Bundestag am folgenden Tage unterbreitet werden. Weigere sich derselbe, in eine Diskussion desselben einzutreten, so werde Preußen mobilisiren.

Berlin, den 17. April 1866. Unterredung mit dem Botschafter Grafen Benedetti, betr. Bismarcks deutsches Reformprojekt. Muthmaßliche Chancen. Lösung der deutschen Frage auf dualistischer Grundlage.[1]

Bismarck sah den französischen Botschafter und theilte demselben mit, er wisse augenblicklich selbst nicht, wie sein Reformprojekt vom Bundestage aufgenommen werden würde. Werde es dort angenommen oder nur berathen, um es nach Gefallen zu verstümmeln? Im Falle eines Zusammentritts des Parlaments frage es sich, aus welchen Elementen es sich zusammensetzen werde. Ob es konservativ, liberal, reformirend oder revolutionär sein wird? Er könne weder über die muthmaßlichen Beschlüsse des Bundestags sich äußern, noch sich über den Geist bei den Wahlen, falls es zu solchen käme. Nur das müsse er mit Befriedigung konstatiren, daß die öffentliche Meinung, welche bei der ersten Nachricht von der Einberufung einer Volksvertretung gewissermaßen perplex und geneigt gewesen sei, dieselbe zurückzuweisen, jetzt sich Dispositionen zuneige, welche unter Umständen die der Reform ungünstigen Regierungen in Verlegenheit versetzen oder gar veranlassen könnten, das Revisionswerk zu unterstützen. Er rechne auf diesen Wandel der öffentlichen Meinung in Deutschland, und werde sich jedem Beschlusse widersetzen, welcher dem Reformwerke eine seinen Plänen entgegengesetzte Wendung geben wolle. In Bezug auf sein Projekt gebe es namentlich zwei Punkte, von denen er nicht ein Jota aufgeben werde, wenn sich auch gerade daran die heftigste Opposition in Wien und mehreren kleineren Höfen knüpfe. Der eine betreffe die Feststellung eines gewissen Zeitpunktes für die Zusammenberufung des Parlaments, der andere die Verpflichtung der Bundesstaaten, sich während der Wahlperiode über das Programm zu einigen, in dessen Grenzen die Versammlung zu beschließen habe. Bismarck gab der Hoffnung Ausdruck, in dem bevorstehenden Streite von der liberalen Partei unterstützt zu werden.

Benedetti bemerkte hierauf, der Bundestag werde, bevor er das Prinzip einer Reform der Bundesverfassung mittelst eines Parlamentes annehme, verlangen, daß Preußen die Punkte aufzähle, die in den Kreis seiner Kompetenz gehörten.

Bismarck erwiderte, er werde sich dem entschieden widersetzen; eine derartige Mittheilung würde nothgedrungen der Gegenstand einer Erörterung, welche nach dem gewöhnlichen Verfahren des Bundestags nicht erledigt werden könnte.

Benedetti warf hierauf ein, er vermöge sich keine Vorstellung von den Mitteln zu machen, die Bismarck anwenden könne, um den Bundestag zu zwingen, sich in der Sache zu erklären, er könne sich überdies auch nicht vorstellen, welche Haltung

[1] Nach Benedettis Bericht vom 17. April 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4534. S. 134; und Benedetti a. a. O. S. 100 f.

Preußen einnehmen werde, wenn es in Frankfurt a. M. — was ja leicht sei — dilatorisch behandelt würde.

Bismarck entgegnete, der kommende Kampf werde darüber entscheiden, und es werde verfrüht sein, bereits jetzt Preußens Haltung von diesen Fragen abhängig zu machen, er werde mit seinen Entschließungen noch zurückhalten, um dabei die Bedürfnisse des Augenblicks in Erwägung nehmen zu können.

In Bezug auf den durch den Grafen Goltz in Paris lancirten Plan, den Einfluß in Deutschland in zwei Gruppen zu theilen, aber beide der Leitung Oesterreichs zu entziehen, bemerkte Bismarck, daß die Entwickelung dieser Kombination ohne vorgefaßte Meinung verfolgt werden müßte, und daß er sich die Aktionsfreiheit vorbehalte, um je nach den Umständen vorgehen zu können.

Benedetti meinte hierauf, daß selbst, im Falle der deutsche Bund das Projekt bezüglich der Einberufung eines Parlaments annehme, dies Preußen ebenso gefährlich werden könnte, wie den andern Staaten des deutschen Bundes. „Wenn es wirklich zu einer Volksabstimmung käme, so könnten die Volksvertreter unternehmend genug sein, sich als konstituirende Versammlung zu betrachten, und die von Ihnen gesteckten Ziele überschreiten."

„Ein Parlament — entgegnete Bismarck — würde uns nur dann Ungelegenheiten bereiten, wenn es halbwegs liberal ist; in diesem Falle bliebe es in seinen Grenzen, und es würde sich auf seine Berechtigungen zurückziehen; es würde bei Verbesserungen Halt machen, die uns nicht befriedigen könnten, und die abzuweisen doch seine Schwierigkeiten hätte. Wäre es dagegen ausgesprochen konservativ oder revolutionär, so wären wir im ersten Falle in der Lage, es ganz zu leiten, im zweiten Falle zwänge es uns, einzuschreiten, um seinen Streichen Einhalt zu thun. In diesem Falle müßte sich aber der Bund, wie er seit 1815 besteht, angesichts der neu geschaffenen Lage nothwendigerweise auflösen, worauf uns nichts im Wege stände, im Norden Deutschlands mit Hülfe der in unserer Machtsphäre gelegenen deutschen Fürsten nach unserem Gefallen eine Vereinigung zu stande zu bringen." Bismarck bemerkte, sein Ziel sei, Preußen einen unbestrittenen Einfluß zu verschaffen entlang der Ost- und Nordsee bis an die Mainlinie.

**Berlin**, den 20. April 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. den neuesten österreichischen Abrüstungsvorschlag.[1]

Graf Karolyi überreichte Bismarck den neuesten Vorschlag Oesterreichs, der Preußen aufforderte, gleichzeitig mit Oesterreich zu entwaffnen, ohne darauf einzugehen, von welcher Seite die Rüstungen begonnen wurden. Damit Preußen keinen Vorwand habe, diesen Vorschlag Oesterreichs abzulehnen, so erkläre es sich bereit, selbst die Entwaffnung am 25. April zu beginnen. Preußen sollte am 26. April nachfolgen.[2]

[1] Nach dem Berichte Benedettis vom 21. April 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4535 u. 4536. S. 136 u. folg. Benedetti a. a. O. S. 107 u. 112.

[2] Der österreichische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Mensdorff drückte sich in seiner an den österreichischen Gesandten in Berlin gerichteten Note vom 18. April folgender-

Bismarck war noch nicht wieder völlig hergestellt, da erhielt er kurz nach der Besprechung mit Karolyi den Besuch des Königs, sah abends den französischen Botschafter, und besprach mit dem Letzteren die neueste Phase der zwischen den beiden deutschen Großmächten bestehenden drohenden Verwickelungen. Auf die Frage Benedettis, wie er den Vorschlag Oesterreichs aufnehme, erwiderte Bismarck, die auf beiden Seiten ausgeführten militärischen Vorbereitungen seien keineswegs von derselben Beschaffenheit, gestatteten darum auch nicht ein Aufgeben Zug um Zug. Wenn Oesterreich die Rückkehr der in Böhmen konzentrirten Truppen zum 25. in andere Provinzen beschließe, so könne diese Maßregel effektiv nur nach einem mehr oder minder langen Zeitraum ausgeführt werden. Preußen könne dagegen nur die jüngst zu den Fahnen berufenen Mannschaften der Reserve entlassen, dasselbe würde daher am 26., als dem Tage, wo es die betreffende Verfügung erließe und sie loyal ausführe, auf die Vorsichtsmaßregeln verzichten, welche es zu seiner Vertheidigung ergriffen habe. Während also Oesterreich sich den Schein gebe, als sei es Preußen mit dem Beispiel vorangegangen, habe es doch thatsächlich nichts gethan, während Preußen seine Verpflichtungen bereits erfüllt habe.

Bismarck fügte noch hinzu, wie es für ihn nothwendig sei, den Vorschlag Oesterreichs mit Rückhalt aufzunehmen, da er aus den zuverlässigsten Quellen aus allen Theilen des Kaiserstaates Nachrichten von einer verdoppelten Aktivität in Bezug auf die Rüstungen erhalten habe. Im direkten Gegensatze zu den gegenseitig ausgetauschten friedlichen Versicherungen und den Gesinnungen, denen Mensdorff in seiner jüngsten Depesche Ausdruck gegeben, hätten die Truppenbewegungen keine Unterbrechung erlitten; Oesterreich begnüge sich nicht mehr damit, seine militärischen Kräfte an der Grenze Schlesiens zu vermehren, es habe unter ganz neuem Datum sogar die Reserven der in Böhmen versammelten Truppen einberufen. Unter diesen Umständen könne Preußen sich erst dann anheischig machen, seine Armee auf den Friedensfuß zurückzuführen, wenn es sicher sei, sich dabei nicht zu verrechnen. Er (Bismarck) werde deshalb auf die österreichische Note antworten. Die Königliche Regierung werde die früher gegebenen Erklärungen treu befolgen und die getroffenen militärischen Dispositionen widerrufen, wenn Oesterreich seinerseits von den Maßregeln Abstand nimmt, welche dieselben veranlaßt hätten. Er werde es aber vermeiden, sich über den Tag oder das Maß der Abrüstung zu erklären.

---

maßen aus: Daß in Oesterreich einige Truppenbewegungen stattgefunden haben und daß mehrere Truppenkörper an unsere nordöstliche Grenze dirigirt wurden, ist eine Thatsache, von welcher die Königliche Regierung durch die Informationen Kenntniß erlangt hat, welche ich selbst ihr offen und direkt geliefert habe. Se. Majestät der Kaiser erklärt sich bereit, durch eine vom 25. d. M. datirte Ordre diese Dislokationen zu kontremandiren, welche die Königliche Regierung für bestimmt zu halten scheint, eine gegen Preußen gerichtete Stellung auf den Kriegsfuß vorzubereiten, und gleichzeitig mit der Ausführung aller Maßregeln innezuhalten, welche darauf Bezug haben, wenn Se. Majestät von dem Berliner Hofe die formelle Zusicherung erhält, daß an demselben Tage oder wenigstens tags darauf eine Königliche Verordnung die Korps, welche seit dem 27. v. M. verstärkt wurden, auf ihren früheren Effektiv- und normalen Friedensstand reduziren wird.

Ueber die bedeutsame Frage, in welchem Tone er die Antwort nach Wien halten wollte, konnte Graf Benedetti von Bismarck keine Aufklärung erhalten.

Benedetti fand den Ministerpräsidenten in einem sehr leidenden Zustande, der ihn zwang, mit dem König schriftlich zu verkehren. Im Falle eines persönlichen Verkehrs mit dem Könige würde es ihm unzweifelhaft gelungen sein, gewisse Redewendungen durchzusetzen, welche unter Umständen in Wien weniger friedfertige Entschlüsse gereift haben würden. Bismarck kündigte Benedetti schließlich die Absicht an, die Antwort nach Wien etwas hinauszuschieben.

Berlin, den 20. April 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral und dem General Govone, betr. den Austausch der Ratifikationen des preußisch-italienischen Schutz- und Trutzbündnisses.[1]

An diesem Tage (20. April) tauschte Bismarck mit den italienischen Unterhändlern die Ratifikationsurkunden des von ihnen am 8. April abgeschlossenen Offensiv- und Defensivbündnisses aus. Bei dieser Gelegenheit richtete Graf Barral an Bismarck die Frage, was Preußen auf die im Laufe des Tages von Wien gekommene Note geantwortet habe, welche die Zurücknahme der von Oesterreich getroffenen militärischen Maßregeln für den 25. April unter der Bedingung vorschlage, daß die Abrüstung tags darauf beginne.

Bismarck antwortete: „Die Sache verhält sich nicht ganz so. Oesterreich erklärt, daß es am 25. anfangen werde, seine Truppen in die alten Stellungen zurückzuziehen, und erwartet, daß Preußen an demselben oder am darauffolgenden Tage beginne, seine militärischen Maßregeln zurückzunehmen. Es ist schwer, auf diesen Vorschlag abschlägig zu antworten. Wir haben jedoch noch keinen Entschluß gefaßt, sondern werden wahrscheinlich antworten, daß wir gesonnen sind, Oesterreich in den Stellungen, die es seinen Truppen geben wird, Schritt für Schritt zu folgen, d. h. bei der Zurückberufung eines jeden Bataillons von den angrenzenden Provinzen werden wir die Reservemannschaften, welche zur Verstärkung unserer Bataillone berufen sind, entlassen und werden diese Entlassungen nach den Rückbewegungen der österreichischen Bataillone Schritt für Schritt reguliren. Uebrigens ist die Verstärkung, die wir unseren Bataillonen gegeben haben, von keiner Bedeutung. . . .“[2]

---

[1] Nach Barrals Bericht an La Marmora, d. d. 20. April 1866, und Govones Bericht, d. d. 21. April 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 5077. S. 32. La Marmora a. a. O. S. 150 u. 152.

[2] Nach Barrals Bericht sagte Bismarck, es sei schwer, den österreichischen Vorschlag abzulehnen, Preußen werde die Entwaffnung Schritt vor Schritt nach den Bewegungen der österreichischen Truppen einrichten, und wenn der König ihm folgen wolle, werde Preußen seine Pferde behalten, und diese Maßregel mit der Verschiedenheit in der Organisation der beiden Armeen und mit gewissen militärischen Dispositionen motiviren, welche von einigen Mittelstaaten getroffen wurden.

Bismarck fügte hinzu, daß er mit denen, welche eine friedliche Miene machten, um die öffentliche Meinung in Europa für sich günstig zu stimmen, darin um die Wette laufen wolle; ferner, daß man aber am Ende keine so große Bedeutung dieser öffentlichen Meinung beilegen dürfe, welche durch energisches Handeln modifizirt werden könne, und daß, wenn man auf diese Weise Oesterreich Alliirte verschaffe, Preußen und Italien auch Alliirte hätten und ebenfalls noch andere finden könnten.

Auf die Frage des italienischen Gesandten Grafen Barral, ob es wahr sei, daß die Mittel- und Kleinstaaten als Vorbedingung für jede Verhandlung über die deutsche Reform die Abrüstung aufgestellt hätten, erklärte Bismarck, daß die Staaten zweiten Ranges noch nicht geantwortet, sondern ihre Repräsentanten sich erst gestern zu Augsburg versammelt hätten, um sich über das Verhalten zu besprechen, welches man dem preußischen Vorschlage gegenüber zu beobachten habe.

Der Eindruck, den Bismarck in diesem kurzen Gespräch, welches wegen seines Gesundheitszustandes nicht länger fortgesetzt werden konnte, auf den Grafen Barral und auf Govone machte, war der, daß er sichtlich durch die Wendung der Sachlage entmuthigt war.

Berlin, den 24. oder 25. April 1866. Unterredung mit dem rumänischen Agenten Balaceanu, betr. die Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien.[1]

Bismarck erklärte dem rumänischen Agenten Balaceanu, weder der König noch die preußische Regierung könne den Prinzen Karl verhindern, die ihm angebotene Krone von Rumänien anzunehmen. Was das fait accompli anbetreffe, so neige er sehr zu diesem Auswege und nehme durchaus keinen Anstand, sich für diesen modus procedendi auszusprechen. Einem ernstlichen Willen in dieser Richtung werde auch der König nicht entgegentreten können, wenn der Prinz zugleich die Verzichtleistung auf seine verwandtschaftliche Stellung ausspreche.

Berlin, den 25. April 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Entwaffnungsfrage und Oesterreichs Verhältniß zu Italien.[2]

Der französische Botschafter traf Bismarck in bester Stimmung, der Letztere bemerkte: So übertrieben auch die Nachrichten aus Italien und Wien lauteten, so werde das österreichische Kabinett es für absolut nöthig erachten, eine Defensivstellung einzunehmen; in diesem Falle müsse es aber seine Truppen in Venetien vermehren, und auf alle Fälle werde es darauf verzichten müssen, seine militärischen Kräfte auf den Fuß zu bringen, auf dem dieselben vor der Truppenkonzentration in Böhmen sich befanden; mit anderen Worten, Bismarck hoffte, nicht gezwungen zu werden, auch eine Entwaffnung Preußens herbeizuführen.

---

[1] Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien. Bd. I. S. 22.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 25. April 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4538. S. 140. Benedetti S. 113 f.

Bismarck verhehlte ferner dem Grafen Benedetti nicht, daß die preußische Regierung im Falle eines Krieges zwischen Italien und Oesterreich nicht unthätig bleiben könne; sowohl die Ehre als das Interesse Preußens erheischten dessen Theilnahme an dem Kriege.

Berlin, den 26. April 1866. Unterredung mit dem italienischen Geschäftsträger Grafen Puglia, betr. die Rüstungen und die Kriegseventualität.[1]

Bismarck sagte zu dem Grafen Puglia, welcher an Stelle des an einige andere Höfe gereisten Grafen Barral provisorisch die Geschäfte der italienischen Gesandtschaft in Berlin leitete, er wisse, daß die österreichischen Rüstungen nicht bloß in Venetien, sondern allenthalben mit verdoppelten Anstrengungen betrieben würden. Bis jetzt habe er keine offizielle Antwort auf die Note vom 21. April erhalten, Oesterreich schütze als Grund seiner Rüstungen die Haltung Italiens vor.

Der Gesandte Frhr. von Werther soll heute offiziell erklären, ohne indessen eine Kopie der betreffenden Depesche zurückzulassen, es sei unzulässig, unter dem Vorwande der Haltung Italiens gerüstet zu bleiben; ferner, daß Preußen im gegenwärtigen Stand der Dinge Italien zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts als nothwendig betrachte, und einem Angriff auf Italien gegenüber nicht gleichgültig bleiben könne.

Bismarck fügte bei, er habe sich mit dem Kriegsminister ins Einvernehmen gesetzt, und hoffe heute noch die Zustimmung des Königs zu neuen Vertheidigungsmaßnahmen zu erhalten.

Berlin, (April?) 1866. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. den Konflikt mit Oesterreich.[2]

Der englische Botschafter Loftus nahm in einer Unterredung mit Bismarck auf die Anregung Bezug, die Dienste einer dritten Macht zur Beilegung der Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich anzurufen; diese Anregung war von dem König günstig aufgenommen worden.

Bismarck erwiderte, Preußen habe die kriegerische Richtung nicht angefangen — England müsse sich nach Wien wenden. Preußen habe nicht einen Mann in Bewegung gesetzt, noch irgend welche kriegerischen Vorbereitungen getroffen. Oesterreich führe die Drohungen aus. Es ziehe seine Truppen zusammen und konzentrire sie an der Grenze Schlesiens. Es werde Preußen angreifen, wenn es fertig für den Kampf sei.

„Was würden Sie thun — fragte Bismarck —, wenn Sie auf der Straße einen gewaltthätigen, gefährlichen Menschen träfen, der die öffentliche Sicherheit und den Frieden bedroht?“

---

[1] Nach Puglias Bericht, d. d. 26. April 1866. La Marmora a. a. O. S. 174.

[2] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 56. (Datum nicht näher angegeben.) In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

Loftus erwiderte: „Ich würde sofort die Polizei rufen, und nach meiner Ansicht bilden die Großmächte die Polizei Europas zur Aufrechterhaltung des Friedens."

„Wenn es sich aber — bemerkte Bismarck — um einen Gentleman handelte, würden Sie ihm Ihre Karte geben?"

Loftus versetzte: „Ich glaube nicht."

**Berlin**, den 28. April 1866. Unterredung mit dem Botschafter Grafen Benedetti über Oesterreichs Antwort in der Abrüstungsfrage und weitere Vorschläge desselben.[1]

Bismarck hatte aus den Händen des Grafen Karolyi die Antwort Oesterreichs auf die letzte preußische Depesche entgegengenommen, worin dasselbe seinen Entwaffnungsvorschlag aufrecht erhielt und sich überdies erbot, die Entscheidung über die Herzogthümerfrage dem Bunde zu übertragen. Darauf zweistündige Konferenz Bismarcks mit dem Könige und Berathung des Ersteren mit seinen Ministern. Abends sprach derselbe den französischen Botschafter und theilte diesem die neuesten Eröffnungen Oesterreichs mit, indem er hinzufügte, die Königliche Regierung könne sich den gemachten Vorschlägen nicht anschließen; welches seine definitiven Entschlüsse seien, ließ er aber nicht durchblicken.

**Berlin**, den 29. April 1866. Unterredung mit dem italienischen Geschäftsträger Grafen Puglia, betr. Kriegsrüstungen Preußens.[2]

Bismarck theilte dem Vertreter des italienischen Gesandten, Grafen Puglia, mit, angesichts der österreichischen Depesche vom 26. April, welche die Rüstungen Italiens als Vorwand nehme, um die Abrüstung zu verweigern, weigere sich auch Preußen, zu entwaffnen.

Er habe dem Könige vorgeschlagen, die gesamte Artillerie auf den Kriegsfuß zu setzen, was bereits bei den an der Grenze stehenden Korps geschehen sei. Am nächsten Tage solle ein von dem Könige präsidirter Conseil der Generale stattfinden. Eintretenden Falles brauche Preußen fünfzehn Tage zum Ankauf der Pferde und zehn Tage zur Einberufung der Reserven.

**Berlin**, den 1. Mai 1866. Unterredung mit dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal, betr. die sächsische Abrüstung.[3]

Der sächsische Gesandte Graf Hohenthal übergab Bismarck persönlich die Antwort Sachsens vom 29. April auf Bismarcks Anfrage vom 27. April über den Zweck der sächsischen Rüstungen. Bismarck erklärte die sächsische Note für ungenügend; Preußen werde daher Truppen an die sächsische Grenze schicken, „und was diese dann später vielleicht dort thun werden, ist eine Sache für sich."

---

[1] Nach Benedettis Bericht vom 29. April 1866. Benedetti S. 116 u. 117.

[2] Nach Puglias Bericht, d. d. 29. April 1866. La Marmora a. a. O. S. 175.

[3] Nach v. Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 142.

**Berlin**, den 1. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen General Govone, betreffend die Auslegung des Bündnißvertrages zwischen Preußen und Italien.[1]

Bismarck theilte dem General Govone mit, es sei im Prinzip entschieden worden, stärker zu rüsten. Der Rath der Generale wollte sämtliche 50000 Pferde für die Artillerie, die Munitionskolonnen und die Reservekavallerie kaufen, während der König immer noch zögernd und im kleinen Maßstabe rüsten wollte. Die Entscheidung werde erst in zwei, höchstens drei Tagen getroffen werden.

Um die Ausdehnung kennen zu lernen, welche Bismarck den Italien gegenüber übernommenen Verbindlichkeiten beimesse, sagte Govone zu Bismarck, daß Oesterreich und Italien in spätestens einem Monate bereit seien, und daß dann der Krieg in Italien ausbrechen könne. Govone fragte Bismarck, ob Preußen nicht seine Rüstungen besser berechne, und ob es bereit sein werde, nach dem Allianzvertrage den Krieg an Oesterreich zu erklären, sobald Oesterreich ihn an Italien erkläre.

Bismarck erwiderte, der König lege dem Vertrage diese Tragweite nicht bei und nach dem Wortlaute desselben glaube er nicht, daß diese Verpflichtung gegenseitig sei.

Darauf fragte Govone, ob man nicht die Stipulationen vervollständigen und zu diesem Behufe in einer Militärkonvention eine vollständige Gegenseitigkeit einführen könne.

Bismarck erwiderte, der König würde sich weigern, die Verpflichtung zu übernehmen, an Oesterreich den Krieg zu erklären, wenn derselbe in Italien ausbräche, indem er Italien nicht ermuthigen wolle, die Dinge auf die Spitze zu treiben; daß indessen das preußische Ministerium glaube, diese Eventualität würde nothgedrungen durch die Umstände herbeigeführt, und es würde sein Verbleiben im Amte daran knüpfen, den Kampf zwischen Italien und Oesterreich nicht entbrennen zu lassen, ohne sofort daran theilzunehmen.

Bismarck ermächtigte Govone, dem Minister La Marmora zu erklären, Italien sollte sich auf die Macht der Umstände und der gewichtigsten preußischen Interessen verlassen, selbst wenn das Schwanken des Königs ihm (Bismarck) nicht gestattete, seine Unterschrift zu erlangen.[2]

---

[1] Nach Govones Bericht vom 2. Mai 1866 und dessen Denkschrift vom 7. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 180 u. 202. Aus diesen Quellen ersehen wir deutlich, daß Govones erste Besprechung mit Bismarck am 1. Mai und die zweite am 2. Mai 1866 erfolgte. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Zur Ergänzung der vorstehenden Unterredung lasse ich zunächst noch einen Bericht folgen, den Govone am 2. Mai an La Marmora erstattete:

... Da mir Graf Benedetti bemerkt hatte, daß man in Berlin unsere Rüstung für allzu eilig angesehen hätte, setzte ich dem Ministerpräsidenten auseinander, daß die österreichischen Rüstungen, die schon begonnen hatten, bevor noch Oesterreich den Vorschlag zur Abrüstung für den 25. und 26. nach Berlin gelangen ließ, und die gegen Italien gerichtete drohende Haltung uns gezwungen hätten, uns auf den Kriegsfuß zu setzen, da wir uns nicht einem Ultimatum von Oesterreich aussetzen wollten, das gerüstet an unseren Grenzen stand, während wir nicht gewaffnet gewesen wären.

Nachdem dann General Govone den preußischen Minister gefragt hatte, was Preußen zu thun gedächte, habe ihm Bismarck geantwortet: Wir geben dem Vertrage vom 8. April nicht die

Berlin, den 2. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen General Govone, betreffend die Auslegung des Bündnisses zwischen Italien und Preußen.[1]

Am Abend ließ Bismarck in aller Eile den italienischen General Govone zu sich rufen.

Auslegung, daß er Preußen verpflichte, an Oesterreich den Krieg zu erklären, wenn dieses sich im Kampfe mit Italien befindet; wir glauben, daß diese Verpflichtung nur für Italien besteht, und so bezeichnet es auch buchstäblich der darauf bezügliche Artikel. ...

Vom Könige habe Bismarck nur gesprochen, um zu erklären: Der König würde nie eine Konvention unterzeichnet haben, welche eine Waffe in den Händen Italiens gewesen wäre, die uns hätte ermuthigen können, die Dinge so weit zu treiben, daß Preußen verpflichtet wäre, gegen seinen Willen am Kriege theilzunehmen.

Und er habe ferner bemerkt: Daß er uns loyal und zu genügender Zeit davon in Kenntniß setzen werde, wenn Preußen uns nicht folgen könne, daß aber sein Kabinett sein Verbleiben im Amte von der Bedingung abhängig gemacht haben würde, gleichzeitig mit der Eröffnung der Feindseligkeiten in Italien den Kampf gegen Oesterreich zu unternehmen.

Auf die Frage des Generals Govone: Also Ew. Excellenz ermächtigt mich, dem General La Marmora zu erklären, es sei nicht möglich, die Unterschrift des Königs, welche uns diese Bedingungen zugesteht, zu erlangen, seine Regierung halte sich indessen aus Rücksichten der Ehre an uns gebunden? habe Bismarck geantwortet: Sie können dem General La Marmora sagen, daß wir eine Kabinettsfrage aus dieser Bedingung machen werden; im übrigen vertrauen Sie dem unwiderstehlichen Gang der Ereignisse. — —

Den Inhalt dieses bedeutsamen Gespräches vom 1. Mai faßt Govone später noch einmal in einer Denkschrift vom 7. Mai 1866 wie folgt zusammen:

Als man infolge des Notenwechsels zwischen Wien und Berlin vereinbart hatte, daß beide Mächte am 25. und 26. April abrüsteten, und Oesterreich sehr ernsthafte militärische Maßregeln gegen Italien traf, fragte ich den Grafen Bismarck in einer Audienz, ob Preußen laut des mit uns abgeschlossenen Vertrages gegen Ende Mai bereit wäre, den Feldzug zu eröffnen; denn die Rüstungen Oesterreichs in Venetien und die unsrigen, die eine naturnothwendige Folge der letzteren bildeten, ließen um diesen Zeitpunkt einen Bruch als wahrscheinlich voraussetzen.

Graf Bismarck erklärte nun zwar, es liege im Interesse Preußens, uns nicht allein zu lassen, fügte jedoch hinzu, Preußen halte sich loyalerweise gegen uns nicht verpflichtet, kraft des Vertrages mit Oesterreich Krieg anzufangen, wenn dieses uns angriffe; er machte dies zu einer Frage preußischen Interesses, aber nicht zu einer Frage der loyalen Auslegung eines Vertrages, welcher vermöge seiner Benennung Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrag folgerichtig die beiden Theile ohne Zweifel gleichmäßig engagiren muß. Dieser Umstand, im Zusammenhange mit seinem Versuch, in dem Texte des Vertrages die Benennung Offensiv- und Defensiv-Allianz zu unterdrücken, zeigt, daß der Ministerpräsident sich eine Thür offen lassen wollte.

Ich versäumte es bei dieser Unterredung nicht, Sr. Excellenz dem Grafen Bismarck zu bemerken, weil er den Vertrag so interpretirte, wäre es angemessen und billig gewesen, diese Stipulationen durch eine Militärkonvention zu vervollständigen, um die Reciprocität der Verpflichtungen herzustellen, so daß wir in keinem Falle allein der Gnade Oesterreichs anheimgegeben sein könnten. Graf Bismarck wiederholte, wir könnten durch das eigene Interesse Preußens beruhigt sein, und gab die umfassendsten Erklärungen; jedoch fügte er hinzu, der König würde niemals eine Stipulation unterzeichnen, welche Preußen dem Wohlwollen Italiens anheimgebe. La Marmora a. a. O. S. 205.

[1] Nach Govones Telegramm vom 2. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 182. Staatsarchiv Bd. XXVI. Nr. 5080. v. Sybel Bd. IV. S. 371.

„Ich habe — bemerkte Bismarck zu Govone — dem Könige die beiden mir von Ihnen gestern Abend gestellten Fragen unterbreitet:

1. Was Preußen thun würde, wenn Italien Oesterreich angriffe,

2. Was Preußen thun würde, wenn Oesterreich Italien angriffe.

Ich habe Sr. Majestät gesagt, daß ich auf die zweite Frage geantwortet, Preußen werde in den Kampf gegen Oesterreich eintreten.

Der König hat diese Antwort vollständig gebilligt.

Was die erste Frage anlangt, so räth der König offen Italien, sich jeden Angriffes zu enthalten."

Als darauf Govone Bismarck fragte, ob er bezüglich der preußischen Rüstungen einen Entschluß gefaßt habe, antwortete Bismarck, morgen werde die Frage im Ministerrathe zur Entscheidung kommen; indessen hätte der König sich heute dahin geäußert, er finde in seiner Umgebung Niemanden mehr, der ihm nicht sage, wenn er nicht rüste, verrathe er sein Land. Er (Bismarck) glaube daher, daß morgen die Mobilisirungsordre unterzeichnet würde.

Govone fragte noch Bismarck darüber um seine Ansicht, ob ein Uebereinkommen zwischen Preußen und Oesterreich, welches Italien isolirt ließe, unmöglich sei.

Bismarck antwortete, daß keine Konzession Oesterreichs von nun an für Preußen die Inkonvenienzen eines Arrangements aufwiegen könne; daß aber immerhin, wenn Oesterreich Konzessionen mache, diese nicht unbedingt von der Hand gewiesen werden könnten; in diesem Falle würde er Italien zeitig und loyal benachrichtigen, und in keinem Falle würden die Arrangements derart sein, daß Italien der österreichischen Armee allein gegenüberstehen werde.[1]

[1] Auch über die Gespräche Bismarcks mit Govone vom 2. Mai 1866 besitzen wir noch ein weiteres Referat des Letzteren, d. d. 7. Mai 1866 (La Marmora a. a. O. S. 205), worin es heißt: Ich fragte Herrn von Bismarck, ob es uns nicht begegnen könnte, daß infolge der österreichischen Vorschläge ein Arrangement zwischen Preußen und Oesterreich zu stande käme, und wir in diesem Falle Oesterreich gegenüber allein gelassen würden. Herr von Bismarck entgegnete, nunmehr könne kein österreichischer Vorschlag günstig genug sein, um in den Augen Preußens die Folgen aufzuwiegen, welche in der Zukunft für Preußen aus der Preisgebung Italiens hervorgehen könnten; dann führte er noch weitere Erwägungen von Interesse aus und schloß mit dem Versprechen, wenn Konzessionen gemacht würden, die nicht zurückgewiesen werden könnten, so würde er uns für diesen Fall zeitig benachrichtigen.

Nach einigen Reflexionen über diese Eröffnung bemerkt Govone weiter: Herr von Bismarck hat von der Haltung Frankreichs und seiner Politik günstig gesprochen, welche Haltung ihm aber die Freiheit gewähre, sich nach seinem Wohlwollen bezahlt zu machen. Herr von Bismarck wünscht die Intentionen und Wünsche des Kaisers kennen zu lernen; er hat dies Herrn von Barral nahegelegt und ihn beauftragt, er möge versuchen, durch Herrn Commendatore Nigra etwas Genaueres davon zu erfahren; dann erzählte er Herrn von Barral, seine Agenten hätten ihn unterrichtet, daß der Kaiser mit Oesterreich unterhandelte, und Oesterreich, wie er glaubt, diesem Venetien abtreten und ihn selbst verpflichten wollte, sich des linken Rheinufers zu bemächtigen. Aber dieser (Herr von Barral) rief aus: „Oesterreich würde sich Deutschland gegenüber gewiß nicht so kompromittiren, daß es Länder opferte, welche Bundesgebiet sind! Indes, fuhr er fort, kann man nicht begreifen, was der Kaiser will."

Berlin, den 3. Mai 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. Preußens Kriegsrüstungen.[1]

Bismarck sah abends den französischen Botschafter und machte ihm kein Geheimniß aus den im Ministerrath beschlossenen Kriegsrüstungen, indem er hinzusetzte, er sei nicht in der Lage, über die im einzelnen gefaßten Beschlüsse exakte Aufklärungen zu geben, da der König für den Augenblick die größte Diskretion anempfohlen habe. So viel wolle er aber doch mittheilen, daß fünf Armeekorps mobil gemacht worden seien, daß die betreffenden Ordres unmittelbar nach Schluß des Kronraths expedirt worden seien, und daß man je nach den Umständen die Maßregel auf die übrigen Armeekorps ausdehnen werde.

Berlin, den 4. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. Preußens Rüstungen.[2]

Bismarck theilte dem italienischen Gesandten Grafen Barral mit, der Befehl zur Mobilisirung von 150000 Mann sei vom Könige unterzeichnet und bereits expedirt worden. Die vollständige Mobilisirung werde durch das geheimnißvolle Benehmen Napoleons verzögert, dessen Absichten zu durchschauen bis jetzt unmöglich sei, und der ganz wohl mitten im Kampfe dazu kommen könne, das Rheinufer zu verlangen, und in diesem Augenblick auf die von Oesterreich lebhaft verfolgten Arrangementsvorschläge einzugehen, die bis jetzt noch nicht definitiv zurückgewiesen seien.

Bismarck glaubte, daß die ungeheuren Ausgaben, welche Oesterreich machen müsse, um sein Heer auf den Kriegsfuß zu setzen, es zum Angriffe auf Preußen zwingen würden, welches seinerseits entschlossen sei, nicht zuerst anzugreifen, es sei denn, daß Italien angegriffen würde, was allein Preußen bestimmen könnte, die Offensive zu ergreifen.

Preußische Truppenkörper würden an der sächsischen Grenze angehäuft, um im Falle einer österreichischen Aggression Sachsen sofort besetzen zu können.

Bismarck erwähnte auch geheime Versuche, welche ihm durch die diplomatischen Agenten signalisirt worden seien, und die den Zweck hätten, zwischen Italien und Oesterreich eine Vermittelung über die Abtretung Venetiens anzubahnen.

Endlich theilte er Barral mit, daß ein Kongreßvorschlag vorliege, der von England an Frankreich und Italien gemacht worden sei, und welcher einen Stillstand herbeiführen könnte.

Berlin, den 6. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die allgemeine Mobilmachung in Preußen.[3]

Bismarck theilte dem italienischen Diplomaten mit, die österreichische Antwort auf die Forderung einer allgemeinen Entwaffnung laute entschieden verneinend.

---

[1] Nach Benedettis Bericht vom 4. Mai 1866. Benedetti a. a. O. S. 118. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4539. S. 141.

[2] Nach Barrals Bericht, d. d. 4. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 189.

[3] Nach Barrals Bericht, d. d. 6. Mai 1866. La Marmora S. 198.

Von jetzt an könne man die preußische Armee als vollständig mobil betrachten. Zwei große Truppenkonzentrationen würden in Coblenz und Wetzlar stattfinden, um die Mittelstaaten zu überwachen. Zwei andere Armeekorps würden in Erfurt und Görlitz vereinigt, um bei den ersten feindseligen Zeichen Oesterreichs in Sachsen einzubrechen. Von Oesterreich setze man immer noch voraus, es müsse unfehlbar zuerst die Offensive ergreifen.... Trotz der Wucht der letzten Maßnahmen habe der König immer noch friedliche Ansichten und Preußen werde — von direkter Herausforderung abgesehen — nicht zuerst angreifen.

**Berlin, den 7. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral über die Verbindlichkeit des Offensiv- und Defensiv-Vertrags vom 8. April 1866.**[1]

In einer Besprechung über die Tragweite des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen und Italien theilte Bismarck dem Grafen Barral mit, daß nach dem Buchstaben des Vertrags Preußen nicht strikte verpflichtet sei, Oesterreich anzugreifen, wenn Oesterreich Italien angriffe. Aber dies wäre für Preußen eine moralische Verpflichtung, und der König, mit dem er davon gesprochen, habe ihm geantwortet, daß die Loyalität ihm dies zur Pflicht mache.

Barral hatte wohl Lust, Bismarck zu antworten, daß nach dem Wortlaute des Vertrags Italien nicht mehr gehalten wäre, Oesterreich anzugreifen, wenn Oesterreich Preußen angriffe; aber er zog vor, die Instruktionen seines Ministers für den Fall abzuwarten, wo die Regierung des Königs es im gemeinsamen Interesse fände, genauere Stipulationen zu fordern.

**Berlin, den 9. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. das Kongreßprojekt und den casus belli für Preußen.**[2]

Bismarck theilte dem italienischen Diplomaten mit, das preußische Kabinett würde den Kongreß, von welchem nun wirklich zwischen den Großmächten die Rede sei, nur auf der Basis eines vorläufigen Einvernehmens mit Italien und Frankreich acceptiren. Er glaube übrigens nicht an seine Möglichkeit.

Ueber die Gesamtheit der Lage eröffnete er Barral: Um die Meinung des Landes zu gewinnen und die zur Führung des Krieges nothwendigen Gelder zu erlangen, solle ein neues preußisches Parlament einberufen werden. Die völlige Mobilmachung der Armee werde in 15 Tagen vollendet sein, und dann würde der geringste militärische Zwischenfall in Sachsen oder vielmehr in Hannover, das sich für Oesterreich zu rüsten scheine, die Explosion zum Ausbruch bringen. „Man schreibt mir von Florenz, daß Oesterreich den Krieg mit Italien beginnen könne, und Sie können dann, verlassen Sie sich darauf, auf unsere unmittelbare Aktion zählen. Die heutige Abstimmung in Frankfurt ist ein Zeichen für uns, daß die Mittelstaaten gegen uns rüsten; aber wir sind vor ihnen fertig und fest entschlossen, aus dem Bunde auszutreten, der einzig gegen uns organisirt ist."

[1] Nach Barrals Bericht, d. d. 7. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 199.

[2] Nach Barrals Bericht, d. d. 9. Mai 1866. La Marmora S. 212 u. 213 (Berichtigung).

**Berlin**, den 13. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Haltung Hannovers.[1]

Bismarck eröffnete Barral, daß die feindliche Haltung Hannovers Preußen wahrscheinlich nöthigen würde, die ersten militärischen Operationen gegen das Königreich Hannover zu richten.

**Berlin**, den 14. Mai 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. politische Nachrichten aus Paris. Die Mission des Majors v. Burg an Napoleon.[2]

Der französische Botschafter traf Bismarck in erregter Stimmung; derselbe klagte dem Ersteren, Graf v. d. Goltz habe ihm über die schwebenden Fragen beunruhigende Berichte erstattet. Auf der einen Seite signalisire derselbe neue Bemühungen in Paris, um Oesterreich zu bewegen, sich mit dem Florentiner Kabinett in betreff Venetiens gütlich zu einigen; auf der anderen Seite gelange er selbst so zu sagen stündlich zu neuen Meinungen über die Ansichten des Kaisers Napoleon, so daß weder er (Bismarck) noch der König wüßten, was sie von dem Werthe oder der Genauigkeit dieser Berichterstattung denken sollten. So habe der König, auf Veranlassung von Goltz, an den Kaiser Napoleon einen Brief gerichtet; derselbe sei einem Major von Burg anvertraut, und sei derselbe beauftragt worden, den Kaiser behufs Ueberreichung des Schreibens um eine besondere Audienz zu bitten. Bei der Ankunft des Herrn von Burg in Paris habe eben Goltz gefunden, daß der bewußte Brief des Königs nicht in dem von ihm gewünschten Sinne abgefaßt sei, und er habe telegraphisch nach Berlin mitgetheilt, daß die augenblickliche Situation einen derartigen Schritt nicht mehr gestatte.

Während Bismarck sich mit dem Grafen Benedetti über den fraglichen Vorgang unterhielt, blätterte er unter den telegraphischen Depeschen der letzten Tage, in welchen noch nichts davon stand, ob Herr von Burg eine Audienz beim Kaiser erlangt und Gelegenheit gefunden habe, den Brief des Königs Napoleon zu behändigen.

Benedetti hörte Bismarck mit gespannter Aufmerksamkeit zu, ohne etwas darauf zu erwidern und ohne sich den Anschein zu geben, als wünsche er noch vertraulichere Mittheilungen zu erlangen, als die Bismarck ihm aus freien Stücken gemacht hatte. Benedetti hatte übrigens noch so viel von Bismarck erfahren, daß Graf v. d. Goltz in betreff des venetianischen Vermittelungsvorschlages nur unbestimmte Andeutungen zu geben vermochte. Bismarck sagte, was ihn stutzig mache, sei der Umstand, daß das Gerücht einerseits durch eine Mittheilung des Grafen von Usedom unterstützt werde, andererseits durch die Gerüchte über die neuesten militärischen Vorkehrungen Oesterreichs. Nach den Berichten seiner dort herumreisenden Agenten hätten alle nach dem Süden entsandten Truppen den Befehl erhalten, sich nach dem Norden zu wenden;

---

[1] Nach Barrals Bericht, d. d. 13. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 217.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 15. Mai 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4545. S. 149. Benedetti S. 155 ff.

ja man schreibe ihm, daß die Oesterreicher nur so viele Truppen in Venetien ließen, als zur Besatzung und Vertheidigung des Festungsviereckes nothwendig seien, und daß die ganze österreichische Armee demnächst in Böhmen und Mähren konzentrirt werden solle. Gleichzeitig gab Bismarck Benedetti zu verstehen, daß, wenn Preußen von Italien verrathen würde, ersteres sich noch nicht alle Wege versperrt habe; mittelst eines Ministerwechsels könne es die Sache schon wieder in Ordnung bringen. Benedetti folgte Bismarck nicht auf dieses Terrain und Letzterer beharrte gleichfalls nicht darauf.

**Berlin**, den 15. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. das Kongreßprojekt.[1]

Im Augenblicke, wo Bismarck den italienischen Gesandten davon in Kenntniß setzte, daß die Gesandten von Rußland und England bei Drouyn de l'Huys heute zusammengetreten sein müßten, um über die Opportunität und die Grundlagen eines Kongresses zu berathen, empfing derselbe von Wien ein Telegramm mit der Meldung, daß Oesterreich den Kongreß auf der Basis der Abtretung Venedigs, des allgemeinen Stimmrechtes in den Herzogthümern und der von Preußen vorgeschlagenen Bundesreform ablehne.

Bismarck glaubte fortdauernd nicht an die Möglichkeit eines vorläufigen Einvernehmens, ohne welches der Zusammentritt eines Kongresses undenkbar sei.

**Berlin**, den 18. Mai 1866. Unterredung mit dem Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Sendung des Majors von Burg; die Kongreßidee; die Abtretung Venetiens gegen Entschädigungen an Deutschland.[2]

Bismarck theilte dem französischen Botschafter mit, der Major von Burg sei nach Berlin zurückgekehrt, ohne von Napoleon empfangen worden zu sein und ohne dem Kaiser den Brief des Königs übermittelt zu haben.

Bei dieser Mittheilung Bismarcks glaubte Benedetti auf seiten des Letzteren eine gewisse Unruhe zu beobachten, die derselbe dieses Mal zu ergründen suchte. Darauf theilte Bismarck demselben mit, Goltz habe in Paris sowohl dem Kaiser als auch dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Wunsch des preußischen Kabinetts zu erkennen gegeben, mit Frankreich und Italien vor der Einberufung des Kongresses eine vorläufige Verständigung herbeizuführen. Es sei ihm aber nicht möglich gewesen, den Kaiser zu einer günstigen Aufnahme dieses Vorschlages zu bewegen. Goltz habe vielmehr Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, daß der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit England und Rußland in dem Sinne Verhandlungen angeknüpft habe, um ein zur Versöhnung führendes Programm zu stande zu bringen, und daß der gedachte Minister Oesterreich von

---

[1] Nach Barrals Bericht vom 15. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 220.

[2] Nach Benedettis Berichten vom 19. Mai 1866. Benedetti S. 151 u. 158 f. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4546. S. 151.

diesem Schritte in Kenntniß gesetzt habe. Woher Bismarck diese Nachrichten hatte, sagte er nicht, er fügte indessen hinzu, daß Oesterreich bereit sei, Venetien gegen eine angemessene Entschädigung in Deutschland abzutreten; der Berichterstattung des Grafen Bernstorff in London zufolge nehme Lord Clarendon an, Oesterreich denke sich diese Entschädigung in Schlesien. Davon, wie Preußen entschädigt werden solle, sprach Bismarck nicht und er spielte auch auf die Herzogthümer mit keinem Worte an. Zum Schlusse bemerkte er, Rußland habe Preußen auf eine gleichsam offizielle Weise darüber auf den Zahn gefühlt, wie es den Vorschlag, die Mächte zu einem Kongresse zu vereinigen, aufnehmen möchte. Bismarck sprach über diese Dinge als authentische.

Außerdem bezog er sich in genereller Weise auf andere Nachrichten aus Paris, London und Florenz und gründete darauf die Ueberzeugung, daß Oesterreich, nachdem es Venedig abgetreten haben würde, einen Krieg gegen Preußen begönne, um Schlesien wieder zu erobern. Ferner gab er Benedetti zu verstehen, es würde Frankreich wohl nicht viel Mühe kosten, um die Italiener zu bestimmen, ihren Verpflichtungen untreu zu werden; das Kabinett von Wien sei ferner ohne Zweifel der Neutralität Frankreichs für den Fall versichert, wenn der Krieg auf Oesterreich und Preußen beschränkt bliebe.

Im ganzen glaubte Benedetti nach dem Gespräche die Muthmaßung voraussetzen zu dürfen, daß die augenblicklichen Bemühungen, den Krieg zu verhindern, zum Ergebniß haben könnten, Oesterreich zu bestimmen, Venetien aufzugeben, ohne irgend eine andere Garantie als die, sich demnächst mit voller Macht auf Preußen werfen zu können.

Bei Gelegenheit einer kurz vorhergegangenen Unterredung hatte Bismarck zu Benedetti gesagt, Preußen könne sich, falls Italien ihm seinen Beistand versage, mit Oesterreich noch immer verständigen. Diesen Gedanken schien Bismarck jetzt aufgegeben zu haben.

Wenn der König auf meinen Rath hört, so werden wir uns schlagen. Unsere Armee ist eine Pracht; sie war noch niemals so stark und so gut organisirt wie heute, und noch nie so trefflich bewaffnet. Ich hoffe zuversichtlich auf einen Sieg oder wenigstens auf solche Vortheile, die uns einen ehrenvollen Frieden sichern müßten. Wir können, wenn es noth thut, die liberale Partei zur Regierung berufen, die deutsche Konstitution von 1849 proklamiren und die nationalen Gefühle von Hamburg ebensogut wie von München erwecken und benutzen."

Bei dieser Gelegenheit äußerte Bismarck sein Erstaunen über Benedettis Verschlossenheit (derselbe wurde von seinem Chef in den Gang der Politik fast gar nicht eingeweiht) und bemerkte, daß die Mehrzahl der französischen Gesandten in Deutschland die Diskretion nicht so weit treibe, als Benedetti; überall sei ihre Sprache eine Preußen feindliche. „Der Kontrast zwischen diesen und Ihnen ist zum mindesten auffallend, und wie soll ich nicht denken, man habe diesen den Auftrag gegeben, zu sprechen, während Sie gebeten sind, zu schweigen?"

Graf Benedetti antwortete Bismarck, er möge doch lieber auf das Geklatsche seiner Agenten nicht so viel Werth legen.

Berlin, den 19. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Kongreßidee.[1]

Bismarck theilte dem Grafen Barral mit, daß Preußen den von Frankreich, England und Rußland vorgeschlagenen Kongreß annehme, jedoch ohne Entwaffnung.

Oesterreich werde von seiner ersten Weigerung voraussichtlich zurückkommen. „Wenn dasselbe ebenfalls annimmt, so führt uns alles dies zu nichts. Wir werden nur Zeit haben, unsere Rüstungen zu beendigen, und von dem Kongreß weg gehen wir in den Krieg. Die Finanzlage Oesterreichs wird es zwingen, uns anzugreifen, und wenn es, wie seine Bewegungen anzudeuten scheinen, in Sachsen einrückt, so rücken wir ebenfalls ein und der Kampf beginnt.

Was die Vorgänge in Frankfurt anlangt, so darf man sich durch dieselben nicht beirren lassen. Es macht sich bei den Staaten zweiten Ranges eine gewisse Unschlüssigkeit geltend, und wir hoffen von einigen derselben Neutralitätserklärungen zu erhalten."

Berlin, den 21. Mai 1866. Unterredung mit dem General Govone, betr. den Stand der Rüstungen. Haltung Bayerns, Württembergs und Frankreichs. Entschädigungen desselben an die Donaufürstenthümer. Kriegerische Eventualitäten.[2]

Am 21. Mai abends empfing Bismarck den nach Berlin zurückgekehrten General Govone, derselbe gab dem Ministerpräsidenten von dem wahrhaft befriedigenden Stande der Rüstungen in Italien und der Vortrefflichkeit des öffentlichen Geistes Kenntniß. Govone fragte, bis zu welchem Punkte die preußischen Rüstungen gelangt und welche Vorkehrungen für die künftigen Ereignisse getroffen seien, da es La Marmora von Interesse sei, den wahrscheinlichen Zeitpunkt kennen zu lernen, in welchem die Feindseligkeiten von dieser Seite eröffnet werden könnten.

Bismarck antwortete, daß die preußischen Rüstungen auf dem Punkte des Abschlusses angelangt und binnen weniger Tage gänzlich vollendet seien; der Krieg könne dann losbrechen, sei es nun durch einen feindlichen Beschluß des Bundestages, sei es wegen Rüstungen, welche Hannover oder einer der Kleinstaaten, welche die preußische Monarchie in zwei Theile scheiden, in Angriff nehmen wollte. Dann könne Preußen zu den ersten Feindseligkeiten gezwungen werden; „jedoch, fügte er hinzu, da taucht jetzt der Vorschlag des Kongresses auf, welcher neue Hindernisse in den Weg legen wird." An einen Erfolg des Kongresses, zu welchem er die Einladung noch nicht erhalten habe, glaube er übrigens nicht.

[1] Nach Barrals Bericht, d. d. 19. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 225 u. 226.

[2] Nach Govones Bericht, d. d. 22. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 228 f.

Govone fragte, was Bismarck von der Haltung der Mittelstaaten und vor allem Bayerns in dem bevorstehenden Konflikte denke.

Bismarck entgegnete, Württemberg sei sehr kriegerisch und feindlich gesinnt, aber wegen Bayerns habe er gute Hoffnung und glaube, daß es wenigstens neutral bleibe. Uebrigens würden die Armeen dieser Staaten schwerlich den Muth haben, außerhalb ihrer Grenzen Feindseligkeiten zu unternehmen, die erste Schlacht gegen Oesterreich, wenn sie glücklich ausfiele, würde bewirken, daß ihnen die Waffen aus den Händen fielen.

„Ernstere Schwierigkeiten, unsere wirklichen Besorgnisse betreffen die Haltung Frankreichs. Es schweigt Preußen gegenüber, und indes sind alle seine Vertreter bei den Höfen zweiten Ranges in österreichischem Sinne thätig. Freilich sagt man, daß diese Agenten die Politik des Herrn Drouyn de l'Huys treiben und vielleicht selbst übertreiben, und daß die Politik des Kaisers eine andere sei; bei all dem ist es für uns nichts weniger als beruhigend, den Krieg zu beginnen unter der Drohung von 300000 Mann, welche uns in den Rücken fallen können, wenn wir recht im Gemenge sind."

Govone erwiderte: „Aber ich glaubte, Ew. Excellenz hätten mit dem Kaiser Absprechungen und Ausgleiche getroffen, und in diesem Falle kann man ihm blindlings vertrauen, denn er ist ein vollendeter Gentleman und täuschte niemals seine Freunde. Wir können hierfür Zeugniß geben."

Bismarck antwortete, indem er seine Worte überlegte: „Vor sechs Monaten, als ich mit dem Kaiser über die gegenwärtigen Ereignisse sprach, schien er mit einigen Ausgleichungen, welche Preußen gleichfalls konveniren, zufrieden; aber jetzt, wo wir am Vorabende der Lösung stehen, ist er jeglicher Erklärung unzugänglich."

Govone nahm dann das Wort, um zu bemerken: „Aber ganz Europa weiß, welches die Ansprüche Frankreichs sind, und vielleicht sind dies auch die Desiderien des Kaisers."

Bismarck erwiderte: „Es handelt sich schließlich für Preußen in dieser ganzen Angelegenheit darum, ein Uebergewicht in einem Theile Deutschlands zu erwerben und letzteres mit gegebenen Banden an sich zu fesseln. Kann Preußen, kann der König, um solche Vortheile zu erlangen, ausgedehnte Provinzen mit deutschem Blute an Frankreich abtreten?"

Darauf sprach Bismarck mit Govone über die Frage der Donaufürstenthümer wie von einem neuen Element, welches für Frankreich einen Gegenstand von Interesse bilden könnte; der Fürst von Hohenzollern sei sozusagen desertirt, um sich nach Bukarest zu begeben; die Fürstenthümer halten sich für stark genug, um einer türkischen Intervention Widerstand zu leisten; wenn der Fürst verjagt würde, brauche Preußen davon keine Kenntniß zu nehmen.

Von da an wandte sich die Unterhaltung auf die militärische Lage Preußens, Oesterreichs und Italiens. Govone sagte zu Bismarck, daß nach italienischer Berechnung Oesterreich gegen Preußen 200 bis 250000 Mann ins Feld führe, und

daß man nach den gemachten Erfahrungen annehmen dürfe, daß bei Eröffnung der Feindseligkeiten diese furchtbare Heeresmacht Mann an Mann in Schlachtordnung über die preußische Grenze marschiren würde; Govone fragte, ob damit auch die Berechnungen Preußens übereinstimmten.

Bismarck entgegnete, Preußen kalkulire, daß anfangs Juni 200000 Oesterreicher und nicht mehr schon konzentrirt und bereit stünden, und daß Preußen 280 bis 290000 Mann gegenüber zu stellen hätte.

„Aber — wendete Govone ein — ist es nicht wahr, daß diese Streitkräfte zerstreut sind? Wäre es nicht angemessen, auch die beiden Korps am Rhein in Linie zu ziehen? Wäre es nicht angemessen, gleicherweise die 60000 Mann, welche in Oberschlesien stehen, dem Gros der Armee näher zu bringen?"

Hierauf bemerkte Bismarck im Vertrauen, daß die zwei Korps am Rhein Ordre erhalten und ins Feld rücken würden. Dann schilderte er ausführlich die Stellung der preußischen Truppenmacht. „Zwei Armeekorps stehen bei Neiße in Oberschlesien, ein Korps konzentrirt sich bei Görlitz, drei Korps konzentriren sich an der Grenze von Sachsen, Dresden gegenüber, ein Korps Leipzig gegenüber. Man zählt sieben Armeekorps, welche sich bereits konzentriren mit einem effektiven Bestand von 31 bis 33000 Mann für jedes Korps. Diese imponirende Truppenmacht wird noch durch die zwei Armeekorps am Rhein verstärkt werden, wodurch die effektive Streitmacht auf 300 bis 310000 Mann gebracht wird, abgesehen von der Reserve der Landwehr, welche fast ganz einberufen ist, und von den Depots, welche noch einige weitere hunderttausend Mann bilden, die nicht in die Linie kommen."

Als Govone sich schließlich erlaubte, gegen das zu große Zerstreuen der Truppen Einwendungen zu machen, erörterte Bismarck auch diese Frage eingehend an der Hand der Karte; ein sehr kompetenter Offizier, welcher bestimmt sei, die Geschäfte des Chefs des Generalstabs zu führen, habe ihm (Bismarck) am Vorabende dieselben Bemerkungen gemacht, und da auch er (Bismarck) die Bedenken theile, so sei es ihm sehr erwünscht gewesen, mit Govone darüber zu sprechen.

Auf die Frage Govones, ob nicht der General Moltke der Chef des Generalstabes sei, erwiderte Bismarck, daß die Dispositionen, welche Govone kritisirt habe, von General Moltke getroffen worden seien, weshalb Govone gut thue, auch mit ihm zu sprechen.

Damit endete die Besprechung.

Im Laufe der Verhandlungen zwischen Bismarck und Govone machte der Letztere einmal sehr weite Exkursionen auf der Landkarte, und fuhr mit dem Finger nicht nur am Brenner herum, sondern auch bis Triest, welch' letzterer Spazierfahrt aber Bismarck ungeduldig durch die Worte: „Halt, halt, Herr General! Triest bleibt unter allen Umständen ein deutscher Hafen!" ein Ende machte. Nach Abschluß des Prager Friedens erzählte Bismarck selbst im vertrauten Kreise diese Episode seiner diplomatischen Affairen, und war noch immer indignirt über den unglaublichen Appetit Italiens.

**Berlin, den 21. Mai 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti betr. die Zurückhaltung Bismarcks. Die Kongreßidee. Die Vertheilung der Kommandos in der preußischen Armee.**[1]

Der französische Botschafter beobachtete bei Gelegenheit eines Gespräches mit Bismarck, daß dieser ihm nicht nur seine Besprechungen mit den italienischen Unterhändlern (Barral und Govone) verheimlichte, sondern daß sich der Ministerpräsident ihm gegenüber seit einigen Tagen einer bisher fremden außerordentlichen Zugeknöpftheit befleißigte.

Auf die Frage des Grafen Benedetti, ob der Ministerpräsident neue Nachrichten aus Paris erhalten habe, erwiderte derselbe: „Goltz hat mir telegraphisch den Inhalt einer Depesche übersandt, welche ihm Drouyn de l'Huys im Benehmen mit dem Lord Cowley und Herrn von Budberg mitgetheilt, übermittelt, jedoch so summarisch, daß ich mir davon keine genaue Rechenschaft zu geben im stande bin." Bei diesem Anlaß bemerkte er nicht ohne Verstimmung, daß Preußen unter allen Staaten derjenige sei, demgegenüber Frankreich mit seinem Vertrauen am meisten geize; er sei geneigt gewesen, dem Könige zu rathen, den Kongreßvorschlag nach einer vorgängigen Vereinbarung mit Frankreich anzunehmen, und jetzt scheine das letztere von dieser Eröffnung gar keine Notiz zu nehmen.

Beim Gespräch über andere Fragen, z. B. die nächsten Schritte Preußens in Frankfurt a. M., die Vertheilung der Kommandos in der preußischen Armee, zeigte sich Bismarck nicht minder verschlossen. Auf alle Fragen Benedettis antwortete er so, daß derselbe darauf nicht wohl wieder zurückkommen konnte.

Benedetti war dem kürzlich aus Italien zurückgekehrten General Govone in dem Augenblick begegnet, da derselbe das Arbeitszimmer Bismarcks verließ. Von Benedetti über den neuen Zweck seiner Reise befragt, gab der italienische Unterhändler eine ausweichende Antwort; auch Bismarck gab demnächst dem französischen Gesandten keinen befriedigenden Aufschluß, woraus der Letztere schloß, daß hier ein Geheimniß vorliege, das zu wahren man bestrebt sei.

**Berlin, den 25. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Aussichtslosigkeit des Kongresses.**[2]

Am Abend des 25. Mai sagte Bismarck zu dem italienischen Gesandten, daß der Kongreß, zu dessen Zusammentritt die Einladungen von einem Augenblick zum andern erwartet würden, nur ein eitles Trugbild sei, und daß er keine menschliche Macht sehe, welche im stande wäre, den Krieg zu verhindern.

**Berlin, Ende Mai 1866. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, betr. die Kriegsaussicht.**[3]

Nach der Lancirung des Kongreßgedankens sagte Bismarck zu dem Grafen Karolyi, wenn auf dem Kongreß ein Ausgleich nicht zu stande komme, müsse Preußen

[1] Nach Benedettis Berichten, d. d. 22. Mai 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4540 u. 4547. S. 142 u. 153. Benedetti S. 121 u. 162.

[2] Nach Barrals Depesche vom 26. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 241.

[3] v. Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 146.

angreifen, denn der jetzige Zustand sei auf die Dauer unerträglich; doch wurden in Preußen sofort nach der Annahme der Einladung zum Kongreß, am 28. Mai, sämtliche Marschordres sowie die Auszahlung der Kriegszulagen sistirt.

**Berlin**, den 28. Mai 1866. Unterredung mit mehreren Botschaftern, betr. das Konferenzprojekt.[1]

Bismarck empfing die Botschafter wegen des Konferenzprojektes; er theilte ihnen u. a. mit, er werde sich der persönlichen Theilnahme an der Konferenz enthalten oder doch nur auf kurze Zeit erscheinen.

**Berlin**, den 29. Mai 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. das Konferenzprojekt.[2]

Bismarck theilte dem italienischen Gesandten mit, wenn die Mächte das offizielle Verlangen stellten, so würden Mensdorff und er (Bismarck) zum Kongresse gehen. Nur werde er den Wunsch ausdrücken, daß die Konferenz nicht von langer Dauer sei und daß, um sie zu beginnen, man nicht auf den Bevollmächtigten des Deutschen Bundes warte, dessen Ankunft ganz gewiß eine Verzögerung erleiden werde.

**Berlin**, den 31. Mai 1866. Unterredung mit den Botschaftern von Frankreich, England und Rußland, betr. das Konferenzprojekt.[3]

Abends fand zwischen Bismarck und den Vertretern von Frankreich, Rußland und England eine Besprechung statt in betreff des von dem Kaiser Napoleon, England und Rußland ausgegangenen Vorschlages, auf einer in Paris zusammenzutretenden Konferenz die drohenden Streitpunkte zwischen Deutschland und Oesterreich aus der Welt zu schaffen.

Als die Herren von Oubril und Lord A. Loftus sich empfahlen, hielt Bismarck den französischen Botschafter unter dem Vorwande zurück, mit demselben die Redaktion der von ihm für den Kongreß auszustellenden Vollmachten zu berathen.

Benedetti bemühte sich zu beweisen, der versöhnliche Schritt, den Frankreich im Benehmen mit Rußland und England gemacht habe, und die wohlwollende Aufnahme, die derselbe gefunden, verpflichte moralisch alle Staaten; deshalb müsse jeder derselben sorgfältig jeden Schritt vermeiden, welcher den Zusammentritt der Konferenz nur irgendwie gefährden könnte.

Bismarck machte gegen dieses Räsonnement keinen Einwand; er beschränkte sich darauf, dem Grafen wiederholt und mit noch größerer Ausführlichkeit die Er-

---

[1] Nach Benedettis Bericht vom 29. Mai 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4541. S. 143. Benedetti S. 123.

[2] Nach Barrals Bericht vom 29. Mai 1866. La Marmora a. a. O. S. 244.

[3] Nach Benedettis Bericht, d. d. 1. Juni 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4542. S. 146. Benedetti S. 129.

wägungen vorzustellen, die es ihm wünschenswerth erscheinen ließen, seine Aktionsfreiheit wieder zu gewinnen. Bismarck bemerkte, die Generale seien sehr ungeduldig über die durch die Diplomatie verursachte Hinhaltung, von der Ueberzeugung ausgehend, daß sie in diesem Momente die Oesterreicher schlügen; dagegen würde die preußische Armee numerisch im Nachtheil und infolgedessen Rückschlägen ausgesetzt sein an dem Tage, an dem sie gleichzeitig mit den Oesterreichern und seinen deutschen Verbündeten zu kämpfen habe, welche im stande seien, in kurzer Zeit 200 000 Mann ins Feld zu führen. Dieselben Generale erklärten ihm (Bismarck) und dem König, daß jede Verzögerung des Feldzuges die preußische Monarchie der Gnade und Ungnade der Gegner preisgebe, und sie wollten für die daraus sich entwickelnden Unglücksfälle keine Verantwortlichkeit auf sich nehmen.[1]

Berlin, den 2. Juni 1866. Unterredung mit dem italienischen General Govone, betr. den Kongreßvorschlag. Territoriale Entschädigung Frankreichs. Kein Ausgleich mit Oesterreich, Wunsch des Beginns der Feindseligkeiten durch Italien.[2]

Da Govone den Grafen Bismarck um eine Abschiedsaudienz vor seiner Rückkehr nach Italien gebeten hatte, empfing ihn der Ministerpräsident am 2. Juni, abends 9 Uhr, im Garten des Ministeriums und dehnte die Unterhaltung bis 10 Uhr aus. Govone meldete Bismarck die bevorstehende Ankunft des Obersten Avet, eines der angesehensten Offiziere der italienischen Armee, dem der König die Aufgabe zugedacht hatte, im Kriegsfalle dem preußischen Heere zu folgen. Govone fügte hinzu, daß er bei der täglich steigenden Verwickelung der Dinge darauf hätte verzichten müssen, zu warten, bis er selbst jenen höheren Offizier vorstellen konnte.

Govone fragte Bismarck, ob er die Redaktion der österreichischen Antwort auf den Kongreßvorschlag genau kenne, ob die preußische Regierung auf diese Antwort irgend eine neue Entschließung hinsichtlich ihrer Betheiligung an der Konferenz getroffen habe und ob er, Bismarck, darauf verzichte, nach Paris zu gehen?

Bismarck entgegnete: „Ich glaube, die österreichische Antwort genau zu kennen; dieselbe schließt jede Verhandlung aus, welche auf eine Aenderung des Machtstandes der Theilnehmer hinausliefe; wenn man nun nicht über die Abtretung

[1] Kohl erwähnt in den Bismarck-Regesten unterm 1. Juni 1866: „Die Vertreter der neutralen Mächte bei Graf B.; Mittheilung der preußischen Antwort auf die Konferenzeinladung. (Barrals Depesche vom 1. Juni 1866. La Marmora S. 279.)“ Nun berichtet Barral unterm 1. Juni: „Bismarck hat den Repräsentanten der neutralen Mächte die preußische Antwort vorgelesen, indem er dabei namentlich hervorhob, daß der Konflikt keineswegs der Frage der Herzogthümer zugeschrieben werden dürfe, sondern den Rüstungen Oesterreichs. Nach dieser Mittheilung war der französische Gesandte mit Bismarck allein geblieben, und dieser sagte ihm in erregten Ausdrücken, daß die Lage unerträglich geworden sei, und daß es um jeden Preis ein Ende nehmen müsse.“ Offenbar handelt es sich hier um die oben erwähnte Konferenz Bismarcks mit den Botschaftern von England, Frankreich und Rußland vom 31. Mai 1866.

[2] Nach Govones Bericht, d. d. 3. Juni 1866. Staatsarchiv Bd. XXVI. Nr. 5091. S. 59. La Marmora a. a. O. S. 260 f. Sybel Bd. IV. S. 431.

Venetiens und nicht über die Abtretung der Elbherzogthümer unterhandeln kann, so bleibt die Konferenz nutzlos. Wir hoffen übrigens bis morgen offiziell den österreichischen Text zu kennen, um uns zu entscheiden. Hoffentlich wird Frankreich angesichts dieser Antwort, angesichts der Zwangsanleihe in Venedig und der letzten Aktion Oesterreichs, welche die Frage der Herzogthümer an den Bundestag verschleppt und den Gasteiner Vertrag verletzt, den festen Vorsatz Oesterreichs erkennen, sich gegen jeden Ausgleich zu stemmen und nicht weitere, für uns nutzlose und schädliche Unterhandlungen fortzuführen suchen. Dieses Auftreten Frankreichs würde für uns ein Beweis seiner Loyalität gegen uns sein; wenn es dagegen anders handelte, würde es uns in betreff seiner Absichten argwöhnisch machen.

Der König habe die Hoffnung auf Frieden noch nicht fahren lassen; er habe in der letzten Zeit mit Oesterreich geheime Verhandlungen wegen eines Ausgleichs gepflogen, und zwar ohne sein (Bismarcks) Wissen; sie mußten natürlich scheitern, und so werde der König am besten überzeugt sein, daß es nicht möglich sei, mit Oesterreich sich auf eine passende Art zu verständigen. „Auch ganz unabhängig von meiner Person befindet sich augenblicklich noch der ... in Dresden, um den Frieden zu verhandeln. Kaum tauchte der Vorschlag der Pariser Konferenz auf, als der König den Ausmarsch der Garde von Berlin suspendiren wollte, um einen Beweis seiner aufrichtigen friedlichen Bestrebungen zu geben. Heute hatten ich und viele Generale zu kämpfen, bis wir den König bestimmen konnten, die Garde ausrücken zu lassen ... und die Garde rückt morgen aus."

„Und die rheinischen Korps?" — fragte Govone.

„Die stehen seit drei Tagen an der sächsischen Grenze" — war die Antwort Bismarcks.

Berlin, den 3. Juni 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. Kompensationen Frankreichs bei einer Vergrößerung Preußens und das Konferenzprojekt.[1]

Bismarck drückte dem französischen Botschafter gegenüber seine Beunruhigung über die Absichten Frankreichs aus und bemerkte, er würde Werth darauf gelegt haben, bei Gelegenheit des in Aussicht genommenen Kongresses den französischen Minister des Auswärtigen vor der Eröffnung des Krieges auszuforschen, insbesondere für den Fall, daß Preußen, wie er (Bismarck) zuversichtlich erwarte, große militärische Erfolge davon trage. Der König weigere sich nach wie vor, ein Stück von dem gegenwärtigen Territorium Preußens abzutreten. Nach der Ansicht des Königs könnten die Kompensationen, die er Frankreich anbieten könne, nur gefunden werden, wo man an seiner Grenze französisch spreche.[2]

---

[1] Nach Benedettis Bericht vom 4. Juni 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4548. S. 154. Benedetti: Ma mission. S. 131 u. 163.

[2] Nach Benedetti sagte Bismarck als Ansicht des Königs: „les compensations devraient êtres prises partout où on parle français sur sa frontière."

„Wenn Frankreich — so fuhr Bismarck fort — Cöln, Bonn, ja selbst Mainz zurück verlangte, dann trete ich lieber von der politischen Schaubühne zurück, ehe ich dazu meine Einwilligung gebe.“ [1]

[1] In Bezug auf die angebliche Bereitwilligkeit Bismarcks zur Abtretung preußischen Gebiets (La Marmorasche Enthüllungen) bemerkte Bismarck in der Sitzung des Reichstags vom 16. Januar 1874 dem Abg. v. Mallinckrodt gegenüber: „Ich habe gehört, daß in der heutigen Sitzung von dem Abg. v. Mallinckrodt behauptet worden ist, ich hätte bei früheren Verhandlungen dem italienischen General Govone die Abtretung eines preußischen Bezirkes — ich weiß nicht genau wo, an der Mosel oder an der Saar — in Aussicht gestellt. Ich bin genöthigt, dies mit den stärksten Ausdrücken für eine dreiste, lügenhafte Erfindung zu erklären, die natürlich der Herr Abgeordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht ist. Aber der Herr Abgeordnete sollte doch vorsichtiger sein im Wiedererzählen solcher Behauptungen, die diese scharfe Kritik verdienen. Die Sache ist in lügenhafter, gehässiger Absicht erfunden worden; es ist auch nicht eine Silbe davon wahr. Ich habe niemals irgend Jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt. Alles, was darüber cirkulirt und behauptet wird, erkläre ich in seinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin sagte: für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden worden ist.“

Ueber die Verleumdungen La Marmoras und deren Benutzung seitens des Abg. von Mallinckrodt sagte Fürst Bismarck noch weiter: „Der Herr Vorredner hat eine eigenthümlich in der Politik der ganzen Partei begründete Art, sich aus der Affaire zu ziehen, so wie er sieht, daß die Schußlinie unangenehm wird, und den Vorwurf zu „indossiren“ an einen Anderen (La Marmora), der übrigens weder Ministerpräsident noch General mehr ist, sondern einfacher Privatmann, der in unerlaubter Weise Aktenstücke veröffentlicht hat, die in seinem früheren amtlichen Verhältniß zu seiner Kenntniß gekommen sind — ein Verfahren, gegen das, wie mir von italienischer Seite auf meine vertraulichen Erkundigungen mitgetheilt ist, ein Strafgesetz in Italien nicht gültig ist. Zugleich aber — und das zeigt doch auch das Maß von Ansehen, das in Italien diesen Veröffentlichungen zu theil wird, ist mir gesagt worden, daß man infolge dieses Vorgangs das Bedürfniß anerkannt hätte, ein solches Strafgesetz in Italien herzustellen. Daß der Herr Vorredner lieber das Zeugniß eines Feindes als das der Thatsachen herbeizieht, wundert mich nicht; ein solcher aber ist der General La Marmora nach seinem ganzen Verhalten und nach seiner ganzen Politik, und ich könnte über seine Politik viel mehr und viel unangenehmere Bücher schreiben, als er über die meinige, wenn ich nicht eine Abneigung hätte, andere Potenzen und Mächte in solche Erörterungen hineinzuziehen. Insofern steht aber der Herr Vorredner viel freier da; er braucht auf die Interessen und Ehre des eigenen Landes und auf dessen Beziehungen zu fremden Mächten so viel weniger Rücksicht zu nehmen, als ich dazu gezwungen bin.

Der Herr Vorredner sagte, er hätte seinerseits an die Echtheit geglaubt. Ja, meine Herren, wenn ich alles öffentlich sagen wollte, was ich glaube über manche Leute, so könnten wir leicht in eine üble Lage kommen. Ich halte mich dazu jedoch nicht für berechtigt, namentlich in öffentlicher Versammlung und in amtlicher Stellung, ehe ich nicht die Wahrheit dessen, was ich vorbringe, etwas mehr geprüft habe. Der Herr Vorredner begründet eine Art von Recht, an die Sache zu glauben, darauf, daß Monate lang diese, wie gesagt, von einem Privatmann veröffentlichte Sammlung zu Unrecht entwendeter Aktenstücke — ohne Widerlegung blieben. Ja, meine Herren, wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einlassen wollte, was gegen mich gedruckt wird, auch nur vielleicht im Sinne der hier vertretenen Mittelpartei gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Preßbureau und kein Welfenfonds; da müßte ein besonderes Ministerium dazu eingerichtet werden, um das bloß lesen zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen, unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politik stets mit

Bei derselben Gelegenheit theilte Bismarck dem französischen Botschafter mit, er erfahre aus Wien und Petersburg, daß das österreichische Kabinett sich zwar bereit erklärt habe, die Pariser Konferenz zu beschicken, jedoch mit dem doppelten Vorbehalte, daß daselbst keine Territorialfrage verhandelt, und daß jede der dort vertretenen Mächte auf eine Vergrößerung von vornherein verzichten würde. „Man will den Krieg in Wien — sagte Bismarck zu Benedetti — und diese Vorbehalte sind nur erdacht worden, um den süddeutschen Staaten die Vollendung ihrer militärischen Rüstungen zu ermöglichen."

---

entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu theil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, von dem Belt bis zur Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen, der Oder und des Rheins umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und — ich behaupte stolz! — die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin.

Wenn nun der Herr Vorredner mir noch vorgeworfen hat, daß ich gestern bei einer solchen Tagesordnung nicht anwesend war: ja, ich habe nicht die Aufgabe, in das Einzelne dieses Gesetzes (über die Civilehe) einzugehen, denn die Vertretung der Staatsregierung ist ja in guten Händen; aber der Herr Vorredner kann sicher sein, wenn auf der Tagesordnung nicht die Civilehe gestanden hätte, sondern: ‚Verbreitung falscher Thatsachen gegen den Ministerpräsidenten', so würde ich gewiß erschienen sein. — — —

Mir kommt es so vor, daß der Herr Vorredner doch noch bestimmter mich beschuldigt hat, als selbst das Buch des Generals La Marmora. Aber, meine Herren, wenn Jemand in der Politik offen vor ganz Europa auf der Bühne hat wirken können, wie ich, dann hat er doch wohl das Recht, sich auf Thatsachen zu berufen, und dagegen alle apokryphen Winkelskribenten, mögen sie Titel haben, wie sie wollen, als Zeugen zurückzuweisen. Ist denn irgend etwas abgetreten? Existirt denn irgendwo eine Verhandlung darüber? Hätten wir nicht, wenn wir etwas hätten abtreten wollen, mit großer Leichtigkeit, mit sehr wenig, mit wenig Dörfern, nur daß der Schandfleck an unserer Politik gehaftet hätte, alles erreichen können? Das wäre ja dem Kaiser Napoleon genug gewesen. Hätte ich nicht die gewaltigsten Resultate auf dem Gebiete bei Frankreich leicht erreicht, wenn ich danach gestrebt hätte? Sollte ich etwa bei Frankreich einen Korb bekommen haben? Wäre es nicht das Leichteste von der Welt gewesen, zum Abschluß mit Napoleon zu kommen, wenn ich hätte so verfahren wollen, wie der Herr Vorredner noch immer doch zu glauben beinahe vorgiebt. Jedenfalls wünscht er, daß Andere es glauben.

Meine Herren, ich finde, man hat gar nicht das Recht, mich auf diese Weise zu nöthigen, durch einen Mißbrauch der Tribüne zur Verleumdung der eigenen Regierung den Leiter der Regierung zu nöthigen, sich hier gegen solche Vorwürfe zu verantworten, und Ihre und meine Zeit damit zu tödten, für deren Bezeichnung mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt; aber die Presse wird ihn wohl finden."

22. Januar. Notiz des „Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeigers": „Nachdem die durch General La Marmora veröffentlichten angeblichen Depeschen des Generals Govone infolge neuerer Besprechung derselben von eingeweihten Personen einer näheren Prüfung unterzogen worden, hat sich Letzteren die Ueberzeugung aufdringen müssen, daß die fraglichen Depeschen gefälscht, wo nicht gar erfunden sind, da sie sich mit den hier gepflogenen Verhandlungen nicht decken, weder dem Gegenstande noch der Reihenfolge nach. Die bei der italienischen Regierung angestellten vorläufigen Anfragen haben ergeben, daß die von General La Marmora angeführten angeblichen Depeschen im italienischen Archiv gar nicht vorhanden sind und über die Existenz, den Inhalt und den Verbleib etwaiger Berichte der Art dort Nichts bekannt ist."

**Berlin**, den 4. Juni 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. das Scheitern des Kongreßprojektes.[1]

Der französische Botschafter befand sich bei Bismarck in dem Augenblick, als man diesem eine Depesche des Botschafters Grafen v. d. Goltz des Inhaltes brachte, daß nach der neuesten Erklärung Oesterreichs das Pariser Konferenzprojekt gescheitert sei. Nach Durchlesung der Depesche rief Bismarck freudig aus: „Es lebe der König!"

**Berlin**, den 5. Juni 1866. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten, betr. Oesterreichs Aufrechthaltung des Gasteiner Vertrags.[2]

Der österreichische Gesandte erklärte Bismarck, daß Oesterreich durch seine Vorlage in Frankfurt den Vertrag von Gastein nicht verletzt zu haben glaube.

Bismarck wich jedweder Auseinandersetzung aus, und hielt seine früheren Erklärungen aufrecht.

**Berlin**, den 6. Juni 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Ziele des Bismarckschen Reformprojektes in Deutschland.[3]

Der französische Botschafter traf Bismarck bei Gelegenheit eines Besuches damit beschäftigt, das im Jahre 1849 für die Wahlen zu einem deutschen Parlament ausgearbeitete Reglement zu studiren. Bismarck erklärte sich bereit, darüber einen Augenblick mit Benedetti sich auszusprechen.

Letzterer machte geltend, er sehe Bismarck die Bundesreform mit einem so bedenklichen Mittel, wie es eine für ganz Deutschland gewählte Volksvertretung sei, nicht ohne Besorgniß verfolgen. Jedwede Verbesserung der deutschen Bundesverfassung finde seinen Beifall; man müsse aber stets im Auge behalten, daß die verbündeten deutschen Staaten, einmal im Zuge, leicht zu Entschlüssen sich hinreißen lassen könnten, bei denen auch Europa mitzusprechen habe. Man könne dies um so mehr erwarten, wenn die Aufgabe, alles zu regeln, einem Parlamente anvertraut sei; das preußische Kabinett habe allen Grund, diesen Punkt ebenso zu erwägen als Frankreich, und zwar vom Standpunkte der gegenseitigen Beziehungen beider Länder zu einander. „Denn — so fügte Benedetti bei — Sie zweifeln doch daran nicht, daß wir unmöglich Veränderungen annehmen können, die unsere Lage grundsätzlich verändern und unsere Sicherheit gefährden würden?"

Bismarck setzte darauf dem französischen Botschafter auseinander, er verfolge keinen Plan, der Frankreich irgendwie beunruhigen könne, und er theilte demselben gleichzeitig die Grundzüge seines Planes mit, der auf drei Hauptpunkte beruhe. Einmal und in der Hauptsache auf der Ausschließung Oesterreichs aus dem deutschen

---

[1] Nach Benedettis Bericht vom 4. Juni 1866. Benedetti S. 132. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Nach Barrals Depesche vom 6. Juni 1866. La Marmora a. a. O. S. 277 u. 279.

[3] Nach Benedettis Bericht, d. d. 8. Juni 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4544. S. 147. Benedetti S. 134.

Bunde; als europäische Macht aus den verschiedensten Völkerschaften zusammengesetzt, könne Oesterreich unmöglich Theilnehmer sein der Vereinigung der deutschen Staaten, ohne dieselbe beständigen Konflikten mit den anderen europäischen Staaten auszusetzen, und ohne seiner eigenen nationalen volkswirthschaftlichen Entwickelung Fesseln anzulegen. Der orientalische und der italienische Krieg und die Geschichte des Zollvereins genügten, um die Richtigkeit dieses Satzes zu beweisen.

Fürs zweite könne nach den gemachten Erfahrungen ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß sowohl die Fragen der Verwaltung als auch der Wirthschaftspolitik besser berathen werden könnten in einer gesetzgeberischen Versammlung als in einer Versammlung von Delegirten der verschiedenen Souveräne. Daraus ergebe sich die Nothwendigkeit, ein Parlament einzusetzen, dessen Beschlüsse für alle Verbündeten maßgebend sein würden. Da aber dieses Parlament mit politischen Rechten nicht ausgestattet werden könne, ohne daß die Rechte der einzelnen Landesfürsten eine Schmälerung erführen, so müßten die Aufgaben dieser Versammlung und deren Zuständigkeit von vornherein in dem Sinne begrenzt werden, daß sie sich nur mit Fragen wirthschaftlicher Natur zu befassen habe.

Der dritte Punkt der Bundesreform beziehe sich auf die Bundesarmee; die militärischen Kräfte der Bundesstaaten müßten sowohl in Friedens- als in Kriegszeiten in zwei Armeen getheilt werden, wovon die eine unter dem Oberbefehl Preußens, die andere unter jenem Bayerns zu stehen komme. Territoriale Veränderungen in Deutschland vorzunehmen, liege nicht in seiner (Bismarcks) Absicht. Um den Verbündeten in dieser Beziehung keine Zweifel zu lassen und um dieselben für die Intentionen des Königs zu gewinnen, habe er die Absicht, sein Reformprojekt der Oeffentlichkeit zu übergeben,[1] und mit Rücksicht auf dieses Vorhaben habe er sich mit den Bestimmungen des Wahlgesetzes vertraut gemacht.

Benedetti nahm diese Eröffnungen hin, ohne mit Bismarck die Frage zu erörtern, ob dieses Projekt einer Bundesreform geeignet sei, das europäische Gleichgewicht zu stören und Erinnerungen oder gar einen enschiedenen Widerspruch seitens der europäischen Mächte hervorzurufen.

**Berlin, den 12. Juni 1866.** Unterredung mit dem italienischen Gesandten Barral, betr. die Beschlüsse des Bundestags und den Beginn der Feindseligkeiten.[2]

Bismarck sagte zu Barral, er zweifle nicht, daß in der übermorgigen Sitzung zu Frankfurt am Main die Majorität des Bundestags sich für die Mobilmachung der Bundesarmee aussprechen werde, und daß, weil diese Mobilmachung nur gegen Preußen gerichtet sein könne, die preußische Regierung die Absicht habe, zu protestiren und zu gleicher Zeit eine Aufforderung zum Demobilisiren zu erlassen.

---

[1] Das geschah bereits kurze Zeit später (13. Juni 1866) durch den preußischen Staatsanzeiger.

[2] Nach Barrals Bericht, d. d. 12. Juni 1866. La Marmora a. a. O. S. 289.

Der Bundestag werde voraussichtlich mit einer förmlichen Weigerung antworten, und dann könnten die Feindseligkeiten ganz gut nächsten Montag beginnen, sei es nun, daß Oesterreich sich infolge der Abstimmung des Bundestags stark genug halte und keinen Anstand mehr nehme, zuerst anzugreifen, oder daß Preußen es in seinem Interesse erachte, die Initiative zu ergreifen.

In Sachsen vielleicht, und gleichzeitig in Hannover würden die ersten Operationen Preußens beginnen.

**Berlin**, den 12. Juni 1866. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, betr. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Preußen.[1]

Am 12. Juni brach Oesterreich seine diplomatischen Beziehungen mit Preußen ab. Das war der Kriegszustand.

Indem er seine Pässe verlangte, sagte der Graf Karolyi am 12. Juni zu Bismarck: „Herr Graf, die gewaltsame und vertragswidrige Occupation Holsteins durch die preußischen Truppen nöthigt den Kaiser von Oesterreich, seine diplomatischen Beziehungen mit Preußen abzubrechen."

**Berlin**, (ca. 15.) Juni 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. eine an den Minister Drouyn de l'Huys ergangene Kundgebung Napoleons.[2]

Bismarck besprach mit dem französischen Botschafter den um diese Zeit von dem Kaiser Napoleon an Drouyn de l'Huys gerichteten, im „Moniteur" abgedruckten Brief[3] und erkannte an, daß die darin ausgedrückten Ansichten vollständig im Ein-

---

[1] Nach **Vilbort**: Das Werk des Herrn von Bismarck. Bd. I. S. 220. In **Kohls** Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Nach Benedettis Bericht, d. d. 15. Juni 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4550. S. 157. **Benedetti** S. 175.

[3] Derselbe lautet: „Im Augenblicke, wo die letzten Friedenshoffnungen zu schwinden scheinen, welche man noch auf die Konferenz setzte, ist es erforderlich, den diplomatischen Agenten im Auslande durch ein Cirkular die Ideen mitzutheilen, welche meine Regierung geltend machen wollte, und das Verfahren, welches sie den kommenden Ereignissen gegenüber beobachten wird. Diese Mittheilung wird unsere Politik in ihr wahres Licht stellen. Wenn die Konferenz stattgefunden hätte, so würden Sie eine deutliche Sprache geführt haben, Sie würden in meinem Namen erklärt haben, daß ich jeden Gedanken an Gebietsvergrößerung zurückweise, so lange das Gleichgewicht Europas nicht gebrochen wird. In der That könnten wir nur an eine Ausdehnung unserer Grenzen denken, wenn die Karte von Europa zum ausschließlichen Vortheil einer Großmacht verändert würde, und wenn Grenzgebiete durch ihren frei ausgedrückten Wunsch die Annexion an Frankreich fordern. Unter andern Umständen halte ich es unserm Lande würdiger, jeder Gebietserweiterung den unschätzbaren Vortheil, in guter Eintracht mit unsern Nachbarn zu leben, vorzuziehen, indem wir ihre Unabhängigkeit und ihre Nationalität achten. Von diesen Gefühlen bestimmt, und nur die Erhaltung des Friedens im Auge habend, hatte ich mich an England und Rußland gewendet, um gemeinschaftliche Worte der Versöhnung an die betheiligten Regierungen zu richten. Das Einvernehmen der drei neutralen Mächte bleibt ein Pfand der Sicherheit für Europa. Sie haben ihre Unparteilichkeit gezeigt, indem sie den Entschluß faßten, die Diskussion der Konferenz auf die brennenden Fragen zu beschränken. Um sie zu schlichten, mußte man offen an sie herantreten, den diplomatischen Schleier, der sie bedeckte, wegziehen, und die legitimen Wünsche der Fürsten und Völker ernstlich in Betracht ziehen. Der Konflikt hat

klang ständen mit den Gesinnungen, welche er bei dem Kaiser wahrgenommen habe, so oft er (Bismarck) die Ehre hatte, denselben zu sprechen. Er habe in die Aufrichtigkeit seiner Absichten keinen Zweifel gesetzt. Bismarck theilte ferner dem Grafen Benedetti mit, der König theile ganz seine Ansicht hierüber, trotzdem sein Gesandter in Paris aufs neue Besorgnisse über die Haltung Frankreichs für den Fall eines Krieges in Deutschland ausgedrückt habe.

Berlin, den 15. Juni 1866. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Chancen des Krieges.[1]

Nach einem langen Aufenthalte im Garten Bismarcks am 15. Juni 1866 zog dieser gegen Mitternacht seine Uhr aus der Tasche und sagte zu dem anwesenden

drei Ursachen, die schlecht begrenzte geographische Lage Preußens, — den Wunsch Deutschlands nach einer politischen Verfassung, die mehr seinem Bedürfniß entspricht, — die Nothwendigkeit, für Italien seine nationale Unabhängigkeit sicher zu stellen. Die neutralen Mächte konnten nicht beabsichtigen, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einzumischen. Nichtsdestoweniger hatten die Höfe, welche an der Konstituirungsakte des Deutschen Bundes theil genommen haben, das Recht, zu prüfen, ob die verlangten Aenderungen die in Europa bestehende Ordnung nicht stören würden. Was uns betrifft, so hatten wir für die zum Deutschen Bunde gehörigen Staaten zweiten Ranges ein engeres Aneinanderschließen, eine kräftigere Organisation, eine wichtigere Rolle gewünscht, für Preußen mehr Abrundung (homogénité) und Kraft im Norden; für Oesterreich die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland. Wir würden außerdem gewünscht haben, daß Oesterreich gegen eine verhältnißmäßige Entschädigung Venetien an Italien cedirt hätte, denn wenn es, ohne sich um den Vertrag von 1852 zu kümmern, mit Preußen einen Krieg gegen Dänemark im Namen der deutschen Nationalität geführt hat, so schien es mir gerecht, daß es in Italien den gleichen Grundsatz anerkennen werde, indem es die Unabhängigkeit der Halbinsel vervollständigt. Dieses sind die Gedanken, welche wir im Interesse der Ruhe Europas zur Geltung zu bringen versucht haben würden. Heute steht zu befürchten, daß das Schicksal der Waffen allein darüber entscheiden wird. Welches ist die Haltung, welche angesichts dieser Eventualitäten Frankreich zukommt?

Sollen wir unser Mißvergnügen kundgeben, weil Deutschland die Verträge von 1815 ungeeignet findet zur Befriedigung seiner nationalen Zwecke und zur Aufrechterhaltung seiner Ruhe? In dem Kriege, welcher auszubrechen auf dem Punkte steht, haben wir nur zwei Interessen: die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Erhaltung dessen, was wir in Italien aufgebaut haben. Reicht aber die moralische Kraft Frankreichs nicht hin, diese beiden Interessen zu beschützen? Wird es nöthig haben, zum Schwert zu greifen, damit seine Worte gehört werden? Ich denke nein. Wenn ungeachtet unserer Bemühungen die Friedenshoffnungen sich nicht verwirklichen, so sind wir gleichwohl durch Erklärungen der an dem Konflikt betheiligten Höfe gesichert, daß, welches auch der Ausgang des Krieges sein möge, keine der uns berührenden Fragen ohne die Zustimmung Frankreichs gelöst wird. Bleiben wir daher in einer aufmerksamen Neutralität und stark durch unsere Uneigennützigkeit, von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, daß die Völker Europas ihre Streitigkeiten vergessen und sich zum Zwecke der Civilisation, der Freiheit und des Fortschritts vereinigen möchten, blicken wir vertrauensvoll auf unser Recht und ruhig auf unsere Kraft."

Dieses Schreiben wurde am 12. Juni 1866 von Rouher in der französischen Kammer verlesen, welche darauf mit großer Majorität von jeder ferneren Diskussion der deutschen beziehungsweise italienischen Angelegenheiten abstrahirte.

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. second series. S. 60.

englischen Botschafter Loftus: „In diesem Augenblick haben unsere Truppen die Grenzen Hannovers, Sachsens und von Hessen-Kassel überschritten. Der Kampf wird hart sein. Preußen kann verlieren, aber es wird auf alle Fälle tapfer und ehrenhaft gekämpft haben. Sollten wir geschlagen werden, so werde ich nicht hierher zurückkehren. Ich werde bei der letzten Attacke fallen. Man kann nur einen Tod sterben, und wenn man unterlegen, ist es besser zu sterben."

Berlin, den 15. Juni 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Barral, betr. die Abstimmung am Bundestage, den Beginn der Feindseligkeiten, den Feldzugsplan.[1]

Bismarck machte dem italienischen Gesandten folgende Mittheilungen:

Wenn bis morgen früh drei Uhr Hannover, Hessen und Sachsen sich der preußischen Sommation nicht gefügt haben, werde den preußischen Truppen Befehl ertheilt werden, unmittelbar in die betreffenden Territorien einzurücken.

Ein Kriegsmanifest werde nicht erlassen, sondern einfach eine Proklamation an die Bevölkerungen, sobald man ihr Gebiet betreten werde.

„Nach der heutigen Abstimmung hat der Bundestag zu Frankfurt, wie unser Vertreter auch erklärt hat, für Preußen aufgehört zu existiren.

Dieses Votum ist in unseren Augen eine wirkliche Kriegserklärung (der Oesterreicher), und wir haben unmittelbar beschlossen, ihnen zuvorzukommen und werden die Feindseligkeiten nächsten Dienstag eröffnen.

Das Geheimniß der militärischen Operationen gehört nicht mir, und ich kann es Ihnen nicht anvertrauen; aber für den Augenblick genügt, daß Sie den Tag, wo wir den Feldzug eröffnen, genau kennen.

Ich bedauere, das muß ich Ihnen gestehen, zu erfahren, daß man bei Ihnen mit einem Angriff auf das Festungsviereck anfangen zu wollen scheint, statt daß man hauptsächlich nach dem adriatischen Meere geht und Oesterreich nöthigt, auf freiem Felde einen Kampf anzunehmen. Das ist ein Gedanke, der mich beunruhigt."

Barral erwiderte mit einigen Worten.

Was die Operationen anbelange, so könne er ohne sie zu kennen die Versicherung geben, daß sie mit aller Energie geführt würden.

Berlin, den 16. Juni 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Barral, betr. den Beginn der Feindseligkeiten.[2]

Bismarck theilte dem italienischen Gesandten mit, daß beim ersten Kanonenschuß, der in Sachsen abgefeuert werde, wo man auf die Oesterreicher stoßen werde,

---

[1] Nach Barrals Berichten, d. d. 15. Juni 1866. Staatsarchiv Bd. XXVI. Nr. 5100. S. 57. La Marmora a. a. O. S. 314 u. 315.

[2] Nach Barrals Bericht vom 16. Juni 1866. La Marmora a. a. O. S. 320 f.

Am 20. Juni 1866 schrieb Motley aus Wien seiner ältesten Tochter über Bismarck: Das scharfe Instrument, welches jetzt in meinem alten Freunde Bismarck personificirt ist, wird alle Hindernisse durchschneiden und den geographischen Weg zum Glücke Preußens ebnen. Bismarck ist ein Mann von großem Talent und eisernem Willen. Wahrscheinlich kennt ihn von den

der Krieg thatsächlich erklärt werde, und daß dann Italien sofort die Feindseligkeiten eröffnen müsse. „Dies ist nur noch eine Frage von Stunden.“

**Berlin**, den 17. Juni 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Barral, betr. den Beginn der Feindseligkeiten auf preußischer und italienischer Seite.[1]

Bismarck eröffnete dem Gesandten Barral, daß Sachsen heute am Bundestage den Beistand des Bundes gefordert und Bayern und Oesterreich in Gemäßheit des Majoritätsbeschlusses die Bundesexekution übernommen hätten; daraus folge, daß, abgesehen von den kriegerischen Aktionen, welche heute in Sachsen vorgegangen sein müßten, der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen thatsächlich erklärt sei.

Demzufolge beauftragte Bismarck den Gesandten, La Marmora offiziell zu benachrichtigen, daß Preußen erwarte, Italien werde sofort die Feindseligkeiten gegen Oesterreich beginnen.

**Zwittau**, den 11. Juli 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti, betr. die Friedensbedingungen und die Verständigung mit Frankreich.[2]

Gleich bei den ersten Besprechungen Bismarcks mit dem im Hauptquartier angelangten französischen Botschafter theilte Ersterer demselben die Grundbedingungen für einen Waffenstillstand mit, welche Goltz bereits in Paris zur Kenntniß des

---

Lebenden keiner genauer als ich. Er glaubt außerdem an sein Werk ganz so wie Muhamed oder Karl der Große oder jene Typen der Tyrannei, unsere puritanischen Vorfahren je an ihre Sendung. Er repräsentirt die wirkliche Tendenz und den Instinkt des ganzen preußischen Volkes von König Wilhelm bis zum friedlichsten Spießbürger von Potsdam. Sie alle verlangen ein großes Preußen. Sie alle wollen Deutschland borussificiren. Nur wollen sie es auf friedlichem Wege thun, Gott erhalte das Ziel! Als ob es möglich wäre, einen Eierkuchen zu machen, ohne Eier zu zerschlagen.

[1] Nach Barrals Bericht vom 17. Juni 1866. **La Marmora** a. a. O. S. 321. **Kohl** setzt für diese Unterredung, wie es scheint ohne Grund, das Datum: 16. Juni 1866.

[2] Nach Benedettis Bericht, d. d. Brünn, den 15. Juli 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4552. S. 163. **Benedetti**: Ma mission. S. 186. v. **Sybel** Bd. V. S. 265. (Der Letztere giebt den Ort des ersten Gesprächs an.) **Friedjung**: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, schreibt Bd. II. S. 377 f. über Bismarcks Verhandlungen mit Benedetti und dessen Sekretär Lefèbvre de Béhaine: Noch war man in der Umgebung König Wilhelms im Unklaren, was die Vertreter Preußens in Paris erreichen würden, als im Auftrage Napoleons der Botschafter Benedetti aus Berlin im preußischen Hauptquartier anlangte. Des Kaisers lebhafter Wunsch ging auf baldigen Waffenstillstand, denn ihm und den Franzosen war der Gedanke eines Einzuges der Preußen in Wien unerträglich. In der Nacht auf den 12. Juli trat Benedetti in das Arbeitszimmer Bismarcks ein, welches sich in einem bescheidenen Hause zu Zwittau befand. Es lag etwas Herrisches in dieser Aktion Frankreichs, peinlich fühlte man sich dadurch im Hauptquartier berührt. Aber die Klugheit forderte freundliches Entgegenkommen. So entwarfen denn die preußischen Generäle am nächsten Tage höflicherweise die Bedingungen eines Waffenstillstandes. Aber wir wissen bereits, daß sie für Oesterreich unannehmbar waren, weil gefordert wurde, daß während seiner Dauer die Heere auf ihrem Marsche stillehalten sollten;

Kaisers gebracht hatte. Bismarck suchte dem Grafen Benedetti die Annexion von Hessen und Hannover als durch die Opfer des Krieges und die Erfolge der Waffen vollkommen gerechtfertigt hinzustellen. Benedetti hielt diese Forderung von Hause aus für keine ernstlich gemeinte und erwiderte, Europa lebe nicht mehr zu Zeiten Friedrichs des Großen, wo man für recht hielt, das zu behalten, was man genommen hatte.

In einer späteren Unterredung bemerkte Bismarck zu demselben Diplomaten, die dem Grafen Goltz ertheilten Instruktionen verlangten nichts Endgültiges. Der Hauptzweck derselben sei, er möchte ein Einverständniß mit Frankreich erzielen; Goltz sei beauftragt, sich zu vergleichen, indem er die Ansprüche Preußens im Verhältniß setze zu dem Preise, um den Frankreich sich mit demselben einigen wolle. Nur gebe es gewisse Klauseln, ohne deren Annahme in Paris der König sich nicht beruhigen würde. Bei diesem zweiten Gespräche zeigte sich Bismarck in Bezug auf die für Preußen reklamirten Vortheile viel nachgiebiger, und er legte besonderes Gewicht auf den Satz, daß es im gemeinschaftlichen Interesse Preußens und Frankreichs läge, sich zu einigen und zu verstehen. Obschon Benedetti erklärte, er sei weder mit Instruktionen noch mit den nöthigen Vollmachten versehen, so erbot sich Bismarck gleichwohl, mit demselben die Grundlagen eines Waffenstillstandes zu berathen und festzusetzen. Sobald der Wortlaut feststehe, wollte Bismarck dem König vorschlagen,

---

und damit wäre die Vereinigung der Nordarmee mit dem Heere des Erzherzogs Albrecht verzögert worden. Während dieser Unterhandlungen besprachen Bismarck und Benedetti ausführlich die politische Lage. Der Botschafter befand sich dabei in der unangenehmen Lage, daß er nicht vertraut war mit den Endabsichten des stets schwankenden Franzosenkaisers und deshalb nur zuhören konnte, ohne sich auf Verhandlungen einzulassen. Während man allgemein glaubte, er führe die Aufträge des Schiedsrichters von Europa mit sich, befand er sich vielmehr in der Stellung eines machtlosen Friedensstifters. Er war nicht ein Mann von großen Gesichtspunkten oder von durchdringendem Blicke, aber er hielt sich doch so gut und kühl, daß Bismarck, darin eine geheime Absicht vermuthend, sich viel Mühe gab, ihn aus seiner Zurückhaltung hervorzulocken. Der preußische Minister sprach von den wünschenswerthen Annexionen; Benedetti erwiderte darauf, man lebe nicht in der Zeit Friedrichs des Großen, wo sich jeder behalten konnte, was er genommen hatte. Wiewohl Benedetti erklärte, er habe keine Vollmachten zu unterhandeln, so legte ihm Bismarck doch eindringlich nahe, daß die Niederlage Oesterreichs es Preußen wie Frankreich gestatte, ihr Landgebiet zu erweitern und im gemeinsamen Einvernehmen die schwebenden Fragen zu erledigen. Benedetti hielt dem entgegen, es beständen europäische Verträge, deren Zerreißung weitere Kriege nach sich zöge. Darauf meinte Bismarck, das sei ein Irrthum: wenn Frankreich und Preußen vereinbarten, auf Grund eines feierlichen Vertrages ihre Grenzen vorzurücken, so könnten weder England noch Rußland Widerstand leisten. Man sieht aus all dem, wie recht Drouyn de l'Huys hatte, als er Napoleon darlegte, Preußen sei nicht in der Lage und Stimmung, den Forderungen Frankreichs auf Entschädigung Widerstand zu leisten. Noch deutlicher ließ sich Bismarck zu dem Sekretär Benedettis, Lefèbvre de Béhaine, aus. Wenn Kaiser Napoleon, so sagte er zu ihm, wegen der Vergrößerung Preußens Mißtrauen empfinde, so habe er nur den Entschluß zu fassen, sich an Belgien schadlos zu halten. Lefèbvre erwiderte scherzend, Bismarck begnüge sich nicht damit, ein neues System in Deutschland aufzurichten, er habe den größeren Ehrgeiz, Schule in Europa zu machen.

den Feindseligkeiten ein Ziel zu setzen; inzwischen könne Benedetti die Zustimmung des französischen Kabinetts abwarten.[1]

Nikolsburg, den 19. Juli 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Friedensbedingungen des Königs von Preußen.

In zwei Worten machte Bismarck den französischen Botschafter mit der Situation vertraut:

„Der König will Troppau, Teschen, Jägerndorf, kurz Oesterreichisch-Schlesien."

„Und das scheint Ihnen zu wenig?" fragte Benedetti erstaunt.

„Zu wenig und zu viel — war Bismarcks Antwort. — Ich will, daß wir ganz Oesterreich bekommen — Sie verstehen mich, zum Freunde in künftigen Tagen, und darum ist es gesund, das Naschen zu lassen. Ich hoffe, daß Ihr Kaiser nicht böse sein wird, wenn sie ihm dies berichten. Vorher aber gilt es, hierin Majestät umzustimmen."[2]

---

[1] Manche Details über den Aufenthalt Benedettis im Hauptquartier erfahren wir aus Heinrich Abekens Memoiren (Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. Berlin 1898). In Zwittau angekommen, mußte Benedetti (12. Juli 1866) Abekens Stube theilen, während sein Sekretär Keudells Bett theilte. „Mit liebevollen Augen wird er nicht gerade angesehen; aber schaden soll er uns nicht und aufhalten auch nicht!" Am 14. Juli schreibt Abeken an seine Frau: „Der französische Botschafter hat unsern Einzug (scil. in Brünn) theilen müssen im Wagen des Ministers, während Keudell und ich in seinem Wagen fuhren. Es war doch ein eigenthümliches Gefühl, Benedetti war gerade nicht willkommen als er kam, und doch ist es sehr gut, daß er hier ist; die Eindrücke, die er empfängt, können nicht ohne Wirkung bleiben. Die Bewunderung, die er über unsere Erfolge äußert, ist naiv und ergötzlich: „Il paraît que les Prussiens sont tellement supérieurs aux autres nations qu'il ne faut pas les laisser devenir leurs égaux en nombre et territoire!"

[2] Ich lasse wieder ein paar Stellen aus Abekens Denkwürdigkeiten folgen. Am 20. Juli schreibt derselbe an seine Frau aus Nikolsburg: Es war heut wieder ein arbeitsamer Tag und allerlei Aerger dabei über den französischen Botschafter, der sich ein paarmal meine Stube aussuchte, um auf eine Audienz beim Minister zu warten, bei dem erst der König und dann der Kronprinz war. Ich sagte ihm zwar, ich habe keine Zeit, und arbeitete ruhig fort, aber er sprach natürlich immer dazwischen, sehr liebenswürdig und oft interessant erzählend, aber doch störend. Am 21. Juli aus Nikolsburg: Hier wurde ich heute früh von Benedetti unterbrochen, der zwar nicht lange blieb, aber doch genug, damit ich nachher arbeiten mußte. Am 23. Juli aus Nikolsburg: Der französische Botschafter und sein Sekretär hatten bei uns dinirt, deshalb war das Diner in der Empfangsstube des Ministers; während wir noch bei Tische sitzen, lassen König und Kronprinz sich melden, und der Minister läßt sie in meine Stube führen und geht zu ihnen, wir vollenden unser Diner, trinken unsern Kaffee, dann schleicht sich Einer nach dem Andern weg, Keudell, Bismarck-Bohlen, der französische Sekretär, nur ich konnte mich nicht wegschleichen, da ich keine Stube hatte, und bleibe mit dem Botschafter allein, der sich auf den Tisch setzt und mit den Beinen baumelnd mir egyptische Geschichten erzählt. Der Minister kommt ab und zu herein, um uns zur Geduld zu ermahnen; endlich fällt es dem Bene-Maledetti glücklicherweise ein, daß er noch an seine Frau schreiben wollte, und daß er, um den Minister zu sprechen, auch nachher mit ihm spazieren fahren könne; er läuft davon.

Ueber den Gang der auf Sachsen bezüglichen Verhandlungen in Nikolsburg theilte Benedetti dem Minister von Friesen[1] folgendes mit: Er (Benedetti) habe kurz vor dem Beginne dieser letzteren vom Kaiser Napoleon telegraphisch den Auftrag erhalten, sich in das preußische Hauptquartier zu begeben, um bei den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen zu vermitteln und zugleich auch insbesondere für Sachsen zu wirken. In letzterer Beziehung habe das Telegramm die Weisung enthalten, unbedingt zu verlangen, daß „l'existence de la Saxe" aufrecht erhalten werde und zu versuchen, ob Preußen der Zutheilung Sachsens zu einem süddeutschen Bunde zustimmen werde. In Bezug auf den ersten Punkt habe ihm doch die Forderung der bloßen „Existenz" zu wenig geschienen, er habe daher auf seine eigene Gefahr und Verantwortung hin statt derselben die Aufrechterhaltung der „intégrité territoriale de la Saxe" verlangt und nach einer schwierigen Verhandlung endlich auch die Aufnahme dieses Satzes in den Vertrag erreicht. Das Verlangen aber, Sachsen an einen süddeutschen Bund zu überweisen, habe Graf Bismarck, offenbar dadurch sehr empfindlich gereizt, mit der größten Entschiedenheit abgelehnt. Er (Benedetti) habe daher den österreichischen Bevollmächtigten, als sie kurz nach ihrer Ankunft in Nikolsburg ihn aufgesucht hätten, empfohlen, diese Forderung lieber gar nicht anzubringen und statt derselben einige sicherstellende Bedingungen für den Eintritt Sachsens in den norddeutschen Bund zu verlangen. Die Instruktion dieser Herren sei jedoch zu klar und bestimmt gewesen, als daß sie es hätten wagen können, davon abzuweichen. Sie seien jedoch damit ebenfalls ganz entschieden abgewiesen und darauf von Wien aus instruirt worden, diesen Punkt fallen zu lassen und den Zutritt Sachsens zu dem norddeutschen Bunde zuzugestehen, wobei aber von irgend einem, damals vielleicht erreichbaren Vorbehalte wegen der künftigen Stellung Sachsens im norddeutschen Bunde nicht die Rede gewesen sei.

Nikolsburg, den 22. und 23. Juli 1866. Unterredungen mit den österreichischen Unterhändlern, betr. die Friedenspräliminarien.[2]

In der ersten Zusammenkunft mit den österreichischen Unterhändlern[3] hielt Bismarck darauf, daß dieselben alle Bestimmungen rücksichtlich der künftigen Gestaltung von Deutschland annehmen und daß Oesterreich fest entschlossen sei, daran nicht mehr theilzunehmen. Später verlangte er die rasche Ersetzung des Waffenstillstandes durch einen Friedensvertrag. Dabei verhandelte er hauptsächlich die Frage der Kriegskosten und die für Preußen reklamirten territorialen Entschädigungen. Bismarck erklärte den österreichischen Unterhändlern, daß der König nur unter der Bedingung Frieden schließe, daß Preußen im Norden Deutschlands sich vergrößere; er erklärte ganz kategorisch, die Verhandlungen

[1] v. Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 229 f.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 23. Juli 1866. Staatsarchiv Bd. XII. Nr. 2596. S. 192.

[3] Der König nahm die am 22. Juli angelangten österreichischen Friedensunterhändler erst am andern Tage an, Bismarck aber hielt noch an demselben Abende mit dem Grafen Karolyi, dem österreichischen Gesandten in Berlin, ein vertrauliches Zwiegespräch bei einer Kanne Bier, welches ein Kanzleidiener in einem irdenen Kruge holte, von dem der Geh. Regierungsrath Stieber in seinen Denkwürdigkeiten, S. 236, bemerkt, daß ihm sein Dienstmädchen in Berlin denselben nicht mit Waschwasser hätte vorsetzen dürfen.

aufgeben zu wollen, falls er nicht die Zusicherung erhalte, daß Oesterreich die in Frage kommenden Annexionen billige. Die österreichischen Unterhändler beschränkten sich darauf, die territoriale Integrität des Königreichs Sachsen zu verlangen.

Nikolsburg, den 23. Juli 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Barral, betr. den Waffenstillstand.[1]

Am 23. Juli begannen im Hauptquartier zwischen dem italienischen Gesandten und dem Grafen Bismarck die Pourparlers; dieselben ließen keinen Zweifel übrig über den demnächstigen Abschluß des Waffenstillstandes. Bismarck setzte dem Grafen Barral die Beweggründe auseinander, weshalb die Regierung des Königs von Preußen unter den gegenwärtigen Umständen, was die Italien als Bedingung sine qua non des Waffenstillstandes zuzusichernden Grenzen angehe, ihre Anforderungen auf Venetien im eigentlichen Sinne beschränke.

Bismarck forderte, daß Italien auch den Waffenstillstand unterschreiben solle, da es alles erhalte, was es irgend verlangen könne. Von Wälsch-Tirol — das also Barral gefordert haben muß — sei in dem Allianz-Traktat gar nicht die Rede; es sei den Italienern nicht zugesagt worden. Wenn Italien über die Bedingungen des Bündnisses hinausgehen wolle, werde Preußen genöthigt sein, seinen Waffenstillstand allein, ohne Zuziehung Italiens, abzuschließen.[2]

Nikolsburg, den 25. Juli 1866. Unterredung mit dem bayerischen Minister von der Pfordten, betr. den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Preußen und Bayern.[3]

Bismarck empfing den bayerischen Minister von der Pfordten, der unangemeldet und ohne preußischen Paß durch die Vorposten aus Wien herübergekommen war, mit den Worten: „Wissen Sie, daß ich Sie als Kriegsgefangener verhaften lassen könnte?“ und machte ihn dann mit den Bedingungen bekannt, unter welchen Bayern die Aufnahme in den Friedensvertrag freistände.

Als Bismarck dem bayerischen Minister im Laufe der Friedensverhandlungen erklärte, daß Preußen auf die beabsichtigten Erwerbungen im rechtsmainischen Franken verzichtete unter der Bedingung, daß das ihm dem Prinzip nach bekannte Schutz- und Trutzbündniß von Bayern angenommen werde, erklärte von der Pfordten unter der lebhaftesten Bethätigung seiner inneren Bewegung mit Feierlichkeit, hieran sähe er, wie sehr Bismarcks deutsche Gesinnungen verleumdet

---

[1] Nach Barrals Bericht, d. d. 23. Juli 1866. Staatsarchiv Bd. XII. Nr. 2514. S. 85. (Dem Inhalte nach in einem Telegramm des Ministers Viskonti-Venosta an den Gesandten wiedergegeben.) In Kohls Bismarck-Regesten sind diese Verhandlungen übersehen.

[2] Nach Barrals Depesche vom 23. Juli 1866. Bernhardi Bd. VII. S. 215. In Kohls Bismarck-Regesten ist noch diese Quelle nachzutragen.

[3] Nach v. Sybel Bd. V. S. 299/300, und Beusts Memoiren Bd. I. S. 449.

würden, und wie ein deutsches Herz in Bismarcks Busen schlüge, so gut wie in dem seinigen.[1]

[1] Nach Bismarcks Reichstagsrede vom 26. Oktober 1867. Ad. Eckell berichtet über von der Pfordtens Aufenthalt in Nikolsburg im „Sammler", belletristische Beilage zur „Augsburger Abendzeitung", Nr. 129 vom 27. Oktober 1898: Erst spät kamen wir in Nikolsburg an, und von der Pfordten ließ sich sofort noch bei Graf Bismarck zur Audienz melden. Heute noch ist mir der Ausdruck seiner Gesichtszüge unvergeßlich, als ihm Bismarck sagen ließ, er möge sich als Gefangener betrachten, er sei ohne Anfrage und Erlaubniß ins Hauptquartier Preußens gekommen, mit dem Bayern in vollem Kriegszustand stehe, und werde selbstverständlich als Feind behandelt. In dem übervollen Nikolsburg hatten wir mit vieler Mühe endlich noch in einem Hotel zwei Zimmer gefunden, die uns der Wirth gegen schweres Geld von seiner Privatwohnung einräumte, und da saß nun von der Pfordten in seinem Zimmer in höchst übler Laune.

In aller Frühe ließ von der Pfordten nochmals fragen, ob sich die Gefangenschaft auch auf seine Begleitung beziehe, nach geraumer Zeit kam die Antwort, daß diese frei sei und nach Belieben sich bewegen könne. Peter, von jeher ein eingefleischter Preußenfresser, aber sonst der beste Kerl auf der Welt, verzichtete stolz auf seine Freiheit, auch er wollte mit seinem Herrn das Los der Gefangenschaft theilen, und so fluchte und wetterte er den ganzen Tag über die Pickelhauben und war nur schwer dazu zu bringen, die nothwendigen Gänge für seinen Herrn zu besorgen. Mußte er dann unbedingt auf die Straße, so lief er wie ein Wiesel dahin mit dem bitterbösesten Gesicht. Ich war damals eigentlich durch nichts gebunden, und so benutzte ich mit von der Pfordtens Erlaubniß, der es wohl nicht ungerne sah, wenn nicht aller Kontakt mit der Außenwelt abgeschnitten werde, diese unfreiwillige Mußezeit, um Land und Leute näher kennen zu lernen. Mittags und abends mußte ich mit von der Pfordten essen, der doch auch einige Ansprache wünschte, sonst konnte ich hin, wo ich wollte. Wie waren Aller Augen auf mich gerichtet, als ich das erste Mal in das Gastzimmer unseres Hotels abends trat, ich in schwarzem Anzug als einziger Zivilist unter lauter Militär. Doch es währte nur wenige Minuten, und die Unterhaltung war im vollsten Gange; mein bayerischer Dialekt und die etwas derbe Ausdrucksweise amüsirte die Herren, und sie kamen mir auf das Höflichste entgegen. Auch in der Umgegend sah ich mich tüchtig um, natürlich ward ich da des Oefteren von preußischen Soldaten gestellt, die nicht wußten, was sie aus mir machen sollten, aber ich kam immer wieder gut weg. Noch ist mir das Erwachen am Morgen in Nikolsburg eine unvergeßlich schöne Erinnerung. Hoch vom Hauptthurm herab ertönten die herrlichsten Choräle, gespielt von den preußischen Militärkapellen, es waren Töne von solcher Wärme und Innigkeit, daß sie das verhärtetste Gemüth zur Andacht stimmen mußten. Unser Hotel lag nicht weit von dem Absteigequartier des preußischen Königs, und den ganzen Tag ging es auf der Straße ungeheuer lebhaft zu. Noch nie hatte ich eine solche Menge und Pracht von Uniformen gesehen, noch nie so schöne und ritterliche Gestalten von Offizieren; und wenn dann die Ablösungsmannschaft auf die Schloßwache gezogen kam, das waren kraftvolle Gestalten, alle über sechs Schuh hoch, Jeder mit Vollbart, und wenn sie beim Kommando „Gewehr ab" mit den Kolben wie auf einen Schlag auf den Boden stießen, da schaute Alles bewundernd auf diese schöne Leibwache. Und solchen Leuten gegenüber hatte so mancher Bierphilister in München früher prahlen können, daß jeder Bayer sechs Preußen auf dem Kraut verzehren könne.

Drei Tage dauerte von der Pfordtens Haft. Durch irgend welche Kanäle hatte er es zu stande gebracht, daß sich endlich der französische Botschafter Benedetti, welcher von Berlin aus sich gleichfalls ins preußische Hauptquartier verfügt hatte, dringend für ihn bei König Wilhelm verwendete, damit auch Bayern in die Waffenstillstandsverhandlungen mit einbezogen werde. Und so ward denn von der Pfordten nach drei für ihn schrecklichen Tagen zu Graf Bismarck beschieden. Die Unterhandlungen gingen anfangs ziemlich langsam weiter, da Bismarck sich sehr

Nikolsburg, den 25. Juli 1866. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Barral, betr. die Unterzeichnung des Präliminarvertrages.[1]

Der italienische Gesandte Graf Barral theilte dem Grafen Bismarck mit, daß, da eine Einigung zwischen Frankreich und Italien über die Bedingungen des Waffenstillstandes nächstens bevorstehe, derselbe vielleicht binnen wenigen Stunden in den Stand gesetzt sein werde, an der Unterzeichnung des Waffenstillstandsaktes zwischen Preußen und Oesterreich theilnehmen zu können.

Bismarck erklärte dem Grafen Barral, daß aus wichtigen Gründen jeder Verzug für die Interessen Preußens Gefahr bringen könne, daß aber, falls demselben in dem Augenblicke der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Oesterreich und Preußen die telegraphische Meldung der Einigung Italiens mit der vermittelnden Macht bezüglich der Bedingungen des österreichisch-italienischen Waffenstillstandes noch nicht zugekommen wäre, Preußen bei Abschluß des Waffenstillstandes formell den Konsens und folglich das Recht Italiens vorbehalten würde.

---

zurückhaltend zeigte. Wenn von der Pfordten dann zurückkam, diktirte er eingehend jeden Tag das Ergebniß der Besprechung, es wurden zwei gleichlautende Berichte gemacht, einer an den König von Bayern, einer an Prinz Carl ins bayerische Hauptquartier. Den ersten Tag ging die Sache noch einfach, als aber die Berichte wichtiger und auch länger wurden, erkannte von der Pfordten mit Schrecken die Unmöglichkeit, auf die bisherige Weise die Berichte so fertigen zu lassen, daß sie noch rechtzeitig nachmittags dem Kurier mitgegeben werden konnten, der — Eisenbahn und Telegraph war ringsum unterbrochen — tagtäglich nach Wien ritt, um dort die Sachen weiter befördern zu lassen. Es blieb schließlich nichts übrig, als daß er den Bericht diktirte zur stenographischen Aufnahme, dann begann ich denselben rein zu schreiben und zugleich denselben Inhalt wieder dem Minister zu diktiren, der nun auch wie ich seine paar Bogen reinschreiben mußte. Er war um dieses Auskunftsmittel sehr froh, wenn er wohl auch früher es sich nicht hätte träumen lassen, daß er, der bayerische Premierminister, jemals in die Lage kommen würde, nach dem Diktat seines Sekretärs die Feder zu führen.

Damals war es nun auch, daß ich Bismarck zum ersten Male in meinem Leben sah. Eines Abends riß unser Peter die Thüre auf und rief mir zu: „Kommen's schnell, der Bismarck kommt die Stiege herauf zum Alten," und im selben Augenblick war Bismarck auch schon heroben und klopfte bei von der Pfordten an. Peter war natürlich eiligst hingesprungen und meldete den Grafen, und währenddem hatte ich Muße genug, ihn mir genau anzusehen. Seine imposante Figur in der Kürassieruniform, sein scharfes Auge ließ auf den ersten Blick erkennen, daß er ein Mann voll Geist und Energie war. Peter haßte ihn natürlich wie jeden Preußen und schüttelte die Faust zornig hinter seinem Rücken, so oft er kam, was ihn aber nicht abhielt, die tiefsten Verbeugungen vor ihm zu machen, wenn er vor ihm stand.

Die Verhandlungen nahmen schließlich einen besseren und rascheren Verlauf, und endlich trat Ende Juli auch zwischen Preußen und Bayern Waffenruhe ein. Die blutigen Tage von Helmstadt, Roßbrunn und Würzburg hätten dem Bayerlande erspart sein können, wenn von der Pfordten gleich anfangs zu den Verhandlungen beigezogen worden wäre. — In den letzten Tagen hatte auch die Cholera in Nikolsburg sehr arg gehaust und mag wohl auch der Ausbruch dieser Krankheit zur Beschleunigung der Verhandlungen beigetragen haben. Anfangs war Bismarck wohl auch sehr verdrossen darüber, daß von der Pfordten sich an französische Hülfe gewendet hatte, doch er trug es ihm nicht lange nach.

[1] Nach Barrals Telegramm, d. d. 25. Juli 1866. Staatsarchiv Bd. XII. Nr. 2516. S. 87. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

**Nikolsburg**, den 26. Juli 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. Kompensationen Frankreichs.[1]

Der französische Botschafter suchte Bismarck in betreff der von Frankreich zu erhoffenden Kompensationen am Rhein auszuforschen. Der Ministerpräsident verhehlte dem Grafen Benedetti nicht, daß es ihm schwer fallen möchte, den König nach dem Siege über Oesterreich zu bestimmen, Frankreich auch nur einen Fuß breit von der Rheinprovinz abzutreten.

**Brünn**, den 2. August 1866. Unterredung mit dem Senator und Syndikus von Frankfurt a. M., Dr. Müller.[2]

Bismarck erging sich zunächst in Klagen über Frankfurt und seine Presse.

Dr. Müller versuchte dagegen, aus dem Verhältnisse von Frankfurt, als Sitz der Bundesversammlung, und aus den historischen Beziehungen der alten Reichs- und Krönungsstadt zu Oesterreich ein anderes Bild zu entwickeln, und nahm dabei Gelegenheit, manche Erdichtungen und Uebertreibungen in das rechte Licht zu stellen.

Bismarck theilte dem Frankfurter Abgesandten sodann mit, daß Oesterreich und Frankreich ihr Einverständniß damit erklärt hätten, daß Preußen eine Vergrößerung in und bis zu der Zahl von vier Millionen Seelen sich aneigne. Bismarck bemerkte dabei nicht, daß Hannover und Königreich Sachsen dabei in Betracht gezogen werden würden, wohl aber, daß die Einwohnerzahl der beiden Hessen, von Nassau und Frankfurt nicht zu vier Millionen hinaufsteigen. Frankfurt werde nicht an sich selbst herausgegeben, vielmehr von Preußen behalten werden. Frankfurt werde wohlthun, auf diesen Plan von Preußen entgegenkommend einzugehen. Es werde und solle in diesem Falle die privilegirteste Stadt in Preußen, weit privilegirter als Berlin, werden und eine entsprechende Munizipalverfassung erhalten. Es verstehe sich von selbst, daß Preußen eine Stadt, die es zu behalten gewillt sei, nicht werde ruiniren wollen. Die Kontribution von fünfundzwanzig Millionen resp.

---

[1] Nach Benedettis Bericht, d. d. 26. Juli 1866. Benedetti S. 189 u. 191.

[2] Nach einem amtlichen Bericht Müllers, d. d. Dresden, 6. u. 7. August 1866. Den Auftrag, dem Rufe des Königs von Preußen zu folgen und sich ins Hauptquartier desselben zu begeben, wie solcher dem Bürgermeister Müller durch Beschluß des Frankfurter Senats vom 29. Juli 1866 ertheilt worden war, erfüllte derselbe in der Weise, daß er sich zunächst nach Berlin begab, woselbst er den Ministern von Werther, Graf Eulenburg, Graf Itzenplitz und v. d. Heydt, dem Unterstaatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten v. Thile und dem früheren preußischen Bundestagsgesandten v. Savigny Besuch abstattete. Am 31. Juli, abends 11 Uhr, verließ Müller Berlin, erreichte mit der Eisenbahn am 1. August Görlitz, von wo er im Wagen mit Kurierpferden nach 24stündiger Fahrt am Morgen des 2. August in Pardubitz eintraf und von da unter günstiger Benutzung der Eisenbahn an demselben Tage nachmittags 3 Uhr im Hauptquartier anlangte, welches am Tage zuvor von Nikolsburg nach Brünn verlegt worden war. In Brünn stellte sich Müller sofort dem König vor und wurde von demselben bei äußerst gnädiger Aufnahme, die jedoch rücksichtlich der Stadt Frankfurt aus allgemeinen Aeußerungen sich nicht herausbewegen ließ, an Bismarck verwiesen. Die Unterredung mit Bismarck, welche sofort der Vorstellung bei dem Könige sich anschloß, währte etwa eine Stunde.

neunzehn Millionen solle daher vorerst nur theoretisch aufrecht erhalten, nicht aber beigetrieben werden.

In hohem Grade überrascht, obgleich nach den Wahrnehmungen in Berlin auf Aehnliches vorbereitet, erwiderte Dr. Müller, das Wort „Main-Linie" und die scharfe Betonung, welche dasselbe seit längerer Zeit erhalte, habe in ihm die Ansicht hervorgerufen, daß Preußen die dermalige Aktion nur als den ersten Schritt, als eine Vorbereitung zu künftigen weiteren Aktionen und Annektirungen betrachte. Es sei dies eine persönliche Auffassung, auf welche er eine bestimmte Erklärung nicht erwarten könne. Sei diese seine Auffassung aber richtig, so scheine ihm das eigene Interesse von Preußen zu gebieten, die großen und bedeutenden Beziehungen, in welchen Frankfurt zu dem Süden von Deutschland stehe, die Einwirkungen, welche ersteres auf letzteren, seiner Lage und seiner Bedeutung als Handelsstadt nach, ausübe, in Betracht zu ziehen und wohl zu bemessen; Frankfurt, wenn selbständig erhalten, aber auch nur in diesem Falle, könne im Interesse weiterer Pläne als Krystallisationspunkt mit besonderem Erfolge benutzt werden.

Zum Schlusse sprach Bismarck die Erwartung aus, daß die in Brünn begonnenen Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden würden.

Dr. Müller mußte seine Bereitschaft hierzu umsomehr zu erkennen geben, als die zugestandene nur theoretische Aufrechthaltung der Kontribution immerhin als ein nicht unbedeutender Gewinn erachtet werden mußte; der Frankfurter Abgesandte machte jedoch die ausdrückliche Voraussetzung geltend, daß er über das bis jetzt Vernommene in der Heimath vorerst Bericht erstatten und Instruktion einholen müsse, was als selbstverständlich zugestanden wurde. Schließlich ersuchte Dr. Müller Bismarck um eine schriftliche Aufzeichnung darüber, wie bei Ausführung des Planes von Preußen die Verhältnisse in Frankfurt im Innern und nach Außen gestaltet werden sollten. Hierauf erhielt derselbe aber von Bismarck weder eine Zusage noch eine Ablehnung.[1]

**Brünn**, den 2. August 1866. Unterredung mit dem Geh. Legationsrath Heinrich Abeken, betr. die Eventualität einer Niederlage Preußens.[2]

Bismarck erwähnte auf der Fahrt von Nikolsburg nach Brünn im offenen Wagen, wie sich doch seine Lebensauffassung geändert seit er geheirathet; wie wenig er früher sein Leben geachtet und oft tollkühn und ohne alle Ursache aufs Spiel gesetzt, während er dann vorsichtig geworden und nur da die Gefahr nicht mehr gescheut, wo ein Beruf, Pflicht oder wenigstens ein dringender Anlaß es verlange. Aber das erklärte er sehr bestimmt, daß er eine Niederlage Preußens, wie die jetzige Oesterreichs, nicht würde überlebt haben. Hätte eine Schlacht vor Berlin

---

[1] Näheres über den Vorgang findet man in Kannegießers Geschichte der Eroberung der freien Stadt Frankfurt durch Preußen im Jahre 1866.

[2] Nach Heinrich Abeken: Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. S. 343. In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

geschlagen werden müssen, und wäre sie verloren worden, so wäre er nicht daraus zurückgekehrt.[1]

[1] Die Frage, weshalb Bismarck im Nikolsburger Frieden Oesterreich gegenüber so maßvoll war, beantwortete der italienische Diplomat Nigra kürzlich wie folgt: Weil sein scharfes Auge sah, daß es Oesterreich in die Arme Frankreichs triebe, so er österreichisches Gebiet für Preußen annektirte. Nun steuerte er auf den Krieg mit Frankreich, doch in einer Weise, daß dabei nicht Preußen, sondern Frankreich in Unrecht gesetzt würde. Hätte es in Paris einen wahrhaft geschickten Staatsmann gegeben, er würde den Krieg abgewendet haben, den Bismarck zwar wollte, doch nur so, daß die Provokation nicht von Berlin, sondern von den Tuilerien ausginge. Aber man muß damals in Paris gewesen sein, um sich zu erinnern, wie schlecht man noch immer über Preußens Stärke unterrichtet war. Man hätte ja längst zur Raison gebracht sein sollen infolge der Siege Preußens über Oesterreich. Aber wie argumentirte man damals am Pariser Hofe? Die Siege Preußens über Oesterreich? Was will das sagen? Oesterreich ist ja stets nur geschlagen worden: Vor Sadowa gab es ein Magenta und Solferino! Preußen mag stark sein gegenüber Oesterreich, doch im Kriege gegen Frankreich wird es sich schwach zeigen. — Emile Zola hat in seiner „Débâcle" mit photographischer Treue die Bethörung der Franzosen in jenen Tagen gezeichnet. In Europa hat es damals keinen Staatsmann gegeben, der Napoleon III. in Schach zu halten wußte. Hätte Cavour noch gelebt, er hätte Macht über den Geist Napoleons gehabt und ihn vor Verirrung und Verwirrung gerettet. Cavour allerdings vereinigte mit den wohlwollendsten Gesinnungen für den Franzosenkaiser die Sympathie für das Zustandekommen der deutschen Einheit. Cavour hätte es verstanden, den Krieg zwischen Frankreich und Preußen hintanzuhalten. Doch was nützt es, wo Thatsachen so beredt gesprochen haben, die Phantasie spielen zu lassen?

## Sechstes Kapitel.

### Von der Beendigung des Krieges von 1866 bis zum Luxemburger Streitfall.

(6. August 1866 bis 11. März 1867.)

**Berlin**, den 6. August 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die von Frankreich geforderten Länderkompensationen.[1]

Nachdem Benedetti Bismarck bereits am 5. August schriftlich die von Frankreich gewünschten Kompensationsobjekte auf deutschem und belgischem Boden bezeichnet hatte, besprach er dieselben am kommenden Tage mit dem Ministerpräsidenten. Die Forderungen verstiegen sich diesmal bis zur Abtretung des linken Rheinufers bis Mainz, dieses einschließlich. „Wenn nicht, so ist dies der Krieg."

Bismarck antwortete, auch nicht eine Sekunde verlegen: „Gut, dann ist Krieg. Sie werden aber wohl thun, selbst nach Paris zu gehen, um diesen Krieg zu verhüten."

Darauf antwortete Benedetti, daß er aber nicht umhin könne, dem Kaiser aus eigener Ueberzeugung die Aufrechthaltung seiner Forderung zu empfehlen, weil er selbst glaube, daß die Existenz der Dynastie in Gefahr sei, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch eine derartige Konzession Deutschlands beruhigt werde.

Benedettis Haltung war entschieden und dringlich; und wenn auch Bismarck sich nicht geneigt zeigte, Mainz an Frankreich abzutreten, so ging doch die ganze Besprechung in höflichen und verbindlichen Formen vor sich, und Bismarck ließ selbst durchblicken, es könnten andere Arrangements getroffen werden, um die Interessen beider Länder zu befriedigen.

**Berlin**, den 7. August 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti über die von Frankreich beantragten Landabtretungen.[2]

Benedetti hatte tags vorher gebeten, seine Forderung dem Könige vorzulegen, worauf er am Abend des 7. August sich dessen Antwort abholen werde. Wie sich

[1] Nach Benedetti a. a. O. S. 180 und Bismarcks Rede über Elsaß-Lothringen am 2. Mai 1871, sowie nach den Mittheilungen aus dem „Preußischen Staats-Anzeiger".

[2] Nach v. Sybel: Begründung des Deutschen Reichs. Bd. V. S. 368/69, der selbst aus Aufzeichnungen und Depeschen jener Tage schöpfte.

versteht, klang der Bescheid des Königs nicht anders als das Wort des Ministers. Bei der Stimmung der Nation könne nicht ein Zoll breit deutschen Landes abgetreten werden. Hieran knüpfte sich eine nochmalige Verhandlung zwischen den beiden Staatsmännern, die mehrere Stunden dauerte. Endlich faßte Bismarck die Sache kurz zusammen.

„Warum — sagte Bismarck — wollen Sie uns solche Sprünge machen? Sie müssen es doch wissen, daß für uns die Abtretung deutscher Erde eine Unmöglichkeit ist; ließen wir uns zu dergleichen herbei, so hätten wir trotz aller Triumphe Bankerott gemacht. Vielleicht könnte man andere Wege finden, Sie zu befriedigen; aber wenn Sie auf diesen Forderungen bestehen, so gebrauchen wir — darüber täuschen Sie sich nicht — alle Mittel: wir rufen nicht bloß die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit auf, sondern wir machen auch sofort Frieden mit Oesterreich auf jede Bedingung, überlassen ihm ganz Süddeutschland, lassen uns selbst den Bundestag wieder gefallen. Aber dann gehen wir auch vereinigt mit 800 000 Mann über den Rhein und nehmen Ihnen das Elsaß ab; unsere beiden Armeen sind mobil, die Ihrige ist es nicht, die Konsequenzen denken Sie sich selbst."

Der Eindruck dieser Worte war um so stärker, je gelassener und freundlicher sie gesprochen wurden. „Wie — rief Benedetti —, Sie meinen, Oesterreich würde Frieden schließen, wenn wir gegen Sie aufträten?"

Bismarck sagte: „Es ist kein neuer Gedanke, den ich eben ausspreche. Unmittelbar vor dem Kriege haben wir darüber verhandelt, und heute, versichere ich Sie, schließt Oesterreich den Frieden. Also, wenn Sie nach Paris kommen, so verhüten Sie einen Krieg, welcher sehr leicht verhängnißvoll werden könnte."

„Wie gern thäte ich das — entgegnete der Botschafter. — Aber mein Gewissen zwingt mich, in Paris dem Kaiser zu erklären, daß, wenn er die Abtretung nicht erlangt, er mit seiner Dynastie der Gefahr einer Revolution ausgesetzt ist."

„Machen Sie — schloß Bismarck das Gespräch — den Kaiser darauf aufmerksam, daß gerade ein aus dieser Frage entsprungener Krieg unter Umständen mit revolutionären Schlägen geführt werden könnte, daß aber gegenüber einer revolutionären Gefahr die deutschen Dynastien sich fester begründet zeigen würden, als jene des Kaisers Napoleon."

**Berlin**, den 8. August 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Sendung des Generals Frhrn v. Manteuffel nach St. Petersburg.[1]

Benedetti lenkte bei einem Besuche bei dem Ministerpräsidenten das Gespräch auf die Mission des Generals von Manteuffel nach St. Petersburg[2] und befragte

[1] Nach Benedettis Bericht vom 8. August 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4558. Benedetti S. 226.

[2] Bismarck hatte Manteuffel nach Petersburg entsandt, um daselbst hervorzuheben, daß die öffentliche Meinung in Preußen den gebührenden Lohn für die gebrachten Opfer so ungestüm verlange, daß, ihr nicht entsprechen, das vitale Interesse der Monarchie gefährden heiße.

Bismarck um den Zweck der so plötzlich beschlossenen Mission eines kommandirenden Generals, dessen Truppen noch im Felde seien.

Bismarck versicherte Benedetti, er habe den Grafen v. d. Goltz bereits in der Sache instruirt, um dem französischen Kabinett Aufklärungen geben zu können. Gleichzeitig bemerkte Bismarck, der König habe es für opportun erachtet, den russischen Hof zu beruhigen, der augenscheinlich mißgestimmt sei, seitdem derselbe sich gezwungen sah, den Vorschlag in betreff der Vereinigung eines Kongresses zurückzuziehen. Der General von Manteuffel habe von dem König den Auftrag erhalten, in dieser Beziehung beschwichtigend zu wirken.

Benedetti fragte Bismarck, ob Manteuffel von den französischen Kompensationsansprüchen Kenntniß habe, worauf Bismarck bemerkte, er habe keine Gelegenheit gehabt, Manteuffel davon zu unterrichten; ob aber der König ihm den wesentlichen Inhalt derselben nicht mitgetheilt habe, dafür könne er nicht gutstehen.

Berlin, den 9. August 1866. Unterredung mit dem hessischen Minister Freiherrn v. Dalwigk, betr. den Friedensvertrag mit Hessen.[1]

Bismarck kündigte dem Freiherrn von Dalwigk den Entschluß Preußens an, Oberhessen zu annektiren.

Bismarck forderte ferner die sofortige Uebergabe von Mainz an Preußen schon vor Ablauf des Waffenstillstandes

Berlin, den 20. August 1866. Unterredung mit dem Freiherrn v. Friesen und dem Grafen Hohenthal, betr. die Eröffnung der Friedensverhandlungen mit Sachsen.[2]

Bismarck empfing die sächsischen Unterhändler sehr kalt und ernst und begann die Unterredung mit einem kurzen Ueberblick über die Sachlage. Die Verhandlungen mit Sachsen seien dadurch sehr komplizirt und schwierig geworden, daß auf Verlangen Frankreichs in den Friedenspräliminarien die Integrität Sachsen garantirt worden sei und über dessen Stellung im Norddeutschen Bunde noch verhandelt werden solle. Jene Garantie beziehe sich aber nur auf den jetzigen Territorialbestand; streng genommen sei nicht einmal die Dynastie darunter begriffen, obgleich Preußen deren Aenderung nicht beabsichtige. Ebenso gehöre Sachsen bereits zum Norddeutschen Bunde, denn nicht über den Zutritt zu demselben, sondern nur über die Stellung Sachsens in diesem Bunde solle verhandelt werden. Daran halte Preußen so unbedingt fest, daß es, wenn dies in Frage gestellt werden sollte, selbst vor einem neuen Kriege deshalb nicht zurückschrecken werde. Die Voraussetzung jeder weiteren Verhandlung sei nun, daß die Kriegsherrlichkeit des Königs von Sachsen völlig auf den König von Preußen übergehe, diesem von den sächsischen Truppen der Fahneneid geleistet werde, die letzteren der preußischen Armee völlig

[1] Nach Comte d'Harcourt: Diplomatie et diplomates. Les quatre ministères de Mr Drouyn de l'Huys. Paris 1882. S. 310.

[2] Nach v. Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 252 f.

einverleibt würden und außerhalb Sachsens Garnisonen erhielten. Dies sei die Voraussetzung jeder weiteren Verhandlung mit den sächsischen Vertretern, würde diese nicht zugestanden, so könne er überhaupt in gar keine Verhandlungen weiter eingehen; über alles andere könne das „Mehr oder Weniger“ besprochen werden. Später fügte Bismarck noch hinzu: er müsse vor Beginn der Verhandlung auch noch die Räumung und Uebergabe des Königsteins verlangen.

Die sächsischen Unterhändler bemerkten darauf, daß sie die Friedenspräliminarien allerdings anders aufgefaßt hätten, daß die Integrität des Territoriums gar keinen Werth habe, wenn sie nicht mit einer gewissen staatlichen Selbständigkeit und mit den wesentlichsten Rechten der Souveränität verbunden sei, daß letztere nach den Friedenspräliminarien zwar durch den Zutritt zum Norddeutschen Bunde beschränkt werde, über die Bedingungen dieses Zutritts aber erst noch verhandelt werden solle, nun aber durch die unbedingte Aufgabe einer jeden Kriegsherrlichkeit ein ganz wesentliches Attribut der Souveränität aufgegeben und Seine Majestät der König von Sachsen in eine Stellung gebracht werden würde, die mit der Königlichen Würde völlig unvereinbar sei.

Bismarck wollte dies nicht zugeben; der König von Sachsen behalte noch viele Souveränitätsrechte, auch wenn er gar keine Militärgewalt mehr habe. Preußen könne unmöglich das Fortbestehen einer sächsischen Armee gestatten, sie sei vortrefflich im stande, habe sich ausgezeichnet geschlagen und könne daher, wenn wieder einmal eine Differenz zwischen der preußischen und sächsischen Regierung entstünde, der ersteren sehr gefährlich werden, wenn sie sich auf eine andere größere Armee stütze, und daher dürfe sie nicht fortbestehen.

Die sächsischen Vertreter bemerkten dagegen, die Verfassung des künftigen Norddeutschen Bundes werde derartige Vorkommnisse ganz unmöglich machen; sie seien im stande, auf nichts zu bestehen, als auf der Erhaltung eines besonderen sächsischen Armeekorps unter sächsischer Kriegsherrlichkeit und mit Garnisonen im Lande, die vollständige Unterstellung desselben unter preußischen Oberbefehl im Kriege und unter gewissen Voraussetzungen auch im Frieden aber zuzugestehen.

Bismarck hörte dieser längeren und speziell motivirten Darstellung aufmerksam zu, erwiderte aber dann, daß er darauf nicht eingehe, und wenn sie nicht instruirt seien, seine an die Spitze gestellten Forderungen zuzugestehen, sich auf gar keine Verhandlung einlassen könne.

Hieran knüpfte sich noch ein etwas lebhaftes Gespräch, in welchem die sächsischen Unterhändler unter anderem hervorhoben, daß es für Seine Majestät den König von Sachsen doch moralisch unmöglich sei, die Armee, die sich in diesem Kriege so ausgezeichnet gehalten und für ihren Allerhöchsten Kriegsherrn so viel gethan und gelitten habe, geradezu der Vernichtung und Auflösung preiszugeben, worauf Bismarck nur erwiderte, daß es für Preußen unmöglich sei, diese Armee fortbestehen zu lassen. Seine Forderung enthalte übrigens kein Mißtrauen gegen die Armee, sondern die Regierung sei es, welche ihn zu jener Forderung nöthige.

Sachsen sei stets und unter allen Umständen der Feind Preußens gewesen, das könne sich wiederholen; der Versicherung der sächsischen Unterhändler, daß sie jetzt die besten Intentionen hätten, wolle er gern glauben, das könne sich aber ändern, alle Versprechungen und Ansichten über die Zukunft hätten wenig materiellen Werth; es könnten sich wie bisher auch künftig verschiedene Ansichten bilden über die Auslegung der Bundesverfassung und dergleichen, das Ausland könne sich einmischen und dann könne die sächsische Armee als Avantgarde einer österreichischen bei Riesa doch sehr gefährlich werden. Diese Möglichkeit müsse ein für allemal abgeschnitten werden.

Im Laufe dieser Diskussion, in welcher die sächsischen Vertreter die Ansichten Bismarcks zu bekämpfen suchten, hatte Friesen unter anderem geäußert: Wenn dem Könige von Sachsen eine ehrenhafte und würdige Stellung im Norddeutschen Bunde geschaffen würde, werde Preußen keinen besseren und treueren Bundesgenossen haben als ihn.

Als Bismarck darauf fragte, was er unter einer solchen Stellung verstehe, antwortete Friesen, er verstehe darunter zunächst und in erster Linie, daß der König von Sachsen ein eigenes Armeekorps behalte, welches ein Kontingent des norddeutschen Bundesheeres bilde. Hierauf antwortete Bismarck jedoch ganz entschieden, daß dies ganz unmöglich sei und davon gar nicht die Rede sein könne.

Da unter diesen Umständen nichts weiter zu verhandeln war, so bat Friesen Bismarck nur noch, ihnen seine Forderungen schriftlich zustellen zu wollen, damit sie darüber an den König von Sachsen Bericht erstatten könnten. Bismarck lehnte dies mit der Bemerkung ab, daß seine Forderungen ganz klar und einfach seien und eine Diskussion nicht zuließen, daß es daher Sache der sächsischen Vertreter sei, eine schriftliche Erklärung abzugeben, wenn sie nicht sofort zustimmen könnten.

Friesen behielt sich dies daher vor und damit war diese, zum theil ziemlich lebhafte Unterredung, die etwa eine Stunde gedauert hatte, beendet.

**Berlin**, den 20. August 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. neue französische Länderkompensationen.[1]

Der französische Botschafter Benedetti erschien bei Bismarck, um ihm einen neuen Antrag Frankreichs auf Erwerbung einer Kompensation vorzulegen. Frankreich forderte zunächst für einen offenen Vertrag die Herstellung seiner Grenzen von 1814, also die Erwerbung Landaus und der oberen Saar, sowie die Annexion Luxemburgs, daneben aber die Fähigkeit, auf Grund eines geheimen Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen, weiterhin Belgien sich anzueignen.

Bismarck erklärte sofort die absolute Unmöglichkeit einer deutschen Landesabtretung aufs neue. Dann ließ er sich in dem lebhaften Wunsche, vor dem Abschluß des österreichischen Friedens einen offenen Bruch zu vermeiden, scheinbar rück-

[1] Nach Sybel, Bd. V. S. 404 f.

haltlos und ausführlich auf eine Besprechung der übrigen Artikel der französischen Entwürfe ein.

Bismarck machte eventuelle Aenderungsvorschläge, bemerkte, daß der König ohne bestimmte Vortheile Preußens gewiß das Ganze ablehnen würde, und wünschte die Abrede über Luxemburg mit jener über Belgien in einem geheimen Vertrage zu vereinigen.

Genug, Benedetti faßte Hoffnung, mit einigen Zusätzen und Verbesserungen würde die Abkunft zu glücklichem Schlusse gelangen

**Berlin, den 21. August 1866.** Unterredung mit dem Legationsrath von Bernhardi über die Parteien in Italien, den Gesandten Barral, den Waffenstillstand und den Friedensschluß, eine Differenz mit Oesterreich, den Gesandten Usedom, Bernhardis Rückkehr nach Italien.[1]

Am 21. August 1866 hatte Bismarck den Legationsrath Theodor von Bernhardi zu sich gebeten, welcher zwei Tage vorher von seiner offiziellen Sendung nach Italien zurückgekehrt war.

Bismarck sagte zu Bernhardi, daß er nicht viel Zeit habe und bald zum Könige müsse; auf die Vergangenheit könne er nicht zurückgehen, dazu habe er keine Zeit; Bernhardi solle ihm sagen, wie die Dinge jetzt in Italien ständen.

„Ich muß doch auf die Vergangenheit zurückgehen — bemerkte Bernhardi —, so weit zum Verständniß der Gegenwart nothwendig ist.“ Hierauf berichtete Bernhardi kurz über die beiden Parteien, die einander in Italien gegenüberständen: die piemontesische und die nationale. Die letztere sei es, die Preußen unterstützen müsse. Die Piemontesen wollten in diesem Kriege nur Venetien haben, gleichviel auf welche Weise; für die nationale Partei sei Venetien fast sekundär, ihr galt als Hauptsache, Italien von der französischen Bevormundung zu befreien und wirklich selbständig hinzustellen. Deshalb hätte diese Partei gewiß nie, um Venetien zu erwerben, einen Krieg unter Frankreichs Aegide geführt — und deshalb liege auch jetzt, unter ihrer Leitung, der italienischen Regierung vor allem daran, den Frieden in Prag zu schließen; wenigstens örtlich mit Preußen zusammen; nicht in Paris unter französischem Schutz. Das sei den Staatsmännern dieser Partei sehr wichtig.

Darauf bemerkte Bismarck: Er habe Menabrea durch (Robert) Goltz nach Prag entbieten lassen, Menabrea habe aber von Paris aus ausweichend geantwortet, er könne nicht kommen. Mit Barral sei nicht vorwärts zu kommen; der sei beschränkt und empfindlich. „Er versteht sehr oft nicht, was man ihm sagt, und ist zuweilen beleidigt, man weiß nicht wodurch. Er steht dann mitten im Gespräch auf, verbeugt sich schweigend und geht.“

Hierauf bemerkte Bernhardi: „Berichte von Barral, die ihm Visconti-Venosta mitgetheilt habe, hätten allerdings so geklungen, als sei Italien von Preußen schnöde behandelt worden.“

[1] Nach Bernhardi, Bd. II. S. 262. Zu Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

Bismarck: „Dann hat er mich nicht verstanden. Die Italiener haben aber durch ihre übermäßigen Forderungen die ganze Situation sehr erschwert.“

Bernhardi: „Diese übermäßigen Forderungen haben die Italiener zunächst gewissermaßen uns zu Gefallen gemacht; sie glaubten uns einen Dienst zu erweisen und nach unseren Wünschen zu verfahren, wenn sie ihre Forderungen in der Weise steigerten, daß Waffenstillstand und Friede dadurch unmöglich wurden.“

Bismarck: „Damit sind sie zu spät gekommen. Es gab allerdings einen Moment, wo wir dergleichen Schwierigkeiten wünschten. Aber das war etwas früher; wir wünschten sie nicht mehr, als die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich nahe rückte.“ Als das der Fall war, habe er (Bismarck) den General Govone gefragt, inwiefern Preußen, im Fall eines Krieges mit Frankreich, auf Italien rechnen könnte; an sich hätte Preußen, im Bunde mit Italien, selbst den Doppelkrieg mit Oesterreich und Frankreich nicht gescheut, denn unfehlbar würden sich selbst die süddeutschen Staaten Preußen angeschlossen haben, wenn Frankreich einschritt, und die Einheit Deutschlands würde dadurch herbeigeführt worden sein. Govone aber habe in so schwankender, unsicherer Weise geantwortet, daß Preußen sich hätte sagen müssen, es sei auf Italien eben nicht zu rechnen, und da sei denn der Friede mit Oesterreich nothwendig gewesen, um sich gegen Frankreich gehörig vorsehen zu können. In Nikolsburg habe er (Bismarck) dem Grafen Barral denn auch die Nothwendigkeit eines raschen Abschlusses Preußens mit Oesterreich erklärt, die Gründe dieser Nothwendigkeit auseinander gesetzt und ihn aufgefordert, sich an den Unterhandlungen zu betheiligen, um auch seinerseits gleichzeitig mit Preußen für Italien abschließen zu können. Barral habe darauf verlangt, die Oesterreicher sollten direkt mit Italien unterhandeln (nicht etwa bloß durch Frankreich oder durch Preußen), die österreichischen Gesandten sollten demnach zunächst Vollmachten vorlegen, durch die sie zu einer solchen Unterhandlung ermächtigt seien.

Er (Bismarck) hat darauf bei den Oesterreichern angefragt, ob sie mit einer solchen Vollmacht versehen seien? Die österreichischen Gesandten hätten geantwortet, daß sie eine solche Vollmacht nicht hätten, sie sich aber verschaffen könnten. Nach einiger Zeit hätten sie angezeigt, daß sie nun mit der verlangten Vollmacht, auch mit Italien zu unterhandeln, versehen seien. Er (Bismarck) habe das sofort dem Grafen Barral mittheilen wollen, der aber sei mitsamt dem italienischen Obersten d'Avet spurlos aus Nikolsburg verschwunden; beide seien nach Prag gereist, ohne irgend Jemand davon in Kenntniß zu setzen.

Bernhardi: „Beide vertreten das piemontesische Prinzip!“

Bismarck: „Wir haben jetzt den Italienern zu Liebe eine Differenz mit Oesterreich. Wir verlangen, daß in den Friedenstraktat mit uns ein Artikel in Beziehung auf Venetien aufgenommen werde, der dem betreffenden Artikel in unserem Allianzvertrag mit Italien genau entspricht. Die Oesterreicher wollen sich bis jetzt dazu nicht verstehen.“

Im weiteren Verlaufe der Unterredung äußerte sich Bismarck in hohem Grade

unzufrieden mit Usedom, der sei „ein angenehmer Feuilletonist; seine Berichte enthalten sehr viel Deklamationen, mit denen gar nichts anzufangen ist.“ Es sei ihm (Bismarck) gar nicht recht, daß Bernhardi zurückgekommen sei; er hätte noch sollen in Florenz bleiben.

Bernhardi: „Sie haben mich doch abgerufen.“

Bismarck: „Nur weil ich glaubte, daß es Ihr Wunsch sei.“ — Er solle wieder hin.

Bernhardi: „Wenn es wieder Ernst wird, bin ich auch sehr bereit, wieder hinzugehen.“

Bismarck: „Ernst oder nicht Ernst, wir müssen da Jemand haben, an den wir schreiben können. Ich werde noch heute mit dem Könige darüber sprechen.“

Berlin, den 21. und 22. August 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die französischen Länderkompensationen und die Aufnahme der nordschleswigschen Frage in den Prager Friedensvertrag.[1]

Die Besprechungen Bismarcks mit dem französischen Botschafter über den französischen Kompensationsvertrag, welche am 20. August begonnen hatten, wurden unter beiderseitiger Freundlichkeit fortgesetzt.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion stellte der französische Botschafter Graf Benedetti an Bismarck die Frage, ob die Klausel wegen eventueller Rückgabe der dänischen Distrikte Schleswigs an Dänemark in dem in Prag verhandelten Friedensvertrage Aufnahme finden werde.

Bismarck leugnete nicht direkt, daß Preußen diesen Artikel unter Umständen aus dem Friedensvertrage herausheben möchte; er gab selbst zu, daß die deutschen und österreichischen Unterhändler veranlaßt worden seien, zu erwägen, ob es opportun sei, den fraglichen Artikel in das Friedensinstrument aufzunehmen. Die Initiative sei von Oesterreich ausgegangen, das sich erboten habe, über diesen Punkt mit Stillschweigen hinwegzugehen, wenn Preußen zustimme, den Wortlaut der Bestimmungen in betreff der Abtretung von Venetien zu ändern.

Graf Benedetti hielt es für überflüssig, bezüglich dieses Punktes um noch weitere Aufklärungen in Bismarck zu dringen; er erbat und erhielt von dem Letzteren aber die Versicherung, daß der Friedensvertrag den Artikel III der Friedenspräliminarien von Nikolsburg wörtlich enthalte.

Berlin, den 27. August 1866. Unterredung mit dem österreichischen Bevollmächtigten Freiherrn v. Brenner, betr. ein Eintreten Oesterreichs zu gunsten des Königreichs Sachsen.[2]

Der österreichische Bevollmächtigte bei den Verhandlungen über den Prager Frieden war nach Berlin gesandt worden, um der preußischen Regierung darzulegen,

[1] Nach Sybel, Bd. V. S. 407, und Benedettis Bericht vom 21. August 1866. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4557. S. 180. Benedetti S. 223.

[2] Nach der als trübe Quelle bezeichneten Darstellung in Memor (Gramont): L'Allemagne nouvelle. S. 389.

daß ihre an Sachsen gestellten Forderungen nicht mit den Nikolsburger Abmachungen bezüglich Sachsens in Einklang ständen.

Bismarck empfing den österreichischen Vertreter ziemlich unfreundlich; er bestritt ihm zunächst die Berechtigung, zu gunsten Sachsens zu sprechen. Oesterreich habe durch den Friedensvertrag und die Nikolsburger Präliminarien sich verpflichtet, alles anzuerkennen, was der König von Preußen in Norddeutschland thun werde, und habe versprochen, sich nicht einzumischen. Infolgedessen habe es kein Recht, zwischen Preußen und Sachsen zu interveniren. Uebrigens sei in Bezug auf die Nikolsburger Präliminarien die Lage Oesterreichs und Preußens nicht dieselbe; diese Präliminarien seien dem siegreichen Preußen vorgelegt worden und dieses habe, indem es dieselben aus Großmuth und Nachgiebigkeit unterschrieben, allein das Recht behalten, sie zu interpretiren und die Grenzen seines Entgegenkommens festzustellen; auf diesen Standpunkt müsse man sich stellen, um die Verpflichtungen des Königs von Preußen richtig zu würdigen. Nun fange Se. Majestät an, der Einmischungen der fremden Mächte in Angelegenheiten überdrüssig zu werden, die sie nichts angingen und deren Entscheidung dem Könige allein zustehe. Es sei nöthig, sich ein für allemal hierüber zu verständigen, und Baron von Brenner könne seiner Regierung wiederholen, daß der König von Preußen nicht die Absicht habe, weder durch Vorstellungen von seiten Oesterreichs noch auch von seiten Frankreichs in der Regelung der Beziehungen zu den von ihm besiegten Fürsten sich beeinflussen zu lassen. Der König sehe im Gegentheil diese Interventionen sehr ungern, und er als Minister des Königs müsse dem Baron von Brenner erklären, daß das Eintreten Oesterreichs und Frankreichs zu gunsten des Königs von Sachsen keine andere Wirkung haben könne, als das Schicksal dieses Souveräns zu erschweren. Es müsse um jeden Preis den fremden Einmischungen in die Angelegenheiten Deutschlands, deren Regelung in Zukunft Preußen allein zustehe, vorgebeugt werden, und da der König von Sachsen Oesterreich und Frankreich zu Hülfe gerufen habe, so würde er als Exempel dienen und auf seine Kosten den deutschen Fürsten zeigen, was sie zu gewinnen hätten, wenn sie derartig handelten.[1]

[1] Nach Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 263 war der Freiherr von Brenner am 27. August 1866 in Berlin angekommen, um für Sachsen zu vermitteln, und insbesondere den General von Fabrice, der nächstens als sächsischer Militärbevollmächtigter in Berlin erscheinen sollte, anzumelden. Bismarck hatte den Empfang Brenners telegraphisch abgelehnt, Letzterer aber das Telegramm nicht mehr erhalten. Bei seiner Meldung bei Bismarck wurde er von demselben sehr unfreundlich empfangen; Bismarck wies jede Intercession Oesterreichs für Sachsen zurück, er erging sich in harten Ausdrücken über Sachsen und dessen Bestreben, sich durch fremde Hülfe zu decken und lehnte insbesondere den Empfang eines sächsischen Generals zu Verhandlungen über den von ihm als unmöglich bezeichneten Fortbestand einer sächsischen Armee entschieden ab. Bernhardi, Bd. VII. S. 270 schreibt: Die Intriguen des Hauses Sachsen scheinen zu beginnen. Wahrscheinlich von Sachsen dazu veranlaßt, wollte Oesterreich den Baron Brenner hersenden, um für Sachsen zu interveniren, ist aber von Bismarck kurz abgewiesen worden durch Hinweisung auf den Artikel des Nikolsburger Friedensvertrages, demzufolge Oesterreich sich in die Angelegenheiten Norddeutschlands gar nicht zu mischen hat. (NB. well done!)

Berlin, den 29. August 1866. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. den Vertragsentwurf über die Gebietsentschädigungen für Frankreich und Bismarcks Mißstimmung gegen die fremden Intercessionen für Sachsen.[1]

Am 29. August 1866 überreichte der französische Botschafter Bismarck einen nach dessen Wünschen modifizirten Vertragsentwurf über die Gebietsentschädigungen für Frankreich, damit Bismarck sie dem Könige zur Prüfung und Genehmigung vorlege.

Bismarck nahm den Vertragsentwurf nach Benedettis Wunsch an sich, überraschte zugleich aber den Botschafter durch die Frage, ob nicht der Kaiser Napoleon solche Verhandlungen benutzen werde, um zwischen Preußen und England Mißtrauen zu erregen.

Bei dieser Gelegenheit kam Bismarck auch auf den Stand der Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Sachsen zu reden und äußerte dann:[2] das Verhältniß zu Sachsen würde nicht eher besser werden, als bis einmal ein eklatanter Schritt geschehe, der klar beweise, daß Sachsen künftig mit Preußen gehen wolle und nicht mehr mit Oesterreich, und auf die Frage, welcher Art denn ein solcher Schritt etwa sein könne, antwortete er: „Nun, z. B. wenn die sächsische Armee nach Schlesien geht; dort wird sie mit Achtung aufgenommen werden, kann ihre Demobilisirung ruhig durchführen und nach abgeschlossenem Frieden nach Sachsen marschiren.“

Berlin, Ende August 1866. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Kompensation für Frankreich.[3]

Der englische Botschafter Loftus hatte mit Bismarck nach dessen Rückkehr aus dem Feldzuge eine Unterredung, worin er auf die umlaufenden Nachrichten, daß Frankreich von Preußen eine Kompensation für die dem letzteren durch den Krieg zu theil gewordene große Gebietserweiterung verlangt habe, Bezug nahm.

Bismarck erwiderte hierauf, Frankreich sei neutral geblieben und habe nicht mehr zum Vortheil Preußens wie zu gunsten seiner Feinde gethan. Frankreich habe seine Stimme erhoben, um den Vormarsch des preußischen Heeres aufzuhalten; es habe sein Wort für Oesterreich, für Sachsen, für Bayern eingelegt. Preußen könnte ebensogut von Frankreich nach Solferino eine Kompensation verlangt haben, denn es wäre damals notorisch gewesen, daß die Furcht vor einer preußischen Intervention zum Frieden geführt habe.

---

[1] Nach Sybel, Bd. V. S. 411.

[2] Nach Friesen: Erinnerungen. Bd. II. S. 272. Die obige Unterredung ist in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[3] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 98/99.

Berlin, den 10. September 1866. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger Lefèbvre de Béhaine, betr. die Einziehung der französischen diplomatischen Agenten in Frankfurt, Cassel und Hannover, sowie unberechtigte französische Einmischungen in deutsche Verhältnisse.[1]

Bis zum Kriege von 1866 war Frankreich in Frankfurt, Cassel und Hannover durch bevollmächtigte Minister vertreten gewesen; die französische Regierung beabsichtigte, nunmehr an deren Stelle Konsuln einzusetzen.

Lefèbvre de Béhaine brachte dies im Auftrage seiner Regierung zur Kenntniß Bismarcks und glaubte damit auf keinerlei Schwierigkeiten zu stoßen.

Bismarck bemerkte aber hierzu, Frankreich verletze fortwährend die Anschauungen, welche bei dem Abschluß der Friedenspräliminarien maßgebend gewesen seien; es wolle bei der Konstituirung des Norddeutschen Bundes mitsprechen, das sei unzulässig und geeignet, die allgemeine Politik Preußens zu verändern.

Bismarck schien das Erstaunen des französischen Geschäftsträgers hierüber zu bemerken, und um seine Ausführungen zu rechtfertigen, erging er sich in Vorwürfen über die französische Intervention. Schließlich beklagte Bismarck sich bitter über die häufigen französischen Einmischungen in die sächsische Angelegenheit, indem er bemerkte, Frankreich verletze so den Geist und den Wortlaut der Friedenspräliminarien.

Das Gespräch wurde danach abgebrochen.

Berlin, den 14. Januar 1867. Unterredung mit dem Legationsrath Theodor v. Bernhardi, betr. Bernhardis künftige Verwendung als Militärbevollmächtigter in Florenz, als Ersatz für den unfähigen Gesandten Grafen Usedom. Schwierigkeit mit den Ministerkollegen.[2]

Bismarck empfing Bernhardi, den er zu sich gebeten hatte, in Militäruniform, die er aus Gesundheitsrücksichten jetzt immer trug, um bis oben zugeknöpft zu sein.

Bismarck fragte, ob Bernhardi geneigt wäre, auf längere Zeit nach Italien zu gehen, und fügte nach einigem Hin- und Herreden hinzu, daß er als Militärbevollmächtigter nach Florenz zu gehen hätte.

Bernhardi: „General Moltke hat mir schon davon gesprochen; indem wir aber die Sache überlegten, kamen wir sehr bald auf die Frage, ob es nicht für den Augenblick wichtiger wäre, daß ich in den Norddeutschen Reichstag gewählt werde?“ —

Bismarck: „Hm, da kommen wir freilich auf ein ganz anderes Feld.“

Bernhardi schilderte die Lage in seinem Wahlkreise, daß Stolberg von Jannowitz abgelehnt habe, Zedlitz wahrscheinlich nicht durchkomme und möglicherweise, wenn er ablehne, Jemand gewählt werde, der der Regierung unbequem werden könnte.

Darauf erwiderte Bismarck, das alles sei allerdings zu erwägen. Er setzte sodann auseinander, wie Bernhardis Sendung nach Italien zu verstehen sei. Es

[1] Nach Comte d'Harcourt, Diplomatie et diplomates. Les quatre ministères de Mr. Drouyn de l'Huys. Paris 1882. S. 317 f.

[2] Nach Bernhardi, Bd. II. S. 319. In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

sei für Preußen wichtig, von dem Zustand der italienischen Armee in zuverlässiger Weise unterrichtet zu sein — nicht etwa, weil Preußen sie möglicherweise könnte zu bekämpfen haben, sondern im Gegentheil, um zu wissen, was es vorkommenden Falls von ihr zu erwarten habe. Das sei indessen nicht die Hauptsache. Usedoms Berichte seien unzuverlässig und zu nichts zu gebrauchen. Usedom sei ein sehr liebenswürdiger Mann, ein liebenswürdiger Feuilletonist, der sehr angenehm Konversation mache — aber kein Staatsmann. Er erzähle in seinem Berichte nie die Dinge selbst, sondern spreche immer nur seine Ansicht von den Dingen aus, ohne zu sagen, worauf sie denn begründet sei, so daß man sich ein eigenes Urtheil nach seinen Depeschen gar nicht bilden könne. Und noch dazu schwankten seine Darstellungen hin und her, von einem Extrem zum andern.

Einmal sei alles couleur de rose — und acht Tage darauf schreibe er dann wieder, in Italien sei alles verloren, wenn man dem König nicht den Schwarzen Adler-Orden sende. Man brauche aber präzise und zuverlässige Berichte aus Italien; Bernhardi kenne dort Land und Leute; mit einem der Untergebenen, einem der Sekretäre unmittelbar zu korrespondiren, das sei gegen die bestehende Ordnung und überhaupt nicht thunlich; von denen könne man sich nicht besondere Berichte einsenden lassen. Usedom sei aber auch nicht zu beseitigen; ihn ohne weitere Umstände zur Disposition zu stellen, dazu könne der König sich nicht entschließen; dazu sei der Herr zu rücksichtsvoll, und er, Bismarck, vermöge nicht, ihn dahin zu bringen. — Da man nun auch von den Sekretären nicht besondere Berichte einfordern könne, sei eben nur die Korrespondenz mit dem Militärbevollmächtigten übrig, der selbstständig und unabhängig neben dem Gesandten stehe, und da die beiden militärischen Autoritäten Roon und Moltke Bernhardi zu dieser Stellung vorgeschlagen hätten, sei er selbst natürlich sehr gern auf diese Anstellung eingegangen.

Bernhardi: „Das ist eine sehr schwierige Stellung, die mir zugedacht ist, und doppelt schwierig für mich wegen der langjährigen, freundschaftlichen Beziehungen, in denen ich zu Usedom stehe.“ Darauf erörterte Bernhardi seine Lage und seine wissenschaftlichen Arbeiten; sie seien ihm wichtig als Mittel, seinen Kindern, denen er nur ein sehr geringes Vermögen hinterlassen könne, einen bekannten und geachteten Namen zu hinterlassen, „und ich habe nur noch wenige Jahre vor mir, um sie zu vollenden. Ich gebe also sehr viel auf, wenn ich sie liegen lasse, um eine Mission zu übernehmen, und kann das nur thun, wenn die Sache, um die es sich handelt, von solcher Wichtigkeit ist, daß die Annahme Pflicht wird. Es fragt sich nun, ob die Wahl in den Reichstag nicht für jetzt von überwiegender Wichtigkeit ist.“

Bismarck: „Otium cum dignitate.“ Wenn Bernhardi daran gelegen sei, würde er es aber im Reichstag auch nicht finden.

Bernhardi: „Das weiß ich natürlich wohl“; und eine parlamentarische Thätigkeit sei ihm sogar von allen erdenklichen eine der allerunangenehmsten; er trage gar kein Verlangen danach; aber die Sache scheine ihm diesmal so wichtig, daß die genannten Rücksichten schweigen müßten — wie in jedem Fall von gleicher Wichtigkeit.

Bismarck: „Hm! si le coeur ne vous en dit pas pour l'Italie“ — er sei abergläubisch; oft, wenn er sich die Dinge auch noch so gut überlegt und berechnet habe, und es trete ihm dann eine unerwartete Schwierigkeit in den Weg, habe er den Instinkt, es solle wohl nicht sein. Bernhardi möge denn also versuchen, sich wählen zu lassen. Die Sendung nach Italien — das sei nicht „eine Sache von Wochen, von Monaten“. Wenn Bernhardi bei den Wahlen „durchfalle“ (lachend) ließe sich wieder von der Sache sprechen, und das weitere werde sich finden; die Stelle in Florenz werde inzwischen offen bleiben.

Bernhardi fragte, wann die Wahlen stattfinden würden.

Bismarck: Am 12. Februar; das sei allerdings viel später, als er gewünscht hätte, zu spät eigentlich, aber was wolle man! Während seiner Abwesenheit und Krankheit sei eben gar nichts geschehen. — „Die Geheimräthe haben sich untereinander gezankt, die Minister haben miteinander dinirt, weiter ist gar nichts geschehen.“ Bernhardi könne gar nicht ermessen, was es für eine Plage sei, sieben Menschen in Ordnung zu halten, die alle miteinander von der Sache nichts verstehen.

**Berlin**, Mitte Februar 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Rede des Kaisers Napoleon bei Eröffnung der französischen Kammer.[1]

Bismarck äußerte zu dem französischen Botschafter Benedetti in Bezug auf die Bemerkung des Kaisers Napoleon in der Ansprache an die Kammer,[2] daß sein Wort genügt habe, die siegreiche preußische Armee vor den Thoren Wiens aufzuhalten,

[1] Nach **Rothan**: L'affaire de Luxembourg. S. 144. In der Thronrede, mit welcher König Wilhelm nach dem Kriege von 1866 die preußischen Kammern eröffnete, war die französische Neutralität und Vermittelung im deutsch-österreichischen Kriege mit Stillschweigen übergangen worden. Dieses Stillschweigen hatte Napoleon sehr gekränkt, und obgleich er damals noch alle Anstrengungen machte, Preußen zu einem Offensiv- und Defensivbündniß und zur Einwilligung in die Annexion von Luxemburg zu drängen, konnte er sich nicht enthalten, bei der Eröffnung des Corps legislatif in stolzer Sprache daran zu erinnern, daß ein Wort von ihm genügt habe, um die siegreiche preußische Armee vor den Thoren Wiens aufzuhalten. Herr von Rothan erzählt über den Eindruck, den diese Thatsache in Berlin machte, das folgende:

Die Phrase, die wie eine Herausforderung klang, wurde durch die französischen Kammern stürmisch begrüßt; sie enthüllte die Leidenschaften, die in den Tiefen schlummerten, in Berlin aber fand sie den ungünstigsten Widerhall. Um seiner Eigenliebe einen flüchtigen Triumph zu bereiten, kompromittirte der Kaiser die Aktion seiner Diplomatie und sie sollte den Gegenstoß alsbald empfinden. Den folgenden Tag war Hofball in Berlin, der König sprach sich unserem Botschafter gegenüber über die französische Thronrede mit außerordentlicher Zurückhaltung aus; in einem Ton, der von seiner gewöhnlichen Leutseligkeit abwich. Der König erklärte sich befriedigt von der Art, wie Kaiser Napoleon die europäische Lage beurtheile, aber er vermied es, von dessen Person zu sprechen und enthielt sich jeder Anspielung auf das Verhältniß beider Länder. — Das Stillschweigen ist für die Könige wie für die Völker das Mittel, um ihre Verstimmung zu zeigen.

[2] In der öffiziösen Berliner Presse verlautete aber demnächst: „Kaiser Napoleon ist wieder seiner Gewohnheit gefolgt, Frankreich gelehrte Vorlesungen über die neue Anwendung des

olgendes: „die Rede ist friedlich, versöhnlich und liberal, und ich bemerke, wie der Kaiser sich erinnert, daß Frankreich uns vor den Thoren Wiens aufgehalten hat. Ich konstatire die Richtigkeit dieser Behauptung und begreife, daß er die Thatsache in seiner Rede erwähnt hat.“[1]

Berlin, Februar 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die luxemburgische Frage.[2]

Benedetti bat Bismarck, neue Versuche unter Moltkes Beihülfe zu machen, um beim Könige die freiwillige Zurückziehung der Besatzung der Luxemburger Citadelle zu erlangen. Dies erschien Benedetti die einfachste Lösung; eine freiwillige Entschließung des Königs würde alle Schwierigkeiten beseitigen und wäre der deutlichste Beweis des guten Willens auf seiten Preußens.

Bismarck war anderer Ansicht. „Wenn aber, wie ich voraussehe — sagte er —, meine Bemühungen fruchtlos sind, so wird alles kompromittirt sein und wir werden das umsomehr bedauern, als wir dicht davor stehen, vor dem Reichstage erscheinen und demselben die doppelte Frage wegen Luxemburgs und Limburgs zur Lösung vorlegen zu müssen. Ich muß mich dann äußern und bindende Erklärungen abgeben, die mir keine Aktionsfreiheit mehr lassen. Die Sache ist also für Sie wie für uns dringend, und ich kann Ihnen nur anheimstellen, den Weg zu verfolgen, den ich Ihnen empfohlen habe und der nach meiner Ansicht der kürzeste und sicherste ist.“

Dann brachte der Botschafter das Gespräch auf die geplante allgemeine Allianz zwischen Frankreich und Preußen.

Bismarck erwiderte ausweichend; er verschanzte sich hinter dem Charakter des Königs, der schwer zu einem Entschluß zu bringen sei. Er gestand zu, daß der König vor dem Gedanken eines Offensivbündnisses mit Frankreich zurückschrecke, das ihn verpflichten würde, Frankreich die Mitwirkung aller seiner Streitkräfte bei der Erwerbung Belgiens zu gewähren; er sei aber der Ansicht, es würde wenig Mühe verursachen, seine Ansichten zu denjenigen des Königs zu machen, wenn man ihm das Bündniß in bloß defensiver Form unterbreite, die Preußen nur zu einer wohlwollenden Neutralität bei allen Eventualitäten veranlasse, welche die Ausdehnung Frankreichs nach Norden herbeiführen könnte. „Auf diesem Terrain — sagte er — würde es mir leicht sein, an die Gesinnungen Sr. Majestät zu appelliren und ihn zu bewegen, dem Kaiser Napoleon die Dienste zu erwidern, welche er während des letzten Krieges vom Kaiser empfangen habe.“

---

Nationalitätsprinzips in Deutschland zu halten und an seine Intervention in Nikolsburg zu erinnern. Man muß abwarten, wie diese stolze Sprache mit der Räumung von Rom und Mexiko in Uebereinstimmung gesetzt werden soll.“

[1] Die französische Kammer wurde am 14. Februar 1867 eröffnet. (Sybel, Bd. VI. S. 47.)

[2] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. S. 122 f. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

Berlin, den 14. Februar 1867. Unterredung mit dem Legationsrath von Bernhardi, betr. Mittheilungen aus dem Orient.[1]

Während Bernhardi auf dem Hofball im Weißen Saale stand, rannte Bismarck in großer Eile vorbei, streckte ihm aber, als er ihn gewahr wurde, die Hand entgegen, schüttelte sie, daß Bernhardi die Schulter weh that, und dankte für die ihm durch Keudell übermittelten Mittheilungen aus dem Orient, die sehr interessant seien. Gemeint war ein Bernhardi mitgetheilter Brief eines Garibaldischen Offiziers Namens Blackey, der ersehen ließ, daß die Garibaldische Aktionspartei einen Schlag in Konstantinopel beabsichtige und im Falle seines Mißlingens eine Erhebung im Epirus bewerkstelligen wollte. Demnächst fragte Bismarck Bernhardi auch noch, wie es mit Italien stehe.

Berlin, Ende Februar oder Anfang März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die luxemburgische Frage.[2]

Obwohl krank, empfing Bismarck den französischen Botschafter Benedetti; Ersterer sah blaß, abgezehrt und augenscheinlich geschwächt aus; er hatte rheumatische Schmerzen, die sich in der Herzgegend festgesetzt hatten und ihn beim Sprechen hinderten; dennoch sprach er ausführlich, ohne dem Botschafter Zeit zum Fragen zu lassen. Er äußerte:

Der König sei noch immer das große Hinderniß mit seinen Bedenken; er (Bismarck) lasse aber keine Gelegenheit vorübergehen, ohne die Angelegenheit vorzubringen und die Ermächtigung zum weiteren Verhandeln mit Frankreich zu erbitten. Alles diene ihm als Mittel, den König zu überzeugen, sowohl seine (Bismarcks) Unterredungen mit dem Botschafter wie diejenigen des Kaisers Napoleon mit dem preußischen Botschafter Grafen v. d. Goltz. Er bedauere durchaus die Vorstellungen, welche Herr de Moustier dem Botschafter des Königs bezüglich der Verzögerungen gemacht habe, denen seine Eröffnungen in Berlin begegneten; er sehe mit Vergnügen, daß der Kaiser selbst seine Ueberraschung und sein Bedauern darüber bezeuge; das seien alles ihm (Bismarck) zu statten kommende Argumente.

Er sei glücklich, zu konstatiren, daß der Kronprinz günstiger gestimmt zu werden anfange und anzuerkennen beginne, daß das einzige Mittel, den Krieg abzuwenden und die erreichten Vortheile nicht aufs Spiel zu setzen, ein Arrangement mit Frankreich sei. So lasse alles vermuthen, daß seine Bemühungen nicht fruchtlos sein würden.

Er bekräftigte die Aufrichtigkeit seiner Absichten durch den Hinweis auf seine kürzlich dem niederländischen Gesandten abgegebenen Erklärungen. Er habe demselben gesagt, daß Preußen von Holland weder einen Zoll seines Gebiets noch den Eintritt seiner Provinzen in den Norddeutschen Bund beanspruche. Er gestehe zu,

[1] Nach Bernhardi, Bd. II. S. 331. In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

[2] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. S. 171 f. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

daß die Verträge, auf Grund deren das Recht zur Besetzung der Citadelle von Luxemburg bestehe, infolge der letzten Ereignisse hinfällig geworden seien, und er persönlich sei der Meinung, daß, wenn es dem König der Niederlande beliebe, das Großherzogthum an Frankreich zu überlassen, die preußische Regierung nichts dagegen zu sagen hätte; daß ihr aber nichts weiter übrig bliebe, als ihre Truppen zurückzuberufen, ohne daß erst die französische Regierung ein entsprechendes Ansuchen stelle.

„Verfahren Sie mit Mäßigung — fuhr Bismarck fort —, diese Forderung würde durchaus keine Schwierigkeiten machen."

Er empfahl sodann, der niederländischen Regierung diese Idee zu unterbreiten und ihr nöthigenfalls den Schutz Frankreichs gegen jeden Anspruch Deutschlands zu versprechen; dieses Versprechen würde die französische Regierung zu nichts verpflichten, denn Niemand in Berlin denke daran, Holland zu vergewaltigen.

Berlin, den 8. März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Der französische Botschafter Benedetti hatte demnächst Bismarck eine Depesche des französischen Ministers des Aeußern, betreffend die Luxemburger Frage, mit einigen begleitenden Zeilen übersandt. In derselben war von den Erklärungen, die Bismarck bei der letzten Unterredung dem Botschafter abgegeben hatte, unter ausführlicher Wiedergabe der Aeußerungen Bismarcks, Akt genommen.

Am 8. März 1867 besuchte Benedetti den Ministerpräsidenten und sah das Schreiben geöffnet auf Bismarcks Schreibtisch liegen. Nach einigen Worten nahm Bismarck das Schriftstück vor und las es noch einmal durch; er sagte sodann: seine Aeußerungen seien im ganzen richtig wiedergegeben. Jedoch sei seine Ansicht über zwei Punkte, nicht die unwichtigsten, nicht so weitgehend gewesen. Er habe nicht gesagt und nicht sagen können, daß es für Preußen schwierig sei, die Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche auf das Besetzungsrecht zu behaupten, und daß diese Ansprüche durch die bloße Thatsache der Auflösung des deutschen Bundes aufgehört hätten. Er habe zu verstehen gegeben, daß diese These sich vertheidigen lasse; er habe sich aber nicht verpflichtet, derselben nicht entgegenzutreten.

Das sei ein Irrthum; der zweite bestehe darin, daß der Botschafter mißverstanden habe, wenn er berichtet, die preußische Regierung hätte nichts gegen die Abtretung Luxemburgs zu sagen und werde vor der vollendeten Thatsache, ohne selbst eine Aufforderung abzuwarten, lediglich seine Truppen zurückzuziehen haben.

Er (Bismarck) könne nicht zugeben, daß Preußen zu einem solchen Abkommen „nichts zu sagen haben könnte"; diese beiden Punkte glaube er gegen die Niederschrift seiner Aeußerungen vorbringen zu müssen.

---

[1] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. S. 176f. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

Im übrigen bemerkte Bismarck, seine persönlichen Ansichten hätten sich nicht geändert. Den von ihm früher ertheilten Rath, Frankreich möge sich mit der niederländischen Regierung direkt verständigen, halte er aufrecht.

Er bitte den Botschafter, ihm das Schreiben zu belassen, er beabsichtige, es dem Könige vorzulesen, um ihn mit dem Gedanken, welche er dem Botschafter entwickelt habe, vertraut zu machen.

Berlin, den 9. März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage und die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten.[1]

Am nächsten Tage, 9. März, theilte Bismarck dem Botschafter vertraulich mit, der König habe zwar bedauert, daß er (Bismarck) soweit gegangen, habe aber nicht verlangt, daß er (Bismarck) seine vertraulichen Aeußerungen zurücknehme.

Der französische Botschafter nahm danach an, der König von Preußen billige die Ansicht seines Ministers, daß der König der Niederlande seine Rechte auf Luxemburg an Frankreich abtreten könne, daß die französische Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen ermächtigt und daß, falls die Abtretung des Großherzogthums erfolgt sei, Preußen seine Besatzung zurückberufen werde.

Am Schluß der Unterredung reichte Benedetti dem Ministerpräsidenten die Hand und sagte, indem er auf Bismarck einen durchdringenden Blick richtete und als wenn es sich um einen feierlichen Vertrag handle: „Ich reise heut Abend nach Paris; darf ich dem Kaiser alles wiederholen, was Sie mir soeben gesagt haben?"

„Ich ermächtige Sie dazu — erwiderte Bismarck, ohne eine Miene zu verziehen im Tone der Ueberzeugung —, die Stimmung des Königs ist günstig."

Bismarck sagte dem französischen Botschafter im Verlaufe der Unterhaltung auf dessen Anfrage, daß er im August 1866 mit Bayern, Baden und Württemberg Allianzverträge unterzeichnet habe.

Auf die Frage des Botschafters, ob die Verträge ein Offensiv- und Defensivbündniß festsetzten, antwortete Bismarck: „Es sind Garantieverträge." Er rechtfertigte die Verträge damit, daß er auf die Mittheilungen hinwies, die ihm der Botschafter wenige Tage vor dem Abschluß jener Verträge bezüglich einer Abtretung von Mainz und der bayerischen und hessischen Gebiete auf dem linken Rheinufer an Frankreich gemacht habe.[2]

---

[1] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. a. a. O. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. S. 495. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

Berlin, (um den 19.) März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Der französische Botschafter Benedetti war am 9. März nach Paris gereist und etwa zehn Tage später nach Berlin zurückgekehrt. Hier fand er eine inzwischen eingetroffene Depesche des französischen Ministers des Aeußern vor, wonach im Haag die zuvorige ausdrückliche Zustimmung Preußens zur Abtretung Luxemburgs verlangt wurde.

Nachdem Benedetti beim Könige eine Audienz gehabt, wobei er ein Handschreiben des Kaisers Napoleon an den König übergeben, begab er sich sofort zu Bismarck, dem er mittheilte, die Vorverhandlungen mit dem König der Niederlande hätten begonnen, man würde von der französischen Regierung ohne Zweifel die Beibringung der Einwilligung Preußens verlangen, und an Stelle der Zusicherungen, zu denen er (Bismarck) ihn ermächtigt, würde man wohl eine direkte Garantie der preußischen Regierung fordern.

Bismarck erwiderte, der König habe zu lebhafte Besorgnisse bezüglich des Eindrucks, den die Abtretung Luxemburgs an Frankreich in Deutschland hervorrufen würde, als daß er offen einwilligen könne.

Er sprach dann von den Schwierigkeiten, mit denen er zu rechnen habe, der Vorsicht, welche er nicht nur dem König, sondern auch dem Parlament und den Strömungen der öffentlichen Meinung gegenüber anzuwenden habe. Er könne Niemanden zu der Zusicherung autorisiren, daß Preußen mit Frankreich einig und der Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich zustimme.

Er befinde sich jetzt im Gegentheil in einer solchen Situation, daß, wenn man ihn frage, er gezwungen sein würde, darüber, wenn nicht Bedauern, so doch wenigstens „ein gewisses Gefühl der Traurigkeit" auszudrücken. Er würde nichts lieber thun, als im Haag ein festes Wort sagen zu lassen, wenn er auf die Diskretion des Königs der Niederlande rechnen könnte; aber er kenne den Charakter dieses Fürsten und wisse, daß er, um sich zu entlasten, nicht zögern werde, alles unter die Leute zu bringen.

„Was würden Sie aber dazu sagen — fragte Benedetti —, wenn der König-Großherzog, anstatt sich an den König Wilhelm zu wenden, Sie persönlich interpelliren ließe?"

„Ich würde antworten — erwiderte Bismarck —, daß der König über seine Souveränitätsrechte verfügen kann, ohne Preußens Zustimmung einzuholen; ich würde Genügendes sagen, um durchfühlen zu lassen, daß wir es geschehen lassen würden; aber ich würde meine Worte so abwägen, daß ich im Parlament, ohne mich zu dementiren, erklären könnte, daß Preußens Zustimmung nicht gegeben worden sei. Ich würde mit einem gewissen Gefühl der Traurigkeit antworten, daß, wenn Deutschland Anlaß habe, die Abtretung Luxemburgs an Frankreich zu bedauern, es ihm

[1] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. S. 201.

schlecht anstehe, daraus dem König der Niederlande einen Vorwurf zu machen, der das Recht als Eigenthümer habe, seine Souveränitätsrechte an wen er wolle abzutreten."

**Berlin**, den 22. März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Der französische Botschafter Benedetti theilte Bismarck mit, der König der Niederlande beabsichtige, bei dem König von Preußen anfragen zu lassen, ob Preußen in einer Abtretung Luxemburgs an Frankreich keine Unzuträglichkeit erblicken werde.

Bismarck äußerte hierzu, eine solche schriftliche Anfrage des Königs der Niederlande werde seinen Souverän in die Alternative versetzen, seinen Beitritt (adhésion) zur Abtretung zu erklären oder davon abzurathen. Er betrachte ein solches Vorgehen als nicht zweckmäßig und gefährlich. Er sei sicher, daß der König von Preußen niemals irgend welche Verantwortlichkeit für die Abtretung Deutschland gegenüber übernehmen werde.

Benedetti bat Bismarck, wenigstens den König auf die Mittheilung des Königs der Niederlande vorzubereiten; Bismarck wollte es aber lieber unterlassen, bat vielmehr den Botschafter, seine Regierung zu veranlassen, daß sie ihre Anstrengungen im Haag zur Abwendung des Schrittes verdoppele.

**Berlin**, den 22. März 1867. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. eine zollpolitische Verhandlung zwischen Preußen und Oesterreich.[2]

Die in Wien über die Revision des Handels- und Zollvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich vom 11. April 1865[3] geführten Verhandlungen der beiderseitigen Kommission waren anfangs Februar 1867 abgebrochen worden, weil eine Einigung über die von Oesterreich verlangte Ermäßigung der Eingangsabgabe für Wein nicht hatte erzielt werden können.

Graf Wimpffen benutzte nun eine am 22. März 1867 erfolgte Unterredung mit Bismarck, um ihn an die unterbrochenen Zollverhandlungen zu erinnern und ihm zu sagen, daß er, der Gesandte, die Bethätigung der freundschaftlichen Kundgebungen des Ministerpräsidenten in dieser praktischen Frage erwarte.

Bismarck versicherte dem Gesandten, daß er, was ihn betreffe, sehr gern bereit wäre, auf das österreichische Begehren einer Herabsetzung der Weinzölle auf $2\frac{1}{2}$ Thaler einzugehen, daß er aber in der Sache allein nicht entscheiden könne. Im

---

[1] Nach **Rothan**: L'affaire de Luxembourg. S. 207.

[2] Nach Wimpffens Bericht vom 23. März 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3252. S. 301. Oesterreichisches Rothbuch I. Nr. 133. S. 130.

[3] Durch Artikel XIII des Prager Friedens war vorbehalten, über eine solche Revision im Sinne einer größeren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs so bald als möglich in Verhandlungen zu treten.

weiteren Stadium dieser Verhandlungen wies Bismarck den österreichischen Gesandten an Delbrück.

Berlin, den 26. März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Bismarck theilte dem französischen Botschafter den Bericht des preußischen Gesandten im Haag mit, wonach der König der Niederlande nunmehr offiziell die Abtretung Luxemburgs an Frankreich zur Sprache gebracht habe.

Benedetti bemerkte, die Mittheilung des Königs von Holland erfordere ja keine Antwort; Bismarck theilte diese Ansicht nicht, Schweigen würde nach seiner Ansicht als Zustimmung gelten, er werde jedoch in amtlicher Sprache den Gedanken aussprechen, daß der König der Niederlande „ein genügend großer Junge“ sei, um zu wissen, was er zu thun habe.

Berlin, den 27. März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[2]

Auf einem Ball bei Bismarck[3] ergriff der französische Botschafter Benedetti die erste Gelegenheit, um die Luxemburger Frage zum Gegenstand einer langen politischen Unterredung zu machen. Benedetti fragte Bismarck, ob er keine Nachrichten aus dem Haag habe.

Bismarck war ohne Nachrichten, behandelte aber den König-Großherzog nicht schonend; sein Vorgehen habe alles verdorben. Daraus sei seinem Souverän ein rechter Verdruß erwachsen.

Dagegen theilte Bismarck nicht die Besorgnisse, welche die Heftigkeit der preußischen Presse dem Botschafter einflößten: „Bei der Unmöglichkeit, sie zu unterdrücken,“ sagte er, „muß man sich philosophisch darin ergeben, ohne sie zu fürchten.“ Er war überzeugt, daß alles sich zur Zufriedenheit regeln werde, aber er rechnete darauf, daß Frankreich ihm dafür eine Schadloshaltung verschaffen würde, denn der Verzicht auf Luxemburg würde ihm und dem König eine schwere Verantwortlichkeit auferlegen. Auch gab er zu verstehen, die Truppen könnten wohl unter dem Druck der öffentlichen Meinung verleitet werden, die Anlagen des Platzes vor der Räumung zu zerstören, denn die Festungswerke seien theilweise aus Geldern Deutschlands wieder aufgebaut und ausgedehnt worden.

Bismarck kam also auf die Schleifung zurück, welche Frankreich schon mit Unwillen zurückgewiesen hatte. Die Antwort des Botschafters war kategorisch; er gab nicht zu, daß man eine Maßregel ergreifen könne, die schmerzliche Erinnerungen wachrufe und die man gewöhnlich nur den Besiegten auferlege.

---

[1] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. S. 217. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg S. 219 f.

[3] Vergl. mein Werk: Fürst Bismarck. Neue Tischgespräche und Interviews. Bd. I. S. 46.

Als die Unterredung eine heikle Wendung erhielt, nahm Bismarck seine Zuflucht zu einem wirksamen Ableitungsmittel; es war geeignet, jeden Argwohn zu zerstreuen: er kam auf die Reise des Königs nach Paris zu sprechen. Er sprach aber auch von der Reise des Kaisers von Rußland, und einmal bei diesem Gegenstande, kam er davon nicht wieder ab. Er wünschte zu wissen, in welchen Ausdrücken die an den Kaiser gerichtete Einladung abgefaßt sei und besonders, ob sein Aufenthalt in Paris mit demjenigen des Königs zusammentreffen würde. Vielleicht fürchtete er, daß der Kaiser Alexander, allein in Paris, außerhalb der Kontrolle seines Onkels und unter dem Reize der Tuilerien in Versuchung gerathen könnte, der preußischen Allianz etwas untreu zu werden. Vielleicht wünschte er auch im Interesse seiner Politik durch die gleichzeitige Ankunft der beiden Souveräne die enge Intimität der beiden Regierungen zu demonstriren.

Die Beharrlichkeit, mit welcher Bismarck auf diesen Gegenstand zurückkam, mußte Beneditti auffallen; er fragte ihn also seinerseits, welche Wechselbeziehung nach seiner Ansicht zwischen der Luxemburg-Affäre und der Reise der beiden Souveräne bestehe.

„In Petersburg — erwiderte Bismarck — denkt man, daß die Abtretung Luxemburgs wohl ein Hinderniß gegen den Plan des Königs sein könnte. Man verfolgt dort die Angelegenheit mit einer solchen Unruhe, daß uns durch den Fürsten Gortschakow selbst die Mittheilung über die Eröffnung Ihrer Verhandlungen mit Holland zugekommen ist. Er hatte sogar behauptet, der Vertrag sei schon unterzeichnet."

**Berlin**, den 27. März 1867. Gespräch mit dem Legationsrath v. Bernhardi, betr. ein neues Unternehmen Garibaldis.[1]

Am 27. März gab Bismarck einen Ball, worüber Bernhardi berichtet:

„Der ganze Königliche Hof — König, Königin und alle Prinzen; großes Gedränge; das ganze diplomatische Korps; gewaltige Hitze."

Bismarck dankte Bernhardi für eine ihm durch Keudell übermittelte Karte, welche die Stellung der Griechen und der Garibaldianer am 14. März ersehen ließ; sie sei sehr interessant, er habe sich die Sache nicht so gedacht.

**Berlin**, den 31. März 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die bevorstehende Interpellation im Reichstage über die Luxemburger Frage.[2]

Bismarck theilte Benedetti mit, daß er infolge der Mittheilung des Königs der Niederlande nicht umhin könne, dem Reichstage die Erklärung abzugeben, daß die Verhandlungen wegen der Abtretung Luxemburgs in der That im Haag eröffnet seien.

Benedetti erwiderte, die französische Regierung habe den König der Nieder-

[1] Nach Bernhardi, Bd. VII. S. 351.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 31. März 1867. Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2757. S. 26.

lande nicht bewegen können, so lange Stillschweigen zu beobachten, bis die Frage zwischen der französischen und der preußischen Regierung erörtert worden sei.

Berlin, den 1. April 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti über die Interpellation im Reichstage wegen der Luxemburger Frage.[1]

Am Vormittag des 1. April stand Bismarck, nachdem er die Glückwünsche zu seinem Geburtstage entgegengenommen, im Begriff, sich nach dem Norddeutschen Reichstage zu begeben, um die dort zu stellende Interpellation des Herrn von Bennigsen zu beantworten, als ihm der französische Botschafter Graf Benedetti gemeldet wurde. Der Botschafter stattete dem Grafen seine Glückwünsche zu dessen Geburtstag ab und fügte dann hinzu, daß er demselben eine Depesche des Marquis de Moustier mitzutheilen habe.[2]

Bismarck konnte den verhängnißvollen Inhalt dieser Depesche ahnen und fühlte, daß in diesem Augenblick die Zunge an der Wage der Weltgeschichte zwischen Krieg und Frieden schwankte; aber mit jener Klarheit und Festigkeit, welche ihn in dem entscheidenden Moment so ganz besonders auszeichnete, war er auch sogleich entschlossen, sich so lange als möglich um jeden Preis den Weg offen zu halten, den er im Interesse seines großen Werkes für den richtigsten hielt. Er kannte die weiche, geschmeidige und zögernde Natur des Grafen Benedetti, welcher, wie alle Levantiner, gewaltsame Maßregeln scheute und außerdem auch aus politischer Ueberzeugung unausgesetzt bestrebt war, die Spannung zwischen Frankreich und Preußen durch irgendwelche Kompensationsausgleiche zu beseitigen, wobei er, wie bei jenem später bekannt gewordenen Vertragsentwurf über die Annexion Belgiens, mehr den persönlichen Instruktionen des Kaisers Napoleon als denen des Auswärtigen Amtes folgte, wie denn der Kaiser fast immer, ähnlich wie einst Ludwig XV., mehr oder weniger

[1] Nach Oskar Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte. Bd. III. S. 206.

[2] Die französische Regierung hatte beschlossen, dem preußischen Kabinett über den Abschluß des luxemburgischen Handels offiziell Kenntniß zu geben, und dem Grafen Benedetti die betreffende Mittheilung gesendet. Oskar Meding schreibt zu dieser Phase in seinen Memoiren zur Zeitgeschichte, S. 205: „Eine solche offizielle Benachrichtigung von einer Thatsache, welcher die preußische Regierung zu widersprechen entschlossen war, mußte den Krieg unvermeidlich machen, denn während man in Berlin die vorläufige und ganz allgemein gehaltene Anfrage des Königs von Holland ausweichend beantworten konnte, so hätte man der französischen offiziellen Mittheilung über den Verkauf von Luxemburg einen bestimmten Widerspruch entgegensetzen müssen und dann wäre die französische Regierung ihrem eigenen Volke gegenüber zur kriegerischen Durchführung des einmal öffentlich bekannt gemachten Vertrages mit Holland gezwungen gewesen. Bei der Absendung der Depesche war nun diese Erwägung in Paris bei dem zum Kriege geneigten Auswärtigen Ministerium maßgebend gewesen und das Schwanken des Kaisers war nur durch die Hoffnung überwunden worden, daß man sich in Berlin dennoch vor der vollendeten Thatsache zurückziehen und daß dann der für Frankreich erreichte Erfolg als eine ruhmvolle, das französische Prestige wiederherstellende Kompensation für Sadowa von der öffentlichen Meinung aufgenommen werden würde."

gegen seine eigenen Minister konspirirte und sich für den Fall des Mißlingens seiner offiziellen Politik immer noch einen Nebenweg offen hielt.

Als Benedetti die Depesche aus der Tasche ziehen wollte, hielt ihn Bismarck zurück und sagte ihm, daß er in diesem Augenblick zu einer politischen Unterredung außer stande sei, da er im Begriffe stehe, sich nach dem Reichstage zu begeben, wo er bereits erwartet werde; er forderte den Botschafter auf, ihn zu begleiten und ihr Gespräch auf dem Wege fortzusetzen. Es führte zu jener Zeit ein Weg aus dem Garten des Auswärtigen Ministeriums hinter dem damals noch Radziwillschen Garten hin nach dem Leipziger Platz, welcher unfern des Sitzungsgebäudes des Norddeutschen Reichstages einmündete. Obwohl Benedetti bat, zunächst wenigstens seine Depesche mittheilen zu dürfen, führte Bismarck ihn mit sich auf diesem Wege fort und sagte zu ihm, zwischen den Gärten fortschreitend:

„Ich gehe soeben in den Reichstag, in welchem eine Interpellation über die in den Zeitungen bereits lebhaft diskutirte Frage eines möglichen Verkaufs des Großherzogthums Luxemburg gestellt werden wird."

„Ich weiß es — erwiderte Benedetti — und gerade deshalb möchte die vorherige Mittheilung meiner Depesche wünschenswerth sein."

„Ich will Ihnen — erwiderte Bismarck, indem er das hingereichte Papier abermals zurückwies, — auch die Antwort sagen, welche ich auf die Interpellation geben werde. Ich werde die Erklärung mittheilen, welche der Graf Perponcher im Haag auf die Anfrage des Königs der Niederlande abgegeben hat. Die niederländische Regierung hat inzwischen durch ihren hiesigen Gesandten uns ihre guten Dienste behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen mit Frankreich über das Großherzogthum Luxemburg angeboten, wir haben darauf geantwortet, daß wir nicht in der Lage wären, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen, da derartige Verhandlungen nicht stattfänden. Auch dies werde ich dem Reichstage mittheilen und dann hinzufügen, daß der Regierung über die Lage der Sache nichts weiter bekannt sei, daß ich also nicht in der Lage wäre, mich über die Absichten und Entschlüsse der preußischen Regierung und ihrer deutschen Bundesgenossen öffentlich auszusprechen, aber die Ueberzeugung hege, daß keine fremde Macht die zweifellosen Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde, und daß die Regierung hoffe, alle deutschen Rechte auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu wahren. Dies werde ich auf die Interpellation antworten, weil es in der That die Wahrheit ist, und diese Erklärung wird alle möglichen Fälle freundlicher Verhandlung und Verständigung offen halten; eine solche Antwort aber könnte ich nicht geben, wenn mir bekannt wäre, daß ein Vertrag über den Verkauf des Großherzogthums in der That abgeschlossen sei. Wenn ich auf offiziellem diplomatischem Wege über einen solchen Verkauf benachrichtigt wäre, dann müßte ich dem Reichstage sagen: Ja, es hat ein solcher Verkauf stattgefunden, und dann müßte und würde ich zugleich hinzufügen, daß Preußen und ohne Zweifel auch seine deutschen Verbündeten — niemals die Ausführung dieses Vertrages und die Abtretung

deutschen Gebiets dulden werden. Sie begreifen, daß nach einer solchen Erklärung ein ernster Konflikt zwischen Frankreich und uns entstehen müßte und nach der bei Ihnen herrschenden Empfindlichkeit kaum anders als mit einem Bruch enden könnte, den ich nicht minder beklagen würde, als ich das von Ihnen voraussetze!"

„In der That — sagte Benedetti verwirrt —, es ist so, nach einer solchen Erklärung wäre der Krieg unvermeidlich."

Beide waren während dieser Auseinandersetzung an dem Ausgange des Gartenwegs nach der Leipziger Straße hin angelangt.

„Nun — sagte Bismarck, während Benedetti erschüttert und unschlüssig vor ihm stand —, unser Weg ist beendet, wir müssen uns trennen, und ich frage Sie jetzt: Haben Sie mir eine Depesche zu übergeben — ja oder nein?"

Benedetti sann noch einen Augenblick nach.

„Nein!" antwortete er dann, steckte seine Depesche ein, verabschiedete sich schnell und eilte durch die Leipziger Straße davon, während Bismarck sich in den Reichstag begab.

Hier gab er auf die Interpellation des Herrn von Bennigsen die bekannte Antwort, deren Inhalt er bereits dem Grafen Benedetti mitgetheilt hatte und die wohl den Entschluß zeigte, den Kaufhandel über Luxemburg nicht zu dulden, aber dennoch, da sie die Thatsache als unbekannt hinstellte, den Weg zu diplomatischen Unterhandlungen öffnete. Es war somit die nächste und unmittelbare Kriegsgefahr vermieden und Frankreich, wenn es dennoch auf seinen Plan bestehen sollte, in die Lage des absichtlichen Friedensstörers gebracht; auch alle Großmächte, welche die Verträge von 1839 garantirt hatten, mußten nun mindestens in der formellen Behandlung der Sache sich auf die Seite Preußens stellen.[1]

Berlin, den 2. April 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[2]

Bismarck beklagte sich Benedetti gegenüber über die Schwierigkeiten, die ihm erwüchsen, und schien der französischen Regierung einen Vorwurf daraus machen zu wollen, daß der König der Niederlande die Luxemburger Frage bei dem König von Preußen amtlich angeregt habe, ehe die französische Regierung sich mit dem Berliner Kabinett ins Einvernehmen gesetzt habe.

Benedetti bemerkte, die französische Regierung habe alles gethan, um den König der Niederlande von dem Vorgehen zurückzuhalten, und man könne deshalb die französische Regierung dafür nicht verantwortlich machen.

---

[1] Der Kaiser approbirte das Verfahren des Grafen Benedetti, und die Depesche, welche derselbe am Morgen des 1. April dem Grafen Bismarck hatte übergeben sollen, blieb annullirt. Die Folge war nun, daß die ganze Luxemburger Angelegenheit den Unterzeichnern der Verträge von 1839 vorgelegt wurde und den bekannten Verlauf nahm, welcher zu der Londoner Konferenz und dem am 11. Mai unterzeichneten Vertrag führte, der das Großherzogthum Luxemburg für neutral erklärte und die Schleifung der Festung festsetzte.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 2. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2762. S. 35.

**Berlin, den 3. April 1867. Unterredung mit dem niederländischen Gesandten Grafen Bylandt, betr. die Luxemburger Frage.**[1]

Der niederländische Gesandte hatte Bismarck im Auftrage seiner Regierung mitgetheilt, sie habe die Ansicht der preußischen Regierung, daß Verhandlungen über eine eventuelle Abtretung Luxemburgs nur zwischen dem König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg und dem Kaiser der Franzosen stattfinden könnten, als eine Kombination des Friedens aufgefaßt, für welche Preußens Zustimmung vor allem nothwendig sei.

Bismarck empfing diese Mittheilung mit Genugthuung und Anerkennung und sagte: „Sie retten den Frieden Europas."

**Berlin, den 4. April 1867. Unterredung mit dem niederländischen Gesandten Grafen Bylandt, betr. die Anerkennung der Loslösung Limburgs von Deutschland.**[2]

Bismarck erklärte dem niederländischen Gesandten, er betrachte Limburg als von jeder Verpflichtung gegen Deutschland losgelöst und sei bereit, dies in einem offiziellen Akte zu erklären, wenngleich die Annahme des Artikels 1 der Bundesverfassung eine solche Erklärung unnöthig mache.

**Berlin, den 12. April 1867. Unterredung mit dem bayerischen Gesandten Grafen Tauffkirchen, betr. den Plan eines Defensivbündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich.**[3]

Graf Tauffkirchen hatte sich im Auftrage des bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe und mit Genehmigung des Königs von Bayern nach Berlin begeben, um Bismarck für den Wunsch der bayerischen Regierung zu gewinnen, eine wechselseitige Anlehnung zwischen Deutschland und Oesterreich zum Zweck der Rückendeckung gegen Frankreich hergestellt zu sehen.

Bismarck bemerkte hierauf dem bayerischen Abgesandten: es sei seit der Wiederherstellung des Friedens stets sein Wunsch gewesen, das freundschaftliche Verhältniß mit Oesterreich zu gewinnen, welches den beiderseitigen Interessen und der beiderseitigen Vergangenheit entspreche. Zu den allgemeinen Gründen dieser Disposition habe sich in neuester Zeit das besondere Motiv gesellt, den Frieden zu erhalten. Diesen Zweck würde eine Defensiv-Allianz Oesterreichs mit Preußen und seinen deutschen Verbündeten erreichen, weil einer solchen gegenüber Frankreich einen Angriff auf Deutschland nicht unternehmen würde.

Bismarck benutzte die Gelegenheit, zugleich über die Vortheile zu sprechen, welche Deutschland Oesterreich bieten könnte und äußerte in dieser Beziehung folgende Gedanken:

---

[1] Nach Bylandts Depesche vom 3. April 1867. Koller: Archiv des Norddeutschen Bundes. Bd. I. 1066.

[2] Nach der Depesche des französischen Gesandten im Haag vom 5. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2764. S. 36.

[3] Nach Bismarcks Depesche an den Frhrn. v. Werther in Wien, d. d. 14. April 1867. Staatsarchiv Bd. XXX. Nr. 5593. S. 55.

Deutschland könnte Oesterreich dasjenige gewähren, was ihm früher der Deutsche Bund gewährt habe, das heißt innere und äußere Sicherheit; die letztere, in zweifellos defensiver Beschränkung, entweder

a) für die ganze österreichische Monarchie auf Zeit, etwa auf ein bis drei Jahre, oder

b) für den deutschen Theil durch ein dauerndes Bündniß, ohne bundestägliche Verfassung, rein als internationaler Vertrag aufgefaßt.

Auch würde sich

c) ein zeitweiliges Bündniß vervollständigen lassen durch eine zeitweilige Abmachung über die türkische Angelegenheit. In eine solche Kombination würde Deutschland aber auch Rußland mit hineinziehen müssen.

Er (Bismarck) sei nicht ohne Hoffnung, daß für einen beschränkten Zeitraum Rußlands Zustimmung zu einer Aufrechthaltung des status quo in den türkischen Grenzländern zu gewinnen sei. Sollte sich Rußland nicht dazu verstehen, eine solche Zustimmung vertragsmäßig zu verlautbaren, so werde es für die Erhaltung des Friedens genügen, wenn Rußland, ohne eine Verbindlichkeit einzugehen, ein ihm bekanntes preußisch-österreichisches Engagement stillschweigend billige. Auch bei einer solchen auf stillschweigende Billigung Rußlands berechneten Abmachung müßten die Karten Deutschlands für Rußland offen liegen.

Graf Tauffkirchen nahm diese Aeußerungen anscheinend mit Befriedigung, wenn auch mit einer gewissen Behutsamkeit auf und ließ erkennen, daß er daraus Hoffnung auf das Gelingen seiner Mission in Wien entnehme.

Ueber den Inhalt der Tauffkirchenschen Eröffnungen schreibt Graf Beust in seinem Erlasse an den Grafen Wimpffen in Berlin, d. d. 19. April 1867 (Beust a. a. O. Bd. II. S. 119):

Was er (Tauffkirchen) bei dem Grafen Bismarck erreicht habe, sei von großer Tragweite. Er sei in den Stand gesetzt, den Abschluß einer Allianz zwischen den beiden Mächten zu befürworten, einer Allianz, welche sich auf sämtliche deutsche Staaten erstrecken würde. Die Erhaltung des Friedens werde durch einen solchen Bund gesichert. Man verkenne nicht in Berlin, daß Oesterreich berechtigt sei, für die Verpflichtungen, die es übernehmen würde, Kompensationen zu verlangen, man sei aber auch bereit, hierin so weit zu gehen, als nur irgend möglich.

Was Graf Tauffkirchen über diesen letzteren Punkt weiter verlauten ließ, war jedoch leider nicht der klarste Theil seiner Eröffnungen.

Er sprach von einer Garantie unserer deutschen Besitzungen. Er gab zu verstehen, daß wohl auch für unsere nicht-deutschen Provinzen temporär uns jede wünschenswerthe Sicherheit gegen mögliche Gefährdungen geboten werden könnte. Er erwähnte Rußlands als des Dritten im Bunde, und meinte, in der Erneuerung eines Bundes der drei Mächte bestehe diese Sicherheit von selbst. Er wies endlich darauf hin — wie dies bereits früher von München aus geschehen war —, daß ein Freundschaftsbündniß Preußens mit Oesterreich den süddeutschen Staaten die Möglichkeit gewähre, ein größeres Maß von Selbständigkeit zu behaupten, und daß eine völkerrechtliche Allianz Oesterreichs mit dem Norddeutschen und dem Süddeutschen Bunde doch zuletzt den Uebergang bilden könnte zu bleibenden engeren Vertragsverhältnissen, welche mit Vortheil für Oesterreich wie für die deutsche Nation den früheren Staatenbund ersetzen könnten.

**Berlin**, den 12. April 1867. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Der österreichische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte unterm 9. April den österreichischen Gesandten in Berlin beauftragt, die Aufmerksamkeit des dortigen Kabinetts auf zwei Versuche zur Lösung der Luxemburger Frage zu lenken. Beust hoffte, daß Frankreich von dem Gedanken einer Territorialvergrößerung zurückkommen würde, wenn Preußen sich entschließen wollte, auf das Besetzungsrecht in Luxemburg zu verzichten. Dem Könige von Holland, welcher alsdann Luxemburg behielte, könnte es überlassen bleiben, die Festung schleifen zu lassen, und das Großherzogthum könnte durch einen europäischen Vertrag in derselben Weise wie das Königreich Belgien für ein neutrales Territorium erklärt werden. Eine zweite Kombination, durch welche die verschiedenen im Spiele befindlichen Interessen ausgeglichen werden könnten, bestand nach der Ansicht Beusts darin, daß Frankreich diejenigen Gebietstheile des ehemaligen Bisthums Lüttich und des Herzogthums Bouillon zurückerhielte, welche einschließlich der Enklaven Philippeville und Marienburg erst durch den Artikel 1 des Pariser Protokolls vom 3. November 1815 mit dem damaligen Königreiche der Niederlande vereinigt worden sind, und Belgien für diesen Verlust durch Einverleibung des jetzigen Großherzogthums Luxemburg entschädigt würde. Frankreich und Belgien hätten dann die Entschädigung des Königs von Holland sowie der Eigenthümer der Festungswerke zu übernehmen, und Luxemburg würde nicht die militärische Stellung Frankreichs verstärken, sondern bliebe in den Händen eines neutralen und mit Preußen eng befreundeten Staates.

Bei Besprechung der Beustschen Proposition zwischen Bismarck und dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen versuchte Letzterer zunächst, die Elemente eines friedlichen Einverständnisses zur Lösung der schwierigen Frage aufzusuchen.

Bismarck ging mit Aufmerksamkeit und Interesse auf die Sache ein, und da er sagte, daß es sich vor allem darum handle, etwas zu präzisiren und dabei einer möglichen Kombination mit Belgien selbst erwähnte, so nahm Graf Wimpffen Veranlassung, vor allem die zweite der oben erwähnten Beustschen Kombinationen zu erwähnen. Bismarck schien — nach der Annahme Wimpffens — den Gedanken mit Befriedigung als ein möglicherweise praktisches und fruchtbares Auskunftsmittel aufzufassen. Er bezeichnete die Idee der Abtretung Luxemburgs an Belgien, welches die gedachten Landstriche mit Philippeville und Marienburg an Frankreich überlassen und gemeinsam mit letzterem den Großherzog von Luxemburg entschädigen würde, als eine glückliche und dankenswerthe, und als Wimpffen hierauf die Frage wieder anregte, inwiefern der Versuch einer Verwerthung dieser Idee im Sinne der Erhaltung des Friedens der Königlichen Regierung erwünscht sein könnte, sagte ihm Bismarck, daß er in dieser Richtung die guten Dienste Oesterreichs bereitwilligst

[1] Nach Wimpffens Bericht vom 12. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3132/3. S. 187.

annehmen würde, wenn es gelänge, dieselben ohne eine neue Aufregung der öffentlichen Meinung in Deutschland und ohne Verletzung von Rußland und England ins Leben zu rufen.

Berlin, Mitte April 1867. Unterredungen mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. eine Allianz mit Oesterreich.[1]

In den weiteren Gesprächen Bismarcks mit Wimpffen über die luxemburgische Frage ließ Ersterer durchblicken, daß ihm in diesem Augenblick eine enge Allianz mit Oesterreich noch willkommener sein würde, als die guten Dienste, durch welche Oesterreich Europa vor dem Unglücke eines neuen Krieges zu bewahren trachte. Ganz in demselben Sinne gab der preußische Gesandte in Wien Freiherr von Werther Mitte April Beust den Wunsch der Wiederherstellung einer großen deutsch-österreichischen Allianz zu erkennen.

Beust erblickte in dem vorgeschlagenen Bündniß eine Schädigung des österreichischen Interesses und erklärte den Gesandten Preußens und Bayerns, Werther und Tauffkirchen, das Wort Koalition könnte Frankreich gerade zum Losbruch anreizen. Thatsächlich war er weit entfernt von dem Gedanken einer preußischen Allianz, hoffte vielmehr, für die Zukunft Preußen zu isoliren und zugleich nach einem französischen Schutzbündniß zu streben. In solchem Sinne erzählte er auch dem Herzog von Gramont, wie nachdrücklich er Tauffkirchens Mittheilungen abgewiesen habe. „Es giebt Handlungen — habe er dem bayerischen Agenten gesagt — die man im Angesicht Europas sich nicht ohne Entehrung erlauben darf. Vor kaum zehn Monaten hat Napoleon Wien und die Unverletzlichkeit unseres Gebietes gerettet und heute wagt man, uns zu einem Bunde gegen Frankreich aufzufordern? Wie wird Kaiser Franz Joseph sich zu einer solchen Ungeheuerlichkeit herbeilassen; er wird nicht begreifen, wie man ihm eine Zumuthung dieser Art hat stellen können."

Berlin, den 25. April 1867. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Luxemburger Frage.[2]

Am 24. April war Bismarck aus Pommern nach Berlin zurückgekehrt und empfing am darauffolgenden Tage mittags den österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, welcher um eine Audienz nachgesucht hatte, um den neuesten Weisungen des Grafen Beust in der Luxemburger Frage nachzukommen. Graf Beust hatte unterm 20. April den Grafen Wimpffen benachrichtigt, die Ansicht der französischen Regierung habe sich nunmehr dahin fixirt, daß von den beiden alternativ von Oesterreich vorgeschlagenen Lösungen der luxemburgischen Frage nicht die zweite — Gebietsaustausch mit Belgien —, sondern die erste — Verbleiben Luxem-

[1] Nach einem Schreiben Beusts an den österreichischen Gesandten in Berlin vom 17. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3140. S. 193.

[2] Nach Wimpffens Berichten vom 25. und 26. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3152. S. 202 und Nr. 3157. S. 205.

burgs bei Holland, und Räumung und Schleifung der Festung — von Frankreich angenommen werden könne. Graf Wimpffen erhielt von dem Grafen Beust den Auftrag (20. April), Bismarck auch über diese Lösungsart zu sondiren.

Bismarck hatte von der neuesten Entschließung des Kaisers Napoleon schon aus anderen Quellen, wenngleich mit geringerer Bestimmtheit, Kenntniß.

Graf Wimpffen las Bismarck die prägnanteste Stelle aus der ihm aus Wien zugegangenen Depesche vor und hob insbesondere hervor, daß es schwer verständlich sein würde, wenn Preußen nicht auch den neuen Vorschlag als ein annehmbares Mittel des Friedens acceptiren wollte. Denn warum sollte Preußen den Streitpunkt lieber mit einer französischen Territorialerwerbung als ohne eine solche erledigen wollen? Wenn Preußen auf einen jedenfalls unsicheren Anspruch (Garnisonsrecht in Luxemburg), Napoleon aber auf ein halb geschlossenes Geschäft (Abtretung von ganz Luxemburg) verzichte, so könne nicht von einseitiger Nachgiebigkeit Preußens die Rede sein und es müsse zugegeben werden, daß korrektere Anhaltspunkte für eine friedliche Lösung nicht zu finden seien. Graf Wimpffen fragte hierauf Bismarck, ob er bei seiner von ihm nicht in Zweifel gezogenen und auch jederzeit außer Zweifel gestellten Friedensliebe die günstige Beurtheilung, womit er den zweiten österreichischen Vorschlag — Gebietsaustausch mit Belgien — aufgenommen hatte, nicht auch und umsomehr einer Lösung angedeihen lassen wolle, welche bereits mit der französischen Zustimmung und der nicht zu unterschätzenden Konzession versehen war, daß Frankreich für sich keine territoriale Erwerbung in Anspruch nehmen wollte.

Bismarck antwortete, daß er, weil er vor allem und vor Allen die Erhaltung des Friedens im Auge habe, durch die günstige Aufnahme der zweiten österreichischen Proposition durchaus nicht den ersten Vorschlag ausschließen wolle, dem auch er den Vorzug zuerkannte, daß damit für Frankreich keine Erwerbung in Verbindung stehe, — daß er sich daher persönlich für die Annehmbarkeit desselben ausspreche, aber keine amtliche Antwort geben könne, bevor er nicht die Ansicht des Königs genau ermittelt und dessen Zustimmung erlangt habe und solange es nicht gelungen sei, die Stimmung in Deutschland dafür zu gewinnen.

Bismarck glaubte zwar noch an die persönliche Friedensliebe des Kaisers Napoleon, meinte aber, daß er durch die Zustände und die Stimmung in Frankreich, weniger wie sie seien, als wie sie ihm von seiner Umgebung in aufreizender Absicht dargestellt würden, zum Kriege getrieben werde und daß Luxemburg doch nur ein Vorwand zu weiteren Schritten sei.

Mit großer Lebhaftigkeit sprach Bismarck von den fortgesetzten Rüstungen Frankreichs, hinter welchen Preußen, welches bis jetzt noch gar keine Vorkehrungen getroffen habe und jede provozirende Maßnahme vermeiden möchte, schließlich nicht länger zurückbleiben könnte. Auch über die Sprache der offiziösen Pariser Blätter beklagte sich Bismarck, den Wimpffen bei diesem Anlaß auf einige Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen“ und der „Kreuz-Zeitung“ aufmerksam machte, welche eben auch nicht geeignet seien, zu einer Beschwichtigung der Gemüther beizutragen.

Immer wieder von der Ueberzeugung ausgehend, daß die dargebotene friedliche Lösung, um einen Erfolg zu versprechen, schnell ergriffen und durchgeführt werden müsse, warnte Wimpffen vor der Rüstungsfrage, welche, wenn sie einmal in den Vordergrund getreten, in einer ohnehin schon sehr gespannten Situation jede Aussöhnung beinahe unmöglich machen würde. Der österreichische Gesandte bediente sich dabei der für den Kaiserstaat so traurigen Beispiele aus den Kriegsjahren 1859 und 1866, und Bismarck konnte nicht umhin, seinen Befürchtungen in dieser Hinsicht recht zu geben.

Schließlich stellte Bismarck die Bedingung, daß die Initiative des Verlangens der Räumung von Holland ausgehen und daß die Neutralität Luxemburgs von den Großmächten garantiert werden solle.

Berlin, den 25. April 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Bismarck und der französische Botschafter Benedetti waren am Abend anwesend bei einem im Kronprinzlichen Palais zu Ehren der Vermählung des Prinzen von Flandern mit der Prinzessin von Hohenzollern veranstalteten Konzert. Sie beobachteten sich von weitem, ohne eine Annäherung zu suchen; als sie schließlich zusammentrafen, hielt Bismarck dem Botschafter vor, er habe seine Ansichten mißverstanden, seinen Worten einen falschen Sinn untergelegt.

Berlin, den 26. April 1867. Unterredung mit dem russischen Botschafter v. Oubril, betr. die Luxemburger Frage.[2]

Der russische Botschafter v. Oubril theilte Bismarck die Vorschläge der russischen Regierung bezüglich der Neutralisation Luxemburgs mit. Bismarck zeigte sich für seine Person geneigt zu einer Abmachung auf dieser Grundlage, erklärte aber, er könne eine definitive Antwort erst nach Einholung der Befehle des Königs ertheilen.

Oubril schien anzunehmen, daß die Bestrebungen der Mächte nicht erfolglos sein würden. Er wies auf die von den offiziösen Zeitungen geführte Sprache und das dadurch in Frankreich und Deutschland hervorgerufene bedauerliche Aufsehen hin.

Bismarck lehnte die Verantwortlichkeit dafür ab.

Berlin, den 26. April 1867. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Luxemburger Frage.[3]

Der englische Botschafter Lord A. Loftus theilte Bismarck Depeschen seiner Regierung über die Luxemburger Frage mit. Bismarck bemerkte dem englischen Bot-

---

[1] Nach Rothan: L'affaire de Luxembourg. S. 345.

[2] Nach dem Telegramm des französischen Botschafters, d. d. 26. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2793. S. 57. Kohl spricht in seinen Bismarck-Regesten hier versehentlich von einem Bericht des englischen Gesandten.

[3] Nach Loftus Bericht vom 27. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2801. S. 63.

schafter, daß, obzwar Graf Bernstorff den Meinungen seiner Regierung Ausdruck gegeben, er den Hauptpunkt vielleicht doch nicht genug betont habe, nämlich die für Preußen bestehende Nothwendigkeit, bei der Behandlung dieser Frage den nationalen Gefühlen Deutschlands Rechnung zu tragen und ihnen entsprechend zu handeln. Nachdem Loftus Bismarck die Gefahr der Lage eindringlich geschildert, richtete er an den Ministerpräsidenten die Frage, ob Preußen eine europäische Konferenz auf Grundlage der Neutralisirung Luxemburgs samt der Festung acceptire, oder ob Se. Excellenz einen andern zur Wahrung des Friedens geeigneten Weg andeuten könne. Darauf sprach Bismarck die aufrichtigsten Wünsche für Erhaltung des Friedens und für eine friedliche Erledigung dieser Frage aus, mit der Versicherung, daß Preußen jedwede ehrenvolle Bedingung zu einem Arrangement anzunehmen geneigt sei. Das erste Erforderniß sei, ein Motiv für eine europäische Konferenz aufzufinden, und deshalb sollte, seiner Meinung nach, Holland sich wegen der Lage des Herzogthums an die europäischen Mächte wenden, damit auf Hollands Einladung hin eine Konferenz zu stande komme. „Preußen ist einer Konferenz nicht abgeneigt, die es, wenn sie zum Vorschlag gelangte, annehmen würde.“ Unmöglich jedoch sei es für Preußen, vor der Konferenz eine Basis anzunehmen oder Konzessionen zu machen, wogegen Preußen Europa und Holland gegenüber auf der Konferenz Zugeständnisse machen könnte, die es vor dem Zusammentritt der Konferenz zu machen nicht im stande sei. Alles, was er (Bismarck) sagen könne, sei demnach, daß Preußen in eine Konferenz willigen würde, aber ohne Basis und ohne vorausgehende Engagements. Es war fruchtlos, Bismarck zu einer Abänderung dieses Entschlusses bewegen zu wollen.

**Berlin, den 28. April 1867. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Luxemburger Frage.[1]**

Die beiden letzten Bedingungen Bismarcks (Initiative Hollands in der Räumungsfrage, Neutralisirung Luxemburgs) brachte Graf Beust sofort zur Kenntniß des Kaisers Napoleon. Bereits am 28. April war Graf Wimpffen in der Lage, Bismarck die Nachricht zu überbringen, daß Kaiser Napoleon die Garantie der Mächte für Luxemburg annehme.

Bismarck begrüßte die Nachricht mit den Worten, daß er unter diesen Umständen den Frieden als ziemlich gesichert ansehe.

Wimpffen wollte Bismarck zu einer ausdrücklichen Annahme der nun vorhandenen Friedensbasis vermögen, erreichte aber nur vertrauliche, nicht bindende Aeußerungen; dafür bemächtigte sich Bismarck aber sehr entschieden des Gedankens der Berufung einer Konferenz, für welche die Kabinette von St. Petersburg und London sich gleichfalls bereits ausgesprochen hatten, und welche auch er anzunehmen

[1] Nach Wimpffens Bericht vom 28. April 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3160. S. 207.

bereit war, sobald von den drei Großmächten, sei es einzeln oder durch einen Kollektivschritt, die Einladung dazu an Deutschland erfolgt sein werde. Bismarck erklärte, dieser Aufforderung sofort Folge leisten zu wollen, die Vereinigung habe aber ohne vorher festgestellte Basis zu erfolgen. Er anerkannte das Prinzip der Vermittelung und erklärte, das Resultat derselben annehmen zu wollen. Die Konzession, welche von Preußen verlangt würde — die Räumung der Festung —, werde er aber nicht an Frankreich machen, was er jederzeit direkt thun könnte, sondern an den Großherzog von Luxemburg in einer Konferenz der Großmächte, auf Grund der von denselben garantirten Neutralität des Landes. An der Konferenz erklärte Bismarck festhalten zu wollen, die Zustimmung des Kaisers Napoleon schien ihm nicht zweifelhaft.

Am Schlusse der Unterredung accentuirte Bismarck noch einmal, daß er den Frieden als beinahe gesichert betrachten würde, wären nicht die Rüstungen in Frankreich, welche, besonders wegen ihres ostensiblen Charakters, die preußische Regierung sehr bald in die Nothwendigkeit ähnlicher Vorbereitungen versetzen würden.

**Berlin**, den 30. April 1867. Unterredung mit dem niederländischen Gesandten Grafen Bylandt, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Der niederländische Gesandte theilte Bismarck mit, seine Regierung habe England gebeten, die Konferenz zur Revision des Vertrages von 1839 in Bezug auf Luxemburg nach London zu berufen.

Bismarck nahm die Einladung zur Konferenz nach London an, gleichgiltig, ob dieselbe vom Kabinett im Haag oder vom Londoner Kabinett ausgehe, vorausgesetzt, daß zwischen den beiden Kabinetten Uebereinstimmung herrsche und daß diese Uebereinstimmung in der Einladung ausgedrückt sei; letztere könne übrigens auch von beiden Seiten zugleich kommen.

**Berlin**, den 4. Mai 1867. Zwei Unterredungen mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Luxemburger Frage.[2]

Der englische Botschafter brachte im Auftrage seiner Regierung zur Kenntniß Bismarcks, daß Belgien und Italien an der Konferenz über die luxemburgische Frage theilzunehmen wünschten. Bismarck erwiderte, die preußische Regierung hätte keine Einwendungen gegen die Einladung anderer Mächte. Belgien befinde sich insofern in anderer Lage als Italien, als ersteres an den Verträgen von 1839 betheiligt gewesen sei. Das sei ein Motiv für seine Theilnahme an der Konferenz, und Preußen habe keine Einwendung gegen seine Zulassung. Er wünsche lebhaft, daß der

---

[1] Nach Bylandts Bericht, d. d. 30. April 1867. Koller: Archiv des Norddeutschen Bundes. Bd. I. 1068.

[2] Nach Loftus Berichten, d. d. 4. Mai 1867. Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2815. S. 73. Nr. 2816. S. 73.

Zusammentritt der Konferenz am nächsten Dienstag keinen Aufschub erleide, weder infolge mangels an der nöthigen Zeit zur Herbeiführung einer vorherigen Vereinbarung unter den Mächten, noch durch Mangel in den Vollmachten der Unterhändler infolge der Nichtaufnahme Belgiens als Mitglied der Konferenz. Bezüglich Italiens würde der preußische Bevollmächtigte bereitwilligst dabei mitwirken, daß ein italienischer Bevollmächtigter zur Konferenz zugelassen werde.

Bismarck schien großen Werth darauf zu legen, daß die Konferenz an dem festgesetzten Tage zusammentrete und daß keine Formfrage im letzten Augenblick einen Aufschub veranlasse.

Am nämlichen Tage, am späten Nachmittag, fand noch folgende Unterredung zwischen den Beiden statt.

Der englische Botschafter theilte Bismarck einen der Konferenz vorzulegenden Vertragsentwurf mit und bat, wenn derselbe die Zustimmung der preußischen Regierung finde, die preußischen Bevollmächtigten in London entsprechend zu instruiren.

Bismarck vermißte zunächst in dem Entwurfe die Erwähnung der Neutralisation des Großherzogthums und die Stellung desselben unter die Garantie Europas. Diese Festsetzung sei für Preußen der Hauptgrund für die Zurückziehung seiner Besatzungstruppen; dies sei die Bedingung, die allein den preußischen Verzicht für die öffentliche Meinung in Deutschland verständlich machen würde. Er habe auch Grund zu glauben, daß diese Bedingung von Frankreich gleichfalls gewünscht werde; er verstehe daher nicht, warum sie in dem englischen Vertragsentwurfe ausgelassen sei.

Oesterreich und Rußland hätten gleichfalls die Neutralisation des Großherzogthums unter europäischer Garantie als unerläßliche Basis für eine Regelung der Frage angesehen, und diese Bedingung habe hauptsächlich den König von Preußen veranlaßt, in die Zurückziehung der preußischen Besatzung zu willigen.

Den Artikeln I und II des Vertragsentwurfs müsse eine Festsetzung über die zukünftige Stellung Luxemburgs vorangehen. Die Zurückziehung der preußischen Besatzung und die Schleifung der Festungswerke müsse als Folge der Neutralisation des Großherzogthums unter der Garantie Europas erscheinen.

Er halte es für nicht ganz korrekt, den Entwurf vor dem Zusammentritt der Konferenz und ohne Frankreich zu diskutiren; er glaube indes, daß sogar Frankreich einem Vertrage nicht zustimmen werde, welcher nicht die Neutralisation des Großherzogthums unter europäischer Garantie festsetze.

Er habe bis jetzt die Vorschläge dem Könige noch nicht unterbreiten können, er könne deshalb eine endgültige Ansicht darüber nicht aussprechen.

Der englische Botschafter glaubte aus Bismarcks Darlegung entnehmen zu müssen, daß eine Vereinbarung ohne Neutralisation Luxemburgs unter europäischer Garantie von Preußen keinesfalls angenommen werden würde.

**Berlin**, den 7. Mai 1867. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Der englische Botschafter kam auf die Frage der Garantie der Neutralität Luxemburgs zurück. Er legte Bismarck die Bedenken dar, welche die englische Regierung gegen die Uebernahme einer neuen Garantie hege, und stellte zur Erwägung, ob nicht eine Bestimmung, ähnlich der betreffenden Stipulation in dem Vertrage von 1863 über die Jonischen Inseln die gewünschten Erfordernisse erfülle.

Bismarck las den ihm übergebenen Artikel II des erwähnten Vertrages durch und bemerkte dann, derselbe enthalte keine eigentliche Garantie, sondern lege bloß die moralische Verpflichtung auf, daß jeder vertragschließende Theil für sich das darin niedergelegte Prinzip der Garantie respektiren werde.

Dies würde im Falle Luxemburgs von keinerlei Werth sein und Preußen müsse für die deutsche Grenze eine größere Sicherheit verlangen, die ihm lediglich eine Garantie Europas gewähren könne.

Er habe ein Telegramm vom Grafen Bernstorff erhalten, wonach Baron Brunnow einen Gegenentwurf aufgestellt habe, in welchem die Garantiefrage in anderer Form erledigt sei. Obwohl er noch nicht in der Lage gewesen, hierüber die Befehle des Königs einzuholen, so habe er doch den Grafen Bernstorff ermächtigt, Baron Brunnows Vorschlag zu unterstützen. Er hoffe deshalb, daß dieser schwierige Punkt auf diese Weise zur Erledigung gelangen und ein für alle Theile zufriedenstellendes Abkommen zu stande kommen werde.

**Berlin**, einige Tage nach dem 7. Mai 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[2]

Bismarck äußerte zu dem französischen Botschafter Benedetti:

„In Frankreich bestehen zwei Strömungen, eine diplomatische, welche ernste Garantien bietet, die andere, militärische, drängt zum Kriege. Die Berichte des Grafen Bernstorff über die ersten Sitzungen der Londoner Konferenz bezeugen die friedlichen Absichten der Kaiserlichen Regierung; aber die Informationen des Generalstabes zeigen, daß die Vorbereitungen Frankreichs die Bedürfnisse der Vertheidigung überschreiten."

Bismarck zählte dann alle Maßregeln des französischen Kriegsministers auf: die vorzeitige Eröffnung des Lagers von Chalons, die Verdoppelung der Streitkräfte daselbst, die Ausrüstung der festen Plätze, den Ankauf von Pferden in Oesterreich, in der Schweiz und in Italien, die Zusammenziehung eines ungeheuren Artillerie- und Pionier-Parks in Metz, die Entsendung von Kanonen-Schaluppen nach Straßburg, die Einberufung der Reserven von 1864 und 1865, die Einbehaltung der Jahresklassen von 1860 bei der Fahne.

[1] Nach Loftus Bericht vom 7. Mai 1867. Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2822. S. 78.

[2] **Rothan**: L'affaire de Luxembourg. S. 385. Die Londoner Konferenz begann am 7. und schloß am 11. Mai 1867.

Er versicherte, daß Preußen keinerlei Rüstungen getroffen habe, und daß es nur das 8. Armeekorps entgegenzustellen habe, wenn es Frankreich beliebe, 150000 Mann gegen Süddeutschland oder die Rheinprovinz vorrücken zu lassen.

Benedetti wies diese Behauptungen zurück.

Berlin, den 8. Mai 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Luxemburger Frage.[1]

Abends besuchte Benedetti Bismarck; Letzterer erklärte dem französischen Botschafter, daß, wenn die Londoner Konferenz für die Erhaltung des Friedens nicht günstig ausfallen sollte, Preußen sofort ein Ultimatum an Frankreich richten werde, und daß, wenn Frankreich nicht genügende Zusicherungen wegen der Abrüstung geben sollte, eine Kabinettsordre sofort 900000 Mann ins Feld rufen würde.

[1] Kohl: Bismarck-Regesten. Bd. I. S. 523.

## Siebentes Kapitel.

### Von der Beendigung des Luxemburger Streitfalles bis zum Ausbruch des Krieges mit Frankreich.

(Mai 1867 bis Juli 1870.)

Berlin, den 10. Mai 1867. Unterredung mit dem Legationsrath von Bernhardi, betr. das neue italienische Ministerium; keine Gefahr eines sofortigen Krieges mit Frankreich; Verständigung mit Oesterreich; Usedoms Unbrauchbarkeit; La Marmora; Uebernahme des Ministeriums des Innern durch Bismarck.[1]

Bernhardi, welcher inzwischen doch zum Militärbevollmächtigten in Florenz ernannt worden war, meldete sich am 10. Mai 1867 um 11 Uhr bei Bismarck. Da Benedetti augenblicklich bei dem Ministerpräsidenten in Audienz war, so mußte Bernhardi etwas warten; alsdann hatte er aber ein langes Gespräch mit Bismarck.

Derselbe sprach sich zunächst sehr unzufrieden mit Italien aus, mit dem Sturze Ricasolis, dem willigen Ohr, das man den Intriguen Napoleons leihe, der Hinneigung zu Frankreich, die sich unter dem jetzigen Ministerium kund gebe.

Bernhardi bemerkte, daß dem Ministerium Ratazzi und überhaupt der piemontesischen Koterie nicht zu trauen sei. Die Piemontesen seien gewöhnt, ihr Vaterland abhängig von Frankreich zu denken; jetzt vollends suchten sie bei ihrer Schwäche im Lande auswärts, in Frankreich die Stütze, deren sie bedürfen, um sich im Besitz der Macht zu behaupten, und so sei denn auch das gegenwärtige Ministerium ohne Frage durch Frankreichs Einfluß und für Frankreichs Zwecke an die Spitze der Regierung gestellt worden. Das Experiment mit diesem Ministerium sei ein verwegenes und könne leicht eine Katastrophe herbeiführen.

Bismarck: „Diese Gefahr liegt so nahe, daß darüber die Hoffnungen der Bourbons von Neapel neu erwacht sind; sie haben schon „daraufhin Versuche gemacht, sich uns zu nähern"; aber wir weisen diese Eröffnungen zurück, (NB. ab-

[1] Nach Bernhardi, Bd. VII. S. 375 f.

wehrende Bewegung der Hände) wir wollen davon nichts wissen, der Zerfall Italiens wäre für uns „eine Kalamität“.

Was die allgemeinen Angelegenheiten anbetrifft, erklärte Bismarck einfach und entschieden: „Ich will den Frieden erhalten,“ damit Preußen nicht als der beständige Störenfried in Europa angeklagt und verschrieen werde. Man sage zwar, wenn der Frieden auch jetzt erhalten bleibe, sei der Krieg doch nur verschoben, im nächsten Jahre müßten wir den Krieg doch haben. „Gesetzt, dem wäre so, dann wäre doch immer nichts versäumt und nichts verloren dadurch, daß der Krieg für jetzt vermieden wird. Mögen die Franzosen dann weiter vorgeschritten sein in ihren Rüstungen als jetzt, so sind jedenfalls auch wir dann weiter als gegenwärtig, die neuen Armeekorps haben mehr Solidität gewonnen, alle Verhältnisse sind fester geworden und die Chancen liegen nicht ungünstiger als jetzt! Man sagt, Frankreich wolle erst dann Krieg mit uns führen, wenn es 300000 Mann gegen uns in das Feld führen kann; wir können ihnen jedenfalls mehr entgegenstellen. Mit Frankreich allein werden wir fertig, und einen Verbündeten findet Frankreich nicht in einem Kriege gegen Preußen, denn der Sturz Preußens wäre für Alle eine Kalamität — für England, das nicht zugeben kann, daß die Küsten der Nordsee französischer Herrschaft verfallen; für Rußland, dem es nicht erwünscht sein könnte, daß sich die Franzosen „in Posen einnisten,“ und selbst für Oesterreich, das — wenn Preußen am Boden läge — ganz isolirt zwischen den beiden großen Mächten Frankreich und Rußland eingeklemmt bliebe. Das Alles muß man sich in Frankreich doch auch sagen; es ist also wohl nicht so ganz ausgemacht, daß wir jedenfalls im nächsten Jahr einen Krieg mit Frankreich haben werden — und überhaupt: wer kann das so bestimmt voraussagen? Auch abgesehen davon, im Laufe eines Jahres kann auch sonst noch vielerlei geschehen, was den Krieg beseitigt; Napoleon kann sterben, in Frankreich kann ein Bürgerkrieg ausbrechen.“

Bernhardi: „Gewiß! Das Alles ist möglich. Ich halte aber dennoch den Krieg mit Frankreich für unvermeidlich — ja, wenn ich meine Ueberzeugung ganz aussprechen soll: ich glaube nicht einen Krieg mit Frankreich vorherzusehen, sondern eine Reihe von Kriegen. Was auch die jedesmalige besondere Veranlassung sein mag, das Wesentliche ist, die Franzosen werden — wenn auch ihre Nationaleitelkeit und die Art ihrer Bildung ihnen nicht gestattet, den Gedanken zu präziser Klarheit zu entwickeln — ganz entschieden von dem Bewußtsein gequält, daß sie im Sinken sind und wir im Steigen, daß sie infolge des Aufschwunges, den Preußen genommen hat, der Rolle entsagen müssen, die sie seit dem Kardinal Richelieu in Europa gespielt haben, und das werden sie nicht wohlfeilen Kaufes thun. Darein werden sie sich nicht ergeben, ohne wiederholt darum gekämpft zu haben.“

Bismarck: „Das mag sein; das ist aber doch kein Grund, den Krieg zu provoziren.“

Bernhardi: „Daß wir den Krieg provoziren sollen, verlangt auch Niemand. Es handelt sich nur darum, was wir gewinnen, wenn wir Opfer bringen, um ihn zu vermeiden.“

Bismarck: „Napoleons Intriguen in Italien sind widersinnig, denn sie drängen gerade darauf hin, was er am meisten fürchtet: auf ein erneutes Bündniß der drei Ostmächte."

Bernhardi zeigte sich verwundert.

Bismarck: „Ja! wir stehen jetzt so mit Oesterreich, daß eine Verständigung nicht unmöglich ist. Oesterreich will sich allerdings so theuer als möglich verkaufen, aber nur an uns, nicht an Frankreich. Auch üben die süddeutschen Staaten „Druck auf uns" in diesem Sinne (d. h. sie dringen auf eine Verständigung mit Oesterreich). Italien wäre unser natürlicher Verbündeter; aber je mehr Italien sich zu Frankreich neigt, desto entschiedener drängt die Macht der Umstände auf ein Bündniß der drei Ostmächte."

Bismarck kam demnächst auf die Verhältnisse in Italien zurück, daß die Zustände dort sehr gefährliche geworden seien. Usedom schreibe nicht Berichte, sondern Leitartikel, weitläufige Betrachtungen über das, was erfolgen könne, wenn dies und das geschehe, oder über das, was sich ergeben würde, wenn das Eine und Andere anders gemacht worden wäre; er habe nicht Zeit, dergleichen zu lesen, und damit sei nichts anzufangen. Wenn er Usedom und Brassier (in Konstantinopel) wollte die Stellen wechseln lassen, so wäre auch nichts gewonnen. Bernhardi solle also hingehen, sein „praktischer Sinn" werde gewiß das Richtige treffen. Er solle daher nicht nur militärische Berichte einsenden, sondern auch politische. Die ersteren in Form von offiziellen Berichten an Moltke, unter fliegendem Gesandtschaftssiegel, die letzteren in Form von Privatbriefen an Keudell.

Zu Bernhardis Ueberraschung theilte Bismarck demselben mit, daß er damit umgehe, sobald Preußen bei einer etwas ruhigeren Periode angelangt sei, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abzugeben und das Portefeuille des Innern zu übernehmen, um die Verwaltung zu reformiren, wo viel unnütze Weitläufigkeit herrsche — „um diesen Augiasstall zu reinigen."

Bernhardi: „Aber wo wollen Sie denn Jemand finden, der Sie in den auswärtigen Angelegenheiten ersetzen könnte?"

Bismarck: „O! der ist leicht zu finden; die hohe Hand behalte ich ja doch in den auswärtigen Angelegenheiten als Ministerpräsident." Alle „großen Fragen" werde er sich vorbehalten, und nur die laufenden, gewöhnlichen Geschäfte abgeben; da könnte Savigny oder Werther Minister sein.

Paris, zwischen dem 5. und 14. Juni 1867. Unterredung mit dem Kaiser Napoleon III., betr. die liberalen Reformen des Kaisers und die Mittel zur Sicherung seiner Dynastie.[1]

Im Laufe der vielfachen Gespräche, die Napoleon mit Bismarck während seines Pariser Aufenthaltes führte, sagte der Kaiser zu dem Bundeskanzler, daß man ihm von allen Seiten rathe, das absolute persönliche Regiment aufzugeben und liberale parlamentarische Institutionen in Frankreich einzuführen, um

[1] Nach Meding, Memoiren. Bd. III. S. 331—336.

die Kaiserliche Regierung und Dynastie gegen alle Wechselfälle der Zukunft zu schützen. Bismarck, fuhr der Kaiser fort, sei Meister in der Behandlung und Führung des parlamentarischen Lebens, er kenne Frankreich und die Franzosen, und der Kaiser bäte ihn daher um seine Ansicht und seinen Rath in dieser schwierigen Frage.

Bismarck befand sich dieser Frage eines fremden Souveräns gegenüber in einer ganz besonders eigenthümlichen Lage; er kannte allerdings Frankreich und die Franzosen und war vollkommen überzeugt, daß die innere Ordnung in Frankreich nur aufrecht erhalten und dessen Kraft nach außen nur zu voller Entwickelung erhoben werden könne unter einem starken autokratischen persönlichen Regiment; auf der anderen Seite aber war er überzeugt, daß dem deutschen Einigungswerke, seiner Lebensaufgabe, Frankreich, und besonders das napoleonische Frankreich, als der unversöhnlichste Feind gegenüberstände; er wollte den Krieg nicht, aber er sah ihn voraus; wie konnte er dem Feinde, wenn derselbe auch in jenem Augenblick ihm nicht als ein solcher entgegentrat, einen Rath geben, der dessen Kraft stärker und den Krieg wahrscheinlicher und gefährlicher machen mußte?

Bismarck sagte daher dem Kaiser, daß auch ihm der Vorschlag der Einführung liberaler Institutionen gut und annehmbar erschiene und er dem Kaiser zur Befolgung desselben rathen könne. Um nun aber auch das Vertrauen des Kaisers Napoleon, der sich in der Sorge um die Zukunft seiner Dynastie an ihn wendete, zu rechtfertigen, fügte er hinzu, daß er dem Kaiser empfehlen müsse, zugleich mit den liberalen Institutionen, die er einführen möchte, sich mit einer sicheren und zuverlässigen, ganz besonders der Dynastie zugehörenden und ergebenen Militärmacht zu umgeben und die Kaiserliche Garde soviel als möglich zu einem ähnlichen Korps zu machen, wie es die Haustruppen der alten Könige waren, durch deren richtigen und energischen Gebrauch Ludwig XVI. in so vielen entscheidenden Augenblicken mit Leichtigkeit Herr der Revolution hätte werden können. Wenn Napoleon über ein solches Truppenkorps in Paris sicher gebieten könne, so werde er dadurch stets in der Lage sein, die gefährlichen Ausschreitungen, zu welchen liberale Institutionen in Frankreich so leicht führen könnten, jedesmal nachdrücklich und ohne Schaden für die Autorität der Kaiserlichen Regierung zurückzuweisen.[1]

---

[1] Hätte der Kaiser, bemerkt Oskar Meding in seinen Memoiren zur Zeitgeschichte, diesen Rath befolgt, so wäre er allerdings vollkommen Herr der Situation in seinem Lande geblieben, und wenn seine Nachfolger in demselben Sinne weiter regiert hätten, so hätte die Dynastie wohl gesichert erscheinen können; zugleich aber auch wäre bei einer solchen Regierungsweise ein auswärtiger Krieg unmöglich geworden, denn der Kaiser hätte in Frankreich selbst stets daran arbeiten müssen, zwei entgegengesetzte Kräfte gleichsam in unregelmäßigen Pendelschwingungen im Gleichgewicht zu erhalten, er hätte nach vernünftiger Berechnung niemals daran denken können, seine Militärmacht nach außen zu werfen, da dann das von seinem Gegengewicht befreite liberale Regiment im Innern der Dynastie gefährlich werden mußte. Graf Bismarck hatte auf diese Weise das Vertrauen des Kaisers nicht getäuscht, indem er ihm einen Rath gab, dessen strikte Befolgung vollkommen geeignet war, die Regierung und die Dynastie Frankreichs gegen gefährliche Wechselfälle zu schützen und die Wohlfahrt der französischen Nation zu fördern, welche

Berlin, Juni 1867. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. den Besuch in Paris aus Anlaß der Weltausstellung; die orientalische Frage; Kreta.[1]

Bei einer Unterhaltung mit dem englischen Botschafter Loftus nach der Rückkehr von Paris sprach sich Bismarck sehr befriedigt über den Empfang des Königs und des Kronprinzen in Paris aus; derselbe habe seine Erwartungen übertroffen. Nichts hätte die Höflichkeit und Aufmerksamkeit übertreffen können, welche der Kaiser und die Kaiserin und der Kaiserliche Hof dem König erwiesen hätten. Der König sei auch vom Publikum mit vieler Achtung und mit Wohlwollen empfangen worden, und das Unterbleiben jeder Demonstration oder anderer Zeichen feindlicher Stimmung gegen Preußen habe einen befriedigenden Eindruck auf den König gemacht, dessen Haltung herzlicher und weniger zurückhaltend geworden wäre, als er versichert war, daß der Königliche Besuch der französischen Nation genehm war, und daß die Pariser Bevölkerung sich nicht in Ausdrücken der Animosität gegen Preußen Luft gemacht hatte.

Was ihn (Bismarck) selbst betreffe, so sei er — wie er vorher angenommen — nicht der Gegenstand einer direkten Mißgunst gewesen, sondern er sei „mit wohlwollender Neugier" behandelt worden.

Er habe eine lange und freimüthige Auseinandersetzung mit dem Kaiser gehabt; wenn französischen Versicherungen Vertrauen geschenkt werden könne und die französischen Staatsmänner nicht die vollkommensten Komödianten wären, so brauche man keinerlei Befürchtungen wegen der Erhaltung des Friedens hegen.

Da Bismarck mit dem Fürsten Gortschakow in Paris und Berlin zusammengetroffen war, so fragte Loftus, ob irgend ein Meinungsaustausch in Bezug auf die orientalischen Angelegenheiten stattgefunden habe.

Bismarck erwiderte, wenn England zur Erreichung der Abtretung Kretas an Griechenland helfen wolle, so würden alle gegenwärtigen Schwierigkeiten im Orient mit einem Male erledigt sein.

Loftus bemerkte, diese Frage könne nicht in der vorgeschlagenen Weise gelöst

---

niemals von ihren Ausbrüchen nach außen Segen gehabt hatte. Zugleich aber handelte der deutsche Kanzler im Interesse seines Vaterlandes, denn die Befolgung seines Rathes würde die Kräfte des Kaiserreichs nach innen absorbirt haben. Es scheint mir nicht zweifelhaft, daß dieser Rath des Grafen Bismarck sehr wesentlich dazu beitrug, den Kaiser zu den liberalen Gesetzen und Institutionen zu bestimmen, welche das Gebäude krönen sollten und deren Handhabung er den schwachen Händen des eiteln Ollivier anvertraute. Freilich vergaß er dabei den zweiten Theil des ihm ertheilten Rathes; hätte er die Militärmacht in seiner Hand festgehalten, so hätte dieselbe stets zu ihm gestanden und jedes gefährliche Aufwallen des Parlamentarismus niedergehalten. Er vergaß, daß einen Krieg nach außen in Frankreich nur ein autokratisches Regiment oder die rothe Republik führen kann. Der parlamentarische Liberalismus im Rücken des Heeres ist die größte Gefahr, der eine französische Regierung sich aussetzen kann. Der September des Jahres 1870 hat dies von neuem bewiesen.

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 186. In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen. Um den Leser nicht zu ermüden, lasse ich die Verweisung auf die Lücken in Kohls Bismarck-Regesten fortan fort.

werden. Kreta sei ein Besitzthum des Sultans, und im Prinzip könne man von einem unabhängigen Souverän nicht die Abtretung eines Gebiets verlangen, das er nicht geneigt sei aufzugeben.

Bismarck erwiderte, der Bürgerkrieg auf Kreta könne nicht ohne Gefahr für andere Theile des ottomanischen Reiches fortdauern, und wenn es dem Sultan nicht binnen kurzem gelinge, das Feuer auf Kreta auszulöschen, werde es sich ausdehnen und größere Verhältnisse annehmen.

Einige Zeit vorher hatte Bismarck in Bezug auf die kretische Frage bemerkt, er vermöge nicht anzuerkennen, daß man diese als „die orientalische Frage" bezeichne; letztere sei eine viel bedeutungsvollere Frage. Während der König viel Sympathie für die christliche Bevölkerung habe und wünsche, daß ihre Lage unter der türkischen Herrschaft verbessert werde, hätte Preußen kein direktes oder vitales Interesse im Orient; es sei aber bereit, im Einvernehmen mit den anderen europäischen Mächten zur Erledigung der bestehenden Differenzen mitzuwirken im Hinblick auf die allgemeine Wohlfahrt und den allgemeinen Frieden.

1867 (erste Hälfte). Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die orientalische Frage.[1]

In einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus sagte Bismarck, er habe immer bemerkt, daß die orientalische Frage mit zu vielem Eifer (passion) behandelt werde; sie laste immer wie ein Alpdruck auf der europäischen Diplomatie; sie erscheine immer wie eine schwarze Wolke am Horizont, sichtbar und drohend, der Erde eine Sündfluth zu bringen. Sie wäre nichts weiter als eine Frage der Rivalität und der Persönlichkeiten in Konstantinopel und werde beständig Europa als Schreckmittel vorgehalten, das einen allgemeinen Weltbrand herbeizuführen drohe. Er vermöge indes dieser Frage nicht die Bedeutung beizulegen. Was die europäischen Mächte anbetreffe, so wäre keine derselben bei dieser Frage so direkt interessirt, daß ihre vitalen Interessen von ihrer Lösung abhingen.

Oesterreich, das wegen der Verwandtschaft der orientalischen christlichen Völkerstämme mit denjenigen seines Reiches (nämlich Serben, Rumänen, Slovaken) der meistinteressirte Staat sei, schiene die Frage leichthin, wenn nicht sogar gleichgültig zu behandeln.

Rußland könne nicht wünschen, sein Gebiet auszudehnen, denn das würde zu seiner Schwächung beitragen und es noch leichter angreifbar machen. Es habe schon eine genügend große Bevölkerung uncivilisirter Völkerschaften — einen Ueberfluß an ausgedehnten wilden Steppen. Der Besitz von Konstantinopel selbst würde für Rußland nur die Gründung eines zweiten Sebastopol an dem äußersten Punkte seiner Grenze bedeuten und dasselbe nur leichter verwundbar machen.

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 188. (Datum und Ort nicht näher angegeben.)

Frankreich könne nicht daran denken, Besitzungen im Orient zu erwerben, noch könne diese Frage von irgend welcher anderen Bedeutung als der des Prestige für Frankreich sein.

Auf des Botschafters Bemerkung, daß Frankreich immer beansprucht habe, als Beschützerin der römischen Kirche angesehen zu werden, erwiderte Bismarck, daß, wenn Frankreich das Protektorat des Papstes in Rom aufgebe, nicht anzunehmen sei, daß es mehr Werth auf das Protektorat der römischen Kirche im Orient lege.

England möge mit Besorgniß und Interesse die Straße durch Aegypten nach Indien im Auge haben; aber was sich auch ereignen möge, die Sicherheit dieser Verbindung werde nicht gefährdet werden.

Preußen habe kein direktes politisches Interesse in Sachen der orientalischen Frage. Seine Interessen in der Türkei seien lediglich materieller und kommerzieller Natur. Welche Veränderungen auch im Osten vor sich gehen sollten, die kommerziellen Interessen aller Nationen würden gleichmäßig geschützt sein, da die Bedürfnisse und der Betrieb des Handels auf politische Veränderungen gar keine Rücksicht nähmen.

Er (Bismarck) sei deshalb der Meinung, die orientalische Frage sei lösbar, ohne, wie man allgemein fürchte, eine europäische Erschütterung herbeizuführen; er glaube, daß ein allgemeines Einvernehmen unter den Mächten zu stande kommen könne, um Europa vor den fatalen Konsequenzen zu bewahren, welche von einer Auflösung des ottomanischen Reiches befürchtet werden.

Was Rußland angehe, so schreibe er demselben nicht die aggressiven Absichten zu, an die man so allgemein glaube. Als eine Frage der Selbstachtung und der militärischen Ehre könnte Rußland wünschen, jenen Theil seines Gebiets abzutreten, den es im Jahre 1856 verloren habe.

Lord A. Loftus bemerkte hier, die Donau sei ein deutscher Fluß und es würde im allgemeinen als von großer Bedeutung angesehen, daß die Mündungen dieser großen Ader des Handels nicht unter russischer Kontrolle ständen.

Bismarck versetzte hierauf, das sei eine Illusion. Die Donau, soweit sie deutsch sei, sei kaum schiffbar, und es würde einen Aufwand von Millionen erfordern, dieselbe schiffbar zu machen. Er könne nicht einsehen, daß dies ein Gegenstand von kommerzieller Bedeutung für Deutschland sei.

**Berlin**, Oktober 1867. Unterredung mit dem Kaiserlich französischen Oberststallmeister General Fleury, betr. die politischen Beziehungen Frankreichs und Preußens.[1]

Bismarck hatte zu dem französischen General Fleury, der in besonderer Mission behufs Herstellung eines freundlicheren politischen Verhältnisses nach Berlin kam, gute Beziehungen von seiner (Bismarcks) kurzen Gesandtschaftszeit in Paris her.

[1] Rothan: La France et sa politique extérieure en 1867. Bd. I. S. 241. Der Botschafter Benedetti berichtete über die stattgehabte Mission unter dem 9. Oktober 1867. Siehe Rothan, ebenda. S. 243.

Bismarck äußerte dem Vertrauten des Kaisers Napoleon gegenüber seine durchaus friedlichen Gesinnungen; seine Politik habe sich in keiner Weise geändert, sie beruhe immer auf einem guten Einvernehmen mit Frankreich.

Als indes der Abgesandte des Kaisers auf die Angelegenheiten Italiens einging, verhielt sich Bismarck reservirt und kühl. Diese Frage schien ihn wenig zu interessiren. Bismarck bemerkte dann, er werde die Verhandlungen mit Dänemark wegen Nordschleswigs wieder aufnehmen; er habe bedauert, daß sein die Angelegenheit betreffendes Rundschreiben vom 7. September d. J. in der französischen Presse ein so großes Aufsehen erregt habe.

Der Zweck der Fleuryschen Mission, die angeblich von Napoleon gewünschten intimeren Beziehungen zu Preußen herzustellen, ging nicht in Erfüllung.

Berlin, den 27. Oktober 1867. Unterredung mit dem bayerischen Minister des Auswärtigen Fürsten Hohenlohe und dem Frhrn. von Thüngen, betr. Bayerns Veto im Zollverein.[1]

Am 27. Oktober 1867 verhandelte Bismarck mit dem bayerischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürsten Hohenlohe und dem Freiherrn v. Thüngen über die von dem bayerischen Reichsrath beschlossene Klausel, daß bei der Neuordnung des deutschen Zollvereins für Bayern ein Recht des Widerspruchs gegen Beschlüsse des Zollvereins, die den bayerischen Interessen zuwider seien, gewahrt bleibe.

Fürst Hohenlohe fand bei Bismarck freundliche Aufnahme, aber zugleich die Gewißheit, daß von der Annahme jener Bedingung sowie überhaupt von neuen Verhandlungen nicht die Rede sein könne; der Vertrag müsse, so wie er abgeschlossen und bereits vom Reichstage des Norddeutschen Bundes genehmigt sei, angenommen oder abgelehnt werden.

Fürst Hohenlohe kehrte hierauf unverweilt nach Bayern zurück und wußte den bayerischen Reichsrath zur bedingungslosen Annahme des Zollvertrages zu bestimmen.

Berlin, den 30. Oktober 1867. Unterredung mit dem italienischen Geschäftsträger Chevallier de Tosi, betr. die römische Frage.[2]

Die römische Frage war dadurch in ein neues Stadium getreten, daß die italienische Regierung ihren Truppen aus Florenz den Befehl ertheilt hatte, die päpstliche Grenze zu überschreiten. Die Gefahr bestand darin, daß Kollisionen zwischen den Königlich italienischen und den in Civitavecchia gelandeten französischen Expeditionskorps gewärtigt werden könnten. Auf die erste Nachricht von diesem wichtigen Schritte des italienischen Kabinetts erneuerte Bismarck sogleich den preußischen Vertretern bei den Großmächten die Instruktionen über die neue Wendung, welche die römische Frage eventuell nehmen könnte, wenn sie einen politischen, europäischen Charakter annehmen sollte, und über die Nothwendigkeit, ernstere Verwickelungen

[1] Nach der „Prov.-Korresp." vom 31. Oktober 1867.

[2] Nach Tosis Bericht vom 30. Oktober 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3107. S. 140.

zu vermeiden. Bismarck setzte gleichzeitig dem italienischen Geschäftsträger die Gründe auseinander, welche ihm eine direkte Verwendung in Paris widerriethen und fügte hinzu, wie er hoffe, daß ein Konflikt noch vermieden werden könnte, wenn die italienischen Truppen ihrerseits die größte Vorsicht bewiesen. Der italienische Diplomat erwiderte dem Ministerpräsidenten, daß die ihm bekannten Befehle[1] der Königlichen Regierung sowie die Disziplin der italienischen Armee die feste und kluge Haltung verbürgten, welche die italienischen Truppen zu bewahren wissen werden.[2]

Berlin, den 1. November 1867. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger Lefebvre de Béhaine wegen der italienischen Frage.

Der französische Geschäftsträger las Bismarck das Cirkularschreiben Moustiers vom 30. Oktober 1867[3] vor. Dieses Aktenstück hatte den Zweck, die Expedition nach Rom zu rechtfertigen und zugleich das Projekt eines europäischen Kongresses aufs Tapet zu bringen. Da es aber nicht ausdrücklich von einem Kongresse oder einer Konferenz sprach, so verfehlte Bismarck nicht, die Zweideutigkeit der Ausdrücke des Cirkulars zu benutzen, um es zu vermeiden, sich auszusprechen. Lefebvre konnte von ihm eine Zustimmung zu einer Konferenz nicht erlangen.

„Das ist keine förmliche Einladung," sagte Bismarck.

„Es ist aber doch eine Andeutung," antwortete Lefebvre.

„Gut denn — erwiderte Bismarck —, dann liegt es an Ihnen, sie zu interpretiren."

Diese Worte wiederholte er mehrere Male. Wenn Bismarck nicht versprach, was man von ihm verlangte, so verfehlte er nicht zu sagen, daß die Expedition nach Italien ihm ungerechtfertigt erscheine und daß die Franzosen Mühe haben würden, mit den Garibaldianern fertig zu werden.

Berlin, den 2. November 1867. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die römische Frage.[4]

Bei einer Unterredung Bismarcks mit dem englischen Botschafter Loftus wies Letzterer auf die Verwickelungen in Italien hin und fragte Bismarck, wie er über die Berufung einer europäischen Konferenz zur Beilegung der Frage denke.

---

[1] Dieselben gingen dahin, nur einige Punkte des päpstlichen Gebietes zu besetzen und jeden Konflikt mit den französischen Truppen zu vermeiden. Die Besetzung war nach dem Vorgeben des italienischen Kabinetts erfolgt, erstens, um durch die That das Recht Italiens zu wahren, zweitens, um die Bevölkerung zu schützen, endlich, um den Freischaren die Möglichkeit des Rückzuges ins Königreich zu erleichtern.

[2] Wenige Tage später waren die Freischaren bereits entwaffnet, worauf das italienische Kabinett am 4. November abends die sofortige Räumung des päpstlichen Gebietes durch die italienischen Truppen befahl.

[3] Staatsarchiv Bd. XIII. Nr. 2948. S. 308.

[4] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 196.

Bismarck erwiderte, er habe nicht den Wunsch, zur Ausbesserung der Versehen Anderer herbeigerufen zu werden, und er glaube, es hieße Europa eine nicht wenig schwierige Arbeit auferlegen, Frankreich und Italien aus der Verwirrung, welche sie sich selbst geschaffen, loszumachen. Er sei für seinen Theil nicht günstig für eine Konferenz gestimmt und würde froh sein, wenn Preußen vor den Beschwernissen einer solchen bewahrt bliebe; wenn aber Andere und besonders England die Einladung annähmen, so könne Preußen sich nicht abseits halten; auch könne Preußen als friedliebendes Land es nicht ablehnen, bei der Versöhnung streitender Elemente mitzuwirken und dadurch zur Förderung der allgemeinen Interessen Europas beizutragen.

Preußen könne seiner katholischen Unterthanen wegen gegen den Papst nicht kämpfen; ebenso wenig könne es für die Aufrechterhaltung der päpstlichen Herrschaft eintreten, weil es dadurch riskire, seine protestantischen Unterthanen zu beleidigen. Wenn also Preußen sich entschließe, an einer europäischen Konferenz über die zukünftige Stellung des Papstes theilzunehmen, so werde der preußische Vertreter in der Konferenz ein passiver Anhörer der Vorschläge der mehrbetheiligten Staaten sein, ohne an den Erörterungen theilzunehmen.

Rußland habe, so werde gesagt, eine Konferenz im Prinzip angenommen, aus Höflichkeit gegen Frankreich.

Oesterreich habe gleichfalls angenommen. Als katholische Macht konnte es seine Hülfe dem Papste nicht versagen, aber seine Lage zwischen seiner katholischen Hierarchie und der Opposition der öffentlichen Meinung Ungarns gegen das Konkordat sei unbequem.

Wenn England ablehne, so wäre er (Bismarck) sehr geneigt, eine ähnliche Richtung einzuschlagen. Er fühle, daß von einer Konferenz wenig Erfolg zu erhoffen sei. Wenn der Papst erkläre, daß er nicht nachgeben wolle, was solle dann der Beschluß der europäischen Konferenz nützen? Was könne Europa gegen sein „Non possumus“ thun?

Bismarck sprach dann ferner über die zukünftige Stellung des Papstes und die für seinen Unterhalt nothwendigen Einkünfte. Der Papst müsse ein unabhängiger Souverän sein, wäre er auch nur der Besitzer von zehn oder hundert Morgen Land. Das Haupt der katholischen Kirche könne niemals der Unterthan irgend eines Fürsten sein. Was die Einkünfte zum Unterhalt des päpstlichen Stuhles anbetreffe, so wären dieselben zweierlei Art. Sie kämen her aus dem Kirchenstaate und aus Spenden der römisch-katholischen Kirche in der ganzen Welt. Die Frage müsse von Italien durch Entschädigung des Papstes in derselben Art geregelt werden, wie der König von Hannover durch Preußen entschädigt worden sei. Der Papst müsse genügendes Einkommen haben, um die päpstliche Herrschaft in gehöriger Weise aufrecht erhalten zu können.

Schließlich bemerkte Bismarck, da er noch zu keiner Entschließung über die von ihm zu beobachtende Haltung gekommen sei, so werde er, wenn er offiziell zu

einer Konferenz eingeladen werden sollte, keine Antwort ertheilen, ohne sich zuvor mit der englischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen.

Er regte an, wenn die Einladungen zur Theilnahme an einer europäischen Konferenz durch Frankreich oder Italien ergangen, zunächst folgende Fragen aufzuwerfen:

1. Wird der Papst auf der Konferenz vertreten sein?
2. Wird der Papst im voraus einwilligen, die Entscheidung der Konferenz zu acceptiren?

Im Falle einer verneinenden Antwort scheine ihm (Bismarck) unmöglich, daß die Konferenz irgend welches gute Resultat haben könnte, denn wie solle man mit dem Papste verhandeln, wenn er darauf bestehe, die Ausführung des Wunsches einer europäischen Konferenz zu verweigern?

Er wünsche lebhaft, daß England und Preußen, welche in ähnlichen Verhältnissen zu der römischen Frage ständen, bei dieser Gelegenheit gemeinsam handelten, und möchte die Ansichten der englischen Regierung bezüglich der Annahme einer Konferenz kennen lernen.

Berlin, den 4. November 1867. Unterredung mit dem italienischen Geschäftsträger Chevallier de Tosi über den von Frankreich ausgegangenen Vorschlag einer Konferenz zur Lösung der römischen Frage.[1]

Tosi wünschte von Bismarck zu erfahren, ob derselbe bereits eine förmliche Einladung zu der Konferenz über die römische Frage erhalten habe, und welches seine Ansichten darüber wären.

Bismarck antwortete dem italienischen Diplomaten, es sei ihm in Berlin durch die französische Regierung bisher keine offizielle Eröffnung gemacht worden. Verhehlen wolle er nicht, daß er wenig Vertrauen auf das Gelingen dahin einschlagender Projekte habe.

Am 10. November 1867 überbrachte der französische Botschafter in Berlin Benedetti dem Unterstaatssekretär v. Thile die förmliche Einladung Frankreichs zu einem europäischen Kongresse zur Lösung der römischen Frage.

Berlin, November 1867. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die vorgeschlagene Konferenz zur Regelung der italienischen Frage.[2]

Nachdem die französische Regierung die formelle Einladung zur Konferenz in der italienischen Frage hatte ergehen lassen, theilte der englische Botschafter Lord A. Loftus Bismarck die Antwort mit, welche die englische Regierung auf die Einladung zur Konferenz gegeben hatte. Bismarck sprach seine Genugthuung darüber aus, daß eine vollkommene Uebereinstimmung in den Ansichten der beiden Regierungen von

---

[1] Nach Tosis Berichten vom 4. und 11. November 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3116. S. 147 und Nr. 3121. S. 150.

[2] Nach Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 199.

England und Preußen bestehe. Die Antworten der französischen Regierung auf seine Fragen bezüglich der Konferenz seien noch nicht genügend oder so vollständig gewesen, wie er gewünscht habe.

Auf seine erste Frage nach der Basis der Konferenz und ob Italien und der Papst diese Basis angenommen, habe Benedetti erwidert, Italien und der Papst hätten die Konferenz angenommen, während der italienische Gesandte ihm (Bismarck) mitgetheilt habe, seine Regierung werde die Konferenz nur unter gewissen, noch nicht erfüllten Bedingungen annehmen.

Auf die zweite Frage nach den zur Konferenz eingeladenen Mächten habe Benedetti erwidert, daß alle Mächte Einladungen erhalten hätten. Bis dahin, bemerkte Bismarck, sei es nicht Gebrauch gewesen, die kleineren Mächte zur Theilnahme an der Entscheidung einer großen europäischen Frage einzuladen. Die französische Regierung habe Sachsen, ein Mitglied des Norddeutschen Bundes, das Großherzogthum Luxemburg und Großherzogthum Hessen eingeladen. Es wäre höflicher gewesen, wenn die französische Regierung die anderen Großmächte vorher befragt hätte, wer einzuladen sei. Die Schwierigkeiten der Herstellung eines Einvernehmens zwischen den europäischen Mächten würden durch die Anwesenheit so vieler Vertreter bei der Konferenz vermehrt und die Hoffnungen auf ein gutes Ergebniß vermindert werden.

Mit Bezug auf das Programm, welches unerläßlich sei, sei keine Aufklärung gegeben worden. Dies solle auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege erlangt werden, er glaube aber, daß die französische Regierung die Initiative durch eine klare Darlegung darüber ergreifen müsse, was sie in Bezug auf die Wege zur Herstellung eines befriedigenden Zustandes zwischen Italien und Rom vorzuschlagen habe.

Es war hiernach dem Botschafter klar, daß ohne ein Programm die preußische Regierung die Konferenz nicht acceptiren werde.

**Berlin**, den 10. November 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti über das Unternehmen Garibaldis gegen die päpstliche Regierung.[1]

Bismarck machte dem französischen Botschafter Benedetti zwei wichtige Mittheilungen. Der Ministerpräsident erzählte, daß Garibaldi in dem Augenblick, wo er sich anschickte, in die päpstlichen Staaten einzufallen, an ihn geschrieben und einen Vertrauten beauftragt habe, nach Berlin zu gehen und ihm den Brief direkt zu übergeben. In diesem Schreiben ersuchte Garibaldi um die moralische Unterstützung und materielle Beihülfe Preußens, indem er um Geld und Waffen bat. „Eine Intrigue Oesterreichs vermuthend — fuhr Bismarck fort — und da ich weiß, wie leicht die Handschrift Garibaldis nachzuahmen ist, habe ich dem Abgesandten gegen-

[1] Nach dem Bericht Benedettis vom 10. November 1867. **Benedetti: Ma mission**, S. 245 f.

über eine außerordentliche Zurückhaltung beobachtet und habe demselben vorgeschlagen, bei unserer Unterhaltung den Geschäftsträger Italiens zuzuziehen. Da der Unterhändler dies ablehnte und ich nicht wußte, mit was für einem Agenten ich es zu thun hatte, habe ich ihm erwidert, daß ich über keine Summe zu verfügen habe, deren Verwendung ich nicht in meinen der Genehmigung der Kammer unterliegenden Rechnungen zu rechtfertigen hätte; daß es mir auch nicht gestattet sei, irgend welche Waffen aus den Arsenalen zu anderen Zwecken zu entnehmen, daß meiner Meinung nach außerdem Frankreich nicht dulden würde, daß die päpstliche Regierung von italienischen Freischärlern umgestürzt würde, und daß mir ein solches Unternehmen keine Aussicht auf Erfolg zu bieten scheine."

Später machte Bismarck Benedetti noch eine zweite Eröffnung; er theilte ihm mit, daß der italienische Geschäftsträger, als es feststand, daß Frankreich nöthigenfalls bewaffnet interveniren werde, eine telegraphische Depesche des Kabinetts von Florenz gebracht habe, welche den Geschäftsträger beauftragte, Preußen zu fragen, ob es geneigt sei, Italien zu unterstützen, und in welcher Weise es seine Hülfe glaube leihen zu können. Bismarck habe dem italienischen Vertreter erwidert, daß Frankreich mit Recht Grund habe, den Papst bei der Vertheidigung der Staaten des heiligen Stuhles zu unterstützen, und daß der König von Preußen bei dem Angriff auf eine Regierung nicht Beihülfe leisten könne, mit welcher er Beziehungen unterhalte, die abzubrechen ihn nichts veranlasse.

Benedetti hörte Bismarck ohne Unterbrechung an und er fragte sich, zu welchem Zwecke ihm der Ministerpräsident, der nie ohne Zweck indiskret sei, diese Mittheilungen gemacht habe. Eine bestimmte Antwort vermochte sich aber der Diplomat — trotz aller seiner Schlauheit — hierauf nicht zu geben.

**Berlin**, den 14. November 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die römische Frage.[1]

Der französische Botschafter Benedetti besuchte Bismarck, um denselben auszuholen, wie derselbe über den von Frankreich ausgehenden Plan denke, zur friedlichen Lösung der römischen Frage nach der Invasion des Kirchenstaates durch die Freischärler und nach dem Gefecht von Mentana eine Konferenz einzuberufen.

Nach der Mittheilung Bismarcks war der König der Ansicht, daß man die Mächte nicht zusammenberufen könne, ohne dabei das in Aachen im Jahre 1818 vereinbarte Verfahren zu beachten; die Angelegenheit müsse daher von denjenigen Regierungen, deren Interessen in Frage kämen, oder von einer von beiden in die Hand genommen werden; andererseits komme es Seiner Majestät darauf an, zu wissen, welche Mächte man bei dieser Gelegenheit zu betheiligen gedenke und den Ort der Zusammenkunft der Bevollmächtigten zu erfahren; es würde, setzte Bismarck hinzu, für Preußen nicht gleichgültig sein können, auf einer europäischen

[1] Nach Benedettis Bericht vom 14. November 1867. **Benedetti**: Ma mission, S. 228 bis 236.

Konferenz sich mit dem Großherzogthum Baden z. B. oder mit Sachsen zusammen zu finden; der König könne ferner keinen Entschluß fassen, ohne die Natur und die Tragweite der Fragen zu kennen, über welche sein Vertreter seine Ansicht würde abgeben sollen. Die Regierung Seiner Majestät wünsche also, bevor sie die ergangene Einladung annähme, über diese verschiedenen Punkte Aufklärung zu erhalten.

Diese ersten Auseinandersetzungen Bismarcks erfolgten nach Angabe Benedettis in etwas dunklen Andeutungen (dans un langage semé d'obscurités), als wenn er besondere Gründe habe, nicht ganz deutlich und bestimmt zu sein. Benedetti glaubte also, auf jeden einzelnen Punkt der erhaltenen Antwort eingehen zu müssen und fragte ihn in erster Linie, ob Preußen beabsichtige, das Vorgehen Frankreichs unberücksichtigt zu lassen und warten wolle, bis die Initiative in der Sache von Italien und von der päpstlichen Regierung ergriffen werde.

Ohne den französischen Gesandten in dieser Hinsicht ganz zufrieden zu stellen, veranlaßte ihn Bismarck doch zu der Auffassung, daß das Berliner Kabinett aus Rücksicht für die Regierung des Kaisers von Frankreich seinen Beitritt nicht von der Erfüllung dieser Formalität abhängig machen werde; Bismarck verhehlte dem Botschafter jedoch nicht, daß die Beschlußnahme nicht eher erfolgen werde, als bis man sich darüber vergewissert habe, daß das Kabinett von Florenz und der heilige Stuhl den französischen Vorschlag formell angenommen hätten. Die ihm zugegangenen Informationen veranlaßten ihn nun, zu glauben, daß der römische Hof lange zögern werde, auf die französische Einladung einzugehen; daß Italien, welches niemals den Zusammentritt der Konferenz gewünscht habe, in diesem Augenblick, nur um Frankreich gefällig zu sein, geneigt sei, sich auf der Konferenz vertreten zu lassen; er halte sich zu der Annahme berechtigt, daß beide Regierungen, und besonders diejenige des heiligen Vaters, sich nicht dazu entschließen würden, wenn man nicht zuvor die Grundlagen für die Verhandlung festsetze und wenn dieselben nicht derart gefaßt seien, daß dem Papste seine ganze souveräne Macht garantirt werde.

Der Botschafter bemerkte hierauf, daß, wenn er auch die Ansichten der päpstlichen Regierung nicht genau kenne, er desto besser über diejenigen des italienischen Kabinetts unterrichtet und daß er zu glauben berechtigt sei, in Florenz wünsche man, entgegengesetzt zu Bismarcks Annahme, dem Vorschlage Frankreichs Erfolg. Der Gesandte wies, da er annehmen mußte, daß Bismarck über die Reise des Herrn Nigra nach London unterrichtet war, als Beweis für die Richtigkeit seiner Nachrichten auf diese Reise hin.

Bismarck erwiderte ihm, daß der Minister Italiens in Berlin bis jetzt keinen Auftrag habe, ihm eine Mittheilung in dem Sinne zu machen, wie sie sein Kollege in Paris zur Kenntniß der englischen Regierung gebracht habe. Bismarck fügte hinzu, daß Graf Launay noch gestern dem Unterstaatssekretär gegenüber sich so ausgesprochen habe, daß man glauben müsse, seine Regierung nehme den Vorschlag Frankreichs nur deshalb freundlich auf, weil sie denselben nicht ablehnen könne, und in der Ueberzeugung, daß er ohne Erfolg bleiben werde.

Benedetti mußte anerkennen, daß der Wunsch, zu wissen, welche Mächte von seiten Frankreichs eingeladen worden seien, vollkommen berechtigt wäre; er glaubte zusichern zu können, daß er unverzüglich in den Stand gesetzt werden würde, dem Wunsche nachzukommen. Er fügte aber hinzu, er sähe nicht ein, wie durch die Wahl und die Anzahl der zur Mitwirkung eingeladenen Regierungen bemerkenswerthe Schwierigkeiten erwachsen könnten.

Bismarck war in seinen Bemerkungen hierüber karg und es schien Benedetti, als ob er seine Meinung zurückhalte; Benedetti war indessen überzeugt, daß, wenn, wie behauptet wurde, Frankreich die deutschen Staaten zweiten Ranges eingeladen habe, das Berliner Kabinett darin ein Hinderniß für seine Theilnahme erblicken würde. „Wenn Sie Sachsen eingeladen haben, warum sollte man nicht auch beide Mecklenburg auffordern?" bemerkte Bismarck.

Die Bestimmung des Ortes, an welchem die Konferenz ihre Sitzungen abhalten könnte, führte zu keinen bemerkenswerthen Erörterungen. Benedetti beschränkte sich auf die Bemerkung, er kenne die Ansicht der Regierung des Kaisers darüber allerdings nicht, er nehme aber an, daß dieselbe jeder bezüglichen Andeutung in der Annahme sich enthalten habe, daß man sich darüber leicht verständigen würde. Bismarck ließ seinerseits nichts verlauten, was Benedetti zu der Annahme führen konnte, daß man in Berlin irgend einem Orte den Vorzug gebe.

Die Besprechung drehte sich lange um den dritten Punkt, die Grundlagen der Verhandlungen betreffend. Benedetti hob hervor, daß aus der französischen Note die Absicht erhelle, vorher keine Verständigung herbeizuführen; er bemühte sich zu zeigen, daß diejenigen Mächte, welche aufrichtig das Verlangen hätten, Italien und das Papstthum wieder auszusöhnen, sich nicht anders entscheiden könnten; versuche man auf dem Wege der Korrespondenz zwischen den zur Konferenz eingeladenen Regierungen den Gegenstand der den Bevollmächtigten anvertrauten Aufgabe genauer zu bestimmen, so gerathe man auf einen Weg ohne Ende und setze sich der Gefahr aus, daß das Kabinett von Florenz oder die Regierung des heiligen Vaters genöthigt seien, ihren Beitritt abzulehnen; müsse man beiden Mächten an die Hand geben, sich bei den Annäherungsverhandlungen gegenseitig Zugeständnisse zu machen, so sei es angezeigt, nur vor den versammelten Vertretern sich darüber auseinander zu setzen; der römische Hof und die italienische Regierung könnten vor dem versammelten Europa in Abmachungen willigen, denen auch nur im Prinzip bei den Vorverhandlungen zuzustimmen sie mit Recht Anstoß nehmen müßten.

Bismarck vermochte die Richtigkeit dieser Ausführungen nicht anzuerkennen; er blieb dabei, daß der heilige Stuhl, wenn er einwilligte, bei der Konferenz zu erscheinen — was er für ganz unwahrscheinlich halte —, sich nur in dem Falle dafür entscheiden würde, daß man ihm die Fragen, welche zur Erörterung gelangen sollen, mittheile. Preußen befinde sich in der gleichen Lage. Die Regierung des Königs, welche verpflichtet sei, die katholische Bevölkerung, deren religiöse Anschauungen lebhaft beunruhigt seien, und zugleich die öffentliche Meinung, deren Sympathien

Italien erworben habe, behutsam zu behandeln, würde den Bevollmächtigten nicht ernennen können, ohne demselben vorher die von ihm zu führende Sprache vorzuzeichnen.

Der Botschafter legte dem Ministerpräsidenten dar, daß dies nur die Sprache der Vermittelung sein könne und daß dieselbe die beiden Regierungen, deren Interessen man erörtere, nicht verletzen dürfe.

„Ein Großstaat wie Preußen — erwiderte Bismarck — kann an einer europäischen Berathung nicht theilnehmen, ohne zuvor über seine Haltung und seine Entschlüsse sich entschieden zu haben. Nun wissen wir nicht, in welchem Sinne, nicht einmal, von welchen Gesichtspunkten aus die Vorschläge gefaßt sind, welche auf der Konferenz erörtert werden sollen, und wir beabsichtigen nicht, die Initiative dazu zu ergreifen."

Benedetti entgegnete, daß die französische Note, sofern man den Sinn und den Wortlaut derselben betrachte, die Absicht, welche man erreichen wolle, und den Kreis, in welchem die Vermittelung der Mächte sich bewegen solle, hinreichend klarstelle; er verstehe, daß man in Berlin sich nicht veranlaßt fühle, die Bedingungen eines Arrangements zu formuliren, Preußen könne aber ohne Schwierigkeit an der Konferenz sich betheiligen und einwilligen, die Kombinationen, welche andere Mächte in Vorschlag bringen würden, im Sinne der Eintracht und Besänftigung zu prüfen; die Regierung des Königs würde sich nicht allein in dieser Lage befinden, andere Großmächte würden wahrscheinlich ebenso wie die preußische Regierung Grundlagen für eine Verständigung nicht vorschlagen wollen; die Regierung des Königs setze sich also dem nicht aus, eine Rolle anzunehmen, die mit ihrer Würde unverträglich sei.

Bismarck wollte dies nicht zugestehen und verblieb bei der Behauptung, daß Frankreich der preußischen Regierung die Theilnahme an einer unmöglich zu lösenden Aufgabe vorschlüge. Indem er auf die von ihm bei einer früheren Unterredung entwickelten Anschauungen zurückkam, behauptete er, Preußen könne über die italienischen Differenzen nicht miturtheilen, ohne seine Beziehungen zum römischen Hofe oder zu dem Kabinett von Florenz zu schädigen oder die katholischen Unterthanen Preußens oder die liberale und protestantische Meinung des Landes zu verletzen.

„Dann — sagte hierauf der Botschafter — würde also ihre Absicht sein, unsern Antrag abzulehnen? In diesem Falle würde ich nicht unterlassen, Ihnen zu sagen, daß in Frankreich Niemand begreifen würde, daß Sie dazu durch die Motive veranlaßt würden, welche Sie mir mitgetheilt haben. Ich fürchte, man wird denken, Sie betrachten die italienische Frage als eine uns obliegende schwierige Aufgabe, und ziehen vor, uns bei der Bewältigung derselben keine Hülfe zu leisten."

„Ich habe Ihnen meine persönliche Anschauung genügend deutlich gezeigt — bemerkte Bismarck —, so daß ich Ihnen nicht zu sagen brauchte, daß, wenn dieser Vorschlag nicht von der Regierung des Kaisers ausginge, ich nicht zögern würde, dafür einzutreten, daß der König denselben ablehne. Wir haben kein Interesse an der Frage und können uns ohne Schaden von der Berührung mit derselben fernhalten, während, wenn wir uns auf eine Prüfung derselben einlassen, wir nothwendigerweise, wie auch unser Vorschlag sei, einem beträchtlichen Theil des preußischen

Volkes Anlaß zur Unzufriedenheit geben würden. Ich bedauere andererseits, daß Frankreich einen Vorschlag unterbreitet, welcher, davon bin ich überzeugt, nicht die Zustimmung der Mehrzahl der Großmächte finden wird und welcher im anderen Falle unfruchtbar bleiben muß. Rußland hat Ihnen anfangs erwidert, es nehme den Vorschlag im Prinzip an; in der Diplomatie ist es eine höfliche Manier, anzuzeigen, daß man nicht zustimmen kann. England in seiner Lage zwischen der Londoner Presse und dem katholischen Klerus, welcher ihm gegen die Fenier hilft, hat sich nicht günstiger für den Vorschlag gezeigt und ich kann mir nicht erklären, wie man in Paris einen solchen Plan hat weiter verfolgen können, wenn man von diesen Anschauungen Kenntniß gehabt hat."

Benedetti erwiderte, daß Bismarck sicherlich besser über die Ansichten der Kabinette von London und St. Petersburg unterrichtet sei als er; wenn diese aber derartig wären, wie Bismarck ihm mittheile, so würde Preußen, wenn es dem französischen Antrage zustimme, dadurch einen heilsamen Einfluß auf jene beiden Regierungen ausüben und Frankreich würde ihm dafür doppelt verpflichtet sein; neige die preußische Regierung zur Ablehnung des Antrages, so würde sie dazu beitragen, die beiden Großmächte in der Ansicht zu bestärken, die sie nach Ansicht Bismarcks hätten. Benedetti kam auf früher schon geltend gemachte Gründe zurück, mußte sich jedoch gestehen, daß es ihm schwerlich gelungen sei, Bismarcks Ueberzeugung zu erschüttern; er glaube, daß letztere unabänderlich werden würde, wenn man in St. Petersburg oder nur in London sich für dieselbe entscheide. Bismarck gestand ihm indessen zu, man könne von der französischen Regierung nicht verlangen, daß sie ins Einzelne gehende Grundlagen formulire und die Mächte würden sich befriedigt erklären müssen, wenn die französische Regierung in allgemeinen Ausdrücken die der Berathung zu unterbreitenden Vorschläge ankündige.

Der Botschafter fragte den Ministerpräsidenten, ob er den Grafen Goltz beauftragen würde, sich mit dem französischen Minister des Aeußern über die Gründe zu unterhalten, welche die Regierung des Königs zur Ablehnung der Einladung Frankreichs veranlaßten, und die gewünschte Aufklärung über die verschiedenen in dieser Unterredung berührten Punkte zu erbitten. Bismarck erwiderte, daß, da er die Berufung der Konferenz keineswegs wünsche, er mit der Ertheilung der bezüglichen Instruktionen sich nicht beeilen würde, daß er dem Grafen Goltz aber Mittheilung von der Unterredung machen werde.

Berlin, den 13. Dezember 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die römische Frage.[1]

Benedetti kam auf eine Depesche seiner Regierung zurück, in welcher die letztere behufs Lösung der römischen Frage den Vorschlag zu einer Präliminarbesprechung der Großmächte gemacht hatte.

[1] Nach dem Berichte des italienischen Gesandten Grafen Launay in Berlin vom 13. Dezember 1867. Staatsarchiv Bd. XVII. Nr. 3839. S. 11.

Bismarck nahm die Eröffnungen des französischen Botschafters ad referendum mit dem Bemerken, daß er erst in drei oder vier Tagen eine bestimmte Antwort geben werde, nachdem er darüber mit dem Könige verhandelt und nachdem er über die Maßnahmen der übrigen Mächte Gewißheit erlangt haben werde.

Berlin, Mitte Dezember 1867. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die römische Frage.[1]

In einer Besprechung Bismarcks mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Einberufung einer Präliminarkonferenz nach Paris zur Lösung der römischen Frage, sprach Ersterer in einer Anspielung auf das von dem Kabinett der Tuilerien befolgte System sein Bedauern darüber aus, daß es sich nicht vor allem mit den Großmächten in Einklang zu setzen gesucht hätte.

Bismarck verwahrte sich aber lebhaft dagegen, irgend einen Vorschlag in diesem Sinne zu machen.

Berlin, den 19. Dezember 1867. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Weinzollfrage.[2]

Der österreichische Gesandte Graf Wimpffen ersuchte Bismarck, sein Möglichstes zur schnellen Erledigung der Weinzollfrage beizutragen. Bismarck versicherte den Gesandten von neuem seines Wunsches, zu einem Ende zu kommen, hinzufügend, daß besonders Mecklenburg nach dem Eintritt in den Zollverein dränge, er könne aber in dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit von seiner Seite zur Beschleunigung derselben nichts mehr beitragen.

Bismarck bemerkte, es überrasche ihn einigermaßen, daß die französische Regierung nun noch drei getrennte Gegenstände, namentlich die Eisen- und Fayencefrage, welche früher kaum berührt worden waren, mit der erledigten Weinzollfrage in Verbindung bringe.

Berlin, den 19. Dezember 1867. Unterredung mit dem italienischen Gesandten Grafen Launay über die Konferenz zur Berathung der römischen Frage.[3]

Graf Launay benutzte eine Unterredung mit Bismarck, um des Letztern Meinung über den augenblicklichen Stand der Frage bezüglich der Zusammenberufung einer Konferenz zu erfahren.

Bismarck äußerte: „Die Haltung der italienischen Regierung ist den Umständen wohl angepaßt. Letztere sind derartig, daß es ganz und gar erlaubt ist, an dem befriedigenden Ergebniß einer Konferenz, und selbst einer Vorkonferenz zu zweifeln.

[1] Nach dem Bericht des italienischen Gesandten Grafen Launay vom 17. Dezember 1867. Staatsarchiv Bd. XVII. Nr. 3841.

[2] Nach dem Bericht Wimpffens vom 20. Dezember 1867. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3261. S. 308.

[3] Nach dem Bericht Launays vom 20. Dezember 1867. Staatsarchiv Bd. XVII. Nr. 3844. S. 16.

Es würde Preußen ziemlich schlecht anstehen, seine Theilnahme an einer derartigen Zusammenkunft zu verweigern, um so mehr, als man diesem Lande die Initiative zu dem Vorschlage dieser Vorbesprechungen zuschreibt. Wenn man sich jedoch um den grünen Tisch versammele, so werde der Vertreter Preußens zu allererst fragen, wo ist Italien? Stimmt der Papst der Aufrechterhaltung des territorialen status quo zu? Sind die Kabinette von Florenz und Rom zur Versöhnung geneigt? Das Aufwerfen dieser Fragen würde genügen, um sich gleich anfangs von der Unmöglichkeit eines Einverständnisses in den aktuellen Fragen zu überzeugen. Im übrigen hat Herr Rouher, anstatt uns, wie wir es verlangten, ein Programm zu unterbreiten, die Frage entschieden. Jedenfalls kann die italienische Regierung versichert sein, daß wir eintretenden Falles keinen Entschluß ohne ihre Mitwirkung fassen werden."

Als der italienische Gesandte auf die Frage der Trennung der weltlichen und geistlichen Macht zu sprechen kam, äußerte Bismarck, dies sei eine Frage, welche die Gelehrten, die Theologen, erörtern könnten, ohne jemals zu einer Verständigung zu gelangen. Es sei dies eine jener Fragen, welche nur durch die Wirkung der Zeit, durch die Praxis gelöst werden könnten.

Berlin, den 3. Januar 1868. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Weinzollfrage.[1]

Der österreichische Gesandte Graf Wimpffen benutzte den letzten Augenblick eines langen Besuches bei Bismarck, um denselben an die Weinfrage zu erinnern. Letzterer theilte dem österreichischen Gesandten mit, er habe soeben durch Delbrück an Benedetti die französischen Forderungen dahin beantworten lassen, daß er die erste, welche für die gebleichten und echten Baumwollgewebe einen Zollsatz von 200 Frcs. für 100 Kilogramm vorschlage, annehme; die zweite, welche eine Zollermäßigung für façonnirtes Eisen bezwecke, ablehne, und auf die dritte, welche in betreff der Fayence einen Werthzoll an Stelle der Gewichtszölle setzen wolle, nicht eingehen könne.

Berlin, anfangs 1868. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die orientalische Frage.[2]

Bei einer Unterredung Bismarcks mit dem englischen Botschafter Loftus wies Letzterer auf die Meldungen über gewisse Bewegungen in den Donaufürstenthümern hin — Unruhen, von denen man vermuthete, sie richteten sich gegen die Türkei.

Bismarck erwiderte, er habe keine derartigen amtlichen Nachrichten erhalten. Er habe dem Fürsten Karl immer empfohlen, eine gemäßigte und versöhnliche Politik

---

[1] Nach dem Bericht Wimpffens vom 4. Januar 1868. Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3263. S. 309. Kohl giebt in seinen Bismarck-Regesten für diese Unterredung den 4. Januar 1868 an.
[2] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 213.

zu verfolgen und freundliche Beziehungen zur Pforte und zu allen anderen Mächten zu unterhalten, aber die preußische Regierung habe niemals einen Einfluß auf den Fürsten ausgeübt oder gedenke jemals einen solchen auszuüben.

Bismarck schien keine Störung der Lage der Dinge im Orient zu fürchten, so lange die Westmächte Europas im Frieden lebten. Er äußerte: „Preußen kann große Opfer bringen, um ein großes Ziel zu erreichen; es kann veranlaßt werden, hohe Einsätze zu machen, um einen hohen Preis zu gewinnen, wie im Jahre 1866, aber wir haben kein Interesse, es im Orient zu thun. Wir würden viel riskiren, um nichts zu gewinnen."

Bismarck äußerte ferner, Fürst Karl habe die Fühlung mit Rußland verloren, weil er die liberale Partei begünstigt habe. Seine Lage sei weder leicht noch beneidenswerth gewesen. Sein Hauptwunsch sei gewesen, eine regelmäßige und redliche Verwaltung einzurichten, aber das Korruptionssystem sei unter allen Klassen so tief eingewurzelt, daß die Elemente für eine gute Regierung schwer zu finden seien. Behufs Durchführung der Gesetze, zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Sicherheit des Landes versuche Fürst Karl ein stehendes Heer zu schaffen, aber die Hindernisse dabei wären sehr groß.

Nach Bismarcks Ansicht waren Ordnung und eine gute Regierung den Wünschen und Gebräuchen einer Bevölkerung fremd, welche viele Jahre lang die Beute einer jeden Art von Korruption und Mißregierung gewesen wäre.

**Berlin**, anfangs Januar 1868. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. Abmachungen zwischen Preußen und Rußland in der orientalischen Frage.[1]

Graf Benedetti versucht wiederholt von Bismarck Beweise für seine Annahme zu erhalten, daß zwischen Preußen und Rußland Abmachungen vorliegen müßten. Bismarck vermied es aber sichtlich, sich mit dem französischen Gesandten über die orientalische Frage auszusprechen. Wenn Benedetti das Gespräch darauf lenkte, so antwortete Bismarck, er lese niemals die Korrespondenz des Gesandten in Konstantinopel.

**Berlin**, den 27. (?) Januar 1868. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die orientalische Frage.[2]

Bismarck bestätigte dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen den friedlichen Charakter der allgemeinen Situation und äußerte die Ansicht, daß die im Orient vorhandenen Gefahren nicht von der Art seien, um den Frieden, wenn er in anderer Richtung gewahrt bliebe, ernstlich zu gefährden. Ueber die Frage der abmahnenden Vorstellungen Oesterreichs, Frankreichs und Englands in Belgrad sprach sich Bismarck in einer Weise aus, die eine gewisse Empfindlichkeit darüber verrieth,

[1] Nach dem Bericht Benedettis vom 5. Januar 1868. Benedetti: Ma mission, S. 255. (Das Datum der Unterredung steht nicht näher fest.)

[2] Nach Wimpffens Bericht, d. d. 28. Januar 1868. Oesterr. Rothbuch Nr. 2. S. 65 Nr. 84.

daß nicht an Preußen rechtzeitig eine bestimmte Aufforderung zur Betheiligung an jenen Schritten ergangen sei.

**Berlin**, den 4. Februar 1868. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. ein Einvernehmen zwischen Frankreich und Preußen hinsichtlich der orientalischen und der römischen Frage.[1]

Der französische Botschafter, welcher den Auftrag erhalten hatte, Bismarck in seiner ruhigen und zögernden Behandlung der deutschen Frage zu unterstützen und, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen zu befestigen, Letzterem eine Einigung in der Behandlung der orientalischen Frage anzubieten, benutzte die erste Gelegenheit, sich in diesem Sinne dem Ministerpräsidenten gegenüber auszusprechen.

Bismarck nahm die ersten Eröffnungen des Grafen Benedetti freundlich auf, worauf der Letztere sofort den Wunsch Frankreichs zu erkennen gab, sich über alle Fragen der allgemeinen Politik mit Preußen zu einigen, indem er gleichzeitig auf die Vortheile hinwies, welche auf diese Weise für die Erhaltung des Friedens erwachsen würden. Bismarck gab diese Eröffnung Veranlassung, sich gegenüber den Konjekturen zu vertheidigen, zu welchen die Beziehungen zwischen Preußen und Rußland Anlaß gegeben hätten. Er erklärte sich bereit, mit allen Kräften auf eine möglichst vollständige Entente zwischen den beiden Mächten hinzuarbeiten.

Graf Benedetti erwiderte, Bismarck werde bei jeder Gelegenheit die Regierung des Kaisers Napoleon zu den herzlichsten Beziehungen geneigt finden und stets bereit, sich mit den Anstrengungen des Königs von Preußen zu verbünden, um sowohl etwaigen bedauerlichen oder gefährlichen Komplikationen zuvorzukommen, als auch zu beweisen, daß zwischen Berlin und Paris keine Meinungsverschiedenheit bestehe.

Bismarck nahm diese Eröffnung Benedettis mit dem Bemerken entgegen, daß dieselbe vollkommen seinen Absichten und jenen des Königs entspreche; er fügte jedoch die Mittheilung hinzu, daß ein Verhältniß von solcher Intimität mit der größten Bedachtsamkeit gepflegt werden müsse, damit es nicht zu Mißverständnissen oder getäuschten Hoffnungen komme.

In Fortsetzung des Gesprächs bemerkte Graf Benedetti, es sei höchst wünschenswerth, bereits jetzt in einen Ideenaustausch über die Lage der Türkei und die sich im Orient abspielenden Ereignisse einzutreten, ebenso wie in betreff der römischen Frage. Um Bismarck zu zeigen, daß Frankreich im vollen Einverständniß mit dem preußischen Kabinett vorgehen wolle, las Benedetti demselben einige Auszüge aus einer Depesche des französischen Ministers des Aeußern vor.

Bismarck war angenehm berührt von dem versöhnlichen und freundlichen Tone dieses Aktenstückes und ebenso von der Klarheit, mit welcher der französische Minister die Wünsche der Kaiserlichen Regierung zum Ausdruck gebracht hatte. Nachdem

---

[1] Nach Benedettis Bericht vom 4. Februar 1868. Benedetti: **Ma mission**, S. 273 f.

Bismarck bemerkt hatte, daß dieselben jenen der preußischen Regierung vollkommen entsprächen, machte er geltend, es bringe seines Erachtens keinen Vortheil, ja geradezu Inkonvenienzen, wollte man vor der Zeit die Verhältnisse zwischen Italien und dem heiligen Stuhle regeln.

In Bezug auf den Orient wies Benedetti auf verschiedene Symptome hin, welche auf eine wachsende Bewegung im Stromgebiete der Donau schließen ließen; alle Mächte hätten ein gleichmäßiges Interesse, in diesem Gebiete schweren Komplikationen zuvorzukommen.[1]

Bismarck wich aus, auf diese Eröffnung sich auszulassen, indem er nicht unzweideutig zu verstehen gab, er ziehe es vor, im Orient eine beobachtende Stellung einzunehmen.

Berlin, den 4. März 1868. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. den Besuch des Prinzen Napoleon.[1]

Am Tage vor dem Eintreffen des Prinzen Napoleon in Berlin besuchte der französische Botschafter Graf Benedetti Bismarck, um mit demselben die bevorstehende Ankunft des hohen französischen Besuches zu besprechen. Zur Orientirung des Standpunktes des Kaiserlichen Kabinetts las Benedetti Bismarck eine Depesche des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Moustier vor, wonach mit dem Besuche keinerlei politische Zwecke verbunden sein sollten.

Berlin, den 5. März 1868. Unterredung mit dem Prinzen Napoleon, betr. Preußens Friedensbedürfniß.[2]

Der Prinz Napoleon traf am 5. März 1868 in Berlin zum Besuche des Königlichen Hofes ein; bald nach der Ankunft machte er Bismarck seinen Besuch und hatte mit demselben eine lange Unterredung.

Bismarck äußerte sich mit der bei ihm gewohnten Offenheit: „Preußen bedarf des Friedens; es verlangt mit seinen Nachbarn und namentlich mit Frankreich in guter Freundschaft zu leben. Es wird dies beweisen.“ Und wenn infolge von schwer vorherzusehenden Umständen sich auch Meinungsverschiedenheiten über nebensächliche Fragen erheben sollten, so würde das Berliner Kabinett sich bestreben, zu verhindern, daß dieselben in ernste Schwierigkeiten ausarteten. Preußen begnüge sich seinerseits mit der gegenwärtigen Lage in Deutschland, es dränge nicht nur zur Entwickelung der Einheit hin, habe im Gegentheil die Einheitswünsche im Süden zu mäßigen; er würde sogar nicht vor entschiedenen Maßregeln zurückweichen, wenn irgend eine Partei ihm Gewalt anthun wollte. Nur einer wahrhaft nationalen, d. h. einer allgemeinen unwiderstehlichen Bewegung würde die preußische Regierung nachgeben.

---

[1] Nach Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 215 f.

[2] Nach einem Berichte der „Indep.“.

Berlin, den 8. März 1868. Unterredung mit dem Prinzen Napoleon, betr. Kompensationen Frankreichs wegen der Gebietsvergrößerung Preußens.[1]

Zu Ehren des Prinzen Napoleon fand am 8. März 1868 in der französischen Botschaft ein Diner statt, zu welchem auch Bismarck eine Einladung erhalten hatte. Da der Kanzler durch Geschäfte in Anspruch genommen wurde, so konnte er sich erst zur Soiree einfinden.

Der Prinz hatte mit Bismarck an diesem Abend zwei Unterhaltungen: die erste in einer einsamen Ecke des Salons, die zweite in dem Arbeitszimmer des Botschafters; sie dauerten wenigstens eine Stunde. Der Prinz vertraute damals Niemanden an, welche Mittheilungen er mit dem Kanzler ausgetauscht hatte.[2]

In den letzten Jahren seines Lebens machte er aber kein Geheimniß mehr daraus und erzählte mehreren Personen seiner Umgebung den Inhalt der betreffenden Konversation.

Danach handelte die ganze Besprechung von den Kompensationen, auf welche Frankreich im Jahre 1866 infolge der Gebietsvergrößerungen Preußens Anspruch machen zu können glaubte. Bismarck hätte sich als Mann gezeigt, mit dem gut auszukommen sei, und eine Reihe von Kombinationen vorgebracht, bei welchen es sich um Gebiete handelte, über die Preußen nicht verfügen konnte, was ihm die pikante Bemerkung des Prinzen eingetragen hätte:

„Ich weiß wohl; Sie bieten uns immer an, was Sie nicht besitzen."

Wie dem auch sein möge, genug, Prinz Napoleon war von seiner Unterhaltung mit dem Kanzler entzückt.

„Das ist — sagte er zu seinem Adjutanten — ein sehr tüchtiger Mann und ein wirklicher Politiker."

Berlin, ca. 8. März 1868. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. den Prinzen Napoleon.[3]

Der englische Botschafter Lord A. Loftus erkundigte sich bei Bismarck über den Zweck des Berliner Besuchs des Prinzen Napoleon.

Bismarck bemerkte hierauf, es sei allerdings über politische Fragen gesprochen worden, dieselben hätten aber mehr auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart und Zukunft Bezug gehabt.

Aus einer Unterredung, die Lord A. Loftus mit dem Prinzen Napoleon hatte, konnte der Erstere bezüglich der von Bismarck dem Prinzen gegenüber geäußerten Ansichten nichts weiter entnehmen, als daß Bismarck die Versicherung abgegeben hatte, die Session des Parlaments des Zollvereins werde ruhig vorüber gehen, ohne

[1] Nach Alfred Darimon im „Figaro" Nr. 220 vom 8. August 1898.

[2] Bis dahin hatte sich der Prinz über Herrn von Bismarck und das Ziel, welches dieser verfolgte, nur unvollkommene, wenn nicht falsche Gedanken gemacht. Er hatte jedoch, vor Sadowa, mit dem Kanzler einige Briefe gewechselt.

[3] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 215 u. f.

daß irgend welche Demonstrationen bezüglich eines Eintritts der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund vorkommen würden.[1]

Berlin, Mitte April 1868. Unterredung mit dem Militärattaché bei der französischen Botschaft in Berlin, Oberst Baron v. Stoffel.[2]

Bei Gelegenheit eines Zusammentreffens mit dem Obersten Stoffel setzte Bismarck demselben voll Wohlwollen die Gründe auseinander, welche Preußen verbieten, den Krieg hervorzurufen oder zu wünschen, und endigte mit den Worten: „Wir werden Ihnen nie den Krieg erklären, Sie müßten denn mit Gewehrschüssen auf Schrittweite an uns herankommen!"

Berlin, den 15. Mai 1868. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Gewaltthätigkeiten gegen die Juden in Rumänien.[3]

Bismarck theilte dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen mit, dem diplomatischen Agenten in Bukarest seien sehr positive Instruktionen ertheilt worden, um gegenüber den an den Israeliten begangenen Gewaltthätigkeiten zu reklamiren.

Man beachte wohl den langen Zwischenraum, der bis zur nächsten uns bekannt gewordenen Unterredung Bismarcks mit Wimpffen liegt. In einer Depesche Thiles an den preußischen Gesandten in Wien, d. d. 4. August 1869,[4] heißt es, daß Graf Wimpffen seit dem Frühjahr 1868 niemals den Wunsch einer Unterredung mit Bismarck geäußert, also auch eine solche in dieser ganzen Zeit nicht gehabt hat. Den Schlüssel zu diesem ungewöhnlichen Verhalten Wimpffens finden wir in Beusts Memoiren. Wimpffen unterließ nichts, um den Haß Beusts gegen Bismarck fortwährend zu schüren. Beweis seine bei Beust publizirten Privatschreiben an den Letzteren, d. d. 13. Oktober 1868, Beust II. S. 235, und 20. Dezember 1868, Beust II. S. 244. „Das Gefühl, Oesterreich nicht zu den Todten rechnen zu dürfen, lasse Bismarck nicht schlafen." Diese Bemerkung allein charakterisirt den Mann.

Berlin, den 24. Dezember 1868. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Konferenz zur Regelung der griechisch-türkischen Verwickelung.[5]

Bismarck ließ den französischen Botschafter Benedetti am 23. Dezember 1868 durch den Unterstaatssekretär v. Thile wissen, daß er ihn am kommenden Tage zu sprechen wünsche, sei es auf der französischen Botschaft, sei es im Auswärtigen

---

[1] Einige Monate nach der Rückkehr des Prinzen nach Paris erschien eine Broschüre unter dem anlockenden Titel „Prinz Napoleon in der Türkei und in Deutschland". Obgleich diese Schrift einem Vertrauten des Palais Royal zugeschrieben werden konnte, enthielt sie nichts über die Einzelheiten der Reise nach Berlin und über die Beweggründe zu ihrer Unternehmung. Sie schwieg auch über die Unterredungen des Prinzen mit Bismarck.

[2] Stoffel berichtete die obige Unterredung seiner Regierung am 20. April 1868.

[3] Nach Wimpffens Bericht vom 15. Mai 1868. Oesterr. Rothbuch Nr. 2. S. 57. Nr. 64.

[4] Staatsarchiv Bd. XVII. Nr. 3915. Die Antwort Beusts a. a. O. Nr. 3166. Vergl. Beusts Memoiren Bd. II. S. 234.

[5] Nach den Berichten Benedettis vom 24. Dezember 1868. Staatsarchiv Bd. XVI. Nr. 3693 und 3695. S. 195/6. „Nat.-Ztg." Nr. 111 von 1869.

Amte. Benedetti entsprach diesem Wunsche, indem er sich am folgenden Tage zu Bismarck begab.

Letzterer eröffnete dem Botschafter, er habe in der Angelegenheit des griechisch-türkischen Konfliktes zwei telegraphische Depeschen erhalten. Nach der einen aus Paris, wünsche der französische Minister des Auswärtigen La Valette seine (Bismarcks) Auffassung kennen zu lernen über das von dem Ersteren ausgehende Projekt einer in Paris abzuhaltenden Konferenz der Pariser Vertragsmächte vom Jahre 1856.[1] Auf der anderen Seite erachte es der Minister des Auswärtigen Clarendon für unerläßlich, vorher die Basis der Aufgabe jener Konferenz festzustellen, und zwar in dem Sinne, daß sich dieselbe in keinem Falle auf eine Revision des Vertrages von 1856 erstrecken solle. Bismarck fügte hinzu, er lege Werth darauf, sich vor der Beantwortung dieser Mittheilungen mit Benedetti zu benehmen. Der französische Botschafter bemerkte, daß er sich dem Ministerpräsidenten ganz zu Verfügung stelle, verhehlte aber dabei nicht, daß er sich noch ohne Instruktion befände, und demnach den Entschließungen der Kaiserlichen Regierung nicht vorgreifen könne. „Ich weiß — bemerkte Benedetti —, der Kaiser wünscht lebhaft dazu beizutragen, daß im Orient nicht noch schwierigere Verwickelungen entstehen, und ich nehme andererseits an, daß er die Mächte nur in dem Falle offiziell zu einer Konferenz einladen will, wenn er den Nachweis besitzt, daß dieselben einer solchen Einladung Folge leisten werden. Mit diesen Verhältnissen rechnend, bin ich bereit, mich über die Punkte, die Sie mir unterbreiten wollen, auszusprechen, und dieselben auf alle Fälle nach Paris zu melden."

Bismarck ging nunmehr auf die Sache näher ein. Er hob hervor, daß man nach den Berichten des Grafen Solms und des Grafen Bernstorff in Paris sowohl wie in London gleichmäßig zu wünschen scheine, es möchte vor allem ganz genau festgesetzt werden, einmal die Zusammensetzung der Konferenz und außerdem der Gegenstand ihrer Beschlußfassungen. Bismarck erkannte an, daß hierüber vor allem eine Einigung erzielt werden müsse; demnächst stellte er die Frage auf, welche Staaten zur Theilnahme an der Zusammenkunft eingeladen werden sollten, und wie die Aufgabe der Bevollmächtigten zu begrenzen sein möchte. Bismarck zeigte sich geneigt, außer den Großmächten auch die betheiligten Staaten zuzulassen, was die Theilnahme Griechenlands in sich schließen würde.

Benedetti erlaubte sich auf die verschiedenen Unzuträglichkeiten, welche seiner Ansicht nach aus der Anwesenheit eines Vertreters der griechischen Regierung auf der Konferenz entstehen könnten und besonders auf die Einwendungen hinzuweisen, welche die Türkei nicht verfehlen würde, zu erheben.

[1] Bismarck erkannte an, daß Preußen ganz besonders geeignet sein werde, namentlich an England eine in Paris zusammentretende Konferenz der Signatarmächte des Vertrags von 1856 vorzuschlagen. Er wollte Frankreich in aller Form auffordern, die Konferenz nach Paris zu berufen. „Deutsche Rundschau" Bd. XXV. S. 233. (Aus der geheimen russischen Denkschrift.)

Bismarck gab seine Bemerkungen als richtig zu; er erkannte an, daß es vorzuziehen sei, ausschließlich die Signatarmächte des Vertrages von 1856 zur Konferenz einzuladen. Zum zweiten Punkte übergehend, sagte Bismarck einige Worte über Festsetzung des Gegenstandes der Berathungen der Konferenz. Er glaubte, daß es Aufgabe der Bevollmächtigten sein würde, die Garantien zu finden, welche im Interesse des Friedens geboten und geeignet seien, die Wiederkehr des gegenwärtigen Konfliktes zu verhindern. In dieser Weise definirt, schien Benedetti die Aufgabe der Konferenz dem Zweck derselben nicht zu entsprechen; er machte Bismarck darauf aufmerksam und stellte ihm außerdem vor, wie die Pforte ihre Einwilligung würde verweigern können. Wenn nichts darauf hindeute, sagte Benedetti, welcher Art diese Garantien sein sollten oder von wem sie gefordert werden sollen, würde die türkische Regierung befürchten können, daß man damit umgehe, ihr die Uebernahme von Garantien vorzuschlagen, während man dieselben Griechenland auferlege, und sie werde sich dieser Eventualität nicht aussetzen, ohne behaupten zu wollen, daß ein gleichartiger Vorschlag im Laufe der Verhandlungen vorkommen könnte. „Ist es nicht sicher — fügte Benedetti hinzu —, daß Ihre Formulirung einem Bevollmächtigten die Berechtigung dazu geben würde, die Ansicht auszusprechen, die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens im Orient bestände in der Vereinigung Kretas mit Griechenland?“

Nachdem der Ministerpräsident nach einer anderen Fassung gesucht hatte, bat er Benedetti, die Fassung mit ihm gemeinschaftlich zu entwerfen. Die beiden Staatsmänner einigten sich über folgende Fassung: Würde die Regierung von ... geneigt sein, auf einer Konferenz sich vertreten zu lassen, zu der Frankreich einladen würde und deren Gegenstand und Basis für die Verhandlungen in folgender Erklärung enthalten sei: Die Signatarmächte des Vertrages von 1856 erkennen an, es sei Grund vorhanden, sich zu verständigen, um einer Verschlimmerung der gegenwärtigen Lage der Dinge im Orient zuvorzukommen, und zu prüfen, in welcher Weise es der Billigkeit entspräche, den Reklamationen, welche die türkische Regierung in dem von ihr Griechenland zugestellten Ultimatum formulirt hat, gerecht zu werden; sie haben sich entschlossen, zu einer Konferenz behufs Berathung darüber zusammen zu kommen.

Eine Mittheilung hiervon sollte an die Signatarmächte des Vertrages von 1856 ergehen. Sobald die verschiedenen Höfe dieser Eröffnung zugestimmt hätten, sollte die französische Regierung die Konferenz nach Paris einberufen.

**Berlin**, Dezember 1868. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die griechisch-türkische Verwickelung.[1]

Die Türkei hatte beschlossen, aus Anlaß der politischen Verwickelungen alle griechischen Staatsangehörigen aus dem türkischen Gebiet einschließlich Egypten auszuweisen.

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 241.

Bismarck sprach dem englischen Botschafter gegenüber seine Mißbilligung dieser Maßregel aus. In erster Linie werde die Ausweisung unausführbar sein wegen der Zahl der Personen und ferner würde es eine gefährliche Maßregel für die Türkei sein. Sie werde in jedem Winkel des Reiches Anlaß zu Konflikten und Blutvergießen geben und der Türkei endlose Schwierigkeiten bereiten. Er sei der Ansicht, daß eine einfache Verschließung der türkischen Häfen gegen griechische Schiffe sich als ein viel wirksameres Zwangsmittel erweisen würde, da der griechische Handel im Orient beträchtlich sei und das Aufhören desselben schwere Verluste für die griechische Bevölkerung herbeiführen würde.

Bismarck sprach die Hoffnung aus, daß die Schutzmächte sowohl in Griechenland wie in Konstantinopel ihren Einfluß ausüben würden, um die Streitenden zum Frieden zu bringen, und daß es ihren Bemühungen gelingen werde, ernstliche Zusammenstöße abzuwenden.

Ihm seien, fuhr er fort, die fünf Punkte des türkischen Ultimatums nicht ganz gegenwärtig. Einer sei aber darin, von dem ihm schiene, daß er der Verfassung Griechenlands widerspräche, an welche der König gebunden sei, nämlich die Freiheit für griechische Unterthanen, Schiffe für Handelszwecke auszurüsten. Er (Bismarck) wäre überzeugt, daß die russische Regierung aufrichtig wünsche, die Differenzen beizulegen.

**Berlin**, den 2. Januar 1869. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. den Beitritt Preußens zur Pariser Konferenz behufs Beilegung des griechisch-türkischen Konfliktes.[1]

Der französische Botschafter Benedetti theilte Bismarck eine Note des französischen Ministers des Auswärtigen mit, wonach die Konferenz zur Beilegung des griechisch-türkischen Konfliktes am 9. Januar 1869 in Paris zusammentreten solle und die Großmächte eingeladen werden, ihre Vertreter in Paris mit den nöthigen Vollmachten zu versehen.

Bismarck ermächtigte den Botschafter, seiner Regierung mitzutheilen, daß Preußen dem Zusammentritt der Konferenz unter den angegebenen Bedingungen zustimmen und daß er den preußischen Vertreter in Paris beauftragen werde, dies dem französischen Minister direkt zu notifiziren.

**Berlin**, Januar 1869. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Pariser Konferenz zur Beilegung des griechisch-türkischen Streites.[2]

In einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus über die Berathungen der Pariser Konferenz zur Beilegung der griechisch-türkischen Streitigkeiten nahm Bismarck auf die Zurückberufung des griechischen Bevollmächtigten

---

[1] Nach Benedettis Telegramm vom 2. Januar 1869. Gelbbuch. Staatsarchiv Bd. XVI. Nr. 3717. S. 220.

[2] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 242.

von der Konferenz Bezug und bemerkte, die Pforte könnte ihre Drohung, ihren Bevollmächtigten gleichfalls zurückzuberufen, wenn nicht alle Punkte ihres Ultimatums erfüllt würden, ausführen; in diesem Falle müßten nach seiner Meinung die Mächte ihre Berathungen fortsetzen und zu einem Spruch kommen, und einen Konflikt zwischen den beiden Streitenden abwenden — oder die Mächte müßten als Polizei Europas auftreten. Sollte ein dahingehender Vorschlag bei der Konferenz gemacht werden, so würde Preußen ihn unterstützen; da letzteres aber bei den orientalischen Angelegenheiten nicht so stark interessirt sei wie die anderen Mächte, so würde es die Initiative zu einem solchen Vorschlage nicht ergreifen.

Der Botschafter erwiderte, seine Regierung habe bei Annahme des Konferenzvorschlages klar zu verstehen gegeben, daß sie nicht die Annahme irgend welcher Zwangsmaßregel im Auge habe; er halte es daher für sehr zweifelhaft, ob seine Regierung einem solchen Vorschlage zustimmen werde.

Bismarck versetzte, Rußland wünsche lebhaft den Frieden, und es schiene ihm, daß, wenn die anderen Mächte einig wären, Rußland gleichfalls der Ausführung des Verdikts Europas sich anschließen werde.

Berlin, den (20?) März 1869. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die französischen Rüstungen.[1]

In einem Gespräche mit dem französischen Botschafter Grafen Benedetti bemerkte Bismarck, die Rüstungen Frankreichs hätten keinen defensiven Charakter mehr, und er habe Anhaltspunkte dafür, daß sich Frankreich auf der Suche nach Allianzen befände. Der König habe ihm jüngst an einem Tage vier mal geschrieben, um ihm Notizen zugehen zu lassen, die derselbe für beachtenswerth hielt. Usedom habe Umstände signalisirt, die zu der Annahme führten, daß Italien heimliche Verhandlungen mit Frankreich pflege, denen Oesterreich nicht fremd sei. Die Quellen, woraus Usedom schöpfte, habe derselbe nicht namhaft gemacht; er (Bismarck) glaube, der Gesandte habe die Nachricht ohne Zweifel von einem Privatagenten, einem alten Garibaldianer, den Usedom für sich schon seit langem in Florenz unterhalte. In Bezug auf die Haltung Frankreichs bemerkte Bismarck: „Ich billige vollständig die Reserve, die Sie sich auferlegt haben, und ich kann Sie nur einladen, in derselben zu beharren, dabei aber doch aufmerksam auf alles zu sein, was geeignet ist, uns aufzuklären.“

Berlin, den 21.—25. März 1869. Unterredungen mit dem spanischen Gesandten in Wien Rances y Villanueva, betr. die spanische Thronkandidatur.[2]

Bismarck konferirte zwei Mal mit dem spanischen Gesandten in Wien Rances y Villanueva, welcher mehrere Jahre die Regierung der Königin Isabella in Berlin

[1] Nach Benedettis Bericht vom 21. März 1869. Benedetti: Ma mission. S. 312.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 27. und 31. März 1869. Benedetti S. 302 und 304. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4566. S. 205 und Bd. XIX. Nr. 4066. S. 138.

vertreten hatte. Benedetti vermuthete, die Besprechungen seien politischer Natur gewesen und hätten die Erhebung des Erbprinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron betroffen. Diese Annahme wurde aber von dem Unterstaatssekretär v. Thile am 31. März 1869 Benedetti gegenüber als unrichtig bezeichnet; vielmehr habe Rances sich mit Bismarck, der wohl die Durchreise des spanischen Diplomaten habe benutzen wollen, um sich über den Stand der Dinge in Spanien zu informiren, lediglich über den Fortgang der Angelegenheit der Wahl des zukünftigen Souveräns unterhalten; von dem Prinzen von Hohenzollern, als Kandidaten für die spanische Krone, sei nicht die Rede gewesen.

Sommer 1869. Unterredung mit dem französischen Militärbevollmächtigten in Berlin, Oberst Baron v. Stoffel, betr. die Friedensliebe Bismarcks.[1]

Der Oberst Baron von Stoffel, französischer Militärbevollmächtigter in Berlin, hatte im Sommer 1869 eine Besprechung mit dem Fürsten Bismarck. Ein kurzer Inhalt findet sich unter den geheimen Papieren des französischen Kaiserreichs, die in den Tuilerien aufgefunden worden waren. Am 12. August 1869 berichtete derselbe über die Sicherheit eines furchtbaren Zusammenstoßes zwischen Frankreich und Deutschland und bemerkte sodann: „Es ist nicht wahrscheinlich, daß er über die Frage der deutschen Einheit selbst entsteht, so lange wenigstens Herr von Bismarck die Geschäfte des Bundes leitet. Dieser hervorragende Mann, ein merkwürdiges Urbild des vollkommensten Gleichgewichts zwischen Verstand und Willenskraft, wird keinen Fehler, dafür kann man sicher sein, aus Ungeduld begehen. Er weiß zu gut, daß die Zeit sein sicherster Bundesgenosse ist, und daß er in einem Kriege mit Frankreich Gefahr liefe, sein Werk von 1866 zu gefährden.

Berlin, Januar 1870. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die Verminderung des französischen Heeres.[2]

Bismarck fragte den französischen Botschafter, ob es wirklich, wie die Zeitungen verkündeten, die Absicht der Kaiserlichen Regierung sei, die französische Armee um 25 000 Mann zu vermindern. Gleichzeitig gab er dem Grafen Benedetti zu verstehen, daß man von Preußen unter der gegenwärtigen Regierung keine Zugeständnisse in betreff einer Minderung der Zahl oder Macht der preußischen Armee erlangen würde.

Berlin, anfangs Januar 1870. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Gestaltung der Beziehungen Preußens zu Oesterreich.[3]

In einer Unterredung mit dem österreichischen Gesandten gab Bismarck demselben die Versicherung, daß Preußen die politische Lage der Gegenwart in durchaus

---

[1] Nach Stoffels Bericht vom 12. August 1869.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 14. Januar 1870. Benedetti: **Ma mission.** S. 284.

[3] Nach dem Schreiben Beusts vom 20. Januar 1870. Staatsarchiv Bd. XIX. Nr. 4136. S. 294.

friedlichem Sinne auffasse; Preußen sei mit der errungenen neuen Machtstellung zufrieden, es finde sich für jetzt mit der inneren Ausbildung und Vollendung des Norddeutschen Bundes hinlänglich beschäftigt und denke nicht daran, durch eine weitere Ausdehnung seiner Aktion neue Verwickelungen hervorzurufen. Bismarck verwahrte sich zugleich mit Nachdruck gegen die Unterstellung, als hege er jetzt noch gegen Oesterreich die Gesinnungen eines Gegners; er wies jeden für Oesterreich gefährlichen Gedanken weit von sich ab, und versicherte den Kaiserlichen Gesandten vielmehr seines aufrichtigen Interesses an dem ungeschmälerten Bestande und der Prosperität der österreichischen Monarchie.[1]

Berlin, Januar 1870. Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti, betr. die innere Lage Preußens.[2]

In Gesprächen über die innere Lage machte Bismarck dem französischen Botschafter Grafen Benedetti kein Hehl daraus, daß ihm im Ministerium Kollegen geblieben seien, die die Verhältnisse ihm beigesellt hätten, deren Unpopularität länger zu theilen er aber nicht gesonnen sei.

Berlin, den 19. Februar 1870, abends. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Haltung gegenüber den Berathungen des römischen Konzils.[3]

Der österreichische Gesandte Graf Wimpffen las Bismarck sowohl die Depesche des Grafen Beust an den österreichischen Botschafter in Rom Grafen Trautmannsdorff vom 10. Februar, wie auch den an ihn (Wimpffen) gerichteten Erlaß des österreichischen Ministers des Auswärtigen vom 17. Februar 1870 vor. Aus beiden Aktenstücken[4] war zu ersehen, daß die österreichische Regierung, die sich so bestimmt und früher als alle anderen für eine einfach abwartende Haltung gegenüber den Konzilberathungen ausgesprochen hatte und hierin den anderen Mächten mit ihrem Beispiel vorangegangen war, nunmehr aus ihrer Zurückhaltung heraustretend, allein und ohne vorgängiges Einvernehmen mit anderen Kabinetten sich zu einem diplomatischen Schritte bei der Kurie entschlossen hatte.

Bismarck folgte den Mittheilungen des Grafen Wimpffen mit lebhaftem Interesse, welches er demselben wiederholt mit der Bitte aussprach, dem Grafen Beust dafür seinen wärmsten Dank zu übermitteln. Bismarck ersuchte den Grafen Wimpffen

---

[1] Die „Voßsche Zeitung" Nr. 21 vom 26. Januar 1870 enthält ein auch in die deutschen Blätter übergegangenes Gespräch des Grafen Beust mit dem Korrespondenten des „New York-Herald". Beust stellt in Abrede, ein Gefühl der Bitterkeit gegen Bismarck zu haben, schiebt dem Letzteren aber fortwährend Intriguen gegen ihn zu, in der Absicht ihn (Beust) zu diskreditiren. Dies kann nicht unwidersprochen bleiben. Die politischen Intriguen waren nicht bei Bismarck, sondern bei Beust zu suchen.

[2] Nach Benedettis Bericht vom 27. Januar 1870. Benedetti: Ma mission. S. 286.

[3] Nach dem Berichte Wimpffens vom 20. Februar 1870. Staatsarchiv Bd. XXIV. Nr. 4898. S. 155.

[4] Dieselben sind abgedruckt im Staatsarchiv Bd. XXIV. Nr. 4892. S. 143; Nr. 4893. S. 146.

ferner, seinem Chef in Wien zu sagen, daß er die in der eingangs erwähnten Depesche entwickelten Auffassungen und Ansichten vollkommen theile und daß ihm daher auch der Schritt, zu dem sich Beust der römischen Kurie gegenüber veranlaßt fand, zur großen Befriedigung gereiche. Bismarck zeigte dem österreichischen Gesandten dabei eine gewisse persönliche Geneigtheit, sich derartigen Mahnungen der katholischen Mächte anzuschließen, denselben versichernd, daß, wenn er es nicht thue, ihn davon nur die Ansicht und Besorgniß abhalte, daß ein ähnlicher Schritt seitens einer protestantischen Macht, wie Preußen, in Rom leicht die gewünschte Wirkung verfehlen und erfolglos bleiben dürfte. Dagegen verhehlte er dem Grafen Wimpffen nicht seinen lebhaften Wunsch, die übrigen katholischen Mächte dem Beispiele Oesterreichs folgen zu sehen, und er bezog sich dabei hauptsächlich auf die französische Regierung, welche wegen der zu treffenden Wahl in bedeutende Verlegenheit gerathen könnte, wenn infolge äußerster und gefährlicher Beschlüsse des Konzils zwischen der römischen und gallikanischen Richtung eine offene Spaltung entstände. Der Bundeskanzler sah zwar von den Konzilsbeschlüssen keine Gefahr für die Regierungen des Norddeutschen Bundes vorher, aber im Interesse der Kirche und der vielen Katholiken theilte er alle vom Grafen Beust geäußerten Befürchtungen. Auch seine letzten Nachrichten aus Rom lauteten beunruhigend und ließen besorgen, daß die freie Diskussion nächstens eine Beschränkung erleiden werde.

## Achtes Kapitel.

### Der Krieg mit Frankreich.

(3. Juli 1870 bis 6. März 1871.)

Berlin, den 13. Juli 1870. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Differenzen zwischen Preußen und Frankreich wegen der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron.[1]

Lord A. Loftus beglückwünschte Bismarck zu der augenscheinlichen Lösung der schwebenden Krisis durch den freiwilligen Verzicht des Prinzen von Hohenzollern.

Bismarck schien etwas zweifelhaft darüber, ob diese Lösung eine Erledigung der Differenzen mit Frankreich herbeiführen werde. Er sagte, daß die äußerste Mäßigung, welche der König von Preußen unter dem drohenden Tone der französischen Regierung bewiesen habe, und der höfliche Empfang des Grafen Benedetti durch Se. Majestät in Ems, nach der heftigen Sprache, die gegen Preußen sowohl offiziell als in der französischen Presse geführt sei, in ganz Preußen große Indignation erzeugt habe.

Er hätte heute morgen von Bremen, Königsberg und anderen Orten Telegramme erhalten, die eine entschiedene Mißbilligung (strong disapprobation) des versöhnlichen Weges, der von dem König von Preußen in Ems eingehalten, ausdrückten und forderten, daß die Ehre des Landes nicht geopfert werden solle.

Bismarck drückte dann den Wunsch aus, daß die englische Regierung Gelegenheit nehmen möchte, vielleicht durch eine Erklärung im Parlament, ihre Genugthuung wegen Lösung der spanischen Schwierigkeit durch den freiwilligen Akt des Prinzen Leopold auszudrücken, und öffentliches Zeugniß abzulegen für die ruhige und weise Mäßigung des Königs von Preußen, seiner Regierung und der öffentlichen Presse.

Bismarck richtete ferner die Aufmerksamkeit auf die vom Herzog von Gramont im Corps législatif gemachte Erklärung, „daß alle Mächte Europas den gerechten Grund Frankreichs bei dessen an die preußische Regierung gestellten Forderungen

[1] Nach dem Berichte von Loftus an Granville, d. d. Berlin, 13. Juli 1870. Staatsarchiv Bd. XIX. Nr. 4032. S. 42.

anerkannt haben," und er war deshalb von dem eifrigen Wunsch beseelt, daß ein öffentliches Zeugniß gegeben werden möchte, daß die Macht, welche ihre „guten Dienste" angewandt hätte, um die preußische Regierung zu einem Verzicht durch den Prinzen Leopold zu drängen, gleicherweise ihre Würdigung der friedlichen und versöhnlichen Disposition, welche der König von Preußen an den Tag gelegt habe, ausdrücken möchte.

Bismarck bemerkte sodann, daß er Nachricht aus Paris (jedoch nicht offiziell von Baron Werther) erhalten habe, daß die Lösung der spanischen Schwierigkeit nicht genügen würde, die französische Regierung zufrieden zu stellen, und daß mit anderen Forderungen vorgegangen werden würde. Wenn das der Fall, sei es klar, daß die Frage wegen der Succession auf den spanischen Thron nur ein reiner Vorwand gewesen, und daß das wahre Objekt Frankreichs sei, eine Revanche für Königgrätz zu suchen.

Das Gefühl der deutschen Nation sei, daß sie Frankreich zum Kampfe völlig gewachsen sei, und sie vertraue ebenso wie Frankreich auf den militärischen Erfolg. Daher wäre das Gefühl in Preußen und Deutschland dieses: keine Erniedrigung und Beleidigung von Frankreich anzunehmen und, ungerecht provozirt, den Kampf aufzunehmen.

„Aber wir wünschen den Krieg nicht, und wir haben unsere friedliche Stimmung bewiesen und werden sie zu beweisen fortfahren, gleichzeitig aber können wir Frankreich in Bezug auf Rüstungen keinen Vorsprung erlauben. Ich habe positive Gewißheit, daß militärische Vorbereitungen für den Krieg in Frankreich gemacht sind und gemacht werden. Große Munitionslager sind errichtet, große Ankäufe von Heu und anderen für einen Feldzug nöthigen Materialien werden gemacht und Pferde werden zusammengebracht. Wenn dies so fortgeht, werden wir verpflichtet sein, das französische Gouvernement um Aufklärung wegen dieses Gegenstandes und der Absichten anzugehen.

Nach dem, was vorgegangen, müssen wir gewisse Versicherungen und Garantien fordern, daß wir nicht einem plötzlichen Angriffe ausgesetzt sind, wir müssen wissen, daß nach Beseitigung dieser spanischen Schwierigkeit nicht noch andere Anschläge lauern, die auf uns losplatzen könnten wie ein Donnersturm."

Bismarck konstatirte ferner, daß ohne einige Versicherungen, ohne eine durch Frankreich an die europäischen Mächte oder in anderer offizieller Form abgegebene Erklärung, daß die gegenwärtige Lösung der spanischen Frage eine endliche und genügende Lösung der französischen Forderungen sei und nicht später neue Forderungen erhoben würden, und wenn ferner nicht ein Widerruf oder eine genügende Aufklärung über die drohende Sprache des Herzogs von Gramont gegeben werde, die preußische Regierung verpflichtet sein würde, Aufklärungen von Frankreich zu fordern. Es wäre unmöglich, daß Preußen zahm und ruhig bleibe unter der dem König und der Nation durch die drohende Sprache der französischen Minister zugefügten Beleidigung. „Ich kann keine Beziehungen mit dem französischen Botschafter nach der durch

den französischen Minister des Auswärtigen im Angesicht Europas gegen Preußen geführten Sprache unterhalten."

**Berlin, den 14. Juli 1870. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die drohende Lage mit Frankreich.**[1]

Bismarck besuchte den englischen Botschafter Loftus und ersuchte ihn, Lord Granville über die Umstände, unter welchen Baron Werther, der preußische Botschafter in Paris, plötzlich nach Berlin berufen worden sei, Aufklärung zu geben, damit die Abreise des Baron Werther nicht etwa als ein Abbruch der Beziehungen zu Frankreich oder als mit der schwebenden Krisis zusammenhängend angesehen werde.

Er (Bismarck) theilte dem Botschafter ferner mit, er habe ein Telegramm vom König erhalten, welches mittheile, daß soeben ein Telegramm von Baron Werther eingegangen sei, wonach er vom Herzog von Gramont beauftragt sei, dem Könige einen Vorschlag zur endgültigen Beilegung der zwischen Preußen und Frankreich bestehenden Differenzen zu unterbreiten. Der Vorschlag sei, der König solle einen Brief an den Kaiser Napoleon richten, in welchem er sein Bedauern darüber ausspreche, daß das Vorkommniß der Annahme der spanischen Krone durch den Prinzen von Hohenzollern bei Frankreich Beunruhigungen hervorgerufen habe, und die Erklärung abgeben, daß kein Mitglied der Familie Hohenzollern jetzt oder in Zukunft das Anerbieten der spanischen Krone annehmen solle.

Bismarck sagte dem Botschafter Loftus, der König habe seine Ueberraschung darüber ausgesprochen, daß ein solcher Auftrag seinem Botschafter zugemuthet werden sollte. Der König habe ihn (Bismarck) beauftragt, zu handeln, wie es ihm am besten scheine. Er (Bismarck) habe dem Baron Werther telegraphirt, dem Herzog von Gramont mitzutheilen, daß er (Werther) den Vorschlag an Bismarck mitgetheilt habe und beauftragt sei, in Erwiderung darauf zu erklären, daß er (Bismarck) als verantwortlicher Minister der Krone einen solchen Vorschlag seinem Souverän nicht unterbreiten könne.

Bismarck sprach im übrigen von der schwebenden Angelegenheit mit großer Ruhe und zeigte keinerlei Erregung gegen Frankreich; er drückte vielmehr die Hoffnung und den Wunsch aus, daß durch den Einfluß und den guten Rath der englischen Regierung der Kaiser Napoleon und seine Regierung zur Vernunft gebracht werden würden und daß die Gefahren, welche den Frieden Europas augenblicklich bedrohten, glücklich beseitigt werden würden.[2]

---

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 279.

[2] Mitte September 1895 brachte die „Revue de Paris" einen Artikel des ehemaligen französischen Botschafters in Berlin Grafen Benedetti, worin die Ursachen des Krieges von 1870 beleuchtet wurden. Benedetti weist nach, daß der Krieg durch das Vorgehen des Herzogs von Gramont herbeigeführt worden ist.

**Berlin**, den 18. Juli 1870. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Uebernahme des Schutzes der französischen Staatsangehörigen durch die englische Regierung.[1]

Bei einem Besuche, den Bismarck dem englischen Botschafter Lord A. Loftus machte, erwähnte der Letztere — in der Absicht, eine Würdigung der unparteiischen und guten Absichten der englischen Regierung herbeizuführen —, daß die französische Regierung ersucht habe, die französischen Unterthanen während des Krieges unter den Schutz Englands zu stellen, und daß die englische Regierung unter dem Vorbehalt eingewilligt habe, den nämlichen Dienst den preußischen Unterthanen in Frankreich zu leisten.

Bismarck schien über diese Ankündigung sehr unzufrieden zu sein und bemerkte, das werde einen schlechten Eindruck in Deutschland machen. „Es herrscht bereits — sagte er — das Gefühl, daß die englische Regierung nach Frankreich neige; dies Vorkommniß wird dazu beitragen, dasselbe zu befestigen.“

Der Botschafter bekämpfte diese Ansicht und nahm auf die fast einstimmigen Aeußerungen der Presse in England Bezug, welche der ruhigen und maßvollen Haltung Preußens während der Krisis Gerechtigkeit widerfahren ließen. Er konstatirte, daß in England die allgemeine Ansicht herrsche, es habe sich von Kriegen fern zu halten, bei denen englische Interessen nicht direkt betheiligt seien, und daß die englische Nation keine Regierung behalten werde, welche nicht gemäß dieser Anschauung handle. Englands Haltung sei deshalb vorgezeichnet, nämlich: strikte Neutralität.

Am 19. Juli, mittags 1½ Uhr, überreichte der französische Geschäftsträger Le Sourd Bismarck die französische Kriegserklärung.

**Berlin**, den 20. Juli 1870. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. den englischen Vermittelungsvorschlag in der deutsch-französischen Krisis.[2]

Bismarck besuchte den englischen Botschafter Loftus und theilte ihm mit, daß er des Letzteren Note vom 17. d. M. dem König vorgelegt habe. Nachdem Bismarck dem Botschafter sodann den Hauptinhalt der Antwort,[3] welche er denselben Abend noch erhalten werde, angegeben hatte, wandte er sich der Kriegsfrage zu und bemerkte, Großbritannien hätte Frankreich verbieten sollen, einen Krieg anzufangen. Es sei in der Lage, dies zu thun, und seine und Europas Interessen verlangten es von ihm. Wenn Deutschland siegreich wäre, worauf er durchaus vertraue, so werde das Gleichgewicht der Macht erhalten bleiben; erringe aber Frankreich den Sieg, so würde es Herrin von Europa sein. England könne dies durch sein Handeln jetzt abwenden.

Bismarck sprach mit großer Ruhe und ohne jede Erregung. Er schien den Krieg tief zu bedauern und sagte, Frankreich wäre allein verantwortlich dafür. „Ich

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 287.
[2] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 283.
[3] Staatsarchiv Bd. XIX. Nr. 4045. S. 89. Die Antwort ist vom 18. Juli datirt.

bin nie — sagte er — einer von denjenigen gewesen, welche diesen Kampf mit Frankreich für unvermeidlich betrachteten. Ich habe die Hoffnung gehabt, daß sich die durch die Ereignisse von 1866 hervorgerufene Empfindlichkeit Frankreichs besänftigen und allmählich verschwinden würde. Ich sah, daß bei zwei Gelegenheiten die größte Spannung in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich bestand, aber glücklich beseitigt wurde, worauf ein herzliches Einvernehmen wieder eintrat. Ich habe auf ähnliche Resultate in Bezug auf Frankreich und Preußen gehofft, und ich bedauere, daß ich mich in meinen Hoffnungen getäuscht habe."

Lord A. Loftus erwiderte, Großbritannien, dessen Politik der Frieden und dessen lebhafter Wunsch die Aufrechterhaltung eines guten Einvernehmens mit allen europäischen Mächten sei, würde sich niemals in einen Krieg einlassen, wenn nicht seine Ehre und seine Interessen auf dem Spiele ständen. Die englische Regierung bedauere tief den Abbruch der freundlichen Beziehungen zwischen zwei Mächten, mit welchen sie auf intimem freundschaftlichen Fuße stehe. Die englische Regierung habe alles, was sie könnte, zur Erhaltung des Friedens gethan und sie bedauere aufrichtig, daß ihre Rathschläge nicht von Erfolg gewesen wären.

Bismarck bemerkte dann, er habe im Monat März zum ersten Mal von dem Projekt, die spanische Krone dem Prinzen von Hohenzollern anzubieten, gehört durch den Fürsten Anton von Hohenzollern, der sich in der Angelegenheit an ihn gewandt habe. Er (Bismarck) habe erwidert, daß er als Minister sich nicht mit der Sache befassen könne, und es abgelehnt, etwas damit zu thun zu haben. „Behandeln Sie die Sache als eine Familienangelegenheit — habe er zu dem Fürsten gesagt —, so müssen Sie sich an den Minister des Königlichen Hauses Baron Schleinitz wenden." Das habe Fürst Anton auch gethan und Baron Schleinitz habe geantwortet, er habe die Familienarchive durchgesehen und gefunden, daß der König weder das Recht habe, die Genehmigung zu ertheilen, noch sie zu verweigern. Der Prinz von Hohenzollern sei in derselben Lage gewesen wie jeder andere preußische Unterthan, der auswandern will. Er hätte lediglich den gewöhnlichen Weg dazu einzuschlagen und aus der preußischen Staatsangehörigkeit auszuscheiden gehabt. Der König habe deshalb thatsächlich mit der Sache nichts zu thun gehabt.

Bismarck sagte ferner, er habe nie viel über die Sache nachgedacht; er habe nur ein- oder zweimal mit dem König darüber gesprochen. Bei der einen Gelegenheit habe der König bemerkt, daß Frankreich vielleicht dadurch beunruhigt werden könnte; er habe darauf dem Könige geantwortet, daß ein Hohenzoller auf dem Throne Spaniens die Interessen Preußens weder fördern noch verletzen könne; er möchte denselben eher als Bonapartisten denn als Hohenzollern ansehen.

Von Prim sei ihm (Bismarck) Verschwiegenheit auferlegt worden; derselbe habe ihm gesagt, daß, wenn etwas bekannt werde, bevor der geeignete Augenblick dazu gekommen, so würden Intriguen aller Art dagegen eingeleitet werden.

Er (Bismarck) habe eines Tages den Fürsten Anton von Hohenzollern gefragt, wie der Kaiser Napoleon die Sache ansehen werde; derselbe habe ihm darauf

erwidert, er könne für den Kaiser stehen, der seit vierzig Jahren sein Freund sei — dem er in früheren Jahren Freundschaftsbeweise gewährt habe. Das sei sein ganzer Antheil bei der Sache gewesen. „Wenn — fuhr Bismarck fort — die französische Regierung sich an uns gewandt und gesagt hätte, die Kandidatur sei dem Kaiser sehr unbequem, man nähme unsere guten Dienste zur Annullirung derselben in Anspruch, so würde ich durchaus erfreut gewesen sein, dem Kaiser einen Dienst geleistet und auf diese Weise unsern Wunsch, gute Nachbarn zu bleiben, bewiesen zu haben, denn ich habe mehr Interesse, mit Frankreich auf gutem Fuße zu stehen, als für Spanien zu sorgen. Aber die Art, wie der Herzog von Gramont die Sache vor die Kammer und vor Europa brachte, ist unerhört in den Annalen der Diplomatie."

Bismarck sagte ferner, mit der Haltung von Süddeutschland sei er zufrieden. „Wenn, wie ich hoffe und erwarte, wir gewinnen, so werden wir keine Ansprüche machen; wenn aber Frankreich siegen sollte, so wird es einen dominirenden und schwer zu ertragenden Einfluß in Europa ausüben."

**Berlin**, den 24. Juli 1870. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die Veröffentlichung des Entwurfs eines Geheimvertrages mit Frankreich.[1]

Bismarck fragte den Botschafter, ob er ein Telegramm bezüglich Belgiens an Lord Granville abgesandt habe.

Loftus antwortete sofort: „Ja." Loftus glaubte zuerst, da sein Telegramm chiffrirt abgesandt war, Bismarck müsse seine Chiffre kennen.

Bismarck sagte dann weiter: „Wenn Sie vorher zu mir gekommen wären, würde ich Ihnen eine korrektere Information über die Sache gegeben haben."

Loftus erwiderte, er habe dies aus zwei Gründen nicht gethan, erstens, weil es ihm sehr zweifelhaft gewesen wäre, ob Bismarck geantwortet haben würde, zweitens, weil er sich niemals einer Zurückweisung durch Stellung einer unberechtigten Frage über einen Gegenstand delikater Natur aussetze.

Bismarck bedauerte es im Interesse des Botschafters, daß er dies nicht gethan habe, denn er würde ihm den Entwurf eines Geheimvertrages in Benedettis eigener Handschrift gezeigt haben, worin ein Offensiv- und Defensivbündniß mit Preußen auf Kosten Belgiens vorgeschlagen sei. „Sie würden dann in der Lage gewesen sein, zuerst Ihrer Regierung diese wichtige Nachricht zu geben", während er sie jetzt der „Times" gesandt habe; sie werde in dieser Zeitung am nächsten Tage erscheinen.

Loftus erwiderte, es wäre ihm nicht von Bedeutung, auf welchem Wege diese Information an die englische Regierung gelange, sofern sie nur öffentlich bekannt werde.

---

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 133. Loftus verwechselt hier die Daten, am Tage der Taufe der Prinzessin Sophie in Potsdam, wohin Loftus die Unterredung verlegt (28. Juli 1870), hatte derselbe von dem Original des Benedettischen Entwurfs bereits Einsicht genommen, die Unterredung wird am 24. Juli stattgefunden haben.

Loftus stellte später fest, daß Bismarck durch den belgischen Gesandten Baron Nothomb von seinem (Loftus) Telegramm erfahren habe.

Nach Bismarcks Rundschreiben vom 29. Juli 1870 (Staatsarchiv Bd. XIX. Nr. 4078. S. 151) lud er den Botschafter, als Letzterer Zweifel äußerte, zu persönlicher Einsicht des Benedettischen Aktenstückes ein; derselbe nahm nach einigen Tagen (26. Juli) davon Kenntniß und überzeugte sich dabei, daß es von der Handschrift seines früheren französischen Kollegen war.

**Berlin**, den 29. Juli 1870. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. die verschiedenen Annexionspläne Frankreichs.[1]

Bei einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Loftus gab Bismarck eine interessante Darstellung der verschiedenen Phasen, welche die Annexionspläne der französischen Regierung durchlaufen hätten, und der persönlichen Verhandlungen, die er darüber mit dem Kaiser Napoleon gehabt habe. Dieselben begannen im Jahre 1855, wo Bismarck zuerst mit dem Kaiser Napoleon zusammentraf.

Bei dieser Gelegenheit hatte der Kaiser Bismarck aufgefordert, seinem Souverän das Anerbieten einer Allianz mit Frankreich zu übermitteln. Der Kaiser habe ihm damals erklärt, daß es ein Irrthum sei, anzunehmen, er (der Kaiser) sei unfreundlich gegen Preußen gesinnt. Im Gegentheil, er möchte Preußen vergrößert und insbesondere es zu einer Seemacht werden sehen, welche im Verein mit Frankreich und den Seemächten zweiten Ranges in der Lage wäre, England die Spitze zu bieten. Er wünsche die Unabhängigkeit der Meere und daß nicht eine Macht Beherrscherin dieses Elementes sei. Er schlüge Bismarck vor, Hannover zu nehmen, die Elbherzogthümer für Preußen zu annektiren als Mittel zur Vermehrung seiner maritimen Kraft. Weiter habe der Kaiser bemerkt, sein erster Plan sei, Italien zu befreien und Oesterreich zu demüthigen.

„Dies war — bemerkte Bismarck zu dem Botschafter — der Grund, warum Frankreich zur Zeit der dänischen Konferenz in London jene zweifelhafte Rolle spielte."

Bismarck hatte damals dem Kaiser erwidert, er sei froh, daß er (der Kaiser) dies zu ihm gesagt habe, nicht zu dem preußischen Gesandten in Paris. Er könne ihm nicht rathen, einen derartigen Vorschlag seinem Souverän zu machen. Der König würde ihn mit Indignation zurückweisen und die bloße Thatsache, daß er gemacht und zurückgewiesen worden sei, würde sicherlich bekannt werden und Preußen würde „eines überlegten Verraths" oder einer Beleidigung beschuldigt werden. Er riethe dem Kaiser, „sich nicht in eine solche Sache zu verstricken (embourber)". Das Wort embourber sei dem Kaiser aufgefallen und später von ihm angewendet worden.[2]

Der Kaiser habe dies Anerbieten einer Offensiv- und Defensiv-Allianz mit Preußen 1865 erneuert. Er (Bismarck) habe in seinem Besitze Dokumente und Briefe zum Beweise der Richtigkeit der von ihm erwähnten Thatsachen.

[1] Lord **Loftus**: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 130.

[2] Vergl. oben S. 22. Note 1.

Der von Frankreich für die Allianz geforderte Preis sei ein zu hoher gewesen. Es habe das ganze ein Dreieck bildende Gebiet zwischen Mosel und Rhein, aber hne die Festungen Coblenz oder Mainz gefordert.

Dafür sollte Preußen eine acht Millionen Bevölkerung umfassende Gebietserweiterung erhalten.

Seit dieser Zeit seien die französischen Vorschläge in der einen oder anderen Form bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. bei dem Besuche des Prinzen Napoleon in Berlin und bei der Durchreise des Generals Fleury durch Berlin, erneuert worden.

Bismarck konstatirte, daß er bei seiner Unterredung mit dem Kaiser Napoleon in Biarritz, kurz vor dem Kriege gegen Oesterreich, niemals mit dem Kaiser allein war, welcher augenscheinlich jede Anspielung auf frühere Unterhandlungen und Vorschläge zu vermeiden gewünscht habe. Vom ersten Beginn an habe er (Bismarck) sich stets bestrebt, die französische Regierung mit leeren Versprechungen hinzuhalten (le bec dans l'eau), indem er keine bestimmte Antwort gegeben; er habe vor allen Dingen einen Bruch vermeiden wollen, welcher unvermeidlich gewesen wäre, wenn die französischen Bestrebungen eine entschiedene Ablehnung gefunden hätten.

Berlin, den 30. Juli 1870. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord A. Loftus, betr. den Benedettischen Entwurf eines Geheimvertrages zwischen Preußen und Frankreich.[1]

Bismarck wies dem englischen Botschafter Lord A. Loftus in Bezug darauf, daß Jemand gesagt hatte, Benedetti habe den Entwurf des Geheimvertrages mit Preußen unter dem Diktat Bismarcks geschrieben, unter Vorlegung des Entwurfs nach, daß der Entwurf auf französischem Papier oder auf jeden Fall auf Papier, welches im preußischen Auswärtigen Amt nicht im Gebrauch, geschrieben sei. Bismarck bemerkte dazu, daß, wenn der Entwurf im Auswärtigen Amt unter seinem Diktat geschrieben wäre, Graf Benedetti nicht sein eigenes Papier mitgebracht haben würde.

Die Korrekturen seien mit Blei gemacht in der nämlichen Handschrift wie der Text des Vertrages.

Bismarck sagte ferner, Graf Benedetti habe den Text mit sich gebracht und ihm vorgelesen.

Zu Artikel I bemerkte Bismarck, daß er gegen den Satz, durch welchen die Genehmigung und Unterstützung Frankreichs zur Erhaltung des Norddeutschen Bundes an Preußen angeboten wurde, Einspruch erhoben habe. Der Originaltext wäre folgender gewesen:

„La Majesté l'Empereur des Français admet et reconnaît les acquisitiones que la Prusse a faites à la suite de la dernière guerre qu'elle a soutenu contre l'Autriche et contre ses alliés (ainsique les

[1] Nach Loftus Bericht vom 30. Juli 1870. Koller: Archiv Bd. V. S. 271. Ein analoges Referat von Loftus über diese Unterredung mit Bismarck findet sich in Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 128.

arrangements pris ou à prendre pour la constitution d'une Confédération dans l'Allemagne du Nord s'engagant en même temps à prêter son appuis à la conservation de cette oeuvre)."

Er (Bismarck) habe Benedetti gesagt, daß Preußen niemals für seine künftige Stellung in Deutschland Frankreich dankbar sein dürfe und daß kein deutscher Minister eine solche Position annehmen könne. Darauf habe Benedetti der Aufhebung des Paragraphen zugestimmt und die Parenthese in Blei gemacht.

Zu Artikel II habe er dem Grafen Benedetti bemerkt, daß der König von Preußen sich nicht an der Ueberredung des Königs von Holland zur Abtretung des Großherzogthums Luxemburg betheiligen könne, und daß darauf die Korrektur in diesem Artikel durch Benedetti gemacht worden sei.

Bismarck bemerkte weiter, daß Graf Benedetti diesen Entwurf in seinen Händen gelassen habe, damit er dem Könige gezeigt werde, und augenscheinlich vergessen habe, ihn zurückzufordern

Er fügte hinzu, daß er die französische Regierung in der trügerischen Hoffnung eines Arrangements nach dem Sinne ihrer Vorschläge erhalten habe — im Interesse des Friedens —, überzeugt, daß, wenn eine entschieden verneinende Antwort gegeben worden wäre, ein Bruch zwischen Frankreich und Preußen die unmittelbare Folge gewesen sein würde.

Er habe gehofft, daß im Laufe der Zeit die Weisheit der französischen Regierung sich zur Aufgabe dieser ehrgeizigen Projekte verstehen und so der Krieg vermieden werden würde.

Von dem Tage, wo die französische Regierung eingesehen, daß ihre gehegten Hoffnungen illusorisch seien, wäre der Entschluß zum Kriege gefaßt gewesen.

Meaux, den 15. September 1870. Unterredung mit dem englischen Gesandtschaftssekretär Malet, betr. die Vereinbarung einer Zusammenkunft Bismarcks mit Jules Favre.[1]

„Wenn die französische Regierung zu unterhandeln wünscht, so möge sie zu diesem Zweck einen Bevollmächtigten schicken; wir werden mit Jedem verhandeln, den sie damit beauftragt!"

---

[1] Nach dem „Daily Telegraph" und einer Depesche von Lord Lyons und Earl Granville. Nach dem Werke Simple recit., Bd. I. S. 131, übergab Jules Favre am 9. September 1870 dem englischen Gesandten in Paris Lord Lyons eine vertrauliche Note; der Letztere übernahm es, dieselbe dem Botschafter Preußens in London durch Vermittelung des englischen Kabinetts zugehen zu lassen. Diese Note lautete: „Will Graf Bismarck in Vorverhandlungen über einen Waffenstillstand und demnächst in Verhandlungen über die Friedensbedingungen eintreten, und mit wem gedenkt er solche Verhandlungen einzuleiten?" Demnächst schickte Lord Lyons einen Kurier in das preußische Hauptquartier; Favre schrieb an Herrn Tissot und trug demselben auf, auf Lord Granville einzuwirken. Der englische Botschaftssekretär (Malet) hatte Schwierigkeiten aller Art zu überwinden; erst nach drei Tagen ermüdender und gefahrvoller Hin- und Herfahrten konnte er zu Bismarck gelangen. Letzterer begnügte sich damit, zu antworten, er werde der Reise Jules Favres kein Hinderniß bereiten, der Erfolg derselben sei aber von einer Vorfrage abhängig, bezüglich deren Graf Bernstorff eine Mittheilung von Lord Granville erwarte.

Die Friedensbedingungen anlangend, komme es Deutschland auf den Besitz von Metz und Straßburg — nicht der geschleiften, sondern der wohl befestigten —, als eines Bollwerks gegen französische Rachekriege, an. Auf gewaltige Entschädigungssummen sehe es weniger und Schiffe brauche es nicht, da es für jetzt keine Seemacht sei.

Schloß Haute Maison bei Meaux und Ferrières, den 19. u. 20. September 1870. Unterredungen mit Jules Favre, betr. die Bedingungen eines Waffenstillstandes.[1]

Nach voraufgegangenen schriftlichen und mündlichen Anfragen bei Bismarck entschloß sich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Regierung der Nationalvertheidigung Jules Favre, sich in das preußische Hauptquartier zu begeben, um die Bedingungen eines Waffenstillstandes in Erfahrung zu bringen. In der Nähe von Meaux gegen 3 Uhr nachmittags angekommen, wurde er von einem Adjutanten angehalten, welcher kam, um ihm anzukündigen, daß Bismarck mit dem Könige Meaux verlassen habe, um die Nacht in Ferrières zuzubringen. Man hatte sich gekreuzt, indem Beide zurückkehrten, konnten sie sich treffen. Favre kehrte also um und stieg in einem Pächterhofe ab, der, wie fast alle Häuser, welche er auf dem Wege gesehen, vollständig wüst lag. Nach einer Stunde kam Bismarck an. Es war schwierig, in einem solchen Orte miteinander zu sprechen. Das dem Grafen von Rillac angehörige Schloß Haute Maison war in der Nähe; sie begaben sich dorthin, und die Unterredung begann in einem Salon, wo Trümmer in Unordnung herumlagen.

Favre stellte zuerst genau den Zweck seines Schrittes fest. Da er durch sein Cirkular die Absichten der französischen Regierung bekannt gemacht, so wollte er die des ersten Ministers Preußens erfahren. Es schien ihm unzulässig, daß zwei Nationen, ohne sich vorher zu erklären, einen schrecklichen Krieg fortsetzten, der, ungeachtet der errungenen Vortheile, dem Sieger harte Leiden auferlege. Durch die Macht eines Einzigen hervorgerufen, hätte dieser Krieg keinen Grund mehr, fortzudauern, sobald Frankreich wieder Herr seiner selbst geworden wäre. Er stand für dessen Liebe zum Frieden ein und zugleich für dessen unerschütterlichen Entschluß, keine Bedingung anzunehmen, welche aus diesem Frieden einen kurzen und drohenden Waffenstillstand machen werde.

Bismarck antwortete, daß, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß ein solcher Frieden möglich wäre, er ihn sofort unterzeichnen werde. Er erkannte an, daß die Opposition den Krieg immer verdammt habe. Aber die Regierung, welche heute diese Opposition repräsentire, sei mehr als prekär. Wenn in einigen Tagen Paris nicht genommen sei, so werde sie der Pöbel stürzen. . . Favre unterbrach ihn lebhaft, um ihm zu sagen, daß es in Paris keinen Pöbel gebe, sondern eine intelligente, ergebene Bevölkerung, welche die Absichten der Regierung kenne und die sich nicht

[1] Nach dem von Favre an die Regierung erstatteten amtlichen Bericht vom 21. September 1870. Staatsarchiv Bd. XIX. Nr. 4108. S. 226.

zum Helfershelfer des Feindes machen werde, indem sie der Aufgabe der Vertheidigung Hindernisse in den Weg lege. Was ihre Gewalt anbelange, so sei er und seine Kollegen bereit, sie in die Hände der bereits von ihnen zusammenberufenen Versammlung niederzulegen.

„Diese Versammlung — so entgegnete Bismarck — wird Absichten haben, die nichts voraussehen lassen. Aber wenn sie dem französischen Gefühl Gehör schenkt, so wird sie den Krieg wollen. Sie werden ebensowenig die Kapitulation von Sedan vergessen, wie Waterloo und Sadowa, welches letztere Sie nichts anging." Er ließ sich dann über den festen Willen der französischen Nation aus, Deutschland anzugreifen und ihm einen Theil seines Gebietes zu entreißen. Von Ludwig XIV. an bis auf Napoleon III. hätten sich diese Tendenzen nicht geändert, und als der Krieg angekündigt worden, hätte der gesetzgebende Körper die Worte des Ministers mit Beifall überschüttet. Favre bemerkte, daß die Majorität des gesetzgebenden Körpers einige Wochen vorher dem Frieden zugejauchzt hätte; daß diese von dem Kaiser gewählte Majorität unglücklicherweise es für nöthig erachtet hätte, ihm blindlings nachzugeben, daß die Nation jedoch, zweimal konsultirt, bei den Wahlen von 1860 und bei der Abstimmung des Plebiscits, der Friedens- und Freiheitspolitik energisch zugestimmt habe.

Die Unterredung über diesen Gegenstand verlängerte sich; Bismarck hielt seine Meinung aufrecht und Favre vertheidigte die seinige; da Favre betreffs seiner Bedingungen in ihn drang, so antwortete er ihm klar und deutlich, daß die Mehrheit seines Landes ihm auferlege, das Gebiet zu behalten, welches dasselbe sicher stellt. Er erwiderte ihm mehrere Male: „Straßburg ist der Schlüssel zum Hause, ich muß ihn haben." Favre forderte ihn mehrere Male auf, deutlicher zu sein. „Es ist unnütz — entgegnete er —, da wir uns nicht verständigen können, so ist es eine Sache, welche später geordnet werden muß." Favre bat ihn, es sofort zu thun, und er sagte ihm alsdann, daß die beiden Departements des Ober- und Niederrheines, ein Theil des Mosel-Departements mit Metz, Chateau-Salin und Soissons ihm unumgänglich nothwendig seien, und daß er nicht darauf verzichten könne.

Favre machte bemerklich, daß die Zustimmung der Landestheile, über die Bismarck auf diese Weise verfüge, mehr als zweifelhaft sei, und daß das europäische Staatsrecht ihm nicht gestatte, diese zu umgehen. „Doch — antwortete er —, ich weiß sehr wohl, daß sie von uns nichts wissen wollen. Es wird eine große Last für uns sein, aber wir können nicht umhin, sie zu übernehmen. Ich bin sicher, daß wir in einer nahen Zeit einen neuen Krieg mit Ihnen haben werden. Wir wollen ihn mit allen Vortheilen für uns führen."

Favre lehnte sich gegen solche Lösungen auf. Er sagte, es schiene ihm, daß Bismarck zwei wichtige Elemente der Diskussion vergesse. Zuerst Europa, welches diese Forderungen übertrieben finden und sich ins Mittel legen könnte; dann das neue Recht, der Fortschritt der Sitten, welchem solche Forderungen ganz antipathisch seien. Er fügte hinzu, daß, was die Franzosen betreffe, sie dieselben niemals an-

nehmen würden. Sie könnten als Nation untergehen, aber sich nicht entehren; übrigens sei das Land allein kompetent, um sich über die Abtretung von Gebiet auszusprechen. Wir zweifeln nicht an seiner Ansicht, aber wir wollen es konsultiren. Ihm, dem Lande gegenüber befinde sich also Preußen. Und um klar und deutlich zu sein, müsse man sagen, daß es, vom Siege berauscht, die Vernichtung Frankreichs wolle.

Bismarck protestirte, indem er immer die Nothwendigkeit der nationalen Sicherheit vorschützte. Favre fuhr fort: „Wenn es Ihrerseits kein Mißbrauch der Gewalt ist, der geheime Absichten verbirgt, so gestatten Sie mir, die Versammlung zusammentreten zu lassen; sie wird eine definitive Regierung ernennen, welche Ihre Bedingungen beurtheilen wird."

Um dieses Projekt auszuführen — antwortete Bismarck — bedürfe es eines Waffenstillstandes, und er wolle denselben um keinen Preis.

Die Unterredung nahm einen immer peinlicheren Verlauf. Der Abend kam heran. Favre ersuchte Bismarck um eine zweite Unterredung in Ferrières, wo er die Nacht zubringen sollte, und Jeder ging seinen Weg.

Als Beide gegen halb 9 Uhr abends in Ferrières wieder zusammentrafen, bemerkte Favre, daß, da die Auskunft, welche er von Bismarck haben wollte, für seine Regierung und das Publikum bestimmt sei, er zum Schluß resumiren werde, um nur das zu veröffentlichen, worüber sie übereingekommen seien. „Geben Sie sich diese Mühe nicht — antwortete Bismarck — ich gebe sie Ihnen ganz preis; ihrer Veröffentlichung steht nichts entgegen."

Man nahm die Diskussion wieder auf, die bis Mitternacht dauerte. Favre hob besonders die Nothwendigkeit hervor, eine Versammlung zu berufen. Bismarck ließ sich nach und nach überzeugen und kam auf den Waffenstillstand zurück. Favre verlangte vierzehn Tage. Man diskutirte die Bedingungen. Bismarck gab keine bindenden Erklärungen ab und behielt sich vor, den König zu befragen. Deshalb verabschiedete er den Franzosen auf den folgenden Tag um 11 Uhr.

Am folgenden Tage um 11 Uhr morgens war Favre im Schlosse zu Ferrières. Bismarck trat um 11¾ Uhr aus den Zimmern des Königs und theilte Favre die Bedingungen mit, welche er an den Waffenstillstand knüpfte. Sie waren in einem in deutscher Sprache geschriebenen Texte niedergelegt, von welchem er Favre mündlich Mittheilung machte. Er verlangte als Pfand die Besetzung von Straßburg, Toul und Pfalzburg, und da Favre am Tage vorher gesagt, daß die Versammlung in Paris zusammentreten sollte, so wollte er in diesem Falle ein Fort, welches die Stadt beherrsche, z. B. das des Mont Valerien.

Favre unterbrach ihn und sagte: „Es wäre viel einfacher, Paris von uns zu verlangen. Wie wollen Sie, daß eine französische Versammlung unter Ihren Kanonen berathe? Ich hatte die Ehre, Ihnen zu sagen, daß ich meiner Regierung

unsere Unterredung mittheilen werde; ich weiß wahrlich nicht, ob ich wagen werde zu sagen, daß Sie mir eine solche Proposition gemacht haben."

„Suchen wir eine andere Kombination," erwiderte der Kanzler. Favre sprach von dem Zusammentritt der Versammlung in Tours, ohne daß man nach der Seite von Paris ein Pfand nehme.

Bismarck schlug Favre vor, mit dem König darüber zu sprechen, und auf die Besetzung von Straßburg zurückkommend, fügte er hinzu: „die Stadt wird in unsere Hände fallen; das ist nur noch Sache der Berechnung eines Ingenieurs. Deshalb verlange ich auch von Ihnen, daß die Garnison sich als kriegsgefangen übergebe."

Bei diesen Worten sprang Favre vor Schmerzen in die Höhe und rief aus: „Sie vergessen, daß Sie zu einem Franzosen sprechen, Herr Graf; eine heldenmüthige Besatzung opfern, welche der Gegenstand unserer und aller Welt Bewunderung ist, wäre eine Feigheit, und ich verspreche Ihnen, nicht zu sagen, daß Sie mir eine solche Bedingung gestellt haben."

Bismarck antwortete, daß er nicht die Absicht habe, ihn zu verletzen, daß er sich nach den Gesetzen des Krieges richte, daß übrigens, wenn der König einwillige, dieser Artikel modifizirt werden könne.

Nach einer Viertelstunde kehrte Bismarck zurück. Der König acceptirte die Kombination von Tours, aber er bestand darauf, daß die Besatzung von Straßburg sich als kriegsgefangen übergebe.

Favres Kräfte waren erschöpft. Er wandte sich ab, um die Thränen zu verbergen, und indem er sich wegen dieser unfreiwilligen Schwäche entschuldigte, verabschiedete er sich mit den Worten: „Ich habe mich getäuscht, Herr Graf, indem ich hierher kam, ich bereue es nicht, ich habe genug gelitten, um mich vor mir selbst zu entschuldigen; übrigens habe ich nur dem Gefühle meiner Pflicht gehorcht. Ich werde alles, was Sie mir gesagt haben, meiner Regierung berichten und wenn dieselbe für passend hält, mich abermals zu Ihnen zu schicken, so werde ich, wie schmerzlich mir auch dieser Schritt sein möge, die Ehre haben, Sie wiederzusehen. Ich weiß Ihnen Dank für Ihr Wohlwollen gegen mich, aber ich fürchte, daß wir den Ereignissen ihren Lauf lassen müssen. Die Bevölkerung von Paris ist muthig und zu allen Opfern bereit. Ihr Heldenmuth kann den Gang der Ereignisse ändern. Wenn Sie die Ehre haben, sie zu besiegen — unterwerfen werden Sie dieselbe nicht. Die ganze Nation ist von derselben Gesinnung. So lange wir in ihr ein Element des Widerstandes finden, werden wir Sie bekämpfen. Es ist dies ein endloser Kampf zwischen zwei Völkern, welche sich die Hände reichen sollten. Ich hatte eine andere Lösung gehofft. Ich entferne mich sehr unglücklich und dennoch voll Hoffnung."

*

Nach den von Jules Favre gemachten privaten Aufzeichnungen hatten die Zusammenkünfte am 19. und 20. September 1870 folgenden Verlauf:

In dem kleinen Dorfe Montry bei Meaux machten Favre und seine Begleiter Halt. Sie stiegen in einem Pachthofe ab. Alles war zerstört, sogar die Fensterkreuze; sie ließen sich auf einigen Trümmern nieder. Nach halbstündigem Warten erblickten sie drei Reiter, die mit zahlreichem Gefolge auf sie zukamen. Der Eine von ihnen, ein hochgewachsener Mann, in Stahlhelm und mit breiter, gelbseidener Borte, war Graf Bismarck, er stieg an dem Thore des Pachthofes ab, in welchem sich Favre befand.

„Ich bedauere — sagte Favre zu Bismarck —, daß ich Ew. Excellenz nicht an einem Orte empfangen kann, der Ihrer würdiger ist. Indessen stehen diese Ruinen nicht ganz außer Zusammenhang mit der Unterhaltung, um welche nachzusuchen ich die Ehre hatte; sie sind ein redendes Zeugniß für die Größe des Elendes, dem ich ein Ziel zu setzen wünsche. Mit Ew. Excellenz Genehmigung machen wir es uns bequem, soweit dies die obwaltenden Umstände erlauben, damit wir die Unterredung beginnen können."

„Nein — antwortete der Graf —, es wird in der Nähe wohl ein besser erhaltenes und zu unserer Konferenz geeigneteres Haus vorhanden sein."

„Allerdings — sagte einer der Landleute —, zehn Minuten von hier liegt das Schloß Haute Maison; ich will Sie dorthin führen."

Bismarck und Favre brachen auf, die Sekretäre folgten ihnen in einiger Entfernung.

Das Schloß Haute Maison war ein höchst einfacher, auf einem kleinen bewaldeten Hügel gelegener Landsitz.

„Dieser Ort — sagte Bismarck zu Favre —, scheint mir für die Thaten der Franktireurs wie geschaffen; die Umgegend ist voll von ihnen, und wir machen ohne Gnade Jagd auf sie; das sind keine Soldaten, wir behandeln sie wie Meuchelmörder."

„Es sind aber — wandte Favre in beschwerendem Tone ein —, Franzosen, die ihr Land, die Haus und Hof vertheidigen. Sie stemmen sich Ihrem Eroberungszuge entgegen und sind gewiß in ihrem Rechte; vielmehr sind Sie es, die Sie Ihrerseits die Kriegsgesetze mißachten, indem Sie dieselben nicht auf Jene anwenden."

Bismarck erwiderte: „Wir können nur regelrecht disziplinirte Soldaten anerkennen: die Uebrigen stehen außerhalb des Gesetzes."

Favre erinnerte an die offiziellen Aufrufe in Preußen aus dem Jahre 1813, und an den heiligen Kampf, der damals gegen die Franzosen gepredigt wurde.

„In der That — sagte Bismarck —, aber beim Anblick unserer Bäume erinnern wir uns noch recht wohl Derjenigen, welche Ihre Generäle daran aufknüpfen ließen."

Sie traten in einen niedrigen Saal, der auf einen abschüssigen Hof ging. Bismarck war im Begriff sich niederzusetzen, als er plötzlich die Bemerkung hinwarf: „Wir befinden uns hier sehr ungemüthlich; Ihre Franktireurs können mich durch

diese Fenster hindurch aufs Korn nehmen." Als Favre seine Verwunderung und seinen Zweifel kundgab, fügte er hinzu: „Sagen Sie, ich bitte, den Bewohnern dieses Hauses, daß Sie Regierungsmitglied sind, machen Sie denselben Wachsamkeit zur Pflicht, und bemerken Sie ihnen, daß sie mit ihrem Kopfe für jeden verbrecherischen Anschlag haften."

Favre ging hinaus, um des Grafen Wunsch zu erfüllen, wenngleich überzeugt, daß er nur die Absicht damit verband, ihm den Glauben an die Möglichkeit von Attentaten einzuflößen, welche die barbarischen Maßregeln einiger deutschen Korpskommandeure gerechtfertigt erscheinen ließen.

In der That wurde er in betreff Bismarcks mehr als beruhigt durch den Anblick der rings um das Haus aufgestellten preußischen Schildwachen, die sich nicht aus bloßem Zufall dort befanden. Favre trat wieder ein, als hätte er nichts bemerkt. Man setzte sich, und das Gespräch nahm seinen Anfang.

Folgendes waren die ersten Worte, die Favre an Bismarck richtete: — „Ich bin der Meinung gewesen, daß vor dem ernstlichen Beginn der Feindseligkeiten unter den Mauern von Paris der Versuch eines ehrenhaften Ausgleichs unter allen Umständen gemacht werden müsse, damit unnennbares Unglück verhütet werde, und zu diesem Behuf habe ich die Willensmeinung Ew. Excellenz kennen zu lernen gewünscht. Unsere Lage ist, obwohl außerhalb der herkömmlichen Ordnung, doch völlig klar. Wir haben die Regierung des Kaisers nicht über den Haufen geworfen. Sie ist von selbst gefallen, und wir haben nur dem Gebot der zwingenden Nothwendigkeit gehorcht, als wir die Zügel ergriffen. An der Nation ist es, sich über die zu wählende Regierungsform und über die Friedensbedingungen zu entscheiden. Aus diesem Grunde haben wir sie zusammenberufen. Von Ihnen möchte ich erfahren, ob Sie einwilligen, daß sie befragt werde, oder ob sie es ist, der Ihre Kriegführung gilt, mit der Absicht, die Nation zu vernichten oder ihr eine bestimmte Regierung aufzuzwingen. In diesem Falle erlaube ich mir, Ew. Excellenz zu bemerken, daß wir gesonnen sind, uns bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen. Paris mit seinen Forts kann ein Vierteljahr hindurch widerstehen. Andererseits muß nothwendigerweise auch Ihr Land durch das bloße Verweilen Ihres Heeres auf unserem Gebiete geschädigt werden; ein Kampf, der den Charakter eines Vertilgungskrieges annähme, würde beiden Ländern verderblich sein, und ich glaube, daß wir, von gutem Willen beseelt, durch einen ehrenvollen Friedensschluß dem vorbeugen können."

Hierauf gab Bismarck zur Antwort: „Ich verlange sehnlichst nach Frieden. Nicht durch Deutschlands Verschulden ist er gestört worden. Sie haben uns ohne Veranlassung den Krieg erklärt, einzig und allein in der Absicht, uns einen Theil unseres Gebietes zu entreißen, und sind hierin nur Ihrer Vergangenheit treu geblieben. Seit Ludwig XIV. haben Sie sich unablässig auf unsere Kosten vergrößert. Wir wissen, daß Sie dieser Politik niemals entsagen werden, daß Sie uns von neuem mit Krieg überziehen werden, sobald Sie die nöthige Kraft gesammelt haben.

Deutschland hat diese Gelegenheit nicht gesucht, doch muß es dieselbe zu seiner eigenen Sicherung verwerthen: diese Sicherung scheint aber nur durch eine Gebietsabtretung verbürgt. Straßburg bildet eine immerwährende Drohung uns gegenüber. Es ist der Schlüssel zu unserm Hause, und wir müssen es haben."

Favre entgegnete: „Das heißt also Elsaß und Lothringen."

Bismarck erwiderte: „Von Lothringen habe ich nichts gesagt, hinsichtlich des Elsaß aber bin ich vollständig mit mir im Klaren. Wir betrachten es als absolut unerläßlich zu unserer Vertheidigung."

Favre wendete ein, daß dieses Opfer Frankreich Gefühle des Hasses und der Rache einflößen würde, die unvermeidlich einen neuen Krieg nach sich ziehen müßten; daß das Elsaß französisch bleiben wolle, daß es wohl unterworfen, aber nicht gewonnen werden könne, und daß es in Zukunft für Deutschland eine stete Last, wenn nicht eine Ursache der Schwächung bilden würde.

Das leugnete Bismarck nicht, aber er wiederholte, daß Frankreich unter allen Umständen, und möchte es von dem Sieger noch so großmüthig behandelt werden, auf Krieg gegen Deutschland sinnen würde. Es würde die Kapitulation von Sedan ebensowenig über sich ergehen lassen als Waterloo und Sadowa. „Alle unsere Familien sind in Trauer, unsere Industrie ist schwer geschädigt; wir haben unendliche Opfer gebracht und haben durchaus keine Lust, morgen von neuem anzufangen."

Favre bemerkte hierauf, daß Bismarck zwei wesentliche Punkte außer acht ließe, nämlich einmal den Umschwung der allgemeinen Sitte und andererseits die Rathschläge Europas. In betreff des ersten Punktes würde er gleich ihm anerkennen, daß die Fortschritte der Industrie, der Bau von Eisenbahnen, die enge Verschmelzung der Interessen einen Krieg mehr und mehr erschwerten; der jetzige sei für Frankreich eine bittere Lehre, die es sich zu Herzen nehmen werde und zwar um so mehr, als man es unbedachterweise und gegen seinen Willen in dies abenteuerliche Unternehmen hineingestürzt hätte.

Dieses Wort wurde von Bismarck aufgegriffen, der im Gegentheil die Behauptung aufstellte, daß Frankreich den Krieg gegen Deutschland gewollt habe. Er sprach von Frankreichs altbekannten Ränken, von der Haltung der Presse, von dem Beifall des gesetzgebenden Körpers und von der kriegerischen Begeisterung, mit welcher die Kriegserklärung begrüßt worden sei.

Favre bekämpfte jede einzelne dieser Behauptungen. Die alten Ränke würden verschwunden sein, wären sie nicht von den beiderseitigen Regierungen geflissentlich am Leben erhalten. Der Krieg sei durch die Wahlen in Frankreich und selbst durch das Plebiscit verworfen worden, er sei ausschließlich das Werk des Kaisers und jener Partei, die sich mit ihm in die Macht theilte. Daher stammten die Hetzereien der abhängigen Presse und die lärmenden Zustimmungen im gesetzgebenden Körper, dessen Majorität beeinflußt wurde. „Nachdem einmal der Krieg erklärt, hielt die Nation dessen Durchführung für eine Ehrensache, aber sie hat ihn stets mit mißgünstigen Augen angesehen. Heut giebt es nur ein Mittel, Friede und Ueberein-

stimmung in beide Länder zu bringen, nämlich auf die herkömmliche Eroberungspolitik und den kriegerischen Ruhm zu verzichten und sich ohne Rückhalt zu der Einheit der Völker und der Freiheit zu bekennen; eine entgegengesetzte Sprache würde der Vermuthung Raum geben, daß Preußen nicht nur einen Länderraub, sondern auch die Wiederherstellung des Bonapartismus im Schilde führe."

Bismarck erhob lebhaften Widerspruch. „Was kümmert uns — sagte er — Ihre Regierungsform? Wenn wir Napoleon unsern Interessen geneigter glaubten, würden wir ihn zurückführen; aber wir überlassen Ihnen die Wahl Ihrer Regierungsform. Was wir verlangen, ist unsere eigene Sicherheit, und die besitzen wir nicht, so lange wir nicht den Schlüssel zu unserm Hause haben. Diese Bedingung ist unumgänglich, und es thut mir leid, daran nichts ändern zu können."

Als das Gespräch diese Wendung nahm, legte Favre besonderen Nachdruck auf die schwere Verantwortlichkeit, mit welcher ein so wichtiger Entschluß die beiderseitigen Regierungen belastete. Er sprach von der Erbitterung, mit der sich sowohl Paris als die Provinz vertheidigen würden. Er sagte, daß die deutschen Heere möglicherweise ein halbes Jahr außerhalb ihres Landes zubringen könnten und daß sie durch die französischen Truppen ungeheure Verluste erleiden würden; vor der Pflicht, so große Katastrophen zu verhindern, müsse daher jede Rücksicht auf kriegerischen Ruhm zurücktreten.

„In dieser Voraussicht — sagte Bismarck — wollen wir sie lieber gleich selbst tragen, als sie unsern Kindern hinterlassen. Im übrigen ist unsere Lage nicht so schwierig, als Sie anzunehmen scheinen. Wir brauchen nur ein Fort zu erobern, und von den übrigen wird keins länger als vier Tage Widerstand leisten. Von diesem Fort aus werden wir Paris den Frieden diktiren."

Favre verwahrte sich gegen die Grausamkeit eines Bombardements.

„Die Noth kann es rechtfertigen — gab Bismarck zur Antwort. — Uebrigens will ich nicht gesagt haben, daß wir einen Sturm auf Paris unternehmen würden. Vielleicht paßt es uns weit besser, Paris auszuhungern und unsere Truppen in Ihre Provinzen zu vertheilen, wo keine Armee Widerstand leisten kann. Straßburg wird am Freitag fallen; Toul vielleicht bald darauf. Bazaines Truppen haben die Maulthiere verzehrt. Sie sind schon bei den Pferden und werden binnen kurzem kapituliren müssen. Ohne Paris zu berennen, werden wir mit einer Reiterei von achtzigtausend Pferden seinen Entsatz zu verhindern wissen, und wir sind entschlossen, so lange es nöthig ist, in Ihrem Lande zu bleiben."

„Alsdann — sagte Favre — gehen Sie allerdings auf unsern Ruin aus, denn um Frieden zu erhalten, werden Sie uns eine Regierung schaffen müssen. Sie werden sich vor Europa deswegen zu verantworten haben, welches so etwas schwerlich zugeben wird, und Sie werden eine Wühl- und Kampfperiode eröffnen, deren Ende Niemand vorhersagen kann. Ich schlage Ihnen einen ganz einfachen Ausweg aus dieser Sackgasse vor: lassen Sie uns eine konstituirende Versammlung einberufen. Sie unterhandeln mit ihr, und wenn Sie in Wahrheit staatsmännische

Einsicht besitzen, so werden Sie ihr annehmbare Bedingungen vorlegen und auf diese Weise einen dauerhaften Frieden erhalten."

„Dazu wäre — antwortete Bismarck — ein Waffenstillstand erforderlich, den ich um keinen Preis bewilligen kann."

„Wenn Sie die zur Herbeiführung einer Lösung unumgänglich nöthigen Einleitungen nicht wollen — sagte Favre —, so muß ich daraus den Schluß ziehen, daß Sie Ihre vortheilhafte Lage benutzen wollen, um uns Bewilligungen abzupressen, zu denen wir uns unter gewöhnlichen Umständen nicht verstehen würden. Ich mache Sie von neuem darauf aufmerksam, daß wir unter keiner Bedingung solch übertriebene Forderungen bewilligen können. Wir bieten Ihnen eine pekuniäre Vergütung aller Kriegsschäden an; weiter aber können wir im gegenwärtigen Augenblick nicht gehen."

Der Abend brach herein. Man hatte mehr als drei Wegstunden zu machen, um das einzige Nachtquartier inmitten einer entvölkerten und verheerten Gegend zu erreichen. Favre fragte den Grafen Bismarck, ob er ungeachtet ihrer durchgängigen Meinungsverschiedenheit ihn nicht am Abend in Ferrières empfangen könnte. Bismarck willigte ein und sagte beim Abschiednehmen:

„Ich erkenne an, daß Sie stets die Politik, die Sie heute vertheidigen, unterstützt haben, und wenn ich gewiß wäre, daß dies auch Frankreichs Meinung ist, so würde ich den König zum Rückzuge zu bewegen suchen, und von Ihnen weder eine Gebietsabtretung noch einen einzigen Obolus verlangen. Und ich kenne seine großmüthige Gesinnung so gut, daß ich Ihnen im voraus für seine Einwilligung bürgen würde. Aber Sie repräsentiren eine kaum in Betracht zu ziehende Minorität. Sie werden von einer Volksbewegung getragen, die Sie morgen wieder stürzen kann. Es fehlt uns also jede Sicherheit. Wir werden eine solche ebensowenig in der Ihnen etwa folgenden Regierung finden: das Uebel beruht in dem Wankelmuth und in der Unüberlegtheit Ihres Volkscharakters; das Mittel dagegen in dem materiellen Pfande, das wir zu nehmen berechtigt sind. Sie würden sich kein Gewissen daraus gemacht haben, uns die Rheinufer zu entreißen, obwohl der Rhein nicht Ihre natürliche Grenze ist. Wir nehmen die unserige wieder in Besitz und glauben, uns auf solche Weise den Frieden zu sichern."

Favre gab zur Antwort, daß, wenn die Wegnahme des Rheins eine gewaltthätige Handlung seitens Frankreichs gewesen sein würde, die Annexion des Elsaß denselben Charakter trüge und deshalb für die Zukunft den Frieden nicht sichern könne.

Bismarck beharrte bei seinen Erklärungen, und sie trennten sich, nachdem sie für den Abend eine neue Zusammenkunft verabredet hatten.

Als Favre Bismarck in Haute Maison verließ, hegte er wenig Hoffnung; dennoch wollte er die Unterhandlung nicht abbrechen, ohne alles erschöpft zu haben. Er war einer rücksichtsvollen Aufmerksamkeit gewiß; er wagte selbst zu vermuthen,

daß Bismarck bei einer zweiten Unterredung sich weniger unbeugsam zeigen würde. Bei Sonnenuntergang machten Favre und seine Leute sich wieder auf den Weg; erst um 8 Uhr kamen sie in Ferrières an, und um 9 Uhr begab er sich auf das Schloß. Man empfing sie in einem großen, „Jägersaal“ genannten Raume zu ebener Erde, der bereits zum Arbeitszimmer eingerichtet war. Register, Stempel, Repositorien arbeiteten mit derselben Genauigkeit wie in Berlin. Alles geschah ohne Geräusch, ohne Verwirrung, Jeder war an seiner Arbeit. Der Graf saß noch bei Tisch; er kam herunter und lud Favre ein, an seiner Mahlzeit theilzunehmen; doch schlug Favre das Anerbieten aus. Eine halbe Stunde später nahmen sie das Gespräch von Haute Maison wieder auf. Favre hielt es für nöthig, vor dem Beginn der Unterhaltung Bismarck über den eigentlichen Charakter seiner Sendung aufzuklären, und that dies mit den Worten: „Ich bin zu Ihnen gekommen ohne die Vollmacht, Abmachungen zu treffen, aber in meiner Eigenschaft als Auswärtiger Minister der Regierung der Volksvertheidigung, folglich als alleiniger offizieller Vertreter der französischen auswärtigen Politik. Ich bin daher verpflichtet, meiner Regierung von der ganzen Unterredung mit Ihnen Rechenschaft abzulegen, und sie sogar dem Volke, unserem obersten Richter, mitzutheilen. Ich bitte Sie deshalb, nach Beendigung des Gesprächs ein Resumé aufnehmen zu dürfen, über dessen Inhalt wir uns verständigen können, damit jedes Mißverständniß ausgeschlossen bleibt.“

„Geben Sie sich doch nicht diese Mühe — antwortete Bismarck —, ich stelle Ihnen frei, jedes meiner Worte zu veröffentlichen. Ich habe nichts zu verbergen, und verlasse mich, was die Genauigkeit dieser Angaben betrifft, ganz auf Sie.“

„Wenn dem so ist — entgegnete Favre —, so muß ich auf unsere vorhergegangene Unterredung Bezug nehmen, da ich nicht glauben kann, daß Ihre Erklärungen in Wahrheit einen so absoluten Charakter tragen, als Sie denselben beilegen zu wollen scheinen. Ich erkenne die theilweise Berechtigung der von Ihnen geltend gemachten Erwägungen an, aber ich meine, daß Sie einige Punkte von höchster Wichtigkeit übergangen haben, wodurch wir zu Schlußfolgerungen gelangen könnten, die mit unseren Absichten im Widerspruch stehen. In einer Hauptfrage sind wir einig: die Nothwendigkeit und die Wohlthat des Friedens. Ich glaube, daß er ein dauerhafter sein muß, Sie wenden mir ein, daß er nur ein unzuverlässiger sein könne.“

„Das Mittel, meiner Ansicht das Uebergewicht zu verleihen, liegt darin, aus dem Friedenstraktat alles dasjenige zu entfernen, was Ihre Ansicht rechtfertigen könnte. Dieselbe beruht lediglich auf der Vorstellung, welche Sie sich von dem französischen Charakter und von unserer Voreingenommenheit gegen Sie machen: dieser Charakter ist gleichzeitig reizbar und edelmüthig. Unser Volk ist leicht aufgebracht; durch ein rücksichtsvolles Benehmen wird es besänftigt; welche bessere Gelegenheit, es fest an Sie zu ketten, giebt es, als dies Volk heute nicht gleich einem Besiegten, sondern gleich einem natürlichen Verbündeten zu behandeln, der nur für

einen kurzen Augenblick in eine falsche Bahn gerathen ist und sie sogleich wieder verläßt! Was wollen Sie mehr? Sie haben Ihr Uebergewicht zum Nachtheil des unserigen festgestellt und in den Augen der Welt einen kriegerischen Ruhm davongetragen, der sogar die Ehrgeizigsten befriedigen muß."

„Nichts davon! — unterbrach ihn Bismarck — das ist ein bei uns unbekanntes Werthpapier, das nicht . . ." Er hielt inne und besann sich auf einen passenden Ausdruck. „Ein Wort aus der Börsenwelt," sagte er.

„Kotirt?" erwiderte Favre.

„Das ist es. Ein Werthpapier, das nicht kotirt ist, und worauf unser Volk sehr wenig giebt. Wir verlangen nichts, als daß man uns ungeschoren lasse. Wir haben Sie niemals angegriffen und werden Sie niemals angreifen. Bei Ihnen ist das eine andere Sache, Sie träumen nur von Vergeltung und wir werden uns damit vertraut machen müssen. Wir ziehen allein unsern Vortheil zu Rathe, und das Bedürfniß eines sicheren Unterpfandes ist so augenfällig, daß wir geradezu eine Schuld auf uns laden würden, wollten wir uns einer trügerischen Hoffnung hingeben."

„Ich will versuchen — antwortete Favre — diese, meines Erachtens nach vollkommen irrthümliche Ansicht zu widerlegen. Es scheint mir, als verwechselten Sie das offizielle und militärische Frankreich mit dem aus den wissenschaftlichen und intellektuellen Fortschritten der jüngsten Vergangenheit erwachsenen. Eine durchgreifende Veränderung, die Sie anerkennen, hat sich bei uns vollzogen. Unausbleiblich muß die Mehrheit des Volkes durch die unwiderstehliche Strömung fortgerissen werden, die es einer neuen Politik und besseren Schicksalen zutreibt. Die Nation wird begreifen, daß die Mitwirkung aller Völker, und des Deutschen insbesondere, ihr unentbehrlich ist, und sie wird dieselbe zu erlangen suchen, nicht durch unfruchtbare Eroberungen, sondern durch die Güter der Arbeit und des Verkehrs. Wird diese Bewegung von einsichtigen Staatsmännern begünstigt, so darf man behaupten, daß bald ein jeder Krieg unmöglich werden wird."

„Es käme darauf an, diese einsichtigen Staatsmänner ausfindig zu machen — sagte Bismarck —, und ich bin überzeugt, daß sie keineswegs in Frankreich leben. Sie sprechen erhabene Gedanken aus, und wären Sie Herr der Lage, ich würde Ihnen zustimmen und sogleich mit Ihnen in Verhandlung treten. Sie befinden sich aber im Gegensatz zu der wirklichen Stimmung Ihres Landes, das in seiner kriegerischen Gesinnung beharrt; und um nur von der Gegenwart zu reden, so verdanken Sie Ihre Stellung einem Aufruhr und können schon morgen ebensowohl von dem Pariser Pöbel gestürzt werden."

Favre unterbrach ihn mit dem lebhaften Ausruf: „In Paris giebt es keinen Pöbel, Herr Graf, sondern nur eine einsichtsvolle, hingebende Bevölkerung. Ich weiß, daß sie reizbar und wankelmüthig ist. Halten Sie sich aber versichert, daß hinter dem anscheinenden Leichtsinn sich thatsächlicher Muth und wahre Seelengröße verbirgt. Diese Bevölkerung hat das Kaiserreich ertragen und hat sich erst erhoben, als es unmöglich geworden war. Ihr Zuruf hat uns die Pflicht auferlegt,

unsere vaterländische Erde zu vertheidigen, und sie unterstützt unser Streben nach Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die keine ernstliche Störung zu fürchten hat. Ich bürge Ihnen für ihre friedfertige Gesinnung, und wenn ganz Frankreich von gleicher Meinung beseelt wäre, so würden die Ihrer Ansicht nach von einer Minderheit getragenen Ideen sich gar leicht allgemeine Anerkennung erringen."

„Sie reden wie ein Franzose — antwortete Bismarck —, gestatten Sie, daß ich ein Deutscher bleibe. Was sollen die Schmähungen Ihrer Presse, die beleidigenden Zerrbilder, alle jene auf uns abzielenden Spöttereien und Großprahlereien bedeuten? Sie huldigen dem Volksgeiste und beweisen gerade dadurch dessen eigentliche Willensmeinung, die Ihrer Anschauungsweise geradezu entgegengesetzt ist."

Favre erwiderte: „Aber ganz ebendasselbe geht auf dem jenseitigen Rheinufer vor, und trotzdem sagen Sie mir — und ich will es glauben —, daß Sie nicht willens sind, uns anzugreifen. Erblicken Sie doch in diesen Kundgebungen nichts weiter, als den Ausdruck zu sehr erregter Gefühle, welche durch einige Hitzköpfe hervorgerufen, möglicherweise allzuleicht Eingang gefunden haben, aber nur die Oberfläche kräuseln. Vor allen Dingen aber kommen wir auf die augenblickliche Lage zurück, die allein uns beschäftigen sollte. Sie haben die Heere des Kaiserreichs besiegt; das Kaiserreich besteht nicht mehr, und die Nation verlangt von Ihnen die Einstellung eines nunmehr gegenstandslos gewordenen Krieges. Weigern Sie sich dessen, so geben Sie ihr zu dem Glauben Veranlassung, daß sie selbst die Zielscheibe Ihrer Verfolgung ist. Und — erlauben Sie mir eine freimüthige Bemerkung — ich halte Sie selbst nur für das Werkzeug der Kaiserlichen Politik, die Sie uns aufzunöthigen bemüht sind."

„Darin irren Sie ganz und gar — gab Bismarck zur Antwort. — Ich habe nicht die geringste Veranlassung, Napoleon III. zu lieben. Ich leugne nicht, daß es mir besser gepaßt haben würde, ihn aufrecht zu erhalten, und Sie haben dadurch, daß Sie seinen Sturz herbeiführten, Ihrem Lande einen sehr üblen Dienst erwiesen; ohne allen Zweifel würde es uns möglich gewesen sein, mit ihm zu unterhandeln; persönlich aber habe ich niemals Grund gehabt, ihm besonders zugethan zu sein. Mit seiner Zustimmung hätten wir beide aufrichtige Verbündete sein und Europa unserer Botmäßigkeit unterwerfen können; er hat aber Jedermann zu hintergehen gesucht, und ich meinestheils habe ihm nie getraut; daß ich aber nicht gesonnen war, ihn zu bekämpfen, das habe ich im Jahre 1867 bei der Luxemburger Frage bewiesen. Die ganze Umgebung des Königs stimmte für den Krieg, ich allein widersetzte mich demselben; ich habe sogar meine Entlassung angeboten und einen schweren Angriff auf meine Stellung ausgehalten. Ich führe dies nur deshalb an, um Ihnen zu beweisen, daß der Krieg nicht nach meinem Sinne war; ich hätte ihn sicherlich niemals aus freien Stücken begonnen; er ist uns aufgedrungen worden. Sogar dann konnte ich mich noch nicht zu dem Glauben verstehen, daß Frankreich mit Ueberlegung handelte. Als ich Einsicht in die Beschwerde genommen hatte, die man aus Anlaß der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern gegen uns erhob, beunruhigte ich

mich wegen der Hartnäckigkeit Ihres Botschafters, welcher darauf bestand, nur mit dem König in Person zu unterhandeln. Dieser Botschafter hat den König verdrossen, und als ich das erfuhr, habe ich zu einer Ihnen Genugthuung bietenden Politik gerathen, und so geschah es. Sobald ich benachrichtigt wurde, der König habe, meinem Rathschlage gemäß, von seinem Vetter die Verzichtleistung auf die Kandidatur verlangt, schrieb ich meiner Frau, alles sei in Ordnung und ich würde sie demnächst auf dem Lande besuchen. Groß war mein Erstaunen, als ich erfuhr, daß wir erst am Beginn des Anfanges ständen. Von einer planmäßigen Feindschaft unsererseits kann darum nicht die Rede sein; vielmehr ist es die französische Regierung, welche den Krieg gewollt hat. Als Vorwand benutzte sie eine dem König angesonnene Demüthigung, welche derselbe, wie ihr wohl bewußt war, nicht hinnehmen konnte. Ja, selbst in dem gegenwärtigen Augenblick, wo ich zu Ihnen spreche, ist mir eine derartige Verirrung unfaßbar! Ein solcher Beschluß, gefaßt von Männern wie Herr v. Gramont und Herr Ollivier. Der Erstere ist freilich niemals mehr gewesen als der mittelmäßigste aller Diplomaten. Napoleon III. hat ihn so beurtheilt. Was Herrn Ollivier anlangt, so ist er ein Redner, aber kein Staatsmann. Ich habe Ihnen vorhin erst gesagt, daß, wenn wir an der Aufrechthaltung der Napoleonischen Dynastie irgend welches Interesse hätten, wir sie wieder zurückführen würden; ebenso verhält es sich mit den Orleans, ebenso mit dem Herrn v. Chambord, der uns weit besser behagen würde, zumal dem König, der natürlicherweise an seinen alten Ueberlieferungen hängt. Ich für meinen Theil fühle mich vollständig frei davon, ich hege sogar republikanische Gesinnungen und neige mich zu der Ansicht, daß keine Regierung etwas taugt, wenn sie nicht volksthümlich ist; nur muß sich jede von ihnen der Nothwendigkeit und den Sitten anbequemen. Aus diesem Grunde müssen wir zuvörderst uns mit demjenigen beschäftigen, was für die Völker nutzbringend ist, und da ziehe ich das Interesse meines Volkes in erster Linie zu Rathe."

„Darin stimmen wir überein — sagte Favre —, denn meinerseits handle ich ebenso; der einzige Unterschied ist, daß ich versöhnen möchte, während Sie herrschen, d. h. theilen wollen. Indessen, da wir nun einmal die Interessen- und die Willensfrage des Volkes berührt haben, muß ich Sie an das erinnern, was ich schon bei unserer ersten Zusammenkunft geäußert habe; daß wir nämlich ohne Zuziehung des französischen Volkes nicht in ernstliche Unterhandlungen eintreten können. Ich will voraussetzen, daß Sie entscheidende Vortheile erlangen. Sie zögen in Paris als Sieger ein; Sie würden dort nichts finden, als die von Ihnen herrührenden Ruinen, keine Regierung, wenigstens dem äußeren Schein nach. Ich kenne Ihre Absichten nicht, aber der gesunde Menschenverstand sagt mir, daß Sie sich genöthigt sehen werden, das Volk zu versammeln. Der Kaiser mußte in Mexiko sich dieser Nothwendigkeit anbequemen, um Maximilian auf den Thron zu setzen. Er schuf das Schattenbild einer Volksvertretung. Hätte er eine solche um sich versammelt, die es wahrhaft gewesen wäre, so würde er den Willen des Landes erfahren und uns großes Unglück erspart haben. Sie setzen sich der Gefahr aus, in

denselben Abgrund zu stürzen. Ich will annehmen, daß Sie einer anderen Handlungsweise huldigten, daß Sie in der That eine konstituirende Versammlung einberiefen. Warum wollen Sie das nicht sofort thun? Erlauben Sie mir die Bemerkung hinzuzufügen, daß hinsichtlich dieses Punktes eine Uebereinstimmung unsererseits durchaus erforderlich ist. Unsere Machtbefugniß ist ihrem Wesen nach provisorisch. Sie enthält nicht die Möglichkeit eines definitiven Vertragsschlusses. Neben uns aber giebt es gar nichts. Sie jedoch müssen einen Kontrahenten haben, der zum Eingehen eines bindenden Vertrages berechtigt ist. Lassen Sie also die von uns bereits einberufene konstituirende Versammlung zusammenkommen, als Beweis unserer Uneigennützigkeit und unseres Wunsches, Ihnen den einzig möglichen Träger der Verantwortung gegenüber zu stellen, nämlich das Volk in seiner Gesamtheit. Sie befinden sich in der ernsten Lage, an welcher ganz Europa Antheil nimmt, uns diese von unseren rechtmäßigen Interessen gebotene Genugthuung zu geben, oder, wenn Sie dies ablehnen, Eroberungspläne zu verrathen, welche gegen Sie gerichtete Bündnisse hervorrufen werden. Die Einberufung einer konstituirenden Versammlung ist daher für Sie, wie für uns, das einzige Mittel, um aus der gegenwärtigen Klemme zu kommen und die Interessen Aller zu versöhnen."

Bismarck dachte einen Augenblick nach und sagte dann: „Vielleicht haben Sie Recht. Was mir Bedenken erregt, ist die Nothwendigkeit eines Waffenstillstandes, der unseren militärischen Operationen im höchsten Grade nachtheilig und ebendeshalb für Sie werthvoll sein würde. Jeder einzelne Tag gereicht Ihnen zum Nutzen und uns zum Schaden. Wenn ich Ihnen vorhin sagte, daß ich um keinen Preis von einem Waffenstillstand hören wolle, so ist der Grund dafür der, daß der Kriegsrath des Königs ihn entschieden verwirft, und ich stimme dieser Meinung bei."

„Dennoch muß man seinen Willen durchzuführen suchen — gab Favre zur Antwort — und sich nicht auf einen einseitigen Standpunkt stellen, der jede Lösung unmöglich macht. Gleich mir erkennen Sie an, daß keine andere Gewalt mit Ihnen zu verhandeln befugt ist, als diejenige, welche in gesetzmäßiger Weise von einer regelrechten konstituirenden Versammlung ausgeht. Sie verkennen ebenfalls nicht, daß die Wahl und die Einberufung einer solchen Versammlung in dem Invasions- und Kriegszustande, in welchem Frankreich sich befindet, absolut unthunlich ist. Es ist daher erforderlich, die militärischen Operationen für einen Augenblick einzustellen und den Bürgern eine Ueberlegungsfrist zu gönnen, was Sie naturgemäß zu einem Waffenstillstand führt, der für Abmachungen unerläßlich ist."

„Vielleicht — sagte Bismarck —; in diesem Fall aber wären wir im Recht, Bürgschaften von Ihnen zu verlangen."

„Alles hängt von ihrer Beschaffenheit und von den vorgeschlagenen Bedingungen ab," sagte Favre.

Bismarck antwortete: „Ich bin nicht in der Lage, dieses Kapitel ernstlich zu besprechen, da mir die Einwilligung des Königs mangelt, ohne die ich nichts thun kann. Doch kann ich Ihnen schon jetzt sagen, daß ein Waffenstillstand nur dann

Aussichten hat, wenn unseren Armeen die Vogesenfestungen und Straßburg eingeräumt werden. Metz würden wir in seinem augenblicklichen Zustande lassen. Und weil ich gerade von Metz spreche, so scheint mir hier die Bemerkung an ihrem Platze, daß Bazaine Ihrer Partei nicht angehört. Ich habe guten Grund zu dem Glauben, daß er dem Kaiser treu bleibt und gerade deshalb Ihnen den Gehorsam verweigern wird."

Favre unterbrach den Grafen Bismarck mit den lebhaften Worten: „Ich glaube eher das Gegentheil annehmen zu dürfen. Ich kann Ihre Gründe nicht bekämpfen, wenn Sie mir dieselben nicht mittheilen; die meinigen sind leicht zu durchschauen für Jemanden, dem unsere letzten Ereignisse sowie der Charakter des tapferen Feldherrn bekannt sind, der eine Rolle in ihnen gespielt hat. Darf ich mir die Frage erlauben, ob der Marschall Bazaine von der Kapitulation von Sedan und von der Gefangennahme des Kaisers in Kenntniß gesetzt ist?"

„Vollständig!" sagte Bismarck.

„Das ist genügend — fuhr Favre fort —. Wenn wir einen Waffenstillstand abschließen, so steht es freilich außer aller Frage, daß ich von Ihnen nicht die so sehnlichst gewünschte Befreiung des Marschalls Bazaine verlangen kann; aber es wäre nicht mehr wie recht und billig, ihm die Verproviantirung für eine der Dauer des Waffenstillstandes entsprechende Reihe von Tagen zu gestatten."

„Eine derartige Bewilligung kann ich Ihnen nicht machen — sagte Bismarck —, ich kann nicht einmal den dort vor sich gehenden militärischen Operationen Einhalt thun. Jeder muß sich die Freiheit seiner Handlungen bewahren. Bazaine kann uns angreifen, wir können ihn zurückschlagen. Hinsichtlich der konstituirenden Versammlung sagen Sie mir Ihre Gedanken, damit ich darüber nachdenken und sie dem Könige unterbreiten kann."

„Nach meinem Dafürhalten — erwiderte Favre — müßte Paris neutralisirt werden. Sie würden auf unser Ansuchen allen den Wahlkandidaten, die sich in den Departements vorzustellen beabsichtigen, sowie den gewählten Abgeordneten Geleitspässe ertheilen. Für Paris würde ich die Verproviantirungs-Bedingungen in Anspruch nehmen, von welchen für Metz die Rede war. Die Dauer des Waffenstillstandes würde sich auf vierzehn Tage zu erstrecken haben. Wir würden unsere Machtbefugnisse in die Hände der konstituirenden Versammlung niederlegen, und es würde uns, wie ich glaube, noch vor Ablauf dieser Frist gelingen, Verhandlungen zwischen Ihnen und einem von der Versammlung zu ernennenden und mit regelrechter Machtvollkommenheit bekleideten Ausschusse ins Werk zu setzen."

„Die Neutralität von Paris — meinte Bismarck — erscheint mir unter solchen Bedingungen nicht unannehmbar, jedoch muß ich von Ihnen für Paris ein entsprechendes Pfand verlangen. Das sind aber Angelegenheiten, deren Behandlung wir besser auf morgen verschieben, denn es ist nothwendig, daß wir eine nochmalige Zusammenkunft halten. Ich bedauere, Ihnen Aufenthalt zu verursachen, ich werde denselben möglichst abzukürzen suchen, und hätte sich der König nicht schon zur Ruhe

begeben, so würde ich seine sofortige Entscheidung über d.e streitigen Punkte eingeholt haben. Wenn Sie sich morgen um 11 Uhr vormittags hier einfinden wollen, können wir diese Auseinandersetzungen beendigen."

Favre sprach ihm seinen Dank aus, und sie trennten sich eine halbe Stunde nach Mitternacht.

Am folgenden Tage, Dienstag, 20. September, 11 Uhr vormittags, war Favre auf dem Schlosse. Bismarck war noch mit dem Könige eingeschlossen; um 11½ Uhr benachrichtigte er Favre, daß er zu seinem Empfange bereit sei. Favre stieg die Treppe hinauf und trat in einen großen und prächtigen Salon des ersten Stockwerks, wo er ihn an einem Schreibtisch sitzend fand. Bei seinem Eintritt stand Bismarck auf und geleitete ihn an seinen Arbeitstisch, wo er ihm ein Witzblatt und eine andere Zeitung zeigte, die nicht ohne Absicht dorthin gelegt waren.

„Da! — sagte Bismarck — hier haben Sie den Beleg zu Ihren friedfertigen und maßvollen Gesinnungen."

Dabei überreichte er Favre ein Spottbild, welches Preußen als ein mit dem Tode ringendes altes Weib darstellte, das von einem Zuaven bedroht und verhöhnt wird.

„Wenn mich irgend etwas Wunder nimmt — sagte Favre —, so ist es dies, daß Sie auch nur einen Augenblick bei solchen Nichtigkeiten verweilen. Unsere Staatsmänner — ich rede von den heutigen — legen nicht das mindeste Gewicht auf dergleichen. Wir sind die ersten Opfer der Bosheit oder eines stümperhaften Stiftes, wir sind aber weit entfernt, uns dadurch getroffen zu fühlen. Es sind das Zügellosigkeiten, die man zu ertragen wissen muß, ohne sie den leitenden Staatsmännern zur Last zu legen."

„Das ist ein großer Irrthum — antwortete Bismarck —. Eine solche Gehässigkeit korrumpirt die öffentliche Meinung und wir werden zu keinem guten Resultate gelangen, wenn wir nicht größeren Ernst zeigen. Was meinen Sie aber hierzu," fuhr er fort und zeigte eine große Photographie, welche die Meeresküste darstellte, auf welcher eine Seebadeanstalt errichtet war. Auf dem unteren weißen Rande las Favre die handschriftlichen Worte: „Ansicht von Hastings, die ich für meinen guten Louis ausgewählt habe. Gez. Eugenie."

„Ich wüßte nicht — sagte Favre —, was diese Familien-Erinnerung zu bedeuten haben sollte."

Bismarck antwortete: „Das war der Geleitschein einer Persönlichkeit, mit welcher ich heute Morgen eine vertrauliche Unterredung gehabt habe."[1]

„Ich hatte also doch recht — entgegnete Favre —, und als Sie sich gestern gegen den Vorwurf, einer bonapartistischen Politik zu dienen, verwahrten, befanden Sie sich nicht völlig in Uebereinstimmung mit den Thatsachen. Es ist klar, daß

[1] Scil. der bonapartistische Agent Regnier; vergl. Bismarck-Portefeuille Bd. II. S. 53 ff.

man Sie bearbeitet und daß Sie sich passiv verhalten. Jene Persönlichkeit ist mit der Absicht hierher gekommen, sich um Ihren Beistand zu bewerben, und welcher Art immer diese Konferenz sein mag, von welcher mich in Kenntniß zu setzen Sie sich die Ehre gegeben haben, es geht daraus hervor, daß Sie für alle Fälle Ihre Maßregeln treffen."

„Ich sage weder Ja noch Nein — antwortete Bismarck —. Ich habe mich mit hinlänglicher Offenheit darüber ausgesprochen. Die in Frage stehende Person hat mich gebeten, den Kaiser zu besuchen. Ich sagte, wenn der Kaiser es wünschte, so wäre nichts leichter als das. Die Wahrheit zu gestehen, ist er nicht unser Gefangener er ist vielmehr unser Gast. Wir müssen ihn vor Zudringlichkeiten schützen und ihm die Mittel zu einer ihm geeignet scheinenden Handlungsweise zur Verfügung stellen."

„Erlauben Sie mir — sagte Favre —, Ihnen meinerseits zu bemerken, daß Ihre Sprache an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und ich deren Tragweite vollständig erfasse. Wenn der Kaiser die Zeit für die Wiederaufrichtung seines Thrones für gekommen erachtet und Ihrer Einwilligung gewiß ist, so werden Sie ihn wieder zurückführen."

„Wie ich es Ihnen bereits gesagt habe — gab Bismarck zur Antwort —. Uebrigens haben wir noch keinerlei Entschluß gefaßt, und da die in Rede stehende Persönlichkeit mir nicht wichtig genug vorkam, so habe ich sie abgewiesen."

„Nun, so wollen wir dies Thema fallen lassen — antwortete Favre —, das mich sehr wenig interessirt und uns von dem Gegenstande entfernt, worüber ich gern vollständige Gewißheit haben möchte. Sie haben mit dem Könige geredet; ich wünschte, das Ergebniß dieser Unterredung zu erfahren."

„Der König — fuhr Bismarck fort — nimmt den Waffenstillstand unter den von uns festgesetzten Bedingungen und Pfandobjekten an. Wie schon erwähnt, verlangen wir die Einräumung aller belagerten Vogesenfestungen, ferner diejenige von Straßburg und die Kriegsgefangenschaft seiner Besatzung."

Favre unterbrach ihn fast ungestüm mit den Worten: „Herr Graf, ich habe Ihnen versprochen, den Inhalt Ew. Excellenz Rede ohne jede Auslassung meiner Regierung zu berichten, aber ich weiß nicht, ob ich es werde über mich gewinnen können, sie von dem, was Sie mir soeben sagten, in Kenntniß zu setzen. Die Besatzung Straßburgs hat durch ihren Heldenmuth die Bewunderung der ganzen Welt auf sich gezogen; dieselbe freiwillig der Kriegsgefangenschaft preiszugeben, wäre eine Feigheit, zu welcher kein Mann von Ehre rathen kann."

„Ich kann Ihrer Ansicht nicht beipflichten — erwiderte Bismarck —, und der Grund meines Verlangens ist ein höchst einfacher. Straßburg ist erschöpft; wir brauchen nur noch einen letzten Sturm zu machen. Ich würde ihn gern vermeiden; aber wenn wir uns nicht einigen können, so wird es ganz gewiß am Freitag in unsere Hände fallen und wir werden Herren seiner Besatzung werden." [1]

---

[1] Straßburg kapitulirte am 28. September 1870.

„Gewiß, Herr Graf, ist ein Wort, mit dessen Gebrauch man im Kriege vorsichtig sein sollte.“

„Fügen Sie, wenn Sie wollen, hinzu — sagte Bismarck —, soweit es von menschlicher Voraussicht abhängt. Das ist Ingenieurarbeit, und unter obigem Vorbehalt bin ich sicher, mich keiner Täuschung hinzugeben.“

„Alsdann — antwortete Favre — würde die Besatzung der Uebermacht erliegen. Was mich betrifft, so werde ich sie nun und nimmermehr ausliefern. Aber sehen wir von dieser Bedingung vorläufig ab, um uns mit den anderen zu beschäftigen. Was verstehen Ew. Excellenz unter dem Pfande für Paris, dessen Sie gestern Erwähnung thaten?“

„Etwas noch viel Einfacheres — sagte Bismarck —, nämlich eines der die Stadt beherrschenden Forts.“

„Da wäre es ja am besten — erwiderte Favre —, Ihnen lieber gleich die ganze Stadt zu überliefern. Das hieße noch klarer und gründlicher aufräumen. Wie können Sie nur auf den Gedanken kommen, daß eine französische Nationalversammlung unter den Mündungen preußischer Geschütze berathen soll! Das ist abermals ein Ansinnen, zu dessen Uebermittelung an meine Regierung ich mich keinenfalls verstehen werde.“

„Alsdann lassen Sie uns einen Mittelweg einschlagen,“ sagte Bismarck. Favre sprach die Ansicht aus, daß, wenn man auf die Neutralisirung von Paris verzichten müsse, man die Versammlung nach Tours einberufen könne, welches bereits Sitz der Regierung sei.

„Zugegeben — antwortete Bismarck —, und in diesem Falle bleibt es dabei, gemäß Ihren gestrigen Worten, daß wir Ihnen mit vollständiger Unparteilichkeit die Wahlversammlung, selbst in den von uns besetzten Departements, erleichtern, mit Ausnahme des Elsaß und desjenigen Theiles von Lothringen, der in unsern Händen ist.“

„Wenn man die Bevölkerung feindlich gesinnt weiß, so kann man nicht mehr zugestehen — bemerkte Favre —. Sie räumen damit ein, daß bei einer Abstimmung die Bevölkerung sich einstimmig gegen Sie erklären würde.“

„Dessen bin ich mir wohl bewußt — sagte Bismarck —. Wir werden ihnen damit kein Vergnügen bereiten und uns noch weniger. Es ist für uns ein peinlicher Zwang, aber durchaus nothwendig zur Sicherstellung des deutschen Landes und zum Erfolge in dem neuen Kriege, den Sie unablässig gegen uns im Schilde führen werden. Dieselben sind daher keineswegs unter den von Ihnen zu befragenden Wählern mit inbegriffen, weil wir uns die ausschließliche Herrschaft über sie vorbehalten. Aber mit Ihrer Erlaubniß will ich dem Könige von diesem neuen Gedanken Mittheilung machen, der ihm unbekannt ist. Gleichzeitig werde ich ihn von dem Widerstreben in Kenntniß setzen, daß Sie bei dem Verlangen einer Auslieferung der Straßburger Besatzung empfinden.“

Bismarck ging hinaus.

Nach zwanzig Minuten trat er wieder ein mit einem Papier in der Hand, dessen Text er Favre in Uebersetzung vorlas, doch wollte er es ihm nicht überlassen. Ehe er die Vorlesung begann, sagte Favre, daß er seinerseits in einigen Zeilen die Bedingungen, die er soeben dem Könige vorgelegt, aufgezeichnet hätte. In betreff des Pfandes für Paris hatte er sich des Ausdrucks bedient: „Ein Fort in der Umgebung der Stadt."

„Nicht doch — bemerkte Bismarck —. Ich habe nicht von einem einzigen Fort gesprochen, ich kann deren mehrere von Ihnen verlangen. Vorzügliches Gewicht lege ich darauf, daß es die Umwallung beherrscht, wie z. B. der Mont-Valérien."

Favre stand starr und ließ ihn hinzufügen: „Der König ist mit dem Auskunftsmittel, die Versammlung nach Tours zu berufen, einverstanden, aber er beharrt bei dem Verlangen, daß die Besatzung von Straßburg sich kriegsgefangen ergebe."

Favre erhob sich lebhaft, er wandte sich einem Kaminsims zu, um seinen brennenden Kopf einen Augenblick daran zu lehnen und um seine Thränen nicht zu zeigen. Das dauerte indessen nur eine Sekunde und sich umwendend sagte er:

„Verzeihung, Herr Graf, wegen dieses Anfalls von Schwäche. Ich bin beschämt, Sie zum Zeugen derselben gemacht zu haben, aber der auf mir lastende Kummer ist so grenzenlos, daß mein Nachgeben zu entschuldigen ist. Ich bitte Sie um Erlaubniß, mich zurückziehen zu dürfen. Ich gab mich einer Täuschung hin, indem ich hierherkam, aber ich empfinde doch keine Reue darüber. Ich gehorchte dem Antriebe meiner Pflicht, und nichts Geringeres, als diese gebieterische Nothwendigkeit konnte mir die Kraft verleihen, die Folterqualen, denen ich mich unterziehen mußte, auszuhalten. Ich werde meiner Regierung von den Einzelheiten unserer Unterredungen getreulichen Bericht erstatten. Persönlich bin ich Ihnen für das mir bewiesene Entgegenkommen zu Dank verpflichtet, und werde die Erinnerung daran stets bewahren. Wenn die Regierung glaubt, mit den von Ihnen gestellten Bedingungen im Interesse des Friedens etwas anfangen zu können, so werde ich meine Abneigung besiegen und morgen wieder hier sein. Anderenfalls werde ich die Ehre haben, Sie schriftlich zu benachrichtigen. Ich bin allerdings im höchsten Grade unglücklich, aber doch von Hoffnungen beseelt."

Bismarck reichte ihm die Hand, richtete einige höfliche Worte an ihn, und Favre eilte die Haupttreppe des Schlosses hinab, das Herz voll Trauer und Unwillen.

Es war zwei Uhr, als er Ferrières verließ in Begleitung eines Hauptmanns vom Generalstabe, welcher den Auftrag hatte, ihn und seine Begleiter zu den Vorposten zu geleiten und daselbst bis zum folgenden Tage auf seine Rückkehr oder eine ablehnende Antwort zu harren. Die Antwort lautete ablehnend.

**Bismarck giebt in dem Cirkularerlaß an die Vertreter des Norddeutschen Bundes vom 27. September 1870[1] über die Unterredung mit Jules Favre folgende Einzelheiten:**

Die erste Unterredung im Schlosse Haute Maison bei Montry hielt sich in den Grenzen einer akademischen Beleuchtung von Gegenwart und Vergangenheit, deren sachlicher Kern sich auf die Erklärung J. Favres beschränkte, jede mögliche Geldsumme in Aussicht zu stellen, Landabtretungen dagegen ablehnen zu müssen. Nachdem Bismarck letztere als unentbehrlich bezeichnet hatte, erklärte Favre die Friedensunterhandlungen als aussichtslos, wobei er von der Ansicht ausging, daß Landabtretungen für Frankreich erniedrigend, ja sogar entehrend sein würden.

Es gelang Bismarck nicht, ihn zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien erlangt, von Deutschland gefordert habe, ohne mit einem der beiden Länder im Kriege gewesen zu sein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos Deutschland auferlegt haben würde, wenn es besiegt worden wäre, und welche das Ergebniß fast jeden Krieges auch der neuesten Zeit gewesen wäre, für ein nach tapferer Gegenwehr besiegtes Land an sich nichts Entehrendes haben könnten, und daß die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei, als diejenige aller anderen Länder. Ebensowenig fand Bismarck bei Favre dafür ein Verständniß, daß die Rückgabe von Straßburg bezüglich des Ehrenpunktes keine andere Bedeutung als die von Landau oder Saarlouis haben würde, und daß die gewaltthätigen Eroberungen Ludwigs XIV. mit der Ehre Frankreichs nicht fester verwachsen wären, als diejenigen der ersten Republik oder des ersten Kaiserreichs.

Eine praktischere Wendung nahmen die Besprechungen erst in Ferrières, wo sie sich mit der Frage des Waffenstillstandes beschäftigten und durch diesen ausschließlichen Inhalt schon die Behauptung Favres widerlegen, daß Bismarck erklärt hätte, einen Waffenstillstand unter keinen Umständen zu wollen.

Als Motiv zum Abschluß eines Waffenstillstandes wurde in dieser Unterredung beiderseits das Bedürfniß anerkannt, der französischen Nation Gelegenheit zur Wahl einer Vertretung zu geben, welche allein im stande sein würde, die Legitimation der gegenwärtigen Regierung so weit zu ergänzen, daß ein völkerrechtlicher Abschluß des Friedens mit ihr möglich würde. Bismarck machte darauf aufmerksam, daß ein Waffenstillstand für eine im siegreichen Fortschreiten begriffene Armee jederzeit militärische Nachtheile mit sich bringe, in diesem Falle aber für die Vertheidigung Frankreichs und für die Reorganisation seiner Armee einen sehr wichtigen Zeitgewinn darstelle, und daß die preußische Regierung daher einen Waffenstillstand nicht ohne militärisches Aequivalent gewähren könnte. Als ein solches bezeichnete Bismarck die Uebergabe der Festungen, welche die Verbindung mit Deutschland erschwerten, weil sie bei der Verlängerung ihrer Verpflegungsperiode durch einen dazwischen tretenden Waffenstillstand eine Erleichterung dieser Verpflegung als Vorbedingung desselben erlangen müßten. Es handelte sich dabei um Straßburg,

[1] Staatsarchiv Bd. XIX. Nr. 4110. S. 231.

Toul und einige kleinere Plätze. In betreff Straßburgs machte Bismarck geltend, daß die Einnahme, nachdem die Krönung des Glacis vollendet sei, in kurzer Zeit ohnehin bevorstehe, und sie deshalb der militärischen Situation entsprechend hielten, daß die Besatzung sich ergebe, während die der übrigen Festungen freien Abzug erhalten würden. — Eine weitere schwierige Frage betraf Paris. Nachdem diese Stadt vollständig eingeschlossen, konnte deutscherseits in die Oeffnung der Zufuhr nur dann gewilligt werden, wenn die dadurch ermöglichte neue Verproviantirung des Platzes nicht die eigene militärische Position schwächte und die demnächstige Frist für das Aushungern des Platzes hinausrückte. Nach Berathung mit den militärischen Autoritäten stellte Bismarck daher auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs in Bezug auf die Stadt Paris schließlich folgende Alternative auf:

Entweder die Position von Paris wird durch Uebergabe eines dominirenden Theils der Festungswerke eingeräumt; um diesen Preis sind die Deutschen bereit, den Verkehr mit Paris vollständig preiszugeben und jede Verproviantirung der Stadt zuzulassen.

Oder die Position von Paris wird den Deutschen nicht eingeräumt; alsdann können sie auch in die Aufhebung der Absperrung nicht willigen, sondern müssen die Beibehaltung des militärischen status quo vor Paris dem Waffenstillstand zu Grunde legen, weil sonst letzterer für die Deutschen lediglich die Folge hätte, daß Paris nach Ablauf des Waffenstillstandes neu verproviantirt und gerüstet gegenüberstehen würde.

Favre lehnte die erste Alternative, die Einräumung eines Theils der Befestigungen enthaltend, ebenso bestimmt ab, wie die Bedingung, daß die Besatzung von Straßburg kriegsgefangen sein sollte. Dagegen versprach er, über die zweite Alternative, welche den militärischen status quo vor Paris aufrechthalten sollte, die Meinung seiner Kollegen in Paris einzuholen.

Das Programm, welches Favre als Ergebniß der Unterredungen nach Paris brachte und welches dort verworfen worden ist, enthielt demnach über künftige Friedensbedingungen gar nichts, wohl aber die Bewilligung eines Waffenstillstandes von vierzehn Tagen bis drei Wochen zur Wahl einer Nationalversammlung unter folgenden Bedingungen:

1. In und vor Paris Aufrechthaltung des militärischen status quo.
2. In und vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten innerhalb eines näher zu bestimmenden, um Metz gelegenen Umkreises.
3. Uebergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung; von Toul und Bitsch mit freiem Abzug derselben.

•

Ich will hier noch die Eindrücke schildern, die sich bei Jules Favre bei dessen Verhandlungen mit Bismarck, die ja später noch eine Fortsetzung in Versailles und in Frankfurt a. M. erfuhren, gebildet haben. Jules Favre bemerkt:

Obgleich nahe an 58 Jahre alt, schien Graf Bismarck in der Fülle der Kraft zu stehen. Sein hoher Wuchs, sein mächtiges Haupt, seine scharf markirten Gesichtszüge verliehen ihm ein

zugleich imponirendes und hartes Aeußere, welches jedoch durch eine natürliche Einfachheit, die an Gemüthlichkeit streift, gemildert wird. Er empfing mich mit Höflichkeit und Ernst ohne jede Spur von gekünsteltem oder steifem Wesen. Gleich beim Beginn der Unterhaltung nahm er eine wohlwollende und mittheilsame Miene an, die ihn bis zum Schlusse nicht verließ. Er betrachtete mich ohne Zweifel als einen seiner höchst unwürdigen Unterhändler, aber er besaß die Höflichkeit, sich nichts merken zu lassen, und schien von meiner Offenheit ergriffen. Ich meinestheils wurde sogleich durch die Klarheit seines Gedankenganges, durch die Strenge seiner Logik und die Ursprünglichkeit seines Geistes überrascht. Nicht weniger verdient seine Anspruchslosigkeit hervorgehoben zu werden. Er machte auf mich den Eindruck eines unvergleichlichen Staatsmannes: nur die wirklichen Verhältnisse in Rechnung ziehend, mit fruchtbaren und praktischen Lösungen sich beschäftigend und gleichgültig gegen alles, was nicht einem nützlichen Zwecke dient. Ich habe ihn seitdem oft gesehen, wir haben zusammen über sehr zahlreiche Detailfragen verhandelt; ich habe ihn stets unverändert gefunden. Der ihm zu Gebote stehende ungemeine Einfluß macht ihn weder hochmüthig noch eingebildet; — aber er hält ihn fest und nimmt sich nicht die Mühe, die Opfer zu verbergen, welche er bringt, um ihn sich zu bewahren. Fest überzeugt von seinem persönlichen Werth, sucht er denselben fortwährend bei dem Werke zu bethätigen, das ihm so wunderbar gelungen ist, und wenn er, um es durchzuführen, weiter oder nicht so weit zu gehen hat, als in seiner Absicht gelegen, so entschließt er sich dazu. Uebrigens, empfänglich und reizbar, wie er ist, gelingt es ihm nicht immer, sein Ungestüm zu beherrschen. Ich habe Abneigung und wiederum Nachsicht bei ihm kennen gelernt, die ich mir nicht zu erklären wußte. Ich hatte viel von seiner außerordentlichen Gewandtheit gehört; er hat mich nie getäuscht; er hat mich durch seine Forderungen, durch seine Härte oft verletzt, ja sogar empört, doch habe ich ihn bei wichtigen und unwichtigen Gelegenheiten stets rechtschaffen und pünktlich gefunden.[1]

Versailles, den 30. Oktober, 1., 2., 3., 4. und 6. November 1870. Unterredungen Bismarcks mit Thiers über den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Frankreich.[2]

30. Oktober 1870. Erste Unterredung.

Thiers blieb bei Bismarck nur einige Augenblicke, da es mit demselben abgemacht war, daß ihre Unterredungen erst dann beginnen sollten, wenn Thiers in Paris die unvollständigen Vollmachten, welche er von der Delegation in Tours erhalten, vervollständigt haben würde.

Unterredungen am 1. und 2. November 1870.

Nach einigen Reserven Bismarcks über die Einmischung der Neutralen in die von Thiers unternommene Unterhandlung, welche Reserven Thiers anhören mußte, ohne sie zuzugeben, wurde der Gegenstand seiner Mission zwischen Bismarck und Thiers vollständig genau angegeben und festgestellt.

Es handelte sich um den Abschluß eines Waffenstillstandes, welcher dem Blutvergießen zwischen zwei der civilisirtesten Nationen der Erde Einhalt thun und

---

[1] Eine wohl apokryphe Unterredung Bismarcks mit einem ehemaligen englischen Diplomaten, d. d. Versailles, Oktober 1870, findet man in meinem Bismarck-Portefeuille Bd. II. S. 85 f.

[2] Nach der Note des Herrn Thiers über die von ihm zu Versailles geführten Verhandlungen vom 8. November 1870. Archiv des Norddeutschen Bundes Bd. V. S. 397.

Frankreich gestatten sollte, durch freie Wahlen eine regelmäßige Regierung zu konstituiren, mit welcher man auf gültige Weise unterhandeln könne. Dieser Gegenstand war in den Augen von Thiers um so mehr angedeutet, als die preußische Diplomatie mehrere Male behauptet hatte, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Frankreich sie nicht wisse, an wen sie sich wenden solle, um Unterhandlungen anzuknüpfen.

Bei dieser Gelegenheit machte Bismarck dem französischen Staatsmann, ohne jedoch darauf weiter einzugehen, bemerklich, daß sich in diesem Augenblicke zu Cassel die Ueberbleibsel einer Regierung[1] befänden, die sich neu zu gestalten suche, und welche bis jetzt die einzige von Europa anerkannte sei; daß er diese Bemerkungen nur mache, um die diplomatische Lage genau festzustellen und keineswegs, um sich in irgend einer Weise in die innere Regierung Frankreichs einzumischen. Thiers antwortete, daß er es ebenso verstände; daß übrigens die Regierung, welche Frankreich in den Abgrund eines thöricht beschlossenen und unfähig geführten Krieges gestürzt habe, für immer in Sedan ihre unheilvolle Existenz beschlossen habe und für die französische Nation nur eine Erinnerung der Schande und des Schmerzes sein werde.

Ohne das, was Thiers sagte, zu bestreiten, protestirte Bismarck nochmals gegen jede Idee betreffs einer Einmischung in die französischen inneren Angelegenheiten und fügte hinzu, daß die Anwesenheit Thiers im Hauptquartier und der Empfang, der ihm dort zu theil werde, der Beweis der Aufrichtigkeit dieser Erklärung sei, weil der Kanzler des Nordbundes, ohne dem Rechnung zu tragen, was in Cassel vorgehe, sich beeile, mit dem Abgesandten der französischen Republik zu unterhandeln.

Nachdem diese Präliminarbemerkungen erledigt, wurden die Fragen einer ersten summarischen Prüfung unterworfen, welche die Proposition der neutralen Mächte hervorriefen:

1. Waffenstillstandsprinzip, welches zum wesentlichen Zweck hatte, dem Blutvergießen Einhalt zu thun und Frankreich die Mittel zu gewähren, eine Regierung zu konstituiren, welche auf dem von der Nation ausgedrückten Wunsche beruht.

2. Dauer dieses Waffenstillstandes, motivirt durch die Zeit, welche die Bildung einer souveränen Versammlung erheischt.

3. Vollständig gesicherte Freiheit der Wahlen in den von den preußischen Truppen gegenwärtig besetzten Provinzen.

4. Auftreten der kriegführenden Mächte während der Unterbrechung der Feindseligkeiten.

5. Endlich Verproviantirung der belagerten Plätze, namentlich von Paris, während der Dauer des Waffenstillstandes.

Betreffs dieser fünf Punkte und besonders betreffs des Waffenstillstands-

---

[1] Napoleon.

prinzips selbst schien Bismarck keine unüberwindbare Einwürfe zu haben und Thiers konnte glauben, daß infolge dieser ersten Konferenz, welche nicht weniger als vier Stunden gedauert hatte, er mit Bismarck sich über alle Punkte verständigen und eine Konvention abschließen würde, welche der erste Akt der so heiß gewünschten Pacifikation sein werde.

Hier die Einwürfe und Lösungen über die verschiedenen oben aufgezählten Punkte während dieser Konferenzen.

Was das Prinzip und den Zweck des Waffenstillstandes anbelangt, so bekräftigte Bismarck, daß er ebensosehr wie die neutralen Mächte das Ende der Feindseligkeiten oder doch zum wenigsten ihre Suspension wünsche, und daß er für Frankreich die Errichtung einer Regierung wolle, mit welcher er Verpflichtungen eingehen könne, die zugleich gültig und von Dauer sein würden. Es bestand daher ein vollständiges Einvernehmen in diesem wesentlichen Punkte, und jede weitere Diskussion war unnöthig.

Die Dauer des Waffenstillstandes betreffend verlangte Thiers von dem Kanzler fünfundzwanzig bis dreißig Tage, fünfundzwanzig Tage zum wenigsten. „Zwölf Tage — so sagte Thiers zu Bismarck — sind nothwendig, damit die Wähler sich verständigen und ihre Kandidaten aufstellen können, ein Tag für die Abstimmung, vier bis fünf Tage, damit die gewählten Kandidaten bei dem Zustande der Wege Zeit haben, sich in dem zu bezeichnenden Orte zu versammeln, und acht bis zehn Tage für eine summarische Verifikation der Gewalten und die Konstituirung der zukünftigen Nationalversammlung.“

Bismarck bestritt diese Berechnungen nicht und beschränkte sich darauf, zu bemerken, daß, je weniger lang die Dauer, desto weniger groß die Schwierigkeiten sein würden, auf welche das Waffenstillstandsprojekt stoßen könnte. Er schien jedoch, wie Thiers, der Ansicht zu sein, daß eine Dauer von fünfundzwanzig Tagen festgesetzt werden müsse.

Hierauf kam die Frage der Wahlen an die Reihe. Bismarck versicherte Thiers, daß sie in den von der preußischen Armee besetzten Landestheilen so frei sein würden, wie sie es nur in Frankreich hätten sein können. Thiers dankte für diese Zusicherung, mit der er sich begnügt hätte, wenn Bismarck, der zuerst keine Ausnahmen für diese Freiheit der Wahlen verlangt hatte, nicht einige Reserven gemacht hätte betreffs gewisser Theile des französischen Territoriums, an der Grenze gelegen, und, wie er sagte, ihrem Ursprung und ihrer Sprache nach deutsch. Thiers antwortete sofort, daß der Waffenstillstand, wenn man ihn, wie es der allgemeine Wunsch sei, schnell abschließen wolle, keiner der Fragen vorgreifen dürfe, welche erst bei Gelegenheit eines definitiven Friedensvertrages in Anregung gebracht werden dürften; daß er sich für seinen Theil weigere, auf irgend eine derselben einzugehen, und daß er, indem er so handle, seinen Instruktionen und seinen persönlichen Gefühlen gehorche. Bismarck antwortete, daß er auch der Ansicht sei, an keine dieser Fragen zu rühren, und er versprach, in das Projekt des Waffen-

stillstandes nichts über diesen Gegenstand einzurücken, so daß über nichts in dieser Hinsicht im voraus abgeurtheilt werde; daß, wenn er die Wahlagitation in den Provinzen, von welchen die Rede sei, nicht zulasse, er nicht verweigere, daß sie in der zukünftigen Nationalversammlung von Notabeln repräsentirt würden, die Frankreich bezeichnen sollte, ohne daß er sich hineinmische und welche, wie alle Repräsentanten Frankreichs, vollständige Meinungsfreiheit haben würden.

Da diese Frage, die ernsteste von allen, sich so auf dem Wege der Lösung befand, so beschäftigten sich die beiden Staatsmänner mit dem Verhalten der Armeen während der Einstellung der Feindseligkeiten. Bismarck hatte vorher an die von Sr. Majestät dem König versammelten und präsidirten preußischen Generale referiren müssen, und nachdem Thiers alles geprüft, war das, was beiderseits gerecht und den in allen ähnlichen Fällen angenommenen Gebräuchen am meisten entsprechend erschien, Folgendes: Die kriegführenden Armeen werden gehalten sein, am Tage, wo der Waffenstillstand unterzeichnet, da Halt zu machen, wo sie sich befinden; eine Linie, alle Punkte, wo sie Halt gemacht, verbindend, wird die Grenzlinie bilden, welche sie nicht überschreiten dürfen, innerhalb welcher sie sich aber bewegen können, ohne jedoch irgend einen Akt der Feindseligkeit zu begehen.

Bismarck und Thiers waren sozusagen betreffs der verschiedenen Punkte dieser schwierigen Unterhandlung einig geworden, als die letzte Frage, die der Verproviantirung der festen Plätze und besonders von Paris zur Sprache kam. Bismarck hatte betreffs dieses Punktes keinen Haupteinwurf erhoben, und es schien Thiers, daß er nur wegen der Höhe der verlangten Quantitäten sowie wegen der Schwierigkeiten, sie zusammenzubringen und in Paris einzuführen, Bedenken hatte. Was die Quantitäten selbst anbelangt, so hatte Thiers förmlich erklärt, daß sie der Gegenstand einer freundschaftlichen Diskussion und sehr wichtiger Konzessionen französischerseits würden. Hierüber wollte der Kanzler nochmals an die militärischen Behörden referiren, welchen er schon vorher mehrere Fragen unterbreitet hatte, und Bismarck kam mit Thiers überein, die definitive Lösung dieser Frage auf den nächsten Tag, Donnerstag, 3. November, zu vertagen.

Unterredungen am 3., 4., 5. und 6. November 1870.

Am 3. November fragte Bismarck, welcher besorgt aussah, Thiers, ob derselbe Nachrichten aus Paris habe, worauf Thiers erwiderte, daß er seit Montag Abend, dem Tage seiner Abreise, keine erhalten habe. Bismarck ließ Thiers hierauf die Berichte der Vorposten lesen, welche von einer Revolution in Paris und der Proklamation einer neuen Regierung sprachen. Tief betrübt über dieses historische Phänomen versicherte Thiers Bismarck, daß, wenn die Unordnung einen Augenblick lang in Paris habe triumphiren können, so werde die energische Liebe der Pariser Bevölkerung für die Ordnung, die ihrer Vaterlandsliebe gleichkomme, die gestörte Ordnung bald wieder herstellen. (Thiers wußte bekanntlich, daß bei seiner

Abreise von Paris ein Aufstand ausgebrochen war, er glaubte jedoch, daß alles wieder beigelegt sei, da Herr de Choiseuil, Nationalgardist zu Pferde, ihm nachsprengte, um ihm, jedoch fälschlicherweise, mitzutheilen, daß die Ruhe wieder hergestellt worden sei.) Indes hatte er keine Vollmachten mehr, wenn die verbreiteten Nachrichten begründet waren. Thiers mußte daher die Unterhandlung bis zur weiteren Information suspendiren. Da er von Bismarck die Mittel erlangt hatte, sich mit Paris in Verbindung zu setzen, so konnte er am nämlichen Tage (Donnerstag) erfahren, was sich am Montag zugetragen hatte.

Thiers begab sich am nämlichen Abend zu Bismarck und setzte die am Morgen unterbrochene Unterhandlung während eines Theiles der Nacht fort. Die Frage betreffs der Verproviantirung der Hauptstadt wurde aufs lebhafteste besprochen, indem Thiers behauptete, daß seine Forderungen, insofern es die Quantitäten beträfe, nach einer detaillirten Art modifizirt werden könnten. Bald konnte er aber sehen, daß es keine Detailfrage sondern eine Prinzipienfrage war, welche aufgeworfen wurde. Thiers machte bei Bismarck das große Waffenstillstandsprinzip geltend, welches erheischt, daß sich jeder Kriegführende am Ende einer Suspension der Feindseligkeiten in der nämlichen Lage befindet, in der er sich beim Beginn derselben befand; daß dieses auf der Gerechtigkeit und der Vernunft basirte Prinzip den Gebrauch zur Folge gehabt, die belagerten Plätze zu verproviantiren und jeden Tag die Lebensmittel ersetzen, welche aufgezehrt worden seien; denn ohne diese Vorsicht, sagte Thiers, würde ein Waffenstillstand hinreichen, um die stärksten Plätze der Welt zu nehmen. Bismarck konnte, Thiers glaubte es zum wenigsten, auf diese Auseinandersetzung der unbestrittenen und unbestreitbaren Prinzipien und Gebräuche nichts erwidern.

Der Kanzler, alsdann nicht in seinem Namen, sondern im Namen der Militärbehörden sprechend, erklärte Thiers, daß der Waffenstillstand ganz gegen die preußischen Interessen sei; daß die Gewährung eines Waffenstillstandes von einem Monat den französischen Armeen die Zeit verschaffen würde, sich zu organisiren; daß die Einführung einer Quantität von Lebensmitteln in Paris, die schwer festzusetzen, diesem das Mittel geben würde, auf unbestimmte Zeit seinen Widerstand zu verlängern, und daß man deshalb solche Vortheile ohne „militärische Aequivalente" nicht bewilligen könne. Thiers beeilte sich, zu erwidern, daß der Waffenstillstand ohne Zweifel für Frankreich gewisse materielle Vortheile haben könne, daß jedoch das preußische Kabinett dieses bei Zulassung des Waffenstillstandsprinzips hätte voraussehen müssen; daß übrigens die Pacifikation der nationalen Leidenschaften, die Vorbereitung des Friedens und besonders die Erfüllung des förmlichen Wunsches vor Europa für Preußen politische Vortheile wären, welche die materiellen Vortheile, die es Frankreich bewilligen könne, aufwiegen würden. Thiers fragte alsdann, welches die „militärischen Aequivalente" wären, welche man von Frankreich verlange, denn Bismarck gab eine große Sorgfalt kund, sie nicht zu bezeichnen.

Bismarck theilte sie Thiers endlich immer mit der nämlichen Zurückhaltung mit. „Es wäre — meinte er — eine militärische Stellung um Paris.“ — Und als Thiers darauf bestand, mehr zu wissen: „Ein Fort — fügte er hinzu —, vielleicht zwei.“ Thiers fiel dem Kanzler sofort ins Wort: „Es ist Paris, welches Sie von uns verlangen; denn uns die Verproviantirung verweigern, heißt, einen Monat unserer Vertheidigung wegnehmen; von uns ein oder mehrere Forts fordern, heißt, unsere Wälle verlangen. Es heißt mit einem Worte, uns Paris abverlangen, indem wir ihnen die Mittel an die Hand geben sollen, es auszuhungern oder zu bombardiren. — Als wir darauf eingingen, mit Ihnen wegen eines Waffenstillstandes zu unterhandeln, haben Sie niemals voraussetzen können, daß die Bedingung desselben sein werde, Ihnen Paris selbst zu überliefern; Paris, unsere Hauptkraft, unsere große Hoffnung und für Sie die größte Schwierigkeit, welche Sie nach einer Belagerung von fünfzig Tagen noch nicht überwinden konnten.“ Bei diesem Punkte angelangt, war kein weiterer Schritt mehr möglich, und es war für Thiers leicht zu erkennen, daß der militärische Geist in den Beschlüssen Preußens über den politischen Geist, welcher den Frieden und alles, was zu demselben führen konnte, anrieth, den Sieg davongetragen hatte. Thiers verlangte hierauf von Bismarck die Möglichkeit, sich nochmals zu den Vorposten zu begeben, um mit Jules Favre über diese neue Lage zu berathen, was Bismarck mit einer Höflichkeit bewilligte, die Thiers immer in allem, was die persönlichen Beziehungen betraf, gefunden hatte. Als Thiers Bismarck verließ, beauftragte er ihn, der französischen Regierung zu erklären, daß, wenn man die Wahlen ohne Waffenstillstand vornehmen wolle, er ihnen in allen von den preußischen Armeen besetzten Landestheilen volle Freiheit lassen und er jede Erleichterung gewähren würde, damit Paris und Tours über alles, was die Wahlen anbelange, miteinander verkehren könnten.

Thiers nahm diese Erklärung entgegen und begab sich am nächsten Tage (5. November) zu den französischen Vorposten, um sich mit Jules Favre in einem verlassenen Hause zu besprechen. Thiers machte ihm ein vollständiges Exposé der ganzen Lage vom militärischen und politischen Standpunkte aus, indem er ihm bis zum nächsten Tage Zeit ließ, um ihm die offizielle Antwort der Regierung zukommen zu lassen und ihm zugleich die Mittel angab, um sie ihm nach Versailles zu senden. In der That erhielt Thiers dieselbe am folgenden Tage (Sonntag, den 6. November). Sie forderte ihn auf, die Unterhandlung wegen des Zurückweisens der Forderung der Verproviantirung abzubrechen, sofort das preußische Hauptquartier zu verlassen, um sich nach Tours zu begeben und dort zu verweilen, und sich zur Verfügung der Regierung für den Fall zu halten, daß seine Intervention bei späteren Verhandlungen noch nützlich sein könne. Thiers theilte diesen Beschluß Bismarck mit, wiederholend, daß er bitter bedauere, daß er nicht einen Akt habe abschließen können, der eine Anbahnung zum Frieden gewesen wäre.

Wir wollen nunmehr nach diesem Generalbericht versuchen, die Unterredungen, welche Bismarck und Thiers geführt haben, noch näher zu fixiren mit Hülfe verschiedener Quellen, welche über dieselben vorliegen.

Versailles, den 30. Oktober 1870. Erste Unterredung mit Thiers über dessen Reise nach Paris.[1]

Thiers hatte eine sehr beschwerliche Reise zurückgelegt. Es wurde um Orleans mit großer Erbitterung gekämpft, es gab keine Eisenbahnverbindungen, keine Postpferde mehr. Man spannte Geschütze ab und spannte Artilleriepferde vor seinen Wagen, so traf er in Versailles ein. Er fand daselbst Bismarck, der ihn erwartete,[2] und sagte zu ihm: „Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich Ihnen nichts zu sagen habe."

Bismarck theilte Thiers nun die Gründe mit, welche es ihm räthlich erscheinen ließen, daß der französische Staatsmann Paris auf dem Wege über Versailles betrete.

„Auf allen übrigen Punkten ist es fast unmöglich, die Vorposten zu überschreiten. Selbst über Versailles und Sèvres ist es nicht leicht. Jeder Brief kostet mich einen Mann; das ist zu theuer; ich werde nicht mehr schreiben. Aber ich habe tapfere junge Leute, welche die Schüsse der Vorposten nicht fürchten und alles thun werden, um Sie vor den Gefahren des Ueberganges zu beschützen. Kommen Sie so bald wie möglich wieder zurück, aber ich glaube, daß es erst nach mehreren Tagen geschehen wird. Meine jungen Leute werden Sie erst am Ufer der Seine erwarten und beim ersten Signal werden Sie erscheinen, um Sie in Empfang zu nehmen und wieder hierher zu führen."

Bismarck theilte Thiers zu gleicher Zeit die Nachricht mit, daß Metz sich übergeben habe, was Thiers zwar vermuthete, ohne aber Genaueres darüber zu wissen.

Versailles, den 1. und 2. November 1870. Zweite und dritte Unterredung Bismarcks mit Thiers über den Abschluß eines Waffenstillstandes.[3]

Im Laufe der nunmehr am 1. November 1870, vormittags 11 Uhr, wiedereröffneten Verhandlungen verlangte der aus Paris nach Versailles zurückgekehrte Thiers Lebensmittel für ungefähr einen Monat. Bismarck erwiderte ihm: „Sie

---

[1] Nach der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense etc. Bd. I. S. 23 (Déposition de M. Thiers) und nach der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars 1871. Bd. II. S. 5, gleichfalls Déposition de M. Thiers.

[2] Nach den Aufzeichnungen des badischen Ministers v. Freydorf (Deutsche Revue. Jahrgang VIII. Bd. 4. S. 286) empfing Bismarck Thiers „noch ungewaschen." Thiers spricht in seiner Note vom 8. November 1870 von „Sonnabend Morgen, den 30. Oktober"; der 30. war aber Sonntag.

[3] Nach der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars 1871. Bd. II. S. 6 (Déposition de M. Thiers), nach der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale. Bd. I. S. 25 (gleichfalls Déposition de M. Thiers).

stellen eine etwas übertriebene Forderung; man ist in Paris auf halber Ration, und Sie verlangen auf einen Monat ganze Ration. Ich bin indessen bereit, das zu bewilligen; der König würde zustimmen, aber die Militärs betrachten den Waffenstillstand als unvortheilhaft für uns. Sie verlangen mehr, als Sie zu erreichen hoffen, und ohne Zweifel haben Sie mir Ihr letztes Wort noch nicht gesagt."

Thiers entgegnete: „Nein, bezüglich der Mengen ist das nicht mein letztes Wort."

„Nun wohl! — sagte Bismarck — setzen Sie ein Schriftstück auf, damit wir über etwas Bestimmtes sprechen können."

Thiers setzte das Schriftstück auf und übergab es dem preußischen Minister. Der Letztere bemängelte nur die verlangten Mengen von Lebensmitteln, indem er durchblicken ließ, daß man sich über diesen Punkt verständigen werde.

Es ist nur menschlich, daß Thiers sich alle Mühe gab, Bismarck einen möglichst günstigen Eindruck von den Ergebnissen seiner Rundreise bei den Höfen von London, Wien, Petersburg und Turin zurückzulassen. Namentlich machte Thiers Bismarck glauben, daß er von „seinem Freunde," dem Fürsten Gortschakow, zahlreiche Beweise der Theilnahme empfangen hätte, und daß, wenn Deutschland auf seinem Siegeszuge durch Frankreich nicht anhielte, Rußland sich endlich erzürnen könnte. Auf dieses Wort erhob sich Bismarck und schellte: „Man bringe mir die Mappe mit den russischen Papieren!" Ein Karton wurde herbeigebracht. „Lesen Sie, da haben Sie dreißig Briefe, die mir aus Petersburg zugegangen sind!" Thiers las und gab jede weitere Vorstellung auf.[1]

Bismarck sagte dann zu Thiers: „Was können wir erstens mit einer Regierung, mit einem Volke anfangen, das ohne Untersuchung, ohne Beweise seinen ersten Feldherrn durch den Koth schleift? Ja, Bazaine konnte aus Metz herauskommen. Aber nur drei Stunden lang. Das war am Morgen des 26. August, als er sich thatsächlich in Bewegung setzte. Damals konnten unsere Linien durchbrochen werden. Wir hatten einen Theil unserer Reiterei absitzen lassen müssen, um eine vollständige Einschließungslinie darzustellen. Der Regen fiel in Strömen. Die französischen Heersäulen bewegten sich unlustig vorwärts. Bazaine gebot ihnen Halt. Allein mittags war es schon zu spät. Unsere Reserven waren eingetroffen, und von da an konnte man nicht mehr durch unsere Linien durchkommen."[2]

Versailles, den 3., 4. und 6. November 1870. Vierte, fünfte und sechste Unterredung zwischen Bismarck und Thiers, betr. den Abschluß eines Waffenstillstandes.[3]

Thiers trifft Bismarck unruhig, verstimmt, lebhaft erregt. „Haben Sie Nachrichten aus Paris?" fragte Letzterer.

---

[1] „Vossische Ztg." Nr. 265 vom 22. Oktober 1879, M.-Ausg.

[2] Nach einem Briefe des Grafen E. de Kératry an den Grafen d'Hérisson. (La légende de Metz).

[3] Nach der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale. Bd. I. S. 26 ff. (Déposition de M. Thiers).

„Keine."

„Nun wohl, eine Revolution hat stattgefunden und hat alles verändert."

Thiers war, da er den Zustand, in welchem er die Hauptstadt vier Tage vorher verlassen hatte, kannte, nicht gänzlich davon überrascht, wollte aber nicht daran glauben.

„Ein Versuch wird stattgefunden haben," sagte er zu Bismarck, „aber er wird unterdrückt worden sein; die Nationalgarde würde nicht dulden, daß die Anarchie triumphire."

„Ich weiß nichts davon," erwiderte Bismarck und las Thiers eine Menge Berichte der Vorposten, einer immer konfuser und verwirrter wie der andere, vor. Was Thiers frappirte, war, daß Bismarck selbst über den Vorgang erregt und traurig war. Letzterer wünschte in diesem Augenblick den Frieden und verhehlte nicht, daß alle diese Ereignisse die Aussicht auf Abschluß eines solchen verringerten.

Bismarck fragte darauf Thiers, ob er genau erfahren könne, was in Paris vorgegangen sei. Letzterer hatte zwei tüchtige und muthige Legationssekretäre, die Herren Paul de Rémusat und Cochery, bei sich und bot an, einen von ihnen nach Paris zur Einholung von Nachrichten zu entsenden. Bismarck gab zur Begleitung des Herrn Cochery (diesen seiner beiden Sekretäre hatte Thiers zuerst angetroffen) Offiziere mit, und man wartete auf dessen Rückkehr, um die neue Situation beurtheilen zu können.

Thiers sah Bismarck mehreremal an diesem Tage. Ein neuer Umstand war eingetreten, welcher die Sache um vieles verschlimmerte: die in Tours veröffentlichte Proklamation, betreffend die Uebergabe von Metz. Die Heftigkeit, mit welcher die wirklichen oder vermuthlichen Urheber der Kapitulation beurtheilt wurden, hatte Jeden in Versailles im höchsten Grade aufgebracht.

„Der König wollte den Frieden," sagte Bismarck zu Thiers, „und er war zu einem Waffenstillstande in der Hoffnung geneigt, daß die Leidenschaften der Kriegspartei sich beruhigen würden; er widerstand der Kriegspartei in Preußen; denn ich will Ihnen nicht verschweigen, unsere Militärs sind gegen den Waffenstillstand. Sie sagen, der Waffenstillstand werde Ihren Widerstand verlängern, und man müsse sogleich den Frieden zum Abschluß bringen oder Paris aufs äußerste angreifen. Nun wohl, diese neue Umwälzung in Paris, diese in Tours geführte Sprache entmuthigen alle diejenigen, welche eine Beruhigung der Leidenschaften erhofften; dieser neue Ausbruch Ihrer Leidenschaften erweckt die unsrigen wieder, und während ich gestern ganz vertrauensvoll war, bin ich es heute um vieles weniger."

Bismarck hatte die Wahrheit gesagt. Thiers kannte mehrere in Versailles anwesende Diplomaten und deutsche Fürsten, und alle Nachrichten, die er sammeln konnte, bestätigten ihm, daß sich vieles in vierundzwanzig Stunden geändert hatte.

Während der Nacht kehrte Cochery nach Ueberwindung großer Gefahren zurück. Thiers erfuhr von demselben, daß am 31., am Tage seiner Abreise aus Paris, eine Revolution versucht, daß dieselbe zwar unterdrückt worden war, daß aber nichts-

destoweniger die halb besiegten Anarchisten, unwissentlich von den ehrenhaften Leuten, deren irregeleiteter Patriotismus durch die Ereignisse von Metz überreizt war, unterstützt, Paris vollständig beherrschten.

Thiers suchte Bismarck von neuem auf. Er theilte dem Letzteren nicht alles, was er erfahren, mit; Bismarck war aber ebensogut unterrichtet wie Thiers. Letzterer war überzeugt, daß, wenn er die Annahme dessen, was Bismarck den ersten Band des Friedens nannte, das heißt den Waffenstillstand, erreiche, er beim besten Willen von der Welt nicht die Annahme des zweiten durchsetzen werde.

„Ach — sagte Bismarck —, wenn ich glaubte, daß der Herausgeber den zweiten Band herausbringen würde, würde ich Ihnen gern bei der Herausgabe des ersten behülflich sein." Dann theilte Bismarck als Bedingung des Waffenstillstandes mit: entweder keine Einführung von Lebensmitteln oder Uebergabe eines Forts. — Thiers war nicht ermächtigt, auf eine solche Bedingung einzugehen; er mußte deshalb die Verhandlungen abbrechen.

Thiers war aufs tiefste betrübt, denn er war nach dem, was er in Paris und Versailles gesehen hatte, überzeugt, daß man nur die Leiden des Krieges verlängern und die Friedensbedingungen noch schwerer machen werde; es brach ihm das Herz, er sah noch größeres Unglück voraus, als Frankreich schon jetzt niederdrückte. Er würde niemals daran gedacht haben, sich auf einen Waffenstillstand einzulassen, ohne sich mit den endgültigen Friedensbedingungen zu beschäftigen; er hatte unwillkürlich die Empfindung, sich zu fragen, ob der Augenblick nicht gekommen sei, Muth zu fassen und auf der Stelle diesen grausamen, wenn man zögerte aber noch viel grausameren Frieden abzuschließen; er gedachte, sogleich dieser schmerzlichen und zugleich patriotischen Aufgabe sich zu widmen.

Thiers und Bismarck sahen einander an und fragten sich fast gleichzeitig, ob der Friede nicht auf der Stelle möglich sei. Sie verhandelten die Nacht miteinander, und Thiers erhielt die Gewißheit, daß damals ein Frieden möglich war, der zwar schmerzlich, aber nicht so schmerzlich gewesen wäre wie derjenige, den man später hat annehmen müssen. Thiers entschloß sich, sofort selbst nach Paris zu gehen und die Annahme eines solchen Friedens zu versuchen.

Bismarck rieth ihm ab, selbst nach Paris zu gehen, denn er würde aus den Händen der Wüthenden, welche Paris beherrschten, nicht wieder herauskommen. Thiers hielt diese Gefahren, obgleich vorhanden, doch für übertrieben; er sagte aber zu Bismarck, wenn er nicht selbst nach Paris gehe, werde er nichts erreichen. Thiers faßte den Entschluß, den Mitgliedern der Regierung an einem Orte, den sie auswählen möchten, ein Rendezvous zu geben, um ihre Ansicht über eine Frage, welche das Heil des Vaterlandes bilde, zu vernehmen.

Er entsandte Herrn Cochery, welchem es schon einmal gelungen war, nach Paris hineinzukommen, und verabredete mit demselben ein Zusammentreffen an der Brücke von Sèvres. Am folgenden Tage fand Thiers sich dort ein und wurde in ein verlassenes und von Geschossen verwüstetes Haus im Boulogner Gehölz geführt.

Er traf daselbst nur Jules Favre und den General Ducrot an. Der erstere legte dar, daß es in diesem Augenblick unmöglich sei, die Pariser Bevölkerung zu einem vernünftigen Entschluß zu bringen. Er würdigte den Vorschlag von Thiers vollkommen, er fand ihn unter den vorliegenden unglücklichen Verhältnissen weise, annehmbar; aber augenscheinlich beherrschte die Kommune von Paris schon die Situation, obgleich sie die faktische Regierung der Hauptstadt noch nicht in Händen hatte.

Thiers verabschiedete sich gebrochenen Herzens von Jules Favre und kehrte nach Versailles zurück, wo er eine endgültige Depesche der Regierung der Nationalvertheidigung wegen Abbruchs dieser ganz nutzlos gewordenen Verhandlungen erwartete. Er verließ den Kanzler in großer Betrübniß über die Fortsetzung des Kampfes und begab sich nach Tours, um dort über seine Sendung Bericht zu erstatten.[1]

Versailles, den 21. November 1870. Unterredung mit dem englischen Staatsmann Odo Russell, betr. die Verletzung des Pariser Vertrages von 1856 seitens Rußlands.[2]

Odo Russell sollte versuchen, in Erfahrung zu bringen, wie Bismarck über das Rundschreiben der russischen Regierung wegen Aufhebung der Neutralität des Schwarzen Meeres denke und ob er Rußland gegenüber in dieser Beziehung früher Verpflichtungen eingegangen sei.

Bismarck schien erstaunt und äußerte, Deutschland sei bei der Frage in keiner Weise interessirt.

„Aber wie werden Sie sich verhalten, wenn ein Konflikt ausbrechen sollte?" fragte Russell.

Bismarck erwiderte, er sei kein Anhänger der Konjekturalpolitik, er richte sein Verhalten nach den obwaltenden Umständen und er habe keinen Anlaß, sich in eine Angelegenheit einzumischen, die ihn nur mittelbar angehe. Wenn auch Erkenntlichkeit und Politik zwei unvereinbare Dinge seien, so sei er doch gezwungen zu konstatiren, daß der Kaiser Alexander von Rußland sich immer sehr sympathisch gegen Deutschland gezeigt habe, während das Verhalten Oesterreichs zweideutig und dasjenige Englands nichts weniger als freundlich gewesen sei. Was die Zukunft angehe, so wisse er nichts davon und ziehe vor, nicht darüber zu sprechen. Er finde übrigens, daß man die Geschicklichkeit der russischen Politik sonderbar überschätze; man halte sie für äußerst schlau, ränkevoll und voller Winkelzüge, während sie nur einfach offenherzig sei; wäre sie schlauer, so hätte sie den ganzen Vertrag zerrissen, und man müßte ihr Dank wissen, daß sie noch einige Theile davon beibehalten und

[1] Vergl. aus der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale noch Bd. I. S. 300—303, 337, 394, 395, 407—409, 469, 520, Bd. II. S. 3, 4, 9, 10, Bd. III. S. 94 und 95. Weitere Referate über diese Unterredungen Bismarcks mit Jules Favre findet man in meinem Bismarck-Portefeuille. Bd. II. S. 94 ff.

[2] Rothan: L'Allemagne et l'Italie. Bd. I. S. 303. (Die im englischen Blaubuch veröffentlichten Berichte bringen diese Aeußerungen Bismarcks nicht.)

sich darauf beschränkt habe, die Souveränitätsrechte auf das Schwarze Meer zurückzuverlangen.

Nichtsdestoweniger lehnte Bismarck seine guten Dienste nicht ab; er regte eine Konferenz zur Beilegung der Frage an und versprach, sich mit Rußland zu benehmen.[1]

Nach einer anderen (amtlichen) Quelle[2] empfing Bismarck um ein Uhr Mr. Odo Russell und besprach mit ihm die Pontusfrage. (Die Kaiserl. russische Regierung hatte den Unterzeichnern des Vertrags zu Paris vom 30. März 1856 durch Zirkular vom 19. (31.) Oktober 1870 erklärt, daß sie mit Rücksicht auf wiederholte Infraktionen dieses Vertrags sich nicht mehr an die Verpflichtungen desselben, soweit sie ihre Souveränitätsrechte am Schwarzen Meere beschränkten, gebunden erachte.)

Bei Besprechung dieses wichtigen politischen Schachzuges des Fürsten Gortschakow ermächtigte Bismarck Mr. Odo Russell, dem Minister des Auswärtigen Granville zu erklären:

1. Das russische Rundschreiben vom 19. Oktober habe ihn höchlich überrascht.

2. Während er immer der Ansicht gewesen sei, daß der Vertrag von 1856 ungebührlich drückend für Rußland wäre, mißbillige er durchaus die von der russischen Regierung gewählte Form und Zeit zur Erzwingung einer Revision jenes Vertrages.

3. Er bedauere, daß er gegenwärtig infolge des Krieges das russische Rundschreiben nicht beantworten könne, aber

4. weil er eifrig bemüht sei, den Ausbruch eines zweiten Krieges abzuwenden, würde er Konferenzen in Konstantinopel vor dem Beginn von Feindseligkeiten angelegentlichst empfehlen.

An demselben Tage hatte Mr. Odo Russell zehn Uhr nachts noch eine zweite Unterredung mit Bismarck über die Pontusfrage, welche sich bis über Mitternacht erstreckte. Bismarck bemerkte zunächst, er habe inzwischen sich telegraphisch mit dem preußischen Gesandten in St. Petersburg in Verbindung gesetzt; gleichzeitig ermächtigte derselbe Mr. Odo Russell, nach London zu telegraphiren, er sei, falls Granville zustimme, gerne bereit, die Initiative zum Vorschlage einer Konferenz zu ergreifen, um die friedliche Lösung einer Frage zu versuchen, welche, wie ihm Mr. Odo Russell freimüthig bewiesen, in einer derartigen Lage sich befände, daß England

[1] Odo Russells natürliches Wesen gefiel Bismarck gut. Etwas später bemerkte Bismarck: „Nur eins erweckte anfangs in mir einiges Bedenken gegen ihn. Ich habe immer gehört und gefunden, daß die Engländer, die gut französisch können, nicht viel taugen, und der spricht ein ganz vortreffliches Französisch. Indes weiß er sich auch recht gut deutsch auszudrücken."

[2] Nach dem Bericht Russells vom 22. November 1870. Staatsarchiv Bd. XX. Nr. 4257. S. 517.

gezwungen sei, mit oder ohne Bundesgenossen gegen Rußland Krieg zu beginnen. Bismarck, welcher über die Bereitwilligkeit Gortschakows zur Aufnahme der Vertreter der Signatarmächte sich vergewissert hatte, war für Abhaltung der Konferenz in St. Petersburg, da bei der Anwesenheit des Kaisers die Genehmigung des Letzteren zu den Entschließungen seiner Vertreter augenblicklich zu erreichen und dadurch eine schleunigere und befriedigendere Erledigung der Frage herbeizuführen wäre, als dies in Konstantinopel der Fall sein könnte, von wo aus ein Bericht nach St. Petersburg nothwendig den Verlust von vielen Tagen bedeute. Der Kanzler bat, Lord Granville wolle, wenn er zustimme, die Güte haben, mit der französischen Regierung in Benehmen zu treten und dieselbe zur Mitwirkung einzuladen. Bismarck, welcher Mr. Odo Russell mit der größten Herzlichkeit empfangen hatte, bemerkte, er wolle selbst an Lord Granville durch Vermittelung des Grafen Bernstorff schreiben.

•

Aus diesen Tagen kursirt folgende Anekdote:

Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges 1870 und 1871 suchte Odo Russell in Versailles eine Besprechung mit Bismarck und wartete, während Graf Arnim Audienz hatte. Endlich trat Arnim heraus und fächelte sich mit dem Taschentuche Luft zu. „Nein — sagte er —, wie Bismarck das aushält — raucht in einem fort und dabei die stärksten Havannacigarren; ich mußte bitten, ein Fenster öffnen zu dürfen!“ Damit empfahl er sich, und Odo Russell trat in das Empfangszimmer, wo er den eisernen Kanzler an einem Fenster fand. „Wunderliche Geschmacksrichtung!“ rief Bismarck nach der Begrüßung. „Vorhin war Arnim da und hatte die Marotte, so stark parfümirt zu sein, daß ich es nicht aushalten konnte und das Fenster öffnen mußte!“ Wenn Russell dieses Erlebniß aus jener Zeit erzählte, schloß er stets mit der Frage: Was ist historische Wahrheit?

Versailles, den (26?) November 1870. Unterredung mit Odo Russell, betr. die Pontusfrage.[1]

Mr. Odo Russell theilte Bismarck mit, daß die englische Regierung erfreut sei, zu erfahren, daß die preußische Regierung mit Erstaunen die Mittheilung in der Pontusfrage erhalten habe. Die englische Regierung erkenne mit Genugthuung den Wunsch Bismarcks an, die Differenz mit Rußland und den Signatarmächten des Vertrages von 1856 zu einem friedlichen Austrag zu bringen, und habe nichts dagegen, sich an einer Konferenz zu betheiligen, welche eine entsprechende Vorlage über die Gründe in Erwägung zu ziehen habe, aus welchen Rußland einen Vorschlag auf Abänderung der dem Vertrage von 1856 beigefügten und demselben einverleibten Spezialkonvention herleite. Russell bemerkte, es verstände sich natürlich dabei, daß man in Bezug auf die Ergebnisse einer solchen Konferenz sich nicht im voraus binden könne; daß aber andererseits die englische Regierung sich verpflichtet fühlen werde, aufrichtig und vorurtheilsfrei alle Ansprüche Rußlands und alle von

[1] Nach Russells Bericht vom 26. November 1870. Staatsarchiv Bd. XX. Nr. 4258. S. 158. (Tag der Unterredung nicht angegeben, voraussichtlich der Berichtstag.)

demselben ausgehenden Vorschläge zu prüfen. Die englische Regierung glaube, gegen den Zusammentritt der Konferenz in Konstantinopel oder St. Petersburg beständen offenbar Bedenken, und wenn ähnliche Gründe auch nicht gegen Berlin sprächen, so würde doch Frankreich, so lange der Krieg fortdauere, unglücklicherweise keinen Vertreter dahin senden können. Bismarck erwiderte, daß er Lord Granvilles Basis für die Verhandlung acceptire und daß er für Abhaltung der Konferenz in London sei, nachdem Fürst Gortschakow dem preußischen Gesandten in St. Petersburg gesagt habe, daß er willens sei, London anzunehmen, um die Ehrlichkeit seiner Politik zu zeigen und das Nationalgefühl Englands zufrieden zu stellen. Russell sagte, London, Wien, Florenz, der Haag, Brüssel oder Bern seien gleich annehmbar für die englische Regierung, er werde aber Bismarcks Meinungsäußerung entsprechend dem Auswärtigen Amt telegraphiren, daß Bismarck London und Lord Granvilles Basis für die Verhandlungen der Konferenz acceptire.

Versailles, den 27. November 1870. Unterredung mit Odo Russell, betr. die Pontusfrage.[1]

Odo Russell theilte Bismarck bei Gelegenheit eines Besuches mit, daß ein Telegramm des preußischen Gesandten in St. Petersburg, welches Graf Bernstorff dem Lord Granville mitgetheilt hatte, anscheinend vorschlage, daß die englische Regierung in die Konferenz unter Anerkennung von Fürst Gortschakows Deklaration eintreten solle.

Lord Granville habe aber dem Grafen Bernstorff erklärt, daß die englische Regierung nur zugeben könne, an einer Konferenz theilzunehmen unter der klaren und bestimmten Bedingung, daß man sich nicht im voraus in Bezug auf die Ergebnisse der Konferenz binde.

Bismarck ließ sogleich alle Telegramme, welche derselbe von Petersburg und London erhalten hatte, holen und las dieselben Odo Russell vor. Dort fand sich indessen kein einziges Wort, welches den Eindruck hätte bekräftigen können, den die Mittheilung des Grafen Bernstorff auf Lord Granville gemacht hatte. Dem-

[1] Nach dem Bericht Russells vom 27. November 1870. Staatsarchiv Bd. XX. Nr. 4259. S. 158 f. Bismarck hat in seiner großen Rede am 6. Februar 1888 dargelegt, wie bei einer Abwägung der Dienste, welche Rußland und Deutschland (früher Rußland und Preußen) einander geleistet haben, gewiß nicht gefunden werden kann, daß von russischer Seite mehr gewährt als entgegengenommen ist, selbst wenn man die vielen Unbilden, welche Preußens Königen von Petersburg widerfahren sind, nicht in Rechnung bringt, weder die Haltung Alexanders I., noch die Anmaßung Nicolaus, der nur zu oft Preußen wie einen Vasallenstaat behandelt hat. Der freundlichen Neutralität, welche von Rußland 1866 und 1870 beobachtet ist, waren die gleiche Haltung Preußens während des Krimkrieges und die bedeutenden Dienste während des Aufstandes in Polen 1863 vorangegangen, und als Gortschakow im Oktober 1870 sich von dem Pariser Friedensvertrag losgesagt hatte, da war, bei großer Verstimmung der übrigen Mächte, der deutsche Kanzler der Vermittler für die Erfüllung der russischen Wünsche, indem er die Pontuskonferenz in London vorschlug. Diese gab den Russen die volle Bewegungsfreiheit im Schwarzen Meere zurück.

zufolge bat Bismarck Odo Russell, an Lord Granville zu telegraphiren, seiner Meinung nach würde eine Konferenz ohne bestimmtes und klares Einverständniß darüber, daß man sich in Bezug auf die Ergebnisse derselben nicht im voraus binde, ihren Zweck verfehlen und deshalb nutzlos sein; er werde ebenso wie Lord Granville an einer solchen Konferenz nicht theilnehmen.[1]

Versailles, den 3. Januar 1871. Unterredung mit Odo Russell, betr. die Versenkung englischer Schiffe.[2]

Bismarck sprach auf eine Beschwerde Odo Russells über die Versenkung englischer Schiffe bei Duclair durch deutsche Truppen sein Bedauern aus und erklärte sich bereit, nach Anstellung einer Untersuchung für den erlittenen Schaden Ersatz zu leisten.

Versailles, den 8. Januar 1871. Unterredung Bismarcks mit Odo Russell, betr. die Entschädigungspflicht für weggenommene Schiffe.[3]

Odo Russell besuchte den Grafen Bismarck und besprach mit ihm von neuem die Frage der von den Preußen bei Duclair beschossenen und versenkten sechs englischen Kohlenschiffe. Graf Bismarck erklärte, daß er bisher einen ausführlichen Bericht über den Vorgang noch nicht erhalten habe; er finde aber, daß die Juristen der Meinung seien, ein Kriegführender hätte zu seiner Selbstvertheidigung das volle Recht, neutrale Schiffe in Flüssen und inländischen Gewässern des anderen kriegführenden Theiles wegzunehmen, und die Entschädigung der Eigenthümer liege der unterlegenen Macht, nicht dem Sieger ob. Wenn Kriegführende, welche das feindliche Land besetzen, Ausländern und Neutralen das Recht auf Entschädigung für das in den occupirten Staaten vernichtete Eigenthum zugeständen, würden sie neuen und unzuverlässigen Grundsätzen im Kriegsrechte die Thür öffnen. Von Neutralen, welche Eigenthum in Frankreich besitzen, würden bei ihm täglich Entschädigungsansprüche erhoben, welche er nicht anerkennen könne. Er schätze indessen die Freundschaft und den guten Willen Englands zu hoch, als daß er diese Auslegung des Gesetzes im gegenwärtigen Falle anwenden würde, und gebe einer solchen den Vorzug, welche den Wünschen Ihrer Majestät Regierung entspreche und dem englischen Volke volle Genugthuung verschaffe. Er bedauerte die Behandlung, welche die Kapitäne und Mannschaften der Kohlenschiffe den Berichten zufolge, die er darüber in den Zeitungen gelesen, erlitten hätten, und bat Odo Russell, er möge unter dem Ausdruck tiefen Bedauerns Lord Granville versichern, daß, wenn die Berichte der preußischen Behörden eingegangen wären, er die Genehmigung des Königs dazu einholen werde, den Schiffseigenthümern und anderen Betheiligten eine Entschädigung zu zahlen, welche Lord Granville als angemessen bezeichnen würde.

---

[1] Am 18. Dezember 1870 überbrachte Odo Russell Bismarck die Glückwünsche der englischen Regierung zu dem Angebote der deutschen Kaiserkrone an den König von Preußen.

[2] Nach Odo Russells Depesche an Granville vom 3. Januar 1871.

[3] Nach Russells Bericht vom 8. Januar 1871. Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4500. S. 94.

Versailles, den 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31. Januar und 1. Februar 1871. Unterredungen Bismarcks mit Jules Favre, betr. die Kapitulation von Paris und den Friedensabschluß.[1]

Jules Favre kam nach ziemlichen Schwierigkeiten um 8 Uhr abends in Versailles an und trat in den kleinen Salon Bismarcks ein. Seine Aufgabe war ihm gegeben; er wußte, daß Widerstand unmöglich war; man hatte in Paris nur noch bis zum nächsten Sonntag Brot. Er beabsichtigte, vor allem Frankreich die Souveränität, das heißt, die Befugniß zu erhalten, eine Nationalversammlung berufen zu dürfen, damit letztere Herrin der Geschicke Frankreichs werde.

Die Verhandlungen waren sehr schwierig; Favre sagte zu Bismarck: „Sie wollen diese Bedingungen nicht, wohlan! so werden wir uns schlagen; ich gebe zu, daß Sie Sieger bleiben werden; nun wohl! Sie werden in Paris einrücken, Sie werden mit Frankreich machen, was Sie wollen, und Sie werden sehen, daß dasselbe Ihnen noch viel zu schaffen machen wird." Als Favre bei Bismarck ankam, war der französische Unterhändler sehr besorgt; er bemerkte zu Bismarck, die Franzosen hätten soeben eine Schlacht geliefert, in welcher sie einen gewissen Erfolg errungen hätten; die Preußen hätten trotz ihres lebhaften Angriffes die französischen Linien nicht forcirt und seien in die ihrigen zurückgekehrt. Das war die Wahrheit.

Favre sagte zu Bismarck: „Wir sind in der Lage, von neuem anzufangen; als Beweis dafür kann ich Ihnen mittheilen: General Trochu glaubte sehr richtigerweise sich auf die Vertheidigung beschränken zu müssen. Die Pariser Bevölkerung ist hierüber so erbittert gewesen, daß gestern ein Aufstand stattgefunden und der General Trochu seine Entlassung genommen hat; deshalb ist es, wenn Sie eine weitere Schlacht vermeiden wollen, nöthig, daß wir unterhandeln. Die Lage ist schwierig, das erkenne ich an; wenn Sie unterhandeln wollen, so will ich Ihnen die Bedingungen mittheilen."

Favre war über den Stand der französischen Armeen außerhalb Paris vollkommen ohne Kenntniß; man hatte nur unvollständige Berichte erhalten; er wußte wohl, daß General Chanzy und auch General Faidherbe geschlagen worden waren; er glaubte aber, daß die Armee Bourbakis siegreich wäre; das ging aus Depeschen, welche er erhalten hatte, hervor. Er wußte also wohl, daß der Widerstand für Paris unmöglich war, nicht aber, was in der Provinz passiren konnte.

Bismarck erwiderte: „Sie kommen zu spät; es wird mir nur die Auswahl schwer, mit wem ich verhandeln soll: der Kaiser, der Prinz Napoleon und die Regentin setzen mir zu. Ich habe mit dem Kaiser unterhandelt und glaube, diese Kombination ist sehr gut."

Favre entgegnete: „Was Sie mir die Ehre erweisen zu sagen, ist doch nicht ernsthaft gemeint?"

---

[1] Nach dem Referat von Jules Favre in der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale. Bd. I. S. 341 ff. und 363 ff.

„Ich bin sicher, das Kaiserreich wieder herzustellen — versetzte Bismarck —, wir haben 100 000 Gefangene, welche den Kaiser zurückzuführen wünschen; wir werden in Paris einrücken, und seien Sie versichert, daß man sehr glücklich darüber sein wird, mit ihm den Frieden abzuschließen."

Bismarck kam auf andere Kombinationen zu sprechen und fragte Favre, ob er diejenige einer Zusammenberufung des Corps législatif unterstützen würde. „Uns ist die Regierungsform gleichgültig — fuhr der Kanzler fort — aber wir suchen die Autorität, welche uns am meisten Sicherheit für den Abschluß des Friedens bietet, und wir finden dieselbe bei dem Kaiser, welcher von der großen Mehrheit der Nation erwählt worden ist. Finden wir diese Autorität nicht beim Kaiser, so werden wir sie bei dem gesetzgebenden Körper finden, welcher den Willen des Volkes darstellt."

Auf Favres Bemerkung, daß der gesetzgebende Körper unmöglich sei, versetzte Bismarck: „Sie irren sich, es giebt eine Kommission des gesetzgebenden Körpers und ich stehe zu derselben in Beziehungen."

Bismarck nannte den Namen einer Persönlichkeit und fragte Favre nach seiner Meinung über letztere. „Ich frage Sie als Advokaten um Rath," sagte er.

„Nun wohl! — erwiderte Favre — als Advokat werde ich Ihnen sagen, daß jene Person sehr ehrenwerth ist; aber ich glaube nicht, daß dieselbe in solchen Beziehungen zu Ihnen steht, und wenn jener Mann übrigens im patriotischen Interesse an etwas dergleichen gedacht hat, ich meinerseits würde mich dagegen aussprechen. Verständigen Sie sich mit dem Kaiser und dem gesetzgebenden Körper. Ich repräsentire meinerseits lediglich Paris; wenn wir geschlagen sind, werden Sie in Paris einrücken und können dann thun, was Sie wollen.

Diese Verhandlungen währten fünf Tage. Bismarck verlangte anfangs die ganze Pariser Garnison, Favre widersprach dieser Forderung. Ersterer wies mit großer Loyalität auf die Gefahr hin, welche Favre dabei laufe. Letzterer sagte darauf: „Ich verhandele nicht mit Ihnen, wenn Sie nicht zugestehen, daß die Garnison nicht nach Deutschland zu gehen braucht."

„Ich mache Ihnen kein großes Zugeständniß — antwortete Bismarck —, denn wir haben schon viel Gefangene."

Große Mühe kostete es Favre, durchzusetzen, daß die französischen Truppen kein Lager beziehen sollten. Bismarck und Moltke wollten zwei Lager festsetzen, eins zu Gennevilliers, das andere zu Saint-Maur; die Offiziere sollten in einem dritten Lager ohne Waffen und getrennt von den Soldaten internirt werden. Favre sagte: „Das werde ich nicht annehmen; die Bevölkerung von Paris würde darüber vor Schmerz vergehen. Mögen die Gefangenen in Preußen bewacht werden, gut! niemals aber in Frankreich. Wir sterben lieber, als daß wir uns einer solchen Erniedrigung unterwerfen."

Bismarck bemerkte: „Sie sind nicht bei Sinnen; die Soldaten, welche in Paris entwaffnet werden, werden fortwährend Gefahren verursachen."

Favre erwiderte: „Sie sind von gutem Geiste beseelt, wir werden denselben aufrecht erhalten; wir sind sehr unglücklich, aber ich werde niemals darein willigen, daß die Truppen ein Lager beziehen, daß sie unter unsern Augen von ihren Wächtern schlechte Behandlung erleiden."

Nach langen Erörterungen willigte Bismarck ein, daß die französischen Truppen nicht nach Deutschland gehen, sondern in Paris verbleiben sollten.

„Bezüglich der Nationalgarde — sagte Bismarck — hat der König folgenden Plan: er ist wohl damit einverstanden, daß die alten sechzig Bataillone der Nationalgarde die Waffen behalten, will aber, daß die übrigen entwaffnet werden."

Favre erwiderte: „Kommen Sie und führen Sie die Entwaffnung aus; ich übernehme es nicht. Wir würden den Bürgerkrieg herbeiführen, welchen wir immer haben vermeiden wollen. Die Nationalgarde enthält sehr schlechte Elemente. Man hat allen Waffen gegeben, welche darum nachsuchten. Ich bin selbst drei Monate interimistischer Minister des Innern gewesen; ich habe vergeblich versucht, Ordnung hineinzuschaffen; ich habe bis zur Erschöpfung dabei gearbeitet, bin aber nicht durchgedrungen; ich habe nichts erreicht, als daß dieser Zustand schrecklicher Unordnung sich verlängerte, welche daraus erwuchs, daß die Nationalgarde Sold empfing, und die Mehrzahl der Nationalgardisten nun ihre 30 Sous oder ihre 2 Franken 75 Centimes täglich haben wollten. Das ist ein schrecklicher Zustand — fügte er hinzu —, welcher uns fast unvermeidlich zu einer blutigen Auflösung zwingt. Aber wir werden dieselbe ohne Sie vornehmen, und ich hoffe noch immer, daß die guten Elemente der Nationalgarde stark genug sein werden, um die schlechten zu unterdrücken; aber noch einmal, wenn Sie die Entwaffnung derselben wollen, rücken Sie in Paris ein und führen Sie dieselbe selbst aus; ich meinerseits übernehme dieselbe nicht."

Vier volle Stunden kostete es Jules Favre, bis er durchsetzte, daß die Armee ihre Fahnen behalten sollte; es mußte zum König und zu Moltke geschickt werden, um dieses Zugeständniß zu erlangen, welches Favre als eine Ehre und einen Trost betrachtete, obgleich die Armee thatsächlich keine Fahnen hatte: sie hatte deren vier, welche sie nicht benutzte, aber auf alle Fälle hat sie dieselben behalten.

Bismarck verlangte außerdem eine Milliarde von der Stadt Paris. Favre fand dies etwas viel, und es gelang ihm, die Forderung auf 200 Millionen herunterzudrücken.

Bismarck zeigte bei der ganzen Verhandlung einen hohen Grad von Offenheit, die auch Favre gern anerkannte. Er sagte selbst zu Favre:

„Wissen Sie schließlich auch, daß ich etwas sehr Gefährliches unternommen habe und Gefahr laufe, zu scheitern und streng beurtheilt zu werden?"

Moltke führte die nämliche Sprache: „Sie beklagen sich immer über harte Bedingungen; ich wage es aber nicht, dieselben meiner Armee zu nennen."

Den größten Widerstand setzte Jules Favre dem Ansinnen des Einzuges der Truppen in Paris entgegen. „Rücken Sie mit Gewalt ein — sagte er zum Kanzler —, wenn Sie es wollen; aber Sie werden niemals mit meiner Zustimmung ein-

ziehen." Einen Augenblick hoffte er durchzusetzen, daß in das Waffenstillstandsabkommen eine Bemerkung aufgenommen werde, wonach den Preußen das Einrücken in Paris vollständig verboten sei.

„Das ist unmöglich — erwiderte schließlich Bismarck —; der König will in eine solche Bestimmung nur für die Dauer des Waffenstillstandes selbst willigen, sonst würde eine Unruhe bei unserer Armee entstehen. Die Soldaten, welche seit dem Monat September hier sind, sind sehr begierig, Paris zu sehen; das ist ihre Eroberung; und wenn ich später einmal auf meinen Besitzungen spazieren ginge und einem an Krücken gehenden Invaliden begegnete, würde ich sagen hören müssen: ‚Da ist der Kanzler! Er hat meinen Ruhm und meine Interessen geopfert; er hat verhindert, daß ich den Invalidendom gesehen habe!'"

Favre mußte also in diese Bestimmung willigen, nicht ohne zuvor langen Widerstand geleistet zu haben; er sagte immer zum Kanzler: „Sie werden nicht auf Grund eines Vertrages, sondern als Eroberer in Paris einziehen." Man kam schließlich überein, daß die preußische Armee nicht während des Waffenstillstandes einziehen sollte, und Bismarck versprach, daß er seinerseits alle Anstrengungen machen würde, damit die Bestimmung erst nach dem Friedensabschluß zur Ausführung gelange.

Bismarck sprach damals folgende bemerkenswerthe Worte zu Favre: „Wir sind sehr unklug, denn wir haben keine Sicherheit, daß Sie Gehorsam finden. Sie sind in Paris geblieben; wir aber, die wir in Versailles sind, wir wissen sehr wohl, was in der Provinz vorgeht. Ihr Land ist sehr erregt, und ich fürchte, daß Herr Gambetta Ihnen nicht Gehorsam leistet." Favre sicherte nichts zu; er sagte nur, er glaube, daß sie Gehorsam finden würden, er könne aber nichts zusichern, Gambetta werde ohne Zweifel dem Waffenstillstand, sobald er davon Kenntniß erhalten, sich unterwerfen, es könne aber auch das Gegentheil eintreten.

In Bezug auf die Zusammenberufung einer Nationalversammlung machte Bismarck nicht die geringste Schwierigkeit.

Von den Friedensverhandlungen war nicht mit einem Wort die Rede; darüber verhandelte erst später Thiers mit Bismarck.

In anderem Zusammenhang gab Jules Favre später noch folgende ausführlichere Mittheilungen über die Verhandlungen mit Bismarck.

Gleich nach dem Empfang beim Kanzler sagte Jules Favre zu demselben, daß sie in Paris noch auf sechs Wochen Lebensmittel hätten, daß sie beschlossen hätten, eine neue militärische Aktion zu unternehmen, und führte als Beweis dafür die Entlassung des Generals Trochu an; er sagte, die Bevölkerung von Paris sei fieberhaft aufgeregt, er sei nur mit Gefahr seines Lebens zu ihm gekommen; dies war vollkommen richtig, denn er hätte nicht am hellen Tage aufbrechen dürfen. Favre fügte hinzu: „Paris ist im Begriff, sich auf Ihre Linien zu stürzen; ich weiß nicht, welchen Ausgang diese Aktion haben wird, sie kann mißlingen; um ein unnützes Opfer zu

vermeiden, schlage ich Ihnen folgende Bedingungen vor.“ Favre stellte seine Bedingungen.

Darauf antwortete Bismarck:

„Es ist zu spät; ich habe schon mit der Kaiserlichen Familie unterhandelt.“

(Dies war so zu sagen eine Finte Bismarcks, die Antwort auf Jules Favres Versicherungen in betreff der glänzenden Lage von Paris.)

Später sagte Bismarck, er befinde sich drei Prätendenten gegenüber, dem Kaiser Napoleon, der Regentschaft und dem Prinzen Napoleon; es stehe ihm frei, mit dem einen oder andern dieser drei Repräsentanten des Kaiserlichen Regimes zu unterhandeln. Bismarck nannte Jules Favre selbst die Person, welche sich mit den betreffenden Unterhandlungen befaßt hatte. Er bemerkte:

„Ich bitte um Ihre Ansicht über die Person; das ist gewissermaßen eine Advokatenkonsultation.“

Favre sagte ihm seine Ansicht über jene Persönlichkeit und setzte hinzu, er glaube nicht, daß eine solche Kombination möglich sei. Die Unterredung dauerte bis elf Uhr abends und drehte sich nur um die Möglichkeit, ob auf Grundlage der von Favre gestellten Bedingungen in Unterhandlungen eingetreten werden könne. Diese Grundlagen sind bereits erwähnt. Favre hatte mit seinen Kollegen nicht darüber gesprochen. Er erklärte Bismarck, als er seine Bedingungen nannte: „Wenn Sie die von mir bezeichneten Grundbedingungen nicht annehmen, so ist, als ob nichts geschehen; wir werden uns schlagen. Nach der Schlacht werden Sie in Paris einziehen, Sie werden thun, was Ihnen beliebt, Sie werden Paris regieren, wie Sie wollen; was uns betrifft, wir werden vollständig zurücktreten. Sie werden in Paris die Regierung führen, und wir werden in keiner Weise die Leitung der Angelegenheiten auf uns nehmen, wenn die preußische Flagge über Paris weht; Sie werden uns als Gefangene wegführen, wenn es Ihnen angemessen erscheint. Meine Bedingungen sind: ein Waffenstillstand — Favre weigerte sich, über den Frieden zu unterhandeln —; Berufung der Nationalversammlung; die preußische Armee zieht nicht in Paris ein; die Pariser Armee bleibt gefangen in Paris und geht nicht nach Deutschland.“ Wie es mit der Nationalgarde gehalten werden sollte, kam noch nicht zur Sprache. Bismarck wollte zuerst auch diese haben; Favre widersetzte sich; das würde ein Bruch seiner Bedingungen sein. Die Nationalgarde sollte ihre Waffen behalten.

Diese Bedingungen stellte Favre dem Kanzler. Am Schluß der Unterredung, als der Kanzler sich zurückziehen wollte, bat er Jules Favre, ihm dieselben schriftlich zu formuliren. Favre machte in dieser Hinsicht einige Bemerkungen; er sagte zu Bismarck, wenn die Unterhandlungen mißlängen, könnte Letzterer dieses Schriftstücks sich bedienen.

Bismarck erwiderte:

„Auf mein Edelmannswort, nur um es dem König zu zeigen, um ihm die Grundlagen unserer Unterredung mitzutheilen.“

Favre nahm einen Bleistift und schrieb diese vier Bedingungen nieder.

In der Abendbesprechung zwischen Bismarck und Jules Favre vom 23. Januar handelte es sich eigentlich nur darum, gegenseitig festzustellen, ob es möglich sei, mit Aussicht auf Erfolg in eigentliche Verhandlungen einzutreten. Bismarck erklärte ausdrücklich, er wolle vor dem Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen die Basis derselben noch mit dem König besprechen. Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst am 24. Januar.

An diesem Tage (24. Januar) dauerten die Verhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre von 1 bis 5 Uhr. In dieser Sitzung wurde bereits ein Einverständniß über die hauptsächlichsten Punkte erzielt. Bismarck eröffnete dieselbe mit dem Bemerken, der König habe ihn ermächtigt, mit Favre in die Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten.

In Bezug auf den Einzug der Deutschen in Paris war an diesem Tage ein Zugeständniß Bismarcks von Jules Favre nicht erreicht worden. Der Letztere hatte in dieser Frage dem Kanzler gegenüber einen besonders schwierigen Stand. Bismarck sagte, diese Bedingung würde auf ein fast absolutes Hinderniß stoßen: den Willen des Königs und der Generale. Favre erreichte den Waffenstillstand, die Nationalversammlung, das Versprechen, daß die Armee nicht als kriegsgefangen weggeführt werden sollte, daß die Offiziere ihre Waffen behalten sollten; er erlangte außerdem — und er legte dieser Bestimmung eine sehr natürliche Wichtigkeit bei —, daß die französischen Soldaten kein Lager beziehen sollten. Man hat ihm darüber viel Vorwürfe gemacht, aber das Gefühl, welches ihn dabei leitete, ist leicht zu verstehen.

Bismarck sagte ihm: „Was die Gefangenen anbetrifft, so werde ich über Ihren Wunsch, daß wir dieselben nicht nach Deutschland wegführen möchten, mit dem König sprechen. Wir sehen übrigens darin auch gar keinen Nutzen." Favre würde dies auch als kein Zugeständniß Bismarcks angesehen haben: Preußen hatte schon eine enorme Zahl Gefangener und hatte kein Interesse, sich neue Lasten aufzuerlegen. Es wurde gesagt, die Gefangenen sollten in Paris bleiben, aber in zwei Lagern vertheilt werden: eins in der Ebene von Gennevilliers, das andere in St. Maur; die Offiziere sollten in St. Denis internirt werden. Favre widersetzte sich diesen Absichten und sagte, er würde dies nicht dulden können; er wollte lieber alles abbrechen, als die französischen Soldaten als Gefangene unter den Mauern von Paris sehen. Bismarck machte Bemerkungen aller Art; er sagte zu Favre:

„Es liegt in Ihrem Interesse, da entwaffnete, besiegte Soldaten in einer großen Stadt, inmitten der Erregungen aller Art, eine erhebliche Gefahr werden können."

Favre entgegnete, er verberge sich diese Gefahr nicht, welche er wie Bismarck erkenne, er habe aber zu der Bevölkerung von Paris ebenso wie zu der Nationalgarde großes Vertrauen; er hoffte, daß diese Soldaten im Zaum gehalten werden

würden. Bismarck willigte, nachdem er mit Moltke Rath gepflogen hatte, in diese Forderung.

Im Laufe der Unterredung bemerkte Jules Favre:

„Ich bin mit allgemeinen Vollmachten hier; aber diese allgemeinen Vollmachten können nicht auf alles Anwendung finden; ich bin Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ich begreife wohl, daß ich über Fragen verhandle, welche zu meinem Ressort gehören, und selbst über diejenigen, welche die allgemeine Politik berühren, aber bezüglich der militärischen Fragen bin ich vollständig inkompetent."

Bismarck erwiderte: „Wir sind alle Beide in solcher Lage, daß unsere Unterschrift genügt. Ich kann meinerseits jede Art von Vertrag abschließen, und Sie können es gleichfalls thun: Sie sind von Ihrer Regierung ermächtigt. Diese Regierung acceptire ich, wie sie eben ist; ich glaube, daß wir alles zwischen uns Beiden abmachen können."

Favre kehrte am 24. abends mit diesen Bedingungen nach Paris zurück; er theilte die letzteren dem Ministerrate mit, und es wurde vereinbart, daß er am folgenden Tage wieder nach Versailles gehen sollte, weil dies natürlich nur die allgemeinen Bedingungen waren.

Am folgenden Tage, den 25. Januar, fand die dritte Unterredung zwischen Bismarck und Jules Favre statt.[1]

Am nächsten Tage (26. Januar, vierter Verhandlungstag) sprach Jules Favre Bismarck gegenüber wiederholt den Wunsch aus, zur Berathung dieser Dinge einen französischen Militär hinzuzuziehen. Bismarck, der hierüber inzwischen mit Moltke gesprochen hatte, erwiderte: „Gestern sagte ich Ihnen, daß wir keinen brauchen; damals wußte ich eben noch nicht, ob wir über diese Fragen endgültig zu befinden hätten. Jetzt liegt allerdings die Nothwendigkeit vor, daß Sie morgen einen General mitbringen." Bismarck setzte hinzu: „Ich möchte den Chef des Generalstabes des Generals Trochu, den General Schmitz. Wir kennen nur die Regel: Eine Kapitulation muß der Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers unterzeichnen."

---

[1] Kohl bemerkt in seinen Bismarck-Regesten, Favre sei an diesem Tage von dem General de Beaufort d'Hautpoul und Graf d'Hérisson begleitet gewesen. Kohl hat sich hier wohl durch eine falsche Angabe in Favres Bericht irreführen lassen. Hätte er die einschlägigen Quellen geprüft, so hätte er ersehen, daß General Beaufort Favre Freitag, den 27. Januar nach Versailles begleitete und nicht Mittwoch, den 25. Januar. Vergl. die Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale. Rapports VI. Rapport de M. de Rainéville sur les actes diplomatiques du Gouvernement de la défense nationale No. 1416c p. 83, außerdem den weiter unten citirten Calvelschen Bericht; auch aus M. Busch, Graf Bismarck und seine Leute (Originalausgabe Bd. II. S. 283 ff.) geht das richtige Datum hervor.

In betreff der französischen Ostarmee und Belforts ist noch folgendes hervorzuheben. In dem von Jules Favre redigirten Waffenstillstandsvertrag war vorgeschlagen, daß derselbe auf alle sich kampfbereit gegenüberstehenden Streitkräfte Anwendung finden sollte, und Favre hatte angenommen, daß nach Proklamation des Waffenstillstandes Jeder in seinen Positionen verbleiben solle, und daß hiernach an Ort und Stelle die Demarkationslinie für die Armeen festgestellt werden sollte. Als die Ausführung dieses Planes zur Sprache kam, bemerkte Bismarck, er wolle Belfort bestimmt von dem Waffenstillstand ausgeschlossen haben. Bismarck forderte die Uebergabe von Belfort als Bedingung des Waffenstillstandes. Zu einer Lösung der Frage kam man auch hinsichtlich dieses Punktes erst, als die Militärs, zuerst General Beaufort, dann General Valdan anwesend waren. Ganz zuerst war von seiten Bismarcks die Abtretung von Belfort zur Sprache gebracht worden; Favre hatte dies abgelehnt.

„Nun wohl — sagte Bismarck —, Belfort soll nicht in den Waffenstillstand miteinbegriffen sein.“

Favre erwiderte: „Was machen Sie dann aber mit der Armee, welche um Belfort steht?“ Jules Favre war damals noch in dem Glauben, daß Bourbaki gesiegt habe; er glaubte, die Ostarmee wäre die einzige, die nicht geschlagen worden sei.

Bismarck sagte hierauf, General Bourbaki sei vor Héricourt geschlagen worden. die Kriegsoperationen seien im Gange, es sei absolut unmöglich, zu wissen, wo die beiden Heere ständen. Aus diesem Grunde schlug er vor, die Demarkationslinie, welche die Ostarmee von der ihr gegenüberstehenden Armee trennen sollte, nicht festzustellen, weil er, wie er sagte, fortwährend eine entscheidende Nachricht erwartete. Der Telegraph war abgeschnitten; es war nicht möglich, anders als durch Reiter Depeschen zu erhalten. Bismarck sagte: „Warten wir auf Nachrichten von der Ostarmee, ehe wir den Waffenstillstand abschließen.“ Er konnte sich noch nicht vorstellen, warum Favre so pressirt war.

Nach späteren Erklärungen Favres verlief die Verhandlung betreffs Belforts wie folgt:

Zuerst stellte Bismarck die ausdrückliche Bedingung, daß Belfort übergeben werde, was Favre peremtorisch verweigerte. Bismarck lehnte nicht weniger bestimmt ab, die Belagerung der Festung aufzuheben. Auf französischer Seite war man in Unkenntniß über die Situation und das Schicksal der Ostarmee. Letztere konnte dem belagerten Platz werthvolle Unterstützung leisten. Es wurde gesagt, daß, um die Lage dieser Armee zu regeln, erst noch Nachrichten, die jeden Augenblick eintreffen müßten, abzuwarten wären. Unglücklicherweise trafen solche Nachrichten vom 24. bis 28. nicht ein, oder man theilte dieselben wenigstens den Franzosen nicht mit.[1] Paris befand sich in der äußersten Nothlage; die Regierung der

[1] Die obenstehende Darstellung bezeichnete Bismarck in margine als richtig. Sie beruht auf einer schriftlichen Mittheilung Favres an die Enquêtekommission.

Nationalvertheidigung durfte nicht die geringste Verzögerung eintreten lassen, ohne Paris der Gefahr auszusetzen, vor Hunger umzukommen. Wenn die französische Regierung nicht unterhandelt hätte, so mußte sie sich an diesem Tage auf Gnade oder Ungnade ergeben. Es wurde deshalb vereinbart, daß die Abgrenzung der neutralen Zone für die Ostarmee erst vorgenommen werden sollte, sobald man die respektiven Positionen der Kriegführenden kenne, und daß in demselben Augenblick auch die Feindseligkeiten aufhören sollten.

Gegen Abend waren die Unterhändler sicher, daß sie zu einem befriedigenden Ergebniß gelangen würden; es war 8 Uhr, als Bismarck und Favre übereinkamen, um Mitternacht dem Feuer der Geschütze Schweigen zu gebieten. Mit Aufwand aller Kräfte vermochte Favre erst um 10 Uhr Paris zu erreichen.

Ueber den nächsten Verhandlungstag, den 27. Januar 1871, geht Jules Favre verhältnißmäßig schnell hinweg; er bemerkt nur, er habe sich an demselben mit dem General Beaufort zu Bismarck begeben. Nur schien ihm nach der Verhandlung Beaufort nicht die geeignete Persönlichkeit; er bereitete Favre viel Sorge, und als er mit demselben nach Paris zurückkehrte, sagte er zu den Herren von der Regierung: „Ich kann mit Beaufort nicht wieder nach Versailles kommen; befolgen wir die Regel, und geben Sie mir den Chef des Generalstabes General Valdan.“

Als der Waffenstillstand abgeschlossen war, ersuchte Jules Favre Bismarck um einen Passirschein für einen Offizier und ein Mitglied der Regierung. Er hielt es für unerläßlich, diese zwei Delegirten zu entsenden, den ersteren behufs Regelung der Ausführung des Waffenstillstandes, den zweiten, um die Nationalversammlung nach Einvernehmen mit Herrn Gambetta zu berufen. Bismarck schlug Favre vor, eine Depesche folgenden Inhalts an Gambetta nach Bordeaux abzusenden: „Nous avons signé un armistice, faites-le immédiatement exécuter partout.“ Diese Depesche, welche wegen ihrer allgemeinen Fassung und ihren Wirkungen auf die französische Ostarmee seitens der Gambettisten viele Anfechtungen erlitt, schrieb Favre mit derselben Feder, mit welcher er die Kapitulation gezeichnet hatte, um 11 Uhr nachts. Daß Favre die Depesche unter den Augen und unter der Kontrolle Bismarcks geschrieben habe, wie er selbst später behauptet hat, ist von Bismarck als unrichtig bezeichnet. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß der Tenor zwischen Bismarck und den französischen Unterhändlern vereinbart worden sei. Bismarck hat auch diese Behauptung Favres als eine unrichtige bezeichnet. Die Fassung der Depesche rührt von Favre, nicht von Bismarck her. General Valdan war bei deren Abfassung zugegen.[1]

[1] Die obige Depesche war für Frankreich verhängnißvoll, und Jules Favre suchte auf alle Weise die Schuld für deren Redaktion auf Bismarck zu schieben.

Nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes (28. Januar) ging Jules Favre ungefähr vierzehn Tage fast alle Tage nach Versailles, um die Ausführung des Vertrages zu besprechen.[1] Er brachte, wie er sagte, „daselbst fast sein Leben zu".

In den beiden auf die Unterzeichnung des Waffenstillstandes folgenden Tagen, also am 29. und 30. Januar 1871, drang Jules Favre vergeblich in Bismarck, die verabredete Abgrenzung vornehmen zu lassen; derselbe gab ihm die Versicherung, daß diese Abgrenzung am 30. oder 31. erfolgen werde; am 1. Februar aber schrieb Favre an den Kanzler und protestirte gegen die Besetzung von Abbeville, welche ihm durchaus gegen den Sinn der Konvention zu sein schien; er richtete lebhafte Reklamationen dagegen, daß der Kanzler den General Garibaldi von dem Waffenstillstand ausschließen wollte, und sagte bezüglich der Operationen der Ostarmee zu ihm: „Eure Excellenz haben mir die Ehre erwiesen, mir zu sagen, daß der General v. Manteuffel mit Herrn Bourbaki oder Herrn Clinchant sich verständigt habe. Aber Sie schienen in Bezug auf Garibaldi einen Vorbehalt zu machen."

Am 31. Januar abends oder im Laufe des Tages theilte Bismarck Jules Favre mit, daß, wenn er Garibaldi in die Hände bekommen könnte, er ihn erschießen lassen würde.

Favre hielt dies für einen schlechten Scherz.

Bismarck, der an diesem Tage sehr leidend war, sagte zu ihm, er verdamme ihn zu einer Lebensweise, welche ihn umbringen werde; das war sein gewöhnlicher Ausdruck. Beide Staatsmänner arbeiteten den ganzen Tag; Bismarck konnte weder ausgehen noch zu Pferde steigen. Eines Tages bat er für den folgenden Tag um Urlaub.

Favre war selbst auch außerordentlich ermüdet; er hatte viele rückständige Sachen in Paris zu erledigen; es wurde zwischen beiden Staatsmännern verabredet, daß Favre am folgenden Tag nicht nach Versailles kommen sollte. Bei der Rückkehr gegen Mitternacht erstattete Favre dem Ministerrathe Bericht über das Vorgefallene; bei dieser Gelegenheit sagte der General Trochu zu Favre: „Sie kennen aber diese Leute nicht."

Man hatte in Paris keinerlei Nachricht von der Ostarmee oder von Garibaldi. Man wollte sich darüber Aufklärung verschaffen, und Favre reiste am nächsten Tage nach Versailles. Er hatte mit Bismarck eine sehr lebhafte Unterredung. Bismarck schien nicht verstehen zu wollen, was Favre zu wissen wünschte. Letzterer ging zu Moltke, welcher ihm sogleich völlig recht gab. Bismarck behauptete, General Garibaldi sei ein Freibeuterführer und habe nicht das Recht, gegen Preußen Waffen zu tragen. Favre erwiderte, wenn Garibaldi unter französischer Fahne

[1] Kohl erwähnt in seinen Bismarck-Regesten nur ein einmaliges Zusammentreffen Bismarcks mit Jules Favre in diesem Zeitraum (am 10. Februar 1871).

marschire, sei er auch unter ihrem Schutze; es sei unmöglich, daß er nicht in den Waffenstillstand mit eingeschlossen wäre.[1]

Als die französische Assemblée nationale im Begriff stand, zusammenzutreten,[2] fragte Jules Favre den Bundeskanzler nach den Friedensbedingungen und sagte zu demselben: „Die Nationalversammlung tritt zusammen; wenn Sie wollen, theilen Sie mir Ihre Bedingungen vertraulich mit; ich werde das Weitere vorbereiten können."

Bismarck lehnte dies ab, und Favre ging nach Bordeaux, ohne irgendwie seine Bedingungen zu kennen.[3]

Versailles, den 21.—26. Februar 1871. Verhandlungen Bismarcks mit Thiers und Jules Favre über den Abschluß des Präliminarvertrages.[4]

Dienstag, den 21. Februar 1871.

Thiers und Jules Favre verließen Bordeaux am 19. Februar und kamen am 20. Februar in Paris an; es war keine Zeit zu verlieren, denn am 21. Februar lief die Waffenruhe ab.

Am selben Tage traf Thiers, zunächst von Jules Favre nicht begleitet,[5] in Versailles ein. Bismarck empfing, so berichtet Jules Favre, Herrn Thiers mit großer Artigkeit. Er bezeugte ihm lebhaft alle Sympathien, die sein Charakter, seine hohe Stellung im Staate und die Schicksalsschläge verdienten, die er vergeblich versucht hatte, abzuwenden. Er bewilligte ohne weitere Erörterung eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis 26. Februar Mitternacht mit dem Versprechen eventueller weiterer Erneuerung; aber er zeigte sich unbeugsam bei Mittheilung der seiner Angabe nach unabänderlichen Bedingungen, welche der König ihm als Ultimatum zu stellen befohlen habe. Frankreich sollte auf das ganze Elsaß, einschließlich Belfort, auf die Stadt und die Festungsanlagen von Metz, sowie auf den größten Theil der Departements Mosel und Meurthe verzichten und außerdem sechs Milliarden zahlen.

---

[1] Nach einer anderen Notiz sagte Bismarck zu Jules Favre in Bezug auf die Lage der französischen Ostarmee, daß Herr v. Manteuffel sich mit den französischen Generalen verständigt habe. Es war vereinbart worden, daß die Demarkation der Armeen festgesetzt werden sollte, sobald man Nachrichten von der Ostarmee erhalten habe.

[2] Das war am 12. Februar 1871.

[3] Einige weitere Referate über die obenstehenden Verhandlungen Bismarcks mit Jules Favre vom 23. Januar bis 1. Februar finden sich in meinem Bismarck-Portefeuille Bd. II. S. 108—119.

[4] Nach dem Werke von Jules Favre: Simple récit d'un membre du Gouvernement de la défense nationale. Bd. III. S. 89 f.

[5] Es ist ein Irrthum, wenn in Kohls Bismarck-Regesten unter dem 21. Februar 1871 von einem Besuche von Thiers und Favre die Rede ist. Thiers wollte absichtlich bei diesem ersten Besuche Bismarcks allein sein. (Simple récit etc. S. 89.)

Thiers verbarg seine Bestürzung nicht. Er sagte dem Kanzler, er täusche sich sehr, wenn er glaube, Frankreich sei bis zu dem Grade erschöpft, entehrende oder unmöglich auszuführende Bedingungen annehmen zu müssen; von dem Lande seine zwei schönsten Provinzen zu fordern, ihm die Bewohner derselben gegen ihren Willen unter Mißachtung ihrer Gesinnungen und Gefühle wegzunehmen, sei ein Akt der Gewalt, dem es sich, wie er fürchte, nicht fügen könne. Was die geforderte Kriegskostenentschädigung anbetreffe, so erreiche dieselbe eine so fabelhafte Summe, daß es schwer wäre, die Bestimmung als ernstgemeint zu betrachten. Die Einbildungskraft versage dabei, sich eine Finanzoperation vorzustellen, die zur Deckung einer solchen Last nothwendig wäre. Sie würde nicht nur mehr als das Doppelte der Gesamtersparnisse der Nation verschlingen, sondern auch ihre Kapitalisten und Besitzenden ruiniren und in ganz Europa eine Münzstörung erregen, die zu einer öffentlichen Kalamität werden würde. Thiers erklärte, er werde darüber der von der Nationalversammlung ernannten und aus Bordeaux in Paris zu seiner Unterstützung eingetroffenen Parlamentskommission berichten. Er hätte nur wenig Hoffnung, daß sie den von einem unerbittlichen Sieger eröffneten Weg beschreiten werde; er wäre im voraus sicher, daß sie wie er selbst die Unmöglichkeit des Opfers einsähe, zu dem man sie verurtheilen wolle. Thiers bat, den König sprechen zu dürfen: er gab die Hoffnung nicht auf, ihn von der Richtigkeit dieser Erwägungen zu überzeugen.

Bismarck holte die Befehle des Königs ein; der König ließ mittheilen, er würde Herrn Thiers gern empfangen, jedoch ließ er ihn bitten, sich jeder politischen Erörterung mit ihm zu enthalten, da er die Gewohnheit habe, von der er nicht abzugehen gedenke, dem Bundeskanzler ausschließlich die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zu überlassen.

Unter diesen Verhältnissen fand die Unterredung statt.

Mittwoch, den 22. Februar 1871.

Auch an dem zweiten Verhandlungstag begab sich Thiers ohne Begleitung von Jules Favre[1] nach Versailles. Er hoffte, Bismarck zu erweichen und ihm Metz zu entreißen, dessen Opfer ihm großen Schmerz bereitete. Er wollte ihm auch die Ansicht der Parlamentskommission über die Unmöglichkeit für Frankreich, sechs Milliarden zu zahlen, mittheilen. Der Kanzler blieb unbeugsam. Er schien sogar unzufrieden und überrascht über die Vorstellungen des Unterhändlers. Er wiederholte ihm mehrmals, das, was ihm als übertrieben erscheine, werde in Deutschland als ungenügend angesehen. Die bedeutendsten Leute dieses Landes schätzten das Lösegeld Frankreichs auf zwölf und sogar sechzehn Milliarden und wollten durch genaue Rechnungen beweisen, daß diese Summe nicht den Betrag des erlittenen Schadens

[1] Horst Kohl begeht auch hier wieder ein Versehen, indem er Thiers und Jules Favre mit Bismarck verhandeln läßt.

erreiche. Auch lege man die Herabsetzung der Kriegskostenentschädigung auf sechs Milliarden als Schwäche aus. Er fügte hinzu, eine lange Erörterung wäre unnütz, er werde einen Vertrag ausarbeiten lassen, dessen Artikel einzeln zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden könnten; der König habe ihm den formellen Wunsch ausgesprochen, eine erneute Verlängerung des Waffenstillstandes zu vermeiden. Es handle sich nur um einige kurze, leicht zu beurtheilende Bestimmungen, welche Anlaß zu ernstlichen Kontroversen nicht bieten könnten, da sie ein thatsächliches Ultimatum bildeten.

Thiers hatte darüber schon lange nachdenken müssen; sein Entschluß war seit lange gefaßt. Es war ihm leicht, ja oder nein zu sagen. Gleichwohl wehrte er sich kräftig gegen dies Vorgehen. Indem er nach Versailles gekommen sei, hätte er nicht der Hoffnung entsagt, angehört zu werden. Auch wiese er als eine Beleidigung den Zwang zurück, dem man ihn unterwerfen zu wollen scheine, indem man ihn nöthige, stillschweigend einen Akt zu unterzeichnen, der sein Land zerstückele und ruinire. Er füge Preußen nicht die Beleidigung zu, es für vollständig unzugänglich, wenn nicht für Gerechtigkeit, so doch wenigstens für Vernunftgründe zu halten. Es sei übrigens nicht mehr mit jener schrecklichen Gewalt ausgerüstet, welche man Völkerrecht nenne. Indem es den Waffenstillstand unterzeichnet, habe es sich verpflichtet, in Verhandlungen mit der zu dem Zweck berufenen Nationalversammlung einzutreten. Verhandeln heiße diskutiren, sich gegenseitig aufklären und sogar von einer Forderung abstehen, wenn das Interesse der beiden Kriegführenden es verlange. Er werde es sich nicht versagen, seine Ansichten bei der Prüfung des Entwurfs darzulegen. Aber er behalte sich ausdrücklich das Recht vor, Abänderungen desselben vorzuschlagen.

Auf diese Darlegung erfolgte keine Antwort. Der Kanzler versuchte keine Widerlegung. Indem er auf die Kriegskostenentschädigung von sechs Milliarden zurückkam, wollte er zeigen, daß sie weder übermäßig hoch, noch schwer zu zahlen wäre.

„Wir haben alles vorgesehen — sagte er — und wir sind sehr geneigt, Ihnen aus der Verlegenheit zu helfen. Zwei von unseren angesehensten Finanzmännern haben eine Kombination ersonnen, welche die Zahlung dieser scheinbar so ungeheuren Summe Ihnen geradezu leicht machen würde. Wenn Sie ihre Unterstützung annehmen, werden wir einen großen Theil der Frage schon erledigt haben, der Rest wird keine Mühe machen.“

In der That präsentirten sich folgenden Tages die beiden angekündigten Persönlichkeiten. Es waren die Herren Bleichröder[1] und Graf v. Henckel. Die beiden Finanzmänner waren von außerordentlicher Liebenswürdigkeit und von höflichster Zuvorkommenheit, allein die Kommission war nicht geneigt, ihre „theueren“ Dienste in Anspruch zu nehmen, trotzdem sie dieselben mit einer gewissen Beharrlichkeit anboten.

---

[1] Jules Favre nennt denselben in seinem Werk (S. 96): „Black-Schröder“.

Donnerstag, den 23. Februar 1871, und Freitag, den 24. Februar 1871.

Am 23. Februar begab sich Thiers wiederum nach Versailles, dieses Mal begleitet von Jules Favre, der von nun ab bei allen folgenden Konferenzen zugegen war. Als Bismarck die französischen Unterhändler sah, kündigte er denselben an, daß er vom Könige eine Herabsetzung der Kriegsentschädigung um eine Milliarde erlangt habe.

Die Unterhändler versuchten diese enorme Entschädigung im Prinzip zu bekämpfen. Sie gaben zwar zu, daß sich der Sieger die Kosten des Krieges und selbst eine dem erlittenen Schaden angemessene Entschädigungssumme zahlen lasse. Sie bestritten ihm aber das Recht, auf seinen Erfolg hin zu spekuliren und sich auf Kosten des Besiegten zu bereichern. Seit langer Zeit werde der Raub von den zivilisirten Nationen verdammt. Sie verdammten ihn selbst während eines Krieges, und wenn es einem Truppenführer erlaubt sei, seinen Leuten durch Zwangsrequisitionen die nöthigen Lebensmittel zu verschaffen, so sei es ihm doch verboten, sich die Habe der Einwohner anzueignen und sie ihnen als Beute abzunehmen. Um so viel mehr sei es gegen die überall beachteten sozialen Gesetze, in einem Vertrage festzusetzen, daß die siegreiche Nation nach Erlangung eines zur Deckung ihrer Verluste mehr als genügenden Tributs sich auch noch der Schätze der von ihr besiegten Nation bemächtige.

Indem Thiers und Jules Favre diesen elementaren Rechtssatz auf die Lage der Franzosen anwendeten, führten sie aus, daß Deutschland beim Empfang von zwei Milliarden mehr als schadlos aus dem Kampfe hervorgehe; fünf Milliarden von Frankreich zu fordern, sei ein veritabler Raub.

Bismarck bestritt diese Theorie nicht, führte aber an, daß die Kosten des Krieges allein zwei Milliarden ausmachten, rechne man hierzu die Pension der Verwundeten, die Unterstützungen für Witwen und Waisen, die Kosten aller Art, für welche die Regierung Vorsorge treffen müsse, die Belohnungen des Heeres, den Ersatz des zerstörten Materials, die Entschädigungen für die während des Krieges aus Frankreich vertriebenen Deutschen sowie für die Rheder und Besatzungen der von den Franzosen gekaperten Schiffe, den Unterhalt und die Löhnung der französischen Gefangenen, so komme man auf über fünf Milliarden. Preußen könne also bei dieser Ziffer bestehen bleiben, ohne angeklagt zu werden, daß es die von den französischen Unterhändlern angerufenen Grundsätze verletze, demzufolge sei es nicht zeitgemäß, darüber zu diskutiren.

Alles, was vom Gesichtspunkte des Völkerrechts vorgebracht werden konnte, war gesagt. Bismarck wollte die Grundsätze der französischen Unterhändler nicht anerkennen. Nach seiner Meinung rechtfertigte die Nothwendigkeit die Eroberung. Vor allem für seine Sicherheit besorgt, hätte Deutschland das Recht, sich die Ländergebiete und Festungen anzueignen, welche ihm eine solche gewährleisteten, und hätte sich keineswegs um das Schicksal und die Gesinnungen der französischen Bevölkerung zu kümmern.

Der Kanzler schien auch von dem Argument, daß der Verlust der französischen Provinzen unvermeidlich später einen Krieg zur Folge haben müßte, nicht sehr betroffen. Er erwiderte: „Das leuchtet uns ein, wir rechnen auf einen Zusammenstoß und hoffen, nicht überrascht zu werden."

Die französischen Unterhändler machten mit aller Energie, deren sie fähig waren, die Erwägungen geltend, welche die Stadt Metz dem Unglück einer preußischen Annexion entziehen müßten. Ihre Bemühungen waren unnütz. Sie wären es auch bezüglich Belforts gewesen, wenn Thiers nicht in seinem Muthe, in seinem Patriotismus, in seinem Schmerze so überzeugende Ausdrücke gefunden hätte, daß Bismarck sich rühren ließ.

„Man muß dieser großartigen Scene — bemerkt Jules Favre in seinem oben erwähnten Werke — angewohnt haben, um sich einen Begriff von den übermenschlichen Anstrengungen zu machen, welche der Chef der Exekutivgewalt bei dieser Gelegenheit entfaltete. Ich sehe ihn noch vor mir, bleich, aufgeregt, zitternd fast, wie er bald aufstand, bald sich niedersetzte; ich höre noch seine von Schmerz gedämpfte Stimme, seine abgerissenen Sätze, seine gleichzeitig flehende und stolze Rede, und ich kenne nichts Erhabeneres, als den Schmerz dieser noblen Seele, der bald in Klagen, bald in Drohungen, bald in Bitten ausbrach, bald schmeichelnd, bald schrecklich wurde — einen Augenblick zum Aeußersten bereit, angesichts der unerbittlichen Härte."

War es in der That möglich, die Verhandlungen abzubrechen, wenn Belfort den französischen Unterhändlern bis zum Schluß verweigert worden wäre? Thiers glaubte es nicht. Er handelte aber so, als ob er dazu entschlossen wäre. Als er mit seiner unnachahmlichen Beredsamkeit das Außerordentliche der französischen Opfer, die unerhörte Härte, welche ihnen neben der Verstümmelung ihres Gebiets das erdrückende Lösegeld auferlege, die alten Bande, welche Frankreich mit einer Stadt, die nie zu Deutschland gehört und nichts Germanisches habe, verbinden, geltend machte und die Unbeugsamkeit des deutschen Unterhändlers sah, rief er aus: „Nun wohl, Herr Graf! diese Unterhandlungen sind nichts als eine Finte. Es hat den Anschein, als ob wir berathen, aber wir sollen lediglich Ihr Joch passiren. Wir verlangen von Ihnen eine absolut französische Stadt, Sie verweigern sie uns: das heißt zugeben, daß Sie gegen uns zu einem Vernichtungskrieg entschlossen sind. Führen Sie ihn. Verwüsten Sie unsere Provinzen, verbrennen Sie unsere Häuser, erwürgen Sie unsere unschuldigen Einwohner; mit einem Wort, vollenden Sie Ihr Werk. Wir werden bis zum letzten Athemzug kämpfen; wir werden unterliegen, wir werden aber wenigstens nicht entehrt sein!" Das war der Sinn, wenn auch nicht der Wortlaut der heftigen Ansprache.

Bismarck schien erregt. Thiers Erregung hatte ihn ergriffen; er antwortete, er begriffe seinen Schmerz und würde glücklich sein, ihm ein Zugeständniß machen zu können. „Aber — fügte er hinzu — es steht mir nicht zu, Ihnen etwas zu versprechen, was ich nicht bewilligen kann. Der König hat mir befohlen, diese

Bedingungen aufrecht zu erhalten, er allein hat das Recht, sie abzuändern. Ich muß seine Befehle einholen. Es kommt indes darauf an, daß ich mit Herrn von Moltke konferire. Habe ich seine Zustimmung, werde ich kräftiger dafür eintreten können.

Bismarck ging hinaus. Nach einer Viertelstunde kehrte er zurück; der König mache einen Spaziergang und werde erst zum Diner zurück sein. Herr von Moltke war ebenfalls abwesend. Man kann sich die Aufregung der beiden Franzosen denken; sie erreichte ihren höchsten Grad, als ungefähr nach einer halben Stunde Moltkes Erscheinen angesagt wurde. Die Franzosen sahen ihn aber nicht, Bismarck schloß sich mit ihm ab.

„Ich glaube nicht — schreibt Herr Favre —, daß jemals ein Angeklagter dem Verdikt mit so fieberhafter Angst entgegenharrte als wir. Wir waren stumm und verstört."

Endlich öffnete sich die Thür, und auf der Schwelle stehend sagte der Kanzler: „Ich habe, dem Willen des Königs folgend, den Einzug unserer Truppen nach Paris fordern müssen. Sie haben mir Ihre Befürchtungen auseinandergesetzt und die Weglassung dieser Klausel erbeten. Wir verzichten darauf, wenn Sie uns Belfort lassen."

Bismarck vermuthete, daß die Franzosen nicht der Versuchung würden widerstehen können, die Hauptstadt der Berührung mit dem Sieger zu entziehen. Er hatte nicht vergessen, daß, als Favre ihm den Waffenstillstand antrug, derselbe den Ausschluß des deutschen Heeres als absolute Bedingung aufgestellt hatte. Er hatte Jules Favres Betrübniß bemerkt, als er ihm am Tage seiner Abreise nach Bordeaux angekündigt hatte, daß es ihm nicht möglich sein würde, seine Soldaten vor den Mauern von Paris zurückzuhalten, wenn thörichte Proklamationen sie zum Ueberschreiten derselben herausforderten.

Schließlich hatte er die dringenden Bitten der französischen Unterhändler hinsichtlich dieses Punktes gehört: sie hatten ihm nicht zu sagen unterlassen, daß sie einen Konflikt befürchteten, und hatten Bismarck gebeten, ihnen die Eventualität zu ersparen. Es war für die Franzosen eine Minute unsagbarer Qual; sie waren aber, ohne einander zu sprechen, in ihrem Entschluß sofort einverstanden. Thiers sagte: „Der Schmerz von Paris wird ohnegleichen sein, wenn es die Thore seiner unberührten Mauern dem Feinde öffnet, der sie nicht hat bezwingen können. Deshalb haben wir Sie beschworen und beschwören Sie noch jetzt, ihm nicht diese unverdiente Demüthigung aufzuerlegen. Paris ist jedoch bereit, den Kelch bis zur Neige zu leeren. Wir danken Ihnen, Herr Graf, daß Sie der Stadt Gelegenheit bieten, ihren Opfermuth so glanzvoll zu bewähren. Unser Schmerz wird das Lösegeld Belforts sein, das wir mehr als je für uns fordern."

„Ueberlegen Sie wohl — entgegnete Bismarck —, vielleicht werden Sie bedauern, diesen Vorschlag abgelehnt zu haben."

„Wir würden unserer Pflicht untreu werden, wenn wir ihn annähmen," erwiderte Thiers.

Die Thüre schloß sich und Bismarck und Moltke konferirten weiter.

Nachdem Moltke sich entfernt, theilte Bismarck den französischen Unterhändlern mit, daß nur noch der König zu gewinnen sei. Er mußte aber, trotz der Ungeduld der Franzosen, warten, bis der König seine Mahlzeit beendet hatte; um halb sieben begab er sich zum König. Um acht Uhr empfing Thiers die Früchte seiner tapferen Anstrengungen. Er hatte Belfort für Frankreich errungen.

Die übrigen Artikel des Vertrages wurden Schritt für Schritt diskutirt und riefen mehrfach außerordentlich heftige Erörterungen hervor. Es war vereinbart worden, zwei getrennte, das gleiche Datum tragende Akte aufzusetzen, von denen der erste die Verlängerung und Regelung des Waffenstillstandes, der andere die Bedingungen der Friedenspräliminarien enthalten sollte.

Der Waffenstillstand wurde bis zum 12. März verlängert, eine für die Berathung der Nationalversammlung, deren Ratifikation einzuholen war, als nothwendig erachtete Frist.

Artikel 4 des Abkommens vom 28. Januar, welcher bestimmte, daß während der Dauer des Waffenstillstandes die deutschen Truppen nicht in Paris einrücken durften, wurde durch eine Bestimmung ersetzt, wonach diese Truppen den Theil der Stadt Paris zwischen der Seine, der Rue du Faubourg St. Honoré und der Avenue des Ternes besetzen sollten.

Die Besetzung sollte sofort nach der Ratifikation der Friedenspräliminarien durch die Nationalversammlung aufhören; gleichzeitig sollten die auf dem linken Seine-Ufer belegenen Forts evakuirt werden, desgleichen innerhalb einer durch Einvernehmen der Militärbehörden beider Länder festzusetzenden, thunlichst kurzen Frist die Departements Calvados, Orne, Sarthe, Eure-et-Loir, Loiret, Loir-et-Cher, Indre-et-Loire, Yonne und ferner die Departements Seine-Inférieure, Eure, Seine-et-Oise, Seine-et-Marne, Aube und Côte-d'or bis zum linken Seine-Ufer.

Die französischen Truppen sollten sich hinter die Loire zurückziehen, die sie nicht vor der Unterzeichnung des endgültigen Vertrages sollten überschreiten dürfen.

Die Räumung der anderen Gebietstheile sollte schrittweise nach Maßgabe der Zahlung der fünf Milliarden erfolgen. Nach Zahlung der ersten fünfhundert Millionen sollten die Departements Somme, Oise und die auf dem rechten Seine-Ufer liegenden Theile der Departements Seine-Inférieure, Seine-et-Oise und Seine-et-Marne, sowie der auf dem rechten Seine-Ufer belegene Theil des Seine-Departements und die dortigen Forts geräumt werden.

Nach Zahlung von zwei Milliarden sollten die übrigen besetzten Departements mit Ausnahme der Departements Marne, Ardennes, Haute-Marne, Meuse, Vosges, Meurthe sowie der Stadt Belfort geräumt werden, die als Unterpfand für die restirenden drei Milliarden bleiben sollten. Die darin verbleibenden Besatzungstruppen sollten nicht mehr als fünfzigtausend Mann betragen.

Thiers und Favre unterließen nichts, um die Schwere dieser enormen Belastung hervorzuheben, und brachten Kombinationen zur Beschleunigung der

Räumung des französischen Gebietes in Vorschlag. Sie betrachteten mit Recht diese Befreiung als wesentliche Vorbedingung für die Wiederaufnahme der nationalen Thätigkeit und für die Wiederherstellung des Kredits Frankreichs. Bismarck begriff dies wohl, wies aber seinerseits auf die Unsicherheit der Zukunft Frankreichs, die Unbeständigkeit des französischen Charakters, das Verlangen der Franzosen nach Revanche, auf die Nothwendigkeit, die Erregung seiner Landsleute zu besänftigen, hin; er willigte jedoch ein, eine Bestimmung in die Konvention aufzunehmen, welche den Franzosen gestattete, die territoriale Garantie für die Zahlung der letzten drei Milliarden durch eine von dem Ermessen des deutschen Kaisers abhängige finanzielle Garantie zu ersetzen.

Bei der Erörterung über den Sinn und die Tragweite dieses Zugeständnisses sprach sich Bismarck des längeren über die Gründe aus, welche ihn veranlaßten, den Franzosen gegenüber auf effektiven Sicherheiten bestehen zu müssen. Er sagte, er vertraue sehr wohl auf die Lauterkeit der französischen Unterhändler, die Aufrichtigkeit Frankreichs jedoch sei in seinen Augen eher anzuzweifeln. Die französische Nation habe sich nicht verändert. Sie denke nur daran, den Krieg wieder zu beginnen, und würde begierig jede Gelegenheit zur Stillung ihrer patriotischen Leidenschaft ergreifen. Da er demzufolge auf eine getreue Ausführung der Versprechungen Frankreichs nicht rechnen könne, müsse er es durch eine materielle Fessel binden. Es sei jedoch nicht unmöglich, daß Frankreich genügende Sicherheiten fände. Wenn zum Beispiel das Haus Rothschild durch seine Unterschrift Deutschland Gewähr leiste, würde er keinen Einwand gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen nach Zahlung der zwei ersten Milliarden mehr haben.

Sonnabend, den 25. Februar 1871.

Thiers und Jules Favre fanden Bismarck ausnahmsweise gereizt. Ihr Empfang war kühl. Bismarck zeigte sich ungeduldig; er machte Thiers den Vorwurf, daß er auf schon erörterte und erledigte Punkte zurückkomme und unter anderer Form die gemachten Zugeständnisse wieder zurückzunehmen trachte. Thiers verfocht anhaltend die Forderung, daß wenigstens im Prinzip ein dem Steuerertrage der abgetretenen Provinzen entsprechender Bruchtheil der französischen Staatsschuld auf den Betrag der Kriegsentschädigung angerechnet werde. Er berief sich dabei auf das Beispiel Frankreichs und Italiens bei der Annexion von Savoyen und Nizza und auf das Beispiel Italiens und der römischen Regierung, als der heilige Vater auf seine Provinzen verzichten mußte.

Bismarck wollte auf nichts eingehen. Er beschuldigte die französischen Unterhändler, sie suchten Vorwände, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und sich auf die Wiederaufnahme des Krieges vorzubereiten. Seine Sprechweise war heftig, fast zornig, der Ton herb. Die Ursache dieses Mißbehagens glaubten die Franzosen in der an den englischen Botschafter in Berlin gerichteten und tags vorher Bismarck durch Odo Russell überreichten Depesche Lord Granvilles zu sehen, worin

Letzterer eine Kriegsentschädigung von sechs Milliarden als zu hoch bezeichnet und für eine billigere Entschädigung plädirt hatte. So waren denn die Unterhändler nicht erstaunt, als Bismarck erregt sagte: „Ich sehe wohl, Sie haben keinen andern Zweck, als den Kampf wieder aufzunehmen; Sie werden dabei den Schutz und die guten Rathschläge Ihrer guten Freunde, der Herren Engländer finden."

Jules Favre bat ihn um eine Aufklärung über seine Worte und bekämpfte wiederholt seine unbegründeten Befürchtungen; er fügte hinzu, Bismarck wisse besser als sonst Jemand, wie sehr es ihnen unmöglich sei, die ihnen vorgeworfenen Absichten zu hegen, und wenn Frankreich jetzt in Europa Freunde fände, so verdanke es dies sicherlich Bismarck selbst.

Bismarck entgegnete, die beste Art und Weise, zu zeigen, daß das Verlangen Frankreichs nach einer schnellen und friedlichen Lösung mit seiner eigenen Absicht harmonire, sei, die Zahlung der Kriegsentschädigung endgültig zu regeln. Er legte zu dem Zweck ein System zur Festsetzung von Fälligkeitsterminen und Schatzmitteln dar, welche die Persönlichkeiten, denen er sein Vertrauen geschenkt hatte,[1] wieder auf die Scene führten; er ersuchte die Franzosen, dieselben als Vermittler anzunehmen.

Thiers unterzog diese Auskunftsmittel einer klaren Beurtheilung. Er zeigte, daß sie den Hauptübelstand hätten, die Lasten Frankreichs fühlbar zu erhöhen und seine Aktionsfreiheit in sehr nachtheiliger Weise zu vermindern. „Frankreich ist niedergeschlagen, allein es verzagt nicht. Wir wollen weder unseren Verpflichtungen entgehen noch den Krieg neu beginnen. Wir werden uns durch die Arbeit wieder erholen und sie pünktlich bezahlen, so kurz auch die Frist sei, die Sie uns gewähren. Das ist alles, was Sie von uns begehren können. Ueberdies sind Ihre Vorschläge neu, verwickelt und geschäftlich. Sie haben den Plan mit Ihren Finanzmännern vorbereitet. Wir verlangen die Reciprocität. Herr Alfons von Rothschild ist in Paris; Sie kennen wie ich seine hohe Begabung und seine anerkannte Biederkeit. Ich werde mit ihm die Sache besprechen und so sicherer sein, mich nicht zu täuschen."

Der Kanzler konnte das nicht abschlagen, allein er schien sehr irritirt. Und als die Diskussion ihren Fortgang nahm, wurde er immer lebhafter, unterbrach seinen Partner bei jedem Satze, erklärte, er sei krank und unfähig, diese Verhandlung weiterzuführen, die man absichtlich in die Länge ziehe. Dann brach sein Zorn vollends aus; er durchmaß mit großen Schritten das Zimmer und rief heftig:

„Ich bin in der That sehr gefällig, mir die Mühe zu geben, zu der Sie mich verurtheilen. Unsere Bedingungen sind ein Ultimatum. Sie können dieselben annehmen oder ablehnen. Ich will nichts mehr davon wissen. Bringen Sie morgen einen Dolmetsch mit — ich spreche nicht mehr französisch!" Und der Kanzler begann mit unendlicher Leidenschaftlichkeit laut deutsch zu sprechen.

Während dieser peinlichen Scene hatte Thiers nicht einen Augenblick seine gewohnte Ruhe verloren. Er wartete, bis der Kanzler sich selbst beschwichtigen würde.

[1] Vergl. oben S. 344.

Glücklicherweise schlug es fünf Uhr, und man zeigte an, daß das Diner servirt sei. Die französischen Unterhändler schlugen die übrigens sehr höfliche und verbindliche Einladung aus, an der Mahlzeit theilzunehmen. Jules Favre, der wußte, daß Thiers seit dem Morgen keinerlei Nahrung zu sich genommen hatte, beschwor ihn, zu gestatten, daß er ihm mindestens irgend eine Erfrischung herbeischaffen ließe; er wollte das durchaus nicht annehmen.

Um sieben Uhr erschien endlich Alfons von Rothschild. Er theilte vollkommen Thiers Ansichten, wovon dieser den Fürsten Bismarck sofort benachrichtigte.

Der Fürst kam nach dem Mahle zurück, um die Herren in den Salon zu führen, wo seine Gäste versammelt waren. Sein Verhalten daselbst war zuvorkommend und freundlich; es lag ihm offenbar daran, die vorangegangene heftige Scene vergessen zu machen. Thiers empfing diese Zuvorkommenheiten wie ein beleidigter, aber geduldiger Mann, der übrigens, mehr als irgend Jemand, die Fähigkeiten des Kanzlers anerkannte, von dem er glaubte, er sei im Grunde genommen von allen Feinden Frankreichs der am wenigsten franzosenfeindliche.

Die französischen Unterhändler verabschiedeten sich gegen zehn Uhr nachts.

Es erübrigt noch, die bereits zu dieser Stunde in Bezug auf die französische Armee getroffenen Bestimmungen ins Auge zu fassen. Thiers und Jules Favre legten natürlich den höchsten Werth darauf und hegten die lebhaftesten Befürchtungen in dieser Beziehung. Sie erinnerten sich sehr wohl, daß Napoleon I. als Besieger Preußens von dem letzteren die Beschränkung der Militärkräfte gefordert hatte. Die deutschen Zeitungen kündigten an, daß den Franzosen eine gleiche Behandlung auferlegt werden würde; sie forderten ihre Unterhändler auf, die Zahl der französischen Truppen auf 60000 Mann herabzusetzen und sich der Hälfte der französischen Flotte zu bemächtigen.

Die französischen Unterhändler waren entschlossen, solche Bedingungen zurückzuweisen, aber sie fragten sich mit Schrecken, wie sie den Kampf, den diese Weigerung herbeiführen werde, durchfechten würden. Der gefürchtete Anspruch wurde aber nicht erhoben, abgesehen von der Pariser Garnison, welche bis zur Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrages nicht über 40000 Mann betragen durfte. Bismarck hatte anfangs 25000 gesagt; die Franzosen erreichten eine Erhöhung von 15000 Mann ausschließlich der Gendarmerie und der Munizipalgarde. Sie behielten ferner den zur Vertheidigung der Kriegsplätze und der Städte nördlich der Loire erforderlichen Effektivbestand an Truppen.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Wiederherstellung des französischen Heeres und die traurige Lage der französischen Gefangenen in Deutschland drang Thiers energisch darauf, daß die Rückkehr der französischen Gefangenen sogleich erfolge, ohne auf den definitiven Vertrag zu warten. Ihre Heimkehr war ein arbeitsreiches und schwieriges Werk, denn sie sollte schnell vor sich gehen, und es kamen nicht weniger als 420000 Mann in Frage. Es wurde bestimmt, daß im Interesse

der Beschleunigung des Transports Frankreich sein gesamtes Eisenbahnmaterial Deutschland zur Verfügung stelle.

Schließlich wurde noch festgesetzt, daß das Requisitionssystem sowohl bezüglich des Geldes wie der Naturalien in den occupirten Departements aufhören sollte. Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes hatte Bismarck sich mündlich verpflichtet, an Stelle dieses bei der Bevölkerung so verhaßten Verfahrens eine Vereinbarung zwischen den Intendanturen treten zu lassen. Jedoch hatten trotz der Befehle Bismarcks die Requisitionen an mehreren Stellen nicht aufgehört und lebhafte Klagen hervorgerufen.

Ein wenige Tage später in Ferrières vereinbartes Abkommen regelte alle Fragen bezüglich des Unterhalts der auf französischem Boden verbleibenden deutschen Truppen.

Das genügte den französischen Unterhändlern noch nicht. Sie wünschten lebhaft, die französische Civilverwaltung in den im feindlichen Besitze verbleibenden Gebieten wieder hergestellt zu sehen. Sie allein konnte die Geister beruhigen, die Ordnung und die Ausführung der Gesetze sichern. Sie erreichten, daß die Finanzverwaltung von den französischen Beamten sogleich nach der Ratifikation der Präliminarien wieder übernommen werden sollte. Die Wiederherstellung der Verwaltungsbehörden wurde bis zum Friedensvertrage vertagt; jedoch erkannte Bismarck, daß diese Maßregel ebenso zum Vortheil Deutschlands wie Frankreichs war, und gestand sie nach längeren Verhandlungen zu.

Sonnabend, den 25. Februar, abends, waren alle Artikel beider Verträge formulirt; es handelte sich nur noch um die Vollziehung der Ausfertigungen.

Sonntag, den 26. Februar 1871.

Um 1 Uhr kehrten Jules Favre und Thiers nach Versailles zurück zur Unterzeichnung der Friedensinstrumente. Dieselben mußten auf die Aktenstücke mehr als drei Stunden warten. Diese Zeit wurde durch eine allgemeine Unterhaltung ausgefüllt; als endlich alles beendet und kollationirt war, sagte Bismarck:

„Ich halte es für angemessen, meine Kollegen aus Bayern, Württemberg und Baden eintreten zu lassen.“

Die französischen Unterhändler hatten nichts gegen die Anwesenheit dieser drei Staatsmänner einzuwenden, welche kaum ungezwungener auftraten als die ersteren. Es wurde ihnen gestattet, die Verlesung des Vertrages mitanzuhören und ihn zu unterzeichnen. Sie thaten es, ohne sich eine Bemerkung zu erlauben.

Bismarcks Gesicht strahlte. Er ließ eine goldene Schreibfeder holen, welche ihm die Damen einer deutschen Stadt für diesen Fall dargebracht hatten. Schweigsam und ergriffen trat Thiers an den kleinen Spieltisch, auf welchem die Vertragsinstrumente lagen: er schrieb seinen Namen, ohne etwas von den Gefühlen errathen zu lassen, die ihn quälten. Jules Favre bemühte sich, es ihm gleichzuthun. — Danach entfernten sich die französischen Unterhändler.

Nach anderen Quellen[1] über diese historischen Verhandlungen Bismarcks mit Thiers und Julius Favre ist noch Folgendes verbürgt:

Es kam das Gespräch auf die Belagerung von Paris. Jules Favre[2] bemerkte, er sei von Haus aus und stets ein Gegner der Befestigung von Paris gewesen. Bismarck erwiderte: „Was mich betrifft, so habe ich die Idee einer Belagerung, einer Einschließung von Paris immer bekämpft. Sie wissen, daß Kriegsrathsversammlungen stattgefunden haben, in welchen diese Fragen erörtert worden sind. Die Meinung eines Generals drang durch; er verlangte, daß man Paris cernire und durch Aushungern einnähme. Ich war anderer Meinung. Ich habe gegen die Cernirung von Paris gesprochen und zum König gesagt: ‚Sie übernehmen für Ereignisse eine Verantwortung, welche schrecklich sein werden, und die Belagerung von Jerusalem wird nichts gegen die Einnahme von Paris sein.‘"

In Bezug auf den Einzug der deutschen Truppen in Paris versicherte Bismarck Jules Favre, er (Bismarck) sei in dieser Sache der Anwalt des französischen Unterhändlers gewesen, das einzige aber, was er habe durchsetzen können, bestehe darin, daß die Preußen ihren Einzug nicht während des Waffenstillstandes hielten.

Gambetta hatte in einer Proklamation gesagt: „Die Barbaren bleiben an den Thoren der heiligen Stadt stehen."

Bismarck sagte hierauf bezüglich zu Favre: „Sie verlangen, daß ich unsere Armee an den Thoren von Paris zurückhalte, wenn man uns in dieser Weise herausfordert?" Es wurde beschlossen, daß die Armee in Paris einrücken sollte. Als Jules Favre eine Verlängerung des Waffenstillstandes verlangte, sagte Bismarck zu ihm: „Ja, aber wir werden Paris besetzen. Ich habe durchgesetzt, daß die Armee nur bis zum Concordienplatz einrückt und nach der Ratifikation des Vertrages wieder abzieht."

In Bezug auf denselben Punkt hielt Bismarck Jules Favre Preßerzeugnisse vor, welche gegen die deutsche Armee gerichtet waren, und machte kein Hehl daraus, daß es große Anstrengungen verursachen würde, auf diesem Gebiet ein Zugeständniß von deutscher Seite zu erlangen. In Bezug auf die oben erwähnte Proklamation Gambettas bemerkte der Kanzler noch zu Favre, hier werde der Waffenstillstand so aufgefaßt, als ob er Frankreich die Gelegenheit verschaffen solle,

[1] Nach der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars. Bd. II. S. 8, 42, 45, 48, 77.

[2] Während des ersten Aufenthaltes in Versailles war Jules Favre wie ein Staatsgefangener überwacht; es war ihm unmöglich, mit irgend Jemand in Verbindung zu treten. Eines Tages, als er wieder in den Wagen stieg, sah er, wie ein Schatten an den Wagen schlich; es war Herr Rameau, der Bürgermeister von Versailles, welcher ziemlich winzig von Figur war und bis zu ihm hatte herankommen können. „Ich beschwöre Sie", sagte er, „nicht ein Wort; ich will Ihnen bloß die Hand schütteln." Das war die einzige Person, mit welcher Favre in Berührung kommen konnte.

seine Streitkräfte zusammenzuziehen, um zum Angriff übergehen zu können. „Das ist Betrug — sagte Bismarck —, da richtet sich der Waffenstillstand gegen uns; ihr Franzosen seid recht hochfahrend; es thut noth, daß wir in Paris einrücken."

In Bezug auf die Entwaffnung der Pariser Garnison sagte Bismarck zu Jules Favre: „Sie entwaffnen die schlechten Bataillone; den guten mögen Sie ihre Waffen belassen." Darauf erwiderte Jules Favre: „Sie irren, wenn Sie annehmen, wir, die Regierung, seien im stande, auch nur ein Bataillon zu entwaffnen. Wer sollte diese Entwaffnung vornehmen? Die Garnisontruppen nicht. Ein Theil der Nationalgarde würde den andern nicht entwaffnen. Wenn Sie die Nationalgarde entwaffnen wollen, so rücken Sie, wenn Ihnen das recht ist, in Paris ein." Darauf erwiderte Bismarck: „Ich habe ein untrügliches Verfahren zur Entwaffnung der Nationalgarde, die Fortsetzung der Einschließung; ich werde alle Ausgänge schließen, und in zwei bis drei Wochen wird mir jeder, der ein Stück Brot haben will, sein Gewehr zu den Vorposten bringen."[1]

Thiers sagte zu Bismarck in betreff des Einzugs des preußischen Heeres in Paris: „Ich kann eine solche Forderung nicht bewilligen. Bedenken Sie, wenn Sie in Paris einrücken wollen, wird die Bevölkerung überall Barrikaden errichten; Sie werden dieselben mit Sturm nehmen müssen, und Gott weiß, was daraus entstehen kann."

„Wir werden damit schon fertig werden," antwortete Bismarck.

„Es wird nicht so leicht sein, wie Sie glauben — erwiderte Thiers —, aber es wird einen Kampf geben, und Paris könnte verwüstet werden. Für uns wäre das ein Unglück, für Sie aber eine ewige Schande."

Am letzten Tage, nachdem es Thiers nach großen Anstrengungen gelungen war, Belfort für Frankreich zu erhalten, ließ ihm der König durch Bismarck sagen: „Wenn Sie auf Belfort verzichten, werden wir nicht in Paris einrücken."

Thiers erwiderte ohne Zaudern: „Nein, nein, ich will lieber alle Demüthigungen ertragen, welche Sie uns aufzuerlegen belieben, als unsere Festung verlieren; rücken Sie in Paris ein, wenn Sie wollen — ich behalte Belfort."

In Bezug auf die allgemeine Haltung Bismarcks bei den Friedensverhandlungen ist zu bemerken, daß Bismarck Thiers mit dem Wohlwollen empfing, das er ihm schon früher bewiesen hatte; aber bald änderten sich die Beziehungen fühlbar. Während der Verhandlungen über den Frieden war Bismarck von einer Heftigkeit, die ihm sonst nicht eigen war, und Thiers muß gestehen, daß er seinerseits kaum an sich halten konnte. Nur am letzten Tage, als Bismarck Thiers aufs tiefste

[1] Nach einer anderen Lesart hatte Bismarck zu Jules Favre gesagt: „Wir werden die ganze Armee, nämlich die Garnison, die Mobil- und die Nationalgarde, entwaffnen. Aber Sie werden uns die guten Bataillone bezeichnen, welchen ich ihre Waffen belassen werde." Worauf Jules Favre geantwortet hatte: „Die Nationalgarde von Paris enthält nur Bürger, welche verdienen, ihre Waffen zu behalten; deshalb kann ich Ihren Vorschlag nicht annehmen." Bismarck hatte hinzugesetzt: „Ah! Sie wollen es; nun wohl, es sei!"

betrübt sah über die Unterschrift, welche er zu leisten gezwungen war, ergriff er Thiers Hand und sagte: „Ich begreife und ehre Ihre Betrübniß: ich bin preußischer Minister, Sie Minister Frankreichs; ich mußte thun, was ich gethan habe.“[1]

Am 26. November 1871 richtete Thiers an den damaligen französischen Gesandten in London, Tissot, ein Schreiben, worin es heißt: „Ich sagte Herrn von Bismarck, indem er ihm seinen Geist gegeben, habe Gott ihm unzweifelhaft ein sehr schönes Geschenk gemacht; aber kein geringeres habe er ihm beschert, als er ihm seine Gegner von 1866 und 1870 schenkte. Bismarck sagte nicht nein.“[2]

---

[1] Nach einer gänzlich erfundenen Angabe des „Figaro“ hätte Thiers bei den Friedensverhandlungen mit Leichtigkeit die Rückgabe von Mülhausen vom Fürsten Bismarck erreichen können. Vergl. „Post“ 1879. Nr. 306.

[2] In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ erkannte kürzlich der italienische Diplomat Nigra das Maßhalten Bismarcks dem zu Boden geworfenen Frankreich gegenüber an: Er stellte an Frankreich keine zu hohe Forderung, wenn er fünf Milliarden begehrte. In Frankreich gab es damals mehr als zehn Milliarden ausländischer Renten allein. So reich war Frankreich. Die Geldforderung aber war es gar nicht, die Frankreich so nahe ging. Elsaß-Lothringen schmerzte die Franzosen. Jules Favre äußerte zu mir, er würde lieber als Elsaß-Lothringen die ganze französische Flotte an Preußen ausgeliefert haben. Natürlich! Frankreich wäre eben reich genug gewesen, sich eine neue Flotte zu bauen. Wie aber soll ihm Elsaß-Lothringen ersetzt werden?

## Neuntes Kapitel.

### Nach der Rückkehr von Frankreich bis zum Berliner Kongreß.

(März 1871 bis Juni 1878.)

Ich schicke die Bemerkung voraus, daß Bismarck nach der Rückkehr aus Frankreich und besonders von dem Zeitpunkt ab, da er sich durch Ernennung eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amt eine geschäftliche Erleichterung für den auswärtigen Dienst geschaffen hatte, die Empfänge der auswärtigen Diplomaten mehr und mehr eingeschränkt hat. Der jeweilige Leiter des Auswärtigen Amts vermittelte fortan in erster Linie den Verkehr mit den Vertretern der fremden Mächte; durch sie erfuhren dieselben Bismarcks Intentionen. An ihn selbst wandten sich dieselben nur mehr in Fragen von außergewöhnlicher Tragweite, die der Kanzler selbst in der Hand zu behalten beliebte.

**Berlin**, ca. 22. März 1871. Unterredung mit dem Abgesandten des Kaisers von Oesterreich Grafen Bellegarde, betr. die Wahl des österreichischen Botschafters in Berlin.[1]

Die Errichtung von Botschaften in Wien und Berlin an Stelle der bisher bestandenen Gesandtschaften kam in Frage, und Bismarck hatte gegen den Grafen Bellegarde, der mit der Ueberreichung des Gratulationsschreibens des Kaisers von Oesterreich zum Geburtstage Kaiser Wilhelms betraut worden war, Ende März 1871 den Wunsch ausgesprochen, daß die Wahl des ersten österreichisch-ungarischen Botschafters auf Graf Karolyi, welcher vor 1866 Gesandter gewesen, fallen möge. Zugleich hatte der deutsche Kanzler geäußert, es würde ihm eine Begegnung mit Beust in Gastein erwünscht sein. Dies gab Beust Veranlassung, an Bismarck zu schreiben. Der Brief hatte einen durchaus privaten Charakter und es fand sich darin der Satz: „Wir haben uns 1865 zum letztenmal gesehen. Seitdem haben Eure Durchlaucht es weiter gebracht als ich, und doch dürfen Sie sich rühmen, mir erst zu einem Avancement und dann zu einer festen Stellung verholfen zu haben.“

[1] Nach Beusts Memoiren.

**Berlin**, den 28. März 1871. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen über die rumänische Frage.[1]

Bismarck, der den österreichischen Gesandten hatte zu sich bitten lassen, sagte demselben, daß er dem preußischen Vertreter Herrn von Radowitz telegraphirt habe und das Telegramm heute wiederholen werde, worin er es dem Fürsten Karl von Rumänien zur Ehrensache mache, gestützt auf das konservative Ministerium, auf dem rumänischen Throne auszuharren. Denselben Rath habe er demselben auch durch den Fürsten von Hohenzollern geben lassen. Sollte dessenungeachtet der Rücktritt des Fürsten Karl nicht vermieden werden können, so glaube er in einer Initiative der Pforte auf Grund des Art. 27 des Pariser Vertrages das sicherste Mittel zur Vermeidung revolutionärer und anderer Komplikationen zu erblicken.

Bevor er aber in seiner nicht direkt betheiligten und reservirten Stellung einen Vermittelungsschritt in Konstantinopel thue, wünsche er darüber die Ansicht des österreichischen Ministers des Aeußern zu erfahren. Er werde aber sogleich bezüglich der Disposition des Petersburger Kabinetts sondiren und sie dem österreichischen Kabinett mittheilen.

**Berlin**, den 2. April 1871. Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen, betr. die Donaufürstenthümer.[2]

Der österreichische Gesandte Graf Wimpffen theilte Bismarck auftragsgemäß mit, Graf Beust theile vollständig dessen Ansichten bezüglich der in den Donaufürstenthümern sich vollziehenden Ereignisse. Er behändigte Bismarck eine Abschrift einer hierauf bezüglichen Depesche des Grafen Beust vom 30. März 1871[3] und legte demselben fernerhin die gesamte vertrauliche Korrespondenz des österreichischen Reichskanzlers mit Konstantinopel und London vor, wovon Bismarck noch in Gegenwart von Wimpffen Einsicht nahm. Wimpffen legte Werth darauf, daß sich Bismarck den Standpunkt Oesterreichs zur Frage ganz klar mache. Auch seine Regierung lege besonderes Gewicht auf das Verbleiben des Fürsten Karl und danke Bismarck für seine in dieser Beziehung gemachten Schritte. Oesterreich — so bemerkte er — fasse die Eventualität einer Katastrophe am liebsten gar nicht ins Auge; wenn dieselbe aber gegen seine Wünsche und gegen sein Erwarten dennoch eintreten sollte, so vermöge es allerdings nur den Art. 27 des Pariser Vertrages als Grundlage einer europäischen Intervention anzunehmen, es müsse aber in der Anwendung mit möglichster Rücksicht auf das freie Bestimmungsrecht des Landes verfahren und jede Uebereilung und gewaltsame Pression auf die Bevölkerung vermieden werden.

Bismarck zeigte dem Grafen Wimpffen, daß er Oesterreichs spezielle Lage zur

---

[1] Nach Wimpffens Bericht vom 28. März 1871. Rothbuch (Diplomatische Korrespondenz des österreichischen Ministeriums des Aeußern) Nr. 5. S. 50. Nr. 95. Wien 1871.

[2] Nach Wimpffens Bericht vom 2. April 1871. Abgedruckt im österreichischen Rothbuche Nr. 5. S. 51.

[3] Oesterreichisches Rothbuch Nr. 5. S. 52. (Depesche Nr. 100.)

Frage und zwar besonders auch mit Hinblick auf die innere Lage des Kaiserstaates vollkommen würdige. Bismarck drückte aufs neue den Wunsch aus, daß Fürst Karl sich auf dem Throne halten möchte, und versprach, daß er seinen ganzen Einfluß in diesem Sinne geltend machen wolle.

Frankfurt a. M., den 6.—10. Mai 1871. Unterredungen Bismarcks mit Jules Favre und den französischen Unterhändlern über den Abschluß des definitiven Friedens mit Frankreich.[1]

6. Mai 1871: Erste Unterredung Bismarcks mit Jules Favre.

In Bezug auf die Vorbereitungen zu der Zusammenkunft Jules Favres mit Bismarck in Frankfurt erzählt der Erstere, Thiers habe ihm für die Verhandlungen plein pouvoir gegeben; er wünschte nur die Schlußentscheidung in Händen zu behalten. Im Hinblick auf die bei den Versailler Waffenstillstandsverhandlungen gemachten Erfahrungen wünschte Jules Favre, daß ihn sein Kollege Herr von Goulard und Herr de Clercq, bevollmächtigter Minister, begleiteten, welche beide in Gemeinschaft mit Herrn Baude bereits beauftragt waren, an den in Brüssel stattfindenden Verhandlungen über den endgültigen Friedensvertrag theilzunehmen. Bismarck hatte sich bitter über ihre Langsamkeit beklagt; er behauptete, der letzteren liege eine Absicht zu Grunde. Mit dieser Begleitung glaubte sich Favre noch nicht begnügen zu können; er bedurfte noch der Autorität, welche eine hohe amtliche Stellung verleiht, und besonders eines Mannes mit Scharfblick und Entschlossenheit, Eigenschaften, welche in solcher Situation und einem solchen Gegner wie Fürst Bismarck gegenüber unerläßlich sind. Niemand im Kabinett besaß diese wichtigen Eigenschaften in so hohem Grade wie Herr Pouyer-Quertier. Er hatte dies bei der Leitung des Finanzdepartements bewiesen, wo er Schwierigkeiten überwunden hatte, vor welchen der muthigste Staatsmann zurückgeschreckt wäre.

Der Kanzler hatte für die Zusammenkunft Sonnabend, den 6. Mai, in Frankfurt festgesetzt. Die französischen Bevollmächtigten wollten aus dieser Zusammenkunft kein Geheimniß machen, jedoch verbot ihnen die Klugheit, ihre Abreise vorher bekanntzugeben.

Die Reise der französischen Bevollmächtigten nach Frankfurt a. M. konnte nur eine traurige sein. Die Erinnerung an Metz und Straßburg bedrückte sie auf diesem Wege. In Dienze waren sie auf fremdem Boden. Am folgenden Tage um 4 Uhr abends fuhren sie in den Bahnhof von Mainz ein, wo sie noch die Trophäen und Ausschmückungen vorfanden. Zwei Stunden später waren sie in Frankfurt. Sie stiegen daselbst inmitten einer großen Menge Menschen aus, deren Haltung ihnen respektvoll, sogar sympathisch erschien. Kaum hatten sie sich im Hôtel de Russie installirt, als sie den Besuch eines Sekretärs des Kanzlers erhielten, welcher ihnen mittheilte, daß der Letztere erst während der Nacht eintreffe

[1] Nach Jules Favre: Simple récit. etc. Bd. III. S. 318 ff., 360 ff. 372 ff., 375 ff.

und am folgenden Tage mittags Favre seine Aufwartung machen werde; Favre ließ ihm antworten, er wünsche ihm zuvorzukommen, und so betrat derselbe Sonnabend, den 6. Mai, um die erwähnte Stunde in Begleitung Pouyer-Quertiers den Salon des Fürsten Bismarck, welcher im Hotel zum Schwan abgestiegen war.

Es schien Favre, als ob Bismarck sie mit einer gewissen Kälte empfangen wollte; die Franzosen brauchten sich nicht Mühe zu geben, ihrerseits mehr als reservirt zu sein. Favre setzte in einigen Worten die Gründe auseinander, welche ihm eine Zusammenkunft erwünscht gemacht hatten:

„Gestützt auf meine und meiner Regierung Intentionen und da ich nicht zweifle, daß das deutsche Kabinett und der Staatsmann, welcher die Seele und der Leiter desselben ist, aufrichtig willens sind, mit uns zu einem endgültigen Friedensabschluß zu kommen und uns zu gestatten, daß wir ganz frei und unabhängig vorgehen, um der Pariser Insurrektion ein Ende zu machen, komme ich, um loyale Auseinandersetzungen herbeizuführen, Mißverständnisse zu zerstreuen und zwischen Frankreich und Deutschland eine Uebereinstimmung der Anschauungen wiederherzustellen, ohne welche spätere Verhandlungen unmöglich sind. Diese Uebereinstimmung der Ansichten, welche, wie ich glaubte, seit dem Waffenstillstand und besonders seit dem Abschluß der Präliminarien zwischen dem Kanzler und mir bestanden hat, ist augenscheinlich durch irrthümliche Auffassungen gestört worden. Es scheint mir ebenso leicht wie wünschenswerth, die Sachen auf ihren wahren Werth zurückzuführen und auf diese Weise zu einem Einverständniß zu gelangen, außerdem muß beiden Mächten daran gelegen sein, ihre Absichten klar darzulegen; aber selbst ein Bruch ist der Ungewißheit vorzuziehen, welche die bisher unfruchtbaren Erörterungen zwischen uns hervorgerufen haben, und welche wir nicht länger andauern lassen dürfen.“

Während Favre sprach, richtete der Kanzler fortwährend seine Blicke auf Herrn Pouyer-Quertier. Er betrachtete aufmerksam den Gesichtsausdruck desselben, er schien unruhig und unbefriedigt. Dieser Eindruck verschwand bald und machte einer beinahe vertraulichen Kordialität Platz. Die familiäre Einfachheit, mit welcher Pouyer die Angelegenheiten angriff, seine lebhafte und präcise Sprechweise, sein Naturell, welches ihn veranlaßte, in ernste Dinge Scherz einzuflechten und seinen Gedanken eine treffende und feste Form zu geben, erwarben ihm schnell Vertrauen und hatten zur Folge, daß in gewissen wichtigen Punkten unerwartete Zugeständnisse erreicht wurden. Aber erst bei den späteren Verhandlungen ging diese Veränderung vor sich. Der Ton der ersten Unterredung war, wenn nicht aggressiv, so doch wenigstens gänzlich unverbindlich. Der Fürst besprach des längeren die Wichtigkeit der in Frankreich seit dem Abschluß der Präliminarien eingetretenen Ereignisse. „Die Ereignisse — sagte er — sind von einer solchen Wichtigkeit, daß Deutschland berechtigt sein würde, den Vertrag vom 26. Februar als nicht mehr bestehend zu betrachten, da die Ausführung der hauptsächlichsten Bestimmungen desselben unmöglich geworden ist. Deutschland kann, wenn es will, entweder den

Vertrag aufheben oder Sie zur strengen Erfüllung der Ihnen darin auferlegten Verpflichtungen anhalten. Es ist eine ganz neue Lage geschaffen, welche berücksichtigt werden muß. Unsere mehr und mehr ins Spiel kommende Interessen erheischen das gebieterisch. Ich habe in meinen letzten Depeschen immerfort darauf hingewiesen; wir setzen keinen Argwohn in den guten Glauben der französischen Regierung, aber wir fürchten, daß sie nicht die Kraft besitzt, die drohenden Hindernisse zu überwinden. Als wir uns mit derselben in Verbindung setzten, war die Regierung, wenigstens dem Anschein nach, mit der vollen Souveränität bekleidet; heute ist sie aus ihrer Hauptstadt vertrieben und belagert letztere seit fast zwei Monaten mit viel Aussicht, die Stadt nicht wieder zu erobern. Der in Paris triumphirende Aufstand kann in jedem Augenblick in mehreren Großstädten ausbrechen. Siegt der Aufstand, so werden die Anführer desselben sich beeilen, gegen uns die Streitkräfte zu richten, deren Organisation wir zugelassen haben; dieselben würden in Gemeinschaft mit den Truppen der Kommune sich auf unsere Truppen werfen können und uns zwingen, einen neuen blutigen Kampf zu beginnen. Auf diese Eventualität können wir uns nicht einlassen. In anderer Beziehung ist der Vertrag vom 26. Februar gleichfalls verletzt. Artikel 3 setzte fest, daß sogleich nach der Ratifikation und gemäß einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen neun besetzte Departements gänzlich und sechs andere bis zum linken Seine-Ufer geräumt werden sollten, daß die französische Armee sich hinter die Loire zurückziehen sollte, und daß nach Zahlung der ersten halben Milliarde die östlichen Departements gleichfalls geräumt werden sollten. Auf diese Weise sollte der größere Theil unseres Heeres in sehr kurzer Zeit nach Deutschland zurückkehren und die unerträgliche und durch die großen Kosten verderbliche Abwesenheit der Truppen zu Ende sein. Sie kennen vielleicht die Leiden, welche die Abwesenheit der Truppen unserem Volke auferlegt, und die Lasten, welche damit für unsere Staatskasse verbunden sind. Bei Berechnung der Truppen, für welche Sie den Unterhalt zu leisten haben, haben sich unsere Intendanten zu unserem Schaden um 150 000 Mann geirrt, welche wir jetzt ernähren müssen. Wir haben nicht reklamirt, weil wir glaubten, daß es sich nur um einige Tage handeln würde. Heut kostet uns dieser Irrthum mehrere Millionen, und das Uebel wird immer größer. Ihre Regierung scheint diesen Dingen keine Rechnung zu tragen. Wir haben derselben gestattet, ihre Armee auf mehr als 100 000 Kombattanten zu erhöhen, wir haben ihr mehr als 80 000 Gefangene zurückgegeben, sie fordert nun noch mehr; sie scheint die Belagerung von Paris in die Ewigkeit hinauszuziehen, sie hat noch nicht einmal alle weggenommenen Schiffe zurückgegeben. Wir wollen, wir können derselben auf diesem Wege nicht weiter folgen; andererseits ziehen Ihre Brüsseler Bevollmächtigten die Verhandlungen, aus welchen der definitive Friede hervorgehen soll, systematisch in die Länge; sie geben sich Mühe, die Bedingungen des Präliminarvertrages zu Ihren Gunsten zu modifiziren und sind in keiner Weise auf Beschleunigung Ihrer Arbeiten bedacht. Auf diese Weise ist alles in Frage gestellt, und wir sehen, daß unsere Garantien sich ver-

flüchtigen. Der Kaiser hat mir befohlen, neue Bürgschaften festzusetzen und darüber einen Zusatzvertrag zu stande zu bringen. Wenn Sie sich weigern, einem solchen Vertrag zuzustimmen, werden wir von Ihnen die genaue Ausführung des Vertrages vom 26. Februar und besonders die Zurückziehung des 40 000 Mann übersteigenden Theiles Ihrer Armee hinter die Loire verlangen. Wir werden uns unsere Aktionsfreiheit bezüglich der Unterdrückung des Pariser Aufstandes ebenso wie bezüglich des Orts der späteren Unterhandlungen vorbehalten, welche in Brüssel nicht weiter fortgeführt werden dürfen."

Favre erwiderte:

„Was Eure Durchlaucht vorschlagen, ist nichts mehr und nichts weniger als die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Wir werden alles thun, was geeignet ist, um einen für beide Länder so unheilvollen Ausgang abzuwenden. Indessen werden wir ohne Zaudern davon Abstand nehmen, wenn Sie aus unserem Unglück Nutzen ziehen und unsere bereits so niederdrückenden Lasten noch vermehren wollen. Wir glauben, mit Opfern bis an die äußerste Grenze gelangt zu sein; darüber hinausgehen zu wollen, heißt uns zum Verzweiflungskampf zwingen. Ich verstehe Ihre und unsere Interessen ganz anders. Sie klagen, daß unsere Bevollmächtigten ihre Erörterungen unnöthig hinausziehen; ich könnte an der Hand meiner amtlichen Depeschen beweisen, daß wir immerfort auf eine schleunige Erledigung gedrängt haben; Ihr Vertreter allein macht es sich zur Aufgabe, dieselben zu verzögern. Ich mache Ihnen das Anerbieten, mit diesen Hinzögerungen kurzen Prozeß zu machen, indem wir auf der Stelle den definitiven Friedensvertrag abschließen. Ich kann Ihnen unseren guten Willen und die Aufrichtigkeit unserer Absichten nicht besser beweisen. Was sollen sodann die Vorwürfe Eurer Durchlaucht über das langsame Vorschreiten der Operationen zur Belagerung von Paris? Sie werden nicht vergessen haben, daß wir am 18. März, das heißt vor noch nicht sechs Wochen, nicht 15 000 Mann zum Beginn einer Aufgabe hatten, deren Schwierigkeiten und Gefahren Ihnen nicht unbekannt sind. Dank Ihren Zugeständnissen — ich erkenne es an und danke Ihnen dafür — ist die Zahl unserer Truppen angewachsen; sie beträgt heute ungefähr 100 000 und ist sicherlich schwach im Vergleich mit der Stärke Ihrer Belagerungsarmee. Indessen sind wir unaufhörlich vorgerückt: Châtillon, Les Moulineaux, Meudon, Courbevoie, Asnières sind in unserer Gewalt.

Das Fort von Issy kann jeden Augenblick fallen. Unsere Annäherungsgräben gehen bis dreihundert Meter von den Wällen, und unsere Batterien in Montretout sind bereit, Bresche zu schießen; unsere tapferen Truppen warten mit Ungeduld darauf, die letztere zu ersteigen. Und in diesem Augenblick sprechen Sie von dem Rückzug an die Loire; das hieße den Triumph der Kommune sicher machen und ihr als Hülfsgenossen diejenigen Volksschichten verschaffen, welche durch den bloßen Gedanken an Ihre Intervention empört sein würden! Eure Durchlaucht sprechen von der Nichtausführung der Verträge! Liegt dieselbe an uns? Kann man einen einzigen Akt von uns anführen, welcher nicht den loyalen Wunsch, jene Verträge zu respek-

tiren, ausgedrückt hat? Sind wir für die vis major verantwortlich? Es wäre ebenso ungerecht wie unnütz, uns die Schuld an dem Pariser Aufstand zuzumessen; derselbe ist eine fast unvermeidliche und durch die Härte unserer Sieger verstärkte Nachwirkung unserer Unglücksschläge. Anstatt den Aufstand durch Krieg nach außen zu unterstützen, lassen Sie uns durch augenblickliche Unterzeichnung des Friedens ein neues Mittel zur schleunigen Unterdrückung desselben aufsuchen; dann werden wir, frei von diesem Hinderniß, zu den Verträgen zurückkehren, deren Autorität wir niemals mißachtet haben."

Der Kanzler versetzte:

„Ich lehne diese Lösung nicht absolut ab; ich bin sogar geneigt, derselben vor jeder anderen den Vorzug zu geben; das wird Ihnen hinlänglich beweisen, daß wir keineswegs die Absicht haben, Sie zum Aeußersten zu treiben; das würde ich ebenso wie Sie fürchten, aber Sie können nicht leugnen, daß die gegenwärtige Krise Ihren politischen Kredit beträchtlich geschwächt und deshalb unsere Sicherheiten vermindert hat. Nachdem wir dieselben nicht mehr in gleichem Grade in Ihrer persönlichen Thätigkeit finden, müssen wir dieselben durch Ausdehnung unserer Aktion zu erlangen suchen. Wir verlangen ein wirksameres Unterpfand für den Abschluß des Friedens auf Grund der Bedingungen des Präliminarvertrages und für die Zahlung der Kriegskontribution. Ich glaube, daß, wenn wir uns über diesen Punkt verständigen, wir die anderen sehr schnell regeln werden."

Favre bemerkte, es hänge alles von der Art und der Größe des Pfandes ab, und bat um nähere Angaben darüber.

„Wir möchten — antwortete Bismarck — uns das Recht vorbehalten, zu entscheiden, wenn Ihre, wie ich hoffe, schließlich siegende Regierung eine derartige Festigkeit erlangt hat, daß wir Ihr Gebiet räumen können. In dieser Weise wäre der Vertrag vom 26. Februar zu modifiziren, welcher die allmähliche Einschränkung unseres Occupationsgebiets je nach Zahlung jeder halben Milliarde festsetzt und nach der vierten Rate uns nur noch die Besetzung von sechs Departements mit einer auf 50000 Mann herabgesetzten Streitkraft gestattet. Sie haben von dieser neuen Bestimmung nichts zu fürchten. Wir haben das größte Interesse daran, daß unsere Truppen heimkehren; das ist der Wunsch Deutschlands; wir wären thöricht und strafbar, wenn wir uns diesem Verlangen nicht fügten. Sobald die Ordnung bei Ihnen wieder hergestellt ist, werden wir Ihr Gebiet in möglichst ausgedehntem Maße räumen; eine zu große Eile dabei könnte Ihnen wie uns selbst verhängnißvoll werden; wir verlangen ferner von Ihnen als wesentliche Bedingung für die Sicherheit unserer Truppen die Befugniß, letzteren die Bewachung der Thore von Paris und die Ausführung von Patrouillengängen in der bisher neutral gebliebenen Zone zwischen unseren Linien und Ihren Wällen übertragen zu dürfen. Es handelt sich hierbei lediglich um die Ausübung einer polizeilichen Befugniß, welche man uns nicht streitig machen kann, und welche ärgerlichen Unordnungen vorbeugen wird."

„Ich weise diesen Vorschlag durchaus nicht ab — sagte der französische Unter-

händler hierauf —, nur schlage ich vor, die Fragen über die Ausführung und die Einzelheiten einer späteren Erörterung vorzubehalten und zuerst uns darüber schlüssig zu machen, daß wir schon heute den definitiven Frieden zum Abschluß bringen. Wir, mein Kollege und ich, haben in dieser Beziehung die weitestgehenden Vollmachten. Wenn Eure Durchlaucht diese Basis für die Verhandlungen acceptiren, so ist dieselbe damit angenommen. Ich werde nichtsdestoweniger Herrn Thiers darüber berichten und die Befehle desselben bezüglich der geforderten weiteren Sicherheiten, welche ich bitte, mit Eurer Durchlaucht aufmerksam prüfen und berathen zu dürfen, sowie wegen der anderen, den Vertrag selbst betreffenden Schwierigkeiten, besonders wegen der Festsetzung unserer Grenze bei Belfort und der Abtretung des im Gebiete der annektirten Departements belegenen Theils der Ostbahn, einholen. Ich bin der Ueberzeugung, daß der aufrichtige Wunsch, einer ungewissen und selbst gefährlichen Situation ein Ende zu machen, uns zu einem endgültigen Abkommen veranlassen wird, welches für die beiden Nationen hundertmal vortheilhafter ist, als die beste vorläufige Uebereinkunft."

Fürst Bismarck billigte diese Ansicht und beglückwünschte die französischen Unterhändler dazu, daß auf diese Weise schwere Verwickelungen abgewendet worden seien. „Ich kann Ihnen nicht verschweigen — fügte er hinzu —, daß ich der Ueberbringer eines Ultimatums bin. Ich habe Befehl, Ihnen dasselbe zuzustellen. Dank der Freimüthigkeit Ihrer Erklärungen sehe ich dasselbe als unnöthig an; indessen kann ich mich nicht der Pflicht entziehen, es Ihnen mitzutheilen. Ich bitte Sie, dasselbe entgegenzunehmen, sei es auch nur zur Deckung Ihrer Verantwortlichkeit gegenüber Ihrer Nationalversammlung, welche, wenn sie unser Abkommen zu ratifiziren hat, die Zwangslage erkennen muß, in welcher dasselbe zu stande gekommen ist."

Die Franzosen hatten keine Einwendungen dagegen zu machen. Sie verabschiedeten sich von dem Kanzler nach dieser beinahe vierstündigen Unterredung, welche hier nur ihrem Hauptinhalt nach wiedergegeben ist. Herr Thiers, welcher sofort von diesem ersten Resultat in Kenntniß gesetzt wurde, antwortete zustimmend.

Als Bismarck nach der ersten Verhandlung mit den Ministern Jules Favre und Pouyer-Quertier sah, daß die Franzosen sich ungemein zäh zeigten, schlug er Favre vor, sich doch zu den Besprechungen Herrn Goulard mitzubringen, der ja Mitglied der Nationalversammlung sei. Favre war erst sehr erstaunt darüber und wollte nichts davon wissen. Bismarck stellte ihm aber vor, daß dies für ihn nützlich sein werde. Goulard würde sich dadurch geschmeichelt fühlen und ihm dankbar sein, auch würde er ihn, da er mitverhandle, in der Nationalversammlung unterstützen müssen, und so willigte er denn ein. Es war aber auch für Bismarck recht nützlich; denn der kleine Herr mit der weißen Halsbinde und den hohen Vatermördern war auch ihm für die Zuziehung dankbar, als Favre schließlich Ja gesagt hatte. Er sprach immer, wenn die beiden andern etwas nicht zugestehen wollten,

fürs Nachgeben; es würde schon gehen, es würde sich am Ende verantworten lassen, er dächte doch, daß man dazu Ja sagen könnte. Zuletzt dankte Favre dem Reichskanzler förmlich, daß er ihm den Rath gegeben, Goulard mit zu betheiligen.[1]

7. Mai 1871: Zweite Unterredung Bismarck mit Jules Favre.[2]

Am folgenden Tage, Sonntag, den 7. Mai, genau mittags, erwiderte Fürst Bismarck in großer Uniform und in Begleitung seines ganzen Gesandtschaftspersonals den Besuch der Franzosen vom vorhergehenden Tage. Er hatte diese an sich ganz natürliche Handlung mit einem seinen Gewohnheiten ganz zuwiderlaufenden Apparat umgeben wollen, um seinem Ultimatum eine besondere Feierlichkeit zu verleihen. Er sagte den Franzosen, er protestire durchaus dagegen, daß das Dokument, welches er zu ihrer Kenntniß bringen wolle, irgendwie im Sinne einer Drohung auf französischer Seite aufgefaßt werde; er hege übrigens die Hoffnung, daß nach den bereits beiderseits abgegebenen Erklärungen ein freundschaftliches Abkommen, wie er sehr wünsche, zu stande kommen werde, er müsse aber in Erfüllung eines positiven Auftrages seiner Regierung und behufs genauer Darlegung der beiderseitigen Situation die Note vorlesen und in Abschrift mittheilen, er bäte, dieselbe anzuhören. Er las darauf mit würdevoller und eindringlicher Stimme folgendes vor:

Herr Minister!

Mit Bezugnahme auf unsere gestrige Unterredung habe ich die Ehre, Eurer Excellenz bemerklich zu machen, daß die heutige Lage Frankreichs sich wesentlich von derjenigen unterscheidet, auf die es im Augenblick der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien abgesehen war, und daß die Regierung der Republik nicht in demselben Maße wie damals die Eigenschaft bewahrt hat, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Pariser Aufstand hat, indem er die Lage änderte, die Zukunft, auf welche wir zählen zu dürfen glauben, aufs Spiel gesetzt. Seitdem die französische Regierung sich gezwungen sah, Paris den Händen der Insurrektion zu überlassen und sich außerhalb der Bedingungen der Friedenspräliminarien zu stellen, um die Mittel zur Wiederherstellung ihres verkannten Ansehens ausfindig zu machen, liegt uns die Besorgniß nahe, daß ähnliche Vorgänge sich auch dann noch erneuern könnten, falls es der Regierung wirklich gelänge, sich der Hauptstadt wieder zu bemächtigen. Wenn wir uns bis jetzt enthalten haben, Paris anzugreifen, um einer Lage ein Ziel zu setzen, welche in dem Vertrag vom 26. Februar nicht vorhergesehen war und nicht ohne Beeinträchtigung unserer Interessen verlängert werden kann, wenn wir in einen Zusammenzug der französischen Truppen

[1] Nach einer Erzählung des Grafen Wartensleben, der Bismarck nach Frankfurt begleitet hatte.

[2] Das Datum dieser zweiten Unterredung mit Jules Favre fehlt in Kohls Bismarck-Regesten. Die daselbst unter dem 8. Mai erwähnte „zweite Unterredung mit J. Favre“ ist also die dritte.

gewilligt haben, der beträchtlich genug ist, um im Falle einer unvermutheten Wendung der Dinge unsere Lage zu verwickeln, so können wir nicht länger diese passive Haltung Zuständen gegenüber beobachten, die gegen die Bedingungen der Friedenspräliminarien verstoßen, wofern Frankreich sich nicht dazu versteht, diesen letzteren größere Kraft zu verleihen, indem es uns für die Zukunft Bürgschaften gewährt, welche die deutschen Interessen gegen etwaige, der Ruhe Frankreichs hinderliche Störungen schützen würden.

Wir würden es vorziehen, diese Bürgschaften in der gewissenhaften Ausführung der bis jetzt geschlossenen Uebereinkünfte zu finden, denen zufolge die französischen Truppen, die außerhalb Paris stehen, sich auf die Südseite der Loire zurückziehen würden, es sei denn, daß die Regierung in ein Uebereinkommen willigte, kraft dessen die deutschen Truppen nach der Zahlung der ersten halben Milliarde der Kriegsentschädigung und der Bestätigung des endgültigen Friedensvertrages fortfahren würden, die auf dem rechten Seine-Ufer gelegenen Pariser Forts mit dem entsprechenden Theile der neutralen Zone bis zu den Wällen der Stadt, sowie die auf dem rechten Ufer gelegenen Thore derselben besetzt zu halten, so daß die in dem Vertrag vom 26. Februar vorgesehene Räumung sich vorläufig auf die Departements Somme, Seine-Inférieure und Eure beschränken und daß die in Artikel 3 der Friedenspräliminarien ausbedungene Räumung in ihrem vollen Umfang erst dann erfolgen würde, wenn die politische Lage Frankreichs hinlänglich befestigt wäre, um die Gewähr zu bieten, daß die französische Regierung im stande ist und bleiben wird, ihre Verpflichtungen gegen Deutschland zu erfüllen. Es wäre den Interessen Deutschlands zuwider, die Occupation über die Zeit hinaus zu erstrecken, deren Frankreich zur Befestigung seiner Regierung durchaus bedarf, denn die Deutschland aus der Aufrechterhaltung unserer Heere in Frankreich erwachsenden Kosten übersteigen weit alle Summen, die Frankreich dazu beisteuert. Die Interessen unserer beiden Länder gestatten uns nicht, eine Sachlage fortbestehen zu lassen, welche beide in der Ungewißheit erhält, sowohl was die Zukunft ihrer gegenseitigen Beziehungen als die Dauer von Zuständen, die weder Friede noch Krieg sind, betrifft.

Wir werden, um ihnen ein Ziel zu setzen, in unserer gegenwärtigen Unterredung danach trachten, uns über die in dem endgültigen Friedensvertrag zu erledigenden Hauptfragen zu einigen. Wenn dies uns nicht gelänge und wenn die französische Regierung sich weigerte, uns die Bürgschaften zu gewähren, die Eurer Excellenz anzudeuten ich soeben die Ehre hatte, so würde Deutschland sich vor allem das Recht vorbehalten, seinerseits Schritte gegen die unregelmäßigen, augenblicklich in Paris herrschenden Zustände zu thun und auf der strengen Ausführung der Bedingung zu bestehen, welche die französische Regierung dazu anhält, ihre Truppen auf die Südseite der Loire zurückzuziehen.

Genehmigen Sie u. s. w.

v. Bismarck.

Nach Empfang der Abschrift dieser Depesche kam Jules Favre besonders auf die Bemerkungen zurück, welche der Verlesung vorangegangen waren. Er sagte dem Kanzler, er meine, die Depesche entspreche einer Lage der Dinge, die nicht mehr bestehe, und er fügte hinzu, indem er derselben voll Rechnung trage, acceptire er die Note nur mit der Erläuterung, mit welcher der Urheber selbst dieselbe begleitet habe. Unter diesen Umständen bäte er, sogleich die Verhandlungen zu beginnen. Der Fürst erwiderte einige höfliche Worte. Eine große Menschenmenge erwartete ihn, als er aus dem Hotel trat; dieselbe empfing ihn mit Zurufen, welche Favre weder einstimmig noch enthusiastisch erschienen.

Eine Stunde später war Jules Favre bei dem Fürsten. Die Erörterung drehte sich zunächst um die Frage der Bürgschaften; sie wurde manchmal mit einer gewissen Heftigkeit geführt. Einen Augenblick nahm sie sogar einen beunruhigenden Ton an, und Favre besorgte, daß die bei den Konferenzen über den Präliminarvertrag vorgekommene, durch die Note Lord Granvilles hervorgerufene Scene sich wiederholen werde. Bismarck schien das Verlangen der Franzosen nach einem schnellen Abschluß des Friedens in Zweifel zu stellen. Als Favre sich energisch dagegen verwahrte, wurde der Kanzler hitzig und sagte: „Ihre Handlungen bedeuten mehr als Ihre Worte, und was wir von den ersteren erfahren, flößt uns wenig Zutrauen ein. Sie haben die in meinen Augen sehr chimärische Hoffnung noch nicht aufgegeben, Europa für Ihre Sache zu interessiren, und Sie glauben durch Intervention desselben eine Abänderung der Friedensbedingungen erreichen zu können; Sie suchen überall nach feindseligen Gesinnungen, welche uns Verlegenheiten bereiten. Noch ganz neuerdings haben Sie sich an Rußland gewendet. Dies berichtet mir heute morgen unser Botschafter in St. Petersburg . . ."

Favre unterbrach den Kanzler. „Ich bitte Ew. Durchlaucht — sagte er mit absichtlicher Festigkeit —, zu glauben, daß ich mich durch solche Worte verletzt fühle. Ich verheimliche nicht, daß ich Anstrengungen gemacht habe, um in Europa das Gefühl der Gerechtigkeit und der Solidarität wieder zu erwecken. Noch in dieser Stunde würde ich erfreut den Schiedsspruch Europas acceptiren, welchen Deutschland stets streng zurückgewiesen hat. Ich bin aber nicht fähig, ein doppeltes Spiel in der Art zu treiben, daß ich in dem Augenblick Feindseligkeiten zu erregen suche, wo wir den Frieden unterzeichnet haben. Ich appellire an die Loyalität Eurer Durchlaucht und bitte um sofortige Mittheilung der betreffenden Depesche. Ich kenne sie nicht, sie geht von einem Ihrer Vertreter aus; ich bin indes sicher, daß sie Ihre Insinuationen in förmlicher Weise dementiren wird."

Nach einigen Einwendungen ließ der Fürst sich das Telegramm bringen; der preußische Botschafter berichtete darin über eine Unterredung, welche er an demselben Tage mit Herrn v. Gortschakow gehabt hatte; der Kanzler hatte dem Botschafter versichert, der Kaiser würde es gern sehen, daß die Kabinette von Versailles und Berlin gegenseitig ein für beide gefährliches System des Mißtrauens aufgäben; das beste Mittel dazu wäre die Beschleunigung des endgültigen Friedensabschlusses.

Herr v. Gortschakow hatte sogar gesagt, er wisse, daß Frankreich geneigt dazu sei; er habe Mittheilung von einer Note des Ministers des Aeußeren erhalten, in welcher der Wunsch ausgedrückt sei, der Kaiser von Rußland wolle die Güte haben, seinen Einfluß auf seinen verehrungswürdigen Onkel, den deutschen Kaiser, behufs Erreichung dieses Zwecks auszuüben.

„Sie sehen — rief Favre —, statt den Plänen Eurer Durchlaucht entgegenzutreten, habe ich mich denselben angeschlossen; statt Verzögerungen hervorzurufen, habe ich mich bemüht, die Verhandlungen zu beschleunigen. Lassen wir also, darum bitte ich Sie, diese bedeutungslosen Anschuldigungen beiseite, welche mit Ihren eigenen Informationen nicht im Einklang stehen und uns nur von dem Ziel, welches wir erreichen wollen, abbringen können."

„Ich wünsche dies wie Sie — versetzte Bismarck —, aber ich konstatire nichtsdestoweniger diese fortwährenden Versuche einer Einmischung Europas, indem ich Ihnen wiederhole, was ich schon manchmal Gelegenheit gehabt habe, Ihnen bemerklich zu machen, daß wir wünschen, uns gänzlich von einer solchen Einmischung frei zu machen."

„Ich weiß dies — entgegnete der französische Minister — und ich bin nicht erstaunt darüber. Es ist jedoch nicht an der Zeit, daß wir uns hierüber aussprechen, es genügt mir, einen Irrthum Eurer Durchlaucht konstatirt und dadurch die Offenheit unseres Verhaltens gegen Sie dargelegt zu haben."

Nach Erledigung dieses Zwischenfalles kam die Frage der Bürgschaften zur Berathung; die Franzosen versuchten vergebens, den Kanzler zu bestimmen, daß er mit dem definitiven Abschluß des Friedens sich begnüge. Favre und Pouyer-Quertier wiesen dabei darauf hin, daß ihr Erfolg gegen die Kommune gewiß sei, und daß das Interesse Frankreichs, pünktlich die Zahlungen zu leisten, Deutschland die größte Sicherheit gewähre. „Wenn wir die Wahrheit sagen sollen — bemerkten sie — so bildet die Occupation des französischen Gebiets eine unnütze Härte und gewährt Ihnen keine weitere Bürgschaft. Als Herren von Elsaß und Lothringen haben Sie uns an der Kehle und das ganze Gebiet in der Hand. Der Aufstand hat Ihre Gewalt über uns eher erhöht als vermindert. Ihre erste halbe Milliarde liegt bereit. Der Kredit, welchen uns der Sieg verschaffen wird, wird bewirken, daß die späteren Zahlungen leicht und prompt geleistet werden. Wozu also jetzt die Bedingungen des Präliminarvertrages noch erschweren? Eine Bestimmung dahin treffen, daß Sie sich zurückziehen, sobald Sie ersehen, daß unsere Regierung fest begründet ist, das heißt uns Ihrer Willkür überlassen und unsere Bevölkerung durch die Aussicht auf eine unbegrenzte Dienstbarkeit zur Verzweiflung bringen: das heißt die Gelegenheit, in Konflikt zu gerathen, zu einer Zeit vermehren, wo wir Beide das Interesse haben, solchen Anlässen vorzubeugen."

„Sie vergessen — antwortete der Kanzler —, daß diese Occupation, über welche Sie sich beklagen, uns schwerer drückt als Sie. Unser Heer ist die Nation selbst. Befindet es sich auf Ihrem Grund und Boden, so verarmt der unsrige. Jede Familie

ist erzürnt über die Abwesenheit eines Mitgliedes, welche der Krieg nicht mehr rechtfertigt. Wir verlangen, daß wir allein darüber zu entscheiden haben, wann die Zurückziehung unserer Truppen opportun ist, nicht um dieselben unnöthig lange auf Ihrem Gebiet zu belassen, sondern um später nicht gezwungen zu sein, sie von neuem dorthin zu führen. Hinsichtlich dieses Punktes sind überdies die Befehle des Kaisers ganz bestimmter Art, und wir können Ihnen keine Zugeständnisse machen."

Bei diesem unbeugsamen Festhalten an dem Prinzip hatten die französischen Vertreter nur noch über die Durchführung desselben zu berathen und sich zu bemühen, die Sache weniger hart zu gestalten. Die Erörterung war lang und mühsam. Indessen erreichten sie, daß nach Zahlung der dritten halben Milliarde die Räumung der in dem Präliminarvertrage gedachten fünfzehn Departements von Rechts wegen und ohne Rücksicht darauf zu erfolgen habe, welcher Ansicht das preußische Kabinett bezüglich der politischen Lage Frankreichs sei. Die französischen Unterhändler konnten übrigens das Gewicht der Argumente des Fürsten Bismarck in betreff der Zurückziehung der deutschen Truppen nicht verkennen; dieselben haben ihre volle Bestätigung durch die Thatsachen gefunden.

Es war für die Franzosen unmöglich, bezüglich des durch das Ultimatum erhobenen Anspruches, den Preußen die Bewachung der Thore von Paris zu überlassen, sich ebenso entgegenkommend zu zeigen. Favre war erstaunt, daß der deutsche Generalstab dies nicht begriff. Die französischen Unterhändler setzten diesem Anspruch eine bestimmte Weigerung entgegen. Man mache sich eine sonderbare Vorstellung, wenn man glaube, die Bewohner von Paris würden die Geduld haben, die Anwesenheit fremder Schildwachen an ihren Thoren ruhig hinzunehmen. Die Konflikte würden von selbst entstehen, und Niemand könne die Folgen derselben übersehen. Nach mehreren Besprechungen mit seinem militärischen Beirath gab Bismarck nach, und man behielt von dem Entwurf des Artikels nur die Bestimmung über die Befugniß der Korpsbefehlshaber bei, Patrouillen in die neutrale Zone um die Stadt senden zu dürfen.

Der letzte Absatz des Artikels I des Vertrages vom 26. Februar hatte einen wichtigen Punkt vorbehalten; es heißt daselbst: „Die Stadt Belfort und die Befestigungen derselben mit einem später festzusetzenden Umkreise verbleiben Frankreich." Bismarck hatte diesen Rayon in Versailles auf sieben Kilometer geschätzt. Von französischer Seite war Niemand näher darauf eingegangen. Dies Minimum war den französischen Unterhändlern jetzt also sicher; sie hatten ein großes Interesse, darüber hinaus etwas zu erreichen.

Die Vertreter Frankreichs bemühten sich, dem Kanzler darzulegen, daß Deutschland keinen Grund habe, Frankreich etwas streitig zu machen, was für das letztere von großer Bedeutung sei. Als Bismarck den Franzosen Belfort belassen habe, könne er nicht die Absicht gehegt haben, den Werth dieses Zugeständnisses zu vernichten oder wenigstens erheblich herabzusetzen; dies würde unfehlbar eintreten, wenn die Stadt ihrer wesentlichsten Elemente der Lebensfähigkeit beraubt werde. Nun

sei der Stadt ein gewisser Umkreis für die Verpflegung und die Erhaltung der täglichen Beziehungen unerläßlich. Uebrigens gäbe ein Halbkreis mit einem Radius von sieben Kilometern keine Grenzlinie, welche in Ermangelung natürlicher Grenzen über größere bewohnte Plätze führen müsse. Der Urheber des von dem deutschen Generalstab vorbereiteten Vertragsentwurfes sei bei der Annahme einer Annexion Belforts von diesem Gedanken ausgegangen. Indem derselbe von Norden nach Süden der Wasserscheide folge, sei er auf das unter dem Namen Ballon d'Alsace bekannte Hochgebirge getroffen. Bei dieser Stelle zweige sich die Vogesenkette in zwei Arme, sie strecke nach Osten ihren Hauptarm, welcher sich allmählich von über siebenhundert Meter bis herab zu den Hügeln von Champagney zwischen Sennapagny und Evette senke; das sei genau die zuerst von dem Generalstab gewählte Linie; dieselbe schiebe in der Verlängerung zwischen den Höhen von Salbey nach links und von Châteauvillars nach rechts Belfort in die deutsche Grenze hinein. Der andere Arm, welcher aus ausgedehnteren Bergen und tieferen Thälern gebildet werde, richte sich nach Südwesten und laufe unterhalb von St. Germain bei Bethonvilliers, einige Kilometer oberhalb von Menoncourt und Fontaine, aus.

Zwischen diesen beiden Gebirgsarmen, deren Abstand an ihrer Basis ungefähr zwanzig Kilometer beträgt, liegt das Thal von Giromagny und die Straße von Belfort nach dem Belchen. Dieses Thal und der Flecken, der Hauptort des Kantons, nach welchem das Thal den Namen führt, sind der Sitz reicher und zahlreicher Industrien. Der Besitz derselben sicherte den Franzosen eine werthvolle Verbindung mit dem höchsten Punkte der Vogesen und gestattete den Unterhändlern, als nothwendige Annexe die beiden Dörfer Raon-l'eau und Raon-Plaine, welche an der östlichen Abdachung des Belchen liegen und die strategische, in das Thal von Champagney führende Route beherrschen, zu fordern. Die Vertreter Frankreichs setzten mit großem Eifer auseinander, wie der Wunsch der Bevölkerung, die Traditionen, die Bande, welche dieselbe mit Belfort verknüpften, zu achten seien. Sie verlangten ferner, daß die Grenze, deren Abänderung nach Norden ihnen so sehr gerechtfertigt erschien, auch nach Westen und Süden erweitert werde. Bismarck versprach, nachdem er den französischen Ansprüchen lange und lebhaft entgegengetreten war, die Vorschläge mit der Absicht zu prüfen, alles, was ihm irgend annehmbar erscheine, zuzubilligen. Er fügte hinzu, vielleicht könne er, zum Theil wenigstens, die französischen Wünsche befriedigen, wenn ihm auf einem andern Theile des französischen Gebiets ein Aequivalent geboten werde. Die französischen Unterhändler protestirten lebhaft dagegen und bemerkten, es handle sich hier nicht um ein Geschäft, bei welchem jedes Zugeständniß eine Kompensation nach sich ziehe; die Nothwendigkeit allein habe ihnen die von Deutschland annektirten Provinzen entrissen; im Momente der definitiven Grenzregulirung könnten sie wohl einen Theil des Bodens und der Bewohner, die ihnen genommen worden seien, wieder zurückbekommen, sie hätten aber nicht das Recht, über dasjenige zu verfügen, was ihnen durch den Präliminarvertrag belassen und verbürgt sei. Der Kanzler bekämpfte diese Ansicht, er berief

sich auf die Vorgänge, auf den Vortheil der geschäftlichen Behandlung selbst bei Abmachungen der vorliegenden Art. Er bemerkte, er werde noch denselben Abend nach Berlin telegraphiren. Die französischen Vertreter berichteten Herrn Thiers über den Stand der Verhandlungen; derselbe ließ ihnen sein Einverständniß mittheilen.

8. und 9. Mai 1871: Dritte und vierte Unterredung Bismarcks mit Jules Favre.

In der folgenden Sitzung, Montag, den 8. Mai, theilte der Kanzler näher mit, was er am Tage vorher nur angedeutet hatte. Deutschland willigte ein, daß Frankreich das geforderte Gebiet um Belfort erhalte, verlangte aber an der Luxemburger Grenze einen Landstreifen von ungefähr zehn Kilometern, von dem kleinen Dorfe Hussigny ausgehend und zwischen Avril und Moyeuvre mit der ursprünglichen Linie zusammentreffend. Die Franzosen verloren dadurch 7000 Einwohner und 10000 Hektar, erlangten dagegen 27000 Einwohner und 6000 Hektar am Oberrhein. Zwei wichtige Gründe konnten das deutsche Kabinett zu diesem Vorschlage bestimmen: in erster Linie der Wunsch, sich die in dieser Gegend reichlich vorhandenen Eisenerzlager zu verschaffen; in zweiter Linie der Vortheil, daß die Ausdehnung der französischen Grenze gegen Luxemburg verringert und dadurch auf ungefähr den dritten Theil reduzirt wurde. Der Kanzler machte noch einen dritten, vom Standpunkte der positiven Politik weniger schätzbaren Grund geltend. Das Gebiet, welches Preußen haben wollte, wäre, sagte er, der Schauplatz wiederholter und blutiger Gefechte gewesen. Die sterblichen Hüllen einer großen Zahl Offiziere und Soldaten ruhten daselbst. Der Kaiser lege Werth darauf, die Gräber derselben zu besitzen. Die französischen Unterhändler glaubten derartige, sehr achtungswerthe, in ihren Augen aber nebensächliche Gründe nicht widerlegen zu brauchen. Sie beschäftigte vor allem das große Interesse, welches Frankreich daran hatte, daß um Belfort ein Aktionsfeld belassen werde, welches zur Deckung des Platzes und zur Ergreifung der Offensive genügend groß sei. Es schien ihnen, daß, wenn dies Interesse gegen das Interesse an der Erhaltung eines Erzlagers und einiger Dörfer an der Luxemburger Grenze abgewogen werde, es ein Zaudern dabei nicht geben könne. Nur war ein solches Zögern angesichts der grausamen Nothwendigkeit möglich, von dem nationalen Boden einen Theil dessen, was ihm durch den Präliminarvertrag zugetheilt war, wieder abzuschneiden. Die französischen Vertreter machten dem Kanzler bemerklich, daß eine so delikate Frage außerhalb ihrer Kompetenz liege. Dieselbe berühre die Souveränität; die Nationalversammlung allein könne sie lösen. Man einigte sich über einen Mittelweg, der darin bestand, daß eine Alternative gestellt wurde, über welche die Kammer sich aussprechen sollte: entweder ein Rayon von sieben Kilometern um Belfort ohne weitere Grenzänderung oder die erwähnte Erweiterung gegen Ueberlassung von zehn Kilometern an der Grenze von Luxemburg. In dieser Weise wurde der erste Artikel des Vertragsentwurfs redigirt.

Die folgenden Bestimmungen wurden genau geprüft, gaben aber zu bemerkenswerthen Erörterungen keinen Anlaß. Der Kanzler bewilligte ohne viel Anstrengungen von französischer Seite die sofortige Rückgabe von 20000 Gefangenen, welche nothwendigerweise und ohne Verzug nach Algier gesandt werden mußten, wo sie eine werthvolle Hülfe gegen den Aufstand bildeten. Man setzte fest, daß die allgemeine Rückkehr der Gefangenen in die Heimath mit der größtmöglichen Schnelligkeit weitergehen sollte. Nachdem einmal darüber Einverständniß erreicht war war diese Bestimmung ganz natürlich; beide Vertragschließenden hatten ein Interesse an der unverweilten Ausführung.

Weniger leicht war die Verständigung über die Handelsverträge. Die eingetretenen Ereignisse hatten dieselben aufgehoben. Die französischen Vertreter hatten den Auftrag erhalten, die Aufrechterhaltung des status quo zu sichern, um auf diese Weise sich die Zukunft vorzubehalten. Bismarck widersetzte sich dem heftig. Er erklärte, er wolle lieber den Krieg mit den Waffen von neuem beginnen, als sich einem Tarifkriege aussetzen. Pouyer-Quertier nahm den Kampf tapfer auf und gab erst angesichts der Gewißheit eines Bruches nach. Es wurde vereinbart, daß beide Regierungen als Grundlage ihrer Handelsbeziehungen das System der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation annehmen sollten. Favre war über eine derartige Lösung der Frage nicht sehr betrübt; er betrachtete dieselbe als die vortheilhafteste für die Entwickelung der Produktion und des Handels Frankreichs.

Nachdem auf diese Weise die Hauptschwierigkeiten geregelt waren, wobei die weiteren Konsequenzen und Einzelheiten Zusatzkonventionen überlassen wurden, wurde dazu übergegangen, den Preis und die Bedingungen einer Abtretung des auf dem annektirten Gebiet belegenen Theils der Ostbahn zu bestimmen. Die Vertreter Frankreichs hatten die Direktoren dieser großen Gesellschaft nach Frankfurt kommen lassen, um fortwährend mit denselben in Verbindung zu sein und nichts ohne ihre vorherige Befragung zu thun. Dieselben lieferten den Bevollmächtigten das für die Verhandlung nothwendige Material. Man konnte indessen zunächst zu keiner Verständigung kommen. Man war über die andern Punkte am 9. Mai abends einig. Es wurde von Berlin und von Paris aus gedrängt. Die französischen Vertreter sahen ein, daß man damit zu Ende kommen mußte, und daß es besser sei, diese Spezialfrage hinauszuschieben, als eine Debatte zu verlängern, in welcher alles vorgebracht erschien. Die Gesellschaft forderte 400 Millionen, Bismarck bot 100. Der Abstand schien unausgleichlich. Es wurde eine Zusammenkunft für den folgenden Tag, Mittwoch, den 10. Mai, behufs Unterzeichnung des Vertrages verabredet.

### 10. Mai 1871: Fünfte Unterredung Bismarcks mit Jules Favre.

An diesem Tage versammelten sich in einem Salon des Hotels zum Schwan für Frankreich: der Minister des Aeußern, Jules Favre, der Finanzminister Pouyer-

Quertier und Herr von Goulard, für Deutschland: Fürst Bismarck, Graf Arnim, Graf Hatzfeld und unterzeichneten einen Akt, welcher durch die Ratifikation der Nationalversammlung und des deutschen Kaisers endgültig werden sollte. Jules Favres Erregung und Schmerz waren groß, aber die Heftigkeit seiner Gefühle beruhigte sich bei dem Gedanken, daß Frankreich soeben einer großen Gefahr entgangen war, und daß es künftig die Erneuerung eines Krieges nicht mehr zu fürchten hatte, in welchem es unfehlbar unterlegen wäre; Frankreich konnte eher den Aufstand besiegen: er glaubte als Zeichen dafür ein Telegramm ansehen zu dürfen, das in dem Augenblick aus Versailles eintraf, als das schmerzliche Opfer gebracht wurde. Der Kabinettchef meldete Favre die Einnahme des Forts Issy, welches mit 109 Kanonen, Lebensmitteln und Vorräthen aller Art den Regierungstruppen in die Hände gefallen war. Derselbe fügte hinzu: „Ich bin beauftragt, Ihnen die völlige Zustimmung des Konseilpräsidenten zu allen zwischen Ihnen und Herrn von Bismarck getroffenen Abmachungen mitzutheilen."

Favre empfand eine lebhafte Genugthuung darüber, diese gute Nachricht dem Kanzler mittheilen zu können, welcher davon ziemlich betroffen schien. Er hatte, wie die Mehrzahl seiner Landsleute, die feste Ueberzeugung, daß die französische Regierung bei dem Angriff gegen die von den Aufständischen vertheidigten Werke unterliegen werde. Herr von Fabrice hatte dies mehrmals zu Favre ausgesprochen und durch strategische Gründe zu rechtfertigen versucht. — Vielleicht war dies Ereigniß nicht ganz ohne Einfluß auf die Dispositionen des Fürsten Bismarck, welcher in die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlung über die Abtretung der Eisenbahn willigte; sie wurde von Pouyer-Quertier mit Eifer und Geschicklichkeit geführt, und nach einer zweistündigen Diskussion einigte man sich über die dem Vertrage beigefügten zwei Zusatzartikel. Der Rath des von dem Kanzler zugezogenen Grafen von Henckel trug viel zu diesem Ausgange bei; die Aeußerungen des preußischen Finanzministers und mehrerer Finanzmänner, welche der Telegraph an demselben Morgen aus Berlin überbracht hatte, waren dabei auch nicht ohne Nutzen. Pouyer-Quertier hielt wohl eine Herabsetzung der Forderung der Gesellschaft für nothwendig, weigerte sich aber, unter das Minimum von 325 Millionen herunterzugehen; die französische Regierung verpflichtete sich, der Ostbahn-Gesellschaft den an die deutsche Regierung abgetretenen Theil ihrer Eisenbahn durch Zahlung dieser Summe abzukaufen, welche demnächst mit diesem Betrage bei Zahlung der zweiten halben Milliarde der Kriegskostenentschädigung in Anrechnung gebracht werden sollte.

Der 18. und letzte Artikel des Vertrages setzte die Frist, binnen welcher die Ratifikationen ausgewechselt werden sollten, auf nur zehn Tage fest.[1]

---

[1] Ueber die Frankfurter Verhandlungen Bismarcks mit Jules Favre vergleiche auch Loftus: Diplom. reminisc. Bd. I. 2. Reihe. S. 352. Neues ist darin aber nicht enthalten.

**Frankfurt a. M., den 20.—22. Mai 1871. Unterredungen Bismarcks mit Jules Favre und Pouyer-Quertier über den Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrags mit Frankreich.**[1]

Sonntag, den 20. Mai.

Jules Favre war mit Pouyer-Quertier wieder in Frankfurt a. M. eingetroffen, um die Schlußformalität wegen des Friedensschlusses vorzunehmen.

Die Konferenzen derselben mit Bismarck begannen um drei Uhr nachmittags; die Verhandlung endete erst um elf Uhr mit Austausch der Ratifikationen; indes waren die Ausfertigungen noch nicht fertig. Die letzten Unterschriften mußten bis zum nächsten Morgen, Montag, den 21. Mai, verschoben werden. Bismarck hatte zuerst die Absicht gehabt, den Finanzminister zu sich zu berufen. Das Telegramm war bereit. Er ließ es aber nicht abgehen und sagte sehr verbindlich zu Pouyer-Quertier: „Ich habe es mir überlegt, wir brauchen keine Mittelsperson; zwischen uns wird sich alles sehr gut arrangiren.“ In der That bezeugte er gegen Pouyer-Quertier eine wirkliche Sympathie. Der Letztere verdankte dies der Ungezwungenheit seines Auftretens, seiner Beredsamkeit und geschickten Argumentation. Wie alle wahrhaft praktischen Männer schätzte Bismarck vor allem an diesem Unterhändler die Einfachheit und Präcision. Favre hat oft von Bismarck gehört, daß Letzterer sich rühmte, seine Gegner dadurch irregeführt zu haben, daß er ihnen die Wahrheit gesagt habe. Vielleicht war Bismarck damals nicht böse darüber, daß man seine Aufrichtigkeit für berechnet hielt; Favre kann aber versichern, daß um so leichter mit Bismarck zu verhandeln ist, je direkter man ihm gegenüber zur Sache kommt; die lebhafte Vertraulichkeit Pouyer-Quertiers hatte Bismarck sehr für den Letzteren eingenommen. Bismarck machte demselben mehrere sehr werthvolle Zugeständnisse, namentlich in Bezug auf die Zulassung der französischen Banknoten bei Zahlung der Kriegskosten. Er acceptirte für hundert Millionen Banknoten bei Zahlung der ersten Rate, wiewohl der soeben ratifizirte Vertrag dieselben formell ausschloß.

Während die amtlichen Schriftstücke fertiggestellt wurden, begann eine Unterhaltung über die politische und militärische Lage. „Der König — sagte der Kanzler — ist etwas beunruhigt darüber, daß Sie von neuem zehntausend Gefangene haben wollen. Er hat darin den Beweis dafür zu sehen geglaubt, daß Sie noch weit von einer Lösung der Schwierigkeiten entfernt sind, und er kann den Gedanken einer längeren Verzögerung nicht ertragen. Unsere Truppen möchten nicht länger bleiben. Wir versprechen Ihnen, unsere Truppen in großem Umfange nach Deutschland zurückzuziehen und in dieser Beziehung über die Bestimmungen des

---

[1] Nach Jules Favre: Simple récit. etc. Bd. III. S. 426. Nach Kohls Regesten hätte die letzte Konferenz Bismarcks mit Jules Favre am 21. Mai (das war am Montag) stattgefunden. Nach der Erzählung von Jules Favre fand auch noch am 22. Mai (Dienstag) eine Besprechung der beiden Staatsmänner statt.

Vertrages bedeutend hinauszugehen. Aber wir verlangen von Ihnen, daß Sie rasch handeln."

„Das ist so sehr unser Wille — antwortete Favre —, daß schon heute mit Legung der Bresche in der Absicht begonnen wird, spätestens Dienstag den Sturmangriff vorzunehmen."

Der Fürst beglückwünschte Favre zu dieser guten Nachricht und kam dann auf einen schon mehrmals erörterten Gegenstand zu sprechen, die Aufforderung, welche der Befehlshaber der deutschen Armee wegen Desarmirung der Wälle auf Grund der Waffenstillstandskonvention an die Aufständischen richten sollte. Favre hatte gebeten, jede Aufforderung auszusetzen, welche den preußischen Befehlshaber in die Nothwendigkeit versetzt haben würde, Paris anzugreifen. Der Kanzler erkannte an, es sei besser, daß die französische Regierung Herrin ihrer Aktion bleibe.

„Indessen — fügte er hinzu — können wir für nichts einstehen. Sie gestehen zu, daß wir tausendfach das Recht haben, Gewalt anzuwenden. Sie kämpfen nicht gegen eine Partei. Das ist eine Bande von Räubern, welche die Gesetze verletzen, auf denen die ganze Civilisation beruht. Können wir mit verschränkten Armen zusehen, wie die öffentlichen Denkmale umgestürzt, das Privateigenthum vernichtet, der Erzbischof vielleicht ermordet wird? Man begreift unsere Zurückhaltung nicht mehr, wir können Ihnen dieselbe nur für kurze Zeit und ohne Verbindlichkeit versprechen."

Favre hatte um so mehr Anlaß, diesen Beunruhigungen durch energische Gegenversicherungen entgegenzutreten, als er aus Versailles die formellsten Depeschen erhielt, welche ihn in den Stand setzten, zu versichern, daß die Regierung in jedem Augenblick Herrin von Paris sein könne. Am 21. Mai mittags sandte Herr Thiers folgendes Telegramm an Favre:

„Herr von Bismarck möge sich beruhigen. Der Krieg wird im Laufe dieser Woche beendet sein. Wir haben auf der Seite des Forts Issy Bresche gelegt. Man ist in diesem Augenblick dabei, dieselbe zu erweitern. Die Bresche an la Muette ist begonnen und weit vorgeschritten. Wir schießen eine weitere Bresche bei Passy und Point-du-Jour. Aber unsere Soldaten arbeiten unter dem Kartätschenfeuer, und ohne unsere große Batterie von Montretout wäre diese Tollkühnheit unmöglich. Aber derartige Arbeiten unterliegen so vielen Zufällen, daß man keinen bestimmten Zeitpunkt für ihre Fertigstellung angeben kann. Ich bitte Herrn von Bismarck inständig, im Interesse der Sache der Ordnung, uns allein die Unterdrückung dieses antisozialen Räuberthums, welches für einige Tage seinen Sitz in Paris aufgeschlagen hat, zu überlassen. Dies nicht zu thun, hieße der Partei der Ordnung in Frankreich und sodann in Europa einen weiteren Schaden zufügen. Möge man uns Vertrauen schenken, und die soziale Ordnung wird noch im Laufe dieser Woche hergestellt werden. Was unsere Gefangenen angeht, so habe ich Ihnen heute morgen mitgetheilt, wo dieselben einzutreffen haben; es ist zu spät, auf die Beförderung zu Wasser jetzt noch näher einzugehen. Die Kadres der Regimenter stehen

vollständig an unseren Landgrenzen bereit; die Gefangenen werden sofort nach der Ankunft eingestellt werden. Man wartet übrigens nicht auf dieselben, um sie zur Verwendung zu bringen, sondern sie sollen eine für alle Fälle bereite Reserve bilden. Freundschaftlichst" 2c.

Diese Instruktionen gaben genau die patriotischen Befürchtungen wieder, welche die Regierung seit mehr als zwei Monaten in Aufregung versetzten, und deren Intensität sich in dem Augenblick verdoppelte, wo die Regierung durch ihre eigene Anstrengung das so heiß erstrebte Ziel zu erreichen schien. Favre setzte dies Bismarck mit aller Energie, deren er fähig war, auseinander.

„Sie haben uns oft wiederholt — sagte er zu Bismarck —, wir könnten Ihrer Regierung erst Vertrauen einflößen, wenn wir Beweise unserer Stärke lieferten. Ich bin ganz Ihrer Meinung; deshalb beschwören wir Sie, uns nicht eine Hülfe zu theil werden zu lassen, welche einen eklatanten Beweis unserer Schwäche abgeben würde. Ich denke aber besonders an die Zukunft und möchte die schrecklichen Eventualitäten vermeiden, welche wir vorbereiten würden, wenn wir, um wenige Stunden zu gewinnen, unsere moralische Autorität über die Nation zum Opfer brächten. Sie kennen die Fehler und Eigenschaften unserer Nation; sie ist Eindrücken bis zum Uebermaß zugänglich, und man muß auf ihr Gefühl einwirken, will man sie regieren. Sie würde ihre Achtung und Mitwirkung einer Regierung versagen, welche die Noth gezwungen, die Hülfe des Feindes anzunehmen; sie würde dieselbe verachten und bei erster Gelegenheit stürzen. Nun liegt es in unserem beiderseitigen Interesse, daß Frankreich die Regierung, welche es sich gegeben, liebt und aufrecht erhält. Unter dieser Bedingung können wir den Frieden verbürgen und unsere Verpflichtungen erfüllen. Nur auf einige Tage bitten wir um Geduld. Ich hoffe, jetzt brauchen wir nur noch nach Stunden zu rechnen. Bald werden Sie sich darüber freuen, Zutrauen zu uns gehabt und uns den Kredit belassen zu haben, ohne welchen wir alle uns Gefahren, zum mindesten unberechenbaren Schwierigkeiten aussetzen."

Diese Bemerkungen fanden bei dem Kanzler eine günstige Aufnahme. Er erließ in Favres Gegenwart die dringendsten Befehle wegen der Rücksendung der französischen Gefangenen. Für diejenigen Gefangenen, welche in der Nähe der Grenze von Belgien kantonirt waren, war die Erlangung der freien Passage durch Belgien nothwendig. Herr Baude zeigte dabei den größten Eifer und konnte noch an demselben Tage Favre die Einwilligung des belgischen Kabinetts anzeigen. Alle Schwierigkeiten schienen sich zu heben. Der Akt über den Austausch der Ratifikationen war unterzeichnet; es war vier Uhr. Pouyer-Quertier wollte sogleich nach Frankreich zurückkehren. Favre würde dies gleichfalls gethan haben, wenn Bismarck ihn nicht gebeten hätte, erst am folgenden Tage abzureisen; derselbe wollte den Abend dazu verwenden, mit Favre vertraulich über ihre Angelegenheiten zu sprechen.

Danach unternahm Favre mit seinen Sekretären einen Spaziergang in der

Umgegend von Frankfurt; sie fanden bei der Rückkehr in das Hotel eine Depesche folgenden Inhalts aus Versailles vor:

„Die Armee steht in Paris. Das Thor von Saint-Cloud ist unter dem Feuer unserer Artillerie zusammengebrochen; das Korps des Generals Douai rückt in diesem Augenblick ein, die Korps Ladmirault und Clinchant setzen sich in Bewegung, um ihm zu folgen. Wir haben den Trocadero, den Triumphbogen, die Ecole militaire; ich hoffe, daß am Abend die ganze Stadt in unseren Händen sein wird."

Ohne eine Minute zu verlieren, sandte Jules Favre die Abschrift dieses Telegramms an Bismarck.[1]

Als er denselben um 9 Uhr wiedersah, konnte er dem Kanzler den Eindruck dieses Ausgangs, welchen der Letztere bis zum letzten Augenblicke ohne den Beistand der deutschen Armeen für unmöglich gehalten hatte, auf dem Gesicht lesen. Favre errieth sein Erstaunen, in welches sich ein leichter Verdruß mischte. Als Bismarck ihm immer wiederholte, daß die französische Regierung Paris mit Gewalt nicht nehmen würde, erinnerte er sich gewiß, daß seine Generale es nie versucht, sondern es für klüger gefunden hatten, die große Hauptstadt auszuhungern, statt sie mit Gewalt zu nehmen. Die französischen Truppen waren kühner gewesen, und ihr Sieg verminderte sehr das Verdienst einer nur aus Mangel an Lebensmitteln errungenen Unterwerfung. Indes zeigte Fürst Bismarck sich zufrieden und vertrauensvoll. „Seien Sie gewiß — sagte er zu Favre —, daß wir die Durchführung des Vertrages in der Praxis nach Möglichkeit erleichtern werden. Ich hatte Befehl, Ihnen Verschärfungen zu diktiren, welche Sie anzunehmen klug genug waren; andernfalls hätten wir Sie aufgefordert, alle Truppen, die Sie über die Ihnen in den Präliminarien zugestandenen 40000 Mann hinaus besaßen, nach der Südseite der Loire zurückzuziehen, und wir hätten mit der Beschießung von Paris von neuem begonnen. Als ich Berlin verließ, war ich auf diese Eventualität gefaßt und dachte, daß Sie selbst dieselbe suchen würden. Als Sie täglich die Zahl Ihrer Soldaten vermehrten, vermutheten wir, Sie wollten mit der Kommune unterhandeln und sich mit ihren Streitern vereinigen, um sich allesamt auf uns zu werfen. Sie werden zugeben müssen, daß diese Befürchtung nicht ganz aus der Luft gegriffen war, zumal Sie trotz unserer wiederholten Anfragen uns die Zunahme Ihrer Streitkräfte recht geflissentlich zu verheimlichen und die Belagerungsarbeiten systematisch in die Länge zu ziehen schienen. Nun, das ist jetzt alles vorüber, und wir müssen jetzt beide nur darauf bedacht sein, zwei Nationen einander zu nähern, welche alles Interesse haben, gute Beziehungen wieder anzuknüpfen."

„Ich fürchte — erwiderte Favre —, daß dies trotz unseres beiderseitigen guten Willens leichter gesagt als gethan ist. Die Friedensbedingungen, welche Sie uns

[1] Der hier beginnende Theil der Unterredung Bismarcks mit Favre ist in dem Werke von Unger „Unterredungen mit Bismarck" Bd. I. S. 83, aufgenommen, jedoch ist dort der Text nicht vollständig wiedergegeben, so daß verschiedentliche Ergänzungen nothwendig waren.

diktirt haben, stehen dem im Wege. Wir werden sie gewissenhaft beobachten. Mehr können wir nicht versprechen; doch glaube ich versichern zu können, daß wir jedem Vorwand zu einem Zerwürfnisse sorgfältig aus dem Wege gehen werden. Schon längst habe ich Ew. Durchlaucht den lebhaften Wunsch ausgesprochen, unsere diplomatischen Beziehungen offiziell wiederherzustellen. Wir müssen beiderseits darauf bedacht sein, dieselben unverzüglich wieder aufzunehmen und ihre Leitung aufgeklärten und versöhnlichen Männern anzuvertrauen. Darüber hinauszugehen, wäre für jetzt wenigstens voreilig."

„Das ist auch meine Ansicht — entgegnete der Kanzler —, aber ich kann nicht zugeben, daß, weil das Kriegsglück uns in einem von Ihnen provozirten Kampfe günstig gewesen war, alle Hoffnung auf eine ernstliche Versöhnung vernichtet sein sollte. Sie wissen besser als irgendwer, welchen gebieterischen Rücksichten wir gehorcht haben; wir hätten uns vergebens gegen den Willen der deutschen Nation gesträubt, noch mehr, wir hätten einen Verrath an ihr begangen, wenn wir nicht vor neuen Angriffen Frankreichs auf der Hut gewesen wären. Jetzt wünschen wir solche nicht, aber wir brauchen sie auch nicht mehr zu fürchten; wir sind für alle Fälle gerüstet. Ich für meinen Theil glaube indes noch immer, daß man viel von der Zeit erwarten darf. Sie werden sich vielleicht wundern über das, was ich sagen will. Frankreich wird mehr bei einem aufrichtig friedlichen Verhalten gewinnen als bei der systematischen Aufhetzung des durch diesen Krieg erregten Hasses. Ich will bei einem so delikaten Gegenstand nicht länger verweilen, sondern Ihnen nur wiederholen, daß ich kein Feind Ihres Landes bin, und ich beweise es Ihnen, indem ich Ihnen als unseren Botschafter bei Ihrer Regierung einen Diplomaten vorschlage, dessen von Hause aus wohlwollende Gesinnung Sie kennen, und der Ihnen nur angenehm sein kann."

Favre dankte dem Kanzler und bezeichnete ihm seinerseits den Mann, welchen Herr Thiers für die Botschaft in Berlin ins Auge gefaßt hatte. Da Favre einige Besorgniß wegen der Schwierigkeiten äußerte, die denselben auf diesem Posten erwarteten, entgegnete der Kanzler mit großer Lebhaftigkeit:

„Da irren Sie sich sehr: er wird der glücklichste von allen Ihren Gesandten sein; wir werden ihn in Baumwolle wickeln und so mit Artigkeiten überhäufen, daß er nur wird zu wollen brauchen, um für uns unentbehrlich zu werden. Sie machen sich, wie ich sehe, eine unrichtige Vorstellung von der öffentlichen Meinung in Deutschland: dieselbe ist ganz für den Frieden. Ich spreche natürlich nicht von gewissen Militärs, noch von den Exaltirten und Volksschmeichlern, welche sich Gallophoben nennen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und die Leichtgläubigkeit der Narren auszubeuten. Diejenigen, welche den Staat lenken und tragen, sind vernünftiger, sie kennen die Launen des Glücks, und wenn sie jemals daran gezweifelt hätten, so hätten gerade unsere Siege, die alle Erwartungen übertrafen, sie aufgeklärt. Sie denken gar nicht daran, unsere glänzenden Erfolge auf das Spiel neuer Abenteuer zu setzen. Ihr Botschafter wird das schon in einigen

Wochen wissen, und ein längerer Umgang mit uns wird ihn in dieser Ueberzeugung nur bestärken."

„Ich kann — entgegnete der französische Vertreter — Ew. Durchlaucht nicht so frei antworten, wie ich möchte. Ich begreife Ihre guten Gesinnungen. Sie werden meine Zurückhaltung entschuldigen, was die unsrigen betrifft. Ich enthalte mich gleich Ihnen, in eine Erörterung unserer gegenseitigen Gesinnungen einzutreten, aber ich bitte Sie, Ihre Grundsätze praktisch zu bethätigen und unserer unglücklichen Bevölkerung die erdrückende Last der Occupation zu erleichtern. Das wäre das beste Mittel, das normale Verhältniß wiederherzustellen, dessen erfreuliche Folgen Sie so wohlgefällig voraussehen."

„Das werden wir auch thun — sagte der Kanzler —, und wir werden uns über diesen Punkt um so leichter verständigen, als unsere Interessen die nämlichen sind. Wenn Sie den Gesprächen bei unseren Regimentern ein Ohr leihen wollten, würden Sie dort immer nur einen Wunsch hören: den nach der Rückkehr in die Heimath. Dieser Wunsch wird auch von jeder deutschen Familie getheilt, und die Presse wiederholt es in einem beinahe drohenden Tone. Wir mußten ihm gleichwohl widerstehen, so lange uns der Pariser Aufstand nöthigte, auf neue Bürgschaften zu dringen. Jetzt steht es bei Ihnen, dieselben überflüssig zu machen. Warum wollen Sie nicht auch von den Abmachungen des Präliminarvertrages Gebrauch machen? Nach der Zahlung der beiden ersten Milliarden können Sie uns eine finanzielle Kombination vorschlagen. Wenn dieselbe eine gehaltvolle ist, werden wir gerne darauf eingehen, und in diesem Falle könnte die gänzliche Räumung schon viel näher bevorstehen."

Favre versprach dem Kanzler, über die Unterredung seiner Regierung eingehend zu berichten. Es war zwölf Uhr nachts und Favre wollte sich von ihm verabschieden, der Kanzler bat ihn, ihm noch den folgenden Vormittag (Dienstag, den 22.) zu schenken, um eine ziemlich große Anzahl streitiger Angelegenheiten zu regeln.

Dienstag, den 22. Mai.

Diese zweite Konferenz hatte denselben Charakter wie die erste; Favre bedauerte, auch nicht einmal im Auszug die Urtheile wiedergeben zu können, welche der Kanzler beiläufig über viele Punkte der hohen Politik und über mehrere hervorragende Persönlichkeiten fällte.

Der Kanzler schien ihm vor Freude zu strahlen, und das war ihm ein Stich ins Herz; er fühlte, wie Herr von Meaux gesagt hat, daß er „einen der schmerzlichsten und unvermeidlichsten Akte" erfüllt hatte. Als beide Diplomaten sich trennten, sagte Bismarck zu Favre, daß er sich zu dem definitiven Friedensschluß Glück wünsche und denselben Favres persönlicher Theilnahme an den Unterhandlungen beimesse.

„Sie erweisen mir eine Ehre, die ich nicht verdiene — antwortete Favre —, ich habe nur das Gebot der Nothwendigkeit offen anerkannt und mich ihm ohne

Murren unterworfen. Indes, da Ew. Durchlaucht mir einiges Vertrauen zu erzeigen die Güte hat, so möchte ich Sie bitten, sich jedesmal, wenn Sie einen Konflikt befürchten, direkt an mich zu wenden. Ich werde nicht mehr lange auf meinem Posten bleiben; solange ich ihn aber innehabe, würde ich mich glücklich schätzen, wenn die freundlichen Gesinnungen Ew. Durchlaucht es mir möglich machen, meinem Vaterlande nützlich zu sein."

Der Fürst versprach dies, und man trennte sich.[1]

Berlin, den 12. August 1871. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger in Berlin Marquis de Gabriac, betr. die Entwickelung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.[2]

Am 12. August 1871 empfing der erste französische Geschäftsträger in Berlin nach dem Kriege Marquis de Gabriac von dem Unterstaatssekretär von Thile die Mittheilung, daß Bismarck, welcher auf der Durchreise von Varzin nach Gastein in Berlin eingetroffen sei, ihn am selben Tage, abends 9 Uhr, empfangen werde. Der Geschäftsträger fand sich pünktlich ein und wurde von Bismarck mit Höflichkeit empfangen; Letzterer bot ihm eine Cigarre an, indem er sich selbst eine anzündete. Das sich danach entwickelnde Gespräch dauerte zwei Stunden und war stellenweise, besonders zu Beginn, sehr heißer Art. Nach einigen Höflichkeitsphrasen und nachdem der Franzose das Vertrauen auf eine Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgesprochen und durch den Wunsch und das Bedürfniß beider Nationen nach Frieden begründet hatte, bemerkte Bismarck, er sei glücklich darüber, eine solche Sprache mit anzuhören, könne sich aber dieser Ueberzeugung nicht anschließen. Frankreich wolle keine freundlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern; die Regierung höre auf die öffentliche Meinung, die die Revanche verlange, und die Presse reize sie dazu auf. Bismarck unterbreitete Gabriac Zeitungsauszüge, um diese Behauptungen zu bekräftigen.

Als der Geschäftsträger sich lebhaft gegen diese Worte, welche in Frankreich nicht geringeres Erstaunen hervorrufen würden als bei ihm selbst, verwahrte, antwortete Bismarck: „Ich will Ihnen freimüthig meine Ansicht heraussagen; ich glaube nicht, daß Sie jetzt schon den bestehenden Waffenstillstand brechen wollen. Sie werden uns zwei Milliarden bezahlen, aber wenn wir im Jahre 1874 sein werden und Sie die anderen drei Milliarden begleichen müssen, werden Sie uns bekriegen. Wohl denn! Sie begreifen, daß es besser für uns, wenn auch nicht für Sie ist, wenn die Feindseligkeiten einmal wieder beginnen müssen, sie sofort in Angriff zu nehmen. Ich mache mir keine Illusionen. Es wäre nicht logisch gewesen, Ihnen Metz, das französisch ist, genommen zu haben, wenn nicht

[1] Zu vergl. auch das Werk: Jules Simon. Le Gouvernement de M. Thiers; Bd. II. S. 182.

[2] Gabriac: Souvenirs diplomatiques in der „Revue des deux mondes" 1896. Bd. 133. S. 575.

gebieterische Nothwendigkeiten uns zwängen, es zu behalten. Ich hätte im Prinzip diese Stadt nicht für Deutschland haben wollen. Als die Frage vor dem Kaiser geprüft wurde, fragte mich der Generalstab, ob ich die Bürgschaft übernehmen wolle, daß Frankreich nicht eines Tages seine Revanche holen wolle. Ich antwortete, daß ich im Gegentheil fest überzeugt wäre, daß dieser Krieg nicht der letzte aller zwischen den beiden Nationen stattgehabten sein werde. Unter solchen Umständen, antwortete man mir, ist Metz das Glacis, hinter welches man 100000 Mann stellen kann. Wir haben die Stadt also behalten müssen. Das Gleiche behauptete ich von Elsaß und Lothringen."

„Ein Venetien — warf Gabriac ein — mit Frankreich dahinter."

„Ja — erwiderte Bismarck —, ein Venetien mit Frankreich dahinter."[1]

„Ew. Excellenz Worte — erwiderte der französische Geschäftsträger, indem er bat, seine Freimüthigkeit zu entschuldigen — scheinen eins sicher zu beweisen: wir sind logischer als Sie. Sie haben den Frieden unterzeichnet und führen eine kriegerische Sprache. Wir haben den Frieden unterzeichnet und treiben, trotz der von mir soeben gehörten Anschuldigungen, eine Politik des Friedens. Wir halten unsere Verpflichtungen inne, wir erfüllen sie sogar vor den Fälligkeitsterminen. Wir verlangen nur eins von Ihnen: die Räumung unseres Gebiets von Ihren Truppen thunlichst zu beschleunigen. Sie haben viele Verwundete gesehen, Sie wissen, was die Heilung einer Wunde aufhält; die Anwesenheit eines fremden Körpers in der Wunde. Sie sind für das blutende und niedergeschlagene Frankreich dieser Fremdkörper. Wir haben nichts gegen die Deutschen, beide Nationen sind nicht dazu bestimmt, sich gegenseitig zu tödten. Es sind zwei starke Nationen, welche voneinander verschiedene Fähigkeiten besitzen, doch aber im guten Einvernehmen und durch die Bande einer gemeinsamen Civilisation verknüpft nebeneinander leben könnten, wenn das Verhängniß nicht beide gegeneinander getrieben hätte. Die Regierungen haben die Pflicht, die Nationen zu beruhigen und dies thun wir. Vernünftigerweise können Sie nicht mehr von uns verlangen. Sie haben uns Friedensbedingungen auferlegt, die außerordentlich hart sind und die ganz Europa als solche ansieht. Was Sie von uns verlangen können, ist, daß wir ruhig, geduldig, pünktlich unsere Verpflichtungen erfüllen."

„Aber — versetzte Fürst Bismarck — die Sprache des Herrn Thiers auf der Tribüne des Parlaments ist niemals entschieden für Aufrechterhaltung des Friedens," und als der Franzose lebhaft protestirte und hinzufügte, man brauche nur seine letzte

---

[1] Das „Berliner Tageblatt" Nr. 61 vom 3. Februar 1896 bemerkte hierzu: „Die Prophezeiung des französischen Diplomaten, welche Fürst Bismarck bestätigte, hat sich glücklicherweise nicht erfüllt. Die Reichsländer haben sich für die melodramatische Rolle bedankt, die ihnen so aufgebürdet werden sollte. Wahrscheinlich hat dies Fürst Bismarck auch selbst nie geglaubt. Aber der Grund war gut, um einen verstärkten Druck auf Frankreich in dem Augenblick auszuüben, wo ihm die eigenmächtige Handlungsweise Manteuffels mehr Luft gegeben hatte, als nach der Ansicht des Fürsten Bismarck in die Situation paßte."

Rede zu lesen, um vom Gegentheil überzeugt zu sein, fuhr Bismarck fort: „Uebrigens wird seine Machtbefugniß täglich angefochten. Können Sie mir mit Sicherheit sagen, wer morgen in Frankreich regieren wird? Außerdem ist die öffentliche Meinung, wie ich schon sagte, stärker als er, und in diesem Augenblick wird in Paris eine Vereinigung mit der Bezeichnung: „Bund zur Befreiung Elsaß-Lothringens" gebildet, hinsichtlich deren ich durch unseren Geschäftsträger bei dem Grafen de Rémusat habe Klage führen lassen.

„Wie können wir übrigens gute Geschäfte miteinander machen, wenn Ihr Finanzminister mit einem General, der nichts als Chef eines Armeekorps ist und keinerlei politische Vollmachten hat, unterhandelt? Der Graf Arnim ist der von uns für die Frankfurter Konferenzen bestimmte Bevollmächtigte. Auf seine Anregungen haben Ihre Vertreter seit sechs Wochen stets erklärt, daß sie ohne Instruktionen seien. So kann es nicht weiter gehen. Auch werde ich den Kaiser bitten, den Grafen Arnim in außerordentlicher Mission nach Paris zu schicken, um mit Ihrer Regierung direkt alle schwebenden Fragen zu verhandeln."

Gabriac antwortete hierauf, bezüglich des letzteren Punktes sei er überzeugt, daß Herr Thiers sowohl wie der Minister des Auswärtigen Graf Rémusat sehr erfreut sein würden, Beziehungen mit Jemandem zu unterhalten, der das volle Vertrauen des Reichskanzlers besitze. Die französische Regierung habe sich nur deshalb an den General von Manteuffel gewendet, weil in Frankfurt sowohl wie in Berlin Niemand in der Lage war, über die dringenden Fragen, welche zwischen beiden Regierungen zu erledigen waren, zu verhandeln. Er habe diesen Morgen ein Schreiben des Herrn v. Clercq aus Frankfurt erhalten, in welchem dieser sein Bedauern darüber ausspreche, daß er keine Antwort von den deutschen Bevollmächtigten erhalten könne, und worin er bitte, auf die Beschleunigung der Ertheilung ihrer Instruktion hinzuwirken. Er bäte Bismarck um die Erlaubniß, dies Schreiben, welches er zufällig bei sich habe, vorlesen zu dürfen. Nachdem der Geschäftsträger das Schreiben mit Bismarcks Zustimmung vorgelesen, fuhr er fort: Der gegen Herrn Thiers gerichtete Vorwurf erschiene ihm ebensowenig begründet. Er sei hauptsächlich als Vertreter einer friedlichen Politik und behufs deren Geltendmachung im Schoße der Nationalversammlung von achtundzwanzig Departements gewählt worden. Was seine Machtbefugniß anbetreffe, so werde sie ohne Zweifel bekämpft, wie alle auf Wahlen begründete Gewalt; das geschehe jedoch nicht mehr, als Bismarcks eigene Befugnisse vier Jahre lang bekämpft worden seien, der ja Preußen mit einer Kammer regiert habe, die ihm systematisch das Budget verweigerte. Die Nationalversammlung bezeuge Thiers fortwährend durch ihre Beschlüsse ihr Vertrauen. In Berlin sei das nicht immer so gewesen.

Fürst Bismarck schien über diese Antwort und die Anspielung auf seine Haltung in der Konfliktszeit nicht unzufrieden, äußerte aber über diesen Gegenstand nichts weiter. Der Franzose benutzte diesen Augenblick des Wohlwollens, um ihn zu bitten, bei dem Könige die Gewährung eines Straferlasses für alle diejenigen

französischen Gefangenen anzuregen, welche wegen Vergehen während der Gefangenschaft sich noch in den deutschen Festungen befanden.

Bismarck erwiderte, wegen der Soldaten, welche sich nur einfacher Vergehen schuldig gemacht, würde man zusehen, was sich thun ließe, was aber Diejenigen anbetreffe, welche deutsche Soldaten angegriffen, so halte er den Augenblick noch nicht für gekommen, um dem Könige einen Akt der Gnade zu ihren Gunsten zu empfehlen, namentlich wo gerade jetzt in Poligny im Jura seine Landsleute Gegenstand hassenswerther Maßnahmen von seiten der Franzosen ohne Einschreiten oder Protest der Behörden gewesen wären.

Der französische Geschäftsträger kam hier auf die Räumungsfrage zurück; die Nothwendigkeit der Räumung der occupirten französischen Gebietstheile werde durch diesen Vorgang selbst, die Richtigkeit der Nachricht vorausgesetzt, bestätigt. Bismarck erblickte darin im Gegentheil einen Grund für die Occupation.

„Was fürchten Sie? — sagte sodann Gabriac. — Angenommen selbst, was ich aber durchaus nicht zugebe, wir wollten die Rache, von der Sie sprechen und welche Niemand in Frankreich auf lange Zeit hinaus bei unseren offenen Grenzen und Ihrer sofortigen Mobilmachung für möglich hält, so würden Sie stets den Vortheil haben, uns in der Zeit voraus zu sein. Ihr Heer, ich weiß es, seitdem ich in Deutschland bin, wünscht mit Ungeduld an die heimischen Herde zurückzukehren. Glauben Sie mir, die Räumung unseres Gebiets liegt in Ihrem Interesse, wie in dem unserigen."

Bismarck erwiderte nach kurzem Nachdenken: „Es liegt vielleicht Wahres in Ihren Worten, aber wir müßten Vertrauen zu Ihren Intentionen haben, und da wir dies nicht haben können, ziehen wir es vor, das Pfand, das wir in Händen haben, so lange wie möglich zu behalten."

Gastein, den 18. August bis 6. September 1871. Unterredungen mit dem österreichischen Reichskanzler Grafen Beust.[1]

Beide Kanzler wohnten während der drei Wochen bei Straubinger in Gastein und sahen sich fast täglich. Der Verkehr zwischen Beiden hinterließ bei Beust die angenehmsten Erinnerungen. Verschiedene Aeußerungen Bismarcks aus jener Zeit sind wegen der Originalität der Gedanken und des Ausdrucks bemerkenswerth; das oft scharfe Urtheil über Andere war durch eine ungesuchte Bonhomie gemildert. Ein Lieblingswort war: „Der ist ein ganz dummer Kerl," ohne ihn damit kränken zu wollen.

Einmal fragte er Beust: „Was thun Sie, wenn Sie sich ärgern? Ich glaube, Sie ärgern sich nicht so viel wie ich."

„Nun — erwiderte Beust —, blos über die Dummheit der Menschen, über deren Bosheit nie."

[1] Nach Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten. Bd. II. S. 477 f.

„Nein — fuhr Bismarck fort —, finden Sie nicht, daß es dann eine große Erleichterung ist, einen Gegenstand zu zerstören?“

„Wie gut — entgegnete Beust —, daß Sie nicht an meinem Platze sind, dann bliebe im Hause kein Möbel ganz!“

„Sehen Sie — dies war der Schluß Bismarcks —, ich war einmal drüben — damit wies er auf die gegenüberliegenden Zimmer des Kaisers Wilhelm im Badeschloß — und habe mich schwarz geärgert; ich schließe die Thüre heftig, der Schlüssel bleibt mir in der Hand, ich trete bei Lehndorff ein und werfe ihn in das Waschbecken, das in tausend Stücke geht. Mein Gott, sagt dieser, sind Sie krank? — Gewesen, jetzt bin ich wieder ganz wohl.“

Bismarck sprach auch viel vom französischen Kriege und seinen Verhandlungen mit Thiers und Favre; er erzählte unter anderem die Geschichte, wie er Thiers, nachdem er lange genug seine beredten Auseinandersetzungen mit angehört, erklärt habe, er werde nur noch deutsch sprechen.

Eine weitere Erzählung betraf ein Vorkommniß, das Bismarck bei der Revue von Longchamps vor Paris passirte. Es trat ein Blusenmann an ihn heran mit den Worten: „T'es une fameuse canaille“. „Ich konnte ihn — bemerkte Bismarck — gefangen nehmen lassen, aber der Muth des Menschen gefiel mir.“

Aus der Zeit des französischen Krieges machte Bismarck noch zwei interessante Mittheilungen. Die eine, wonach er persönlich gegen die Erwerbung von Metz mit Rücksicht auf dessen französische Bevölkerung gewesen und sich nur dem entschiedenen Verlangen der militärischen Autoritäten gefügt habe, welche ein mehr oder weniger von hunderttausend Mann in Friedenszeiten, je nachdem Metz behalten werde oder nicht, in Aussicht stellten. Die andere, wonach, falls Metz sich vier Wochen länger gehalten hätte, die Belagerung von Paris hätte aufgegeben werden müssen.

Merkwürdige Mittheilungen machte Bismarck über Vergangenes, welches hinter 1866 zurückliegt. Im Jahre 1859, wo er den Gesandtenposten in Petersburg angetreten hatte, sei er am Vorabend des italienischen Krieges um seine Ansicht befragt worden und habe sich für sofortiges kräftiges militärisches Eintreten für Oesterreich ausgesprochen, jedoch bedingungsweise, und zwar gegen die Zusicherung derselben Reorganisation des Bundes, welche Bismarck 1866 vor Beginn des Krieges wollte, nämlich Zutheilung des Nordens an Preußen und des Südens an Oesterreich.“

Die ursprünglichen Absichten Bismarcks nach dem Kriege waren sehr wohlmeinend für die katholische Kirche. Er rechnete darauf, an der römischen Kurie eine Stütze zu finden, und hatte dem Papst die Verlegung des Sitzes von Rom nach Cöln vorgeschlagen. Der Vorschlag hatte viel Ansprechendes. Ein alter erzbischöflicher Sitz, eine berühmte Kathedrale, eine katholische Bevölkerung, ein sehr katholischer rheinischer Adel; dazu sollten vorzugsweise katholische Regimenter die Garnison bilden.

Auch auf die deutsch-österreichischen Länder kam die Rede. Fürst Bismarck

wies jedoch den Gedanken an eine Erwerbung derselben für das Deutsche Reich entschieden zurück, indem er hervorhob, daß Wien sowie die slavische sowohl als die katholische Bevölkerung nur Verlegenheiten und Erschwerungen sein müßten.

Endlich kam noch das damals erst halbfertige Rumänien zur Sprache. Dort war man nach Bismarcks Ausdruck „ruchlos" gewesen, und er erwähnte die französischen Demonstrationen in Bukarest, die bis zur Bedrohung des preußischen Gesandtschaftshotels gegangen waren.

Bei einem Diner, das Beust eines Tages gab und das auf einer Anhöhe, von der man die Straße übersehen konnte, servirt wurde, bemerkte man die Ankunft einer Extrapost. Es wurde die Vermuthung ausgesprochen, es werde sich darin Graf Arnim, der soeben zum Botschafter in Paris ernannt worden war, befinden. Beust schickte Jemand ab und ließ den Grafen Arnim bitten, an dem Diner theilzunehmen. Man sah, daß der Wagen halten blieb, ohne daß der Geladene sich zeigte; endlich entdeckte man, daß er ausgestiegen war und hinter dem Wagen Toilette machte, während Beust und seine Gäste im Morgenanzug waren. „Mit einem solchen Menschen — sagte Bismarck — soll man nun höhere Politik treiben!"

Bei den eigentlichen politischen Verhandlungen zwischen beiden Staatsmännern erfolgten positive, auf vertragsmäßige Abmachungen gerichtete Vorschläge seitens Bismarcks nicht.

Bismarck erachtete es den Interessen und der Konsolidirung des Deutschen Reiches weit zuträglicher, daß mit Oesterreich ein Verhältniß entschieden und dauernd hergestellt werde, beruhend auf gegenseitigem guten Willen, gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Erkenntniß, daß die staatlichen Interessen beider Theile nicht weiter kollidiren, und daß der eine Theil in der berechtigten Erwartung der Reciprocität dem anderen auch dann beistehen muß, wenn seine eigenen Interessen dabei nicht im Spiele sind, so weit als die eigenen Interessen ihm diese Unterstützung erlauben.

In Bezug auf das Verhältniß Preußens zu Rußland gab Bismarck zu verstehen, man wolle in Berlin nicht durch Oesterreich in eine feindliche Haltung gegen Rußland gezogen werden, man hoffe aber durch das gute Verhältniß zu Oesterreich gegenüber Rußland eine freiere Stellung zu gewinnen.[1]

Beust erwiderte, er könne mit voller Aufrichtigkeit erklären, daß Bismarcks Darlegung in die Auffassung Oesterreichs wie der Schlüssel ins Schlüsselloch passe.

Bismarck sprach sich dahin aus, daß er, wenn er aufrichtig sein solle, es nicht begreife, warum man mit der Verstimmung der Deutschen in Oesterreich sich viel

[1] Ich erwähne noch die folgende Stelle aus einem Immediatbericht des Grafen Beust, d. d. 13. Oktober 1871: „Fürst Bismarck hat, wie Eurer Majestät bekannt ist, auch bei den persönlichen Begegnungen während dieses Sommers wiederholt und, wie es scheint, mit voller Aufrichtigkeit den Entschluß betont, die inneren Fragen Oesterreichs als ein geschlossenes Gebiet zu betrachten und auf jede Unterstützung der Bestrebungen einzelner Parteien zu verzichten." (Beust: Bd. II. S. 486.)

größere Schwierigkeiten bereite, als man von seiten der Czechen zu bestehen gehabt habe; daß er eine solche Wendung deshalb beklage, weil er eine Erstarkung der österreichisch-ungarischen Monarchie wünsche und brauche, aber eine Unterstützung der deutschen Opposition habe man nicht von ihm zu erwarten. Es sei, meinte er, eine schülerhafte Politik, auf eine Gewinnung der deutsch-österreichischen Provinzen zu spekuliren. Mit den österreichischen Ländern eine slavische Bevölkerung und einen Herd katholischer Opposition einzuführen, sei barer Unsinn und die sichere Auflösung des eben gegründeten Deutschen Reiches.

Ohne Anregung von seiten Beusts äußerte sich Bismarck bezüglich des Verhältnisses der deutschen Regierung zu Italien. Er erklärte auf das Bestimmteste, daß, wenn Frankreich etwas gegen Italien unternehmen und Deutschland über seine eventuelle Haltung interpelliren wolle, es keine befriedigende Antwort erhalten werde.

Einen besonderen Gegenstand der Besprechung bildete dann noch die Internationale, welche das Berliner Kabinett lebhaft beschäftigte. Beust theilte zunächst Bismarck seine Gedanken wegen einer außerhalb der Regierungsaktion zu bildenden Gegen-Internationale mit. Bismarck stimmte demselben ohne Zögern bei und erklärte, er werde zu dessen Ausführung gern mitwirken. In den Kreis der Regierungsthätigkeit würde dagegen die Aufnahme neuer Bestimmungen in die Strafgesetze fallen, wodurch die Strafbarkeit solcher Handlungen ausgesprochen und der Bestrafung überwiesen werden würden, welche als Vorbereitung der kommunistischen Verbrechen, als z. B. Brandstiftung, gelten könnten, wohin namentlich die Haltung rechtfertigender und glorifizirender Vorträge zu rechnen wäre. Bismarck beantragte den Zusammentritt einer Kommission zum Studium dieser Frage, welchem Vorschlag Beust unter der Bedingung beipflichtete, daß gleichzeitig die Arbeiterfrage vom volkswirthschaftlichen Standpunkte und die Möglichkeit einer Abhülfe im gesetzlichen Wege Gegenstand der Berathungen sein würden.[1]

Beust benutzte übrigens den günstigen Moment seines damaligen Honigmondes mit Bismarck, um das Verlangen zu stellen, daß der preußische Gesandte in Dresden einer Beust befreundeten Dame, in deren Wohnung im Jahre 1866 ein hochgestellter preußischer Beamter zu dem Zwecke der Auffindung wichtiger Papiere gewaltsam eingedrungen war, einen Besuch abstatte, um sein Bedauern über den damaligen Vorgang auszusprechen. Beust konnte in seinen Memoiren nur rührend anerkennen, daß Bismarck sein Verlangen begriff und keinen Anstand nahm, demselben zu entsprechen.[2]

---

[1] Aus den obigen Unterredungen (einzelne Wiederholungen, welche sich darin finden, wird der Leser entschuldigen) zeigt sich, daß sich das Verhältniß Bismarcks zu Beust jetzt gebessert hatte. Noch in Versailles war der Bundeskanzler schlecht auf Beust zu sprechen. So sagte er einmal (vor 1871) in Bezug auf Beust und die ihm gleichgesinnten österreichischen Politiker: „Wenn diese Leute könnten, würden sie einem einen Nagel durch den Kopf bohren."

[2] Beust: Memoiren Bd. I. S. 444.

**Salzburg**, den 7. September 1871. Unterredung mit dem österreichischen Reichskanzler Grafen Beust.[1]

Am 7. September 1871 fand in Salzburg eine Zusammenkunft der beiden Kaiser von Deutschland und Oesterreich und der beiderseitigen Reichskanzler statt. Bei einer Spazierfahrt nach Klesheim war Beust Bismarcks Begleiter; Ersterer verhielt sich den allgemeinen und lauten Zurufen der Menge gegenüber passiv und überließ die Ehre dem Gaste allein, welcher militärisch, aber sehr freundlich die Begrüßung erwiderte. „Sehen Sie — bemerkte Bismarck zu seinem Begleiter —, das habe ich mir ganz gut eingerichtet. In der Zeit, wo die Leute vor mir ausspuckten, trug ich Civilkleidung, da brauchte ich den Hut nicht abzunehmen; jetzt, wo sie mich so viel grüßen, trage ich Uniform, da brauche ich nur die Hand an die Mütze zu legen."

Am nächsten Morgen erfolgte die Abreise beider Monarchen. „Um halb sieben — sagte Beust zu Bismarck — müssen wir uns zur Verabschiedung einfinden."

„So? — erwiderte Bismarck, der das frühe Aufstehen ebensowenig liebte wie Beust — also bald nach Mitternacht."

**Berlin**, den 21. November 1871. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger Marquis de Gabriac, betr. die Begnadigung der französischen Kriegsgefangenen und die Haltung der französischen Presse.[2]

Die zweite Unterredung, welche der französische Geschäftsträger Gabriac mit Bismarck am 21. November abends 9 Uhr hatte, war sehr verschieden von der früheren am 12. August 1871.[3] Sie dauerte etwas über eine Stunde. Der Reichskanzler empfing ihn mit großem Wohlwollen; er zeigte sich nur in einem Punkte hart, in der Frage der Begnadigung der französischen Kriegsgefangenen. Er wiederholte dabei fast dieselben Gründe, die er bei der ersten Unterredung angeführt hatte; namentlich blieb er unbeugsam bezüglich aller derjenigen, welche als Franctireurs am Kriege theilgenommen hatten. Indes willigte Bismarck schließlich ein, für gewisse Kategorien von Kriegsgefangenen die Begnadigung zuzugestehen, erklärte aber, er könne seine Bevollmächtigten nicht autorisiren, eine Verpflichtung für den Gnadenakt zu übernehmen, die Initiative zu einem solchen müsse dem Kaiser vorbehalten bleiben.

Bismarck kam dann auf die Haltung der französischen Presse zu sprechen. Der Geschäftsträger wies in seiner Erwiderung auf die deutsche Presse hin, die, obgleich sie besser geworden, noch sehr heftig sei, und wofür die deutsche Regierung die Verantwortlichkeit trage, denn sie erhalte von derselben ihre Direktive, während die französischen Zeitungen vollständig frei wären. „Uebrigens — fügte er hinzu — wollen Ew. Durchlaucht mir gestatten, an die Worte des Kardinals Mazarin zu erinnern, welcher, als von ihm strenge Maßregeln gegen die Liedersänger (chansonniers), welche so etwas wie Journalisten zur Zeit der Fronde waren, verlangte,

[1] Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten Bd. II. S. 496.

[2] Gabriac: Souvenirs diplomatiques in der „Revue des deux mondes". 1896. Bd. 133. S. 591.

[3] Vergl. oben S. 379.

sagte: „Laßt sie singen, wenn sie nur zahlen," und der Kardinal ließ sie singen. Wir zahlen, wir haben gezahlt und wir werden auch ferner zahlen. Das ganze Land legt sich die größten Opfer auf, um seine Schuld zu zahlen. Gestatten Sie uns, von Zeit zu Zeit einige Unehrerbietigkeiten zu schreiben, sogar solche zu begehen (wenn Sie dieselben dafür ansehen), ohne zuviel Aufhebens davon zu machen."

Bismarck nahm diese Worte durchaus nicht übel und die Unterredung schloß in der angenehmsten Weise.

**Berlin**, anfangs Januar 1872. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger Marquis de Gabriac bei seinem Scheiden aus Berlin.[1]

Bismarck erschien zum erstenmal nach dem Kriege persönlich in der französischen Botschaft, um dem abberufenen französischen Geschäftsträger Marquis de Gabriac vor dessen Abreise von Berlin einen Besuch zu machen. Bis dahin hatte sich der Verkehr auf den Austausch von Karten und eine Einladung zu einem Diner bei Gelegenheit des Abschlusses des Abkommens mit dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier vom 12. Oktober 1871 beschränkt. Bismarck bemerkte, er lege Werth darauf, persönlich dem Geschäftsträger zu bestätigen, daß er sich gern ihrer persönlichen Beziehungen und der Anstrengungen erinnern werde, welche der Marquis de Gabriac gemacht habe, um, soweit es von ihm abgehangen, ein Einvernehmen zwischen den beiden Nationen und beiden Regierungen wieder herzustellen. Bismarcks Besuch währte zwanzig Minuten.

•

Ich schließe hier noch eine Charakteristik Bismarcks aus der Feder Gabriacs an, welche derselbe in einem Berichte vom 23. August 1871 niedergelegt hat, die man hinnehmen muß als den Herzenserguß des Angehörigen einer besiegten Nation:

„Herr von Bismarck erkennt im Grunde nur eine wirkliche Allgewalt an, diejenige des zu erreichenden Zweckes. Das Uebrige interessirt ihn nicht. Vor Sadowa war er französischer als irgend ein Deutscher, weil er uns für seinen großen Plan, Oesterreich aus Deutschland herauszudrängen und das Uebergewicht Preußens in Deutschland herzustellen, brauchte. Heut ist er unser Feind, weil er uns zuviel Uebles gethan, um uns nicht noch mehr zufügen zu wollen. „Wer Euch beleidigt, verzeiht Euch nicht," sagt Machiavelli. Er wollte uns ohne Zweifel Furcht machen, als er mich auf die Eventualität eines erneuten Krieges hinwies; im Grunde aber ist er nach dem uns von ihm auferlegten Frieden nur logisch, die Schlußfolgerungen daraus ziehen zu wollen, das heißt Frankreich für die Dauer von wenigstens einer Generation zu zermalmen. Dieses schreckliche Werk muß eines Tages vollendet oder aufgegeben werden und Herr von Bismarck, welcher die Vordersätze dieses logischen Schlusses aufgestellt, kann die Schlußfolgerung ohne eine gewisse Inkonsequenz nicht abweisen.

Der Staatsmann, mit dem wir es zu thun haben, erschien mir gleichzeitig sehr freimüthig in gewissen Augenblicken, sehr zurückhaltend bei anderen Anlässen, leicht hitzig, aber auch sehr ruhig, wenn die Nothwendigkeit es verlangt; er scheint sich nur mit der Gesamtheit einer Frage zu beschäftigen, verliert aber keine Einzelheit aus dem Auge; er ist schließlich allen sentimentalen oder philosophischen Erwägungen unzugänglich. Man darf und man durfte besonders ihn weder

---

[1] Gabriac: Souvenirs diplomatique. „Revue des deux mondes". 1896. Bd. 133. S. 598.

zum geheimen Bundesgenossen, wie im Jahre 1866, noch zum Feinde wie 1870 haben, denn er zerschmettert seine Feinde und stellt seine Bundesgenossen bloß. Wir tragen gegenwärtig die schweren Lasten des doppelten Fehlers.

Um mit einem solchen Manne, den die Umstände ebenso wie sein innerer wahrer Werth heute beinahe zum Schiedsrichter von Europa gemacht haben, zu unterhandeln, halte ich eine würdige und gerade Sprache und eine muthige Festigkeit für die einzige Gewähr, um bei ihm Berücksichtigung zu finden. Man wird vielleicht für den Augenblick nichts bei ihm erreichen, aber er wird sich bei der weiteren Erwägung des Werths der ihm vorgetragenen Gründe erinnern. Dies ist wenigstens mein erster Eindruck.

Wir dürfen Bismarck also nicht einen Augenblick außer Acht lassen müssen es vermeiden, ihn zu verletzen, indem wir mit Anderen verhandeln und ihm dadurch einen Vorwand dazu liefern, um Deutschland zu der Ueberzeugung zu bringen, daß wir den Krieg wieder beginnen wollen, denn er hat furchtbare Mittel, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Er verfügt im Grunde genommen über fast alle Zeitungen, welche seine Befehle durch Vermittelung des Preßbureaus in Berlin erhalten. Nicht nur die Hauptblätter dieser Stadt, sondern auch eine große Zahl Provinzzeitungen werden von ihm inspirirt. Es folgt daraus, daß er im gegebenen Augenblick, wenn ich mich dieses Ausdrucks bedienen darf, die öffentliche Meinung durch die Presse mobil machen kann, wie Herr von Moltke das Heer durch eine Verordnung des Königs mobil machen kann. Und wenn die Beschwerde einigermaßen plausibel wäre, so würde Deutschland, zwar verdrießlich, aber da es uns schwach fühlt, wieder in den Krieg ziehen, um unsere Vernichtung zu vollenden.

*

Ein Beweis für die geschickte Art, mit der Gabriac in Berlin operirte, liegt in der Thatsache, daß Bismarck demselben bei der Rückkehr nach Versailles im Januar 1872 seine Karte nebst Photographie als Zeichen seiner Werthschätzung übersandte.

Berlin, Januar 1872. Unterredung mit dem französischen Botschafter Vicomte de Gontaut Biron, betr. die Anstrengungen Frankreichs zur Erfüllung des Frankfurter Vertrages.[1]

Der neuernannte französische Botschafter Vicomte de Gontaut war von der Aufnahme seitens Bismarcks befriedigt. Letzterer erklärte bei der ersten Unterredung, es sei unmöglich, die Anstrengungen zu verkennen, welche Herr Thiers gemacht, um Frankreich in den Stand zu setzen, die Verpflichtungen des Frankfurter Vertrages zu erfüllen. Der Kanzler betonte besonders die finanzielle Thätigkeit des Herrn Pouyer-Quertier, den Klauseln des Vertrages gerecht zu werden.

*

Nach der „Vossischen Zeitung" Nr. 43 vom 21. Februar 1872 trug Bismarck dem Grafen Tauffkirchen bei seiner Abreise nach Rom auf, im Vatikan offen zu erklären, die deutsche Regierung sei unzufrieden über die Agitation der Klerikalen im Süden, am Rhein und in Polen; sie fürchte sich keineswegs, sei jedoch entschlossen, die Rechte des Staates und die Gewissensfreiheit gegen diese Tendenz zu schirmen.

*

[1] Nach einer der „Patrie" entnommenen Notiz der „Vossischen Zeitung" vom 13. Januar 1872. Nr. 10. S. 3. Datum der Unterredung ist nicht angegeben; es dürfte sich um die in Kohls Bismarck-Regesten unter dem 5. Januar 1872 vermerkte Antrittsaudienz handeln, über welche Broglie in La mission de M. de Gontaut Biron à Berlin bemerkte: „Bismarck habe den Botschafter mit einer Brüskerie, der er den Anschein Kordialität geben wollte, empfangen.

Am 13. Mai 1872 hatte Bismarck die letzte Unterredung mit dem Geheimrath Abeken. Am 13. ging Abeken früh in die Kommissionssitzung, redete dort eine Stunde — wie andere sagten sehr schön, nach seiner Meinung leise und langsam, weil ihm die Kräfte versagten. Nachher sprach er einige Stunden in Geschäften mit Anderen, zuletzt hatte er Vortrag bei Bismarck im Garten, auf- und abgehend und hinausgehend noch auf der Straße. Spät kam er zu Tisch; unmittelbar nachher wurde er wieder zu Bismarck gerufen.

Am 14. stand Abeken auf, brach aber gleich an der Thür des Schlafzimmers zusammen. Der Schlaganfall, den er zuerst in Ferrières gehabt, hatte sich wiederholt; dieses Mal war das Herz mitgetroffen. Mitte August verschied Abeken.[1]

*

Petersburg, den 28. April 1873. Unterredung mit dem Fürsten Gortschakow, betr. die politische Lage zwischen Deutschland und Rußland.[2]

Am 27. April 1873 traf Bismarck im Gefolge des Kaisers in St. Petersburg ein. Nachdem der Kaiser Alexander II. Bismarck einen Besuch abgestattet, empfing Letzterer auch den Besuch seines Kollegen, des russischen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow. Im Laufe des Gesprächs mit demselben äußerte Bismarck, feindliche Pläne gegen Rußland, wie die gegnerische, namentlich die polnische Presse Deutschland zuschreibe, seien für ihn ganz unmöglich, da sie wie ein Verrath an der politischen Freundschaft mit Rußland und an seinen persönlichen Gefühlen für den Kaiser Alexander sein würden.[3]

---

[1] „Bismarcks Pen", „die Feder Bismarcks" war Abeken allgemein genannt worden. Der Fürst selbst meinte, Abeken könne soviel arbeiten, wie vier andere Menschen, und selten hat wohl einer seine Arbeit mit derselben Freudigkeit gethan, wie er. Nach seinem Tode erkannte Bismarck dies im Jahre 1873 öffentlich im Abgeordnetenhause an, als er das Amt des Ministerpräsidenten für einige Zeit niederlegte. Er begründete das unter anderem, indem er sagte: „... Es kam dazu, daß ich gerade in dem Auswärtigen Amte, welches ich vorzugsweise als meine spezielle Aufgabe betrachte, eine Hülfe hatte, deren ich gern bei dieser Gelegenheit gedenke, es war der Geheimrath Abeken, der seitdem verschieden ist. Ich habe mich nach und nach überzeugen müssen, daß es ganz unmöglich ist, diesen bedeutenden Umfang der Geschäfte, der mir oblag, in der Weise zu übersehen, daß ich jederzeit mich darüber entschließen kann, ob ich die Verantwortung für das Einzelne tragen will oder nicht."

[2] Nach einer dem „Journal de St. Pétersbourg" entnommenen Notiz in der „Nordd. Allg. Zeitung" vom 15. Mai 1873. Nr. 110.

[3] Bei dem Besuch in Petersburg fragte der Deutsche Kaiser Bismarck: „Was kann ich nur dem Fürsten Gortschakow geben? er hat schon alles, auch Portrait; vielleicht eine Büste oder eine Dose mit Brillanten?" Bismarck erhob gegen eine theure Dose Einwendungen, die er aus der Stellung und dem Reichthum des Fürsten Gortschakows herleitete, und der Kaiser gab ihm Recht. Bismarck sondirte darauf den Fürsten vertraulich und erhielt sofort die Antwort: „Laß Er mir (Russizismus) eine tüchtige Dose geben mit guten Steinen (avec de grosses bonnes pierres)." Bismarck meldete dies Sr. Majestät etwas beschämt über seine Menschenkenntniß, Beide lachten, und Gortschakow bekam seine Dose. Bismarck dachte über die Annahme so werthvoller Geschenke durch fremde Souveräne anders (er lehnte eine Dose im Werthe von 50—60000 Fr. durch den König Viktor Emmanuel ab). Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen." Bd. II. S. 137 f.

**Berlin, Mai 1873.** Unterredungen mit dem französischen Botschafter Vicomte de Gontaut Biron, betr. die Nothwendigkeit der Ueberreichung neuer Beglaubigungsschreiben für die französischen diplomatischen Vertreter aus Anlaß des Wechsels in der Person des Chefs der französischen Staatsgewalt.[1]

Nachdem im Mai 1873 Mac Mahon an Stelle Thiers getreten, war den auswärtigen Regierungen darüber eine einfache Mittheilung gemacht worden. Bismarck erklärte neue Accreditive für die französischen diplomatischen Vertreter für nothwendig. Als der französische Botschafter bei einer Unterredung Bismarck vorstellte, daß bei Republiken die Nation selbst, nicht der jeweilige Staatschef die Gesandten accreditire, bestritt dies Bismarck im Prinzip nicht, machte aber zwei Gründe für seine Ansicht geltend: die französische Republik sei nur eine provisorische; dieselbe wie die Schweiz oder die Vereinigten Staaten von Amerika zu behandeln, hieße derselben einen definitiven Charakter zuzuerkennen. Ferner wolle er sich nicht verpflichten, unterschiedslos alle Erwählten anzuerkennen, die Frankreich an seine Spitze zu stellen beliebe. Indem Bismarck auf die Ereignisse des letzten Krieges anspielte, gab er deutlich zu verstehen, wer die Persönlichkeit sei, mit der er, wenn sie zur Macht oder *wieder* zur Macht gelange, nicht in Beziehungen treten könne.

Bei einer späteren Unterredung über den Gegenstand wollte der Botschafter Vorbehalte geltend machen; Bismarck erklärte darauf, anstatt sich auf eine neue Erörterung einzulassen: „Es geschehe nach Ihrem Willen; ich habe Sie gewarnt: **salvavi animam meam.** Aber Herr von Arnim verlangt einen Urlaub aus Gesundheitsrücksichten, und da er kein Beglaubigungsschreiben zu übergeben hat, kann er zurückkommen, ich ermächtige ihn dazu."

Sodann gab Bismarck zu verstehen, daß auch Rußland und Oesterreich dieselben Vorbehalte wie er machen würden; übrigens hätten sich diese Mächte, setzte er leichthin hinzu, seinem Beispiel nur mit einem gewissen Widerstreben angeschlossen.

Kurz darauf fand denn doch ein Austausch neuer Beglaubigungsbriefe für die beiderseitigen Botschafter statt.

**Berlin, den 1. September 1873.** Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Paris Grafen Arnim, betr. den dienstlichen Konflikt mit dem Letzteren.

Der Botschafter Graf Arnim versuchte in einer Unterredung sein Verhalten zu rechtfertigen.

Bismarck antwortete mit einer Reihe von Vorwürfen. Seit acht Monaten — seit einem Jahre habe Graf Arnim ihn an seiner Gesundheit geschädigt, ihm die Ruhe geraubt.

„Sie konspiriren mit der Kaiserin und Sie ruhen nicht eher, bis Sie hier am Tische sitzen, wo ich sitze und gesehen haben werden, daß es auch nichts ist.

[1] **Broglie:** La mission de M. de Gontaut Biron in der Zeitschrift „Le Correspondant" vom 25. August 1895. S. 581.

Ich kenne Sie von Jugend an. In jedem Vorgesetzten, so sagten Sie vor Jahren, sehen Sie Ihren Feind. Der Feind bin ich in diesem Augenblick.

Sie haben den Abschluß der Konvention vom 15. März d. J.[1] verzögert, um Thiers zu stürzen, und ich muß nun die Verantwortung für diesen politischen Fehler tragen. Sie haben mich bei dem Kaiser verklagt, Sie haben Beziehungen zum Hofe, welche mich schon früher verhindert haben, Sie hierher zu berufen."

Bismarcks Redeweise war heftig; er bemerkte, daß alles, was er sage, den Akten entnommen sei.

Er hielt dem Botschafter dann noch vor, daß er im November 1872 gegen Graf Eulenburg den Wunsch geäußert habe, in das Herrenhaus berufen zu werden.

„Sie wollten — sagte Bismarck — damals einen langen Urlaub nehmen und blieben ohne Urlaub hier, um in den Hofkreisen gegen mich zu intriguiren, während ich in Varzin war, so daß ich Sie dienstlich auffordern mußte, auf Ihren Posten zurückzukehren."

**Berlin**, circa 10. Mai 1875. Unterredung mit dem russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakow, betr. dessen angebliche Friedensaktion in Berlin.[2]

In Berlin am 10. Mai 1875 angekommen, erließ Gortschakow unter dem Datum dieses Ortes ein zur Mittheilung bestimmtes telegraphisches Cirkular, welches mit den Worten anfing: „**Maintenant la paix est assurée,**" als ob das vorher nicht der Fall gewesen wäre.

Bismarck machte dem Fürsten Gortschakow lebhafte Vorwürfe und sagte, es sei kein freundschaftliches Verhalten, wenn man einem vertrauenden und nichts ahnenden Freunde plötzlich und hinterrücks auf die Schulter springe, um dort eine Cirkusvorstellung auf seine Kosten in Scene zu setzen, und daß dergleichen Vorgänge zwischen den leitenden Ministern den beiden Monarchen und Staaten zum Schaden gereichten. Wenn ihm daran liege, in Paris gerühmt zu werden, so brauche er deshalb die russischen Beziehungen zu Deutschland noch nicht zu verderben, er sei gern bereit, ihm beizustehen und in Berlin Fünffrankenstücke schlagen zu lassen mit der Umschrift: **Gortschakow protège la France**; Deutschland könnte auch in der deutschen Botschaft ein Theater herstellen, wo er der französischen Gesellschaft mit derselben Umschrift als Schutzengel in weißem Kleide und mit Flügeln in bengalischem Feuer vorgeführt würde.

Gortschakow wurde unter den bitteren Invektiven Bismarcks ziemlich kleinlaut, bestritt die für Bismarck beweiskräftig feststehenden Thatsachen und zeigte nicht die ihm sonst eigene Sicherheit und Beredsamkeit, woraus Bismarck schließen durfte, daß er Zweifel hatte, ob sein Kaiserlicher Herr sein Verhalten billigen werde. Der Beweis wurde vervollständigt, als Bismarck sich bei dem Kaiser Alexander mit derselben Offenheit über Gortschakows unehrliches Verfahren beschwerte; der Kaiser

[1] Wegen der früheren Räumung der occupirten französischen Gebietstheile.

[2] Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen." Bd. II. S. 174.

gab den ganzen Thatbestand zu und beschränkte sich rauchend und lachend darauf, zu sagen, Bismarck möge diese vanité sénile nicht zu ernsthaft nehmen.

•

Nach den Denkwürdigkeiten von Lord A. Loftus[1] sprach Bismarck bei den Konferenzen, die derselbe mit dem Fürsten Gortschakow in den Tagen vom 10. bis 12. Mai 1875 hatte, dem Letzteren seine Indignation über die ihm zugeschriebenen kriegerischen Absichten aus. Niemand könne ihn für einen solchen Einfaltspinsel halten, daß er Frankreich ohne Provozirung angreifen werde. Gewissen Aeußerungen und Ansichten des Grafen Moltke sei eine unbegründete Bedeutung beigelegt worden, aber man solle bedenken, daß der Feldmarschall lediglich die militärische und strategische Seite der Frage im Auge habe, sie aber nicht vom politischen Standpunkte aus betrachte; seine Ansicht basire blos auf einer mathematischen Berechnung, die von jeder anderen Erwägung absehe. „In der That — fügte er scherzhaft hinzu — Feldmarschall Graf Moltke ist ein Junge (gamin) in der Politik."

Berlin, 13. Mai 1876. Besprechung bei Bismarck mit dem Fürsten Gortschakow, dem Grafen Andrassy, den Botschaftern von Frankreich (Gontaut Biron), England (Odo Russell), Italien (Graf Launay), dem Staatssekretär v. Bülow und dem Baron Jomini über die orientalische Frage.[2]

Bismarck und Gortschakow setzten den Gegenstand der Besprechung auseinander: die Vertreter der drei nordischen Reiche wären zusammengekommen, um sich über ein neues Programm zu einigen, welches einerseits durch die bisher erreichten unzulänglichen Resultate, andererseits infolge der Ereignisse in Salonichi und der in einem Theile des ottomanischen Reiches sich ausdehnenden Gährung der Bevölkerung nothwendig geworden sei und welches ihrer Ansicht nach am meisten Aussicht auf Herstellung der Ruhe böte.

Demnächst bestätigten Gortschakow und Andrassy das herzliche zwischen ihnen bestehende Einverständniß und gaben der Hoffnung und dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß die Regierungen von England, Frankreich und Italien, welche ihre moralische Unterstützung bei dem Versuche zur Beruhigung der Herzegowina gewährt hätten, auch ihre Einwilligung zu den weiteren Versuchen geben würden, welche sie jetzt infolge der beunruhigenden Lage der Dinge in der Türkei vereinbart hätten.

Baron Jomini wurde darauf ersucht, ein Schriftstück (das Berliner Memorandum)[3] vorzulesen, welches die Ansichten der Kanzler und den Vorschlag, für welchen sie die Mitwirkung der anderen Großmächte erbaten, darlegte.

---

[1] Loftus: Diplom. reminisc. Bd. II. 2. Reihe. S. 134.

[2] Nach dem Berichte Gontaut Birons vom 13. Mai 1876. Staatsarchiv. Bd. XXXII. Nr. 5979. S. 53, und nach einem Berichte des englischen Botschafters Russell vom 13. Mai 1876. Staatsarchiv, Bd. XXX. Nr. 5683. S. 269.

[3] Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" äußerte: „Die neue Begegnung der drei leitenden Staatsmänner in Berlin gilt zweifellos den Fragen, welche mit von Tag zu Tag wachsendem Ernst im Südosten Europas heraufziehen. Die europäischen Mächte einigten sich,

Indem Russell eine Abschrift dieses Schriftstückes behufs Mittheilung an seine Regierung entgegennahm, erklärte er, daß er dies in Ermangelung spezieller Instruktionen ad referendum nehme.

Gortschakow bemerkte, er und Andrassy würden bis Montag in Berlin bleiben; sie hofften, die Regierungen von England, Frankreich und Italien würden in der Lage sein, ihre Ansicht über ein telegraphisches Resumé ihres Vorschlages auszusprechen, ehe sie (die Kanzler) von Berlin abreisten.[1]

Bezeichnend für die krankhafte Eitelkeit Gortschakows waren einige gelegentliche Aeußerungen desselben dem Fürsten Bismarck gegenüber während seiner Berliner Anwesenheit im Mai 1876. Er sprach von seiner Ermüdung und seiner Neigung, abzuscheiden, und sagte dabei: „Je ne puis cependant me présenter devant Saint-Pierre au ciel sans avoir présidé la moindre chose en Europe.“ Bismarck bat ihn infolge dessen, das Präsidium in der damaligen Diplomatenkonferenz, die aber nur eine offiziöse war, zu übernehmen, was er that. In der Muße des Zuhörens bei seiner längeren Präsidialrede schrieb Bismarck mit Bleistift: pompous, pompo, pomp, pom, po. Sein Nachbar, Lord Odo Russell, entriß ihm das Blatt und behielt es.

Eine andere Aeußerung Gortschakows bei dieser Gelegenheit lautete dahin: „Si je me retire, je ne veux pas m'éteindre comme une lampe qui file, je veux me coucher comme un astre.“[2]

---

der Pforte eine Reihe von Reformen anzurathen. Der aufgestellte Entwurf Andrassys enthielt nur das Unerläßlichste, das Mindeste dessen, was zur Herstellung geordneter Zustände in den Ländern südlich der Donau für nothwendig erachtet wurde. Weder dem Ansehen des Sultans noch der Selbständigkeit des türkischen Reiches ward damit in irgend einer Weise zu nahe getreten. Die Reformen sind türkischerseits verkündet worden, aber vier Monate sind seitdem verflossen und noch ist nirgends eine Hand angelegt, um jene Verheißungen wahr zu machen. Die aufständischen Völkerschaften haben die Reformen angenommen, jedoch Bürgschaften für deren Ausführung verlangt, Bürgschaften, welche zu gewähren die Pforte anscheinend außer stande ist. Die Aufgabe, diese Bürgschaften zu beschaffen, trat nunmehr an die Mächte heran, welche schon um ihrer eigenen Achtung willen ihre Vermittelung nicht nutzlos im Sande verrinnen sehen dürfen, und welche den schwersten Erschütterungen des Osmanenreiches durch Umgrenzung des Aufstandes, wenigstens versuchsweise, vorzubeugen für nöthig erachten.“

[1] Den in Berlin beglaubigten Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens wurden die Ergebnisse der Konferenz vom russichen Reichskanzler noch am 13. Mai zur Kenntniß und ad referendum mitgetheilt, und die Botschafter Frankreichs und Italiens sprachen bereits am 15. Mai das volle Einverständniß ihrer Regierungen mit den Beschlüssen der Konferenz amtlich aus. Die englische Regierung aber schloß sich dem zu erlassenden Memorandum der drei Kaisermächte nicht an (20. Mai) und im englischen Oberhause erklärte Lord Derby am 22. Mai, das englische Kabinett habe nach reiflicher Erwägung den Beitritt zu den Vorschlägen der Konferenzmächte versagt. Die Konferenz habe erklärt, sie werde nach fruchtlosem Waffenstillstand wirksamere Mittel ergreifen; dieser Passus enthalte das Prinzip einer bewaffneten Intervention sowie die Bedrohung der Unabhängigkeit der Türkei, wozu England nicht zustimmen könne.

[2] Nach Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“. Bd. II. S. 105.

Varzin, 11. bis 13. Oktober 1876. Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Petersburg, Generallieutenant von Schweinitz, betr. das Verhältniß zwischen Deutschland einerseits und Rußland und Oesterreich andererseits.[1]

Vom 11. bis 13. Oktober war Schweinitz Bismarcks Gast in Varzin. Er beauftragte denselben, sich sobald als möglich über Petersburg an das Hoflager des Kaisers Alexander nach Livadia zu begeben. Der Sinn von Bismarcks Instruktion für Schweinitz war, unser erstes Bedürfniß sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserm Schmerze zwischen Rußland und Oesterreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde.[2]

Berlin, den 4. und 5. März 1877. Konferenzen Bismarcks mit dem russischen Botschafter in Konstantinopel, General Ignatiew.

Ignatiew gewann aus den Unterhaltungen mit Bismarck die Ueberzeugung, daß Rußland unter jeder Bedingung und unter allen Verhältnissen auf die moralische Unterstützung seines deutschen Bundesgenossen und auf den Einfluß dieses seines Nachbars auf die ihm befreundeten Mächte rechnen könne.

Bismarck schloß sich den gerechten Forderungen des Kabinetts in St. Petersburg rückhaltlos an.[3]

---

[1] Nach Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen". Bd. II. S. 214.

[2] Nach der „Times" theilte Bismarck am 23. November 1876 dem Marquis von Salisbury mit, Deutschland werde neutral bleiben, die Situation aber sei eine sehr bedrohliche („Post", Nr. 281 vom 25. November 1876).

[3] Am 25. April 1877 theilte Graf Launay dem italienischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit, daß er von dem Cirkular Kenntniß erhalten habe, welches der russische Botschafter dem Berliner Kabinett mitgetheilt hatte. Herr von Bülow sagte gelegentlich eines Besuches des Grafen Launay am 24. April, daß er von dem Dokumente Abschrift nehmen ließe, um es dem Kaiser, der sich in Wiesbaden befände, zuzustellen. Da Rußland nichts weiter gethan habe, als den Entschluß anzuzeigen, unter eigener Verantwortung zu Zwangsmaßregeln gegen die Türkei zu greifen, so glaubte der Staatssekretär, daß es nicht nöthig sei, auf dieses Cirkular zu antworten.

Am 28. April 1877 theilte Graf Launay dem italienischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit, daß er vom Staatssekretär von Bülow am 27. April empfangen worden sei. Nachdem er zuerst die Aufnahme erwähnt hatte, welche seitens der italienischen Regierung den Eröffnungen des englischen Botschafters bezüglich des Appells der Türkei an eine europäische Vermittelung auf Grund des Art. 8 des Pariser Vertrages gewährt worden sei, drückte Graf Launay dem Staatssekretär den Wunsch aus, zu wissen, ob das Berliner Kabinett seinerseits geneigt sein würde, einen Schritt zu thun, um die Forderung der Pforte zu unterstützen und legte Werth darauf, die Ansicht des Herrn von Bülow kennen zu lernen. Beim Empfange der Mittheilung Savfet Paschas hatte sich der Staatssekretär darauf beschränkt, die Bemerkung zu machen, daß die Ereignisse schon zu schnell vorgeschritten seien, und daß er fürchte, daß das Verlangen nach Vermittelung zu spät käme. Herr von Bülow beeilte sich hinzuzufügen, daß Deutschland sicher Niemandem in seiner Friedensliebe nachstände, und daß es im gegebenen Augenblick

Als der russische Botschafter Graf Schuwalow (ca. am 12. Mai 1877) das erste Mal nach Friedrichsruh kam, suchte Bismarck ihm nachzuweisen, daß Rußland den Frieden nicht entbehren könne, und er versprach, seinerseits alles zu thun, um die Wege des Friedens zu ebnen.[1]

**Berlin**, September 1877. Unterredung mit dem früheren amerikanischen Gesandten in Paris E. B. Washburne, betr. den amerikanischen General Sheridan.[2]

Der frühere amerikanische Gesandte in Paris E. B. Washburne besuchte Bismarck in Berlin. Des Letzteren erste Frage war: „Was haben Sie Neues vom General Sheridan? Dieser Mann trägt einen großen militärischen Kopf auf seinen Schultern."

Sheridan hatte 1870 die Erlaubniß erhalten, den Krieg gegen Frankreich auf deutscher Seite beobachten zu dürfen. Die französische Regierung hatte ihm die Bitte abgeschlagen.

27. Januar 1878. Graf Launay theilte dem italienischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit, daß er versucht habe, den Staatssekretär von Bülow in Bezug auf Konferenzen zu tentiren, in welchen allgemein europäische Interessen mitsprächen. Der Staatssekretär habe erwidert, daß dieser Punkt zwischen den Regierungen noch nicht verhandelt sei. Er machte gleichzeitig bemerklich, daß **Fürst Bismarck im Prinzipe solchen Versammlungen nicht eben günstig wäre.** Hinsichtlich der Friedensbedingungen sagte demnächst Graf Launay dem Staatssekretär, daß Oesterreich-Ungarn sich nur Glück wünschen könnte, wenn es wahr sei, daß Bosnien und die Herzegowina auch ferner beim ottomanischen Reiche bleiben würden. Der Graf Andrassy würde, so müsse man hoffen, aufs äußerste der Partei widerstehen, welche ihn auf die Bahn der Annexion treibe. Herr von Bülow beschränkte sich darauf zu bemerken, daß, **wenn das Wiener Kabinett derlei Gedanken gehegt hätte, es schneller hätte dabei sein müssen (il aurait dû s'y prendre plus tôt), um sie zu verwirklichen.**

**Berlin**, 13. März 1878. Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Odo Russell, betr. die Konferenz zur Regelung der orientalischen Frage.[3]

Bismarck ersuchte Lord Odo Russell, nach London zu melden, daß Deutschland ohne England an der Konferenz zur Regelung der orientalischen Frage nicht theil-

nicht verfehlen würde, zum Frieden beizutragen. Was jedoch das unter den gegenwärtigen Verhältnissen gestellte Verlangen der Türkei beträfe, so resümirte Herr von Bülow seine Gedanken dahin, daß es „zu spät sei." Der deutsche Staatssekretär sei also in Summa nicht von seiner Anschauungsweise abgegangen, die er dem italienischen Botschafter schon am 24. April ausgedrückt habe, als von der Eventualität eines Vermittelungsappells, namentlich auf Grund des Artikels 8 des Pariser Vertrages die Rede war. — **Kohl** hat in seinen Bismarck-Regesten mit gutem Grunde auch die Mittheilungen aufgenommen, welche die Vertreter Bismarcks im Auswärtigen Amte (Bülow, Limburg-Stirum, Hatzfeld, Graf Herbert Bismarck) den fremden Diplomaten machten. Die beiden vorstehenden Daten vom 24. und 27. April 1877 hat derselbe übersehen.

[1] Nach der „Post" vom 30. Mai 1878.

[2] **Washburne:** Memoiren Bd. I. S. 58.

[3] Nach dem Berichte Russells vom 13. März 1878. Staatsarchiv Bd. XXXIV. Nr. 6725. S. 57.

nehmen würde, und daß er nicht begreifen könne, wie ein Kongreß zur Revision europäischer Rechte abgehalten werden könnte, wenn England, einer der Hauptkontrahenten, nicht anwesend sei.

Berlin, den 8. Mai 1878. Unterredung mit dem anfangs Mai desselben Jahres als Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika nach Berlin versetzten Bayard Taylor.[1]

Es war seit 1877 die Sehnsucht Bayards gewesen, den Berliner Posten zu erhalten, zumal er darin eine gute Gelegenheit sah, seine geplante Goethe-Schiller-Biographie zur Ausführung zu bringen.

Taylor glaubte sich für den Posten auch befähigt, da er mit den Verhältnissen Deutschlands vertraut war, und er hoffte, von dem erhöhten Standpunkt aus einen fruchtbaren Meinungsaustausch auf dem Felde der Wissenschaft und Gelehrsamkeit zwischen Deutschland und Amerika ins Werk setzen zu können. Am 15. Februar 1878 erfolgte die heiß ersehnte Entscheidung in betreff der Berliner Mission zu gunsten Bayard Taylors.

Anfangs Mai 1878 trat derselbe seinen Posten an, am 6. Mai wurde er von dem Staatssekretär von Bülow empfangen, am 8. Mai sah er Bismarck zum ersten Male.

Der letztere fing sogleich an: „Während meiner letzten Krankheit las ich mit meiner Frau zusammen eines Ihrer Werke ganz durch.“ Die beiden Staatsmänner verbrachten eine ganze Stunde miteinander in dem Garten hinter dem Hause und nach zehn Minuten hatte Bayard Taylor bereits das Gefühl, als ob er den Kanzler seit Jahren kenne. Der amerikanische Schriftsteller war ganz überrascht, wie frei und offen Bismarck sich gegen ihn aussprach; doch wußte er sein Vertrauen zu schätzen und versprach, sich während der nächsten Jahre nichts darüber verlauten zu lassen.

Bismarck zeigte Bayard Taylor den Saal im Reichskanzlerpalais, woselbst der Kongreß in den nächsten Tagen eröffnet werden sollte. Taylor rieth dem Kanzler, Beaconsfield an das eine Ende des langen Tisches und Gortschakow an das andere zu setzen. Bismarck lachte und sagte: „Ja, das werde ich wohl thun müssen.“

Während des Aufenthalts im Garten folgte dem Fürsten ein kolossaler schwarzer Hund und eine ebensogroße Hündin. Die Unterhaltung drehte sich im übrigen zwar meistens über Bücher, Bäume und Vögel, von Zeit zu Zeit aber vermochte Bayard Taylor doch einen Blick zu thun in das Innerste von Bismarcks Wesen und er nahm den Eindruck mit: er ist wirklich ein großer Mann, der die Mitglieder des bald darauf zusammentretenden Berliner Kongresses alle um einen ganzen Kopf überragte.

[1] Aus Bayard Taylor: Ein Lebensbild. S. 509.

**Friedrichsruh, 20. Mai 1878. Unterredung mit dem russischen Botschafter Grafen Schuwalow, betr. die Berufung des Berliner Kongresses und den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Rußland und Deutschland.**

Bismarck war, als der russische Staatsmann sich zu einem Besuche in Friedrichsruh anmeldete, noch unter strengster ärztlicher Behandlung an der Gürtelrose; aber obgleich er nur langsam genas, antwortete derselbe: „Sehr erfreut, Sie zu sehen, bin aber ernstlich krank." Graf Schuwalow drückte Bismarck den Wunsch des Zaren aus, einen Kongreß nach Berlin zu berufen und ihn zu leiten. „Meine Gesundheit ist zu schlecht — erwiderte Bismarck — um Geschäfte zu besorgen, und ich habe außerdem große Schmerzen." Schuwalow sagte dann: „Der Kaiser Alexander ersucht Sie um diesen Dienst als einen Beweis Ihrer Anhänglichkeit an ihn." Nach wiederholten Besprechungen erhielt der Graf Bismarcks Einwilligung unter der Bedingung, daß er die Zustimmung der englischen Regierung erlange. Mittlerweile versprach Bismarck so viel als möglich in Wien zu thun; allein seine Bereitwilligkeit, den Kongreß zusammenzubringen, war an die Voraussetzung geknüpft, daß beide, England und Oesterreich, bereit waren, zu kommen.[1]

Es war wohl vor dem Zusammentreten des Berliner Kongresses, daß Schuwalow[2] bei Bismarck die Frage eines russisch-deutschen Schutz- und Trutzbündnisses berührte und sie direkt stellte.

Bismarck besprach mit ihm offen die Schwierigkeiten und Aussichten, die die Bündnißfrage und zunächst, wenn der Dreibund der Ostmächte nicht haltbar wäre, die Wahl zwischen Oesterreich und Rußland für Preußen habe.

Schuwalow sagte unter anderm in der Diskussion: „vous avez le cauchemar des coalitions", worauf Bismarck erwiderte: „nécessairement". Als das sicherste Mittel dagegen bezeichnete Schuwalow ein festes, unerschütterliches Bündniß mit Rußland, weil bei Ausschluß der letzteren Macht aus dem Kreise der deutschen Koalitionsgegner keine für Deutschland lebensgefährliche Kombination möglich sei.

Bismarck gab dies zu, sprach aber seine Befürchtung aus, daß die deutsche Politik, wenn sie ihre Möglichkeiten auf das russische Bündniß einschränkte und allen übrigen Staaten den russischen Wünschen entsprechend absagte, Rußland gegenüber in eine ungleiche Stellung gerathen könne, weil die geographische Lage und die autokratische Verfassung Rußlands diesem für das Aufgeben des Bündnisses stets mehr Leichtigkeit gewähre, als Deutschland haben würde, und weil das Festhalten an der alten Tradition des preußisch-russischen Bundes doch immer nur auf zwei Augen stehe, d. h. von dem Gemüthsleben des jedesmaligen Kaisers von Rußland

[1] Nach Richtigstellung eines Bismarck vorgelegten Berichts im „New York Herald" über seine Unterhandlungen mit Schuwalow.

[2] Die folgende Unterredung ist Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 229, entnommen.

abhänge. Deutschlands Beziehungen zu Rußland beruhten wesentlich auf dem persönlichen Verhältniß beider Monarchen zu einander und auf dessen richtiger Pflege durch höfische und diplomatische Geschicklichkeit respektive Gesinnung der beiderseitigen Vertreter. Deutschland hätte das Beispiel gehabt, daß bei ziemlich hülflosen preußischen Gesandten in Petersburg durch die Geschicklichkeit von Militärbevollmächtigten, wie der Generale von Rauch und Graf Münster, die gegenseitigen Beziehungen intim geblieben wären, trotz mancher berechtigten Empfindlichkeit auf beiden Seiten. Deutschland habe ebenso erlebt, daß jähzornige oder reizbare Vertreter Rußlands, wie Budberg und Oubril, durch ihre Haltung in Berlin und durch ihre Berichterstattung, wenn sie persönlich verstimmt waren, Eindrücke erzeugten, welche auf die gegenseitigen Gesamtbeziehungen zweier Völker von einundeinhalb hundert Millionen gefährlich zurückwirken konnten.

Bismarck sagte zu Schuwalow, daß sich Deutschland, wenn es der Festigkeit eines Bündnisses mit Rußland die Beziehungen zu allen anderen Mächten zum Opfer brächte, bei akuten Vorkommnissen von französischer und österreichischer Revanchelust bei seiner exponirten geographischen Lage in einer gefährlichen Abhängigkeit von Rußland befinden würde. Die Verträglichkeit Rußlands mit Mächten, die nicht auch ohne sein Wohlwollen bestehen könnten, hätte ihre Grenzen, namentlich bei einer Politik, wie die des Fürsten Gortschakow, die ihn (Bismarck) mitunter an asiatische Auffassungen erinnerte. Er habe oft jeden politischen Einwand einfach mit dem Argumente niedergeschlagen: „l'empereur est fort irrité", worauf er (Bismarck) ironisch zu antworten pflegte: „Eh, le mien donc!"

Schuwalow bemerkte dazu: „Gortschakow est un animal", was in dem Petersburger Jargon nicht so grob gemeint ist, wie es klingt, „il n'a aucune influence"; er verdanke es überhaupt nur der Achtung des Kaisers vor dem Alter und dem frühern Verdienste, daß er formell noch die Geschäfte führe. Worüber könnten Rußland und Preußen ernsthaft jemals in Streit gerathen? Es gebe gar keine Frage zwischen ihnen, die wichtig genug dazu wäre. Das letztere gab Bismarck zu, erinnerte aber an Olmütz und den siebenjährigen Krieg, man gerathe auch aus unwichtigen Ursachen in Händel, sogar aus Formfragen; es würde manchen Russen auch ohne Gortschakow schwer, einen Freund als gleichberechtigt zu betrachten und zu behandeln, er (Bismarck) wäre in dem Punkte der Form persönlich nicht empfindlich, aber das jetzige Rußland habe bis auf weiteres nicht bloß die Formen sondern auch die Ansprüche Gortschakows.

Bismarck lehnte die „Option" zwischen Oesterreich und Rußland auch damals ab und empfahl den Bund der drei Kaiser oder doch die Pflege des Friedens zwischen ihnen.

## Zehntes Kapitel.

### Bis zum Beginn der deutschen Kolonialpolitik.

(Juni 1878 bis Februar 1883.)

Berlin, den 17. Juni bis 12. Juli 1878. Der Berliner Kongreß zur Beilegung der durch den russisch-türkischen Krieg herbeigeführten Streitfragen.

Eine Geschichte des Berliner Kongresses ist noch nicht geschrieben worden. Für den Verkehr Bismarcks mit den Diplomaten müßte dieselbe eine Fundgrube enthalten. Nur die Protokolle sind in französischer Sprache veröffentlicht; eine Uebersetzung, soweit die Stellungnahme Bismarcks hervortritt, habe ich angefertigt und in meinem Werke „Die Ansprachen des Fürsten Bismarck 1848—1894", Deutsche Verlags-Anstalt 1895. S. 43—98, veröffentlicht. Was wir sonst über den Verkehr Bismarcks mit den Kongreßmitgliedern wissen, beruht auf gelegentlichen außeramtlichen Mittheilungen des Einen und Anderen.

Unter dem Titel „Memories of Bismarck" schildert ein amerikanischer Publizist, John Russell Young, in der Chicagoer „Tribune" vom 19. Juli 1891 den Eindruck, den Fürst Bismarck auf ihn zur Zeit des Berliner Kongresses gemacht hat.[1] Derselbe schreibt: „Ich sah Bismarck später noch drei- oder viermal, so daß ich mir ein deutliches Bild seiner Persönlichkeit machen konnte. Er stand damals in seinem zweiundsechzigsten Lebensjahre. Ich erinnere mich an seinen tragikomischen Seufzer über Grants Jugendlichkeit, die er mit seinen Runzeln verglich. Wie sehr, meinte er, sei das Leben im Felde dem im Kabinett vorzuziehen! Bismarck erschien mir wie eine Persönlichkeit, die keine Spur von Pose hatte. Seine Haltung war militärisch, er saß auf dem Rande seines Stuhles und liebkoste den großen Hund, der zwischen seinen Beinen gekauert lag. In dieser Stellung blickte er aufmerksam zu Grant hinüber, der, bequem in einem Fauteuil ruhend, in seiner unerschütterlich

[1] Young war im Jahre 1878 der Begleiter des Expräsidenten Generals Grant auf seiner Reise um die Welt, welche er später in einem zweibändigen illustrirten Werke „Around the world with General Grant" ausführlich beschrieben hat.

ruhigen Weise sprach, mit stets gleichem Tonfall der Stimme. Welch ein Gegensatz in dem Temperament dieser beiden Männer! Der eine, wie der Niagara über den Granitfelsen herabstäubend, ganz Feuer und Energie, massive, rastlose Kraft, durchdringende Menschenkenntniß hinter diesen buschigen Brauen, Inspiration in diesem königlichen, domartigen Schädel, das Auge schnell und blitzend, der andere — doch wir alle wissen ja, wie Grant war. Er war, wie er immer gewesen — dieses ruhige, festgefügte Antlitz, das ernst blickende Auge, bei alledem aber schnell im Beobachten und Beantworten eines jeden Wetterleuchtens, das aus der rastlos thätigen Vesuvseele des Kanzlers kam.

Der Fürst sprach etwas zögernd. Es war mir klar, daß dies daher kam, weil er in einer Sprache dachte und in die andere übersetzte. Er beherrschte das Englische gut und hielt manchmal an, um ein Wort, das mehrere Bedeutungen hatte, genau zu übertragen. So gebrauchte er einmal das Wort „human“, dann pausirte er eine Sekunde und suchte und fand das Wort „humane“ — das war es, was er brauchte. Das war eines der Beispiele, aus welchen ich ersah, wie fest er die Feinheiten unserer Sprache in der Hand hatte.

Bismarck erschien in jedem Augenblick als eine ungeheure und seltsame Persönlichkeit. Als Herr, als Kollege, als Diener — in jedem Falle muß es schwer gewesen sein, mit ihm auszukommen, außer man ging mit ihm durch dick und dünn. In jedem seiner Worte fühlte man den natürlichen Menschen. Da war keine Spur von Schauspielerei: alles frei, spontan, aufrichtig. Die Art, wie er Grant begrüßte, seine Hünengestalt die des Präsidenten überragend, die eine Hand Grants in den beiden des Kanzlers; die schnellen, herzlichen Erkundigungen nach Sheridan; die Liebe, mit der er von dem alten Kaiser sprach, der damals krank lag infolge des auf ihn gemachten Mordanfalls; die leidenschaftlichen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie, seine Behauptung, daß er ein typischer Demokrat sei — der Kaiser und er seien, rief er, die beiden bedeutendsten Demokraten in Deutschland —; seine Ungeduld der leichten und sorglosen Art gegenüber, mit welcher nach seiner Ansicht Elsaß-Lothringen regiert wurde; die Art, wie er den Krieg als nothwendige Bedingung moderner Gesittung acceptirte; sein Dogma, daß die mächtigste Nation Europas die sei, welche die schwerste Artillerie habe; seine Werthschätzung Gambettas, den nicht persönlich zu kennen er bedauerte; seine liebevolle, fast mütterlich-zärtliche Hochachtung vor Thiers; seine Verachtung für die Pariser Pflastertreter; seine wiederholte Behauptung während unseres Bürgerkrieges, daß der Süden nie siegen könne; sein Zukunftsblick auf Amerika — Amerika, sagte er lachend, werde mit der Zeit das erste unter den deutschen Völkern sein, wie es das erste der englischen sei und das erste der skandinavischen sein würde; sein Interesse an unserem Negerproblem und ob es uns jemals gelingen werde, es zu lösen; seine stolze Erinnerung daran, daß die deutsche Freundschaft für Amerika ein Vermächtniß sei, daß Friedrich der Große dem Königlichen Hause hinterlassen; seine Andeutungen, daß Amerika noch seine ernsten Probleme zu lösen haben würde und daß die Unterdrückung der Rebellion

ein nützliches Beispiel sei, da sie die zurückgehaltene Kraft zeige, welche Amerika besitze, um sich mit dem abzufinden, was Regierung und Gesellschaft eines Tages schlimmer bedrängen möchte, als eine Rebellion — von Punkt zu Punkt flog das Gespräch des Kanzlers dahin, breit, frei und majestätisch, wie der Amazonenstrom, der sich der See zudrängt. Meine Phantasie und das Bewußtsein, daß unerhörter Ruhm vor mir stehe, mag mich für den Eindruck, den Bismarck auf mich machte, vorbereitet haben. Ich glaube es aber nicht. Als langjähriger Journalist bin ich menschlicher Größe gegenüber skeptisch und cynisch geworden. Hier aber, klar und deutlich wie die Gletscher in Chamounix, stand eine gigantische, eine ursprüngliche Geisteskraft vor mir.

In einem neulich erschienenen Buche George Russells, des bekannten Times-Korrespondenten während des Krieges 1870, wird von Russell hier folgende Geschichte mitgetheilt:

Als der Kongreß sich im Sommer 1878 in Berlin versammelte, war der sehr beliebte und später sehr betrauerte Lord Odo Russell, nachher Lord Ampthill, unser Botschafter in Berlin — ein geborener Diplomat mit seltener Anmuth des Wesens.

Am Vorabend des Kongresses traf Lord Beaconsfield in seiner ganzen Glorie ein und wurde auf der britischen Botschaft mit den größten Ehren empfangen.

Im Laufe des Abends kam einer seiner Privatsekretäre zu Lord Odo Russell und eröffnete ihm: Lord Odo, wir sind in einer höchst unangenehmen Situation, und es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu Ihnen zu kommen mit der Bitte, uns aus derselben herauszuhelfen. Unser alter Chef besteht darauf, seine Rede in französischer Sprache zu halten. Er hat eine furchtbar lange Rede niedergeschrieben, sie auswendig gelernt und gedenkt morgen beim Kongreß damit loszuschießen. Wir werden der Gegenstand des Gelächters für Europa sein.

Er spricht „épicier“ aus, als ob es sich auf „overseer“ reimte, und seine übrige Aussprache steht ungefähr auf derselben Höhe. Wir können ihm das nicht sagen. Vielleicht können Sie uns helfen. Lord Odo hörte mit gutem Humor diese Klage an und sagte: In der That ist es eine delikate Mission, welche Sie mir zu unternehmen zutrauen, aber ich bin ein Freund solcher delikaten Sachen. Ich will sehen, was sich machen läßt. So begab er sich in das Staatsschlafgemach, wo unser ehrwürdiger Bevollmächtigter gerade im Begriff war, die ihm eigenen, sehr umständlichen Toilettevorbereitungen für die Nacht zu beginnen.

„Mein lieber Lord — begann Lord Odo —, ein schreckliches Gerücht ist uns zu Ohren gekommen.“ „Wirklich, bitte was ist es?“ „Wir haben gehört, daß Sie beabsichtigen, Ihre Rede in französischer Sprache zu halten.“ „Nun, Lord Odo, was wollen Sie damit sagen?“ „Nun, wir alle wissen, daß Niemand in Europa kompetenter dafür wäre als Sie. Aber alles in allem werden Sie zugeben, daß es doch etwas Gewöhnliches ist, eine französische Rede zu halten. Es sind hier doch mindestens ein halbes Dutzend Kongreßmitglieder, die es, wenn auch nicht ganz so gut, doch fast ebenso gut wie Sie selbst es machen könnten. Aber andererseits, wer

kann eine englische Rede halten wie Sie, das können nur Sie. Alle diese Bevollmächtigten sind von den verschiedenen Höfen Europas hierhergekommen in der Erwartung des größten geistigen Genusses ihres Lebens, den größten lebenden Meister englisch sprechen zu hören. Die Frage für Sie, mein lieber Lord, ist: wollen Sie diese enttäuschen?"

Lord Beaconsfield nahm sein Glas ins Auge, fixirte Lord Odo mit seinem Blick und sagte dann: „Da ist viel Wahrheit in dem was Sie sagen; ich werde mir die Sache überlegen." Und am nächsten Tag redete er englisch. Nun ist das psychologische Räthsel: Nahm er die Schmeichelei ernst und glaubte ehrlich, daß Lord Odos Bitte wirklich dahin ging, ihn englisch sprechen zu hören? Oder durchschaute er die Sache und verstand den höflichen Wink, daß er durch seine französische Rede den Kongreß lächerlich gemacht haben würde?

30. Mai 1879. Der Staatssekretär v. Bülow hielt sehr darauf, zur Kenntniß der französischen Regierung zu bringen, daß die deutsche Regierung keineswegs beabsichtige, das politische Gebiet zu betreten, auf dem Frankreich und England vereint sich angelegen sein ließen, nothwendige Reformen in Aegypten einzuführen; er wünschte, daß Paris und London in ihrem gemeinsamen Bestreben fortfahren, und daß die Bemühungen dieser Kabinette, welche von den Wünschen und Sympathien aller Großmächte unterstützt wurden, den beabsichtigten Erfolg haben möchten. Der Zweck der von Deutschland getroffenen Maßregeln sei ein scharf begrenzter, es handle sich dabei einerseits darum, zu zeigen, daß die deutsche Regierung sich ihrer Reichsangehörigen, welche unter den finanziellen Unregelmäßigkeiten Aegyptens zu leiden hätten, annehme, und sodann dem Vicekönig zu beweisen, daß er in einem vollständigen Irrthum befangen sei, wenn er, wie er dies gethan habe, und wie einige Zeitungen dies veröffentlicht hätten, in dem Schweigen Deutschlands einen Beweis dafür finden wolle, daß man dort seine Handlungsweise billige und dagegen die von Frankreich und England tadle.[1]

20.(?) Juni 1879. Der französische Botschafter in Berlin Graf St. Vallier telegraphirt, daß Fürst Bismarck den französischen Ansichten bezüglich der ägyptischen Frage beistimme und sich nur noch mit der österreichisch-ungarischen Regierung in Einverständniß zu setzen beabsichtige, um sodann die Befehle des Kaisers einzuholen und Frankreich seine Antwort amtlich mitzutheilen.[2]

Gastein, den 27. und 28. August 1879. Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Minister Grafen Andrassy, betr. den Abschluß der deutsch-österreichischen Allianz.[3]

Als Kaiser Wilhelm sich nach Alexandrowo begab (3. September) hatte Bismarck schon in Gastein eine Begegnung mit dem Grafen Andrassy eingeleitet, die am 27. und 28. August stattfand.

---

[1] Auszug aus dem Berichte des französischen Botschafters in Berlin Grafen de St. Vallier an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris, d. d. 30. Mai 1879. „Nordd. Allg. Ztg." Nr. 72 vom 12. Februar 1880.

[2] Telegramm des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Paris an den französischen Botschafter in Wien, d. d. 20. Juni 1879. „Nordd. Allg. Ztg." Nr. 72 vom 12. Februar 1880.

[3] Nach Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen". Bd. II. S. 237.

Nachdem Bismarck ihm die Lage dargelegt hatte, zog Andrassy daraus die Folgerung mit den Worten: „Gegen ein russisch-französisches Bündniß ist der natürliche Gegenzug ein österreichisch-deutsches."

Bismarck erwiderte, daß er damit die Frage formulirt habe, zu deren Besprechung er ihre Zusammenkunft angeregt hätte, und beide Staatsmänner kamen leicht zu einer vorläufigen Verständigung über ein rein defensives Bündniß gegen einen russischen Angriff auf einen von beiden Theilen, dagegen fand Bismarcks Vorschlag, das Bündniß auch auf andere als russische Angriffe auszudehnen, bei Andrassy keinen Anklang.

22. und 23. September 1879. Verhandlungen mit dem Grafen Andrassy in Wien über Handelserleichterungen zwischen den Nachbarmonarchien.[1] Detaillirte Vereinbarungen konnten nicht getroffen werden; beide Staatsmänner stimmten aber darin überein, daß die volkswirthschaftlichen Beziehungen den innigen politischen Beziehungen beider Staaten entsprechen müßten. Außerdem wurde festgesetzt, daß, welches auch immer der Erfolg der Spezialberathungen sein möge, von beiden Seiten alles vermieden werden solle, was auch nur im Entferntesten den Anschein eines Zollkrieges haben könnte.

Wien, (22. bis 24.) September 1879. Unterredung mit dem französischen Botschafter in Wien Teisserence de Bort über den friedlichen Charakter des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Bismarck begab sich mit dem Prinzen von Reuß auf die französische Botschaft; Letzterer blieb jedoch im Vorzimmer, so daß die Unterhaltung mit dem französischen Botschafter Teisserence ohne Zeugen stattfand. Nach den gewöhnlichen Begrüßungen sprach man von der staatsökonomischen Lage Frankreichs und Deutschlands. Es war die Rede von der Rolle, welche Teisserence als Handelsminister spielte und von der neuen Handelspolitik Deutschlands. Hierauf sprach man über verschiedene schwebende Fragen, bei denen Frankreich direkt betheiligt war. Schließlich kam die Reise des Fürsten Bismarck nach Wien und die verschiedenen Kommentare, zu der sie Anlaß gegeben, zur Sprache.

Bei der Abreise Bismarcks von Wien (24. September 1879) hatte sich auch Andrassy am Bahnhof zur Verabschiedung eingefunden. Beim Einsteigen bemerkte Bismarck: „Es

[1] Die „Nordd. Allg. Ztg." vom 23. September 1879, Nr. 405, theilte die nachfolgende Wiener Depesche mit: „Es verlautet, Fürst Bismarck und Graf Andrassy hätten sich, um das freundschaftliche Verhältniß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland auch auf dem Gebiete materieller Interessen zum Ausdruck zu bringen, bei ihren Pourparlers prinzipiell dahin geeinigt, möglichst weitgehende Tarif- und Verkehrserleichterungen zwischen den beiden Staaten eintreten zu lassen, zu deren Vereinbarung spezielle Delegirte sogleich entsendet werden sollen, um die betreffenden Vorlagen noch im Laufe des nächsten Jahres vor die beiderseitigen Parlamente bringen zu können." Am 17. Oktober 1879 wußte der „Pester Lloyd" zu berichten, die Wiener Vereinbarungen berührten die Tariffrage nicht oder nur in äußerst geringem Maße; sie hätten hauptsächlich Erleichterungen des Verkehrs, speziell des Grenzverkehrs, sowie die Begünstigungen durch die Differenzialtarife in Aussicht genommen.

ist schwer und auch gefährlich, schnell einzusteigen." Man hatte ein politisches Abschiedswort erwartet. Es war die letzte Begegnung Bismarcks mit Andrassy.[1]

**Berlin**, den 25. September 1879. Bismarck gab dem russischen Botschafter v. Oubril nach der Rückkehr von Wien alsbald eine offene Erklärung über das Ergebniß der Wiener Stipulationen (Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses) mit dem Beifügen, daß dasselbe für Rußland nichts Beunruhigendes enthalte. Oubril bezeichnete die erhaltenen Aufschlüsse als befriedigend.[2]

---

[1] In einer Würdigung Bismarcks bemerkt der italienische Staatsmann Nigra: „Und maßvoll wie in den beiden Friedensschlüssen von Nikolsburg und Frankfurt blieb Fürst Bismarck auch als deutscher Reichskanzler und arbiter rerum in Europa. Sein Ziel war die Erhaltung des europäischen Friedens. Schon in Nikolsburg muß er vorausgesehen haben, daß er den Feind von heute zum Freunde von morgen umstimmen werde. Den österreichisch-ungarisch-deutschen Zweibund zu einem Dreibunde auszugestalten, war seine spätere That. Und wie hat er dies eingeleitet? Beim Berliner Kongreß wußte er Frankreich zu inspiriren, nach Tunis zu gehen. Ihm war eben klar, daß daraus eine dauernde Verfeindung Italiens mit Frankreich resultiren würde. So wollte er Italien den Franzosen entfremden und es in Deutschlands Arme treiben.

[2] Nach Chaudordy: La France en 1889, S. 253 ff., hatte Bismarck am 14. November 1879 in Varzin eine Unterredung mit einem französischen Diplomaten über die durch das Bündniß mit Oesterreich neu geschaffene Lage. Der französische Diplomat könnte nur der französische Botschafter in Berlin St. Vallier gewesen sein, welcher sich vom 11. bis 14. November 1879 in Varzin aufhielt. Die Unterredung soll mit folgender Erörterung Bismarcks ihren Anfang genommen haben: „Ich werde Ihnen jetzt die Umstände darlegen, welche meine Reise nach Wien veranlaßten und was ich dort erwirkt habe.

Seit drei Jahren hat sich die Politik Rußlands in Bezug auf uns geändert; an Stelle der alten Freundschaft ist Eifersucht und Mißtrauen getreten. Gortschakow hat den Anfang damit gemacht; Kaiser Alexander II., Miloutine folgend, setzt das Werk fort. Die erste Erkältung in unseren Beziehungen datirt aus 1875, damals, als Gortschakow unter Beihülfe von Decazes auf meine Kosten die Rolle eines Retters Frankreichs spielen, mich als Feind des Friedens Europas hinstellen und sich ein triumphirendes „Quos ego" verschaffen wollte, um mit einem Wort meine schwarzen und perfiden Pläne aufzuhalten und zu durchbrechen. Ich habe ihm damals, als er nach Berlin kam, um mir Aufklärungen zu geben und für die Aufrechterhaltung unserer alten Freundschaft zu plädiren, gesagt, der Vorfall würde uns politisch nicht entzweien, die Interessen gingen über die Gefühle hinweg, aber ich sei durch sein Verhalten verletzt, welches an Stelle der vertrauensvollen Freundschaft eine mißtrauische Freundschaft auf meiner Seite zur Folge haben würde.

In der That hat die Dislokation der russischen Truppen an unserer Grenze einen besonders bedrohlichen Charakter angenommen; man könnte sagen, daß alles im Hinblick auf ein rasches Einrücken in unsere Ostprovinzen angelegt ist. Von der Ostsee bis Warschau an unserer Grenze entlang auf einem wenig ausgedehnten Raume stehen fünf vollständige Kavallerie-Divisionen auf Kriegsfuß mit zugehöriger Feldartillerie, d. h. dreißig eine erste Linie bildende Regimenter mit dichten Massen Infanterie in einigen Meilen Entfernung dahinter. Eine ähnliche militärische Organisation bedroht seit dem Monat Juni die österreichische Grenze; es scheint, daß alles vorbereitet ist, um auf das erste Signal in unser oder das österreichische Gebiet einzurücken.

Wir haben Vorstellungen gemacht und Aufklärungen verlangt; man hat abgeleugnet, daß Vorbereitungen getroffen würden; man hat dieselben mit einem tiefen Geheimniß zu umgeben

Nach einem Telegramm des österreichischen Botschafters in Berlin an den österreichischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Haymerle, d. d. 14. Dezember 1879, stimmte Bismarck den Prinzipien des Waddingtonschen Vorschlags in der griechischen Delimitationsfrage vollkommen bei und hatte den französischen Kollegen in Berlin hiervon verständigt.[1] Nach dem Waddingtonschen Vorschlage sollte die neue griechische Grenze in Epirus über die südlichen Bergabhänge des Kalamas (also mit Ausschluß Janinas) laufen, dann Metzovo und Tricala einschließend über die nördlichen Abhänge des Salamvria nach Cara-Derven am ägäischen Meer gehen.[2]

gesucht, hat sie aber dessenungeachtet eifrig weiter betrieben; das Geheimniß und die Ableugnungen haben nicht gehindert, daß wir wußten, was wir davon zu halten hatten. Kurzum, wir wissen genau, daß man weiter rüstet, Aushebungen wie am Vorabend eines Krieges vornimmt, und daß in diesem Augenblick die Hälfte der russischen Armee in Polen, Podolien und Lithauen konzentrirt ist; es sind daselbst dreihundert Bataillone Infanterie, einhundertfünfzig Schwadronen Kavallerie und vierhundertfünfzig bespannte, armirte und mit Munition versehene Feldgeschütze vorhanden. Weiter südlich gegen die österreichische Grenze von Galizien und der Bukowina ist eine zweite Truppenmacht zusammengezogen, bestehend aus einhundertfünfundfünfzig Bataillonen Infanterie, achtzig Schwadronen Kavallerie und zweihundertzwanzig bespannten und mit Munition versehenen Geschützen.

In Verbindung mit diesen formidablen Vorbereitungen ist gegen uns ein heftiger Feldzug der russischen Presse eröffnet worden. Wir haben darüber Klage geführt; Gortschakow antwortete mit imaginären Beschwerden und bald haben wir konstatirt, daß das „Jounal de St. Pétersbourg“, die „Agence russe“ und die anderen von der Staatskanzlei inspirirten oder redigirten offiziösen Blätter sich an die Spitze der Angriffskolonne stellten; noch mehr, die feindseligsten Artikel kamen aus der Feder Jominis, der dies gar nicht verheimlichte.

Der Fürst schloß diese umfassenden Auslassungen mit folgender Ausführung: „Haben Sie die Güte, Herrn Waddington an das zu erinnern, was ich ihm beim Berliner Kongresse gesagt habe und erinnern Sie sich dessen, was ich Ihnen selbst bei allen Anlässen gesagt habe; ich will den Frieden in Europa, ich will den Frieden erhalten sowohl für jetzt als für die Zukunft, solange dies möglich sein wird. Das ist die Haupttriebfeder meiner Politik, ich habe mich bei meinen Abmachungen in Wien von derselben leiten lassen. Das beste Mittel, die kriegerischen Mächte zu zähmen, ist die Herstellung eines Einvernehmens zwischen den friedliebenden Mächten. Darin besteht die dauerhafteste Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens. Vertrauen Sie uns, wie wir Ihnen vertrauen, und dieses gegenseitige Vertrauen wird alle Wege sperren, auf welchen man bedrohlichen und ehrgeizigen Plänen nachjagen könnte. Man kann sich davon einen Begriff machen schon auf Grund der erzielten Resultate. Vor sechs Wochen war man in Rußland überaus kriegerisch gestimmt. Die Aufnahme, die seine Anträge bei Ihnen gefunden, hat jedoch diese Macht zur Besinnung und mein Einvernehmen mit Oesterreich sie endgültig zur Vernunft gebracht. Wir beschlossen in Wien, dem Petersburger Kabinett von unserer Verständigung Mittheilung zu machen, und nach einer Woche griff, wie ich es dem Kaiser vorausgesagt hatte, in Petersburg eine mildere Stimmung Platz. Jetzt hat man dort vollständig den Zeitungskrieg eingestellt und den Blättern verboten, irgendwelche Ausfälle gegen uns und gegen Oesterreich zu unternehmen. Ferner wird der Großfürst-Thronfolger, welcher beständig die Route über Berlin vermied, in einigen Tagen mit der Zarewna nach Berlin kommen, um dem Kaiser seine Aufwartung zu machen.“

[1] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten vom 13. Juli 1878 bis 1880. S. 88.

[2] Beim Neujahrsempfang 1880 zeigte der deutsche Botschafter in Paris Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst dem Minister de Freycinet den Empfang eines Telegramms des Fürsten Bismarck an, in welchem Bismarck ihn ersuchte, dem Konseilspräsidenten Freycinet seine persönlichen Glück-

Berlin, 31. Januar 1880. Unterredung mit dem französischen Botschafter Saint-Vallier, betr. die Anerkennung Rumäniens.[1]

Bismarck drückte dem französischen Botschafter Saint-Vallier seine Genugthuung darüber aus, daß in der rumänischen Angelegenheit Frankreich, England und Deutschland ihrer Politik, gemeinsam und einig vorzugehen, treu geblieben seien. Bismarck bemerkte im Anschlusse hieran: Nachdem die drei Mächte der Regierung von Rumänien gegenüber seit dem Berliner Kongresse die gleiche Linie verfolgt hätten, so müßten sich dieselben auch jetzt in Einklang setzen, um in der nämlichen Form und gleichzeitig die Anerkennung auszusprechen; es schiene ihm (Bismarck) aber, daß gegenüber dem Abstande zwischen den Bestimmungen des Art. 44 des Vertrages und den gesetzlichen Bestimmungen, durch welche Rumänien jenen Vorschriften nur in geringem Umfange genügt habe, es darauf ankomme, über den Wortlaut einer Kollektiverklärung schlüssig zu werden, in welcher die drei Mächte dem Fürstlichen Kabinett mittheilten, daß sie die Absicht des Kongresses von 1878, den rumänischen Israeliten die Wohlthat der Gleichheit der bürgerlichen Rechte zu sichern, nicht als erfüllt betrachten könnten; daß sie indessen nicht länger zögern wollten, die Unabhängigkeit des Fürstenthums anzuerkennen, welches, wie sie hofften, in diesem Beweise des Interesses und der Sympathie die Aufmunterung dazu erblicken werde, dem in dem Vertrage ausgesprochenen Willen Europas voll und ganz sich zu fügen.

Die Mächte würden von den offiziellen Versicherungen der Note, durch welche die rumänische Regierung den Kabinetten von der Abänderung der Verfassung und des rumänischen bürgerlichen Gesetzbuchs Kenntniß gegeben habe, Akt nehmen; diese Note zeige, daß die von den rumänischen Kammern genehmigten neuen Bestimmungen nur als ein erster Schritt und als ein Anfang zur Ausführung der Festsetzungen des Art. XLIX angesehen werden sollten, und daß die Fürstliche Regierung bemüht sein werde, so schnell es ihr möglich sei, daß von dem Kongreß beschlossene Werk der Emanzipation zu Ende zu führen. Die Kabinette von Paris, London und Berlin würden, indem sie von diesem Versprechen Akt nehmen, ihr Vertrauen zu der rumänischen Regierung aussprechen, daß sie um so mehr sich zur Innehaltung ihres Versprechens verpflichtet fühlen werde, als die drei Mächte ihr einen eklatanten Beweis des Vertrauens brächten, indem sie mit dem Akte der Anerkennung nicht bis zur Erfüllung jenes Versprechens warteten. Er (Bismarck) würde dem französischen Minister des Aeußern dankbar sein, wenn er die Güte haben wolle, den Entwurf einer Kollektivmittheilung zu übernehmen, über welche man sich in Einvernehmen setzen würde; er sei seinerseits bereit, den Entwurf des französischen Ministers anzu-

wünsche auszudrücken und ihm mitzutheilen, daß er, so sehr er das Scheiden des Botschafters Saint-Vallier bedauere, den lebhaften Wunsch hege, daß die freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen der beiden Länder aufrecht erhalten bleiben möchten.

[1] Nach dem Berichte Saint-Valliers vom 1. Februar 1880. Staatsarchiv Bd. XXXVII. Nr. 7143. S. 168.

nehmen, wenn seine Fassung der gemeinsamen Auffassung Ausdruck gebe und die Würde der drei Mächte schütze.

Bismarck bat schließlich den Botschafter, seinen Chef um Mittheilung zu ersuchen, ob er Bismarcks Wunsche, sobald als möglich in den Besitz des Entwurfs zu kommen, glaube entsprechen zu können; er hoffe, daß der Minister auch die Güte haben werde, den Entwurf nach London mitzutheilen.[1]

Berlin, den 28. Mai 1880. Der österreichische Botschafter Graf Széchényi theilt dem Minister Freiherrn v. Haymerle mit, Bismarck billige die neuesten Vorschläge Englands in Konstantinopel bezüglich des modus procedendi der Konferenz zur Regelung der griechisch-türkischen Grenze bis auf den einen Punkt, daß die Türkei und Griechenland einzuladen seien, sich dabei durch Experten mit informativem Charakter vertreten zu lassen.[2]

Berlin, anfangs Juni 1880. Unterredung mit einem Diplomaten,[3] betr. das erste kirchliche Friedensgesetz.

Bismarck besprach mit dem Diplomaten das von ihm am 20. Mai 1880 vorgelegte erste kirchliche Friedensgesetz.[4] Dieses Gesetz entferne nicht einen einzigen Eckstein der Maigesetzgebung; die Regierung wünsche aber dadurch in den Besitz von Vollmachten zu gelangen, um dem heiligen Stuhl auf halbem Wege entgegenzukommen und der Kirche gegenüber eine versöhnliche Haltung einnehmen zu können, sobald die Gesinnungen des heiligen Stuhles durch Thaten ihren Ausdruck fänden, sobald die kirchlichen Organe ihre Haltung änderten und Garantien für die Einhaltung eines geänderten Verhaltens gäben. Die Centrumsfraktion wolle die diskretionären Erleichterungen in gesetzliche fixieren, was an dem Willen der Regierung und der ihr ergebenen Parteien scheitere. Andererseits trügen unter den letzteren manche Bedenken, der Regierung eines konstitutionellen Staates so weitgehende Vollmachten zu ertheilen, wie sie verlangt würden, keine Partei sei aber wieder einmüthig darin, so daß ein ungeheures Durcheinander eingetreten sei. Bismarck

[1] Als Barthélemy im September 1880 von dem französischen Ministerium des Auswärtigen Besitz nahm, verdächtigte ihn ein Theil der französischen Presse als „Prussien“.

[2] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten vom 13. Juli 1878 bis 1880. S. 112.

[3] Nach Unger: Unterredungen mit Bismarck. Bd. II. S. 101 f.

[4] Die Regierung wünschte erstens die zerstörten Diözesanverwaltungen dadurch wieder herzustellen, daß sie ermächtigt wurde, abgesetzte Bischöfe wieder einzusetzen und Bisthumsverweser da, wo der Bischof gestorben war, unter Dispensation von dem gesetzlich erforderten Treueid anzuerkennen; zweitens wollte sie dem Mangel an Geistlichen dadurch abhelfen, daß sie das Recht beanspruchte, von den gesetzlichen Bedingungen der Vorbildung Abstand zu nehmen; drittens endlich gedachte sie gewisse Härten der bisherigen Gesetzgebung zu mildern, indem sie die Verfolgung einer Reihe von Gesetzesverletzungen, besonders der unbefugten seelsorgerischen Thätigkeit, von dem Antrage des Oberpräsidenten abhängig machte, die Errichtung neuer Niederlassungen von Krankenpflegeorden in das Ermessen der Minister stellte, an Stelle der Entlassung aus dem kirchlichen Amte die Unfähigkeit zur Bekleidung derselben und den Verlust des Einkommens setzte u. dergl. mehr.

sprach sich sodann mit lebhafter Entrüstung über die schon öfter in Scene gesetzte „parlamentarische Intrigue“ aus, durch welche unter der Hand die Meinung verbreitet werde, als sei er gegen das Zustandekommen des Gesetzes gleichgültig. Dies könne nach der Veröffentlichung seiner Instruktionen an den Prinzen Reuß Niemand **bona fide** glauben. An persönlicher Vertretung der Vorlage im Landtage fühle er sich durch seine Gesundheit verhindert. Außerdem würde durch das Eingreifen des Reichskanzlers, nachdem er sich von allen anderen preußischen Geschäften zurückgezogen, der schädlichen Fiktion Vorschub geleistet, als ob der preußische Kirchenstreit keine territoriale, sondern eine Reichssache sei, aber auch seine Stellung als Kanzler und sein persönliches Ehrgefühl würden ihm nicht gestatten, sich im Landtage ebenso wie im Reichstage der Gefahr auszusetzen, daß er mit Aufwendung seiner letzten Kräfte in den Wind rede. Im letzten Reichstage sei von den mit Sorgfalt und Anstrengung vorbereiteten Vorlagen kaum der dritte Theil erledigt und namentlich alle im Sinne der Steuerreform eingebrachten unberathen geblieben, wenn nicht abgelehnt. Durch die Entscheidung in der Samoafrage fühle er seine dafür eingesetzte Autorität kompromittirt, noch mehr aber durch die Abstimmung in der hamburgischen Frage, in welcher er die ihm als Kanzler obliegenden nationalen Pflichten zu erfüllen strebe, daran aber durch faktisches Parteitreiben gehindert werde. Angesichts dieser Niederlagen, die er erlitten zu haben glaube, würde er schon jetzt sein Amt niedergelegt haben, wenn der persönliche Wille des Kaisers ihn davon nicht abhielte. Jedenfalls aber liege in den Verhältnissen die Nöthigung für ihn, sich von den Geschäften soweit zurückzuhalten, wie ihm dies durch das Stellvertretungsgesetz gestattet sei. In dieser Lage durch eine hervorragende Betheiligung an preußischen Geschäften, von denen er sich seit zwei Jahren ferngehalten habe, erweiterte Arbeiten und Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen, sei ihm nicht möglich. Auch würde er, wenn die Vorlage nach energischer Betheiligung seinerseits abgelehnt werden sollte, sich dadurch einer solchen Niederlage aussetzen, daß für ihn, nach seinem persönlichen Gefühl, eine parlamentarische Zwangslage zum Rücktritt unabweislich einträte, auch selbst ohne Zustimmung des Kaisers. Eine derartige Lösung der so langjährigen und bedeutungsvollen Beziehungen zu seinem Könige und Herrn widerstrebe seinem Gefühl, und wenn der König lieber in eine Auflösung des Landtags, als in den Rücktritt eines Ministers willigen würde, so könne er bezüglich einer solchen doch die Entschließungen Derjenigen nicht präjudiziren, welche die preußischen Geschäfte in Zukunft ohne seine Mitwirkung weiter zu führen haben würden. Den parlamentarischen Geschäften gegenüber müsse er sich deshalb in einem wie im anderen Falle dieselbe Zurückhaltung auferlegen, wie während der letzten Reichstagssession. Er werde sich in Zukunft auf die Arbeiten beschränken, welche die auswärtigen Beziehungen des Reichs mit sich brächten, eine Aufgabe, welche in jedem andern Lande die volle Thätigkeit eines Ministers beanspruche. Seine Stellung dem parlamentarischen Leben gegenüber könne von jedem Anderen mit demselben Erfolge ausgefüllt werden, wie neuerdings von ihm selbst, denn weniger

Einfluß auf die Ergebnisse der parlamentarischen Verhandlungen, als ihm selbst zu Gebote stände, würden Andere auch nicht haben, und er sähe keine Nothwendigkeit, daß gerade er, der sich ein Recht auf Ruhe verdient zu haben glaube, seinen Jahren und seiner Gesundheit Zwang anthun solle, um in fruchtlosen parlamentarischen Kämpfen seine letzten Kräfte zu erschöpfen. Unser parlamentarisches Leben entbehre der Führung. Man frage sich bei keiner Vorlage, was zweckmäßig und dem Lande und seiner Zukunft nützlich, sondern nur, was bei der Menge der Wähler vielleicht populär sei. Bei den Abschätzungen dieser Popularität möge viel Irrthümliches wirksam sein, worüber die nächsten Wahlen ja Aufschluß geben würden. Augenblicklich aber sei sein Eindruck, daß in manchen Regionen, welche nach selbständigem Ermessen entscheiden sollen, ein byzantinischer Servilismus gegen den muthmaßlichen richtig oder falsch berechneten Willen der Massen der Wähler die Lage beherrsche. Gegen Befürchtungen und Fiktionen würde er vergebens ankämpfen, wenn er sich überhaupt diese Aufgabe stellen wollte. Die Diktate der Massen ohne Rücksicht auf politische Einsicht in Empfang zu nehmen, darin genüge jeder jüngere und kräftigere Minister, wie immer er sonst beschaffen sein möge.

Der Diplomat hatte vorherrschend den Eindruck einer tiefen politischen Entmuthigung des Kanzlers in betreff der Möglichkeit, nach den vorliegenden Erfahrungen mit dem damaligen parlamentarischen Deutschland „Politik" zu treiben, weil Diejenigen, welche politisches Verständniß hätten, dasselbe bereitwillig Mehrheiten unterordneten, denen es fehle. In Berlin — hatte der Kanzler gesagt — halte ihn nur noch das Bedürfniß, keine Unklarheiten darüber aufkommen zu lassen, wohin die Verantwortlichkeit für unsere weitere innere Entwickelung in dem Augenblick falle, in welchem er die Führung derselben andern Händen überlassen müsse.

Friedrichsruh, den 20. bis 22. Oktober 1880. Unterredungen mit dem englischen Botschafter Lord O. Russell, betr. die europäische Flottendemonstration gegen Montenegro.[1]

Der englische Botschafter Lord O. Russell stattete Bismarck einen mehrtägigen Besuch in Friedrichsruh ab. Bei den Gesprächen wies Bismarck auf die korrekte Haltung Frankreichs in der griechisch-montenegrinischen Grenzfrage unter den obwaltenden Umständen hin. Die Aufrechterhaltung des europäischen Konzerts sei vortheilhaft; die Angelegenheit der Uebergabe von Dulcigno an Montenegro müsse endlich erledigt werden. Er vertraue darauf, daß die auf die Türkei ausgeübte moralische Pression bei der nöthigen Geduld von Erfolg sein werde. Sein Entschluß, an Zwangmaßregeln sich nicht zu betheiligen und das Einvernehmen mit Oesterreich und Frankreich zu bewahren, sei wohl erwogen.

Bismarck kam mehrmals darauf zurück, wie lebhaft er wünsche, die Dulcigno-Angelegenheit beendet zu sehen, und bemerkte, daß Graf Hatzfeldt[2] von neuem Befehl

[1] Nach dem Bericht des französischen Geschäftsträgers Grafen Canclaux in Berlin vom 22. Oktober 1880. Staatsarchiv Bd. XXXVIII. Nr. 7279. S. 74.

[2] Deutscher Botschafter in Konstantinopel.

erhalten habe, die Schritte seiner Kollegen in dieser Richtung und insbesondere das dem österreichischen Botschafter in Konstantinopel in letzter Linie anbefohlene Vorgehen lebhaft zu unterstützen.[1]

Berlin, den 26. November 1880. Der österreichische Geschäftsträger in Berlin Frhr. v. Pasetti meldet dem Minister Frhrn. v. Haymerle, Bismarck habe in Sachen der Differenz zwischen Griechenland und der Türkei wegen des dem ersteren Staate zugesprochenen Gebietszuwachses die dem französischen Gesandten in Athen gegebene Instruktion gebilligt und sich dem französischen Kabinette gegenüber bereit erklärt, im Vereine mit Frankreich und Oesterreich-Ungarn sich in Athen im obigen Sinne auszusprechen.[2]

Friedrichsruh, den 26. und 27. November 1880. Unterredungen mit dem deutschen Botschafter Fürsten Hohenlohe und dem französischen Botschafter Grafen St. Vallier, betr. die politischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich und die orientalischen Angelegenheiten.[3]

Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den beiden Botschaftern lieferten gleich allen anderen Beziehungen der jüngsten Zeit den Beweis, daß die Regierungen der beiden großen Nachbarländer in der friedlichen Tendenz ihrer Politik und in ihren Ansichten über die einstweilige Behandlung der orientalischen Frage vollständig übereinstimmten.[4]

---

[1] Ueber die Erfolglosigkeit der Bemühungen Lord Odo Russells, Bismarck in Friedrichsruh in der Dulcigno-Frage für die neuesten Gladstoneschen Vorschläge zu gewinnen, vergl. die „Post“ 1880. Nr. 298. Bismarck beharrte fest auf der Politik der Enthaltsamkeit, die er schon damals ankündigte, als er seine Zustimmung gab, auch die deutsche Flagge im Adriatischen Meere erscheinen zu lassen. Ueber diese Linie ließ er sich nicht hinwegdrängen.

[2] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten 1881. S. 101.

[3] Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“

[4] Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schrieb: Der „Standard“, den vielleicht andere Lorbeeren nicht schlafen lassen, fährt munter in seinen Fiktionen fort und unter Umständen, welche seine Leser eigentlich zu einer Injurienklage berechtigten, daß er sie für simpel genug hält, sich dergleichen aufbinden zu lassen. Nachdem er am 3. d. M. angeblich aus Cöln sich über die Unterredungen zwischen dem Reichskanzler, dem Fürsten Hohenlohe und „M. Desvallier“ hatte melden lassen, daß Frankreich und Deutschland sich über gemeinsame Maßregeln gegen die Kommunisten verständigt hätten, daß Frankreich der erste sein werde, um die Erhebung Rumäniens zu einem Königreiche anzuerkennen, aber mit Deutschland und Oesterreich die Proklamirung des Fürsten Milan zum Könige nicht zugeben werde u. s. w., bringt der „Standard“ vom 8. einen stenographischen Bericht in französischer Sprache, den ihm sein Korrespondent über die Unterredung des Reichskanzlers mit dem Grafen St. Vallier in Friedrichsruh zugesandt haben soll und für dessen Echtheit der „Standard“ in eigener Person mit seiner ganzen Autorität eintritt. Wir muthen Niemandem zu, den ganzen Unsinn zu lesen und geben nur einige Proben:

Bismarck: Werden Sie die Macht besitzen, die Anhänger der Prinzipien von Felix Pyat unter dem Daumen zu halten?

St. Vallier: Die guten Menschen lieben den Tag, die schlechten die Schatten der Nacht. Allein hegen wir keine derartigen Befürchtungen, denn man wird sie bei der ersten Gelegenheit zermalmen.

Bismarck: Ja, mein lieber Graf. Die Sauce macht den Fisch schmackhaft. Wir haben einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen, der uns überall bedroht, der sich verborgen und seine

1. Dezember 1880. Der österreichische Geschäftsträger in Berlin Freiherr v. Pasetti meldet dem Minister Freiherrn v. Haymerle, Bismarck schließe sich dem Vorgehen Oesterreich-Ungarns und Frankreichs, die Pforte von agressiven Schritten gegenüber Griechenland abzumahnen, an.[1]

6. Dezember 1880. Der österreichische Geschäftsträger in Berlin Freiherr v. Pasetti meldet dem Minister Freiherrn v. Haymerle, Bismarck meine, man solle den Vorschlag der Türkei, im Falle einer Einigung über eine neue Grenze gegen Griechenland die betreffenden Territorien sofort zu räumen, in Erwägung ziehen. Wollte Griechenland im nächsten Frühjahr auf eigene Faust Krieg unternehmen, so liefe es Gefahr, gar nichts zu erhalten. Vor allem wünscht der Reichskanzler die Meinung Oesterreich-Ungarns und Frankreichs zu kennen. Er wäre geneigt, auf die von der Türkei angeregte Idee einzugehen. Griechenland gegenüber wäre vorläufig strengstes Geheimniß zu bewahren.[2]

15. Dezember 1880. Der österreichische Botschafter in Berlin Graf Széchényi meldet dem Minister Freiherrn v. Haymerle aus ganz sicherer Quelle, Bismarck sei — da ja bereits die Berliner Konferenz das Amt eines Schiedsrichters versehen hätte — anfangs gegen den französischen Vorschlag eines Schiedsspruches in der griechischen Frage gewesen. Bismarck habe sich indessen seither damit mehr befreundet, in der Voraussetzung, daß man sich über folgende Vorbedingungen einigen könne:

---

Anschläge selbst hinter dem Rücken gewisser Minister vorbereiten kann, die, beim Tageslicht betrachtet, das monarchische Prinzip vertreten, in der Tiefe ihres Herzens aber nichts weniger als monarchistisch gesinnt sind!

St. Vallier: Fürst, Empfindlichkeit bei Seite; ich hätte eine Masse von Gründen, Ihnen auf das eben Gesagte ausführlich zu antworten. Allein ich glaube, daß die Loyalität dieser Minister über allen Zweifel erhaben ist. Die etzten Ereignisse haben Sie verbittert! Gut! Aber wer trägt die Schuld daran? Sicherlich nicht Frankreich, denn wir haben nichts damit zu thun.

Bismarck: Wohlan! Die Zukunft — vielleicht eine sehr nahe — wird uns beweisen, was die volle Begnadigung in der Politik bedeutet. Sie werden sehen, daß mein Verdacht ein wohlbegründeter ist, obgleich es den Anschein hat, daß sie sich momentan zurückziehen, allein es geschieht dies nur, um für später einen größeren Anlauf zu haben! Quem Deus vult perdere ... Giers würde keine Aussicht haben, uns am Bosporus lahm zu legen. Wir brauchen nur das zu verwirklichen, was Herr Wettendorf in der Hand hat, und der Orient gehört uns ohne Schwertstreich!

St. Vallier: Vergessen wir aber nicht, daß vom General ... viel abhängt und dürfte er nicht gewandt genug sein, um zu sehen, um was es sich handelt!

Bismarck: Ja, allein seine Aktion verhüllt sich in den Hypothesen Gladstones und dieser „esprit de vertige et d'erreur, de la chute des rois funeste avant-coureur“ wird uns helfen, anstatt uns zu schaden. Kurz, deren Resultate, falls sie solche aufweisen, können uns nicht verhindern, noch größere zu erlangen, ehe sie die nöthige Zeit gefunden haben, uns zu überholen, und wenn sich die Folgen ihres Werkes zeigen, gleichviel in welcher Weise, wird es uns immer geglückt sein, „à conduire ‚nos hommes‘ defaire à Dieu gerbe de paille“, und Giers wird sich damit begnügen.

[1] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten 1881. S. 104. Bismarck war damals noch in Friedrichsruh.

[2] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten 1881. S. 106. Bismarck noch in Friedrichsruh.

1. daß jeder Schiedsspruch von beiden Betheiligten angenommen werde;
2. daß man über die Maßregeln einig werde, welche, falls einer der beiden Theile hinterher die Vollziehung verweigert, zu ergreifen wären.

Graf Limburg-Stirum formulirt die erste Vorbedingung schärfer; indem er anstatt des Wortes „annehmen" die Worte „im voraus unterwerfen" gebrauchte. Endlich setzte er eine dritte Vorbedingung hinzu, nämlich, daß der Schiedsspruch durch Stimmenmehrheit ausgeübt werde.

Auf die Anfrage Graf Limburg-Stirums, ob Frankreich seinerseits geneigt wäre, nöthigenfalls den Vollzug des Schiedsspruches zu erzwingen, verneinte Graf St. Vallier dies entschieden.[1]

Berlin, den 18. Januar 1881. Unterredung mit dem Vertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Gesandten Grafen zu Limburg-Stirum, betr. die griechisch-türkische Frage.

Graf Limburg-Stirum hielt Bismarck Vortrag über die Anfrage des englischen Botschafters, ob Bismarck nach Scheitern des Schiedsgerichtsprojekts nicht einen Vorschlag wegen Festsetzung der griechischen Grenze machen wolle.

Bismarck erklärte,[2] er kenne keine wirksame Erledigung der griechischen Frage, welche nicht mit Zwangsmaßregeln verknüpft sei; der deutsche Reichstag würde ein solches Vorgehen seiner Regierung nicht gutheißen. Seines Erachtens würden die Mächte gut thun, den neuen türkischen Vorschlag, die Angelegenheit durch die Botschafter in Konstantinopel verhandeln zu lassen, anzunehmen.

Demgemäß machte Graf Limburg-Stirum dem englischen Botschafter eine entsprechende Mittheilung.

Berlin, ca. 22. Januar 1881. Unterredung mit dem Gesandten Grafen zu Limburg-Stirum, betr. die griechisch-türkische Streitfrage.[3]

Graf Limburg-Stirum hielt Bismarck Vortrag über eine neuerliche Mittheilung des englischen Botschafters Lord Ampthill in der griechisch-türkischen Streitfrage.

[1] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten 1881. S. 114. Die verschiedenen Verhandlungen über den französischen Plan des Schiedsgerichts füllen den zweiten Theil des Rothbuches. Hervorzuheben wäre auch die nachfolgende vom deutschen Botschafter in Wien Prinzen Reuß am 21. Dezember 1880 mitgetheilte Notiz, in welcher es heißt: „Die Kaiserlich deutsche Regierung ist infolge dringenden Wunsches des französischen Gouvernements und um ihrerseits keinen Weg friedlicher Verständigung zu verschließen, bereit, an der Bedingung einer vorherigen Einigung der Mächte über die eventuelle Ausführung des Schiedsspruchs nicht festzuhalten und auch ohne diese Voraussetzung dem Vorschlage Frankreichs wegen des europäischen Schiedsgerichts zuzustimmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß das Schiedsgericht seitens der Pforte und Griechenlands bedingungslos angenommen wird. Auch würde die Kaiserliche Regierung sich keinesfalls an einer bewaffneten Einmischung betheiligen, wenn seitens der Pforte nachher dennoch Schwierigkeiten bei Ausführung des Schiedsspruches erwachsen sollten. Da endlich die Kaiserliche Regierung sich für ihren Theil nicht als engagirt betrachtet, so würde ein weiterer Anspruch an dieselbe unter Berufung auf die bei dem Schiedsspruch engagirte ‚Ehre Europas' auch in dem Falle neuer Schwierigkeiten nicht gestellt werden können."

[2] Nach dem Berichte des englischen Botschafters Lord Ampthill vom 18. Januar 1881. Staatsarchiv Bd. XXXIX. Nr. 7515. S. 195.

[3] Nach dem Berichte Lord Odo Russells vom 22. Januar 1881. Staatsarchiv Bd. XXXIX. Nr. 7517. S. 198 f.

Bismarck erklärte, daß es am einfachsten sein würde, sich zu vergewissern, welche Konzessionen der Sultan über die in der Note vom 3. Oktober bestimmte ungenügende und unannehmbare Grenzlinie hinaus zu machen bereit sei. Dann erst sollte man weiter verhandeln auf der Grundlage der von dem Sultan gemachten Konzessionen und gleichzeitig das Verlangen stellen, daß Griechenland für diejenigen, ihm in Berlin zugesprochenen Gebietstheile, welche die Pforte behalten wolle, anderweitig entschädigt werde. Bismarck meinte, daß z. B. die Insel Kreta als Entschädigungsobjekt für Griechenland mit Aussicht auf Erfolg gefordert werden könnte.

21. Januar 1881. Graf Limburg-Stirum theilte dem österreichischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi mit, Bismarck begreife nicht, warum die europäischen Mächte, und besonders diejenigen, die einem blutigen Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei und dem möglichen Weitergreifen desselben mit besonderer Besorgniß entgegensähen, nicht jetzt schon sich darüber ins Einvernehmen zu setzen und zu verständigen trachteten, was zu thun wäre, wenn trotz aller Versuche, den Ausbruch des Feuers zu verhindern, es dennoch auflodern würde. Ein solcher Vorgang schiene ihm geeigneter zur Hintanhaltung eines Krieges, als Verhandlungen.[1]

Berlin, den 5. Februar 1881. Unterredung mit dem englischen Botschafter in Konstantinopel Goschen, betr. die griechisch-türkische Frage.[2]

Der englische Botschafter in Konstantinopel Goschen hatte auf der Durchreise von London nach Konstantinopel mehrere Besprechungen mit Bismarck über die Regelung der griechisch-türkischen Frage.

Die politische Lage war zur Zeit folgende:

Die französische Regierung hatte eine schiedsrichterliche Entscheidung vorgeschlagen, der Plan war aber gescheitert. Es war ein Einverständniß zwischen den Mächten darüber zu stande gekommen, daß eine Note der Pforte vom 14. Januar durch nicht identische, aber in demselben Sinne gehaltene Noten beantwortet werden sollte, worin von der versöhnlichen Stimmung der Pforte Notiz genommen und gesagt werden sollte, die Vertreter der Mächte würden ermächtigt sein, neue Vorschläge als Grundlage für Verhandlungen entgegen zu nehmen; bezüglich der Verhandlungen war aber weiteres nicht festgesetzt worden.

Goschen hatte dem englischen Minister des Aeußern den Vorschlag unterbreitet, es solle in der Annahme, daß gewisse Mächte geneigt seien, Athen und möglicherweise die Küsten Griechenlands zu schützen, der Hinweis auf eine solche Aktion dazu benutzt werden, die Türkei und Griechenland zu einer vernünftigen Haltung zu veranlassen, indem man einerseits Griechenland eine solche Unterstützung nur verspreche, wenn es die von den Mächten als unerläßlich erachteten Konzessionen ruhig annehme, und indem man dieselbe andererseits der Pforte als Warnungszeichen ankündige, damit letztere, im Falle sie alle versöhnlichen Anregungen abweise, wisse, was sie zu erwarten habe. Gleichzeitig hatte Bismarck, welcher fürchtete, daß der Krieg unvermeidlich sei, der österreichischen Regierung eine Verständigung darüber vorgeschlagen, daß die Streitigkeit zu lokalisiren sei, indem man der Pforte ankündige, daß sie bei Vertheidigung ihrer Besitzungen gegen die Griechen

[1] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten 1881. S. 163.

[2] Nach den Berichten Goschens vom 6. und 22. Februar und 6. März 1881. Staatsarchiv Bd. XXXIX. Nr. 7524, 7531 und 7536. S. 203, 208 und 212.

von der Occupation Athens oder der Annexion des Königreichs Griechenland Abstand zu nehmen hätte, und ferner, „daß die Streitigkeiten auf Unternehmungen zu Lande zu beschränken wären, sowie daß der Pyräus und die übrigen griechischen Häfen gegen Angriffe der türkischen Flotte durch die Anwesenheit der Schiffe der betheiligten Mächte geschützt werden würde."

Augenscheinlich bestand zwischen dem Vorschlage Bismarcks und der von Goschen gegebenen Anregung eine große Aehnlichkeit, der Unterschied war nur der, daß der Kanzler an eine gewisse Aktion, mit welcher ein thatsächliches Eintreten zur See zu gunsten der Griechen bei Ausbruch eines Krieges verbunden sei, dachte, während Goschen der Meinung war, daß die Ankündigung solcher Maßnahmen möglicherweise den Krieg werde abwenden können. Es war zwischen Lord Granville und Goschen, als Letzterer nach Berlin abreiste, verabredet worden, daß Goschen Bismarck darlegen sollte, wie des Letzteren Plan zur Vermeidung eines Konfliktes verwendet werden könne.

Bei der ersten unter Zuziehung des englischen Botschafters in Berlin stattgehabten Unterredung waren die Hauptgegenstände der Diskussion: die zu verfolgende allgemeine Politik und spezieller die Definition und Entwickelung des Begriffs „Lokalisirung". Goschen legte, seiner Instruktion gemäß, dem Fürsten dar, das, was er Lokalisirung nenne, sei in Wirklichkeit ein Schutz in gewissen Grenzen für Griechenland; die dem letzteren in Aussicht gestellten Vortheile könnten zur Abwendung des Krieges dienen.

Bismarck griff diesen Punkt auf und erörterte seine Ansichten darüber. Dieser Gedankengang leitete zu dem Plane über, zuerst mit Griechenland, dann erst mit der Türkei zu verhandeln und die von den Mächten unternommenen Schritte als Hebel zur Einwirkung auf beide anzuwenden. Goschen hob besonders hervor, daß man Griechenland etwas anzubieten haben müsse.

Bismarck erörterte, was für Griechenland geschehen könne, wenn die Türkei, ungeachtet des Verbots der Mächte, aggressiv vorgehen sollte. Er sagte, der Schutz Athens und der Küsten wäre leicht; was könne aber geschehen, wenn die Türken in Griechenland auf dem Landwege einrückten? Goschen erwiderte, wenn die Türken zu Lande südwärts vorrückten, die Mächte zur See nach Norden vorrücken könnten. Bismarck regte sodann an, daß, wenn fremde Truppen nicht gelandet werden könnten, auf alle Fälle griechische Truppen an Bord der Schiffe der Mächte genommen und an verwundbaren Punkten, z. B. an den Dardanellen gelandet werden könnten. Bismarck kam am nächsten Tage auf diesen Gedanken zurück und sprach von dreißigtausend auf diese Weise in Schiffen der Mächte zu befördernden Griechen. Nach längerer Besprechung der von Goschen erwähnten Hauptpunkte sagte der Kanzler, sie müßten die Ergebnisse des Gedankenaustausches in Ueberlegung ziehen, und ersuchte Goschen und Lord Ampthill, mit ihm die Sache am nächsten Tage wieder aufzunehmen, wo ein bestimmter Plan entworfen werden könne.

Goschen hatte den Eindruck, daß Bismarcks Stimmung günstiger für Griechenland sei, als er erwartete, jedoch könne England auf Bismarcks Theilnahme bei aktiven Maßnahmen nicht rechnen.

Berlin, 6. Februar 1881. Unterredung mit dem englischen Botschafter in Konstantinopel Goschen, betr. die griechisch-türkische Frage.[1]

Die am Tage vorher begonnene Besprechung wurde fortgesetzt. Es waren außer Bismarck und Goschen auch der englische Botschafter Lord Ampthill und deutscherseits Graf Hatzfeldt, Graf Limburg-Stirum und Dr. Busch anwesend. Bismarck ging mit großer Lebhaftigkeit auf die ganze Frage ein. Er hatte den Plan der Lokalisirung fallen lassen und entwickelte ein neues Programm. Bismarck willigte ein, die Initiative zu ergreifen und den Mächten einen Vorschlag zur Erwägung zu unterbreiten. Der leitende Gedanke seines Planes war, daß die nach Instruktion ihrer Regierungen handelnden Botschafter in Konstantinopel eine neue Grenzlinie vereinbaren und den Einwendungen gegen eine solche Grenzveränderung damit begegnen sollten, daß den Türken ein Theil von Epirus, wo aus der Anwesenheit der unruhigen albanischen Muselmänner allgemeine Gefahren erwachsen könnten, belassen und Kreta dafür gesetzt werde; auf diese Weise erhielte Griechenland den gleichen Gebietsumfang wie nach dem Plane der Berliner Konferenz. Die Zustimmung Griechenlands zu dieser neuen Grenzlinie wäre vor derjenigen der Türkei einzuholen; Griechenland sollte die Zusicherung der moralischen Unterstützung erhalten, wenn es die neue Linie annähme. Bismarck hielt den Gedanken einer anderen als moralischen Unterstützung aufrecht, wünschte aber für den Augenblick die Erörterung weiterer Schritte nicht. Es kann aber keinerlei Zweifel sein, daß „die mehr als moralische Pression" das Wesentliche des ganzen Planes bildete. Goschen hielt den Kanzler auf diesem Punkte länger fest, schließlich gab Letzterer bestimmt zu, daß dies mit dem, was er scherzweise „unmoralische" Unterstützung nannte, zusammenfalle. Goschen hatte Besorgniß, daß im letzten Augenblick nur moralische Unterstützung versprochen werden sollte und daß der ganze Plan infolgedessen scheitern werde; jede Macht sollte aber natürlich freie Hand behalten, mehr zu versprechen.

Ueber diese beiden Unterredungen vom 5. und 6. Februar 1881 berichtet Goschen in einer späteren Depesche vom 13. März desselben Jahres[2] noch folgendes:

Im Laufe der Besprechungen wurde zwischen den beiden Staatsmännern ein förmlicher Aktionsplan beschlossen; die Hauptzüge desselben waren: die Botschafter in Konstantinopel sollten, wenn möglich, sich über eine Grenzlinie einigen und dieselbe ihren Regierungen empfehlen; nach Annahme durch die Regierungen sollte der Vorschlag Griechenland unterbreitet und auf das letztere wegen der Annahme eine starke Pression unter Zusicherung der moralischen Unterstützung Europas im Falle der Annahme ausgeübt werden. Der Gedanke an eine mehr als moralische Unterstützung in gewissen Eventualitäten und in gewissen Grenzen wurde aufrecht-

[1] Nach dem Berichte Goschens vom 3. März 1881. Staatsarchiv. Bd. XXXIX. Nr. 7536. S. 213.

[2] Staatsarchiv. Bd. XXXIX. Nr. 7541. S. 221.

erhalten. Nach Annahme der Linie von seiten Griechenlands sollte auf die Türkei eingewirkt werden. Sollte die letztere dieselbe verwerfen, so würde die moralische Unterstützung Europas auf seiten der Griechen sein, wenn letztere die Linie zu erzwingen versuchen sollten. Man war aber der Ansicht, daß durch den vorgeschlagenen Plan im Hinblick auf die Folgen für diejenige Macht, welche den einmüthig von den sechs Mächten vorgeschlagenen Kompromiß zurückweisen würde, der Krieg wahrscheinlich vermieden werden würde. Der leitende Gedanke eines solchen Kompromisses müsse sein, daß die albanische muselmännische Bevölkerung in Epirus von dem Griechenland zuzuweisenden Gebiete ausgeschlossen werde, wofür Griechenland als Entschädigung die Abtretung von Kreta zuzusichern sei.

Die zu führende Sprache wurde erörtert. Bezüglich der Griechen kann Goschen keinen anderen Ausdruck für das von Bismarck gebrauchte landesübliche englische Wort finden als: „Sie sollen nicht angeschrieen (bullied) werden." Die Türken sollten mehr bearbeitet werden. Es ist wichtig, sich dabei zu erinnern, daß dies gleich zu Anfang des Gesprächs gesagt wurde.

Bezüglich des einzuschlagenden Verfahrens übernahm der Fürst, den anderen Mächten einen Plan vorzulegen. Bei der ersten Unterredung der beiden Staatsmänner hatte Bismarck dargelegt, daß es nöthig sei, das zwischen ihnen Verhandelte in Erwägung zu ziehen, bei der zweiten hatte er den Plan ausgearbeitet und skizzirte ihn in Goschens Gegenwart dem Gesandten Grafen Limburg-Stirum.[1]

7. Februar 1881. Graf Limburg-Stirum theilte dem österreichischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi mit, Bismarck habe sich entschlossen, die Initiative in der griechischen Frage zu einem Vorschlage an die Mächte zu ergreifen. Dieser Vorschlag, welcher denselben durch die mittelst eines Cirkulares darüber verständigten deutschen Botschafter mitgetheilt werden sollte, bestehe aus Folgendem: Die Botschafter in Konstantinopel hätten sich zu verständigen, in welcher Weise daselbst die Unterhandlungen demnächst in Angriff zu nehmen seien; ob durch eine Aufforderung an die Pforte, sich zu äußern, oder mittelst eines an dieselbe zu stellenden konkreten Antrages. Sollte nun das von der Pforte Gebotene, falls sie überhaupt sich dazu entschlösse, als ungenügend betrachtet werden, oder im anderen Falle das durch die Botschafter Beantragte nicht angenommen werden, so hätten sich diese über eine neue Linie unter sich zu einigen. Diese Linie würde sich hauptsächlich dadurch von der Konferenzlinie unterscheiden, daß bei Festhaltung derselben auf die Ausscheidung des albanesischen Elementes möglichste Rücksicht genommen werde. Die Annahme dieser Linie wäre zuerst in Athen vorzuschlagen und erst, wenn diese erfolgt ist, soll die Reihe an Konstantinopel kommen, um daselbst zu wirken. Jedenfalls müßte diese Linie eine solche sein, von welcher man sagen könne, sie sei „fair" und daher geeignet, in Athen auch ohne eine zu nachdrückliche und die Monarchie gefährdende Pression angenommen werden zu können. Um dies zu erreichen, dürfte es nöthig werden, eventuell zu Kompensationen zu greifen, Kreta sei in dieser Beziehung von verschiedenen Seiten als geeignetes Objekt genannt worden.

---

[1] Die angebliche Aeußerung des Fürsten Bismarck zu einem englischen Diplomaten bezüglich eines eventuellen Krieges im Orient: „Wenn der Krieg im Orient ausbricht, so ist es Herr Barthélemy-St. Hilaire, der es gewollt haben wird", ist erfunden. „Post." 1881. Nr. 47.

Graf Limburg-Stirum bemerkte bezüglich dieses letzten Punktes, daß man darüber noch nicht ganz schlüssig geworden sei, ob Kreta jetzt sogleich hierzu namhaft gemacht werden soll, oder erst im Laufe der weiteren Entwickelung des in Frage stehenden Vorschlages. Er hielt jedoch ersteres für das Wahrscheinlichere und glaubte, daß dieser Name bereits in dem Zirkulare an die deutschen Botschafter Platz finden dürfte.[1]

Berlin, den 11. März 1881. Unterredung mit dem französischen Botschafter in Berlin Grafen St. Vallier, betr. die türkisch-griechische Grenzfrage.[2]

Bei einer Unterredung, welche der französische Botschafter in Berlin Graf St. Vallier mit Bismarck in betreff der Regulirung der türkisch-griechischen Grenzen hatte, sprach Letzterer seine Befriedigung darüber aus, daß eine Einigkeit der Anschauungen unter den Botschaftern in Konstantinopel hergestellt sei; er hoffe, daß ein türkisch-griechischer Krieg vermieden werden würde, wenn die Aufrechterhaltung dieses Einvernehmens gestatte, mit Festigkeit gemeinsam in Konstantinopel und Athen aufzutreten.

Berlin, den (15?) März 1881. Unterredung mit dem englischen Botschafter in Berlin Lord Ampthill, betr. die griechisch-türkische Frage.[3]

Bismarck bestand dem englischen Botschafter Lord Ampthill gegenüber nicht auf der am 3. Oktober vorgeschlagenen Grenzlinie zwischen Griechenland und der Türkei. Er sagte, er wolle sich durch die Meinung der Botschafter in Konstantinopel bestimmen lassen, welche die von ihnen vereinbarte neue Linie ihren betreffenden Regierungen zur Genehmigung vorzulegen hätten.[4]

Berlin, den 4. April 1881. Bismarck erhebt dem österreichischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi gegenüber weder gegen die durch Erlaß des österreichischen Ministers Freiherrn v. Haymerle vom 2. April 1881 beantragte note officielle et identique noch gegen die vorgeschlagene Redaktion der Deklaration ein Bedenken. Nun wird ihm aber vom Grafen Hatzfeldt telegraphirt, daß die Botschafter auf dem Punkte seien, sich ihrerseits über die Fassung einer solchen Note zu verständigen, um sie ihren Regierungen in identischen Telegrammen vorzuschlagen. Bei dieser Sachlage meint Bismarck, daß eine Verständigung über den Vorschlag v. Haymerles von Kabinett zu Kabinett zeitraubend und es daher praktischer wäre, sich an das Operat der Botschafter zu halten.[5]

[1] Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten 1881. S. 184.

[2] Documents diplomatiques. Affaires de Grèce. 1880—81. II. Partie. S. 34. Paris 1881. (Gelbbuch.)

[3] Nach dem Berichte Ampthills vom 15. März 1881. Staatsarchiv Bd. XXXIX. Nr. 7542. S. 223.

[4] Schließlich ist es dem friedlich vermittelnden Einflusse Deutschlands gelungen, die Türkei in der griechischen Frage zur Nachgiebigkeit zu bewegen.

[5] Entnommen einem Telegramm Széchényis an Haymerle, d. d. Berlin, 4. April 1881. Oesterreichisches Rothbuch: Orientalische Angelegenheiten 1881. S. 227. Ob die obenstehende Disposition Bismarcks in einem Gespräche desselben mit Széchényi zu Tage trat, oder ob der Botschafter durch den Vertreter Bismarcks (Limburg-Stirum) die Ansicht des deutschen Reichskanzlers in Erfahrung brachte, geht aus dem Telegramme nicht hervor.

In der Nr. 250 vom 1. Juni 1881 verkündete die „Nordd. Allg. Ztg.“: Der Reichskanzler empfing vorgestern (30. Mai) den Besuch des Fürsten Gortschakow, des französischen Botschafters in Petersburg, General Chanzy und des Grafen St. Vallier, gestern den des englischen Botschafters in Konstantinopel Herrn Göschen. Diese Begegnungen entsprachen früheren Verabredungen, und hat Fürst Bismarck deshalb ungeachtet seines leidenden Zustandes mit den in verschiedenen Richtungen hier durchreisenden Staatsmännern die in Aussicht genommenen Unterredungen gehabt. General Chanzy begiebt sich auf seinen Posten zurück, Fürst Gortschakow hat seine Erholungsreise im Süden beendet und trifft in diesen Tagen wieder in Petersburg ein, während der englische Botschafter, Herr Goschen, sich von hier nach London begiebt und in Konstantinopel durch Lord Dufferin ersetzt werden wird.

•

Berlin, den 14. Februar 1882. Unterredung mit dem französischen Botschafter in Berlin Baron Courcel, betr. die ägyptische Frage.[1]

Der neuernannte französische Botschafter in Berlin de Courcel hatte eine lange Unterredung mit Bismarck über die ägyptische Frage. Letzterer berührte die Frage von selbst, indem er bemerkte, das sei der einzige Punkt, der im Augenblick der Diplomatie etwas Sorge verursachen könne. Er (Bismarck) rekapitulirte sodann die Geschichte der letzten Wochen und sagte, er habe lebhafte Befürchtungen gehabt, als er gesehen habe, daß Frankreich und England die Initiative zu einem Schritte ergriffen hätten, welcher sie zu einem isolirten Vorgehen in Aegypten führen könne; er persönlich sei überzeugt, daß ein unter diesen Verhältnissen erfolgendes Vorgehen zu Reibungen zwischen beiden Mächten führen würde und daß ein Konflikt oder selbst die Drohung eines Konflikts zwischen Frankreich und England eine verhängnißvolle Störung des Gedeihens der ganzen Welt herbeiführen würde.

Als der Botschafter hierauf bemerkte, daß nach seiner am Tage vorher dem Auswärtigen Amte gemachten Mittheilung ein isolirtes Vorgehen ausgeschlossen sei, sprach Bismarck seine Befriedigung darüber aus.

Der Botschafter bemerkte weiter, nach dieser Depesche glaubten die Regierungen von Frankreich und England die Prüfung der ägyptischen Frage auf zwei nacheinander folgende Zeitabschnitte vertheilen zu können; der Augenblick schiene ihnen noch nicht gekommen, um die Eventualität von Zwangsmaßregeln ins Auge zu fassen, und nach ihrer Ansicht würde die Feststellung der Uebereinstimmung der Ansichten zwischen den Kabinetten und der öffentliche Beweis eines solchen Einvernehmens für jetzt das beste Mittel sein, späteren Komplikationen vorzubeugen und allen Denjenigen, denen böse Absichten zuzutrauen, die Hoffnung auf die Uneinigkeit zwischen den Mächten benehmen.

Ohne hierauf näher einzugehen sagte Bismarck, daß nach seiner Ansicht das einfachste Mittel zur Bewältigung der ägyptischen Schwierigkeiten sei, diese Aufgabe der Türkei anzuvertrauen.

---

[1] Nach Courcels Bericht, d. d. 16. Februar 1882. Staatsarchiv Bd. XLI. Nr. 7826. S. 92. Hahn: Fürst Bismarck. Bd. IV. S. 285.

Berlin, den 19. Juni 1882. Unterredung mit den Botschaftern von England und Frankreich, betr. die ägyptische Frage.[1]

Bismarck hatte mit den Botschaftern von England und Frankreich eine Unterredung über die angeregte Konferenz zur Beilegung der ägyptischen Frage. Er stellte zunächst die Punkte fest, über welche die Regierungen von England und Frankreich einig waren; sodann bemerkte er, daß nach seiner neuesten Information der Sultan sich mit dem Zusammentritt der Vertreter der Mächte in Konstantinopel, ohne Zuziehung der Türkei, aber vorbehaltlich späteren Benehmens mit der ottomanischen Pforte einverstanden erklärt habe. Er glaube, alle Kabinette würden darin übereinstimmen, anzuerkennen, daß die Initiative zur Berufung der Konferenz Frankreich und England zustehe, von welchen die Idee dieser Vereinigung ausgehe.

Dann las Bismarck den Botschaftern ein Telegramm des deutschen Botschafters in Paris vor, aus welchem sich ergab, daß der französische Minister des Aeußern die Berufung der Konferenz nach Konstantinopel unter den vom Sultan angebotenen Bedingungen auf den 22. Juni vorgeschlagen hatte. Bismarck bemerkte dazu, er habe diesen Vorschlag im Namen Deutschlands angenommen und seine Nachrichten über die Anschauungen der anderen Mächte gestatteten ihm zu glauben, daß der Vorschlag allerseits Annahme finden werde. Er wies schließlich noch darauf hin, daß man übereingekommen sei, die Konferenz dürfe sich ausschließlich mit den ägyptischen Angelegenheiten befassen; er spielte dabei auf eine Mittheilung des britischen Botschafters Lord Ampthill an und sprach die Ansicht aus, es würde verfrüht sein, die Frage der türkischen Intervention in Aegypten oder die Bedingungen, unter welchen dieselbe stattfinden solle, schon jetzt zu prüfen, umsomehr, da der Sultan sich scheine weigern zu wollen, Truppen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Hierauf erklärte der englische Botschafter, er sei beauftragt, in Vorschlag zu bringen, daß die Diskussion dieser Frage der Konferenz übertragen werde.

Der französische Botschafter sagte, die Regierung der französischen Republik sei gleichfalls der Ansicht, daß die Prüfung der Eventualität einer türkischen Intervention in Aegypten der Konferenz vorbehalten bleibe; letztere hätte nach französischer Ansicht entweder über die Art der Lösung oder über irgend eine andere Kombination zu berathen, welche die Umstände angezeigt erscheinen ließen. Der Botschafter wies dabei darauf hin, daß nach dem Wortlaute des ursprünglichen französischen Vorschlages, der allen Mächten mitgetheilt und von ihnen acceptirt worden sei, die Konferenz lediglich damit betraut sein sollte, die Mittel zur Wiederherstellung des normalen, auf die Fermans des Sultans und die Vereinbarungen mit Europa, und speziell mit Frankreich und England, sich gründenden status quo zu suchen.

Das Ergebniß der Unterredung war, daß das Einvernehmen der Mächte mit dem Zusammentritt der Konferenz in Konstantinopel binnen kurzem und ohne Zuziehung der Türkei auf Einladung Frankreichs und Englands, die Wahrscheinlichkeit

[1] Nach Courcels Bericht vom 19. Juni 1882. Staatsarchiv Bd. XLI. Nr. 7898. S. 149.

einer einstimmigen Annahme des 22. Juni für den Beginn der Verhandlungen und die Beschränkung der Zuständigkeit der Konferenz auf die ägyptischen Angelegenheiten konstatirt wurde.[1]

---

[1] Nach einer Depesche des Lord Granville an den britischen Geschäftsträger Sir J. Walsham in Berlin, d. d. London, 21. Juli 1882, sagte der deutsche Botschafter Graf Münster an diesem Tage zu Granville, daß die deutsche Regierung nicht einwilligen könnte, England und Frankreich ein Mandat zur Intervention in Aegypten zu geben; daß Fürst Bismarck sich fürchte, durch einen derartigen Schritt der Frage größere Proportionen zu geben und dieselbe in einen Krieg zwischen den christlichen Mächten Europas und den mohamedanischen Ländern zu verwandeln.... „Graf Münster versicherte mir in positiven Ausdrücken, daß der Kanzler wünsche, uns moralische Unterstützung zu geben, obgleich er nicht willens wäre, soweit als bis zu einem förmlichen Mandate zu gehen."

# Elftes Kapitel.

## Bis zu Bismarcks Entlassung.

(März 1883 bis 20. März 1890.)

**Berlin**, Mitte April 1884. Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Grafen Hatzfeldt, betr. die Kongofrage.[1]

Der Staatssekretär Graf Hatzfeldt besprach mit Bismarck die Kongofrage und stellte bei dieser Gelegenheit folgende Ansichten desselben fest:

In erster Linie erkennt die deutsche Regierung an, daß für ihre Staatsangehörigen wichtige Interessen bei der Frage ins Spiel kämen und daß diese Interessen Anspruch auf ernstlichen Schutz von ihrer Seite hätten.

Zweitens wünscht die deutsche Regierung, bevor sie ihre Entschlüsse trifft, ihre Ansichten mit den anderen betheiligten Regierungen, namentlich mit Frankreich auszutauschen.

Was schließlich speziell den zwischen England und Portugal unterzeichneten aber noch nicht ratifizirten diplomatischen Akt anbetrifft, so ist Deutschland, welches Schicksal und welche Tragweite jener Akt auch haben solle, der Ansicht, daß derselbe ihm nicht entgegenstehe und in keinem Falle der Rechtslage eines bei der Verhandlung nicht betheiligten Dritten Abbruch thun könne.[2]

---

[1] Nach dem Berichte des französischen Botschafters in Berlin de Courcel vom 26. April 1884. Staatsarchiv Bd. XLV. Nr. 8564. S. 9.

[2] Das im Oktober 1884 den französischen Kammern unterbreitete Gelbbuch enthält über die Vorgänge, welche zu dem Projekte der Kongokonferenz geführt haben, bemerkenswerthe Aufschlüsse. So veröffentlicht das Gelbbuch zunächst eine Reihe diplomatischer Noten, die von der portugiesischen Regierung durch ihren Vertreter zur Kenntniß des französischen Gouvernements gebracht wurden. Portugal forderte nicht nur ein bestimmtes Küstengebiet, sondern auch das linke Ufer des Kongo unter dem Vorwande, daß das Kongo-Königreich unter seinem Protektorate stände. Während die portugiesische Regierung mit der französischen unterhandelte, knüpfte sie zugleich zu demselben Zwecke Unterhandlungen mit England an, die Ausgangs des Jahres 1882 eröffnet wurden und nicht weniger als vierzehn Monate dauerten. Inzwischen lenkte die deutsche Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die neugeschaffene Situation, wie sie der englisch-portugiesische Vertrag zur Folge gehabt hätte, falls derselbe zur Ratifikation und zur Durchführung gelangt

Berlin, den 9. Juni 1884. Unterredung mit dem englischen Botschafter in Berlin Lord Ampthill, betr. die Stellung des Deutschen Reiches zu den Kolonisationsunternehmungen deutscher Reichsangehöriger.[1]

Bismarck besprach mit dem englischen Botschafter Lord Ampthill die Frage des Schutzes der Unternehmungen deutscher Reichsangehöriger in Afrika und sagte ihm dabei, daß das Deutsche Reich seinen Angehörigen den Schutz ihrer Unternehmungen und Erwerbungen auch in Afrika nicht versagen könne, daß er die Unternehmer, welche den Schutz des Reichs in überseeischen Ländern anriefen, auch nicht auf englischen Schutz anweisen könne, da, wo bisher englische Herrschaft nicht Platz gegriffen habe, und wo deutsche Kaufleute, in der Ueberzeugung, unter die Botmäßigkeit keiner anderen europäischen Macht zu treten, sich angesiedelt hätten, man ihnen nicht zumuthen könne, sich in betreff ihrer Erwerbungen aus deutschen Unterthanen in englische zu verwandeln.

Seine Ansicht gehe nach wie vor dahin, daß ein Kolonialsystem nach Analogie des heutigen englischen mit Garnisonen, Gouverneurs und Beamten des Mutterlandes für Deutschland nicht angezeigt sei, aus Gründen, welche in den deutschen inneren Einrichtungen und Verhältnissen lägen, daß das Reich aber nicht umhin könne, seinen Schutz, soweit seine Kräfte reichten, auch auf solche Handelsunternehmungen deutscher Unterthanen zu erstrecken, welche mit Landerwerb verbunden seien. Bismarck berief sich auf die Analogie der englisch-ostindischen Kompagnie in ihren ersten Anfängen. Die darauf von Lord Ampthill an ihn gerichtete Frage, ob er soweit gehen würde, den Betheiligten ein Royal Charter zu bewilligen, bejahte er.[2]

---

wäre. So wies der französische Botschafter in Berlin Baron de Courcel in einer unterm 26. April 1884 an Jules Ferry gerichteten Depesche darauf hin, daß die deutsche Regierung eine ernsthafte Berücksichtigung der deutschen Interessen verlange und zu diesem Behufe vorher mit den übrigen Regierungen, insbesondere mit Frankreich sich ins Einvernehmen zu setzen wünsche. „Die deutsche Regierung — heißt es in der Depesche an Jules Ferry — hegt ferner den Wunsch, ehe sie ihre eigenen Entschließungen trifft, ihre Anschauungen mit den übrigen betheiligten Gouvernements, insbesondere mit Frankreich auszutauschen, und Fürst Hohenlohe ist ersucht worden, Ihnen den Werth zu bezeugen, welchen Deutschland auf das gute Einvernehmen mit Ihnen legt.“ England und Portugal begriffen denn auch bald, daß es unmöglich wäre, die Kongofrage durch ein Separatabkommen untereinander zu regeln. Der französische Vertreter in Lissabon, Laboulaye, war daher bereits am 4. Juni 1884 in der Lage, seiner Regierung anzukündigen, daß England und Portugal die Absicht hegten, zu einem Einverständnisse zu gelangen, sei es durch eine Konferenz, sei es durch den Austausch von Noten.

[1] Nach dem Erlaß Bismarcks an den deutschen Botschafter in London vom 10. Juni 1884 (Weißbuch).

[2] Es möge hier eine Aeußerung Bismarcks eingereiht werden, welche verbürgt ist in einer Rede des früheren Vicekönigs von Indien Lord Lytton vom 30. August 1884, und welche lautet: „Wenn ich im Verlaufe meines ganzen Lebens Deutschland nur die Hälfte der Unehre und Schwächung angethan hätte, die Gladstone im Laufe weniger Jahre über England gebracht hat, so würde ich nicht den Muth haben, irgend einem meiner Landsleute wieder unter die Augen zu treten.“

Varzin, den 26. bis 28. August 1884. Unterredung mit dem französichen Botschafter in Berlin, de Courcel, betr. die Zusammenberufung der Kongokonferenz.[1]

Bismarck besprach mit dem französischen Botschafter de Courcel die Beziehungen zwischen den neuen deutschen Besitzungen in Afrika und den dortigen französischen Kolonien. Durch diese deutschen Besitzergreifungen sei Deutschland daselbst in nachbarliche Beziehungen zu den französischen Kolonien getreten und wünsche im Verein mit der französischen Regierung die Lage zu ordnen, die sich aus den deutschen Besitzergreifungen in jenen Gegenden ergeben habe. Wenn sich unter denselben solche befinden sollten, die sich mit den Rechten und der Politik Frankreichs nicht vereinigen ließen, so habe die deutsche Regierung nicht die Absicht, dieselben aufrecht zu erhalten. Ein ausgedehnter Kolonialbesitz sei nicht Gegenstand der deutschen Politik; sie habe nur die Sicherheit des deutschen Handels, den Zugang zu Afrika auf allen Punkten im Auge, die bis jetzt unabhängig von der Herrschaft anderer europäischer Mächte waren. Die Berichte des Herrn Nachtigal und der französischen Kolonialbehörden würden alsbald über die Punkte aufklären, in betreff deren der Mangel an genauen Nachrichten über die neuerdings eingetretenen Veränderungen der Sachlage zu einer den deutschen Absichten fernliegenden Konkurrenz hätte Anlaß geben können.

Er bitte den Botschafter, inzwischen der französischen Regierung die Freude auszudrücken, die er über das Einvernehmen empfinde, in welchem beide Regierungen sich in betreff der wichtigsten Grundsätze befänden, die zu ihrem gemeinschaftlichen Besten auf den afrikanischen Handel anzuwenden und auch den übrigen betheiligten Mächten zu empfehlen seien. Wie Frankreich werde die deutsche Regierung eine wohlwollende Haltung gegen die Gebiete der belgischen Unternehmung an den Ufern des Kongo beobachten, dem Wunsche gemäß, den beide Regierungen hätten, ihren Unterthanen die Freiheit des Handels im ganzen künftigen Umfange des Kongo und in den Niederlassungen zu sichern, die Frankreich an diesem Flusse besitzt und die es dem liberalen System, welche man von diesem zu bildenden Staate erwarte, einzuordnen beabsichtige. Diese Vortheile würden auch den deutschen Unterthanen zu gute kommen und ihnen für den Fall verbürgt bleiben, wenn Frankreich sich veranlaßt fände, das Vorzugsrecht, das ihm vom König der Belgier bewilligt wurde, auszuüben. Der Austausch der Ansichten mit dem Botschafter beweise, daß beide Regierungen gleichfalls wünschten, auf die Schiffahrt auf dem Kongo und Niger die Grundsätze anzuwenden, die der Wiener Kongreß angenommen, um die freie Schiffahrt auf einigen internationalen Strömen zu sichern, und die später noch auf die Donau angewandt wurden. Um die regelmäßige Entwickelung des europäischen Handels in Afrika zu wahren, wäre es selbst zeitgemäß und nützlich, ein Einvernehmen über die Förmlichkeiten zu erzielen, die bei neuen Besitzergreifungen an den Küsten

[1] Nach Bismarcks Note an den französischen Botschafter vom 13. September 1884. Staatsarchiv Bd. XLV. Nr. 8581. S. 23.

Afrikas zu beobachten wären, damit sie als thatsächliche betrachtet würden. Er ersuche den Botschafter, der Regierung der Republik vorschlagen zu wollen, die Gleichheit der beiderseitigen Ansichten über diese Punkte durch Notenaustausch zu bestätigen und die übrigen am afrikanischen Handel betheiligten Kabinette einzuladen, sich in einer Konferenz auszusprechen, die zu diesem Zwecke auf Grund der zwischen beiden Regierungen vereinbarten Bedingungen einzuberufen wäre.

Der Botschafter sprach sein Einverständniß mit diesen Ausführungen aus.[1]

*

Vom 15. November 1884 bis 26. Februar 1885 tagte in Berlin demnächst die Kongokonferenz. Die Ansprachen, welche Bismarck an die Mitglieder derselben bei deren Eröffnung und in der Schlußsitzung hielt, findet man in meinem Werke: „Die Ansprachen des Fürsten Bismarck 1848—1894." S. 109 u. 113 ff.

*

---

[1] An dieser Stelle ist die folgende, zuerst vom Pariser „Figaro" veröffentlichte Note des französischen Botschafters in Berlin Barons Courcel an den Fürsten Bismarck vom 29. September 1884 zu erwähnen:

„Mein Fürst!

Ich habe nicht unterlassen, meiner Regierung die Note mitzutheilen, welche Eure Durchlaucht mir die Ehre erzeigten, unter dem 13. September an mich zu richten, und in welcher Hochdieselben die Güte hatten, den Inhalt unserer Unterredungen in Varzin zu resümiren.

Die Regierung der französischen Republik wünscht nicht minder lebhaft als die Kaiserlich deutsche Regierung im Geist gegenseitigen freundlichen Einvernehmens die nachbarlichen Beziehungen zu regeln, die aus der von Deutschland unternommenen Besitzergreifung mehrerer Punkte der Westküste Afrikas in der Nähe französischer Besitzungen hervorgehen können. Herr Ferry hat mit Genugthuung die Versicherung entgegengenommen, daß, wenn einzelne Akte der deutschen Kommissare nicht mit den Rechten und der Politik Frankreichs in jenen Ländern im Einklang sein sollten, die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, diese Akte aufrecht zu erhalten. Indem der Konseilspräsident mich beauftragt, Eurer Durchlaucht für diesen Beweis Ihres Wohlwollens und der hohen Loyalität Ihrer Absichten zu danken, giebt Herr Ferry dem Vertrauen Ausdruck, daß, sobald die beiden Regierungen über den Stand der Dinge in Westafrika genau unterrichtet sein werden, es keine Schwierigkeiten für sie haben wird, sich über die gegenseitigen Beziehungen zu verständigen. Herr Ferry ist nicht weniger befriedigt als Eure Durchlaucht, konstatiren zu können, daß das Einvernehmen zwischen den beiden Mächten auf Grundsätzen von hohem Werthe beruht, welche auf den afrikanischen Handel anzuwenden und von allen Nationen anerkannt zu sehen nur im gemeinsamen Interesse liegen kann. Die französische Regierung stellt von diesen Grundsätzen diejenigen in die erste Linie, welche sich auf die Freiheit des Handels in Kongo und an der Kongomündung beziehen. Die internationale afrikanische Gesellschaft, die eine gewisse Zahl von Stationen an dem Flusse errichtet hat, erklärt sich bereit, diese Freiheit des Handels innerhalb des ganzen Gebietes, auf welches sie Rechtstitel besitzt, unbedingt zu gewähren. Frankreich seinerseits ist ebenfalls gewillt, in allen seinen gegenwärtigen Besitzungen oder in denen, die es etwa später am Kongo erwerben sollte, Handelsfreiheit zu gewähren, es ist selbst geneigt, jene Handelsfreiheit in dem Falle zu gewähren, daß es der Rechtsnachfolger der internationalen afrikanischen Regierung in dem Besitz der von dieser letzteren erworbenen Landgebiete werden sollte. Diese Zugeständnisse Frankreichs unterliegen selbstverständlich der Bedingung der Gegenseitigkeit. Selbstredend denkt die französische Regierung nicht daran, bei Annahme des Grundsatzes des freien Handels im Kongobecken und bei Unterstützung desselben

Berlin, den 28. November 1884. Unterredung mit dem englischen Botschafter in Berlin Edward Malet, betr. das Protektorat über Zanzibar.[1]

Bismarck erklärte in einer Unterredung dem englischen Botschafter Malet, daß Deutschland nicht beabsichtige, ein Protektorat über Zanzibar zu erwerben, da es der Meinung sei, daß dieses Land außerhalb der Sphäre seiner politischen Thätigkeit liege.

Berlin, den 1. Dezember 1884. Unterredung mit dem englischen Botschafter Edward Malet, betr. Kamerun sowie die Samoa- und Tonga-Inseln.[2]

Bismarck sagte zu dem englischen Botschafter im Laufe einer Besprechung, es sei ihm berichtet worden, daß die britischen Behörden die deutschen Besitzungen in Kamerun durch weitere Annexionen allmählich einschlössen; er wisse nicht, ob die Mittheilung auf Wahrheit beruhe oder nicht; wenn dieselbe sich aber als richtig erweisen sollte, so würde er es als eine unfreundliche Handlungsweise betrachten, da die Kaiserliche Regierung wünsche, daß der Handel der Kamerunkolonie sich nach dem Innern des Landes ausdehne und die Verbindungen derselben mit dem Oberlande frei blieben.

Im weiteren Verlaufe dieser Besprechung theilte Bismarck dem englischen Botschafter mit, er habe von dem deutschen Konsul auf Samoa ein Telegramm erhalten, wonach der König für jene Insel das britische Protektorat zu erhalten versuche. Dieser Schritt würde in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck machen, da die Deutschen seit mehreren Jahren an der Insel interessirt seien und dem Reichstag bereits die Frage der Subvention eines mit Samoa handeltreibenden Hamburgischen Hauses zur Beschließung vorgelegen habe. Bismarck setzte hinzu,

---

dieses Regime auch auf seine kolonialen Besitzungen in Gabon, Guinea oder am Senegal auszudehnen. Die Regierung der Republik ist völlig einverstanden mit der Kaiserlich deutschen Regierung darin, daß die von dem Wiener Kongreß zum Zwecke der Schiffahrtsfreiheit auf mehreren internationalen Flüssen aufgestellten Prinzipien, die später auf die Donau angewendet wurden, unter Aufsicht und Garantie der betheiligten Mächte auch auf den Kongo und Niger angewendet werden. Auch sind wir der Ansicht, daß im Interesse der ungehinderten Entwickelung des europäischen Handels in Afrika, nur um bedauerliche Streitigkeiten zwischen den einzelnen Nationen über den Besitzstand vorzubeugen, es zweckmäßig sein würde, zu einem Einverständniß über die Formalitäten zu gelangen, die fortan beobachtet werden sollen, um neue Besitzergreifungen von Gebieten an den Küsten Afrikas als thatsächlich bestehende gelten zu lassen. Nachdem die Identität der Anschauungen über die vorstehend erwähnten Punkte zwischen den Regierungen von Frankreich und Deutschland in dieser Weise konstatirt ist, hat mich Herr Ferry beauftragt, Eurer Durchlaucht mitzutheilen, daß er bereit ist, sich mit Hochdenselben über den Erlaß einer Einladung an die übrigen am afrikanischen Handel interessirten Mächte zu einer Konferenz zu verständigen, die berufen wäre, sich über die von Frankreich und Deutschland gemeinsam anerkannten Maßregeln auszusprechen.

[1] Nach Granvilles Erlaß vom 14. Januar 1885. Staatsarchiv Bd. XLVI. Nr. 8778. S. 119.

[2] Nach dem Berichte Malets vom 1. Dezember 1884. Staatsarchiv Bd. XLIV. Nr. 8528. S. 313 und Nr. 8462. S. 217.

er hoffe, der Botschafter werde in den Stand gesetzt werden, ihm die Zusicherung zu geben, daß die englische Regierung nicht beabsichtige, die Insel zu annektiren.

Bereits nach Verlauf weniger Tage war der englische Botschafter in der Lage, dem Kanzler die gewünschte Zusicherung zu ertheilen.

Berlin, den 24. Dezember 1884. Unterredung mit dem englischen Delegirten zur Kongokonferenz, Unterstaatssekretär Mr. Meade, betr. eine Verständigung über die deutschen und englischen Kolonialinteressen.[1]

Der englische Delegirte Mr. Meade, Unterstaatssekretär im britischen Kolonialamt, entwickelte Bismarck dieselben Vorschläge zur Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären, die er schon vor einiger Zeit dem Unterstaatssekretär Dr. Busch dargelegt hatte. Er bezeichnete sie als private, seiner persönlichen Initiative entspringende, glaubte aber für dieselben später die Genehmigung seiner Regierung beibringen zu können, falls sie der deutschen Regierung annehmbar erschienen.

Diese Vorschläge lauteten:

1. In der Südsee sollte das englische Protektorat sich über ganz Neu-Guinea (außer dem holländischen Theile), mit Einschluß der Louisiaden und aller Inselgruppen in einer Entfernung von zwanzig bis fünfundzwanzig Seemeilen von der Küste erstrecken.

   Dafür würde England das Protektorat Deutschlands über Neu-Britannien, Neu-Irland, Duke of York und andere angrenzende Inseln anerkennen.

   Die übrigen, noch unter keiner anerkannten Herrschaft stehenden Inseln der Südsee, namentlich Samoa und Tonga, sollten durch internationale Vereinbarung neutralisirt werden.

   Die Neu-Hebriden würde man Frankreich überlassen.

2. In Westafrika würde England an Deutschland, gegen Abfindung der englischen Privatinteressenten, die vor Angra Pequena liegenden Inseln, ohne die Walfisch-Bai, abtreten.

   Deutschland sollte sich dagegen verpflichten, die unter den Schutz des Deutschen Reichs gestellten Gebiete an der Goldküste, wie Bagaida, Togo u. s. w., zunächst England anzubieten, falls es dieselben jemals aufzugeben willens sein sollte.

Bismarck erschienen diese Vorschläge nicht annehmbar; er erwiderte, daß nach seinen Nachrichten der Werth der Inseln bei Angra Pequena nach Erschöpfung der Guanolager auf das Robbenschlagen beschränkt sei. Die staatsrechtliche Bedeutung der Inseln sei nicht so groß, um den Besitz deutscherseits durch unverhältnißmäßige Opfer zu erkaufen.

Was die Südsee anlangt, so mußte Meade zugeben, daß weder in Neu-Guinea noch im neu-britannischen Archipel irgendwelche nennenswerthe englische Nieder-

[1] Nach dem Erlasse Bismarcks an den Botschafter in London vom 29. Dezember 1884. (Weißbuch, deutsche Interessen in der Südsee II.)

lassungen beständen, und daß das Verlangen nach dem Besitz dieser Gebiete auf englischer Seite erst in dem Augenblicke lebendig geworden sei, wo die deutsche Unternehmung sich denselben zugewandt habe.

Ebenso konnte Meade nicht in Abrede stellen, daß die einzige Nation, für welche vermöge ihrer langjährigen Niederlassungen der neu-britannische Archipel von Werth sei, die deutsche sei. Hieraus ergab sich aber auch, daß für die deutsche Regierung kein Anlaß vorliege, für die Anerkennung des deutschen Protektorats über dieses Inselgebiet anderweit Opfer zu bringen.

Zur Motivirung des von ihm vertretenen englischen Anspruchs auf den ganzen, nicht den Holländern gehörigen Theil von Neu-Guinea las Mr. Meade ein Telegramm des Gouverneurs der Kolonie Viktoria an das Kolonialamt vor, dessen starke Ausdrücke darauf schließen ließen, daß dasselbe den Eindruck bei der deutschen Regierung erzeugen sollte, als ob die Aufregung in Australien über eine Theilung des freien Gebiets von Neu-Guinea zwischen England und Deutschland als eine gröbliche Verletzung wichtiger Interessen Australiens angesehen werde. Bismarck machte ihn darauf aufmerksam, daß der öffentlichen Meinung in Australien die öffentliche Meinung in Deutschland gleichberechtigt gegenüberstände, ohne daß er der englischen Regierung zumuthe, sich in ihren Entschließungen darnach zu richten.

Als die Rede auf die anderen, nach dem Vorschlage des Herrn Meade zu neutralisirenden Inseln kam, bemerkte Bismarck, wie auf den meisten jener Inseln die deutschen Niederlassungen prävalirten, und die Neutralisirung derselben daher ein Zugeständniß nicht sowohl Englands, als Deutschlands sein würde. Insbesondere für Samoa komme das zwischen Deutschland, England und Nordamerika bestehende Abkommen in Betracht, dessen einseitiges Brechen Meade selbst als eine Gemeinheit bezeichnen zu sollen glaubte.

Ein Verzicht Englands auf die neuseeländischen Annexionsbestrebungen hinsichtlich Samoas könnte deshalb nicht als ein von Deutschland zu erkaufendes Zugeständniß angesehen werden.

Schließlich brachte Meade zur Sprache, wie durch das jüngst gemeldete Vorgehen Kaiserlicher Kriegsschiffe an der Nordküste von Neu-Guinea die Kaiserliche Regierung sich in Widerspruch gesetzt habe mit einer der englischen Regierung ertheilten Zusage, bis zum Abschluß der in Aussicht genommenen Verhandlungen sich einer Besitzergreifung in Neu-Guinea zu enthalten. Er berief sich hierbei auf Noten, die im September und Oktober desselben Jahres zwischen den beiden Regierungen gewechselt seien.

Bismarck erwiderte ihm, daß er zwar an die thatsächliche Berechtigung seines Vorwurfes nicht glauben könne, sich aber eine weitere Aeußerung hierüber vorbehalten müsse, bis er sich über die Einzelheiten näher informirt haben würde, da er um die fragliche Zeit von Berlin abwesend gewesen und ihm der genaue Verlauf der bezüglichen diplomatischen Verhandlungen nicht gegenwärtig sei.

Ueber dieselbe Unterredung liegt auch noch ein Referat aus der Feder Meades vor; hiernach hatte dieselbe den folgenden Verlauf.

Mr. Meade, welcher vorher bereits mehrfach Besprechungen mit Dr. Busch gehabt hatte, besuchte morgens Bismarck. Der Letztere empfing ihn freundlich, die Unterredung dauerte über eine Stunde. Er begann mit der Bemerkung, der deutsche Handel entwickele sich in britischen Kolonien sehr gut, wenigstens in solchen mit verantwortlicher Regierung, in Kolonien einiger anderen Mächte sei das nicht der Fall. Sein Grundsatz sei, den Handelstreibenden zu folgen, wenn sie sich in nicht unter zivilisirter Jurisdiktion stehenden Gebieten niederließen, und denselben nicht gegen die Konkurrenz durch Erhebung von Differenzialabgaben, sondern gegen direkte Angriffe von außen Schutz zu gewähren.

Meade bemerkte dazu, es bestehe kein Unterschied in dem Handelssystem der englischen, unter Kronverwaltung stehenden Kolonien, und theilte als Beispiel mit, daß, nachdem man vor wenigen Monaten am Gambiaflusse ein Lokalgesetz vorgefunden habe, welches die Schiffahrt auf diesem Flusse lediglich der französischen Flagge von allen fremden Nationen gestattete, sie sogleich die Aufhebung jener Bestimmung angeordnet und auf diese Weise den Fluß für alle Nationen frei gemacht hätten, obgleich ihnen versichert worden wäre, daß das alte Gesetz ein todter Buchstabe sei und nicht mehr gehandhabt werde; sie hätten dies gethan, weil es ganz gegen ihr System sei, eine differenzielle Behandlung zuzulassen.

Der englische Unterhändler sagte Bismarck vieles, was er bereits zu Dr. Busch bemerkt hatte, da er fand, daß nur derjenige Theil seines Memorandums dem Kanzler vorgelegt worden sei, welcher sich auf die angeregte Auseinandersetzung zwischen England und Deutschland bezog.

Bismarck kam von neuem auf die englischen Intriguen in Kamerun zu sprechen, brachte aber als neuen Punkt die vermuthlichen Schwierigkeiten vor, welche den Deutschen daraus erwachsen würden, daß die Missionen im Hinterlande Land ankauften und auf diese Weise, um Bismarcks eigene Worte zu gebrauchen, „die deutsche Niederlassung umgürtelten und sie von dem Innern abschnitten."

Meade wiederholte die von Lord Granville abgegebenen Versicherungen und sprach, wie er dies auch Dr. Busch gegenüber gethan hatte, über die Zwecke der Reise des Mr. Baynes, des Sekretärs der Missionsgesellschaft der Baptisten, nach Berlin; er glaube, derselbe habe Herrn v. Kusserow versichert, daß sie lediglich ihr Missionswerk fördern, Hand in Hand mit den Deutschen handeln und den Letzteren durch ihren Einfluß auf die Eingeborenen die Regierung erleichtern wollten, da sie die neue Ordnung der Dinge gern anerkennen. Der englische Unterhändler fügte hinzu, dies sei keine Handel treibende Gesellschaft, sie beschäftigten sich nur mit ihrem Missionswerk. Derselbe konnte dem Fürsten auch mittheilen, daß gegen-

[1] Nach dem Bericht Meades vom 24. Dezember 1884. Staatsarchiv Bd. XLIV. Nr. 8542. S. 336.

wärtig an alle britischen Behörden an der Küste der Befehl ergangen sei, gemeinsam mit den deutschen Beamten zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß denselben keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden.

Der Fürst kam sodann wieder auf die angebliche englische Absicht zu sprechen, die deutsche Thätigkeit in Angra Pequena hemmen zu wollen. Er sagte, die Küste sei unfruchtbar und werthlos, außer daß sie den Zugang in das Innere gewähre. Er legte eine Karte vor und zeigte dem Engländer die Kalahariwüste; er sagte dabei, es sei ihm berichtet worden, dieselbe würde irrthümlicherweise als Wüste dargestellt, es seien daselbst Elephanten, Bäume, Gras und Wasser vorhanden. Mr. Meade erwiderte, sie seien in ihrem Rechte gewesen, den Kalaharidistrikt zu übernehmen, welcher mit Bechuanaland verschmelze; hinter dem Küstenstrich von Angra Pequena sei eine wasserlose Strecke von einigen dreißig Meilen Breite, dahinter aber sei wieder besseres Land; Lord Granville habe gesagt, es läge nicht in der Absicht, in Damaraland oder Namaqualand hinter der Küste zu interveniren; vom englischen Standpunkte aus könne ein Einwand gegen das Vorrücken Deutschlands in das Innere selbst bis zum zwanzigsten Längengrade nicht erhoben werden. Mr. Meade bezeichnete auf der Karte diesen Punkt, über welchen England westwärts nicht hinauszugehen beabsichtige.

Der britische Unterhändler sagte sodann, er habe, durch die Unterredung mit Dr. Busch ermuthigt, gewagt, dem Kanzler einen Plan zu skizziren, welcher lediglich von ihm ausgehe und, ohne daß Lord Granville Kenntniß davon habe, entworfen sei; er glaube, daß derselbe eine Grundlage bilden könne, auf welcher die beiderseitigen Verhältnisse in den australischen Gewässern in befriedigender Weise geregelt würden. — Dr. Busch hätte ihm zehn Tage vorher gesagt, der Fürst wünsche mit ihm (Meade) selbst über den Gegenstand zu sprechen, er würde nun sehr erfreut sein, des Kanzlers Ansicht über die Sache zu vernehmen.

Bismarck erwiderte, er sei, als ihm der Plan zuerst vorgelegt worden sei, geneigt gewesen, denselben für gut zu halten, da er es vorziehe, eine Inselgruppe ganz für sich allein, als das Festland mit einem anderen Volke zusammen zu besitzen; er habe die an dem dortigen Handel interessirte Gesellschaft befragt. Er habe von derselben erfahren, daß die Inseln (die neubritannische Gruppe) von geringem Werth seien, daß aber die Nordküste besonders werthvoll sei; sein Prinzip sei, dem Handel zu folgen, nicht ihm voranzuschreiten, und wenn er deutsche Handelshäuser in einem Gebiete, das unter keiner fremden Jurisdiktion stehe, angesiedelt vorfände, denselben den Schutz der deutschen Flagge zu gewähren; er sei vor einigen Monaten angegangen worden, die Nordküste von Neu-Guinea zu annektiren; er habe nicht direkt angeordnet, daß bei der Gelegenheit die deutsche Flagge gehißt werde, er habe aber auf das Gesuch um Schutz allgemein erwidert, daß, wenn an einem Platze, an welchem eine fremde Jurisdiktion nicht vorhanden, deutscher Handel sich angesiedelt habe, er Unterstützung gewähren würde; infolgedessen sei die Flagge an der Nordküste von Neu-Guinea gehißt worden, und da er von den Vertretern

Englands höre, daß sie die Südküste genommen hätten, so sei er der Ansicht, daß das Vorgehen zu irgend welchen Einwendungen keinen Anlaß bieten könnte.

Mr. Meade erwiderte, er könne nicht erwarten, daß Bismarck seine Meinung über den relativen Werth dieser Plätze theile, er könne aber als eine Thatsache anführen, daß auf dem Festlande keine deutschen Niederlassungen vorhanden seien, während auf den Inseln mehrere sich vorfänden, auf welchen, wie er aus dem Weißbuche ersehe, nur ein englischer Händler vorhanden sei. Hinsichtlich der Nord- und Südküsten könne er nur sagen, daß er diese Anschauung von der Sache nicht habe; er bäte um die Erlaubniß, Bismarck frei heraus zu sagen, welchen Eindruck dieselbe auf ihn mache. Er sei kein Diplomat und vertraue auf die Freundlichkeit, mit welcher der Kanzler ihn empfangen habe, daß er ihn entschuldige, wenn er etwas sage, was ein geschulter Diplomat anders darlegen würde. Das Hissen der deutschen Flagge auf Neu-Guinea würde einen bedauerlichen Eindruck in Australien machen; England hätte ihm seine Absicht, ein Protektorat bis zu einem gewissen Punkte in Neu-Guinea zu übernehmen, angezeigt; er sei der Ansicht, sie wären berechtigt, sich dessen versichert zu halten, daß Deutschland, während die Verhandlungen mit dem Kanzler schwebten, nicht von dem wichtigsten Theile des fraglichen Gebiets Besitz ergreifen werde.

Unterm 19. September habe Mr. Scott eine Note an Dr. Busch gerichtet, worin angezeigt worden sei, daß Ihrer Majestät Regierung ein Protektorat über die Küste, einschließlich der angrenzenden Inseln, mit Ausschluß des Theils der Küste zwischen dem einhundertfünfundvierzigsten Längengrade und der niederländischen Ostgrenze einzurichten beabsichtige. Unterm 9. Oktober habe Mr. Scott infolge gewisser Vorstellungen des Baron von Plessen in London geschrieben, die englische Regierung werde aus Rücksichten der Höflichkeit für den Augenblick die Erklärung auf die Südküste und die Inseln beschränken, es verstehe sich dabei aber, daß dies ohne Beeinträchtigung der weiteren Gebietsfrage geschehe; hinzugefügt sei, daß jede Frage, welche außerhalb der jetzigen Grenze liegende Distrikte betreffe, nach der Ansicht der englischen Regierung eher auf diplomatischem Wege behandelt, als der von Baron von Plessen vorgeschlagenen Südseekommission vorgelegt werden sollte. Indem England auf diese Weise aus Höflichkeit zeitweilig von der Uebernahme des Protektorats Abstand genommen habe, habe dasselbe seine Absicht, das Protektorat zu übernehmen, formell angezeigt und hätte nie vermuthen können, daß Deutschland seinerseits einen Theil des englischen Gebiets annektiren werde, ohne auf die angeregten Verhandlungen der Kommission oder auf Unterhandlungen in der gewöhnlichen diplomatischen Form zu warten.

Bismarck erwiderte, dieser Schriftwechsel sei ihm neu, er erinnere sich nicht, denselben gesehen zu haben; er sei der Meinung gewesen, daß ihm frei stünde, die Nordküste zu nehmen, nachdem die englische Regierung ihr Protektorat auf die Südseite beschränkt habe.

Der britische Unterhändler bemerkte, das sei nicht der Fall. Er bezeichnete dem Kanzler die Daten der beiden Noten des Mr. Scott und bat ihn, dieselben zu lesen.

Bismarck sagte sodann, England habe ungeheure Besitzungen in diesem Welttheile, es habe bereits mehr Land, als es in den kommenden Jahren kolonisiren könne; seine Flotte sei stark genug zum Schutze dieser Besitzungen, es sei Englands nicht würdig, Deutschland eine Besitzung an der Küste von Neu-Guinea zu mißgönnen, welche von Australien durch die Inseln und die von England besetzte Südküste getrennt sei.

Meade erwiderte, die Bevölkerung ihrer Besitzungen in Australien zähle jetzt nach Millionen, dieselbe sei der festen Meinung, für wie thöricht der Kanzler dieselbe auch halte: daß die Festsetzung einer fremden Macht auf dem Festlande von Neu-Guinea eine Quelle der Gefahr sein würde; Deutschland habe ein Interesse, die australische Anschauung zu versöhnen, da es daselbst seinen Handel ausdehne und im Begriffe sei, Dampferlinien nach dorthin einzurichten.

Bismarck fragte in Erwiderung hierauf, ob Mr. Meade wirklich glaube, daß diese Ansicht so stark in Australien vertreten sei.

Letzterer versetzte, darüber könne nicht der geringste Zweifel bestehen; man habe bereits gehört, daß ein bitteres Gefühl der Entrüstung gegen das Mutterland sich erhoben habe; Bismarcks eigene Vertreter, dessen sei er sicher, würden ihm dasselbe melden. Er habe Abschrift eines Telegramms des Premierministers von Viktoria, einer der wichtigsten Kolonien der australischen Gruppe, bei sich. Er habe natürlich nicht beabsichtigt, dem Fürsten dasselbe vorzulesen, unter den Umständen wolle er dies aber in vertraulicher Weise thun. Dasselbe laute wie folgt: „Endlich ist die Sache geschehen. Aus zuverlässiger Quelle die Nachricht erhalten, daß Deutschland die Flagge auf Neu-Britannien, Neu-Irland und der Nordküste von Neu-Guinea gehißt hat. Die Aufregung ist grenzenlos. Wir protestiren im Namen der Gegenwart und der Zukunft Australiens; wenn England uns nicht vor der Gefahr und Beschimpfung, wenigstens soweit Neu-Guinea in Frage kommt, bewahrt, so wird die erbitterte Gesinnung gegen dasselbe nicht mit der gegenwärtigen Generation aussterben. Wir appelliren an die Worte Derbys, Depesche vom 11. Juli 1883, zweiter Absatz." Der Unterhändler fügte erläuternd hinzu, diese Depesche habe konstatirt, daß, wenn irgend ein Anzeichen vorliege, daß eine fremde Macht Besitz von irgend einem Theile Neu-Guineas zu ergreifen beabsichtige, Ihrer Majestät Regierung unverzüglich in wenigen Stunden davon Besitz nehmen würde, und daß Ihrer Majestät Regierung damals, im Juli 1883, überzeugt gewesen sei, daß keine fremde Macht an einen solchen Schritt denke.

Der Fürst führte hierauf an, dieser Streifen von Neu-Guinea sei sehr klein und von geringem Werth für England.

Meade bemerkte, derselbe umfasse die Malay-Küste mit, bei welcher sie besonders interessirt seien, und fragte, was Deutschland über Landannexionen —

werthvolle oder solche ohne Werth — denken würde, bezüglich deren es gerade die Einleitung besonderer Verhandlungen vorgeschlagen habe.

Dem Kanzler schien diese Frage nicht zu gefallen, er erwiderte vielmehr scharf, Fragen dieser Art müßten nach allgemeinen politischen Grundsätzen verhandelt werden. Zwei Jahre vorher habe er alles Mögliche gethan, um die englische Politik in Aegypten und anderwärts zu fördern; aber vor einiger Zeit sei er in anderer Weise von England behandelt worden, dessen Handlungen mit seinen Erklärungen nicht im Einklang stünden.

Bezüglich Samoas bemerkte der englische Unterhändler, daß die Unabhängigkeit dieser Inseln respektirt werden sollte.

In Bezug auf Angra Pequena sagte der Kanzler, er lege diesen Inseln keinen Werth bei. Der Guano werde bald erschöpft sein, wonach sie werthlos werden würden.

Mr. Meade legte darauf dem Fürsten eine Karte vor und bemerkte dabei, daß dieselbe die Inseln zeige, welche seinem Vorschlage nach unter gewissen Bedingungen an Deutschland abgetreten werden könnten.

Bismarck unterbrach ihn mit der Frage: „Einschließlich der Walfisch-Bai?" worauf Mr. Meade erwiderte: „O nein, das ist eine regelmäßige britische Niederlassung auf dem Festlande; ich schlage nur eine Unterhandlung bezüglich der Inseln vor." Letzterer zeigte dem Kanzler sodann die Lage der Niederlassung und bemerkte dabei, das sei so sicher britisches Gebiet als wie der Grund und Boden, auf welchem Berlin stehe, deutsches Gebiet sei; er glaube, es würde für Deutschland sehr lästig sein, daß dicht bei seinem neuen Gebiet einer fremden Jurisdiktion unterliegende Inseln sich befänden, von welchen einige gerade in der Mündung des Haupthafens lägen.

Bismarck bemerkte, er habe dies erwogen und lege dem keine Wichtigkeit bei; er machte keine anderweiten Vorschläge und brach ab, indem er sagte: „Ich finde Ihre Vorschläge nicht genügend."

Der britische Unterhändler sprach sein Bedauern darüber aus und sagte, er sei in der peinlichen Lage, zwischen zwei Stühle zu fallen, da der Kanzler seinen Plan zurückweise und er in keiner Weise von seiner eigenen Regierung ermächtigt sei, denselben in Vorschlag zu bringen.

Damit war der Besuch beendet.[1]

**Berlin**, den 24. Januar 1885. Unterredung mit dem englischen Botschafter Edward Malet, betr. die Gründe der Entfremdung zwischen England und Deutschland.[2]

Der englische Botschafter Edward Malet las dem Kanzler eine an ihn gerichtete Depesche des Lord Granville vom 20. Januar vor, welche sich auf ver-

[1] Enthüllungen der „Daily News" über einen Plan des Fürsten Bismarck, die Gladstonesche Regierung zu Fall zu bringen, s. „Voss. Ztg." vom 29. Dezember 1884. Nr. 608. S. 1. — Erwiderung der „Nordd. Allg. Ztg." s. „Voss. Ztg." vom 30. Dezember 1884. Nr. 609. S. 1. Sp. 3.

[2] Nach den Berichten Malets vom 24. Januar 1885. Staatsarchiv Bd. XLIV. Nr. 8493. S. 252, u. Nr. 8537. S. 320.

schiedene Ereignisse bezog, die Bismarck in der jüngsten Reichstagsrede über Kamerun zum Gegenstand von Erörterungen gemacht hatte. Die einzige Bemerkung, welche Bismarck während des Vorlesens der Depesche machte, bezog sich auf den Satz, in welchem gesagt wird, Dr. Nachtigals Sendung nach der Westküste Afrikas habe „die Sammlung von Informationen über den Stand des deutschen Handels" zum Gegenstande gehabt. Der Fürst bemerkte dazu, dieselbe habe den Schutz des deutschen Handels, nicht lediglich die Sammlung von Informationen über denselben zum Gegenstande gehabt. Nachdem der Botschafter die Depesche zu Ende gelesen hatte, sagte der Kanzler, er wolle keine Bemerkungen über dieselbe machen, aber die ihm überlassene Abschrift mit Muße prüfen.

Sodann ergriff Bismarck das Wort, um sich ausführlich über die Umstände, welche zu der gegenwärtigen politischen Entfremdung zwischen den beiden Ländern geführt hätten, auszusprechen. Er sagte: Ueberall, wo Deutschland eine Kolonie zu gründen versucht habe, habe England sich angeschlossen und neue Erwerbungen gemacht, um Deutschland die Möglichkeit, sich auszudehnen, zu beschränken. Der Kanzler kam sodann auf die Neu-Guinea-Frage zu sprechen und behauptete, er habe die Note Mr. Scotts vom 9. Oktober dahin verstanden, daß England ihm in Bezug auf den nördlichen Theil freie Hand gelassen habe; seiner Ansicht nach gewährten ihm die Worte „ohne Präjudiz bezüglich aller Gebietsfragen außerhalb dieser Grenzen" die Freiheit dazu.

Der Botschafter erörterte mit dem Fürsten beide Punkte: England habe sein Schutzgebiet nicht in der angegebenen Weise ausgedehnt; sie wären im Gegentheil sogar auf dem Wege nach Kamerun gewesen, ehe sie irgendwie Kenntniß davon hatten, daß Deutschland daselbst ein Protektorat zu errichten beabsichtige; als Graf Münster zuerst von Neu-Guinea gesprochen habe, hätte Lord Granville ihm mitgetheilt, daß in betreff der Annexion bereits weitere Schritte unternommen worden wären, als schon bekannt sei; bezüglich des Sinnes, welchen der Fürst den Worten „ohne Präjudiz" beilege, versichere er, die einzige Bedeutung, welche dieselben in der englischen Sprache haben könnten, sei, daß die Frage bezüglich des übrigen Neu-Guinea in derselben Lage wie vorher bleibe, und für alle Fälle folge den Worten die Erläuterung, daß über Fragen, betreffend solche Gebiete, welche sie noch nicht annektirt hätten, auf diplomatischem Wege verhandelt werden sollte.

Bismarck blieb dabei stehen, er habe die Worte in einem ganz anderen Sinne aufgefaßt und geglaubt, es stehe ihm frei, das, was England nicht annektirt habe, in Besitz zu nehmen. Er bemerkte sodann, um dem Botschafter zu zeigen, wie verschieden die Beziehungen beider Regierungen zu einander vor nur einem Jahr gewesen seien, und wie sehr er gewünscht habe, daß die damals bestehenden guten Beziehungen fortdauern sollten, wolle er ihm die Depesche vorlesen, welche er am 5. Mai 1884 an den Grafen Münster gerichtet habe. Er müsse glauben, die englische Regierung habe gänzlich unterlassen, die Wichtigkeit zu würdigen, welche seine Regierung der Kolonialfrage beilege, da er nicht annehmen könne, daß, wenn Lord

Granville dies erkannt habe, die nacheinander folgenden Verdrießlichkeiten, welchen Deutschland ausgesetzt gewesen sei, nicht abgewendet worden wären.

Diese Depesche vom 5. Mai an den Grafen Münster war sehr bemerkenswerth. Sie konstatirte die große Wichtigkeit, welche der Fürst der Kolonialfrage sowie der Freundschaft zwischen Deutschland und England beilegte. Sie hob hervor, daß bei Beginn der deutschen Kolonialunternehmungen England der deutschen Regierung ausgezeichnete Dienste leisten könne, und bemerkte, daß Deutschland für diese Dienste sein Bestes zur Unterstützung Englands in Fragen thun würde, welche dem letzteren näher liegende Interessen beträfen. Die Depesche unterstützte diese Erwägungen mit Argumenten, um den gegenseitigen Vortheil zu zeigen, welchen eine solche Verständigung zur Folge haben werde; sodann wies dieselbe den Grafen Münster an, zu erklären, wenn dies nicht geschehen könnte, werde die Folge sein, daß Deutschland bei Frankreich die Unterstützung, welche es bei England nicht gefunden habe, suchen und sich dem ersteren auf denselben Grundlagen nähern würde, auf welchen es jetzt mit England zusammenzutreffen versuche. Die Depesche war lang und der Fürst las sie dem Botschafter in deutscher Sprache vor; Vorstehendes sind aber die Hauptpunkte derselben.

Bismarck fuhr fort: Nicht zufrieden mit dem Ergebniß und dies zum Theil dem Umstande zuschreibend, daß der Botschafter die Sache nicht mit Genauigkeit dargelegt habe, habe er seinen Sohn, den Grafen Herbert Bismarck, in der Hoffnung nach England gesandt, daß demselben gelingen könne, was dem Grafen Münster mißlungen; demselben sei es unglücklicherweise nur gelungen, jene allgemeinen freundschaftlichen Versicherungen des guten Willens zu erlangen, welche eintretenden Ereignissen gegenüber von geringem Werth wären.

Der Fürst las dem Botschafter sodann den Entwurf einer Depesche vor, welche er im Begriff war, an Graf Münster abzusenden; in derselben greift er eine Bemerkung auf, welche Lord Granville in einem Berichte über die ägyptische Frage machte, dahin lautend, daß die Haltung Deutschlands in der Kolonialfrage es dem britischen Minister schwierig mache, in anderen Punkten versöhnlich zu sein.

Der Fürst kam hierauf auf das zurück, was er als englisches Abschließungssystem (closing-up system) bezeichnete, und erwähnte Zululand, indem er bemerkte, daß die Boers eine Landabtretung verlangten, die von 1840 von König Panda herdatire.

Der Botschafter erwiderte, er fürchte, des Kanzlers Gutgläubigkeit sei getäuscht worden, weil zu der Zeit kein solcher Staat wie Transvaal bestanden habe; die Boers, welche allein eine solche Gebietsabtretung erlangt haben könnten, wenn eine solche existire, wären britische Unterthanen.

Der Fürst versetzte, das sei keine Frage, welche durch einen Prozeß entschieden werden würde.

Der Botschafter sagte hierauf zu dem Kanzler, die ganze Lage sei unzweifelhaft sehr unbefriedigend; das sei ihm sehr schmerzlich, da er gehofft und unternommen

habe, gemäß den Instruktionen Lord Granvilles ein besseres Einvernehmen zwischen beiden Mächten herbeizuführen; er wisse, daß es niemals die Absicht der englischen Regierung gewesen sei, die kolonialen Bestrebungen Deutschlands zu durchkreuzen, und daß seiner Meinung nach Englands Vorgehen wiederholt diesen Wunsch bezeugt habe; es sei aber für die englische Regierung unmöglich, den Wünschen des Kanzlers entsprechend zu verfahren, selbst wo es derselben leicht sei, dies zu thun, wenn sie nicht wisse, welcher Art diese Wünsche seien; er bitte daher, ihm zu sagen, was er jetzt, in diesem Augenblick, verlange; seien es die Theile Neu-Guineas, welche England jetzt in Besitz nehme? Sei es Zululand? Die Kenntniß der Wünsche des Kanzlers, wie dieselben auch seien, wäre besser, als daß sie beiderseits im Dunkeln vorgingen und in der Folge gegeneinander liefen.

Der Fürst erwiderte, das Einvernehmen, zu dem er mit Frankreich infolge des Mißlingens eines solchen mit England gelangt sei, mache es ihm unmöglich, die Frage, wie er sie im Mai dargelegt habe, jetzt wieder aufzunehmen. Das lange Gespräch endete damit, daß Bismarck sagte, er sei bemüht gewesen, dem Botschafter die nacheinander folgenden Umstände darzulegen, welche der gegenwärtigen Lage der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern vorangegangen wären; er sei sicher, der Botschafter müsse diese Lage ebenso bedauern wie er selbst.[1]

---

[1] Die Veröffentlichung des vorstehenden Berichtes Malets vom 24. Januar 1885 hatte nachstehenden, offenbar von Bismarck veranlaßten Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg." Nr. 102 vom 2. März 1885 zur Folge:

In den Publikationen des letzten, Ende vorigen Monats ausgegebenen Blaubuchs ist das englische Auswärtige Amt in bemerkenswerther Weise von seinen bisher stets beobachteten Traditionen internationaler Courtoisie abgewichen. Es war sonst stets Gebrauch, daß vor der Veröffentlichung von Noten oder von Berichten, welche vertrauliche Unterredungen wiedergaben, eine Anfrage an die betheiligte Regierung gerichtet wurde, ob dieselbe damit einverstanden wäre.

Dasselbe Verfahren ist, soviel wir wissen, auch seitens des deutschen Auswärtigen Amts bei Zusammenstellung der Weißbücher eingeschlagen worden.

Die englische Regierung hat diesmal diese Rücksicht außer Acht gelassen: sie ist darin so weit gegangen, daß sie z. B. in dem Blaubuch C. 4273. S. 164 einen an den Kaiser gerichteten Brief des samoanischen Königs Malietoa eher gedruckt hat, als derselbe sich in den Händen Seiner Majestät befand. Es ist dies bezeichnend für die Genesis des Briefes.

Auch Lord Granvilles Note vom 21. v. Mts., betreffend Kamerun, lag dem englischen Parlament bereits im Druck vor, ehe sie auf diplomatischem Wege hier bekannt sein konnte.

In dem Erlaß Lord Granvilles vom 7. v. Mts. an den englischen Botschafter in Berlin ist der Inhalt eines von diesem selbst geschriebenen Berichtes über eine ganz vertrauliche Unterredung, die er mit dem Reichskanzler gehabt hatte, reproduzirt und auf diese Weise der Oeffentlichkeit übergeben worden. Die „Kölnische Zeitung" meint, daß dabei die Absicht vorgewaltet habe, Mißtrauen zwischen Deutschland und Frankreich zu säen. Wir können kaum glauben, daß dies die Absicht gewesen sei, denn wir sehen nicht, welchen Grund zum Mißtrauen Frankreich aus jenen Andeutungen Lord Granvilles schöpfen könnte. Wir sehen in dem Vorgange allerdings einen Vertrauensbruch, aber einen solchen, der von Lord Granville persönlich nicht beabsichtigt sein kann; er ist nutzlos und verdankt sein Entstehen wahrscheinlich der Unmöglichkeit, in welcher Lord Granville sich befand, seine Zeit in diesem Augenblick der Ueberwachung der Redaktion von Noten zu widmen.

Berlin, den 25. Januar 1885. Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Dr. Busch, betr. die ägyptische Finanzfrage.[1]

Bismarck besprach mit dem Unterstaatssekretär Busch die Finanzfrage Aegyptens. Der Kanzler erklärte sich bereit, die englische Note über die Finanzen Aegyptens als Verhandlungsbasis zu acceptiren. Im übrigen bemerkte derselbe, er sei der Ansicht, daß die ägyptischen Fragen für Deutschland kein großes Interesse hätten, außer insoweit dabei das Prinzip der Aufrechterhaltung der auf den Orient bezüglichen Verträge im Spiele sei. Aber das Verhalten der englischen Regierung in Kolonialangelegenheiten habe bewirkt, daß Deutschland weniger Lust habe, England in der ägyptischen Frage zu unterstützen.

Berlin, Februar 1885. Unterredung mit dem englischen Botschafter Edw. Malet, betreffend Samoa.[2]

Nach der auf Befehl des deutschen Konsuls erfolgten Flaggenhissung auf Samoa versicherte Bismarck dem englischen Botschafter in Berlin, er habe nicht die Absicht, die Annexion Samoas oder die Einrichtung eines Protektorats daselbst gutzuheißen, er halte sich streng an die Bestimmungen der mit der englischen Regierung bezüglich der Insel getroffenen Abmachung.

Berlin, den 24. April 1885. Unterredung mit dem englischen Botschafter Edw. Malet, betr. die garantirte ägyptische Anleihe.[3]

Bismarck sprach dem englischen Botschafter Edward Malet gegenüber den Wunsch aus, daß ein Theil der neuen ägyptischen Anleihe in Berlin emittirt werden möchte, und bemerkte dabei, Rußland habe nur für ein Sechstel der Anleihe die

---

Unserem Reichskanzler ist es stets als ein Hauptverdienst in der Diplomatie angerechnet worden, daß er die Wahrheit spricht und eingegangene Verpflichtungen hält: darauf beruht das Vertrauen, dessen er sich bei den fremden Kabinetten erfreut. Dieses Vertrauen kann durch diese und durch weitere Veröffentlichung von Aktenstücken nur gestärkt werden; denn aus denselben wird hervorgehen, daß die deutsche Politik sich weder durch Angriffe in der Presse noch durch Lockungen in der Politik loyaler und friedliebender Nachbarschaft irre machen läßt, welche es Frankreich gegenüber beobachtet. Einen irrthümlichen Eindruck könnte der Umstand machen, daß der von Sir E. Malet gemeldete Inhalt der Instruktion an Graf Münster vom 5. Mai v. J. in Präsensform gefaßt ist, so daß bei jedem oberflächlich Lesenden der Eindruck hervorgerufen werden muß, als hätte der Reichskanzler jetzt gesagt, „that Germany would support", während es heißen müßte „would have supported" und so fort, so weit es sich um die Erwähnung jener älteren Instruktion handelt. Es ist dies ein lapsus calami in der englischen Redaktion, auf dessen Richtigstellung wir Werth legen.

[1] Nach dem Berichte des französischen Botschafters Courcel vom 24. Januar 1885 und dem Erlaß des englischen Auswärtigen Amts vom 29. Januar 1885. Staatsarchiv Bd. XLVI. Nr. 8749 und 8750. S. 80 und 81.

[2] Aus einer Depesche des Auswärtigen Amts in London an das Kolonialamt, d. d. 9. Februar 1885. Staatsarchiv Bd. XLIV. Nr. 8503. S. 280.

[3] Nach dem Berichte Malets vom 25. April 1885. Staatsarchiv Bd. XLVI. Nr. 8764. S. 107.

Garantie übernommen, die anderen Mächte sollten deshalb billigerweise nur berufen sein, die verbleibenden fünf Sechstel zu garantiren. Er machte indessen keinen Vorschlag in dieser Hinsicht, sagte aber, es würde diesseits nützlich sein, die Beschlüsse des englischen und französischen Parlaments zu kennen, bevor dem Reichstage eine Vorlage gemacht werde.

Berlin, den 27. Mai 1885. Unterredung mit dem englischen Botschafter Edw. Malet, betr. die Haltung des Sultans von Zanzibar gegenüber Deutsch-Ostafrika.[1]

Bismarck sprach mit dem englischen Botschafter Malet über die Nachricht, daß der Sultan von Zanzibar Truppen in das unter den Schutz Deutschlands genommene ostafrikanische Gebiet abgeschickt habe, und bemerkte, daß, wenn diese Truppen nicht zurückgezogen würden, er sich genöthigt sehe, Gewalt gegen Zanzibar anzuwenden. Dabei wies Bismarck besonders auch auf den Umstand hin, daß gemeldet werde, der Führer der Truppen sei General Mathews, ein Engländer.

*

3. September 1886. Der englische Botschafter Edward Malet hatte ein ihm von seinem Ministerium zugegangenes Telegramm, welches die Ansichten der englischen Regierung bezüglich der zur Herstellung der Ordnung und Einsetzung einer guten Regierung in Bulgarien zu ergreifenden geeignetsten Maßregeln darlegte, zur Kenntniß des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck gebracht. Derselbe legte diese Mittheilung dem Reichskanzler vor. Am 8. September 1886 benachrichtigte Graf Bismarck den Botschafter Malet, daß der Reichskanzler Akt von der Kourtoisie nehme, welche das englische Kabinett dadurch beweise, daß es ihm diese vorläufige Mittheilung zukommen ließ; „der Reichskanzler könne jedoch Ew. Lordschaft nicht dazu rathen, weitere Versuche zu machen, um die offene und aufrichtige Unterstützung des Prinzen Alexander seitens der Großmächte zu erlangen, da er überzeugt sei, daß ein solcher Versuch keinen Erfolg haben würde. Fürst Bismarck ist der Ansicht, daß, wenn schon die Großmächte den Prinzen Alexander auf den bulgarischen Thron gesetzt haben, es ihnen doch keineswegs obliegt, vereinigt oder einzeln Schritte zu thun, um ihn auch dort zu erhalten."[2]

*

[1] Nach einem in dem Erlaß des englischen Auswärtigen Amts vom 27. Mai 1885 erwähnten Telegramm Malets vom selben Tage. Staatsarchiv Bd. XLVI. Nr. 8791. S. 131.

*

Varzin, den 19.—20. Oktober 1886. An den Besuch des russischen Botschafters in Berlin, des Grafen Paul Schuwalow, knüpften sich die verschiedenartigsten Kombinationen. Der Berliner Korrespondent des offiziösen „Nowoje Wremja" (ein Beamter der russischen Botschaft in Berlin), dementirte alle darauf bezüglichen Meldungen der deutschen Blätter, bemerkend: „Eine Einwilligung von Bismarck zur russischen Besetzung Bulgariens zu erbitten, war schon deshalb nicht nothwendig, weil der deutsche Kanzler seine Zustimmung zu der Occupation noch bei seiner Zusammenkunft mit dem russischen Minister des Aeußern gegeben hatte, indem er dieses Mittel wohl für ein äußerstes, aber für ein vollkommen logisches von seiten Rußlands hielt." Der Zweck des jüngsten Besuches des Grafen Schuwalow in Varzin sei, erklärte derselbe Korrespondent, vielmehr der gewesen, die Zustimmung des deutschen Kanzlers zu gemeinsamen Handlungen gegen die bulgarische Regentschaft und deren Nationalversammlung sowie bezüglich des neuen bulgarischen Fürsten zu erlangen.

[2] Nach einem Berichte E. Malets, d. d. Berlin 3. September 1886.

Friedrichsruh, den 1. Oktober 1887. Gespräche mit dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi.[1]

Bismarck empfing Crispi an der Bahn. Die beiden Staatsmänner drückten sich die Hand und wechselten einige Worte über die Reise, über ihr Befinden und über das gegenseitige Vergnügen, sich wiederzusehen. Crispi erkundigte sich angelegentlich nach dem Befinden der Fürstin.

Es erfolgte dann in Kürze die Vorstellung der beiderseitigen Begleiter. Dann gingen Bismarck und Crispi Arm in Arm dem Ausgange des Bahnhofes zu.

„Man wollte zu Ehren Eurer Excellenz ein Feuerwerk abbrennen, aber ich fürchte, der Regen hat das Pulver naß gemacht ... Friedrichsruh ist nur ein sehr kleines Dorf ... Man wird Sie hauptsächlich mit dem Herzen feiern.“ Beim Abendessen sprachen Bismarck und Crispi von gemeinschaftlichen Erinnerungen, insbesondere von ihrer letzten Begegnung in Gastein 1877.

Die beiden Staatsmänner wechselten einige melancholische Betrachtungen über den allzu schnellen Lauf der Jahre. „Sie gut ausfüllen — sagte Bismarck —, ist die Hauptsache.“

Bismarck erkundigte sich mit Interesse und mit Ausdrücken der Bewunderung nach dem Befinden des italienischen Königspaares. Dann fragte er: „Und General Cucchi, wie geht es ihm?“

Crispi berichtigte den seinem Freunde gegebenen Titel General, da derselbe zwar ein heldenhafter Soldat gewesen, aber auf der militärischen Stufenleiter nie so hoch gestiegen war. Er fügte hinzu, Cucchi würde sich vortrefflich befinden, wenn er nicht von Zeit zu Zeit noch Schmerzen von der Wunde an der Schulter fühlte, die er am 27. Mai 1860 empfing, als er in Palermo eindrang.

Die Unterhaltung wandte sich den internationalen Verträgen zu. „Was bleibt von den Verträgen von 1815? Nichts mehr!“

„Und was mich betrifft — sagte Bismarck —, so habe ich einiges dazu beigetragen, dieselben vollends zu vernichten.“

„Und der Vertrag von 1878 — sagte Crispi —, der Berliner Vertrag selbst, hat er nicht schon einige Risse erfahren? Ist er nicht schon in Fetzen?“

„Ja — sagte Bismarck —, aber indem man diese Fetzen bewahrt, rettet man den Frieden.“

Uebergehend auf seine Friedrichsruher Besitzung, bemerkte Bismarck: „Das Geschenk, welches mir der Kaiser mit diesem Walde und dieser Behausung gemacht hat, war durchaus nicht geeignet, den Bewohnern der Umgegend zu gefallen, die gewohnt waren, sich in diesem Erdenwinkel zu Hause zu fühlen. Sie fuhren auch selbst nach meiner Installation, während meine Familie und ich das Haus schon bewohnten, fort — die Macht der Gewohnheit! — hier herum zu streifen wie in früheren Zeiten. Unsere Anwesenheit genirte sie durchaus nicht.

[1] Nach dem Werke: „Crispi und Bismarck“. Aus dem Reisetagebuch eines Vertrauten des italienischen Ministerpräsidenten. Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart 1894.

Ich hatte die Mauer, welche den Besitz gegen die Seite der Eisenbahn zu abschließt, noch nicht errichten lassen. So kamen sie denn zu mir herein, als ob sie zu Hause wären und spazierten um mein Haus wie früher . . . es hat wenig gefehlt, und sie hätten mir zugemuthet, ihnen Zimmer zu vermiethen. Einige kamen und drückten ihr Gesicht an die Fenster meines Schlafzimmers, um zu sehen, was ich thue, da ich natürlicherweise der Hauptgegenstand für ihre Neugier war — oder, wenn Sie wollen, für ihr Interesse . . . Mein Gott! wenn man im Krieg war und das Lagerleben mitgemacht hat, genirt man sich so leicht nicht . . . man würde das Hemd im Angesichte von zehntausend Menschen wechseln . . . Aber ich fühlte mich nicht zu Hause, und was mir einerlei war, konnte für die Damen eine Verlegenheit sein... So habe ich mich denn nach der Seite abgeschlossen, von welcher die Zudringlichen herein zu kommen pflegten."

Friedrichsruh, den 2. Oktober 1887. Gespräche mit dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi.

Am 2. Oktober 1887 hatte Bismarck zwei Unterredungen mit Crispi, die erste in dessen Salon, die zweite in Bismarcks Arbeitszimmer. Bei einem Spaziergange vor dem Frühstück entspann sich folgende Unterredung zwischen dem Kanzler und dem Minister:

„Ihr Besitzthum ist sehr groß . . ."

„Ja, es ist groß . . . Dreißigtausend Morgen Hochwald, das heißt ungefähr viertausend Hektar. Ich lege darauf größeren Werth als auf den Fürstentitel, den mir Seine Majestät gnädig verliehen hat."

„Das eine paßt gut zum andern."

„Und ich bin für beides Seiner Majestät sehr dankbar . . . Sie sehen das Haus, es war, wie ich Ihnen sagte, eine Herberge, ein Hotel, wenn Sie wollen. Ich ließ den Pachtvertrag erlöschen und nahm hier meinen Aufenthalt. Ich habe noch andere Wohnsitze, aber dieser ist für mich am bequemsten, um auf dem Lande zu bleiben und zugleich die Leitung der Geschäfte in der Hand zu behalten. Wir sind nur vier Stunden vom Reichskanzler-Amt entfernt. Sechzig Bahnzüge verkehren täglich zwischen Berlin und Hamburg, darunter mehrere Schnellzüge. Ich bin also in fortwährendem Verkehr mit meinen Kanzleien, jeden Abend setzen mich dieselben bezüglich der Tagesgeschäfte aufs Laufende; und jeden Morgen schicke ich die Papiere zurück, die ich tags zuvor empfangen, die einen unterzeichnet, die anderen mit meinen Instruktionen. Mit einem Wort, die Arbeit wird erledigt, wie wenn ich mich in Berlin befände, ja vielleicht noch besser, denn die Post ist verläßlich und pünktlich. Auch in Ihren Kanzleien wird es oft vorkommen, daß ein Diener, der Papiere besorgen und übergeben soll, dieselben auf irgend einem Tisch im Vorzimmer herumliegen läßt; das kommt nicht vor, wenn der Kurier zur bestimmten Stunde abgehen muß. Indem ich mich hier niederließ, habe ich mich einer Einnahme von fünfzehntausend Franken beraubt, das ist ein hübscher Pachtzins."

„In der That — sagte Crispi —, das macht so viel wie bei uns die Besoldung eines bevollmächtigten Ministers und außerordentlichen Gesandten erster Klasse oder wie diejenige des Präsidenten eines Kassationshofes.“ —

Bei dem Frühstück reichte man Maccaroni, und Bismarck nahm sich, als an ihn die Reihe kam, ziemlich viel. Crispi drückte sein Erstaunen aus, daß Dr. Schweninger dem Fürsten italienische Mehlspeisen zu essen gestatte.

„Die Aerzte — sagte Bismarck — möchten sie auch mir, der ich sie immer gegessen habe, verbieten. Wenn ich auf ihn hörte, würde Schweninger es mit mir machen, wie sein Kollege mit Sancho Pansa, dem Gouverneur der Insel Barataria . . . er verbietet mir die Maccaroni, aber ich esse sie doch.“

Die Tischgenossen wunderten sich über die Mäßigkeit Crispis.

„Als Sie jung waren — fragte Bismarck —, waren Sie auch schon so mäßig?“

„Ich habe mich nie geändert . . .“

Nach Tische hatte Crispi einige Worte in das Album der Fürstin geschrieben — einige Worte, die eine Anspielung auf die patriotischen Gesinnungen des Fürsten und den Ausdruck des Wunsches nach Frieden enthalten. Die Fürstin las dieselben mit lauter Stimme und dankte. Darauf sagte Bismarck langsam und ernst, indem er die Worte, wie um ihre ganze Bedeutung zu betonen, scharf accentuirte. „Eure Excellenz haben meine Gedanken gut ausgelegt. Ich arbeite für die Aufrechterhaltung des Friedens. Ich lebe nur dafür . . . Wir haben genug durch den Krieg ausgerichtet. Lassen Sie uns jetzt durch den Frieden und für den Frieden handeln, und lassen Sie uns in Uebereinstimmung handeln.“

Gegen drei Uhr vereinigte man sich zur einer Spazierfahrt in den Wald.

Im Augenblick des Einsteigens bemerkte Bismarck, daß Crispi nur einen leichten Ueberzieher umgenommen hatte. „Eure Excellenz werden sich erkälten. Sie werden mir erlauben, Ihnen diesen Militärmantel zu leihen . . . Er wird Sie warm halten . . . Ich kann davon erzählen . . . Ich bediente mich desselben im Feldzuge 1870.“

Nach der Spazierfahrt sprach man von Arbeit, von Arbeitsfähigkeit und von Ausdauer bei der Arbeit. Crispi sagte: „Eure Durchlaucht sind einer der größten Arbeiter, die man kennt.“

„Ja — antwortete Bismarck —, es gab eine Zeit, wo ich zwölf, vierzehn, sechzehn Stunden im Tage arbeitete. Ich habe es bis zu achtzehn Stunden gebracht. Aber das sind Anleihen von Kraft mit Wucherzinsen auf das Alter. Jetzt arbeite ich nur drei bis vier Stunden. Schweninger verbietet mir, länger zu arbeiten.“

Bei dem Diner kam das Gespräch auf Napoleon III. Bismarck meinte, derselbe sei kein schlechter Mensch gewesen; „er wollte das Gute . . .“ Darauf bemerkte Crispi, daß er keinen festen Willen gehabt, daß seine Politik zugleich „überlegt und chimärisch, verwickelt und naiv war“; indem er für das Gute zu arbeiten glaubte, knebelte er die Freiheit in Frankreich und hielt Europa zwanzig Jahre

lang unter der Drohung unbestimmter und schlecht definirter Absichten; indem er es erheben wollte, führte er sein Land zu Katastrophen und zum Ruin.

„Er war unwissend — fuhr Bismarck fort —, ich habe dies nicht ohne Ueberraschung gemerkt, denn er war in einem deutschen Lyceum erzogen worden, und die Studien in Deutschland waren zu seiner Zeit schon gut geleitet und gründlich. Er kannte die Geschichte schlecht, mit Ausnahme der Geschichte des ersten Kaiserreiches, und auch diese nur nach seiner Art, das heißt, vom Gesichtspunkte der Verherrlichung des ersten Napoleon und der Vorbereitung einer Wiederherstellung des Kaiserreiches ... Er war in der Geographie und Statistik schlecht bewandert, es fehlten ihm die elementarsten Kenntnisse. Man hat seinem Verstande zu viel und seinem Herzen nicht genug Ehre erwiesen."

Als Crispi nach Tische an den Aufbruch dachte, sagte der Fürst: „Ziehen Sie sich noch nicht zurück, oder wenn Sie es thun, bleiben Sie wenigstens noch den morgigen Tag bei uns."

Der Minister beharrte aber: der Fürst solle ihm zu liebe nichts an seinen Gewohnheiten ändern.

„Ich möchte Sie zurückhalten — bemerkte Bismarck — aber ich begreife Ihre Gründe."

Beim Aufbruch versicherte Bismarck noch Crispi, wie viel Vergnügen ihm dessen Besuch gemacht habe. „Und wie wohl hat mir derselbe moralisch und physisch gethan, denn ich fühle mich entschieden besser, und dies verdanke ich Ihnen."

Friedrichsruh, den 3. Oktober 1887.

An der Frühstückstafel unterhielt sich Bismarck mit Crispi und dem Botschafter Launay.

Crispi dankte dem Fürsten für seine herzliche Gastfreundschaft; Bismarck seinerseits dankte dem Minister für seinen angenehmen Besuch in warmen und gerührten Worten.

Auf dem Bahnhofe wechselten Bismarck und Crispi noch einige letzte Worte, welche einen Theil ihrer Unterredungen zusammenfaßten. „Ich werde — antwortete der Fürst auf eine Frage — unterschreiben, was Sie unterschreiben."

Auf eine andere Frage:

„Wir werden für Sie sein, was Sie für England sind."

Auf eine dritte Frage:

„Die Freunde unserer Feinde sind unsere Feinde; die Freunde unserer Freunde sind unsere Freunde."

Die am Morgen angekommenen Blätter hatten Telegramme gebracht, welchen zufolge die französische Presse glaubte, Crispi sei nach Friedrichsruh gekommen, um die vatikanische Frage zu entscheiden.

„Die vatikanische Frage! — sagte Bismarck lachend —. Vielleicht die einzige Frage, über welche wir kein Wort verloren haben. Sie bleiben sich immer

gleich: ils vont chercher midi à quatorze heures (sie suchen immer das Unmögliche)."

Bei einer anderen Frage hatte sich Bismarck hinter seinem Souverän verschanzt.

„Ich werde mit dem Kaiser darüber sprechen müssen."

„In Geschäften — antwortete Crispi — sind doch Sie der Kaiser."

„Wir sind in allem einig — sagte noch Bismarck —. Wir können zufrieden sein: wir haben Europa einen Dienst erwiesen."

Crispi lud Bismarck ein, nach Italien zu kommen. „Ich könnte Ihnen in meiner Villa in Neapel keine so großartige Gastfreundschaft bieten wie diejenige, die wir soeben in Friedrichsruh genossen, aber sie wird nicht minder herzlich sein... Kommen Sie, uns zu besuchen..."

„Wer weiß!" sagte der Fürst.

Im Augenblicke der Abfahrt stand Crispi und sein Gefolge mit entblößtem Haupte an den Fenstern.

„Auf Wiedersehen!" sagte noch der Fürst, indem er noch ein letztes Mal Crispis Hand drückte.

„Im nächsten Jahr! In Friedrichsruh..."[1]

Friedrichsruh, den 21. August 1888. Unterredung mit dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi.[2]

Bismarck begrüßte seinen Gast am Bahnhof. Die beiden Staatsmänner drückten sich herzlich die Hand und erkundigten sich nach ihrem Befinden. Bei dem Souper dankte Bismarck Crispi für die ausgezeichneten Weine, die er von ihm im Laufe des Jahres erhalten hatte. „Von den Weinen, die Sie mir geschickt haben, ziehe ich den Claret vor; der Muskatwein von Syrakus ist eher, wie Sie uns gesagt haben, ein Damenwein ... meine Frau ist davon entzückt."

Es kam die Rede auf Garibaldi.

Bismarck verhehlte nicht, daß ihm der italienische Held wenig Sympathie einflöße.

Crispi sagte: „Er war ein tapferer Soldat, ein Löwe auf dem Schlachtfeld; er war auch ein vortrefflicher General und außerordentlich findig in der Aktion ...

[1] 3. Oktober 1887. Bismarck unterrichtete den Oberpräsidenten von Bennigsen telegraphisch von der Durchfahrt Crispis durch Hannover, und weist ihn an, den italienischen Staatsmann zu begrüßen. Am 4. Oktober 1887 sandte Bismarck aus Friedrichsruh dem Minister Crispi nach Frankfurt einen herzlichen Geburtstagsglückwunsch.

[2] Nach „Crispi bei Bismarck". Aus dem Reisetagebuch eines Vertrauten des italienischen Ministerpräsidenten. Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart 1894. Am 21. August läßt Bismarck in Frankfurt a. M. bei Crispi anfragen, wer sich in dessen Begleitung befinde. Crispi sandte Bismarck folgendes Telegramm: „Indem ich Frankfurt verlasse, um Ihrer liebenswürdigen Einladung zu folgen, beeile ich mich, Ihnen sowie der Fürstin den dankbaren Gruß des Gastes und des Freundes zu senden."

Aber als Politiker und Parlamentarier hatte er weniger Werth. Erinnern Sie sich, Durchlaucht, seiner Haltung nach dem französischen Feldzuge?"

„Die Franzosen haben ihm gut heimgezahlt ... Die Versammlung von Bordeaux hat ihn verspottet." —

Bismarck frug Crispi: „Ist der Wein von Syrakus, den Sie mir zum Geschenke gemacht haben, aus Ihren Gütern?"

„Nein ... Aus benachbarten Weinbergen ..."

„Aber Sie haben Weingärten?"

„Ja, ich habe deren ... und namentlich werde ich haben. Der Wein, den Sie erhalten haben und der nur eine Probe sein soll, kommt von einer mir bekannten Kultur eines meiner Freunde, die, wie ich weiß, großen Anklang findet."

Ein Diener erschien, um anzumelden, daß das Feuerwerk beginnen werde. „Das findet zu Ihren Ehren statt, Excellenz. Haben Sie die Güte, sich dem Volke zu zeigen, welches Sie feiern will ..."

Bismarck machte einige Schritte gegen die Menge und sagte mit lauter Stimme:

„Es lebe der Minister Crispi!"

Zahlreiche Stimmen antworteten:

„Er lebe!" „Evviva!"

Die Unterhaltung setzte sich später im Salon fort.

„Louis Napoleon — sagte Crispi — verdankte Morny seinen Kaiserthron. Dieser war der thatsächliche Urheber des Staatsstreiches, in Gemeinschaft mit St. Arnault ... Maupas war nur der Lepidus dieses Triumvirates ... Während der Nacht des 2. Dezembers verlor er den Kopf ... er hing immer an Mornys Rockschößen und that nichts aus eigenem Antriebe ... Morny verlor endlich die Geduld und sagte zu ihm: ‚Leg Dich schlafen.'"

Bismarck: „Die einzigen Männer des zweiten Kaiserreichs von größerer Bedeutung waren Morny, Drouyn de l'Huys und Thouvenel ..."

„Ja — sagte Crispi — und nach Morny begann es bergab zu gehen ... Der Tod beraubte den Kaiser eines ergebenen Rathgebers, der ebenso vorsichtig geworden, als er zuvor kühn gewesen war ...

Haben Eure Durchlaucht das Buch Emil Olliviers über das Papstthum gelesen? Das ist von einer Unbedeutenheit! ..."

„Nein, ich habe es nicht gelesen ... glücklicherweise. Ich empfing vor einigen Jahren einen Brief von Emil Ollivier. Er schrieb mir, ich weiß nicht mehr aus welchem Anlaß, um mir in einer Form, die mir nicht zusagte, Vorstellungen zu machen. Ich antwortete ihm in ziemlich trockener und wenig verbindlicher Weise, und unser Briefwechsel hatte damit ein Ende. Ich schrieb ihm einfach: ‚Mein Herr, wenn ich in meinem Leben das Unglück gehabt hätte, mein Vaterland so schwer zu schädigen wie Sie das Ihrige, so würde ich glauben, nicht lange genug mehr leben zu können, um zu Gott um Verzeihung zu beten' ... so oder ähnlich."

„Und Gramont?"

Bismarck: „Er war ein guter Jäger ... Er hätte sich tödten lassen sollen, dieser Mann! ... Mit seiner Taille und seiner Gestalt wäre er 1870 in einer Kürassier-Eskadron an seinem Platze gewesen ... Das Kaiserreich hatte jedoch einen Mann von Talent, selbst in seinem Verfalle. Aber es wußte sich desselben nicht zu bedienen ... er war Journalist und Deputirter gewesen ... er hatte auch irgend einen schlimmen Prozeß ... Warten Sie ... Es war etwas wie Camille in seinem Namen ... Wie Camille oder so etwas Aehnliches ... Ah! ich hab's: Clement Duvernois. Ich hatte 1871 mit ihm zu thun: ich verhandelte über den Frieden mit Thiers und Favre einerseits und andererseits mit der Kaiserin durch Vermittelung von Duvernois. Einmal, da Thiers Umstände machte und sich gegen ‚Zumuthungen', wie er es nannte, auflehnte, sagte ich zu ihm: ‚Wir haben in Deutschland eine französische Armee von 200 000 Mann Gefangenen ... Was würden Sie sagen, wenn ich den Frieden mit Kaiser Napoleon unterzeichnete und ihm seine 200 000 Soldaten, die bei uns sind, zurückschickte? Was würde aus Ihrer Republik?' Er machte einen Sprung: ‚Das würden Sie nicht thun!' — ‚Warum nicht? Die Republik ist nicht anerkannt ... Der Kaiser ist für uns noch der legitime Souverän Frankreichs ...' Thiers überlegte. Nach diesem Vorschlag wurde er fügsamer ... Aber wir sprachen von Duvernois. Kaum waren wir über die Friedensbedingungen mit Thiers übereingekommen, kam Duvernois mit den Zugeständnissen der Kaiserin ... auch die Kaiserin hatte darauf bestanden, keinen Fuß breit Gebiet abzulassen ... sie gab endlich nach, aber zu spät ..."

Crispi fragte den Fürsten, ob er seinen jungen Souverän bei der geplanten Reise nach Rom nicht begleiten werde.

„Seit vielen Jahren — sagte der Fürst — schlafe ich nicht mehr außer dem Hause ... Wenn ich mein gewohntes Bett nicht habe, kann ich nicht mehr schlafen ... Im Alter kann man seine Gewohnheiten nicht mehr ändern ... Wenn ich reise, habe ich meinen Waggon, und man stellt mein Bett hinein ..."

„Wir werden es auch so machen, Durchlaucht. Sie werden bei uns dieselbe Pflege, dieselbe Fürsorge finden, die Sie auf dem Boden des Deutschen Reiches umgiebt ..."

„Ich zweifle nicht daran ... Aber das hängt nicht von mir ab ... der Kaiser müßte mich einladen, ihn zu begleiten. Ich kann nicht zu Seiner Majestät sagen: ‚Da bin ich, ich reise mit Ihnen ...' Und so gnädig sich der Kaiser auch gegen mich zeigt, bezweifle ich, daß er mich einladen wird ... Es ist sogar eine Rücksicht Seiner Majestät für mein Alter ... Als neulich der Kaiser nach St. Petersburg abreiste, sagte Seine Majestät zu mir: ‚Ich nehme Herbert mit mir ...' Damit wollte er mir andeuten: ‚Sie werden bleiben.' Das ist übrigens ganz natürlich: Herbert stimmt im Charakter und Geschmack besser mit Seiner Majestät überein. Der Kaiser ist dreißig und Herbert achtunddreißig Jahre alt ... ich zähle vierundsiebenzig."

Friedrichsruh, den 22. August 1888. Unterredungen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi.

Das erste Zwiegespräch der beiden Staatsmänner fand bereits in der Frühe in den Gemächern Crispis statt.

An der Frühstückstafel kam die Unterhaltung auf die französische Presse und auf die systematischen Angriffe derselben gegen den Fürsten und Crispi.

„Ich glaubte immer — sagte Bismarck — ich sei der bestgehaßte Mann meiner Zeit; aber ich habe mich vielleicht einer Ueberhebung schuldig gemacht, da Eure Excellenz mir eine ernstliche Konkurrenz machen."

„Wir sind gewiß — antwortete Crispi — die zwei Männer, welche die Franzosen am meisten verabscheuen, doch ist zwischen uns beiden folgender Unterschied: im Laufe der Begebenheiten waren Sie dazu bestimmt, Frankreich Böses zuzufügen, während ich für mein Theil noch immer dabei bin, mich zu fragen, was mir den Haß der Franzosen zugezogen hat und welcher Thatsache ich den Ruf eines Gallophoben verdanke."

Bismarck: „Im französischen Charakter liegt etwas Weibliches... Die Frauen haben zwei Waffen, deren sie sich bis zur Vollkommenheit bedienen: die Zunge und die Nägel... Wie es bei ihnen um die Nägel steht, weiß ich nicht... Aber der Zunge bedienen sich die Franzosen gerne und ihres Aequivalents, der Feder. Sie zeichnen sich aus im Spott, in übler Nachrede, in der Verleumdung — welche einer ihrer besten Geister empfahl: derjenige, der ihren leichten und glänzenden Geist am besten verkörperte und von der Verleumdung sagte, daß immer etwas von ihr zurückbleibe. Sie haben mich auf jede Weise angegriffen, selbst in meinem Privatleben, wobei sie nur erfinden konnten, da sie nichts auszusetzen fanden... Sie hätten mich gern als ein verlorenes Wesen hingestellt, als einen sittenlosen Menschen, als einen wilden Menschenfresser, der stets bereit ist, kleine Kinder aufzuessen..."

Als Nachmittags um vier Uhr die Stunde zum Spaziergang kam, zeigte sich, daß Crispi, wie im vergangenen Jahre, einen etwas leichten Paletot trug. Bismarck prüfte den Stoff desselben. „Nehmen Sie sich in acht!... Der hält nicht warm genug... Ich werde Ihnen wieder meinen Soldatenmantel von 1870 leihen." Ein Diener brachte den Pelz des Ministers... Der Kriegsmantel von 1870 blieb dieses Mal in der Garderobe.

Bei der Mittagstafel besprach Crispi mit Bismarck mehrere Punkte der griechischen und lateinischen Aussprache. Er glaubte und zwar ohne Zweifel mit Recht, daß die Italiener die Besitzer der wahren lateinischen Aussprache seien, wie die Griechen diejenigen der wahren Aussprache des Altgriechischen.

Man sprach von Lenbach. „Gegenwärtig — sagte Bismarck — ist er in München. Er verdient, so viel er nur will."

Crispi fragte den Fürsten, welchen Weg er für seine Rückreise nach Carlsbad einschlagen solle.

Bismarck rieth die Route Wittenberge-Stendal-Magdeburg-Leipzig als die direkteste.

Ein Diener übergab Bismarck ein eben angekommenes Telegramm. Der Fürst las es mit dem deutlichen Ausdruck der Mißstimmung; und seinen Bleistift ergreifend sagt er: „Es wird auch Ihnen schon vorgekommen sein, daß Sie über die Fehler Ihrer Kollegen wüthend wurden."

„Mehr als einmal."

„Man möchte manchmal jede Solidarität mit ihnen verleugnen, und doch thut man nichts dergleichen."

Bismarck sprach vom Salzmonopol. „Da das Salz für die Landwirthschaft nöthig ist, so muß man es den Ackerbauern und den Viehzüchtern in großen Quantitäten und wohlfeil liefern können. Aber zu diesem Zwecke muß man es mit irgend einer Substanz mischen, die, ohne dem Vieh zu schaden, das für seinen Gebrauch bestimmte Salz ungeeignet für den Gebrauch der Menschen macht."

Crispi bemerkte, es komme in Italien vor, daß die Bauern dasselbe durch Waschungen reinigen und zu ihrem eigenen Gebrauche verwenden.

„Sie mischen es also nicht mit einem hinreichend widerlichen Ding ... Wir haben dies erreicht bei unseren für die Industrie bestimmten Alkoholen. Wir haben eine Mischung gefunden, welche dieselben ganz untrinkbar macht ... Sie riecht zu schlecht ... Gewisse Cartons unserer Ministerien ... stanken noch wochenlang so, daß unsere Beamten krank wurden ... Wenn man das Unglück hatte, sie zu berühren, so haftete dieser Geruch stundenlang an einem; die Kleider und sogar die Speisen imprägnirten sich damit ... Es war niederträchtig ... Man könnte wohl auch versuchen, eine kleine, werthvolle Gurke zu verwenden, welche ehedem in unseren Apotheken in Gebrauch war, die Koloquinte. Man macht aus derselben einen Extrakt von außerordentlicher Bitterkeit, dessen Wirkungen, wenn man ihn in das Verdauungssystem einführt, diejenigen eines Brechmittels sind. Aber es kommt uns zu theuer. Unser Klima gestattet uns nicht, die Koloquinte in Deutschland anzubauen. Man muß sie aus der Türkei oder aus Griechenland kommen lassen ... Wahrscheinlich könnten Sie diese Kultur in Italien einführen."

Bismarck erzählte den Streit, den er 1866 in Nikolsburg mit der Militärpartei auszufechten hatte, welche den König umgab. Diese Partei habe gewünscht, daß die siegreiche Armee in Wien einzöge und die Stadt besetze, und daß man Oesterreich einige Gebietsabtretungen auferlege. Er (Bismarck) habe es dagegen vermeiden wollen, daß man Oesterreich eine jener Demüthigungen zufüge, die man nie verzeiht und die man nie mehr vergißt. „Oesterreich, einmal außerhalb des Bundes, konnte ein nützlicher Freund werden."

Crispi bemerkte lächelnd dem Fürsten: „Was Sie damals thaten, war jedenfalls nicht zu unserem Vortheile ..."

„Nein, Excellenz, aber daran waren Ihre Minister, Ihre ‚Consorteria' schuld ... Italien war damals lau."

Bismarck lobte den russischen Soldaten, der ausgezeichnet sei. Was Rußland immer gefehlt habe und noch fehle, das sei ein den Bedürfnissen des Heeres entsprechendes Offizierkorps. Man kann deren nie genug ausbilden."

Crispi: „Eure Durchlaucht haben vollkommen recht. Es ist der Offizier, der oft den Soldaten macht. Ein guter Offizier reißt hundert zaudernde Soldaten mit sich ... Ich habe dies im Feldzuge von 1860 gesehen."

Friedrichsruh, den 23. August 1888. Unterredungen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi.

Bereits um acht Uhr erste Besprechung Bismarcks mit Crispi in dessen Salon. Bei der Abfahrt blieb Crispi als letzter auf dem Perron und wechselte noch einige Worte mit seinen Gastgebern.

„Buon viaggio! — sagte Bismarck. — Ich erwarte sie im nächsten Jahre ganz bestimmt!" ...

## Schlußbetrachtung.

---

Die Lektüre der mitgetheilten diplomatischen Gespräche wird die Richtigkeit des in der Vorrede ausgesprochenen Urtheils über Bismarcks Staatskunst bestätigen, und wer die Methode der alten und der neuen Diplomatie vergleichen will, findet hier einen trefflichen Führer, um sich ein Urtheil zu bilden. Ueberall zeigt sich Bismarck als ein Diplomat und Unterhändler ersten Ranges. Niemand verstand es besser, wenn er wollte, seine Leute zu gewinnen, Niemand besser, im rechten Augenblicke zuzuschlagen oder zurückzuhalten, je nachdem die politische Konstellation für das eine oder das andere Verhalten geeignet erschien.

Bluntschli bemerkt einmal in den Denkwürdigkeiten aus seinem Leben, Bd. III. S. 218: „Es ist in dem antidiluvianischen Manne eine seltsame Verbindung von lautester Offenheit und tiefster Verschlagenheit. Er muß die Diplomaten fürchterlich angelogen haben." Nun ja — Alles konnte natürlich Bismarck seinen Kollegen nicht enthüllen, indessen hat er dieselben weit mehr durch seine Offenheit als durch das Gegentheil[1] in Verwirrung gesetzt. Für die alte politische Weisheit, die darin bestand, den Gegner durch kleine Schachzüge matt zu machen, durch Doppelzüngigkeit und List zu übervortheilen, findet man in diesem Buche wenig Belege.

Der englische Geschichtsschreiber Thomas Carlyle sagte in einem Gespräche mit Dr. Moncure Conway, einem Korrespondenten des „Commercial" von Cincinnati:

„Alle Politiker der Welt erscheinen mir als Seifenblasen neben ihm. Er hat sich fähig bewiesen, sich ganz mit seiner Sache zu verwachsen — die anderen Sachen sind neben seinem Werke unbedeutend — das ist die Gründung einer Großmacht auf den solidesten Grundlagen. Es scheint mir in der That, daß die wahren Prinzipien der Ordnung und der Regierung aus Europa verschwunden wären, wenn man sie nicht in Deutschland wieder anträfe. Vor sieben Jahrhunderten hat

---

[1] Grundfalsch ist das Bild, wie es sich insbesondere die Franzosen über Bismarck gebildet hatten, die sich ihn wie eine Art von Zauberer dachten, der von seinem Laboratorium in Varzin oder Friedrichsruh aus die ihm dienstbaren Geister der Zwietracht, der Verschlagenheit und der Verwirrung in alle Welttheile entsandte.

[2] „Moniteur Prussien" (Versailles) Bd. II. S. 103.

Preußen begonnen, den deutschen Charakter zu bilden. Seine Geschichte ist wunderbar. Im Jahre 1170 hat einer der Vorfahren des Königs von Preußen die nämliche Reise nach dem Rhein hin gemacht. Er machte in Kaiserslautern Halt, um in die Dienste Barbarosses zu treten, und seit dieser Zeit suchte Deutschland einen neuen Barbarossa."

Auch das Ausland erkannte schließlich an, daß Bismarck der größte Diplomat unseres Jahrhunderts war. Das englische Blatt „Morning Advertiser" schrieb um die Mitte des Jahres 1882:

„Deutschland nimmt jetzt jene gebietende Stellung in Europa ein, welche Frankreich zu erlangen stets bemüht war und auch eine kurze Zeit inne hatte. Mit jedem Jahre ist unter Bismarcks wachsamer Führung die Stellung Deutschlands fester und sicherer geworden und sein definitives Uebergewicht darf jetzt als gesichert betrachtet werden. Das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn, welches als eine dauernde Vereinigung der zwei Reiche angesehen werden muß, legt in die Hände des Staatsmannes oder Monarchen, welcher ihre gemeinsame Politik leitet, d. h. gegenwärtig in die Hände des Fürsten Bismarck, eine Macht, die so groß ist, daß keine denkbare Kombination anderer europäischer Staaten dieselbe erschüttern kann. Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Einfluß des Fürsten Bismarck und das Ansehen Deutschlands gegenwärtig die großen Faktoren in der Bestimmung der Politik Europas sind, und daß dieser Einfluß und dieses Ansehen für die Aufrechterhaltung des Friedens ausgeübt worden sind und ferner ausgeübt werden. Man muß sich auch erinnern, daß der deutsche Einfluß nicht bloß in Mittel- und Westeuropa überwiegend ist. Derselbe ist ganz ebenso mächtig im Osten. Selbst zur Zeit, als England und Frankreich im Krimkriege die Türkei energisch gegen Rußland unterstützten, übten diese Mächte kaum mehr Einfluß auf die Räthe des Sultans aus, als Deutschland im gegenwärtigen Augenblick ausübt. Wenn die vorgeschlagene Konferenz zusammentreten und irgend eine praktische Lösung der verwickelten Fragen, die zu erörtern sie zusammenberufen wird, erzielt werden sollte, so wird das Ergebniß wieder zum größten Theil den Bemühungen des Fürsten Bismarck zu verdanken sein, der abermals mit seiner charakteristischen Energie seine Rolle als „ehrlicher Makler" spielt. Es ist merkwürdig, obwohl für Engländer und Franzosen vielleicht nicht sehr angenehm, zu bemerken, wie, wenn immer irgend eine Schwierigkeit in Europa entsteht, die Augen aller Leute auf Fürst Bismarck gerichtet sind. Wie denkt er über die Sache? Was wird er thun? Für wen wird er Partei ergreifen? Das sind die allgemeinen Fragen. Und in sehr kurzer Zeit folgen diesen Fragen des Publikums Fragen ähnlicher Art seitens der auswärtigen Minister Europas, welche ihre Vertreter in Berlin anweisen, wenn möglich, Fürst Bismarcks Ansichten über die Sache zu ermitteln. Berlin ist somit der Mittelpunkt des diplomatischen Verkehrs geworden, zur großen Befriedigung des deutschen Volkes, dessen Stolz und Freude an den ihm beständig gelieferten Beweisen von dem Uebergewicht Deutschlands in Europa in hohem Grade erhöht werden durch

die Rückerinnerung an die klägliche und würdelose Stellung, welche Preußen und Deutschland vor dreißig oder noch fünfundzwanzig Jahren in allen Fragen von allgemeinem europäischen Interesse stets einnehmen mußten. Es ist ein Glück für Europa, daß diese Klarheit der Anschauungen und diese Willenskraft ferner dem Dienste Deutschlands gewidmet sein werden. Die Macht Deutschlands und das Verbleiben des Fürsten Bismarck an der Spitze der deutschen Angelegenheiten bilden die beste Sicherheit, welche Europa für die friedliche Lösung der vielen schwierigen Fragen hat, die zu lösen seine Diplomatie bisher ermangelte."

Ich reproduzire zum Schluß noch die Urtheile einiger Diplomaten über Bismarck:[1]

Graf Charles de Mouy, der bekannte französische Diplomat, bemerkte: „Ich kann nur von meinen persönlichen Beziehungen zum Fürsten Bismarck sprechen, und diese sind mir in angenehmster Erinnerung geblieben. Der Berliner Kongreß 1878, wo Frankreich durch Herrn Waddington und unseren damaligen Botschafter Grafen Saint-Vallier vertreten war, wählte mich mit Herrn von Radowitz (jetzigen Gesandten in Madrid) zum Sekretär. Als solcher stand ich mit dem Fürsten Bismarck, der bekanntlich den Vorsitz führte, in täglichem ständigen Verkehr. Seine Haltung gegen mich war von korrektester Höflichkeit und ausgesuchtester Zuvorkommenheit. Meinen beiden Chefs kam er mit ritterlicher Artigkeit entgegen. Ja, er schien geradezu jede Gelegenheit zu suchen, den Vertretern Frankreichs auf dem Kongreß eine Liebenswürdigkeit, eine Aufmerksamkeit zu erweisen. Herr Waddington und Graf Saint-Vallier gewannen den Eindruck, daß diese Haltung des Fürsten eine aufrichtige war. Auch nach dem Kongreß, als ich durch ungefähr fünf bis sechs Monate als Chargé d'affaires die Geschäfte der Botschaft führte, kam mir der Fürst amtlich und privat in gleich korrekter, höflicher Weise entgegen. Wir hatten verschiedene amtliche Angelegenheiten zu erledigen; der Fürst ließ es dabei nie an Zuvorkommenheit und gutem Willen fehlen. Als ich ihn damals in seinem Palais besuchte, sagte er zu mir: „Sie sind mein erster Gast. In diesem Hause, hoff' ich, wird niemals etwas gegen Frankreich gethan werden." Ich war wiederholt sein intimer Gast. Alle, der Fürst, die Fürstin, ihr Sohn Herbert und Gräfin Rantzau, sprachen dem Gaste zu Liebe, der die deutsche Sprache nicht ganz beherrschte, nur französisch. In der Konversation wurde sorgfältig jedes Wort vermieden, was irgendwie meine Empfindungen als Franzose streifen oder berühren konnte. Er war immer höflich, wohlwollend und taktvoll. Ich sehe noch vor mir die hohe Statur, die kolossale Erscheinung des Fürsten Bismarck, der dem Kongreß mit einer außerordentlichen Autorität und Ueberlegenheit vorstand. Ich hatte gar keine kleine Arbeit als Sekretär und Protokollführer übernommen. Freilich war auch der Präsident ein eifriger (acharné) Arbeiter. Eines Tages, als wir ganz besonders

[1] Dieselben wurden zum Theil bald nach Bismarcks Ableben durch eine Umfrage der „Gegenwart" veranlaßt.

mit Arbeit überhäuft waren, sagte ich zu ihm: ‚Durchlaucht, Sie lassen mich nicht zu Athem kommen. Wollen Sie meinen Tod?‘ — ‚Nein, nein! — antwortete er lächelnd — Arbeit hat noch Keinen getödtet.‘ Als Privatmann also habe ich über meinen Verkehr mit dem Fürsten und seiner Familie während meines Berliner Aufenthaltes nur angenehme Erinnerungen bewahrt. Ueber die Politik des Fürsten Bismarck aber kann und will ich als Franzose keine Meinung äußern. Ich habe Achtung vor seinem staatsmännischen Genie und wundere mich nur, daß auch der Reichstag bei seinem bekannten Beschluß nicht zuerst an das dachte, was Fürst Bismarck für Deutschland geleistet hat. Ich verstehe die Deutschen einfach nicht. In meinen Memoiren habe ich die Erinnerungen aus meiner Berliner Zeit erzählt, aber sie sollen erst lange nach meinem Tode erscheinen. Uebrigens werde ich auch dort eine Karrière wie die eines Bismarck nicht beurtheilen: Für solche Arbeit würden ganze Bände nicht hinreichen.“[1]

Der frühere französische Minister des Aeußeren Barthélemy Saint-Hilaire kommt, wie alle seine Landsleute, um 1870/71 nicht herum, bemerkte aber doch: „Im Uebrigen versage ich der staatsmännischen Bedeutung Bismarcks und den Erfolgen seiner Politik die gerechte Würdigung nicht. Was er für Deutschland geleistet, ist das Werk eines mächtigen Geistes gewesen. Auch erkenne ich an, daß Bismarck bis zu seinem Rücktritt ein aufrichtiger Freund des Friedens war und sich als solcher bei wiederholten Anlässen bewährte.“

Crispi äußerte sich also: „Ich stand mit dem Fürsten in Verbindung seit 1870 und lernte ihn persönlich kennen am 17. September 1877.[2]

Er war ehrlich (leale), aufrichtig und Feind aller Verstellung. Ich nahm die Gelegenheit wahr, daß er jedes Jahr nach Gastein ins Bad reiste, um mich ebenfalls dorthin zu begeben. Ich machte einmal im Scherze die Bemerkung, er liebe dieses österreichische Land zu sehr, um es nicht bei nächster Gelegenheit dem Deutschen Reiche einzuverleiben. ‚Nein, Sie täuschen sich — antwortete er —, wir haben schon genug Katholiken und wollen nicht noch mehr.‘ Er widersetzte sich auch dem König Wilhelm, der nach Sadowa mit seinen siegreichen Truppen Wien besetzen

[1] Selbst Emile Ollivier hat für Bismarck Worte der höchsten Anerkennung — bis 1870: „Bismarck war groß, so lange er der Politik Friedrichs II. treu blieb, der in der Voraussicht eines gemeinsamen Angriffs von Frankreich und Rußland unser Land immer menagirte und am Tage nach Roßbach, als er die französischen Offiziere zur Tafel zog, zu ihnen sagte: ‚Ich kann mich nicht daran gewöhnen, die Franzosen als meine Feinde zu betrachten.‘ Wie soll man Bismarck auch nicht bewundern, als er im Jahre 1866 — allerdings im Einverständniß mit Napoleon III. und durch diesen der Beihülfe Italiens sicher, aber gegen den Willen seines zögernden Königs, der Camarilla und der Damen bei Hofe und im Kampfe mit einem aufsässigen Parlament und dem größten Theile des deutschen Volkes — trotz alledem unermüdlich, furchtlos und heroisch zum Ziele ging, ohne einen Augenblick vor der kolossalen Verantwortlichkeit zurückzuschrecken, die einen Ruhm unsterblich macht oder vernichtet?“

[2] Kohl konnte in den Bismarck-Regesten das genaue Datum der ersten Begegnung Bismarcks mit Crispi nicht angeben.

wollte und erklärte mir: ‚Oesterreich durfte nicht gedemüthigt werden, denn das gab einen guten Bundesgenossen ab.‘ Und so geschah es.

Als wir von seinen Beziehungen zu Frankreich sprachen, bemerkte ich ihm, daß man ihm in Paris kriegerische Absichten zuschiebe. ‚Verrückte Leute — antwortete er mir —, wir haben in einem Kriege nichts zu gewinnen und alles zu verlieren. Wir schlagen uns nur, wenn wir gezwungen werden, aber fangen ganz gewiß nicht an.‘

Viele vergleichen Bismarcks Werk mit demjenigen Cavours. Das ist ein Irrthum. Die italienische Einheit ist zumeist das Werk des Volkes mit Garibaldi an der Spitze, Cavour hat es nur diplomatisch gesichert (diplomatizzarla).

Bismarck hatte einen großen Verstand und ein sehr edles Herz, aber seine Feinde stellen ihn dar als einen harten Mann und Heuchler (simulatore). Nichts ist falscher. Er sagte stets die Wahrheit und behauptete, das sei immer die beste Politik."

Ein anderer bedeutender und sympathischer italienischer Staatsmann, Nigra, bemerkte: „Er war ein Rechenmeister ohne gleichen. Er spielte nur mit realen Größen. Wäre er 1870 nicht des Sieges über Frankreich vollständig gewiß gewesen, er hätte diesen Krieg unmöglich eingeleitet. Kaum wagt es die Phantasie sich auszumalen, was mit Deutschland geworden wäre, hätte Napoleon III. gesiegt. Preußen wäre vielleicht zu einem winzig kleinen Staate zusammengeschrumpft — Oesterreich hätte etwa seine alte Stellung in Deutschland mit Hülfe des Franzosenkaisers zurückerobert, hätte sogar, wenn es nach der Neigung Napoleons III. gegangen wäre, zurückgewonnen, was Maria Theresia an Friedrich den Großen verloren.

Wie meisterhaft kalkulirte also Bismarck fürs Erste, wenn er im Nikolsburger Frieden Oesterreichs Territorium nicht amputirte, fürs Zweite, wenn er, ehe er in den Krieg gegen Frankreich ging, sich der wohlwollenden Neutralität Rußlands versicherte. Heute freilich in der Aera franco-russe gilt es in Paris als Verbrechen, wenn man daran erinnert, daß Rußland 1870 zu gunsten Preußens in den Krieg eingegriffen hätte, würde etwa Oesterreich an der Seite Frankreichs losgeschlagen haben.

Bismarck hatte als Staatsmann nicht seinesgleichen. Er war der Gigant der Politik. Im Verhältnisse zu ihm, dem Riesen aus Eisen, war Talleyrand eine Figur aus Seidenpapier. Crispi nannte Bismarck in einem Artikel der „Tribuna" in einem Zuge mit Gladstone. Eine hinkende Zusammenstellung! Wen aber sollte man wagen in einem Zuge mit Bismarck zu nennen? — Höchstens Cavour!"

Ich schließe mit dem Urtheile eines anderen Ausländers, Francis Charmes, des Chronisten der „Revue des deux mondes":

„Bismarcks tragische Größe müssen wir gelten lassen. Als er seine Pläne entwarf, stand auch schon der Krieg darin verzeichnet. Er entfesselte ihn gegen das unglückliche Dänemark, riß Oesterreich mit sich herein. Und doch wußte er dabei

recht wohl, daß er sich dann gegen Oesterreich wenden müsse, und das war wiederum, was er wollte. Ferner wußte er, daß er Frankreich eines Tages werde Rede stehen müssen für seine Politik, mit der er es hinter das Licht geführt hatte. Und er selbst ersah sich den Zeitpunkt dazu — nichts kam ihm hierbei unerwartet. Er war nicht der Mann, der vor drei Kriegen nacheinander zurückscheute, und er hätte mit gleicher Unerschütterlichkeit einen vierten hervorgerufen, wenn er ihn für nöthig oder auch nur für nützlich erachtet hätte. Allein er sah ihn nicht in diesem Lichte und hielt ein. Bismarck wußte sich zu zügeln. Im zweiten Abschnitt seiner Laufbahn leitete ihn keine andere Absicht als die, im Frieden zu sichern, was er durch den Krieg gewonnen hatte, und zu diesem Zwecke schuf er zwischen den großen und den kleinen Staaten Europas ein möglichst vollkommenes Gleichgewicht. Das Werk der Erhaltung in den zwanzig Jahren seit 1870 macht ihm die größte Ehre in der Geschichte. Er hat sich gerade dadurch, daß er im Glücke einhielt, als wahrhaft genialen Staatsmann bewiesen."

# Register.